

Matthias Middell
(Hg.)

*Varianzen des
Zusammenhalts*

Historisch und
transregional
vergleichende
Perspektiven



Forschungsinstitut
Gesellschaftlicher
Zusammenhalt

campus

Varianzen des Zusammenhalts

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Herausgegeben von Nicole Deitelhoff, Olaf Groh-Samberg und Matthias Middell für das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)

Das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) erforscht Begriff und Konzeptionen, Quellen und Gefährdungen, Folgen und Wirkungen sowie historische, globale und regionale Kontexte gesellschaftlichen Zusammenhalts aus einer Vielzahl disziplinärer Perspektiven und methodischer Zugänge. Das FGZ wird als ein Verbundprojekt seit Juni 2020 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und setzt sich aus elf Standorten in ganz Deutschland zusammen. Zum Verbund gehören die Technische Universität Berlin, die Universitäten Bielefeld, Bremen, Frankfurt am Main, Halle-Wittenberg, Hannover, Konstanz und Leipzig sowie das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen, das Leibniz-Institut für Medienforschung Hamburg und das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena.

Die Forschung des Verbundprojekts ist transferorientiert und zielt darauf, in einem dialogischen Austausch mit der Öffentlichkeit Fragestellungen und Wissensbestände aus der Gesellschaft aufzunehmen und ihrerseits begriffliche Einordnung, evidenzbasierte Deutungsangebote, praxisrelevantes Orientierungswissen sowie politische Handlungsempfehlungen zu Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts anzubieten.

Die Schriftenreihe im Campus Verlag präsentiert zentrale Impulse und Forschungsergebnisse aus dem FGZ und richtet sich an eine breite gesellschaftliche Zielgruppe aus Wissenschaft, Politik und interessierter Öffentlichkeit. Die Bände der Schriftenreihe geben Antworten auf die Frage, wie sich gesellschaftlicher Zusammenhalt und seine Einflussfaktoren fassen und empirisch messen oder beschreiben lassen und welche Schlussfolgerungen sich daraus für Politik und Gesellschaft ziehen lassen. Zudem diskutieren sie, an welchen Stellen das Konzept des Zusammenhalts und die damit gefassten gesellschaftlichen Verhältnisse zu kritisieren sind und was sich dazu im historischen und globalen Vergleich erfahren lässt.

Band 3

Matthias Middell ist Professor für Kulturgeschichte und Sprecher des FGZ sowie des Standorts Leipzig.

Matthias Middell (Hg.)

Varianzen des Zusammenhalts

Historisch und transregional vergleichende Perspektiven

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Der Text dieser Publikation wird unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung – Share Alike 4.0 International Public License (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>



Verwertung, die den Rahmen der CC BY-SA 4.0 Lizenz überschreitet, ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Die in diesem Werk enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative-Commons-Lizenz, sofern sich aus der Quellenangabe/ Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative-Commons-Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

ISBN 978-3-593-51815-2 Print

ISBN 978-3-593-45579-2 E-Book (PDF)

DOI 10.12907/978-3-593-45579-2

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

© 2024, 2025. Einige Rechte bei Campus Verlag in der Verlagsgruppe Beltz,
Werderstr. 10, 69469 Weinheim, info@campus.de.

Umschlaggestaltung: Verlagsgruppe Beltz

Satz: le-tex xerif

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein Unternehmen mit finanziellem Klimabeitrag (ID 15985-2104-1001).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Einleitung – Statt eines gesellschaftlichen Zusammenhalts viele Varianten in Zeit und Raum	7
<i>Matthias Middell</i>	
Vom Zensus zur Zusammenhalts-Studie. Über Wandlungen der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung seit dem 19. Jahrhundert	31
<i>Dirk van Laak</i>	
Historisch-semantische Annäherungen an den Begriff Integration und seine Funktion in Migrationsdiskursen: Von nationalstaatlichen zu transnationalen Perspektiven	59
<i>Barbara Lüthi, Maren Möhring und Christiane Reinecke</i>	
Politische Karriere und Bedeutung eines Konzepts: <i>cohésion sociale</i> in Frankreich	85
<i>Therese Mager</i>	
Soziale Kohäsion im multikulturellen Kanada: Historische Entwicklungen, systemische Spannungen und ungelöste Probleme	117
<i>Ursula Lehmkuhl</i>	
<i>Social cohesion</i> im südlichen Afrika: Diskurse, Institutionen und Praktiken ..	141
<i>Constanze Blum</i>	
»Aus den Massen schöpfen und in die Massen hineintragen«: Staatspopulismus im heutigen China	179
<i>Man Zhang</i>	
Im Schatten Russlands: Ostmitteleuropa zwischen Populismus, Geschichte und Geopolitik	203
<i>Paolo Zucconi</i>	

Antimuslimische Einstellungen als zentrale Ressource des Rechtspopulismus und Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland und Europa	229
<i>Alexander Yendell und Gert Pickel</i>	
Erinnerungskulturen in der Post-Migrationsgesellschaft: Eine empirische Analyse von Motivationen und Bedingungen der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland	259
<i>Leon Walter, Jonas Rees und Michael Papendick</i>	
Klimaschutzregression: Angriffe auf Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt	293
<i>Christoph Richter, Janine Patz, Noah Marschner und Axel Salheiser</i>	
Strukturwandel der Öffentlichkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt ..	313
<i>Johannes Gemkow und Sonja Ganguin</i>	
Ungleichwertige Lebensverhältnisse als Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts? Eine vergleichende Untersuchung von Interviews mit kommunalen Entscheider:innen und lokalen Gruppendiskussionen in Deutschland	337
<i>Astrid Lorenz, Luisa Pischtschan, Katharina Kolb, Mario Hesse und Thomas Lenk</i>	
»Fürsorge, Nachbarschaftshilfe, Stalking – eine Interpretationssache?« – Zusammenhalt und Antifeminismus am Fallbeispiel Erzgebirge	365
<i>Henriette Rodemerk, Tabea Falk, Charlotte Höcker, Johanna Niendorf und Oliver Decker</i>	
Hermeneutiken des Verdachts: Institutionelle Diskriminierungspraktiken und Rassismus in öffentlichen und privaten Räumen der post- migrantischen Gesellschaft. Eine videoanalytische Untersuchung	391
<i>Christian Meier zu Verl, Christian Meyer und Hanna Grauert</i>	
Autorinnen und Autoren	423

Einleitung – Statt eines gesellschaftlichen Zusammenhalts viele Varianten in Zeit und Raum

Matthias Middell

Abstract

Das Cluster 3 des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt widmete sich in der Forschungsphase von 2020 bis 2024 dem Variantenreichtum von Konzepten und Praktiken sozialer Kohäsion sowohl im diachronen als auch im synchronen Vergleich. Auch wenn wir noch weit von einer Globalgeschichte des gesellschaftlichen Zusammenhalts und einem Verständnis, wie diese verschiedenen Varianten miteinander interagieren, entfernt sind, zeigen die in diesem Band versammelten Fallstudien doch auf, wie man sich dem Problem dieser Varianz nähern kann. Die Einleitung situiert die Aufsätze im gesamten Forschungsprogramm des Instituts und verdeutlicht die Gründe für die Konjunktur der Zusammenhaltsrhetorik in den 2010er Jahren, die durch die Multikrise der 2020er Jahre sogar noch akzentuiert wurde und in einen internationalen Wettbewerb um die wirksamste Form des Zusammenhalts bei der Bewältigung globaler Herausforderungen geführt hat.

Keywords: Vergleich; Kulturtransfer; Pfadabhängigkeit; Globalgeschichte

Dieser Band gibt Einblicke in die Untersuchungen, die im Cluster 3 des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt 2020–2023 durchgeführt wurden.¹ Das über elf Standorte in verschiedenen Teilen der Bundesrepublik und die an den beteiligten Universitäten und Forschungsinstituten vertretenen sozial- und kulturwissenschaftlichen Disziplinen spannende Institut wurde 2020 gegründet mit dem Ziel, Konzepte und Praktiken des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu analysieren. Der Begriff des gesellschaftlichen Zusammenhalts hatte in den 2010er Jahren in Deutschland eine bis dahin nicht gekannte Prominenz erlangt und wurde von völlig unterschiedlichen politischen Parteien und sozialen Bewegungen als ein ebenso erstrebenswertes wie bedrohtes Gut beschrieben. Rainer Forst hat angesichts der vielen Bedeutungen, die dem Begriff gegeben wurden, von einem leeren Signifikanten bzw. einem Chamäleon gesprochen,² während Matthias Quent, Axel Salheiser und Dagmar Weber die Verwendungskontexte anhand eines randomisierten Samples von deutschen Tageszeitungen mit 672 Artikeln (die den Begriff in den Jahren 2014–2019 nutzten) differenziert haben und fast die Hälfte der Bezüge auf gesellschaftlichen Zusammenhalt im diskursiven Feld von »demokratischer Kultur« feststellten, gefolgt von »Migration und Integration« (mit einer auffälligen Häufung 2015 und 2016, der ein Nachlassen der Thematisierung folgt), »Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit« sowie »Ehrenamt und Engagement«.³ Gleichzeitig bestätigten sie Forsts Hilflosigkeit gegenüber einem nur vage fixierbaren Bedeutungskern nachdrücklich: »Typischerweise wurde der Zusammenhaltsbegriff in den Zeitungen verwendet, ohne ›Zusammenhalt‹ zu definieren oder tatsächliche Wirkungszusammenhänge zu benennen, schlüssig darzustellen oder gar zu hinterfragen.«⁴ Dabei stieg die Zahl der Erwähnungen von 29 im Jahr 2014 auf 199 im Jahr 2019 an, wobei die größten Sprünge (jeweils eine Verdopplung) von 2014 auf 2015 und von 2015 auf 2016 festzustellen sind.⁵

Diese Zahlen rechtfertigen noch nicht, die Emergenz des Begriffs gesellschaftlicher Zusammenhalt genau auf den Krisenmoment der Auseinandersetzung um die Migrationswelle von 2015/16 zu datieren, aber zusammen mit der nachfolgenden wissenschaftlichen und politischen Aufmerksamkeit lässt sich doch die Hypothese plausibilisieren, dass zu diesem Zeitpunkt die Notwendigkeit für eine neue Selbstbeschreibung der Gesellschaft gesehen wurde. Der Aufstieg einer Protestbewegung wie Pegida und die nachfolgende mehrfache Häutung der Alternative für Deutschland zu einer bei Wahlen und Umfragen

1 Zum Ausgangspunkt: Engel/Middell, »Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Populismus«.

2 Forst, »Gesellschaftlicher Zusammenhalt«, S. 41.

3 Quent u.a., »Gesellschaftlicher Zusammenhalt im Blätterwald«, S. 88.

4 Ebd., S. 87.

5 Ebd., S. 74, 76.

erfolgreichen Partei stärkten dieses Gefühl, es bedürfe einer neuen Kategorie, um zu verstehen, was vorfällt.

Begleitet wurde diese diskursive Innovation vom Aufstieg des Etiketts des Rechtspopulismus, denn als Gegenteil von gesellschaftlichem Zusammenhalt erschien nun eine mit diesem Rechtspopulismus verbundene Polarisierung, mit der viele Autoren eine nachlassende Handlungsfähigkeit von Gesellschaften bei der Bewältigung aktueller Krisen assoziierten. Im bereits zitierten Zeitungssample von Quent, Salheiser und Weber bildet sich dies im Aufstieg der Sorge um »Fragmentierung der Gesellschaft« ab 2016 zum wichtigsten diskursiven Feld ab, mit dem gesellschaftlicher Zusammenhalt assoziiert wurde.⁶ Zwar waren rechtspopulistische Tendenzen auch schon vor 2015 im westlichen wie im östlichen, im südlichen und nördlichen Europa und in Österreich und der Schweiz beobachtet worden, für Deutschland schien dagegen eine solche Tendenz aufgrund des fortwirkenden Erbes der nationalsozialistischen Vergangenheit und der Auseinandersetzung mit ihr wenig wahrscheinlich. Die Erfolge von Pegida und AfD wurden für längere Zeit mit dem Hinweis auf die Besonderheit Ostdeutschlands erklärt, wo eben diese Auseinandersetzung mit dem NS weniger tiefgehend (wenn überhaupt) stattgefunden habe und aus der gerade untergangenen SED-Herrschaft eine Diktaturaffinität der Bevölkerung fort dauere.

»Gesellschaftlicher Zusammenhalt« drückt also eine tiefe Sorge aus um die Stabilität und die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft in einem Moment, der als Krisenakkumulation erlebt wird. Dies erklärt auch das Überleben der semantischen Neuerung, nachdem ihr ursprünglicher Anlass im engeren Sinne, nämlich die Konfrontation mit dem Scheitern der EU-Flüchtlingspolitik, bereits wieder abgeklungen war. Der Begriff erwies sich als flexibel genug, um neue Krisenerfahrungen aufzunehmen. Und die blieben am Anfang der 2020er Jahre bekanntlich nicht aus, so dass sogar der Begriff der Multikrise die Runde machte.⁷ Die Covid-19-Pandemie führte in eine anhaltende Debatte über die Rolle wissenschaftlicher Expertise und darauf gegründeter Politik und legte offen, dass die Verbindung von Wissenschaft und Politik von einem Teil der Bevölkerung skeptischer beurteilt wurde als dies zuvor angenommen worden war. Der Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 wiederum animierte eine Auseinandersetzung über die vielfältigen Konsequenzen eines Endes europäischer Exzeptionalität in Bezug auf die Friedensdividende, von der viele Teile Europas seit 1989 in einer Welt fortgesetzter geopolitischer Konflikte profitiert hatten. Je komplexer die Krisen, desto intensiver die Beschwörungen gesellschaftlichen Zusammenhalts, wobei nicht immer klar wird, ob es sich um einen bereits verlorenen Gesellschaftszu-

⁶ Ebd., S. 76.

⁷ Rohland, COVID-19; Tooze, *Welt im Lockdown*.

stand handelt, der zurückgewonnen werden muss, oder ob das Warnen vor einem noch bevorstehenden dystopischen Zustand dessen Vermeidung garantieren soll. Eine ganze Industrie der Umfragen versucht, der Gesellschaft den Zusammenhaltspuls zu messen,⁸ und an der Zahl der Indikatoren lässt sich erkennen, wie unterschiedlich dabei vorgegangen wird, wo die Schwerpunkte gesetzt werden und wie umfassend man sich das Problem vorstellt.⁹

Gegenüber der Erwartung, dass es sich um einen Modebegriff handle, kann man fast zehn Jahre nach seiner ersten Konjunktur feststellen, dass der Begriff gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht nur in Deutschland Beharrungskraft zeigt, sondern drauf und dran ist, zu einem gesellschaftlichen Schlüsselbegriff mit vielen Schattierungen in den unterschiedlichsten Teilen der Welt zu werden. Ob er tatsächlich eine globale Leitvokabel wird, bleibt noch zu erforschen, aber schon jetzt können wir nach unseren ersten Untersuchungen festhalten, dass er Diskursfelder im südlichen Afrika,¹⁰ im westlichen Europa und in Ostasien strukturiert, in Kanada und den USA eine zentrale Rolle spielt und in Ostmitteleuropa an Bedeutung gewinnt, wovon in diesem Band noch im Detail die Rede sein soll. Und das heißt keineswegs, dass er nicht auch in Lateinamerika¹¹ oder im Nahen und Mittleren Osten¹² oder im Pazifik¹³ anzutreffen wäre.

Bei Durchsicht der hier nur exemplarisch genannten Reports und Analysen zeigt sich, dass die begriffliche Unschärfe, die der wissenschaftlichen Untersuchung scheinbar hinderlich ist, einen großen Vorzug der Terminologie des gesellschaftlichen Zusammenhalts für die politische Debatte ausmacht. Sie erlaubt, unterschiedliche, aber doch eng miteinander zusammenhängende Phänomene je nach Dringlichkeit und Gelegenheit zu verhandeln: soziale und ökonomische Ungleichheit, Inklusion und Exklusion in multikulturellen und multiethnischen Gesellschaften, Stabilität des politischen Systems und Veränderungen der politischen Kultur, affektive Bezüge auf eine vorgestellte (nationale, ethnische, kulturelle) Gemeinschaft und vieles anderes mehr. Es scheint beinahe so, als trage zur Popularität des Begriffs gesellschaftlicher Zusammenhalt bei, dass er sich gegen die Aufsplitterung in Soziologien einzelner Aspekte wehrt und damit das Multimodale von Gesellschaftstheorien wieder in Erinnerung bringt. Ob Einkommensunterschiede oder Einstellungsunterschiede die Spaltungen von Gesellschaften mehr befeuern, ob Rassismus schlimmer sei als Rechtsextremismus, ob sinken-

8 Zuerst Dragolov u.a., *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt*.

9 Zum FGZ-eigenen Zusammenhaltspanel vgl. den ersten Bericht: Teichler u.a., *Entkoppelte Lebenswelten?*

10 Zulu, *Report*.

11 UN, *Social Cohesion in Latin America*. Der Bericht aus dem Jahr 2010 zeigt, dass die Debatten in verschiedenen Weltregionen keineswegs synchron verlaufen und jeweils unterschiedlich verursacht sind.

12 UNDP, *Developing a Social Cohesion Index for the Arab Region*.

13 Australian Agency for International Development, *Social Cohesion and Social Protection*.

de Realeinkommen oder enttäuschte Erwartungen mehr Wut erzeugen, ob der Ausschluss aus demokratischer Partizipation oder die Kränkung durch exkludierende Erinnerungskonstruktionen mehr Frustration erzeugt, ob die Generationen unterschiedliche Prioritäten in Bezug auf globale Herausforderungen haben oder die Erderwärmung eine neue, Generationen und Weltregionen übergreifende Klimagerechtigkeit notwendig macht – all diese Fragen werden in den Diskussionen um gesellschaftlichen Zusammenhalt mitverhandelt und hängen je nach Standort, Standpunkt und historischem Moment auf je andere Weise miteinander zusammen.

Hieraus ergeben sich vielfältige Vergleichsmöglichkeiten. Das vielfältige Messen des gesellschaftlichen Zusammenhalts legt nahe, dass dieser Vergleich zu einem Ranking führen könne, das uns erlaubt, auf einen Blick zu erkennen, welche Regierung und welche Gesellschaft die Herausforderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts am besten bewältigt. Allerdings trägt ein solcher Vergleich auch eine Vielzahl normativer Annahmen in sich. Von vielen Autoren wird der Vergleich auf der Deutungsachse demokratischer vs. autoritärer Zusammenhalt organisiert.¹⁴ Diese Debatte ist erkennbar geprägt von der Erfahrung mit rechts-populistischen Regimes in Ostmitteleuropa und Lateinamerika, besonders in Polen und Ungarn, vor allem aber mit der Präsidentschaft Donald Trumps in den USA.¹⁵ Die Gewissheit, dass Zusammenhalt per se liberal-demokratisch sei, ist mindestens erschüttert, und dies öffnet den Blick auf ein breiteres Panorama von Varianten des Zusammenhalts, seiner Legitimierung und seiner institutionellen Organisation. Damit rückt ins Blickfeld, wie Gesellschaften weltweit ihren Zusammenhalt begründen und praktizieren. Es erscheint nicht mehr angemessen, sie wie auf einem Zeitstrahl anzuordnen, bei dem die Entfernung vom teleologischen Endpunkt eines perfekten demokratischen Zusammenhalts sichtbar gemacht werden kann. Dieser modernisierungstheoretische Universalismus¹⁶ wird immer stärker in Zweifel gezogen. In einer multiplexen Weltordnung, die sich nach den Befunden von Amitav Acharya, Antoni Estevadeordal und Louis W. Goodman in den letzten Jahren herausgebildet hat,¹⁷ tritt die Verschiedenheit der Konzepte gesellschaftlichen Zusammenhalts deutlicher hervor, und zugleich werden diese Konzepte und Praktiken immer stärker als Gegenstand eines globalen Wettbewerbs angesehen. Dabei geht es nicht allein um die Überlegen-

14 Siehe z.B. Applebaum, *Die Verlockung des Autoritären*; Manow, *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie*.

15 Levitsky/Ziblatt, *Wie Demokratien sterben*.

16 Zum Ende des Zeitalters des Universalismus siehe Hofmann/Messling, *The Epoch of Universalism 1769–1989*.

17 Acharya/Estevadeordal/Goodman, *Multipolar or multiplex?* Basierend auf dem vergleichbaren Befund eines grundlegenden Wandels der Weltordnung, aber – in der Tradition von Fareed Zakaria – fokussiert auf eine neue Pentarchie: Münkler, *Welt im Aufbruch*.

heit des jeweiligen Gesellschaftsmodells nach innen, sondern auch um dessen Attraktivität für andere. Allianzen werden auf der Grundlage von Werteübereinstimmungen vorgeschlagen und geopolitische Lagerbildungen werden mit einer ähnlich gelagerten Herstellung gesellschaftlichen Zusammenhalts begründet.¹⁸ Ob für eine Typologie allein die Unterscheidung zwischen demokratischem und autoritär erzeugtem Zusammenhalt ausreichend ist, hängt nicht nur von politischen Bündnisoptionen ab, die mit solchen Differenzierungen beeinflusst werden sollen, sondern auch von der Aufmerksamkeit für die wechselseitigen Lern- und Anpassungsprozesse.

Denn die Wege, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erzeugen, zu erhalten und auszubauen, sind keineswegs strikt voneinander getrennt, sondern gesellschaftliche Akteure beobachten (mithin: vergleichen) immer häufiger, wie es anderen Gesellschaften gelingt, globale Herausforderungen und interne Krisen zu bewältigen, ohne eben den Zusammenhalt zu gefährden. Die Phase der Covid-19-Pandemie war ein Lehrbeispiel für solche wechselseitigen Beobachtungen. Einschränkungen der Bewegungsfreiheit für Bürger und Grenzkontrollen für die Handelsunternehmen wurden ebenso auf ihre Zweckmäßigkeit geprüft wie die Durchsetzung einer Impfpflicht (soweit genügend Impfstoff zur Verfügung stand). Dabei ließ sich die Zweckmäßigkeit der Maßnahmen scheinbar einfach aus den Effekten auf die Infektionsbilanz ableiten, aber immer schwang die Sorge mit, an welchem Punkt die Grenze der Belastbarkeit des Zusammenhalts erreicht wäre. Das Angebot der Varianten war riesig und reichte von der strikten Abriegelung von Infektionsherden zum Schutz der nicht betroffenen Bevölkerung (etwa in China) bis zur Akzeptanz hoher Infektionsraten im Interesse einer möglichst schnell zu erreichenden »Durchseuchung« und darauf gegründeten erworbenen Immunität (ein oft mit Schweden assoziiertes Modell). In beiden Fällen wurde die Zumutbarkeit extremer Einschränkungen der Bewegungsfreiheit bzw. einer hohen Freizügigkeit um den Preis hochschnellender Infektionszahlen nicht nur in den jeweiligen Ländern bedacht, sondern auch in vielen anderen Ländern vergleichend diskutiert, um für die eigene Strategie Argumente zu generieren.

Zusammenhalt existiert also nicht nur in Varianten, die es kontrastiv zu vergleichen gilt, sondern seine Manifestationen werden von den Akteuren selbst verglichen und damit viel stärker miteinander verflochten als es diejenigen wahrhaben wollen, die auf eine strikte Unterscheidung unterschiedlicher Typen des Zusammenhalts drängen. Diese Verflechtungsgeschichte des Zusammenhalts wird im Übrigen noch akzentuiert durch die Mobilität der Menschen zwischen ver-

¹⁸ Vgl. die Analyse zunehmender Systemrivalität in der 2023 verabschiedeten *Nationalen Sicherheitsstrategie* der Bundesregierung, bes. S. 20 ff.

schiedenen Gesellschaften. In dem Maße, wie der Anteil zugewanderter Menschen in den verschiedensten Gesellschaften steigt, wandern auch andere Erfahrungen mit der Historie von Zusammenhalt ein – sei es in Form von Praktiken der Gemeinschaftsorganisation, sei es in Form von Vorstellungen vom Gemeinwohl oder sei es in Form der Erinnerung an gelungenen Zusammenhalt in der Vergangenheit. Hieraus entfaltet sich ein ganzes Forschungsprogramm von Vergleichen und Verflechtungsanalysen, das langfristig angelegt ist und dessen Erfolg von der Zahl der einbezogenen Fälle abhängt. In der ersten Forschungsphase des FGZ war eines von drei Clustern dieser Analyse der Varianzen des Zusammenhalts gewidmet.

Wir sind dabei davon ausgegangen, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt auch deshalb zu einem vieldiskutierten Problem und zu einem vielfältig beschworenen Ideal künftiger Entwicklung wurde, weil etwaige Vorgängerbegriffe wie Gemeinschaft, Nation, Gesellschaft, Wohlfahrtsstaat, Solidarität, Multikulturalismus oder Sozialismus aus den unterschiedlichsten Gründen an Stellenwert verloren hatten. Wir sind von der Hypothese ausgegangen, dass sich dieser Wandel zwischen 1989 und 2015 vollzogen hat und zunächst einmal mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Ostmitteleuropa und der Sowjetunion sowie den karibischen und afrikanischen Ausläufern zu tun hatte, in dem der gesamte Instrumentenkasten einer Herstellung gesellschaftlichen Zusammenhalts, den die kommunistischen Parteien entwickelt hatten, entwertet wurde. Gleichzeitig setzte der Siegeszug einer neuen Leitkategorie ein, die eine noch nicht verbrauchte langfristige Zukunftsvision versprach: Globalisierung als Beschreibung der Situation nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, in der Wirtschaften noch enger zusammenrückten, Produktivitätsvorteile durch fortschreitende Arbeitsteilung (und die Erschließung neuer Arbeits- und Rohstoffmärkte) generiert würden und damit (jedenfalls mittel- bis langfristig) der allgemeine Wohlstand gehoben würde. Gesichert würde diese Idylle durch die Dominanz des liberalen Regierungsmodells, wie Francis Fukuyama in Aussicht stellte, während Samuel Huntington energisch widersprach und neue Konflikte voraussagte.¹⁹ Nationalstaaten schienen eine untergehende Spezies zu sein, ihr Ende wurde rasch annonciert, ohne dass die Begeisterung über die Entdeckung grenzüberschreitender Verflechtungen bereits das Problem gelöst hätte, wie künftig demokratische Partizipation und Sicherung auch der sozial Schwächeren gegen Abstieg und Marginalisierung organisiert sein würden.

Die Globalisierungseuphorie der 1990er Jahre stieß zu Beginn der 2000er Jahre auf wachsenden Protest und Widerstand, zunächst von links,²⁰ ehe der »Globa-

19 Fukuyama, »The End of History«; Huntington, »The Clash of Civilizations?«
20 Held/McGrew, *Globalization/Anti-globalization*.

lismus« zum Feindbild des Rechtspopulismus wurde. Die Konjunktur der Begrifflichkeit um den gesellschaftlichen Zusammenhalt verweist dabei auf das Scheitern einer liberalen Illusion, wonach sich die sozialen, kulturellen und ökonomischen Widersprüche innerhalb einer einzelnen Gesellschaft dadurch überwinden ließen, dass man sie ins Globale skaliert. Zwar erschien den Globalisierungsgebern (zu denen neben den Besitzenden und den Konsumenten im globalen Norden auch die neu entstehenden Mittelschichten im globalen Süden gehörten) der Mechanismus einer globalen Ausweitung des Spielfeldes durchaus attraktiv, aber eine größere Zahl von Menschen nahm die damit einhergehenden Krisen (die sich zunächst regional in den späteren 1990er Jahren in Lateinamerika und Osteuropa, später in einer umfassenden Wirtschafts- und Finanzkrise manifestierten) zum Anlass, die eigenen Chancen, dauerhaft auf der Sonnenseite anzukommen, neu (und skeptisch) zu kalkulieren.²¹ Angesichts dieser Abstiegsängste büßte das liberale Angebot viel von seiner Glaubwürdigkeit ein und parallel begann der Aufstieg einer populistischen Kritik, die auch in der Vergangenheit bereits mehrfach bereitgestanden hatte, um in der Wunde der nicht erfüllten liberalen Versprechen zu bohren.²²

»Gesellschaftlicher Zusammenhalt« scheint das Gegengift zu bieten. Die Terminologie ist allerdings offen genug, um sich mit dem Rassismus und der Xenophobie des Rechtspopulismus einerseits und mit dem Streben nach Solidarität und demokratischer Mitwirkung andererseits verbinden zu lassen. Er dient der Ablehnung des Globalismus durch Le Pen, Wilders, Orbán und Putin, aber er dient auch der Präsentation Chinas als Garant des globalen Freihandels durch Xi Jinping. Er motiviert viele Menschen für Ehrenamt und solidarische Entwicklungshilfe und er dient der Begründung von harten Maßnahmen gegen Geflüchtete und Asylsuchende. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist offensichtlich ein schillernder Begriff, und je größer wir den Kreis der internationalen Vergleiche schlagen, desto verwirrender wird die Vielfalt der Varianten.

Das Unbehagen an der Komplexität des Gegenstandes kann aber selbstverständlich kein Motiv sein, die Varianzen des Begriffsverständnisses in Vergangenheit und Gegenwart zu ignorieren. Vielmehr gebietet die Größe der Aufgabe zwar Demut gegenüber voreiligen Verallgemeinerungen, aber zugleich gilt es eben die Aufgabe anzunehmen und damit auch einen Beitrag zur Einordnung der deutschen Debatten um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den internationalen Rahmen zu leisten.

21 Steger, »Mapping Antiglobalist Populism«.

22 Koschorke, *Wiederkehr der Vormoderne?* In die gleiche Richtung organisieren John Agnew und Michael Shin in *Mapping Populism* ihre Analyse der britischen Brexit-Bewegung, des französischen Front National, der italienischen Fünfsterne-Bewegung und des US-amerikanischen Trumpismus.

Dieser Band ist eine erste Frucht dieses Bemühens. Das Cluster 3 hatte innerhalb des FGZ zum Ziel, die skizzierte Varianz der Verständnisse von gesellschaftlichem Zusammenhalt in den Mittelpunkt der Untersuchungen zu stellen, denn es erschien von Anfang an unplausibel, dass überall auf der Welt nach dem gleichen Rezept gesellschaftlicher Zusammenhalt hergestellt oder seiner Auflösung entgegengetreten würde.

Dies ist nicht nur wenig plausibel, weil die Herausforderungen ganz unterschiedliche sind, sondern auch, weil verschiedene Denk- und Politiktraditionen mobilisiert werden, um Funktionsäquivalente zu dem herzustellen, was der Begriff heutzutage beschreiben soll. Das wiederum lenkt die Aufmerksamkeit auf die historischen Voraussetzungen, unter denen von gesellschaftlichem Zusammenhalt gesprochen wird. Selbst für einen engen Testfall wie den Deutschen Bundestag hatte Cord Schmelzle konstatiert, dass 2018 der gesellschaftliche Zusammenhalt zwar konkurrierende Vokabeln überflügelt, aber keineswegs ausgelöscht hatte: Er wurde insgesamt 403-mal in Bundestagsreden erwähnt, während »Gerechtigkeit« (250), »Integration« (354), »Solidarität« (275) und »Wohlstand« (320) zwar dahinter lagen, aber nicht verschwunden waren.²³

Deshalb beginnt dieser Band auch mit einer historischen Analyse der Selbstbeobachtungen der deutschen Gesellschaft. Dirk van Laak berichtet von zahlreichen historischen Situationen, in denen sich allzu homogene Vorstellungen von sozialem Zusammenhalt durch Ungleichheit, Diversität, externe Einflüsse und Herausforderungen als nicht mehr haltbar erwiesen. Die Reaktionen darauf sind häufig sprunghafte Verstärkungen der Ablehnung des Herausfordernden. Die deutsche Geschichte kennt reichlich Beispiele für Ausbrüche von Fremdenhass, Antisemitismus und Rassismus, die einhergingen mit Ängsten vor Abstieg aus scheinbar gesicherten Positionen und mit heftig artikulierten Ansprüchen auf ein größeres Stück vom Ressourcenkuchen. Die Bilanz bei van Laak bleibt allerdings mit Blick auf die Bundesrepublik eher verhalten positiv, denn der historische Rückblick zeigt, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt immer wieder neu ausgehandelt wird, niemals der gleiche bleibt und in diesen Transformationen Lernprozesse ablaufen, die das vordem kaum für aushaltbar gehaltene Heterogene dann doch ertragbar erscheinen lassen. Gerade die Krisen des Zusammenhalts sind insofern Momente, in denen sich entscheidet, wie der Zusammenhalt in Zukunft aussehen wird. Ganz von selbst, so lehrt uns van Laaks Blick in den Rückspiegel, geht es allerdings nicht, sondern es braucht Stichwortgeber, die die neuen Erfahrungen in kurzen Sätzen aufbereiten, so etwa Altbundespräsident Wulff mit der Feststellung, der Islam gehöre zu Deutschland, oder Angela Merkels berühmtes »Wir schaffen das!«, mit dem der Mut angesprochen wer-

²³ Deitelhoff u. a., *Umriss eines Forschungsprogramms*, S. 9.

den sollte, das Unausweichliche auch anzupacken. Der durchaus umstrittene Slogan legt zugleich offen, dass in pluralen Gesellschaften (und welche moderne Gesellschaft wäre das nicht) Uneinigkeit über den einzuschlagenden Weg das Grundprinzip ist. Diese Uneinigkeit wegzuwünschen, kommt einem Aufruf zur Selbstverstümmelung gleich, weil nur die Auseinandersetzung über den besseren Weg sicherstellt, dass zunächst einmal alle Optionen auf den Tisch kommen. Wie gut Regierungen dann damit umgehen können, dass ihnen auch nach getroffener Entscheidung vorgehalten wird, möglicherweise einen weniger günstigen Weg eingeschlagen zu haben, ist eine andere Frage. Aber auch hier bedeutet das Bekenntnis zu einer Streitkultur (ob nun explizit über eine differenzierte Medienlandschaft oder hinter den verschlossenen Türen eines geheim tagenden Politbüros) zunächst nichts weiter als die Einsicht, dass der Zusammenhalt nicht der Suche nach der besseren Lösung für eine Herausforderung geopfert werden sollte.

Dirk van Laak macht in seinem historischen Vergleich noch auf ein zweites Problem aufmerksam. Damit Zusammenhalt über die immer weiter wachsende Vielfalt moderner Gesellschaften diskursiv organisiert werden kann, bedarf es einer Komplexitätsreduktion. Aus der intellektuellen Produktion vor allem soziologischer Gesellschaftsbeobachtung ergibt sich ein breites Angebot mehr oder minder überzeugender »Sozialfiguren«, die im Gelingensfalle zum Ausgangspunkt für umfassendere Gesellschaftsnarrative werden, in denen es um das Schicksal dieser Sozialfiguren geht. Sie sind weder »konkrete Individuen noch [...] fiktionale Gestalten, sondern figurative Darstellungen, in denen grundlegende gesellschaftliche Erfahrungen der betreffenden Zeit verdichtet sind.«²⁴ Warum bestimmte dieser Sozialfiguren breite Resonanz finden und wie sie mit den Narrativen, die soziale Bewegungen und politische Organisationen für die Bindung ihrer Anhängerschaft entwerfen, korrespondieren, bleibt weiter zu erforschen. Aber es zeigen sich auch Kontinuitäten, die die liberalen Gesellschaften seit langem begleiten. Die Idee vom »menu peuple«, wie dies während der Französischen Revolution genannt wurde, von den »kleinen Leuten« oder dem »einfachen Volk« oder von den »nowheres« ohne Erfolgsaussichten in den globalen Kontexten der Gegenwart, spielen unter diesen Sozialfiguren insofern eine besondere Rolle, als ihnen beinahe unhinterfragt eine zentrale Rolle im gesellschaftlichen Zusammenhalt zufällt. Verbindet sich ihre Beschreibung mit einem prekären Status, mit Einkommens- oder Anerkennungsverlusten, kippt ihre scheinbar zentrale Rolle in die des verratenen oder betrogenen Volkes, die dem Populismus seit jeher seinen Nährboden liefert.²⁵

24 Schlechtriemen, »Sozialfiguren«, S. 159.

25 Puhle, *Populism*.

Der historische Rückblick belegt nachdrücklich die Vielfalt der Formen, die gesellschaftlicher Zusammenhalt annehmen kann, er zeigt die konkreten Momente, in denen dieser Zusammenhalt auf den Prüfstand gebracht wird, weil Neues ihn herausfordert (sei es Zuwanderung, Jugendrevolte oder politischer Protest), und er zeigt die Unterschiedlichkeit der Begriffe, die für seine Beschreibung genutzt wurden. Er steht faktisch ständig unter Beobachtung und wird in den verschiedensten Konstellationen gesellschaftlicher Selbstanalyse (durch Journalisten, Künstler, Akademiker) mit Hilfe illustrierender Anekdoten oder faktenschwerer Statistik thematisiert. Das aktuelle Interesse am gesellschaftlichen Zusammenhalt ist nur die Fortsetzung einer langen Geschichte sozialer Selbstproblematisierung, und es könnte bereits erheblich zur Entspannung gegenwärtiger Sorgen um den Zusammenhalt beitragen, sich diese Geschichte bewusst zu machen.

Ebenfalls aus der Perspektive einer Begriffsgeschichte wenden sich Barbara Lüthi, Maren Möhring und Christiane Reinecke einem zentralen Problem des Zusammenhalts zu, nämlich der Integration Zugewanderter. Der Vergleich der höchst diversen Integrationsstrategien in Frankreich, in der Schweiz und der Bundesrepublik zeigt ein intensiv umkämpftes semantisches Feld. Die Autorinnen diskutieren die Beziehung zwischen »Assimilation« und »Integration« für Gesellschaften, die sich sehr lange als ethnisch-kulturell homogen ansahen, und solche, die aus ihrer Unterschiedlichkeit im Sinne eines »melting pot« kein Hehl machten. Dabei war auch den USA ein schockierend exklusionistischer Rassismus bekanntlich nicht fremd, aber gegenüber erwünschter Immigration erwies sich die nordamerikanische Gesellschaft als integrationsbereit. Demgegenüber trug in den europäischen Beispielen der Integrationsbegriff noch relativ lange Spuren des Assimilationsparadigmas, wurde prioritär die Einordnung in eine sogenannte Aufnahmegesellschaft gefordert. Dem stellen sich Positionen entgegen, die Integration als einen Aushandlungsprozess um Partizipationsmöglichkeit verstehen und beobachten, dass diese Perspektive zuletzt an Gewicht gewonnen hat, weil sich die Kräfteverhältnisse ändern: die Zahl der Zugewanderten ist größer geworden, sie fordern selbstbewusster Mitgestaltungsmöglichkeiten ein, und eine alternde Gesellschaft mit zunehmend beklagtem Fachkräftemangel ist auf Zuwanderung angewiesen. Dabei unterscheiden sich die Integrationspfade historisch erheblich: im Fall der Bundesrepublik spielten die sogenannten Vertriebenen (die in der DDR als Umsiedler schon rasch zu ehemaligen Übersiedlern wurden) eine wichtige Rolle für eine grundsätzlich positive Konnotation von Integration in den 1950er und 1960er Jahren, die sich leicht mit dem Narrativ von Wohlstand und sozialen Aufstieg verbinden ließ. Die folgende Periode einer Anwerbung und Zuwanderung von sogenannten Gastarbeitern war verbunden mit der Erfahrung, dass Migration nicht einfach an- oder auszuschalten sei und dass

gelingende Integration auch der Schaffung politischer Voraussetzungen bedurfte. In der Schweiz dagegen blieb lange die Angst vor sogenannter Überfremdung und die Weigerung vorherrschend, das Land als Einwanderungsland anzusehen. Frankreich wiederum zeichnete sich durch eine lange Immigrationsgeschichte und eine entsprechend lange Debatte um Assimilation und Integration aus, beharrte aber auf dem republikanischen Citoyen-Konzept, in dem Rassen- und ethnische Zugehörigkeit keine Rolle spielen sollten. Damit war der Weg zu einem Modell des stark community-orientierten Multikulturalismus, wie Großbritannien ihn ausprobiert hatte, verstellt, auch wenn die Realität vor allem der Pariser Vorstädte genau eine solche Ghettoisierung nach Herkunftskriterien sichtbar werden ließ.

Der Vergleich zeigt, dass unter »Integration« sehr unterschiedliche Dinge verstanden und sehr unterschiedliche historische Erfahrungen mobilisiert werden, dass weder Eingliederung in eine homogen gedachte »Leitkultur« noch Multikulturalismus allgemein geteilte konzeptionelle Grundlagen für einen gelingenden Umgang mit Zuwanderung sind, sondern Europa eher wie ein Flickenteppich der Integrationsstrategien erscheint, in dem mit ganz verschiedenen Ansätzen experimentiert wird. Es nimmt angesichts dieser Tatsache kaum wunder, dass es so schwer ist, sich auf eine gemeinsame europäische Politik des Umgangs mit Migration zu einigen, denn jede Anpassung an eine Gemeinsamkeit fordert die migrationspolitische Säule des jeweils national gedachten gesellschaftlichen Zusammenhalts heraus.

Dies unterstreicht auch Therese Mager am französischen Beispiel, indem sie aufzeigt, dass dort *cohésion sociale* bereits zum Problem wurde, als die 30 glorreichen Jahre des Nachkriegsbooms zu Ende gegangen waren und damit die Umverteilungsmöglichkeiten des Wohlfahrtsstaates immer begrenzter erschienen. Interessanterweise war gerade die *cohabitation* zwischen Präsident Chirac und Premierminister Jospin 1998 erfolgreich mit einem Gesetz, das den sozialen Zusammenhalt mit einer ganzen Reihe von Mindestsicherungen wiederherstellen sollte. Im Kontext der Lissaboner Erklärung des Europäischen Rates aus dem Jahr 2000 schien sozialer Zusammenhalt im Wechselspiel mit einer wissensbasierten Wirtschaft und nachhaltigem Wachstum zu den zentralen Säulen eines europäischen Gesellschaftsmodells zu werden, das in Frankreich seine institutionelle Abbildung in ministerieller Verantwortung und interministerieller Koordination durch eine Generaldirektion für den sozialen Zusammenhalt erhielt, die sich um Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit kümmern sollten. Unter der Präsidentschaft Emmanuel Macrons verlor der Begriff dagegen – ganz gegen den Trend im Nachbarland – an Glanz und Gebrauchshäufigkeit. Dies scheint auf den ersten Blick der unter französischen Sozialwissenschaftlern kursierenden Interpretation zu widersprechen, wonach die Faszination für den Begriff sozialer Zu-

sammenhalt mit tiefen Krisenerfahrungen und einem grassierenden Gefühl der Bedrohung des Erreichten einherginge. Gelbwestenproteste und der Aufstieg des Front National scheinen für eben jene Prekaritätsfurcht und Polarisierung zu stehen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Macron wandte sich allerdings von Chiracs paternalistischem Ansatz ab, bei dem der Staat die Hauptverantwortung trägt. Er konzentrierte sich wie sein Vorgänger Hollande stärker auf den Ausgleich zwischen Metropole und ländlichen Gebieten, vor allem aber verfolgte er die Vision einer sich selbst ermächtigenden Gesellschaft, die ihre globale Konkurrenzfähigkeit zurückgewinnt durch vielfältige Reformen. Der soziale Zusammenhalt ist dabei eher ein Beiprodukt und nicht der entscheidende Hebel. Die Zunahme der Proteste im Lande weisen allerdings darauf hin, dass das Bedürfnis nach Zusammenhalt als Verteilungsgerechtigkeit nicht nachgelassen hat.

Den Blick über den Atlantik unternimmt der Beitrag von Ursula Lehmkuhl, die sich mit Kanadas Multikulturalismus beschäftigt. Sie konstatiert das scheinbar paradoxe Zusammenspiel anhaltender massiver Ungleichheit und eines oftmals ins Vorbildhafte stilisierten gesellschaftlichen Zusammenhalts im Musterland des Multikulturalismus und rekonstruiert die Kontroversen, die sich seit den 1970er Jahren um dieses Konzept gerankt haben. Eine beinahe exzeptionelle Diversität, die mit der Geschichte des Siedlerkolonialismus, den zahlreichen europäischen, karibischen und asiatischen Zuwanderungswellen, aber auch der enormen Größe des Landes und seiner regionalen Vielfalt sowie schließlich mit dem Kampf der *metis* und der *first nations* um die Anerkennung ihrer Rechte zu tun hat, hat interessanterweise gerade zu einem starken Zugehörigkeitsgefühl geführt, das den Mosaikcharakter Kanadas als eine positive Eigenheit in den Vordergrund rückt. Dies wurde durch die radial-separatistischen Bestrebungen des Parti Québécois eher noch befeuert, weil es eben nicht zum Auseinanderbrechen des Landes infolge der durchaus beträchtlichen Polarisierung, sondern zu einem immer wieder neu auszubalancierenden Kompromiss des Bilingualismus führte, den Pierre Elliot Trudeau 1971 zu einem Konzept der Anerkennung aller Kulturen als Essenz der kanadischen Identität weiterentwickelte. Dieser Multikulturalismus stieß allerdings gerade im frankophonen Québec auf Widerstände, weil er eben nicht nur das Verhältnis von Mehrheiten und Minderheiten im gesamten Staatsgebiet, sondern auch in einzelnen Provinzen regelte. Gegen eine Politik der Reduzierung von Diskriminierungen erhoben sich immer stärker Stimmen, die weitere (oftmals nicht frankophone) Zuwanderung strikt ablehnten und immer wieder mit der Aussicht auf ein Referendum spielten, das den Multikulturalismus durch einen radikalen Separatismus ablösen sollte.

Lehmkuhl weist abschließend auf drei Punkte hin, die für die weitere Diskussion um Typen des gesellschaftlichen Zusammenhalts wichtig sind. Zunächst hat das Konzept des Multikulturalismus für einen längeren Zeitraum einen Rahmen

gegeben, in dem sich die Dynamiken von Zuwanderung und Verhandlung der Rechte Indigener auffangen ließen. Die Diskussion hat zwar eine politische Polarisierung (bis hin zu expliziten Abspaltungsbemühungen in Québec) nicht völlig verhindern können, aber doch Schritt für Schritt eine Differenzierung des Konzepts und seiner politischen Konsequenzen mit sich gebracht, mithin Vertreter ganz unterschiedlicher Positionen in eine gemeinsame Debatte über die Grundlagen kanadischer Identität eingebunden. Dies wäre zweitens nicht möglich gewesen, wenn nicht gleichzeitig eine Politik des materiellen Ausgleichs und der erhöhten Chancen für die *first nations* zur Partizipation betrieben worden wäre. Als diese Dualität von Bemühungen um Verteilungsgerechtigkeit und kulturelle Anerkennung von Minderheiten schwächer wurde, verlor auch der Multikulturalismus viel von seiner Überzeugungskraft. Neben der Verteilungskapazität des Wohlfahrtsstaates zeigen drittens die soziologischen Untersuchungen der kanadischen Gegenwartsgesellschaft ein weiterhin hohes Maß an sozialer Aufwärtsmobilität, so dass Erwartungen an einen gelingenden Aufstieg mit der Erzählung vom für alle offenen gesellschaftlichen Zusammenhalt zusammenpassen.

Dies sieht im südlichen Afrika, von dem Constanze Blum in ihrem Beitrag berichtet, teilweise ganz anders aus. Hier ist der Begriff *social cohesion* neueren Datums und verbindet sich mit der Enttäuschung über die gescheiterten Hoffnungen der 1990er Jahre, als sich die Region vom britischen Kolonialismus und dem Apartheidregime befreite. Auch hier hilft die Begriffsgeschichte weiter: *social cohesion* wird neuerdings genutzt, um Fragen zu diskutieren, die mit *reconciliation* und *economic justice/freedom* nur noch ungenügend artikuliert werden können. Von Simbabwe über Namibia bis Südafrika verliert die Idee der nationalen Wiederversöhnung als Grundlage des Zusammenhalts an Attraktivität, weil sich die Einsicht Bahn bricht, dass »reconciliation was not a moral project, but an elite project«, wie die Autorin aus einem der von ihr in Windhoek geführten Interviews zitiert. Damit gewinnt seit den 2010er Jahren *social cohesion* als neue Forderung an Gewicht, begonnen mit statistischen Untersuchungen zum Zustand des Zusammenhalts und seiner Grundlage, einer gerechten Verteilung der Ressourcen. Die Diskussion um gesellschaftlichen Zusammenhalt dient also zuerst einmal der Selbstaufklärung über die inzwischen erreichte Transformation. Als die beiden zentralen Gefahren werden die himmelschreiende Ungleichheit (einschließlich der sie begünstigenden und den Staat schwächenden Korruption) und eine daraus entspringende Gewaltbereitschaft im Inneren der Gesellschaften angesehen.

Für eine Globalgeschichte des gesellschaftlichen Zusammenhaltes zu beachten ist allerdings nicht nur die Verknüpfung der aus westlicher Soziologie übernommenen Kategorie *social cohesion*, sondern auch der Verweis auf die Kosmologie des Miteinander (Ubuntu). Damit soll der spezifisch afrikanische

oder südafrikanische (der Begriff stammt aus der Zulu- und Xhosa-Sprache) Charakter dieser Anerkennung wechselseitiger Kokonstituierung betont werden. Es mag offenbleiben, ob die Verschränkung mit einem kulturindustriellen Mechanismus wie den *Ubuntu Awards* dazu beiträgt, eben diesen afrikanischen Charakter in der imaginierten Unbeflecktheit zu erhalten, aber entscheidend ist das Bemühen, bei allen in Peer Review-Verfahren beglaubigten Messungen des Zusammenhalts dessen Universalismus zurückzudrängen und auf lokale und regionale Wurzeln eines je eigenen Verständnisses hinzuweisen. Dies korrespondiert mit dem postkolonialen Anspruch, für globale Probleme partikuläre Lösungen zu entwickeln und diese so ins Gespräch zu bringen, dass keine von vornherein Priorität beanspruchen kann.

Constanze Blum macht darauf aufmerksam, dass dieses Streben nach postkolonialer intellektueller Unabhängigkeit eine regionale Verständigung über Ländergrenzen erleichtert, sich aber sozial auch den neu entstandenen Mittelschichten im südlichen Afrika zuordnen lässt – mit symbolischen Orten wie den Pfingstkirchen und Einkaufszentren.

Noch stärker als das südliche Afrika nach der Apartheid ist das China seit Deng Xiaoping vom Aufstieg einer neuen Mittelschicht gekennzeichnet. So erstaunt es nicht, auch hier eine Debatte zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zu finden, von der Man Zhang berichtet. Allerdings legt sie den Schwerpunkt auf eine von der Kommunistischen Partei mobilisierte Theorietradition des Maoismus, die sie als Staatspopulismus kennzeichnet. Die KP hält sich zugute, eine langwährende Zersplitterung der chinesischen Gesellschaft überwunden und ein *nation-building* in Gang gesetzt zu haben, das zur Voraussetzung für die heutigen ökonomischen Erfolge geworden sei. Gesellschaftlicher Zusammenhalt als Realisierung chinesischer Ideale der Gerechtigkeit und der gemeinsamen Interessen habe seine Realisierung gefunden, weil die Partei sich immer wieder an den Bedürfnissen der breiten (zunächst bäuerlichen) Massen orientiert habe und nicht (wie der Leninismus in der Sowjetunion) eine Avantgarde-Position beansprucht habe. Indem sie der sogenannten »Massenlinie« folgte, habe die Partei die angeborene Weisheit und Kraft des Volkes aufgegriffen und umgesetzt. Dies rechtfertigte immer wieder voluntaristische Eingriffe in die Wirtschaftsentwicklung (wie den »Großen Sprung« mit seinen desaströsen Folgen) und ein Zurückdrängen von Bürokratie und Rechtsnormen. Dies wurde durch die Reformen in den 1980er und 1990er Jahren konterkariert, und der Aufschwung der Marktwirtschaft ging einher mit einer Ausweitung berechenbarer Rechtsverhältnisse. Seit 2006 propagierte die KP allerdings mit dem Slogan der »Harmonischen Welt« wiederum einen populistischen Politikstil, der die Proteste gegen die wachsende Ungleichheit eindämmen sollte. Spätestens ab 2012 schloss sich Xi Jinping dem zunächst von seinem Konkurrenten Bo Xilai propagierten Staatspopulismus an und verband ihn im-

mer konsequenter mit einem aggressiven xenophoben Sinonationalismus. Allerdings blieb er dabei deutlich misstrauischer als einst Mao gegenüber einer Entfesselung des Massenprotests und hegt den zurückgekehrten Populismus in dieser entscheidenden Frage ein.

Paolo Zucconi schlägt die Brücke zurück nach Europa und untersucht die Attraktivität des Putinschen Russland für die Staaten Ostmitteleuropas. Die Visegrád-Gruppe hat zwar seit ihrer Gründung 1991 nie zu einer wirklich kohärenten gemeinsamen Außenpolitik gefunden, aber der Zusammenschluss von Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Polen bildete zunächst einen losen Verbund zur Bewältigung der spezifischen Probleme der EU-Erweiterung, bevor er vor allem entlang der Achse Warschau-Budapest langsam zu einem Kraftzentrum des Populismus innerhalb der EU wurde. Dabei wirkte wiederum die Migrationskrise von 2015 als Beschleuniger. Allerdings erwiesen sich die völlig unterschiedlichen Positionen gegenüber Russland als schweres Hindernis für die Formulierung einer gemeinsamen Haltung, auch wenn man sich in der Ablehnung westeuropäischer Vorschläge zum Umgang mit den Geflüchteten einig war. Diese Widersprüchlichkeit hat es verhindert, dass der Aufstieg eines spezifisch ostmitteleuropäischen Populismus die EU gesprengt bzw. in die Handlungsunfähigkeit getrieben hat und eine (mehr oder minder) geschlossene Unterstützung der Ukraine nach dem Angriffskrieg unmöglich geworden wäre. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass die Rücksichtnahme auf fortbestehende Energieabhängigkeiten nicht nur in Ungarn, sondern jüngst auch in der Slowakei zur Vorsicht gegenüber russischen Interessen führte, wie Zucconi aufzeigen kann.

Der zweite Teil der Beiträge analysiert den Aufstieg von Rechtspopulismus und die verschiedenen Erscheinungsformen der Polarisierung in der deutschen Gesellschaft mit Blick auf globale Herausforderungen, die in Form von Zuwanderung und Intensivierung der kulturellen Kontakte in transnationalen Bewegungen direkt in die Gesellschaft hineinwirken und als solche thematisiert werden (wie etwa der Klimawandel, geopolitische Konflikte und steigende Migrationszahlen).

Alexander Yendell und Gert Pickel zeigen auf, wie antimuslimische Einstellungen von Rechtspopulisten genutzt werden, um globale Trends in eine Opposition zu den Interessen von »Volk« und »Nation« zu bringen. Sie fragen danach, in welchem Umfang antimuslimische Einstellungen zu Wahlentscheidungen für rechtspopulistische Parteien führen und prüfen die Hypothese, dass es kulturelle Bedrohungen (und nicht in erster Linie materielle Benachteiligungen) sind, die breite Unterstützung des Rechtspopulismus mobilisieren. Muslimische Migranten und Migrantinnen triggern einen Antiislamismus, den sich rechtspopulistische Parteien zunutze machen. Das herangezogene Datenmaterial erlaubt zunächst nur die Prüfung der Hypothese für den europäischen Raum, eine genauere

Analyse erfolgt für die Bundesrepublik und kommt zu dem Schluss, dass es eine direkte Korrelation zwischen antimuslimischen und antiislamischen Einstellungen und der Wahl der Alternative für Deutschland gibt. Andere Faktoren treten dagegen stark in den Hintergrund. Dieses Einstellungssset korreliert wiederum mit der Bereitschaft zu Ausländerfeindlichkeit und einer Einschränkung demokratischer Pluralität, zugleich aber mit einer sehr kritischen Haltung gegenüber den existierenden demokratischen Institutionen. Damit lässt sich ein Modell des Zusammenhalts, das Ethnonationalismus und eine Verankerung Deutschlands in einem imaginiert bedrohten (christlichen) Abendland propagiert, mit einem pluralistisch gedachten demokratischen Zusammenhaltsmodell kontrastieren. Dieser Befund für die Bundesrepublik wird anschließend für 17 europäische Länder getestet, und für elf der 17 Länder lässt sich die ermittelte Korrelation zwischen Islamophobie und Wahlentscheidung für rechtspopulistische Parteien nachvollziehen. Jenseits einer ganzen Reihe von regionalen Variationen konstatieren die Autoren für den gesamten europäischen Raum, dass antimuslimische Einstellungen einer pluralen Demokratie, die sich vom Ethnonationalismus entfernt, entgegenstehen. Die rechtspopulistische Verschwörungserzählung vom »Großen Austausch« mobilisiert offenkundig erfolgreich gegen die demokratischen Institutionen und für einen produktiven Umgang mit Migration. Die völkische Begründung des Zusammenhalts, die Fremde und insbesondere Muslime konsequent ausschließen will, ist in einem Teil der europäischen Bevölkerung fest verankert und in einigen Gesellschaften des östlichen Mitteleuropa soweit *common sense*, dass sie zu Mehrheitsentscheidungen bei Wahlen für Rechtspopulisten führt.

Diese völkische Sicht auf einen Zusammenhalt ist selbstverständlich nicht ohne Geschichte. Deshalb gehen Leon Walter, Jonas Rees und Michael Papendick der Frage nach, wie in einer Post-Migrationsgesellschaft (als die sie die Bundesrepublik kennzeichnen) 2021 der Nationalsozialismus bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen erinnert wird. Dabei fokussieren sie auf Personen mit internationaler Familiengeschichte und prüfen in ihrer Befragung die Hypothese, dass diese Personen ein geringeres Interesse an der Beschäftigung mit dem NS hätten. Personen mit internationaler Geschichte halten die deutsche Bevölkerung in höherem Maße für verantwortlich für die NS-Verbrechen und vermuten, dass sie selbst eher auf der Opfer- als der Täterseite gestanden hätten. Sie zeigen sich auch leicht überdurchschnittlich interessiert an Geschichte. Allerdings zeigt sich auch, dass Menschen mit internationaler Herkunft sich seltener als Teil der deutschen Erinnerungskultur begreifen und auf die Frage nach dem wahrgenommenen Zusammenhalt auch deutlich zurückhaltender antworten. Dies geht einher mit benannten Defiziten, die von diesen Menschen in der deutschen Erinnerungskultur (häufig: im schulischen Geschichtsunterricht) wahrgenommen werden: eine gründlichere und kritischere Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonial-

geschichte, eine gleichgewichtigere Behandlung anderer Weltregionen, Zeiträume und Konflikte neben dem Holocaust und der NS-Geschichte, Revolutionsgeschichte und Emanzipationsbewegungen sowie eine Geschichte des Rassismus. Vergleicht man diese Ergebnisse mit Studien zu anderen Ländern, dann lässt sich verallgemeinern, dass wachsende Immigration und zunehmende Identifizierung als Einwanderungsgesellschaft eine erhöhte Anforderung an Repräsentation der Geschichte der Zugewanderten im Schulunterricht mit sich bringen.²⁶ Im Unterschied zu den USA, die durch heftige History Wars gekennzeichnet waren,²⁷ blieb die Auseinandersetzung um das Geschichts-Curriculum in Deutschland bis vor Kurzem vergleichsweise unterkühlt und lief auf die Frage hinaus, inwieweit sich Zuwanderer in die deutsche Leitkultur und die daraus abgeleiteten Schwerpunkte des Geschichtsunterrichts einfügten. Erst die jüngsten Debatten um den Antisemitismus in der Kritik am Vorgehen der israelischen Armee im Gaza-Streifen nach dem Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 hat die größtenteils unter der Oberfläche liegenden Konflikte offensichtlich gemacht und zu einer neuen Dimension von Polarisierung geführt.

Eine andere, aber nicht minder wirksame Ebene der Polarisierung, in der rechtspopulistische Bewegungen sich die Mobilisierung einer wachsenden Zustimmung erhoffen, betrifft die Debatte um notwendige Maßnahmen gegen den Klimawandel. Der Beitrag von Christoph Richter, Janine Patz, Noah Marschner und Axel Salheiser geht zunächst dem Naturverständnis völkischer Ideologien nach und sieht ihn im direkten Gegensatz zur wachsenden Aufmerksamkeit für globale Klimagerechtigkeit. In den letzten Jahren ist es zu einer Verbindung von ethnonationalistischen Vorstellungen von Naturschutz als Heimatschutz (die aus der Metaphorisierung der »invasiven Arten« die scharfe Ablehnung von Immigration ableiten) mit dem libertären Kampf gegen staatliche Interventionen²⁸ gekommen, die zwar zahlreiche Paradoxien und Widersprüche hervortreibt, aber trotzdem an Attraktivität gewinnt.²⁹ Als Gemeinsamkeit findet sich die Suche nach einem gesellschaftlichen Zusammenhalt, der sich den Zumutungen einer pluralen und partizipativen Weltgesellschaft entziehen und sich gegen sie abschotten will.

26 Geyer, »World History and General Education«; Middell/Popp/Schissler, »Weltgeschichte im deutschen Geschichtsunterricht«.

27 Bentley, »Myths, Wagers, and Some Moral Implications of World History«. Die von Dirk Moses angestoßene Diskussion über die Engführungen eines »deutschen Katechismus« hat zu verschiedenen Versuchen geführt, ein Modell multidirektionaler (Rothberg) und inklusiver (Sznaider) Erinnerungskultur zu entwerfen.

28 Eine facettenreiche Darstellung dieser Bewegung unternimmt Slobodian, *Kapitalismus ohne Demokratie*.

29 Sconfienzo, »What Does »Environmental Populism« Mean?«

Wie die Verbreitung und Akzeptanz von rassistischen, xenophoben, demokratiekritischen und Klimaschutzregressiven Positionen mit dem Strukturwandel der klassischen Massenmedien zusammenhängen, erörtern Johannes Gemkow und Sonja Ganguin und setzen sich mit der in der Kommunikationswissenschaft dominierenden Annahme auseinander, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt und die integrative Wirkung der Massenmedien unmittelbar miteinander zusammenhängen. In den fortlaufenden, durch die Digitalisierung zuletzt akzelerierten Wandlungsprozessen der Öffentlichkeit ändert sich offensichtlich die Rolle von Medien immer wieder neu und dabei durchaus grundlegend. Aktuell ergeben sich sowohl neue Möglichkeiten zur Verbreitung und Rezeption antidemokratischer Inhalte als auch Chancen der Neukonstituierung von demokratischer Öffentlichkeit. Dagegen richtet der Beitrag von Astrid Lorenz, Luisa Pischtschan, Katharina Kolb und Thomas Lenk, der das Verfassungsziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse anhand von Einschätzungen durch Kommunalpolitiker und -politikerinnen sowie in Gruppendiskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern untersucht, den Blick zurück auf die materiellen (und infrastrukturellen) Voraussetzungen von Zusammenhalt. Regionalpolitik, die der Vermeidung von Vernachlässigungen und der Umverteilung von Ressourcen dient, gewinnt sowohl innerhalb der Bundesrepublik als auch in der Europäischen Union an Bedeutung – bis zu dem Punkt, dass wohlhabendere Regionen die Grenze ihrer Belastbarkeit deklarieren und gegen die Redistributionsmechanismen vorgehen. Dabei ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nur bedingt messbar und stark abhängig von subjektiven Perzeptionen und den diesen zugrundeliegenden Vergleichsparametern. Unter den Ergebnissen der Studie fällt auf, dass weder Unterschiede zwischen Stadt und Land noch zwischen Entscheidungsträgern und Bürgern besonders hervorragen, dagegen die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland weiterhin auffällig sind und vor allem in einem Narrativ des Abgehängtseins und Hinweisen auf ungleiche Lohn- und Rentenniveaus kulminieren. Dass dabei auch Fremdzuschreibungen eine große Rolle spielen – so berichtet ein Diskussionsteilnehmer davon, so lange nach dem Abgehängtsein gefragt worden zu sein, bis er sich nach beträchtlichem rhetorischem Widerstand endlich darauf einließ, es »zuzugeben« –, schließt den Bogen zu den Überlegungen im vorherigen Beitrag über die Rolle von Medien.

Das Projekt »Geschlechterdemokratie im Erzgebirge« akzentuiert noch einmal die Unterscheidung in plural-demokratischen und repressiven Zusammenhalt mit der Frage nach der Bedeutung von Antifeminismus. Henriette Rodemerk, Tabea Falk, Charlotte Höcker, Johanna Niendorf und Oliver Decker gehen in einer Reihe von Gruppendiskussionen den berichteten und wahrgenommenen Geschlechterverhältnissen in einer ostdeutschen Region nach, die sich einerseits durch eine hohe Identifikation der Bewohner mit dem Raum als

Heimat und Ort eines besonderen Zusammenhalts und andererseits durch eine hohe Präsenz demokratiekritischer und antidemokratischer Positionen (und für manche als »Experimentierfeld der extremen Rechten«³⁰) kennzeichnen lässt. Ein vergleichsweise hoher Prozentsatz an Zugehörigkeit zu (meist protestantischen) Glaubensgemeinschaften (ca. 40 Prozent gegenüber 20 Prozent in Sachsen insgesamt) und ein deutlich überproportionaler Anteil evangelikaler Positionen lassen sich in Verbindung bringen mit antifeministischen Einstellungen, vor allem gegenüber der Legalität von Schwangerschaftsabbrüchen, aber auch gegenüber Homosexualität. Ein Vergleich mit anderen Regionen in Deutschland und im Ausland, die als *bible belt* Berühmtheit erlangt haben, erfolgt jedoch nicht – den Akteuren sind transnationale und transregionale Bezüge³¹ oder auch eine Historisierung der eigenen Transformationserfahrungen offensichtlich weniger wichtig als ein quasi essentialisierendes Beharren auf erzgebirgischen Besonderheiten. Die Autorinnen schlussfolgern auf eine »repressive Harmonie« und einen »repressiven Zusammenhalt« als Gegenentwurf zu einer pluralen, »modernen« Demokratie.

Unseren Band beschließt eine Videoanalyse sozialer Situationen in öffentlichen und privaten Räumen, um aufzudecken, in welchem Maße und in welcher Form etwas beobachtet werden kann, was Christian Meier zu Verl, Christian Meyer und Hanna Grauert als »Hermeneutik des Verdachts« bezeichnen und als Ausdruck von Alteritätskonstruktionen charakterisieren, der dem Zusammenhalt in einer postmigrantischen Gesellschaft gefährlich werden kann. Da sich die Gesellschaft durch Zuwanderung verändert, wird eine Zusammenhaltsvorstellung, die Homogenität zur Grundlage hat, zunehmend dysfunktional, während der Umgang mit Alterität erlernt und in das Selbstbild der Gesellschaft aufgenommen werden muss. Für Diskriminierung und Rassismus sollte in einem solchen, von der fortschreitenden Pluralisierung der Gesellschaft ausgehenden Konzept von gesellschaftlichem Zusammenhalt möglichst geringer Raum bestehen. Diese normative Leitvorstellung gilt es allerdings mit den Beobachtungen von sogenanntem Alltagsrassismus abzugleichen, um die Wegstrecke ermessen zu können, die zwischen Ideal und Wirklichkeit noch zurückzulegen ist. Eine auf Videoaufnahmen gestützte ethnographische Untersuchung hilft dabei, die flüchtigen Praktiken festzuhalten und damit ins Bewusstsein auch derer zu rücken, die die Teilnahme an solchen Praktiken weit von sich weisen. Alterisierung wird als eine Form der exkludierenden Herstellung von Zusammenhalt sichtbar, und zugleich wird eine bestimmte Form von Zusammenhalt den als Fremde mar-

30 Grunert/Lang, »Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen«, S. 29.

31 Vgl dazu neuerdings mit zahlreichen Fallstudien: Hakola u.a., *The Culture and Politics of Populist Masculinity* sowie Tepe u.a., »The Emergence of Religious Populism?«

kierten Personen normativ entgegengehalten. So zeigt auch diese Untersuchung eine bereits innerhalb der deutschen Gesellschaft vielfach anzutreffende Varianz von Zusammenhaltskonzepten und -praktiken, die nicht mit der Suche nach »dem« einen sozialen Zusammenhalt in der Bundesrepublik zusammenpasst.

Diese Varianz steigert sich, wenn wir den geographischen Bogen größer schlagen und wenn wir historisch weiter zurückblicken. Aber sie steigt nicht in eine beliebige Zahl von Varianten, sondern es lassen sich Muster herausarbeiten, nach denen Individuen, Milieus, Bewegungen, Eliten und »einfache Leute« den für sie jeweils relevanten Zusammenhalt imaginieren und proaktiv herzustellen versuchen. Diese Muster ergeben sich daraus, dass Gesellschaften auf die gleichen globalen Herausforderungen reagieren (wenn sie von ihnen auch unterschiedlich betroffen sind und über unterschiedliche Ressourcen verfügen, mit diesen Herausforderungen umzugehen). Sie ergeben sich aber auch daraus, dass die Reaktionen auf globale Herausforderungen nicht isoliert voneinander stattfinden, sondern eine intensive wechselseitige Beobachtung von Akteuren stattfindet, welche Strategien erfolgversprechend sind und in Reichweite der eigenen Handlungsmöglichkeiten liegen. Aus diesem Beobachten und Lernen ergibt sich eine Dynamik, die die Lösungen von gestern heute weiter attraktiv erscheinen lässt oder als nicht mehr zeitgemäß.

Es treffen also innerhalb einer Gesellschaft verschiedene Konzepte von Zusammenhalt aufeinander, die wiederum von Mustern beeinflusst sind, die in anderen Gesellschaften parallel erprobt werden oder früher als aussichtsreich erschienen. Angesichts der großen Fülle empirischer Befunde und der nicht unbeachtlichen Geschwindigkeit des Wandels solcher Konzepte von Zusammenhalt ist noch enorme Forschungsarbeit zu leisten, bevor eine Globalgeschichte des Zusammenhalts mehr ist als eine Fülle von Fallstudien und normativ aufgeladenen Erwartungen.³² Wir sollten jedoch vor dieser Aufgabe nicht erschrecken, sondern vielmehr Inspiration aus der Debatte über den globalen Aufstieg populistischer Bewegungen und Regierungen³³ ziehen, mit der der Begriff und das Problem des gesellschaftlichen Zusammenhalts so virulent geworden ist.

³² Oxford, *Populism Versus the New Globalization*.

³³ Moffitt, *The Global Rise of Populism*; de la Torre (Hg.), *Routledge Handbook of Global Populism*.

Literatur

- Acharya, Amitav/Estevadeordal, Antoni/Goodman, Louis W. (2023), »Multipolar or multiplex? Interaction capacity, global cooperation and world order«, *International Affairs*, Jg. 9, H. 6, S. 2339–2365. Doi: 10.1093/ia/iiaad242.
- Agnew, J./Shin, Michael (2020), *Mapping Populism: Taking Politics to the People*, London.
- Applebaum, Anne (2021), *Die Verlockung des Autoritären. Warum antidemokratische Herrschaft so populär geworden ist*, München.
- Australian Agency for International Development (2012), *Social cohesion and social protection in Pacific Island countries*, Canberra, <https://www.dfat.gov.au/sites/default/files/social-cohesion.pdf>.
- Axford, Barrie (2021), *Populism Versus the New Globalization*, Thousand Oaks, CA.
- Bentley, Jerry H. (2006), »Myths, Wagers, and Some Moral Implications of World History«, *Journal of World History*, Jg. 16, H. 1, S. 51–82.
- Blum, Constance/Engel, Ulf (Hg.) (2023), *Populism and Social Cohesion in Southern Africa: Insights from Scholars and Practitioners (= Comparativ, Jg. 33, H. 4)*.
- Bundesregierung (2023), *Nationale Sicherheitsstrategie. Wehrhaft, resilient, nachhaltig*, Berlin, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2604006/857b2e75fade2a89cc5232a59fca997b/nationale-sicherheitsstrategie-data.pdf>.
- De la Torre, Carlos (Hg.), *Routledge Handbook of Global Populism*, London/New York 2019.
- Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/ Middell, Matthias / Schmelzle, Cord (2020) »Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Umrisse eines Forschungsprogramms«, in: Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/ Middell, Matthias (Hg.), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*, Frankfurt am Main, S. 9–40.
- Engel, Ulf/Middell, Matthias (2020), »Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Populismus. Überlegungen zur Varianz in Zeit und Raum«, in: Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (Hg.), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*, Frankfurt am Main, S. 88–108.
- Forst, Rainer (2020), »Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Zur Analyse eines sperrigen Begriffs«, in: Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (Hg.), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*, Frankfurt am Main, S. 41–53.
- Fukuyama, Francis (1989), »The End of History?«, *The National Interest*, Jg. 16, S. 3–18.
- Dragolov, Georgi u.a. (2013), *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Geyer, Michael (2005), »World History and General Education. How to Bring the World into the Classroom«, in: Schissler, Hanna/Soysal, Yasemin Nuhoğlu (Hg.), *The Nation, Europe, and the World: Textbooks and Curricula in Transition*, New York, S. 193–210.
- Grunert, Johannes/Lang, Anna-Louise (2022), »Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen im Erzgebirgskreis« (=EFBI Policy Paper 2022, 3), Leipzig.
- Hakola, Ouiti/Salminen, Janne/Turpeinen, Juho/Winberg, Oscar (Hg.) (2021), *The Culture and Politics of Populist Masculinities*, Lanham u.a.
- Held, David/McGrew, Anthony (2007), *Globalization/Anti-globalization: Beyond the Great Divide*, Cambridge.
- Hofmann, Franck/Messling, Markus (Hg.), *The Epoch of Universalism 1769–1989*, Berlin/Boston 2021.

- Huntington, Samuel P. (1993), »The Clash of Civilizations?«, *Foreign Affairs*, Jg. 72, H. 3, S. 22–49.
- Koschorke, Albrecht (2023), *Wiederkehr der Vormoderne? Varietäten des Liberalismus in einer postsouveränen Welt* (=FGZ-Working Paper 7), Leipzig.
- Levitsky, Steven/Ziblatt, Daniel (2018), *Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können*, München.
- Manow, Philip (2020), *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay*, Berlin.
- Middell, Matthias/Popp, Susanne/Schissler, Hanna (2003), »Weltgeschichte im deutschen Geschichtsunterricht. Argumente und Thesen«, *Internationale Schulbuchforschung*, Jg. 25, H. 1–2, S. 149–155.
- Moffit, Benjamin (2016), *The Global Rise of Populism: Performance, Political Style, and Representation*, Palo Alto.
- Moses, A. Dirk (2021), »Der Katechismus der Deutschen«, *Geschichte der Gegenwart*, Jg. 23, H. 5. <https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/>.
- Münkler, Herfried (2023), *Welt im Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert*, Berlin.
- Puhle, Hans-Jürgen (2020), *Populism and Democracy in the 21st Century* (=SCRIPTS Working Papers 2), Berlin.
- Quent, Matthias/Salheiser, Axel/Weber, Dagmar (2020), »Gesellschaftlicher Zusammenhalt im Blätterwald. Auswertung und kritische Einordnung der Begriffsverwendung in Zeitungsartikeln (2014–2019)«, in: Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (Hg.), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*, Frankfurt am Main, S. 73–88.
- Rohland, Eleonora (2020), »COVID-19, Climate, and White Supremacy: Multiple Crises or One?«, *Journal for the History of Environment and Society*, Jg. 5, S. 23–32.
- Rothberg, Michael (2009), *Multidirectional Memory: Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization*. Stanford.
- Schlechtriemen, Tobias (2019), »Sozialfiguren in soziologischen Gegenwartsdiagnosen«, in: Alkemeyer, Thomas/Buschmann, Nikolaus/Etzmüller, Thomas (Hg.), *Gegenwartsdiagnosen. Kulturelle Formen gesellschaftlicher Selbstproblematisierung in der Moderne*, Bielefeld, S. 147–166.
- Sconfienzo, Umberto Mario (2022), »What Does »Environmental Populism« Mean? Mapping the Existing Debate and a Plea for Dropping this Label«, *Populism*, Jg. 5, H. 2, S. 1–27.
- Slobodian, Quinn (2023), *Kapitalismus ohne Demokratie. Wie Marktradikale die Welt in Mikronationen, Privatstädte und Steueroasen zerlegen wollen*, Berlin.
- Steger, Manfred B. (2019), »Mapping Antiglobalist Populism. Bringing Ideology Back In«, *Populism*, Jg. 2, H. 2, S. 110–136.
- Sznajder, Natan (2022), *Fluchtpunkte der Erinnerung. Über die Gegenwart von Holocaust und Kolonialismus*, München.
- Teichler, N./Gerlitz, J.-Y./Cornesse, C./Dilger, C./Grohsamberg, O./Lengfeld, H./Nissen, E., Reinecke, J./Skolarski, S./Traunmüller, R./Verneuer-Emre, L. (2023), *Entkoppelte Lebenswelten? Soziale Beziehungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. Erster Zusammenhaltsbericht des FGZ*. Bremen: SOCIUM, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. <https://doi.org/10.26092/elib/2517>; https://fgz-risc.de/fileadmin/media/documents/FGZ_Zusammenhaltsbericht_2023.pdf.
- Tepe, Sultan/Simonds, Keith/Dirksen, Michael C. (2022), »The Emergence of Religious Populism? Insights from Israel, India, and Turkey«, *Populism*, Jg. 5, H. 1, S. 1–29.
- Tooze, J. Adam (2021), *Welt im Lockdown. Die globale Krise und ihre Folgen*, München.

- UNDP (2017), *Developing a social cohesion index for the Arab region*, o. O., <https://www.undp.org/arab-states/publications/developing-social-cohesion-index-arab-region>.
- United Nations/Economic Commission for Latin America and the Caribbean (2010), *Social Cohesion in Latin America: Concepts, Frames of Reference and Indicators*, o. O., <https://repositorio.cepal.org/server/api/core/bitstreams/92b9ac37-55f3-467c-9b23-3be87c187ea8/content>.
- Zakaria, Fareed (2009), *Der Aufstieg der Anderen. Das postamerikanische Zeitalter*, München.
- Zulu, Paulus, *Report of the Special Committee on Social Cohesion in Kwazulu-Natal*, o.O. 2015.

Vom Zensus zur Zusammenhalts-Studie. Über Wandlungen der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung seit dem 19. Jahrhundert

Dirk van Laak

Abstract

Der Beitrag versucht, kursorisch und in zwei Fällen exemplarisch unterschiedliche Modi der gesellschaftlichen Selbstbefragung zu rekonstruieren. Diese Selbstbefragung wird als eine zur Organisation moderner Gesellschaften unerlässliche Aufgabe skizziert, die vor allem empirisch-statistische Methoden, später auch systematische Befragungen nutzte, um Verwaltungswissen zu den Verhältnissen und den Bedürfnissen der Bürger:innen zu generieren. Dies diente zur Vermessung der jeweiligen Verfasstheit einer Gesellschaft, wobei sich eine spezifische Spannung zwischen den säkularen Tendenzen zu einer Individualisierung bzw. Autonomisierung gegenüber einer Vergemeinschaftung zeigten. Wiederkehrende Motive dieser Erhebungen werden am Beispiel der Jugendforschung sowie der fortgesetzten Rede von den »kleinen Leuten« diskutiert. Beide Diskurse waren von der Sorge geprägt, nachwachsende oder vermeintlich an die soziale Peripherie geratende Schichten der Gesellschaft zu »verlieren« bzw. deren Haltungen als potentielle Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu identifizieren. In der Rückschau erweist sich die starke Kontextabhängigkeit einer Interpretation der jeweiligen Ergebnisse unterschiedlicher Selbstbeobachtungen und wird schließlich die Forderung vertreten, stärker auf Vorgeschichten, fortlaufende Motive und zeitliche Abläufe zu achten, um Prozesse der Ausbalancierung zwischen Autonomisierung und Zusammenhalt einzuschätzen.

Keywords: Selbstbeobachtung; quantitative Sozialforschung; Demoskopie; Jugendforschung; kleine Leute

Moderne Gesellschaftsformen, die, zumal in ihren spätmodernen Varianten, einen weithin anonym bleibenden Bürger voraussetzen, benötigen eine rechtliche Verfasstheit, ein institutionelles Gerüst sowie möglichst umfassende Daten über die Bevölkerung, um Akte der ordnenden wie der leistenden Verwaltung zu vollziehen.¹ Zeitgleich mit der Verbreiterung von politischer Souveränität und gesellschaftlicher Autonomie hat sich in Europa und den USA seit dem frühen 19. Jahrhundert, später dann auch in anderen Teilen der Welt, eine in ihrer politischen Entität zunehmende wachsende Gesellschaftsschicht herausgebildet, die sogenannte Mitte, die in ihrer Ordnung einzuschätzen für politisches Handeln immer wesentlicher geworden ist, weil gesellschaftliche Prozesse gesteuert, administriert und letztlich auch zusammengehalten werden müssen.

Dass ein »Zusammenhalt« notwendig sei, ist eine politische und soziale Grundannahme, die wiederum zu Prozessen der sozialen Selbstbeobachtung und Selbstbeschreibung geführt hat.² Im 19. Jahrhundert waren diese zunächst von Vorstellungen einer kohärenten Kultur und Sprache, dann auch eines geschichtlich gewachsenen und möglichst homogenen Volkes wie auch einer wehrhaften Nation geprägt. Diese und andere kohäsive Ideologeme sind durch vornehmlich literarische, künstlerische, propagandistische und ritualisierte Bemühungen erzeugt und verstärkt worden.³

Zum *nation building* gehörte es, bei jedem Einzelnen so etwas wie Zugehörigkeit zu einer nationalen Einheit zu denken sowie die Bereitschaft, darin voll aufzugehen, vorauszusetzen, um Staatsbürger eines Landes, einer Volkswirtschaft, einer Kultur, möglichst auch einer Sprache sowie einer Kommunikationsgemeinschaft zu sein. Die damit erzeugten Kohäsionskräfte sind inzwischen ebenso gut erforscht wie die Verwerfungen dieser Bestrebungen, namentlich die Konstruktion von auswärtigen Feinden und die Marginalisierung von Minderheiten, die problematische Kontrolle und Abwehr von Migrationsprozessen oder die Bereitschaft zu »ethnischen Säuberungen«, die vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts um sich griffen, um so etwas wie eine »völkische« Homogenität herzustellen.⁴ Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser politischen Entwicklungen stehen Beschwörungen eines Zusammenhalts wie sie mitunter auch in den Schwüren zur »Nation« oder »Vaterlandsliebe« gefordert wurden, seither zurecht unter Verdacht.

Zu den ab dem frühen 19. Jahrhundert einsetzenden Prozessen von *nation building* gehörte es, dass die jeweiligen Positionen stark an politische und so-

1 Vgl. etwa Schauer, *Mensch ohne Welt*.

2 Vgl. Luhmann, »Die Selbstbeschreibung der Gesellschaft und die Soziologie«.

3 Vgl. hierzu Wehler, *Nationalismus*.

4 Naimark, *Flammender Hass*; Ther, *Die dunkle Seite der Nationalstaaten*.

ziale Milieus rückgebunden waren. Daher waren das politische Diskutieren und Entscheiden in diesem langen Jahrhundert noch relativ kalkulierbar. Die Verflüssigung der Stände und Milieus einerseits sowie die Verbreiterung der Wahlberechtigung sollte im Verlauf des Jahrhunderts die Notwendigkeit für Entscheider erhöhen, sich über Stimmungen in der weit gefassten Bevölkerung, die zugleich Konstituante als auch Konsumgruppe war, ein genaues Bild zu machen. Während sich aus der vormodernen Ständeordnung eine Klassengesellschaft formte, war der Zusammenhalt vor allem durch die Klammer des Nationalen bestimmt, differenzierten sich Haltungen aber gerade bei innenpolitischen Fragen weiterhin sehr schichtenspezifisch aus. Spätestens seit der Französischen Revolution hatten politische Entscheider eine Furcht vor entfesselten »Massen« ausgebildet.⁵ Daher suchten Politik und Verwaltung nach Methoden, den »Volkswillen« bzw. die »Volksmeinung« nicht nur zu erkennen und zu »ermessen«, sondern gegebenenfalls auch zu steuern, etwa durch ein »social engineering« oder eine umfassendere Planung von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.⁶

Das hat zu zahlreichen Überschneidungsfeldern zwischen Demokratie, Populismus und Diktatur geführt, zwischen diskursiver öffentlicher Meinung, Werbung und Propaganda. Die historischen Erfahrungen mit dem Missbrauch von Parolen des Zusammenhalts zu partikularistischen Zwecken und deren einhergehenden Folgen zogen im 20. Jahrhundert andere Arten der Selbstbeobachtung nach sich, die zumindest dem Selbstverständnis nach neutraler ausgerichtet waren, um der gewachsenen Pluralität der meisten modernen Gesellschaften gerecht zu werden. Sie wurden als Sonden in den jeweiligen »Zeitgeist« oder genauer: in die Verfasstheit der Gesellschaft verstanden, als Messinstrumente, die jenseits autosuggestiver Ideologien den Grad des Zusammenhalts in den jeweiligen Gesellschaften erfragen sollten.

Um deren historische Charakterisierung soll es im Folgenden gehen. Denn auch das *Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt* ist ein solches Instrument, das seine analytische Tiefe, so die hier vertretene These, durch eine historische Selbstverortung zu intensivieren vermag.⁷ Hierbei gilt es auch, an die Leistungen der historischen Sozialwissenschaften zu erinnern, mit der nicht nur synchrone, sondern auch diachrone Sonden in die Gesellschaft gelegt wurden.⁸ Denn die vielfältigen Äußerungsformen der Selbstbefragung mit ihrem variablen Vokabular dienten oft als »Geigerzähler« für gesellschaftliche Trendaussagen, vor

5 Middendorf, »Masse, Version: 1.0«.

6 Näher hierzu van Laak, »Planung« sowie Etzemüller, »Social engineering«.

7 Vgl. Deitelhoff/Groh-Samberg/Middell, »Gesellschaftlicher Zusammenhalt«.

8 Vgl. Nathaus, »Sozialgeschichte und Historische Sozialwissenschaft«. Siehe auch Knöbl, *Die Soziologie vor der Geschichte*.

allem aber für Krisenphänomene, denen das Potential einer vermeintlich schädlichen Spaltung der »Gemeinschaft« zugesprochen wurde.⁹

1. »Gemeinschaft« oder »Gesellschaft der autonomen Individuen«?

»Autonomie«, so fasst es der Philosoph Robert Spaemann in einer zu Beginn der 1970er Jahre formulierten Definition zusammen, umschreibe »den Tatbestand der Unabhängigkeit eines Gemeinwesens und seiner Gesetzgebung von fremder Oberherrschaft«, also »ungefähr das, was der neuzeitliche Begriff der Souveränität besagt«.¹⁰ Tatsächlich ist der Begriff der »Autonomie« in westlichen Gesellschaften schon seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert mit einer weiteren Wortbedeutung aufgeladen worden, nämlich mit dem Anspruch des Individuums, »sich selbst zu bestimmen«.¹¹ Darin ist die berühmte Aufklärungsformel vom »Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit« enthalten, wie Immanuel Kant sie formulierte. Doch ist dies kein geradliniger oder einseitiger Prozess, vielmehr muss er als dichotomisches Spannungsverhältnis zwischen dem *Autonomiestreben* des Einzelmenschen auf der einen, der Integrationskraft einer *Gemeinschaft* auf der anderen Seite verstanden werden.¹²

Einer der sozialen Trends, die dem Zusammenhalt einer Gesellschaft zunächst fundamental entgegentzulaufen scheinen, ist daher die fortschreitende Subjektivierung und Selbstorganisation des Menschen seit dem späten 18. Jahrhundert oder anders formuliert: die »Entdeckung des Ichs«.¹³ Gemeint ist hier vor allem eine Emanzipation des Einzelnen von gesellschaftlichen Zwängen. Mit ihr – so die mit diesem Trend einhergehende Vorstellung – soll das Individuum als »mündiger Bürger« ermächtigt werden. Diese Ertüchtigung zum »selbstbestimmten Subjekt«, zur »emanzipierten Frau«, zu einer »Hilfe zur Selbsthilfe« usw. ist ohne Zweifel einer der Fluchtpunkte der bürgerlichen Sozialisation. Alles das soll verstanden werden als Herauslösung aus gewachsenen und scheinbar selbstverständlichen, aber eben auch hierarchischen Strukturen, die als »bevormundend« deklariert wurden, um das autonome und selbstbestimmte Individuum, geschützt durch Menschenrechte und Minderheitenschutzrechte, hervorzubringen. Das ist liberal-bürgerlichem Verständnis nach letztlich auch

⁹ Zur historischen Genealogie des Krisendiskurses vgl. Schlögl, »Krise« als historische Form«.

¹⁰ Spaemann, »Autonomie, Mündigkeit, Emanzipation«, S. 95.

¹¹ Ebd.

¹² Vgl. Dudek, »Geschichte der Jugend«.

¹³ Vgl. van Dülmen (Hg.), *Die Entdeckung des Ich*.

ökonomisch interessanter, weil es den diversifizierten Kunden bzw. Konsumenten hervorbringt, auf dem die Ordnung des Marktes aufbaut.

Der Trend ist nicht ohne Wirkung geblieben, wie zahlreiche Indizien, etwa Studien des Statistischen Bundesamts, belegen: Inzwischen leben rund 16 Millionen Deutsche in einem Single-Haushalt, ungefähr 40 Prozent mehr als noch zwanzig Jahre zuvor. In medialen Kommentaren war unmittelbar von einer »Single-Gesellschaft« die Rede, die sich in steigenden Mieten in Single-Hochburgen, in florierenden Dating-Börsen im Internet sowie in zunehmenden Attacken auf das Ehegattensplitting äußere.¹⁴ Seit Jahrzehnten wird zudem ein Wertewandel identifiziert, der fort von Pflicht- und Akzeptanzorientierungen hin zu Freiheits- und Selbstentfaltungswerten deute.¹⁵

»Selbstverwirklichung« ist spätestens seit den 1960er Jahren eine Kategorie, die, so ökonomistisch sie auch im Einzelnen ausgedeutet werden mag, den meisten Menschen grundsätzlich erstrebenswert erscheint.¹⁶ »Autonomie« und »Selbstfindung« wurden sogar zu post-1968er-Kennzeichnungen für eine nur diffus wahrgenommene Epochenstimmung. Psychologie und Soziologie beschreiben seither das Entstehen »moderner Subjektkulturen« und die Herausbildung immer neuer, auf Körper und Seele gerichtete »Technologien des Selbst«, die in den 1980er Jahren entstandenen Gegenwartsdiagnosen von Michel Foucault zufolge Individuen in einen Status des Glücks zu transformieren versuchen.¹⁷ Dass dem auf der anderen Seite eine zunehmende Verunsicherung, wenn nicht sogar *Angst* entspricht, wurde ebenfalls in den entsprechenden Disziplinen festgestellt, und daraus unter anderem Anzeichen psychischer Überforderung sowie die Begründung für den Aufstieg des Beratungsbusiness abgeleitet.¹⁸

Das Streben nach einer zunehmenden »Autonomie« lässt sich allerdings nicht allein als eine Erfolgsgeschichte von liberal-bürgerlichen Werten und Menschenrechtsideen identifizieren. Vielmehr müssen die gegenstrebigen Kräfte einer Vergemeinschaftung sowie die Bindung autonomer Entscheidungsgewalt an bestimmte Bedingungen ebenfalls berücksichtigt werden, die wiederum ethnisch, national, geschlechtlich oder sozial begründet wurden. Ihren Ausdruck finden sie etwa im Nachweiser basaler »Bildung« (meist im Sinne bildungsbürgerlicher Vorstellungswelten), eines autonomer »Reife« entsprechenden Alters oder einer zureichenden Einübung in Kulturtechniken etwa des Lesens oder Schreibens.¹⁹

14 »Die Single-Gesellschaft«. Beilage zur Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung Nr. 35, 4. September 2011, S. 41–48.

15 Vgl. etwa Rödder, »Vom Materialismus zum Postmaterialismus?«.

16 Vgl. Pocivavsek, *Selbstverwirklichung*.

17 »Wahrheit, Macht, Selbst. Ein Gespräch zwischen Rux Martin und Michel Foucault (25. Oktober 1982)«.

18 Biess, »Die Sensibilisierung des Subjekts«; Ders., *Republik der Angst*.

19 Vgl. etwa Freire, *Pädagogik der Autonomie*.

Auch wird meist vorausgesetzt, dass das *autonome* Individuum sich freiwillig in Assoziationen wie Vereinen, Parteien oder anderen sozialen Netzwerken organisiert und sich insofern »kommunitaristisch«, d.h. zivilgesellschaftlich engagiert verhält.²⁰

Gegner des Autonomiestrebens, die teilweise zugleich deckungsgleich waren mit den Gegnern des Liberalismus und den Befürwortern einer »Gemeinschaft«, werfen der Gesellschaft der autonomen Individuen einen ungezügelten Egoismus und eine soziale Unverbindlichkeit vor. Sie verweisen mit einer großen Konstanz auf Prozesse der Entsolidarisierung und attestieren dem autonomen Selbst *Egozentrik* und *Selbstgöttere*i, *Bindungsunfähigkeit* und *sozialen Autismus* usw.²¹ Diese Einwände gegen die fortschreitende Autonomisierung oder auch Selbststeuerung der Individuen sind mitunter kulturskeptisch grundiert und mit einem anthropologischen Pessimismus unterlegt.²² Andere argumentieren, dass in der Spät- oder Postmoderne die Schattenseiten der Individualisierung immer stärker zutage treten.²³

Kritik kommt aber nicht nur aus dieser kulturkritischen Richtung. Der Soziologe Ulrich Bröckling hat darauf hingewiesen, dass die aus den USA importierte Rede von einem »Empowerment« bzw. einem »unternehmerischen Selbst« die gesellschaftliche Situation in besonders subtiler Weise verschleierte. Denn den Subjekten werde gleichsam antrainiert, sich machtvoller zu fühlen als sie tatsächlich sind. Das Individuum werde dadurch aufgefordert, durch verschiedene Ermächtigungstechniken seine Lethargie zu überwinden und an seiner Selbstachtung zu arbeiten, statt die Machtfrage zu stellen. Das erst laufe auf eine Entsolidarisierung hinaus, denn die Chancenungleichheit werde auf subjektive Verarbeitungsformen und eine »Problemlösungskompetenz« reduziert, die zur eigentlichen Lösung der meist gesellschaftlich bedingten Probleme gar nicht mehr vordringe. Dahinter stehe eine »harmonistische Sozialutopie«, aus der »alle Spuren eines Kampfes um Macht getilgt« seien.²⁴ Hierzu scheint auch das Leitbild vom »präventiven Selbst« zu gehören, das die staatliche Biopolitik und das *social engineering* früherer Jahrzehnte gleichsam zu internalisieren versucht.²⁵

Tatsächlich lässt sich im 20. Jahrhundert für Deutschland die relativ durchgehende Betonung einer individualistisch-urbanen Lebensweise auch durch die Zeit des »Dritten Reiches« hindurch und selbst noch für die frühe DDR nachwei-

20 Merz-Benz, »Die Überwindung des Individualismus«.

21 Als ein Beispiel unter vielen: Hoffmann-Novotny, »Auf dem Wege zu einer Gesellschaft von Einzelgängern?«.

22 Vgl. etwa Böckelmann, *Risiko, also bin ich*.

23 Vgl. etwa Vogelsang, *Soziale Verbundenheit*.

24 Bröckling, »You are not responsible for being down«, S. 328 f.

25 Thießen, »Vom immunisierten Volkskörper zum »präventiven Selbst««.

sen. Von erfolgreich kollektivierenden Gegenkräften könne, so etwa der Historiker Moritz Föllmer, kaum die Rede sein, nur dass nach 1933 die Voraussetzungen für autonome Entscheidungen und selbstbestimmten Konsum natürlich auf die rassistisch und politisch zugehörigen Volksgenossen beschränkt worden seien.²⁶ Nicht einmal in der Bundesrepublik wurde das gleichsam nomadisierende Bedürfnis nach individueller und vornehmlich auch ökonomisch motivierter Steigerung von Wahlfreiheit und Konsum ohne Misstrauen gesehen. So wurde schon in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren ein Notaufnahmeverfahren installiert, das sich darum bemühte, die politisch »wirklich« Verfolgten aus der SBZ/DDR von den bloßen »Wirtschaftsflüchtlingen« zu trennen.²⁷

Dass das exklusive Gewähren von Freiheitsrechten und Wohlstandsniveaus in der heutigen Europäischen Union anders gehandhabt würde, wird niemand behaupten wollen. Hierbei noch nicht mit einbezogen sind Thesen über sich entwickelnde Verblendungszusammenhänge, die von einer lediglich vorgespielten Autonomie durch die Konsumwelt und die Medien ausgehen. Die Kritische Theorie etwa sah den »eindimensionalen Menschen« (Herbert Marcuse) im Entstehen, der von der suggestiven Kraft der Konsumwerbung fortlaufend manipuliert werde und, statt in einer befreiten Gesellschaft zu leben, in eine unentrinnbare Abhängigkeit zum kapitalistischen System geraten sei.²⁸ Heute ist eher von »post-autonomen Subjekten« die Rede, die sich nicht mehr durch souveräne Entscheidungen, sondern eher durch ein kreatives Anpassen, durch Selbstvermarktung, Offenheit und Anschlussfähigkeit definieren.²⁹

Induziert von der verstärkten Attraktion von Populismen und rechtsextremen Parteien gewannen zuletzt Analysen über Entsolidarisierungsprozesse in Arbeitszusammenhängen eine verstärkte Aufmerksamkeit. So haben beispielsweise die französischen Soziologen Luc Boltanski und Ève Chiapello für den französischen Kontext darauf hingewiesen, dass die treibenden Kräfte bei der umfassenden Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse nicht unbedingt die Arbeitgeber waren, sondern vielmehr die gut ausgebildeten Facharbeiter, die seit den 1960er Jahren eine Befreiung aus vermeintlich starren Arbeitsverhältnissen gefordert und dadurch zu einer Entsolidarisierung unter den Arbeitnehmern beigetragen hätten.³⁰

Ausgehend von der These, dass moderne Gesellschaften des Globalen Nordwestens eine lange Tradition der sozialen Autoanalyse ausgebildet haben, soll zunächst nach den unterschiedlichen Instrumenten gefragt werden, mit denen sich

²⁶ Vgl. Föllmer, *Individuality and Modernity*.

²⁷ Ackermann, *Der »echte« Flüchtling*.

²⁸ Dem gegenübergestellt etwa Adorno, *Erziehung zur Mündigkeit*.

²⁹ Vgl. den Eintrag »Postautonomes Subjekt« in Assheuer, »Die Moderne ist vorbei«, S. 52.

³⁰ Boltanski/Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*.

pluralisierende Gesellschaften seit dem 19. Jahrhundert selbst beobachtet, analysiert und zu steuern versucht haben. Anschließend sollen zwei exemplarische Fragehaltungen in Bezug auf die Jugend und auf die sogenannten »kleinen Leute« vorgestellt werden. Erstere, weil vermittelt über sie gleichsam die Zukunft einer Gesellschaft verkörpert wird, letztere, weil in dieser Figur die ganze Ambivalenz einer potentiellen Bevölkerungsmehrheit eingefangen ist. Die lebt in aller Regel unauffällig und offenbart insofern wenig Indikatoren für Einstellungen und Verhalten, muss für politische Prozesse in »offenen Gesellschaften« (Karl Raimund Popper) aber doch gewonnen werden.

2. Instrumente der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung

»Das neunzehnte Jahrhundert«, so der Historiker Michael Jeismann, »ist mitgeprägt durch den Aufstieg der öffentlichen Meinung zum politischen Faktor, den die Politiker und Staatsmänner nicht mehr außer acht lassen durften.«³¹ Lange schien diese Öffentlichkeit durch Presse, teilweise auch durch Literatur und Theater, hergestellt bzw. reflektiert werden zu können.³² Seit der Antike ist in politischen Diskursen und intellektuellen Debatten über politische Einheitsbildung nachgedacht worden.³³ Es ist freilich bezeichnend, dass schon eines der ersten Werke der politischen Philosophie, Platons *Politeia*, als utopische Fiktion gedacht wurde. Daraus hat sich eine Tradition der Staats- und Reiseromane entwickelt – inklusive der Blicke vom Mond aus zurück auf die Erde –, in der vor allem die Verhältnisse der eigenen Gesellschaft gespiegelt wurden.³⁴ Als Überschneidungsfeld von Faktizität und Fiktion hat sich diese Art der Gesellschaftskritik bis in die Gegenwart hinein erhalten. Politische und gesellschaftliche Diagnosen von einzelnen Denkern, Wissenschaftlern, Experten, »pundits« oder (Medien-)Intellektuellen, wie sie vor allem im 20. Jahrhundert an der Tagesordnung sind, sollen hier aber nicht im Zentrum stehen.³⁵ Das gilt ebenso für feuilletonistische Zeit- bzw. Zeitgeistanalysen von »Leitmedien«.³⁶

Etwas anders gelagert verhält es sich bei soziologischen Diagnosen, die (meist) weniger auf den Interpretationen einzelner Beobachter der Zeitläufe beruhen, sondern sich auf kumulierte intersubjektive Wissensbestände berufen,

31 Jeismann, »Das dritte Auge«.

32 Altmann, »Das Problem der Öffentlichkeit«.

33 Vgl. van Laak, »Einleitende Bemerkungen«.

34 Weisshaupt, *Europa sieht sich mit fremdem Blick*; Osterhammel, *Europa um 1900*; Ders., »Fremdbeschreibungen«.

35 Joffe, »The Decline of the Public Intellectual«; Schildt, *Medien-Intellektuelle*.

36 Jarren/Vogel, »Gesellschaftliche Selbstbeobachtung«.

um die Bauformen und die Wandlungsprozesse der modernen (Industrie-)Gesellschaft, nach Möglichkeit in Modellen, zu erfassen. Hier gab es zahlreiche Übergänge zwischen staatsphilosophischen und staatsbeschreibenden Zugriffen, etwa den im 19. Jahrhundert immer üblicher werdenden Zensus.³⁷ Oft wird der Beginn der Soziologie mit den Saint-Simonisten und Auguste Comte in den 1840er Jahren verknüpft, also mit Vorstellungen einer »sozialen Physik« bzw. einem »social engineering«, die zugleich Steuerungswissen bereitzustellen versprachen. Von dort aus war es nur noch ein Schritt bis zur Sozialstatistik eines Adolphe Quetelet, der eine bis heute nicht abgerissene Hoffnung auf Big Data als Chance zur Berechnung des Durchschnittsmenschen begründete, der einer Gesellschaft als Orientierung dienen sollte.³⁸

Zum Ausdruck kam darin zum einen ein Trend zur »Verwissenschaftlichung des Sozialen« (Lutz Raphael), zum anderen die erstaunliche Bereitschaft westlicher Gesellschaften, der Evidenz und scheinbaren Neutralität von Zahlen und damit auch der scheinbaren Rationalität des Menschen zu vertrauen.³⁹ Beides ist bis heute nicht abgerissen, vielmehr hat sich die »Quantifizierung des Sozialen« (Steffen Mau) weiter fortgesetzt.⁴⁰ Inzwischen ist von einer biometrischen Erfassung des Individuums und einem »quantified self« die Rede.⁴¹ Damit verbunden ist jedoch auch eine immer stärkere Isolation bzw. eine geringere Kontextualisierung der empirischen Befunde sowie die Gefahr einer Essentialisierung von Kategorien und Erklärungen. Soziologische Zugriffe haben sich aus dem herausgespezialisiert, was man im 19. Jahrhundert noch die »Gesamten Staatswissenschaften« nannte, also eine Kombination aus geschichtlichen, nationalökonomischen und juristischen Perspektiven auf Staat und Gesellschaft, gelegentlich noch verbunden mit dem kontrollierenden und ordnenden Blick der »Policey«.⁴²

Diese »Staatswissenschaften« griffen auf frühere merkantilistische bzw. kameralistische Versuche zurück, die Bestände des Staates, seine Ressourcen, seine Handelsgüter wie auch seine Bevölkerung zu erfassen und nach Möglichkeit koordinierter als bislang einzusetzen.⁴³ Dazu gehörten dann auch statistische Erhebungen, etwa Volkszählungen, wie sie seit 1801 in Großbritannien durchgeführt wurden. Damit beschrieb sich der Staat regelmäßig selbst, um über Wissen in Bezug auf die Res Publica zu verfügen. Diese standardisierten Befragungen re-

37 Rassem/Stagl (Hg.), *Geschichte der Staatsbeschreibung*.

38 Adolf/Stein, »Information, Wissen«, S. 39–41.

39 Raphael, »Die Verwissenschaftlichung des Sozialen«; Porter, *Trust in Numbers*; Didier, *America by the Numbers*; Desrosières, *Die Politik der großen Zahlen*.

40 Mau, *Das metrische Wir*.

41 Meißner, »Selbstoptimierung durch Quantified Self?«. Vgl. auch Frommelt, *Die Personenwaage*.

42 Lüdtke (Hg.), »Sicherheit« und »Wohlfahrt«.

43 Wakefield, *The Disordered Police State*.

duzierten zugleich die Komplexität einer vielfältigen Gesellschaft auf norm- bzw. formulargerechte Kategorien.⁴⁴ Sie ermöglichten aber auch regelnde Eingriffe, etwa solche nach ethnopolitischen Kriterien.⁴⁵

Gleichsam »entstaatlicht« wurde die Wissensproduktion über Gesellschaft dann erst durch private Umfrageinstitute im frühen 20. Jahrhundert. Hier wird meist auf Elmo Roper, auf Archibald Crossley und besonders auf George Gallup verwiesen, der 1935 das *American Institute of Public Opinion* gründete. Aus der Werbewirtschaft und dem Journalismus kommend, wurde er – wie die beiden Erstgenannten – zum Pionier einer Markt- und Meinungsforschung, die sich oft auch als eine Art von Zufriedenheitsforschung und zugleich als urdemokratisch verstand.⁴⁶ Er stellte die im Prinzip schon seit den 1820er Jahren in den USA angewandten Wahlausgangsprognosen, die lange als Probeabstimmungen durchgeführt worden waren, auf eine methodisch neue Basis, indem er kontrollierte Stichproben nahm und sie mit Hilfe von Wahrscheinlichkeitsberechnungen bearbeitete.⁴⁷

Wahlprognosen sind bis heute ein wichtiges Anwendungsfeld mathematisch-statistischer Wissenserhebung geblieben. Sie beziehen ihre Relevanz aus der Adaption politischer Parteien an Klientel- oder Mehrheitsmeinungen, die namentlich für den Wahltag aktiviert werden sollen. Letztlich sind es aber die Wahlen selbst, die bis heute als eine der wesentlichsten Aussagen des »Wahlvolks« über Spaltung und Zusammenhalt gelten. Dass sich die in aller Regel kontinuierliche Verbreiterung der Wahlberechtigung in Bezug auf Alter, Vermögen, Geschlecht und Staatsbürgerschaft nicht ausschließlich als »Empowerment« bzw. als »Freiheitskampf« vormals unterprivilegierter Schichten schreiben lässt, haben etwa die Historikerinnen Hedwig Richter und Ute Daniel herausgearbeitet. Sie verwiesen darauf, dass Wahlberechtigungen auch als Instrumente zur sozialen Integration und Disziplinierung eingesetzt wurden.⁴⁸

Selbst prominente Verkünder bürgerlicher Freiheiten wie Thomas Babington Macauley, Alexis de Tocqueville oder John Stuart Mill dachten zunächst nicht daran, ein allgemeines und gleiches Wahlrecht zu befürworten, weil dies ja dann auch dem »Pöbel« auf der Straße zustehe.⁴⁹ Dieses grundsätzliche Misstrauen ist dann auch den Beobachtungen dieser sozial prekären Bevölkerungsteile unterlegt gewesen, wie es von Seiten der Verwaltung bzw. der Polizeibehörden oft ausgeübt wurde. Der britische Historiker Richard J. Evans hat vor geraumer Weile

44 Vgl. Brückweh, *Menschen zählen*; Schneider, *Wissensproduktion im Staat*.

45 Kröger, *Das vermessene Volk*.

46 Jeismann, »Das dritte Auge«.

47 Vgl. Keller, *Archäologie der Meinungsforschung*.

48 Richter, *Moderne Wahlen*; Daniel, *Postheroische Demokratieggeschichte*.

49 Kizwalter, »Pöbel, Menge, Masse«, S. 138 f.

die »Wirtschaftsvigilanzberichte« der Hamburger Politischen Polizei ausgewertet, in denen lokale Polizeivertreter »dem Volk auf's Maul geschaut« haben, indem sie sich in Wirtshäuser setzten und gleichsam konspirativ den dortigen Gesprächen zuhörten. Kneipen konnten in diesem Sinne als »Salons der Armen« verstanden werden und waren im Gegensatz zu deren bürgerlichen Entsprechungen, die auch so etwas wie Nuklei der bürgerlichen Öffentlichkeit darstellten, eine fast ausschließlich männliche Angelegenheit.⁵⁰

Auf eine nationale Ebene hochgerechnet wurden solche Abhör- und Spitzelberichte in Deutschland aber erst nach 1933. Die lokalen Gestapo-Berichte, die zwischen von 1934 und 1940 an die Leitung der Exil-SPD übermittelten »Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« sowie die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS zwischen 1938 und 1945 (»Meldungen aus dem Reich«) sind bis heute weit streuende Quellen für die historische Forschung über eine gesellschaftliche Selbstbeobachtung unter den Vorzeichen einer sich fortentwickelnden Diktatur, die aber bis zum Schluss darum bemüht war, möglichst realistische Spiegelungen der Meinung von »Volksgenoss:innen« zu erhalten.⁵¹ Denn der Zusammenhalt der »Volksgemeinschaft« konnte und sollte nicht allein durch eine drohende Verfolgung gewährleistet werden, sondern beruhte vielmehr auf einem Konsens, in weiten Teilen sogar auf einem Korruptionszusammenhang zwischen Führung und Geführten.⁵² Eine gesellschaftliche Disziplinierung sprang aber insofern auch auf die »Volksgemeinschaft« über, als nach 1933 ein verbreitetes Klima der Konformität und der Wachsamkeit gegenüber vermeintlichen Abweichlern, Feinden und »Verrätern am deutschen Volk« Platz griff, das eine starke Bereitschaft zur Denunziation offenbarte. Hier waren die »Volksgenoss:innen« also selbst zu einem Instrument der Selbstbeobachtung geworden.⁵³

Die Zustimmungswerte zum »System« waren dann auch in der DDR ein Gegenstand unterschiedlicher Erhebungen. In der Bundesrepublik sprach man in Bezug auf die vielen Flüchtlinge Richtung Westen gern von einer »Abstimmung mit den Füßen«. Besonders nach dem 17. Juni 1953, einem schockierenden Erlebnis für die DDR-Führung, wurde dort ein Ministerium für Staatssicherheit aufgebaut, das insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren personell und im Detailreichtum seines informationensammelnden Radars stark expandierte. Wohl selten sind Gesellschaften derart engmaschig beobachtet worden. Denn

⁵⁰ Evans, *Kneipengespräche*, S. 31.

⁵¹ Eckert, »Gestapo-Berichte«; Behnken (Hg.), *Deutschland-Berichte*; Boberach (Hg.), *Meldungen aus dem Reich*.

⁵² Aly, *Hitlers Volksstaat*; Bajohr, *Parvenüs und Profiteure*.

⁵³ Diewald-Kerkmann, *Politische Denunziation*; Reuband, »Denunziation im Dritten Reich«. Für einen Vergleich mit den USA siehe Stieglitz, »What I'd done was correct, but was it right?«.

auch die Westdeutschen interessierten sich zeitweise sehr intensiv für die Belange der ostdeutschen Gesellschaft und befragten vor allem jugendliche Flüchtlinge und Übersiedler mit einer gewissen Systematik nach dem Stand der Transformation der ostdeutschen Gesellschaft und den Zustimmungswerten zum System.⁵⁴ Sie legten dabei oft überraschend positive Haltungen zu einzelnen, vor allem sozialen Aspekten der DDR frei, etwa zur Enteignung der Produktionsbetriebe.⁵⁵

Dieses Interesse erlahmte in der Phase der Entspannungspolitik wieder etwas. Es stellt zudem sicher eine historische Besonderheit dar, weil hier die Grenzen zwischen einer gesellschaftlichen »Selbstbeobachtung« und einer von Spionage geprägten »Inlands«- wie auch »Auslandsaufklärung« fließend waren.⁵⁶ Es ist aber bemerkenswert, dass Instrumente der Meinungsforschung gleichsam über die Bande westdeutscher Befragungen, etwa als Stellvertreter- bzw. Spiegelbefragungen von Westbesuchern, durchgeführt wurden und insgesamt offenbar zu methodisch zwar durchaus angreifbaren, aber dennoch bemerkenswert exakten Ergebnissen führten.⁵⁷

Die aus der Markt- und Konsumforschung inspirierte, dann in den USA als Wahlforschung professionalisierte Demoskopie ist in den späten 1940er Jahren transatlantisch migriert. Ein Faktor dieses Kulturtransfers – eine charakteristische »Westernisierung«⁵⁸ – waren die von der Information Control Division bzw. der High Commission for Germany durchgeführten Survey Reports.⁵⁹ In Einrichtungen wie dem 1948 gegründeten Institut für Demoskopie in Allensbach am Bodensee wurden diese Befragungen für westdeutsche Belange zugerechnet. Die sich rasch diversifizierenden Meinungsforschungsinstitute haben sich wechselseitig Konkurrenz gemacht und einen Wettbewerb der exakten Wahlprognosen zelebriert, sich aber auch dem längerfristigen Wandel von Einstellungen gewidmet.⁶⁰ Die Sozialstatistik hat seit den 1950er Jahren Tendenzen einer »Europäisierung« aufgewiesen, seit 1953 wurde unter der Leitung von Rolf Wagenführ das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften aufgebaut.⁶¹ Seit Herbst 1973 versucht das sogenannte Eurobarometer auch die Meinungsentwick-

54 Meyen, »Die Flüchtlingsbefragungen«.

55 Vgl. etwa Infratest (Hg.), *Angestellte in der Sowjetzone Deutschlands*; Graf Blücher, *Industriearbeiterschaft*. Siehe auch Allen, *Interrogation Nation*.

56 Foschepoth, *Überwachtes Deutschland*, Kowalczyk/Polzin (Hg.), *Fasse Dich kurz!*.

57 Giesecke, »Auf der Suche nach der schweigenden Mehrheit Ost«; Holtmann/Köhler, *Wiedervereinigung vor dem Mauerfall*.

58 Vgl. Doering-Manteuffel, »Amerikanisierung und Westernisierung«.

59 Gerhardt/Arnold, »Zweimal Surveyforschung«.

60 Kruke, *Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland*. Vgl. auch Ziemann, »Opinion Polls«.

61 Vgl. hierzu Lammers, »Europa zählt«.

lung unter der europäischen Bevölkerung zu erfassen, hat aber nur wenig dazu beitragen können, so etwas wie eine europaweite Öffentlichkeit herzustellen.⁶²

Es ist dann insbesondere beim amerikaskzeptischen Teil des westdeutschen Bürgertums immer wieder der Verdacht gepflegt worden, staatliche Politik und die Parteien richteten sich mittlerweile allzu stark nach Umfrageergebnissen aus. Die Demoskopie ihrerseits befördere eine »Meinungspolitik« und bringe bestimmte Einstellungsmuster erst hervor, obgleich diese ihrerseits durch Mechanismen wie die »Schweigespirale« (Elisabeth Noelle-Neumann) verzerrt würden.⁶³ Bis heute reißt die Debatte über die Repräsentativität von Umfragen oder »Politbarometern«, von Äußerungen in der Presse, in den sozialen Medien usw. nicht ab und gehört zur gesellschaftlichen Selbstbeobachtung wohl untrennbar dazu.⁶⁴ Auch wurde festgestellt, dass die Regelmäßigkeit und Regelmäßigkeit ihrer Durchführung zudem einen Ritualcharakter haben, der die bestehende soziale Ordnung und den gesellschaftlichen Konsens immer wieder anruft und dadurch stützt.⁶⁵

Wer sich von der empirischen Sozialforschung und ihren oft kleinteiligen Ergebnissen nicht angesprochen fühlte, aber dennoch Interesse am Zustand der Gesellschaft besaß, wandte sich oft der mehr oder weniger soziologischen Zeitdiagnostik zu.⁶⁶ Die verortet sich unter anderem im Überschneidungsfeld zwischen Wissenschaft und Publizistik und versucht sich an einer generalisierbaren Trendaussage (»Risiko«-, »Freizeit«- oder »Gesellschaft der Singularitäten« usw.) oder einer pointierten Diagnose der Gegenwart (»Wir amüsieren uns zu Tode« usw.). Der Historiker Paul Nolte hat für die ersten zwei Drittel des 20. Jahrhunderts die Geschichte solcher Reflexionswissenschaften nachgezeichnet, die eine jeweils gültige Bestimmung der sozialen Lage und des gesellschaftlichen Wandels beansprucht haben. Die Soziologie, so Nolte, habe in vielem die Aufgabe der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung von Intellektuellen übernommen und auf eine wissenschaftliche, wenn nicht gar berechenbare Grundlage gestellt. Nach den normativen Verirrungen der »deutschen« Soziologie der 1930er Jahre hin zu einer möglichst homogenen »Gemeinschaft« habe dies eine dezidiert empirisch orientierte Soziologie in den 1950er Jahren zu überwinden versucht.⁶⁷ Wohl deswegen kommen bis heute auch klassische »Zeitgeist«-Diagnosen nie ohne eine Bezug-

62 Petersen, »Die öffentliche Meinung«.

63 Hoeres, »Aneignung und Abwehr der Demoskopie«.

64 Weischer, *Das Unternehmen »Empirische Sozialforschung«*.

65 Vgl. dazu Lipari, »Polling as ritual«; Hacking, »Making up people«.

66 Volkmann, »Soziologische Zeitdiagnostik«.

67 Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft*. Vgl. außerdem Raphael, »Ordnungsmuster und Selbstbeschreibungen«.

nahme auf Statistiken aus, deren vermeintliche Evidenz unhintergebar zu sein scheint.⁶⁸

3. Zwei Beispiele: Jugendforschung und die Sozialfigur des »kleinen Mannes«

Diese Liste der Instrumente einer gesellschaftlichen Diagnose wäre weiter zu verlängern, je nachdem, wie eng oder weit man eine solche Selbstbeobachtung definiert. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die wechselseitige Beobachtung nationaler Gesellschaften sowie der internationale Vergleich immer wesentliche Elemente dieser Analysen darstellten.⁶⁹ Das gilt insbesondere für Jugendkulturen und für Sozialfiguren, die fast immer global verflochtene Phänomene waren. Eine aussagekräftige Geschichte der sozialen Selbstreflexion müsste die skizzierten Instrumente der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung in ihren Entstehungszusammenhängen und anschließenden Wandlungsprozessen detaillierter analysieren – schon, um heutige Forscher:innen vor einer bloßen Wiederentdeckung früherer Erkenntnisse zu bewahren.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts rückte die Jugend als soziale Gruppe, als Lebensphase und als Generation zunehmend in den Fokus medialer, politischer und wissenschaftlicher Aufmerksamkeit.⁷⁰ Die modernen Konzepte des »Jugendlichen« und einer »Jugend«, die im Laufe des 19. Jahrhunderts entstanden waren, wurden dabei weiter differenziert und verfestigt.⁷¹ Bei den Vorstellungen einer jugendlichen Sozialisation bzw. einer Statuspassage von Heranwachsenden bildeten sich jeweils zeitgenössische Vorstellungen von vergesellschafteten Individuen und einer mehr oder weniger zusammenhaltenden Gesellschaft ab.⁷²

Die in Abschnitt II skizzierte Spannung zwischen Individuation und Integration, zwischen Autonomiestreben und die Anbindung an Gemeinschaften, ist insbesondere bei Jugendlichen aufmerksam beobachtet und meist mit Projektionen in die Zukunft verknüpft worden. Denn »Jugend« war, anders als in den meisten Zeiten davor, seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zu einer biographischen Übergangsphase, eine gestreckte liminale Zone zwischen den gesetzten Bindungen der Kindheit und den – mehr oder weniger – frei gewählten

⁶⁸ Als Beispiel mit einem Bezug zum Oberthema vgl. Wagenknecht, *Die Selbstgerechten*.

⁶⁹ Vgl. etwa Unzicker, »Messen was verbindet«.

⁷⁰ Die folgenden Ausführungen greifen auf Befunde von Maxi Weibel zurück, vgl. Weibel, »Von ›Aussteigern‹ und ›Angepassten‹«.

⁷¹ Vgl. Roth, *Die Erfindung des Jugendlichen*; Sander/Vollbrecht (Hg.), *Jugend im 20. Jahrhundert*.

⁷² Veith, »Zum Wandel des theoretischen Selbstverständnisses«, S. 350.

Assoziationen des Erwachsenenalters geworden. Diese Transformation war von politischen, gesellschaftlichen und intersektionalen Deutungskämpfen begleitet. Insofern konnte die Frage nach gesellschaftlicher Kohäsion und nach der Internalisierung von sozialen Normen und Verhaltensstandards an Jugendlichen exemplarisch diskutiert werden.

Jugend ist hierbei zu einem diachron verstandenen Strukturierungsmerkmal der Gesellschaft gemacht worden, die »Generation« im Sinne Karl Mannheims zu einer Einheit der kulturellen Prägung und zur Erfahrungskohorte, wenn man von einer gemeinsamen Sozialisation durch historische Ereignisse oder durch mediale, oft auch musikalische Formen der Vergemeinschaftung ausgeht. Jede Generation, so Mannheim, finde einen je »neuen Zugang zum akkumulierten Kulturgut« und entdecke darin Teile ihrer »Identität«.⁷³ Nicht überraschend, dass in der gleichen Zeit auch der Topos von einer »kollektiven Identität« entworfen wurde, der dann mit zeitlicher Verzögerung vor allem in postnationalen Umfeldern eine »unheimliche Konjunktur« entfaltete, um den Zusammenhalt von Teilgruppen unterhalb des Nationalverbands zu charakterisieren.⁷⁴

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war die Jugend ein besonders bevorzugtes Subjekt der soziologischen Forschung. Helmut Schelsky, der sie – besonders schlagwortprägend – als »skeptische Generation« bezeichnete, war nur einer unter ihnen.⁷⁵ Generationelle Zuschreibungen waren seitdem nicht mehr zu umgehen, westdeutsche Jugendliche wurden als »heimatlos«, »entwurzelt«, »halbstark«, »studentenbewegt«, »aussteigend«, »überflüssig« usw., aber auch als »angepasst« usw. charakterisiert oder als 45er, 68er, 89er, später als Generation X, Y oder Z gelabelt.⁷⁶ Das Schlagwort einer *no future*-Generation lebt heute als »letzte Generation« wieder auf. Überhaupt waren die vermeintlichen Befunde oft ähnlich, drehten sich die »Krisensymptome« in Bezug auf die nachwachsenden Kohorten oft um die Themen einer vermeintlich zunehmenden Individualisierung und Bindungslosigkeit: »An der Jugend erkannte man, dass viele der gewohnten »gemeinschaftlichen«, engen und affektiven Bindungen und Lebenszusammenhänge [...] in der Bundesrepublik nicht mehr wie früher funktionieren würden«, so Paul Nolte.⁷⁷

Die Jugend wurde seit den frühen 1950er Jahren gleichsam einer »Dauerbeobachtung« unterworfen, was sich seit 1953 in den Shell-Jugendstudien, seit 1965 in den Jugendberichten der Bundesregierung, seit 2008 in den Sinus-Jugendstudien oder zwischen 1989 und 2006 in den Jugendsurveys des Deutschen Jugendin-

⁷³ Mannheim, »Das Problem der Generationen«, S. 176.

⁷⁴ Vgl. Niethammer, *Kollektive Identität*.

⁷⁵ Vgl. Kersting, »Helmut Schelskys »Skeptische Generation«.

⁷⁶ Vgl. etwa Geisthövel, »Anpassung«.

⁷⁷ Nolte, *Ordnung*, S. 229 f.

stituts niederschlug.⁷⁸ Dabei wurde immer auch mit Normalitätskonstruktionen gearbeitet.⁷⁹ So erschienen nach 1989 die besonders aufmerksam beobachteten Jugendlichen in Ostdeutschland als besonders gefährdet, wurden sie jedoch dabei vor allem am Muster westdeutscher Jugendlicher gemessen.⁸⁰ Zweifellos kann man solche Blicke auf die Jugend auch als »Stellvertreterdiskurse« bezeichnen, weil über Jugendprobleme letztlich gesamtgesellschaftliche Probleme wie in einem »Spiegel« ausgehandelt werden.⁸¹

Rezente Gesellschaften haben jugendliche Randgruppen, Sub- oder Protestkulturen häufig auf gleichsam seismographische Weise auf sich selbst bezogen, »als Blick in die Zukunft«, so Maxi Weibel,

der sorgen-, aber auch hoffnungsvoll sein kann; als ritualhafte Anhörung der konstruierten Einheit Jugend, die in die Gesellschaft integriert werden muss und als Suche nach neuen Formen von sozialen Bindungen während einer wahrgenommenen Krise. [...] So wird Jugend immer wieder befragt, wenn eine Gesellschaft sich ihrer Stabilität vergewissern will, in Zeiten einer wahrgenommenen Transformation oder wenn soziale Bindungen sich scheinbar auflösen.⁸²

Insofern ist die Selbstbeobachtung der Jugend oft von einer »moral panic« geleitet.⁸³ Es ist aber insofern immer auch ein optimistisches Element mit eingewoben, als die Chance besteht, dass gesellschaftliche Krisenphänomene gleichsam antizipiert und unter Umständen pädagogisch zugerichtet werden können.

Häufiger als solche diachronen Strukturierungen der Gesellschaft sind freilich synchrone, die eine Gesellschaft in Segmente unterteilt und dabei nach übergreifenden Elementen der Kohäsion zwischen diesen Teilbereichen fragt. Die realgeschichtlich einflussreichste Einteilung ist hier sicher die nach sozialen Klassen gewesen, deren Schichtung untrennbar mit der Vorstellung kultureller Milieus und darin geteilten politischen Interessen verbunden war. Ähnlich wie die essentialistische Konstruktion von »Rassen« gehörte diese Perspektive zu den Gesellschaftsdiagnosen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die auf Geschichtsentwürfe und daraus abgeleitete Handlungszwänge, auf »geschlossene« Gesellschaftsmodelle (Karl Raimund Popper) und auf »identitäre« Demokratiekonzepte abzielten. Nach den Erfahrungen mit deren Umsetzungsversuchen gibt es eine vollkommen berechtigte Distanz gegenüber solchen Zusammenhalts-Konstruk-

78 Vgl. Hornstein, *Jugendforschung*.

79 Hierzu Link, *Versuch über den Normalismus*.

80 Hölzl, »Ostdeutsche Jugendliche«, S. 278–281. Vgl. auch Möckel, *Erfahrungsbruch* sowie Friedrich, »Geschichte des Zentralinstituts für Jugendforschung«.

81 Griesse, »Jugend(sub)kultur(en) und Gewalt«; Ders., *Aktuelle Jugendforschung*, S. 11. Vgl. auch Bühler, *Jugend beobachten*.

82 Weibel, »Von »Aussteigern« und »Angepassten«, S. 55.

83 Zu dem Konzept vgl. Cohen, *Folk Devils and Moral Panics*.

tionen von oben. Selbst der Begriff der »Gemeinschaft« ist in diesem Sinne anrühchig geworden.⁸⁴

Zusammenhalt und »Wir-Gefühle« sind denn auch Zielvariablen nur eines Teils der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung. In den letzten Jahren hat sich in auffälliger Weise eine Strukturierung nach Mehrheiten und Minderheiten bemerkbar gemacht, hat man sogar den Eindruck, dass letztere die ersteren bisweilen kumulativ zu majorisieren scheinen. Es sei, so der Publizist Jürgen Kaube in einer Folgerung aus dieser Diagnose, erkennbar nicht so, dass »der vielbeschworene ›Zusammenhalt der Gesellschaft‹ auf Empathie aller mit allen angewiesen wäre. Genau umgekehrt beweist die Gegenwart, dass eine auf der der Ebene ihrer Mitglieder mit genügend ›Indifferenz und Minimalsympathie‹ (Rudolf Stichweh) ausgestattete Gesellschaft auch starke soziale Differenzenerfahrungen aushalten kann.«⁸⁵

Auch die Binnendifferenzierungen der »Mittelschichtsgesellschaft«, die sich seit Theodor Geigers Warnung vor einer »Panik im Mittelstand« aus dem Jahr 1932 immer stärker weiter ausgeweitet hat, ist zuletzt in die Diskussion geraten.⁸⁶ Ein »Klassiker« scheint hingegen der Versuch zu sein, Gesellschaften über antagonistische Spannungsverhältnisse zu beschreiben. Diese sogenannten Cleavage-Theorien diagnostizieren Spaltungen der Gesellschaft zwischen polaren Spannungspolen. Stephan Lessenich und Frank Nullmeier haben vor einigen Jahren eine ganze Reihe solcher Gegensatzpaare einer vermeintlich gespaltenen Gesellschaft zusammengetragen: arm – reich, beschäftigt – arbeitslos, sicher – prekär, Kapital – Arbeit, alt – jung, Frauen – Männer, Eltern – Kinderlose, gebildet – ungebildet, Elite – Masse, Ost – West, Nord – Süd, Stadt – Land, Deutsche – Ausländer, gläubig – ungläubig, links – rechts, beweglich – unbeweglich oder Gewinner – Verlierer.⁸⁷ Heute sind dies Polaritäten wie die »Anywheres« und die »Somewheres« (David Goodhart) oder zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus (Wolfgang Merkel) usw.

Diese Zurichtung dient natürlich ebenso der Reduktion von Komplexität und garantiert einen öffentlichen Diskussionsbedarf wie eine weitere dieser Operationen, die Konstruktion von Sozialfiguren. Bei ihnen, so der Soziologe Tobias Schlechtriemen, »handelt es sich weder um konkrete Individuen noch um fiktionale Gestalten, sondern um figurative Darstellungen, in denen grundlegende gesellschaftliche Erfahrungen der betreffenden Zeit verdichtet sind.«⁸⁸ Solche em-

84 Clausen, »Der Januskopf der Gemeinschaft«.

85 Vgl. Kaube, *Otto Normalabweicher*, S. 20.

86 Geiger, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*; Kumkar/Schimank, »Die Mittelschichtsgesellschaft«.

87 Lessenich/Nullmeier (Hg.), *Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft*. Zur Kritik hieran vgl. Kaube/Kieserling, *Die gespaltene Gesellschaft*.

88 Schlechtriemen, »Sozialfiguren«, S. 159.

blematischen Gestalten oder Kollektivsubjekte erlauben narrative Verdichtungen über eine Erzeugung von symbolischer Evidenz.

Eine dieser Sozialfiguren von erstaunlicher Beharrungskraft ist der »kleine Mann« (die »kleine Frau« ist hierbei meist mit einbezogen) bzw. der »Mann auf der Straße« oder sind allgemeiner die »kleinen Leute«. Auch wenn die Figur als Teil einer sozialen Schicht in der Gesellschaftsanalyse immer mal wieder verabschiedet wurde, hält sie sich bis heute, wenn auch sprachlich oft anders zugeschnitten, als die »hart arbeitenden Menschen«, die »Normal«- oder »Durchschnittsbürger« usw. Damit ist tatsächlich der oft statistisch ermittelte, gleichsam aggregierte Repräsentant eines Querschnitts der Bevölkerung gemeint, wie er unter anderem in den USA seit langem erforscht wird.⁸⁹

Der »average«, »ordinary« oder »common man« der USA ist freilich vom europäischen »kleinen Mann« insofern unterschieden, als er zwar zu Figurationen des »white trash« mutieren kann.⁹⁰ Dennoch ist ihm nicht *per se* die Perspektive auf Prekarität eingezogen, die in den Rhetoriken der »kleinen Leute« in Europa meist mitschwingt. Im Grunde ist es eine Figur, welche seit der revolutionären Umsetzung des Prinzips der »Volkssouveränität« in der amerikanischen und französischen Revolution so etwas wie die »Mitte« und eine potentielle Mehrheit der Gesellschaft verkörpert. Während der US-amerikanische »common man« jedoch eine bisweilen heroisch überhöhte Aufstiegsperspektive in sich trägt, die über den »common sense« lediglich aktiviert werden müsse, schwingt in europäischen Fassungen des »kleinen Mannes« fast immer die Gefahr eines sozialen Abstiegs und damit verknüpfter, meist angstbesetzter Haltungen mit.

»Seine politische Relevanz«, so der Journalist Mark Schieritz,

verdankt der kleine Mann vor allem der Tatsache, dass sich am Wahltag die Verhältnisse umkehren, und ›die da unten‹ über ›die da oben‹ abstimmen. Denn so viel ist klar: Es gibt mehr ›kleine‹ Leute als ›große‹. Wenn man, wie es international üblich ist, unter den kleinen Leuten all jene versteht, die zwischen 80 und 150 Prozent des mittleren Einkommens verdienen, dann umfasst die so definierte Mittelschicht fast die Hälfte der Bevölkerung.⁹¹

Immer wieder werde der »kleine Mann« als Teil einer »schweigenden Mehrheit« beschrieben, so der Journalist Nils Marquardt, als dessen Sprachrohr man sich als Politiker:in oder Partei dann darstellen könne. Das zeige schon »der Metaphernwald, in dem sich er bewegt: Er ›zahlt immer die Zeche‹, da man's ›mit ihm ja machen kann‹, weil er stets die ›Arschkarte zieht‹.« Andererseits handele es sich bei

89 O'Keefe, *The Average American*; Igo, *The Averaged American*; Seal, *The Common Man*.

90 Vgl. Isenberg, *White Trash*.

91 Schieritz, »Wer hilft dem kleinen Mann?«.

der Rede vom »kleinen Mann« um ein »rhetorisches Kostüm, das sich jeder zur Selbstviktimisierung überstreifen« könne.⁹²

In Bezug auf Vorstellungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind in den vergangenen Jahren vor allem die Gefährdungen des »Populismus« diskutiert worden. Meist ist hier impliziert, dass sich die falschen Leute mit falschen Versprechungen an eine vermeintlich »schweigende Mehrheit« richten, um einen Zusammenhalt zu beschwören, der auf falschen Voraussetzungen beruhe. Als einer der frühesten »Populisten«, der zudem in charakteristischer Weise seine eigene bescheidene Herkunft herausgestrichen habe, wird oft der amerikanische Präsident Andrew Jackson gewertet.⁹³ Dem von seinen Gegnern wegen der von ihm mobilisierten Wählerstimmen auch »King Numbers« genannten Mann aus der »Provinz« Tennessee wurde unterstellt, dass er eine von der Mehrheit gelenkte Politik betrieben habe, statt den repräsentativen Republikanismus seiner Vorgänger aus der Elite des Ostküsten-Establishments fortzuführen. Andere Zeitgenossen fürchteten die Herrschaft des »Königs Mob« oder wähten, die Republik sei zu einer Demokratie verkommen.⁹⁴

Damit waren die wesentlichen Gegnerschaften der »kleinen Leute« benannt, die bis heute die Spaltungs-Rhetorik befeuern: der kleine Mann stehe gegen die Eliten, die Politik, die Intellektuellen oder »den Staat«, heute auch »die Medien«, bisweilen sogar »die Wissenschaft« – alles Autoritäten, denen unterstellt wird, sie gefährdeten den gesellschaftlichen Zusammenhalt einer Mehrheit (der sich eigentlich ganz von allein herstellte, wenn man ihn nur in Frieden ließe) durch ihre partikularen Interessen, ihren urban-abgehobenen Kosmopolitismus sowie ihre dauerhafte Neigung zur Korruption. Dieser Solidarisierungsrhetorik durch »die falschen Freunde der einfachen Leute« (so der österreichische Publizist Robert Misik) gegenübergestellt wurde aber auch Kritik an den politischen Entscheidungen der »kleinen Leute«, etwa vom Sozialpsychologen Wilhelm Reich.⁹⁵ In Reaktion auf den Nationalsozialismus schrieb er 1946 in seiner »Rede an den kleinen Mann«: »Du bist klein und willst klein bleiben, kleiner Mann. (...). Du bettelst um Glück im Leben, aber Sicherheit ist dir wichtiger, auch wenn sie dich dein Rückgrat, ja dein ganzes Leben kostet«.⁹⁶

92 Marquardt, »Kleiner Mann, warum?«. Ausführlicher in van Laak, »Der kleine Mann«.

93 Isenberg, *White Trash*, S. 105–132. Zum Umfeld vgl. Müller, *Die Wurzeln des Populismus*.

94 Lepore, *Diese Wahrheiten*.

95 Misik, *Die falschen Freunde*.

96 Reich, *Rede an den kleinen Mann*, S. 31, 33.

4. Zusammenfassung

Es dürfte deutlich geworden sein, dass hier, ähnlich wie im Fall der Jugend, eine aggregierte Sozialfigur aus der Mitte der Gesellschaft zur Projektionsfläche für alle möglichen gesellschaftliche Zustandsbeschreibungen geworden ist, gerade weil sie eine denkbare Gefährdung des Zusammenhalts in sich trägt. In beiden Fällen kommt es freilich auf die Perspektive, auf die Fragehaltung, aber auch auf das methodische Instrument an, mit denen das jeweilige Segment der Gesellschaft befragt oder problematisiert wird. Zusammenhalt ist nicht immer positiv bewertet worden, vielmehr kann er abhängig von der Situation auch als Hindernis auf dem Weg zur »Selbstverwirklichung« des Individuums oder zur Bildung eines »mündigen Bürgers« betrachtet werden.

Auch die jeweiligen Motive einer gesellschaftlichen Selbstbeobachtung spielen natürlich eine Rolle: Ist man an vorgeblich nüchternen empirischen Zahlen interessiert oder braucht man diese vornehmlich, um eine »gefühlte« Realität zu belegen? Blickt man vom Standort eines »Basisdemokraten« auf die Gesellschaft oder von dem eines auf Kontrolle geeichten Organisators? Ist einem an der weiteren Beförderung von Autonomie und Selbstbestimmung der Individuen gelegen oder sieht man allenthalben Gefährdungen der Einheitlichkeit und Einmütigkeit einer vorgestellten »Gemeinschaft« am Werk? Oder ist, wie der Politikwissenschaftler Karsten Fischer argumentiert hat, die Rede von der Krise des Zusammenhalts eine, die seit den 1990er Jahren vor allem die Umsetzung politischer Reformen im Wohlfahrtsstaat legitimiert hat?⁹⁷

Festzuhalten ist zum einen, dass die sozialwissenschaftliche Wissensproduktion ihre Gegenstände jeweils mit konstituiert. Eine historische Kontextualisierung kann dabei helfen, die eigene Fragehaltung zu reflektieren, die Kategorien des eigenen Analyseinstrumentariums zu historisieren und ihre Bedeutungen als zeitgebunden und kontingent zu verstehen. Zum anderen ist deutlich, dass es sich bei der Vielfalt der Selbstbeobachtungen auch um die Generierung eines spezifischen »Zukunftswissens« geht, gerade in den Feldern der Ökonomie, des Sozialen wie der Demographie. Vor allem aus einem Bedürfnis nach Sicherheit heraus sollen bestimmte Segmente der Gesellschaft, wenn schon nicht in ihrer Gesamtheit, nach Möglichkeit prognosefähig und planbar sein.⁹⁸ Im Zulauf auf die Gegenwart sind es daher oft die vermeintlichen Gefährdungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die im Sinne einer »wehrhaften« und zivilgesellschaftlich starken Demokratie fortgesetzt identifiziert und in Schach gehalten werden sol-

⁹⁷ Fischer, *Moralkommunikation*. Ähnlich Dobbernack, *The Politics of Social Cohesion*.

⁹⁸ Vgl. Hartmann/Vogel (Hg.), *Zukunftswissen*.

len: Rassismus, Antisemitismus, Fremdenhass, die Diskriminierung von Minderheiten, Verteilungskämpfe um Ressourcen usw.

Dabei gibt es im Rückgriff auf die zahllosen Selbstbeobachtungen der vergangenen Jahrzehnte viele Hinweise darauf, dass es häufig Phänomene der – oft vorübergehenden – Überforderung durch Pluralismus und Meinungsvielfalt, zu viel Zuwanderung und Diversität auf einmal, zu krasse soziale Unterschiede und Ungerechtigkeiten usw. sind, die in pluralistischen, postmigrantischen und postkolonialen Gesellschaften immer wieder Probleme mit Kohäsion und Solidarstrukturen verursachen. Es sind also auch Fragen des *zeitlichen* Ablaufs und der Adaption an den Wandel – etwa von Integrationsmechanismen wie Bildung, Besitz, Prominenz und anderen Faktoren des sozialen Aufstiegs – damit angesprochen. Auch das lässt die Einbeziehung von historischen Perspektiven bei der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung und Selbstbeschreibung unabdingbar erscheinen. Der vorliegende Beitrag versteht sich als eine Skizze zu möglichen Vertiefungen in dieser Richtung.

Literatur

- Ackermann, Volker (1995), *Der »echte« Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961*, Osnabrück.
- Adolf, Marian/Stehr, Nico (2021), »Information, Wissen und die Wiederkehr der Sozialen Physik«, in: Bachor, Martina/Hug, Theo/Pallaver, Günther (Hg.), *DataPolitics. Zum Umgang mit Daten im digitalen Zeitalter*, Innsbruck, S. 35–54.
- Adorno, Theodor W. (1970), *Erziehung zur Mündigkeit*, Frankfurt am Main.
- Allen, Keith R. (2017), *Interrogation Nation. Refugees and Spies in Cold War Germany*, Lanham u.a.
- Altmann, Rüdiger (1954), »Das Problem der Öffentlichkeit und seine Bedeutung für die moderne Demokratie«, phil. Diss. Marburg 1954.
- Aly, Götz (2005), *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt am Main.
- Assheuer, Thomas (2012), »Die Moderne ist vorbei«, *Die Zeit*, Nr. 31, 26. Juli 2012, S. 52.
- Bajohr, Frank (2001), *Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit*, Frankfurt am Main.
- Behnken, Klaus (Hg.) (1980), *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940*. 7 Bde., Salzhausen/Frankfurt am Main.
- Biess, Frank (2019), *Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*, Reinbek.
- (2008), »Die Sensibilisierung des Subjekts. Angst und »neue Subjektivität« in den 1970er Jahren«, *Werkstatt Geschichte*, H. 49, S. 51–72.
- Boberach, Heinz (Hg.) (1984), *Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, 17 Bde., Herrsching.
- Böckelmann, Frank (2011), *Risiko, also bin ich. Von Lust und Last des selbstbestimmten Lebens*, Berlin.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003), *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz.

- Bröckling, Ulrich (2003), »You are not responsible for being down, but you are responsible for getting up. Über Empowerment«, *Leviathan*, Jg. 31, H. 3, S. 323–344.
- Brückweh, Kerstin (2015), *Menschen zählen. Wissensproduktion durch britische Volkszählungen und Umfragen vom 19. Jahrhundert bis ins digitale Zeitalter*, Berlin.
- Bühler, Rahel (2019), *Jugend beobachten. Debatten in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft in der Schweiz, 1945–1979*, Zürich.
- Clausen, Lars (1991), »Der Januskopf der Gemeinschaft«, in: Clausen, Lars/Schlüter, Carsten (Hg.), *Hundert Jahre »Gemeinschaft und Gesellschaft«: Ferdinand Tönnies in der internationalen Diskussion*, Opladen, S. 67–82.
- Cohen, Stanley (2011), *Folk Devils and Moral Panics: The Creation of the Mods and Rockers*, 3. Aufl., London.
- Cryle, Peter/Stephens, Elizabeth (2017), *Normality: A Critical Genealogy*, Chicago/London.
- Daniel, Ute (2020), *Postheroische Demokratiegeschichte*, Hamburg.
- Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (2020), »Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Umriss eines Forschungsprogramms«, in: Dies. (Hg.), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*, Frankfurt am Main, S. 9–40.
- Desrosières, Alain (2005), *Die Politik der großen Zahlen. Eine Geschichte der statistischen Denkweise*, Berlin u.a.
- Didier, Emmanuel (2020), *America by the Numbers: Quantification, Democracy, and the Birth of National Statistics*, Cambridge, MA.
- Diewald-Kerkmann, Gisela (1995), *Politische Denunziation im NS-Regime oder Die kleine Macht der »Volksgenossen«*, Bonn.
- Dobbernack, Jan (2014), *The Politics of Social Cohesion in Germany, France, and the United Kingdom*, Basingstoke.
- Doering-Manteuffel, Anselm (2011), »Amerikanisierung und Westernisierung, Version: 1.0«, *Docupedia-Zeitgeschichte*, 18.01.2011, docupedia.de/zg/doering_amerikanisierung_v1_de_2011.
- Dudek, Peter (2002), »Geschichte der Jugend«, in: Krüger, Hans Hermann/Grunert, Cathleen (Hg.), *Handbuch Kindheits- und Jugendforschung*, Opladen, S. 333–349.
- Eckert, Rainer (2003), »Gestapo-Berichte. Abbildungen der Realität oder reine Spekulation?«, in: Paul, Gerhard/Mallmann, Klaus-Michael (Hg.), *Die Gestapo – Mythos und Realität*, Darmstadt, S. 200–215.
- Etzemüller, Thomas (2017), »Social engineering, Version: 2.0«, *Docupedia-Zeitgeschichte*, 04.10.2017, docupedia.de/zg/Etzemueller_social_engineering_v2_de_2017.
- Evans, Richard J. (1989), *Kneipengespräche im Kaiserreich. Stimmungsberichte der Hamburger Politischen Polizei 1892–1914*, Reinbek.
- Fischer, Karsten (2006), *Moralkommunikation der Macht. Politische Konstruktion sozialer Kohäsion im Wohlfahrtsstaat*, Wiesbaden.
- Föllmer, Moritz (2013), *Individuality and Modernity in Berlin. Self and Society from Weimar to the Wall*, Cambridge.
- Foschepoth, Josef (2012), *Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik*, Göttingen.
- Freire, Paulo (2008), *Pädagogik der Autonomie. Notwendiges Wissen für die Bildungspraxis*, Münster u.a. 2008.

- Friedrich, Walter (1999), »Geschichte des Zentralinstituts für Jugendforschung«, in: Friedrich, Walter/Förster, Peter/Starke, Kurt (Hg.), *Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse*, Berlin, S. 13–69.
- Frommeld, Debora (2019), *Die Personenwaage. Ein Beitrag zur Geschichte und Soziologie der Selbstvermessung*, Bielefeld.
- Geiger, Theodor (1932), *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage*, Stuttgart.
- Geisthövel, Alexa (2015), »Anpassung. Disco und Jugendbeobachtung in Westdeutschland, 1975–1981«, in: Eitler, Pascal/Elberfeld, Jens (Hg.), *Zeitgeschichte des Selbst. Therapeutisierung – Politisierung – Emotionalisierung*, Bielefeld, S. 239–260.
- Gerhardt, Uta/Arnold, Alexia (2007), »Zweimal Surveyforschung. Der Neuanfang der empirischen Sozialforschung nach dem Nationalsozialismus«, in: Gerhardt, Uta, *Denken der Demokratie. Die Soziologie im atlantischen Transfer des Besatzungsregimes*, Stuttgart, S. 167–239.
- Giesecke, Jens (2015), »Auf der Suche nach der schweigenden Mehrheit Ost. Die geheimen Infratest-Stellvertreterbefragungen und die DDR-Gesellschaft 1968–1989«, *Zeithistorische Forschungen*, Jg. 12, S. 66–97.
- Graf Blücher, Viggo (1959), *Industriearbeiterschaft in der Sowjetzone. Eine Untersuchung der Arbeiterschaft in der volkseigenen Industrie der SBZ*, Stuttgart.
- Griese, Hartmut M. (2007), *Aktuelle Jugendforschung und klassische Jugendtheorien. Ein Modul für erziehungs- und sozialwissenschaftliche Studiengänge*, Berlin.
- (2000), *Jugend(sub)kultur(en) und Gewalt. Analysen, Materialien, Kritik*, Münster u.a.
- Habermas, Jürgen (1962), *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied/Berlin.
- Hacking, Ian (1988), »Making up people«, in: Heller, Thomas C./Sosna, Morton/Wellberry, David E. (Hg.), *Reconstructing Individualism: Autonomy, individuality, and the self in Western thought*, Stanford, S. 222–236.
- Hartmann, Heinrich/Vogel, Jakob (Hg.) (2010), *Zukunftswissen. Prognosen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seit 1900*, Frankfurt am Main.
- Hoeres, Peter (2010), »Aneignung und Abwehr der Demoskopie im intellektuellen Diskurs der frühen Bundesrepublik«, in: Kersting, Franz-Werner/Reulecke, Jürgen/Thamer, Hans-Ulrich (Hg.), *Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975*, Stuttgart, S. 69–84.
- Hoffmann-Novotny, Hans-Joachim (1984), »Auf dem Wege zu einer Gesellschaft von Einzelgängern?«, *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 155, 7. Juli 1984.
- Holtmann, Everhard/Köhler, Anne (2016), *Wiedervereinigung vor dem Mauerfall. Einstellungen der Bevölkerung der DDR im Spiegel geheimer westdeutscher Meinungsumfragen*, Bonn.
- Hölzl, Richard (2021), »Ostdeutsche Jugendliche nach 1989 im Blick der Jugendforschung. Wissensgeschichtliche Perspektiven auf die Vereinigungsgesellschaft«, *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 47, H. 2, S. 260–289.
- Hornstein, Walter (1999), *Jugendforschung und Jugendpolitik. Entwicklungen und Strukturen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Weinheim.
- Igo, Sarah E. (2008), *The Averaged American: Surveys, Citizens, and the Making of a Mass Public*, Cambridge.
- Infratest (Hg.) (1958), *Angestellte in der Sowjetzone Deutschlands. Verhaltensweisen und gesellschaftliche Einordnung der mitteldeutschen Angestellten*, o.O.

- Isenberg, Nancy (2017), *White Trash: The 400 Year Untold History of Class in America*, New York.
- Jarren, Otfried/Vogel, Martina (2009), »Gesellschaftliche Selbstbeobachtung und Koorientierung. Die Leitmedien der modernen Gesellschaft«, in: Müller, Daniel/Ligensa, Annemone/Gendolla, Peter (Hg.), *Leitmedien. Konzepte – Relevanz – Geschichte*, Bd. 1, Bielefeld, S. 71–92.
- Jeismann, Michael (1997), »Das dritte Auge. Vom selbstverschuldeten Wissen: Die Geburt der modernen Demokratie aus dem Geist der Meinungsforschung«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 111, 15. Mai 1997, S. 43.
- Joffe, Josef (2003), »The Decline of the Public Intellectual and the Rise of the Pundit«, in: Melzer, Arthur M./Zinmann, Richard M. (Hg.), *The Public Intellectual: Between Philosophy and Politics*, Lanham, MD, S. 109–122.
- Kaube, Jürgen (2007), *Otto Normalabweicher. Der Aufstieg der Minderheiten*, Springe.
- Kaube, Jürgen/Kieserling, André (2022), *Die gespaltene Gesellschaft*, Berlin.
- Keller, Felix (2001), *Archäologie der Meinungsforschung. Mathematik und die Erzählbarkeit des Politischen*, Konstanz.
- Kersting, Franz-Werner (2002), »Helmut Schelskys »Skeptische Generation« von 1957. Zur Publikations- und Wirkungsgeschichte eines Standardwerkes«, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 50, S. 465–495.
- Kizwalter, Tomasz Pöbel (2009/2010), »Menge, Masse: Zur sozialen Dimension der Autonomisierung des Individuums im 19. Jahrhundert«, *Historie. Jahrbuch des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften*, Folge 3: Individuum – Freiheit – Gemeinschaft, S. 133–148.
- Knöbl, Wolfgang (2022), *Die Soziologie vor der Geschichte. Zur Kritik der Sozialtheorie*, Berlin.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha/Polzin, Arno (Hg.) (2014), *Fasse Dich kurz! der grenzüberschreitende Telefonverkehr der Opposition in den 1980er Jahren und das Ministerium für Staatssicherheit*, Göttingen.
- Kröger, Philipp (2023), *Das vermessene Volk. Nationalitätenstatistik und Bevölkerungspolitik in Deutschlands östlichen Grenzländern 1860–1945*, Göttingen.
- Kruke, Anja (2007), *Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990*, Düsseldorf.
- Kumkar, Nils C./Schimank, Uwe (2022), »Die Mittelschichtsgesellschaft als Projektion: Wie soziologische Zeitdiagnose gesellschaftliche Selbstbilder nachzeichnet und dabei ihren Gegenstand verfehlt«, *Merkur*, Nr. 872, Januar, S. 22–35.
- Lammers, Anne (2020), *Europa zählt. Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften und die Europäisierung der Sozialstatistik (1950–1975)*, phil. Diss., Humboldt-Universität zu Berlin 2020.
- Lepore, Jill (2020), *Diese Wahrheiten. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika*, Bonn.
- Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (Hg.), *Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft*, Frankfurt am Main.
- Link, Jürgen (1997), *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*, Göttingen 1997.
- Lipari, Lisbeth (1999), »Polling as ritual«, *Journal of Communication*, Jg. 49, H. 1, S. 83–102.
- Lüdtke, Alf (Hg.) (1992), »Sicherheit« und »Wohlfahrt«. *Polizei, Gesellschaft und Herrschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main.
- Luhmann, Niklas (1992), »Die Selbstbeschreibung der Gesellschaft und die Soziologie«, in: Ders., *Universität als Milieu*, Bielefeld, S. 137–146.
- Mannheim, Karl (1928/1929), »Das Problem der Generationen«, *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie*, Jg. 7, S. 157–185 u. 309–330.

- Marquardt, Nils (2016), »Kleiner Mann, warum?«, *Der Freitag*, Ausgabe 20.
- Mau, Steffen (2018), *Das metrische Wir. Über die Quantifizierung des Sozialen*, Bonn.
- Meißner, Stefan (2016), »Selbstoptimierung durch Quantified Self? Selbstvermessung als Möglichkeit von Selbststeigerung, Selbsteffektivierung und Selbstbegrenzung«, in: Selke, Stefan (Hg.), *Lifelogging. Digitale Selbstvermessung und Lebensprotokollierung zwischen disruptiver Technologie und kulturellem Wandel*, Wiesbaden, S. 217–236.
- Merz-Benz, Peter-Ulrich (2006), »Die Überwindung des Individualismus und das Theorem von Gemeinschaft und Gesellschaft. Ferdinand Tönnies und der Kommunitarismus«, *Swiss Journal of Sociology*, Jg. 32, H. 1, S. 27–52.
- Meyen, Michael (2000), »Die Flüchtlingsbefragungen von Infratest. Eine Quelle für die Geschichte der frühen DDR«, *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Jg. 42, H. 4, S. 64–76.
- Middendorf, Stefanie (2013), »Masse, Version: 1.0«, *Docupedia-Zeitgeschichte*, 05.11.2013, docupedia.de/zg/middendorf_masse_v1_de_2013.
- Misik, Robert (2019), *Die falschen Freunde der einfachen Leute*, Berlin.
- Möckel, Benjamin (2014), *Erfahrungsbruch und Generationsbehauptung. Die Kriegerjugendgeneration in den beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften*, Göttingen.
- Müller, Tobias (2020), *Die Wurzeln des Populismus. Eine Ideengeschichte in den USA des 19. Jahrhunderts*, Bielefeld.
- Naimark, Norman (2004), *Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert*, München.
- Nathaus, Klaus (2012), »Sozialgeschichte und Historische Sozialwissenschaft, Version: 1.0«, *Docupedia-Zeitgeschichte*, 24.09.2012, docupedia.de/zg/nathaus_sozialgeschichte_v1_de_2012.
- Niethammer, Lutz (unter Mitarbeit von Axel Doßmann) (2000), *Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur*, Reinbek.
- Nolte, Paul (2000), *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München.
- O’Keefe, Kevin (2005), *The Average American: The Extraordinary Search for the Nation’s Most Ordinary Citizen*, New York.
- Osterhammel, Jürgen (2012), »Fremdbeschreibungen. Spuren von ›Okzidentalismus‹ vor 1930«, in: Raphael, Lutz (Hg.), *Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert*, Köln, S. 287–311.
- (2008), *Europa um 1900: Auf der Suche nach einer ›Sicht von außen‹*, Bochum 2008.
- Petersen, Thomas (2015), »Die öffentliche Meinung«, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 2015, Baden-Baden*, S. 181–188.
- Pocivavsek, Ludvik (2002), *Selbstverwirklichung: Eine Analyse aus psychologischer und ethischer Sicht*, Frankfurt am Main.
- Porter, Theodore (1995), *Trust in Numbers: The Pursuit of Objectivity in Science and Public Life*, Princeton, N.J.
- Raphael, Lutz (2012), »Ordnungsmuster und Selbstbeschreibungen europäischer Gesellschaften im 20. Jahrhundert«, in: Ders. (Hg.), *Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert*, Köln, S. 9–20.
- (1996), »Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhundert«, *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 22, S. 165–193.
- Rassem, Mohamed/Justin Stagl (Hg.) (1994), *Geschichte der Staatsbeschreibung. Ausgewählte Quellentexte 1456–1813*, Berlin.

- Reich, Wilhelm (1994 [1948]), *Rede an den kleinen Mann*, Frankfurt am Main.
- Reuband, Karl-Heinz (2001), »Denunziation im Dritten Reich. Die Bedeutung von Systemunterstützung und Gelegenheitsstrukturen«, *Historical Social Research*, Jg. 26, H. 2–3, S. 219–234.
- Richter, Hedwig (2017), *Moderne Wahlen. Eine Geschichte der Demokratie in Preußen und den USA im 19. Jahrhundert*, Hamburg.
- Rödder, Andreas (2006), »Vom Materialismus zum Postmaterialismus? Ronald Ingleharts Diagnosen des Wertewandels, ihre Grenzen und ihre Perspektiven«, *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Jg. 3, S. 480–485.
- Roth, Lutz (1983), *Die Erfindung des Jugendlichen*, München.
- Sander, Uwe/Vollbrecht, Ralf (Hg.), *Jugend im 20. Jahrhundert. Sichtweisen – Orientierungen – Risiken*, Neuwied.
- Schauer, Alexandra (2023), *Mensch ohne Welt. Eine Soziologie spätmoderner Vergesellschaftung*, Berlin.
- Schieritz, Mark (2021), »Wer hilft dem kleinen Mann?«, *Die Zeit*, Nr. 33, 12. August 2021.
- Schildt, Axel (2020), *Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik*, Göttingen.
- Schlechtriemen, Tobias (2019), »Sozialfiguren in soziologischen Gegenwartsdiagnosen«, in: Alkemeyer, Thomas/Buschmann, Nikolaus/Etzmüller, Thomas (Hg.), *Gegenwartsdiagnosen. Kulturelle Formen gesellschaftlicher Selbstproblematierung in der Moderne*, Bielefeld, S. 147–166.
- Schlögl, Rudolf (2016), »Krise« als historische Form der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung. Eine Einleitung«, in: Schlögl, Rudolf/Hoffmann-Rehntz, Philip R./Wiebel, Eva (Hg.), *Die Krise in der Frühen Neuzeit*, Göttingen, S. 9–32.
- Schneider, Michael C. (2013), *Wissensproduktion im Staat. Das königlich preußische statistische Bureau 1860–1914*, Frankfurt am Main.
- Seal, Andrew, *The Common Man: The U.S. Middle Class Between Populism and Professionalism, 1870–1970*, Philadelphia (im Erscheinen).
- Spaemann, Robert (1971), »Autonomie, Mündigkeit, Emanzipation. Zur Ideologisierung von Rechtsbegriffen«, *Kontexte*, Jg. 7, S. 94–102.
- Stieglitz, Olaf (2007), »What I'd done was correct, but was it right?«. Öffentliche Rechtfertigungen von Denunziationen während der McCarthy-Ära«, *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Jg. 4, H. 1–2, S. 40–60.
- Ther, Philipp (2011), *Die dunkle Seite der Nationalstaaten. »Ethnische Säuberungen« im modernen Europa*, Göttingen.
- Thießen, Malte (2013), »Vom immunisierten Volkskörper zum »präventiven Selbst«. Impfen als Biopolitik und soziale Praxis vom Kaiserreich zur Bundesrepublik«, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, H. 1, S. 35–64.
- Unzicker, Kai (2013), »Messen was verbindet – gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich«, *Forum Wohnen und Stadtentwicklung*, Jg. 5, H. 5, S. 235–240.
- van Dülmen, Richard (Hg.) (2001), *Die Entdeckung des Ich. Die Geschichte der Individualisierung vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Köln.
- van Laak, Dirk (2023), »Der kleine Mann«, *Zeitschrift für Ideengeschichte*, 17. Jg. Heft 4, S. 89–106.
- (2010), »Planung, Planbarkeit und Planungseuphorie, Version: 1.0«, *Docupedia-Zeitgeschichte*, 16.02.2010, docupedia.de/zg/van_laak_planung_v1_de_2010.
- (1995), »Einleitende Bemerkungen«, in: Göbel, Andreas/van Laak, Dirk/Villinger, Ingeborg (Hg.), *Metamorphosen des Politischen. Grundfragen politischer Einheitsbildung seit den 20er Jahren*, Berlin, S. 7–21.

- Veith, Hermann (2004), »Zum Wandel des theoretischen Selbstverständnisses vergesellschafteter Individuen«, in: Geulen, Dieter/Veith, Hermann (Hg.), *Sozialisationstheorie interdisziplinär. Aktuelle Perspektiven*, Stuttgart, S. 349–370.
- Vogelsang, Frank (2020), *Soziale Verbundenheit. Das Ringen um Gemeinschaft und Solidarität in der Spätmoderne*, Freiburg.
- Volkmann, Ute (2015), »Soziologische Zeitdiagnostik. Eine wissenssoziologische Ortsbestimmung«, *Soziologie*, Jg. 44, H. 2, S. 139–152.
- Wagenknecht, Sahra (2021), *Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm für Gemeininn und Zusammenhalt*, Frankfurt am Main.
- »Wahrheit, Macht, Selbst. Ein Gespräch zwischen Rux Martin und Michel Foucault (25. Oktober 1982)«, in: Foucault, Michel/Martin, Rux/Martin, Luther H. (Hg.), *Technologien des Selbst*, Frankfurt am Main 1988, S. 15–23.
- Wakefield, Andre (2009), *The Disordered Police State: German Cameralism as Science and Practice*, Chicago.
- Wehler, Hans-Ulrich (2001), *Nationalismus. Geschichte – Formen – Folgen*, München.
- Weibel, Maxi (2023), »Von ›Aussteigern‹ und ›Angepassten‹. Debatten über Jugend und Gesellschaft im 20. Jahrhundert im Spiegel des Sozialisationsparadigmas«, in: Ertugrul, Baris/Bauer, Ullrich (Hg.), *Sozialisation und gesellschaftlicher Zusammenhalt Aufwachsen in Krisen und Konflikten*, Frankfurt am Main/New York, S. 33–63.
- Weischer, Christoph (2004), *Das Unternehmen »Empirische Sozialforschung«. Strukturen, Praktiken und Leitbilder der Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland*, München.
- Weisshaupt, Winfried (1979), *Europa sieht sich mit fremdem Blick. Werke nach dem Schema der »Lettres persanes« in der europäischen, insbesondere der deutschen Literatur des 18. Jahrhunderts*, 3 Bde., Frankfurt am Main u.a.
- Ziemann, Benjamin (2006), »Opinion Polls and the Dynamics of the Public Sphere: The Catholic Church in the Federal Republic after 1968«, *German History*, Jg. 24., S. 562–586.

Historisch-semantische Annäherungen an den Begriff Integration und seine Funktion in Migrationsdiskursen: Von nationalstaatlichen zu transnationalen Perspektiven

Barbara Lüthi, Maren Möhring und Christiane Reinecke

Abstract

Als ein zentraler Begriff in den gegenwärtigen Debatten um Flucht und Migration spielt Integration auch für die Thematisierung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die damit verbundenen Grenzziehungen eine Schlüsselrolle. Der Begriff der Integration ebenso wie die damit zusammenhängenden Politiken und Praktiken waren und sind bis in die Gegenwart umkämpft. In dem Artikel zeichnen wir ausgehend von bundesdeutschen, schweizerischen und französischen Beispielen den Wandel des Integrationsbegriffs in Migrationsdiskursen sowie die damit verknüpften Konflikte nach. Die Überschneidungen, aber auch Divergenzen von Integrationsbegriffen genauer herauszuarbeiten, stellt ein Desiderat begriffshistorischer und historisch-semantischer Analysen dar. Es gilt sowohl Konvergenzen wie auch unterschiedliche semantische und politische Traditionen zu fokussieren, um die oft implizit bleibenden Vorannahmen und differierenden Vorverständnisse in verschiedenen nationalen Kontexten in den Blick zu bekommen. Denn während sich seit den 1950er Jahren die Rede von der europäischen Integration entwickelte, die meist mit der Forderung nach Angleichung und Homogenisierung verknüpft war, beinhaltete das Integrationsparadigma neben den nationalistischen Implikationen zugleich eine zutiefst »koloniale Weltsicht«.

Keywords: Integration; Assimilation; Migration; Historische Semantik; transnational

Integration hat sich als zentraler Begriff in den gegenwärtigen Debatten um Flucht und Migration etabliert. Auch für die Thematisierung gesellschaftlichen Zusammenhalts spielen Integrationsvorstellungen und -konzepte eine Schlüsselrolle. Umso notwendiger ist es, ein differenziertes und historisch fundiertes Wissen über den Integrationsbegriff und seine sich wandelnden Semantiken zu generieren. Methodisch bieten sich für ein solches Vorhaben die Begriffsgeschichte und die Historische Semantik an. Die Historische Semantik untersucht den Bedeutungsgehalt und -wandel kultureller, insbesondere sprachlicher Äußerungen auf ihre Historizität. Es gehört zu den zentralen Erkenntnissen der Historischen Semantik, dass sich grundlegende kulturelle und gesellschaftliche Transformationen im veränderten Gebrauch von Begriffen verdichten.¹ Im Zentrum dieses geschichtswissenschaftlichen Ansatzes steht dementsprechend die Frage, wie und unter welchen kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen zu einer bestimmten Zeit Sinn zugewiesen und artikuliert wurde.

Begriffsgeschichte und Historische Semantik zielen – anders als die Etymologie – nicht auf die Wortherkunft, sondern auf die Erschließung von historischem Wandel und Geschichtlichkeit im Medium von Sprache und Begriffen. Über den Zugriff der Begriffsgeschichte werden einzelne Stichwörter, denen eine Schlüsselstellung in Gesellschaften zugesprochen wird, ausgewählt und analysiert, um sprachförmige Konzeptualisierungen zu erarbeiten und zu kontextualisieren. Zudem ist speziell Integration, wie Özkan Ezli betont, immer auch eine »Frage der Erzählung«, womit er Narrativen eine größere Bedeutung zuweist.² Der Begriff sollte daher nicht allein begriffshistorisch befragt, sondern auch im diskursiven Zusammenhang mit weiteren dominanten und marginalen, mit älteren und neueren Begriffen und Narrativen betrachtet werden. Schließlich ist der Integrationsbegriff ohne je spezifische Grenzziehungen und Grenzerzählungen nicht denkbar.

Während sich die deutschsprachige Forschung lange auf die lexikografische Begriffsgeschichte fokussierte, die für ihre wort-isolierende Herangehensweise bei der historischen Arbeit am Begriff kritisiert worden ist,³ findet durch die konzeptionellen Weiterentwicklungen der Historischen Semantik eine vergleichende und transnationale Perspektive vermehrt Eingang in die aktuelle Forschung. Transnationale und vergleichende Perspektiven stellen eine besondere Herausforderung für die Historische Semantik dar. Wie es Margit Pernau ausdrückt, steht jede Sprache vor dem Problem, »Begriffe anderer Sprachen in die eigene zu

1 Kollmeier, »Begriffsgeschichte«; Kollmeier/Saupe, »Historische Semantik«.

2 Ezli, »Narrative«, S. 209.

3 Wesentlichen Ausdruck hat diese Forschungsrichtung in den von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck herausgegebenen achtbändigen *Geschichtlichen Grundbegriffen* (1972–1992) gefunden.

übersetzen und damit verschiedene historische Erfahrungen zueinander in Beziehung zu setzen«. ⁴ Während wir zum einen Gefahr laufen, europäische Begriffe unreflektiert in andere Weltregionen zu transferieren, muss zum anderen auch ein differenzierter Blick auf die je partikularen europäischen Erfahrungen und Anwendungen von Begrifflichkeiten geworfen werden. Deshalb stellt sich einerseits die Frage nach äquivalenten historischen Erfahrungen, die in ihren jeweiligen Sprachen auf den Begriff gebracht werden, andererseits aber auch nach kulturellen Einfluss-, Übersetzungs-, Transfer- und semantischen Interaktionsprozessen. Die Untersuchung von Wortimporten, Innovationen oder Übersetzungen zielt auf die Überschreitung nationaler Kommunikationsräume und ermöglicht es zu rekonstruieren, wie Akteur:innen transnationale und transregionale Kontexte über den sprachlichen und begrifflichen Austausch konstituieren. Verflechtungs- und Beziehungsgeschichte zwischen unterschiedlichen Sprachräumen sind folglich ein wichtiger Analysegegenstand geworden. ⁵

Die (west)europäischen Integrationssemantiken sind in vielfältiger Weise miteinander verflochten. Konvergenzen, aber auch unterschiedliche semantische und politische Traditionen gilt es in den Blick zu nehmen, um sich einerseits den oft implizit bleibenden Vorannahmen und differierenden Vorverständnissen in verschiedenen nationalen Kontexten zu widmen, andererseits aber auch die wechselseitige Beobachtung und Übernahme von Begriffen und mit ihnen zusammenhängenden Integrationspolitiken zu analysieren. Die transnationale Dimension zentraler gesellschaftspolitischer Konzepte ist bisher nur punktuell aufgearbeitet worden. ⁶ Hier setzt das Projekt an, das danach fragt, welche Semantiken der Integration, Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit zu welchem Zeitpunkt in welchen (west)europäischen Ländern in Gebrauch kamen, welche Ordnungsvorstellungen und -versuche sich daran knüpften und welche Konflikte über die Herstellung *einer* Nation, Gesellschaft oder Gemeinschaft sich innerhalb dieser Länder und über deren Grenzen hinweg entwickelten. Unser Fokus liegt dabei auf dem Integrationsbegriff in Migrationsdiskursen und damit auf der wachsenden Bedeutung, die dem Integrationsbegriff in Auseinandersetzungen mit dem Innen und Außen der westeuropäischen Gesellschaften seit den 1950er Jahren zukam.

4 Pernau, »Indische Zivilgesellschaft«, S. 51.

5 Eine der wichtigsten Erkenntnisse der transkulturell arbeitenden Historischen Semantik liegt in der Analyse der Differenzen, aber auch Konvergenzen zwischen westlichen/europäischen und außereuropäischen Konzeptionen und Begriffen, die immer auch zugleich auf politische Machtverhältnisse verweisen. Siehe Pernau, »Whither Conceptual History?«; Leonhard, »Wortimitation«.

6 Siehe Pernau/Sachsenmaier, *Global Conceptual History*; Steinmetz u.a., *Conceptual History*; Neumann, »Peculiarities«; Koselleck u.a., »Bürgerliche Welten«; Liu, *Tokens of Exchange*; Gluck/Tsing, *Words in Motion*.

Während der Beitrag über den Mehrwert vergleichender und verflechtungsgeschichtlicher Perspektiven nachdenkt, können die unterschiedlichen Denotationen und Konnotationen des Integrationsbegriffs nur bedingt thematisiert werden. In Kapitel 1 nähern wir uns der sozialwissenschaftlichen Verwendung des Begriffs. In den nachfolgenden Kapiteln fokussieren wir auf den Begriff im Kontext der jeweiligen nationalen politischen Debatten in (West-)Deutschland, der Schweiz und Frankreich und skizzieren ausgehend von der existierenden Forschungsliteratur die Verschiebungen im politischen Diskurs.

1. Begriff und Kritik der Integration in der Migrationsforschung

Etymologisch verweist Integration auf ein Wiederherstellen.⁷ Zeitlich vorgelagert ist dem Integrationsbegriff – insbesondere, wenn es um Migrationsgesellschaften geht – der Begriff der Assimilation. Beide Begriffe stellen »Bewegungskonzepte« dar, die auf eine Veränderung von einem gesellschaftlichen Ist- zu einem Soll-Zustand abzielen. Auch sind beide – der in der Auseinandersetzung mit Migrationsprozessen schon länger gebräuchliche Begriff der Assimilation und der Integrationsbegriff – in Nordamerika und im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts erst allmählich von der wissenschaftlichen und (kolonial)rechtlichen Sprache in die Sprache der politischen Öffentlichkeit diffundiert.⁸ Bei derartigen Transfers ereignen sich stets auch Bedeutungsverschiebungen; dennoch war und ist die sozialwissenschaftliche Begriffsbildung in den öffentlichen Debatten sehr einflussreich und wirklichkeitsgenerierend.

Der Assimilationsbegriff impliziert, dass ein Teil der Gemeinschaft dieser fremd und die kulturelle Anpassung eine erforderliche Voraussetzung für die soziostrukturelle Eingliederung von Migrant:innen in die Einwanderungsgesellschaft ist.⁹ Die in den USA zeitweise verbreitete Vorstellung eines »melting pot« beinhaltete die Idee, dass alle Unterschiede aufgehoben und eine homogene Kultur erzeugt werden sollte. Assimilation hatte bis weit ins 20. Jahrhundert insofern auch eine rassistische Bedeutung, als die als minderwertig betrachteten (nicht-weißen) Kulturen in einer als höherwertig verstandenen Kultur aufgehen sollten. Klassische Vertreter der Assimilationstheorie wie Milton M. Gordon argumentierten, dass mit den Migrationsbewegungen zwischen zwei Sozialräumen ein Verlust des herkömmlichen kulturellen Orientierungswissens und die Verinnerlichung neuer kultureller Orientierungsmuster einhergehe. Nach

⁷ Kluge, *Etymologisches Wörterbuch*, S. 444.

⁸ Siehe dazu Alba/Nee, *Remaking*; Barkan, »Race«.

⁹ Amelina, »Transnationale Inklusion«.

Gordon fand entweder die Übernahme der Handlungsmuster der »Mehrheitsgesellschaft« durch die Einwandernden statt oder, laut der »melting pot«-Theorie, ereigneten sich kulturelle und strukturelle Assimilationsvorgänge sowohl auf der Seite der Zuwandernden als auch seitens der »Mehrheitsgesellschaft«.¹⁰

In westeuropäischen Gesellschaften wie der deutschen oder französischen wiederum, die sich bis weit in das 20. Jahrhundert als ethnisch homogene Gesellschaften dachten, war zwar die Vorstellung eines »melting pot« wenig verbreitet, aber der Assimilationsbegriff fand dort ebenfalls Verwendung, und zwar häufig verknüpft mit kulturalisierenden und rassifizierenden Annahmen zur Überlegenheit »des Westens« gegenüber »dem Rest«. In der Einbürgerungspraxis und Migrationspolitik des kolonialen und nachkolonialen Frankreich diente der Assimilationsbegriff so bis in die 1970er Jahre als zentraler Anforderungs- und Grenzziehungsbegriff, über den an erster Stelle als »nicht-weiß«, »nicht-europäisch« und »muslimisch« eingeordnete Menschen als assimilationsbedürftig gerahmt wurden, »europäische« aber nicht.¹¹ Auch gingen die Autor:innen sozialwissenschaftlicher und demographischer Erhebungen noch in den 1950er Jahren von Hierarchien der »Assimilations«- oder »Adaptationsfähigkeit« unterschiedlicher »Rassen« und »Ethnien« aus.¹² Sie knüpften dabei in Teilen an einen für den französischen Kolonialismus zentralen Zivilisierungsdiskurs an, der davon ausging, dass koloniale Subjekte unter anderem über das Erlernen der französischen Sprache und Kultur einen Prozess der »Entwicklung« und »Zivilisierung« durchlaufen mussten.

Ungeachtet einiger Unterschiede in den Diskussionsverläufen begann in den Sozialwissenschaften der Begriff der »Integration« im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts und zumal in den 1980er und 1990er Jahren zunehmend neben den der »Assimilation« zu treten oder ihn abzulösen.¹³ Im bundesdeutschen Kontext entwickelte Hartmut Esser ein theoretisches Modell für die Erklärung von »Eingliederungsprozessen« der Immigrant:innen in die Aufnahmegesellschaft, bei dem er noch verschiedene Typen der Integration¹⁴ unterschied und schon im Titel nach der »Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten« fragte. Beide Modelle setzten letztendlich einen normativen Verlauf voraus und verstanden den Eingliederungsprozess meist als eine vorwiegend von den Migrant:innen zu erbringende Anpassung an

10 Gordon, *Assimilation*. Siehe auch Amelina, »Transnationale Inklusion«, S. 124 ff.

11 Hajjat, *Les frontières*; Ders., »Race«; Weil, *La France*.

12 Noiriel, *Immigration*, S. 509–524.

13 »Der Begriff der Integration hat heute weitgehend den Begriff der Assimilation abgelöst«, siehe Sackmann, »Kollektive Identität«, S. 33.

14 Esser, *Aspekte der Wanderungssoziologie*; Amelina, »Transnationale Inklusion«, S. 124 ff. Dazu gehören die kognitive, die identifikative, die soziale und schließlich die strukturelle Integration.

eine als homogen verstandene Mehrheitskultur. Frühen Integrationsbegriffen, wie Esser sie in den westdeutschen Kontext eingebracht hat, ist die Nähe zum Assimilationsbegriff noch deutlich anzumerken; doch auch späteren kulturalisierenden Integrationsbegriffen haftet die assimilatorische Logik noch an. Zudem fungierten Migrationsforscher:innen wie Esser als Politikberater:innen und versorgten Entscheidungsträger:innen mit anwendungsorientiertem, auf Migrationsregulierung und -kontrolle abzielendem Wissen. Diese Verwobenheit von wissenschaftlicher Migrationsforschung und staatlicher Migrationspolitik ist mittlerweile vielfach kritisiert worden.¹⁵ Sie ist aber ein zentraler Faktor im Prozess der Diffusion des Integrationsbegriffs in die öffentliche Debatte.

Darüber hinaus sind auch die in (gesellschafts)theoretischer Hinsicht problematischen Implikationen des Integrationsbegriffs in der kritischen Migrationsforschung mittlerweile detailliert herausgearbeitet worden.¹⁶ Seit den Nullerjahren entwickelte sich in der Debatte um Integration eine Kritik am methodologischen Nationalismus. Das Integrationsparadigma basiere auf einer nationalstaatlich definierten Gesellschaft, die als Einheit (miss)verstanden werde, und verorte Differenz grundsätzlich außerhalb dieser Gesellschaft.¹⁷ Die Vorstellung eines klar umgrenzten Nationalstaates, dessen Ordnung durch die Präsenz von Migrant:innen gestört werde und durch Integrationsmaßnahmen wieder hergestellt werden könne, blende nicht nur Differenzen innerhalb eines Nationalstaates, sondern auch die Existenz transnationaler Lebensweisen aus.¹⁸ Konzepte wie »multilokale Inklusion« versuchen demgegenüber, Integrationsprozesse in mehreren (nationalstaatlichen) Kontexten zu denken und die Gegenüberstellung von Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten zu unterlaufen. Inklusion zielt hier auf die simultane und temporäre Eingliederung in verschiedene institutionelle Kontexte und nicht auf die Eingliederung der »ganzen Person«; sie gilt gleichermaßen für alle, auch immobile Gesellschaftsmitglieder.¹⁹

Ein Kontrapunkt zu den Debatten um die sogenannten Parallelgesellschaften und die sogenannte Leitkultur²⁰ findet Ausdruck im Begriff des »Integrationspa-

15 Bommers/Thränhardt, »Introduction«, S. 9; Reinecke, »Desintegration«. Mit Blick auf die traditionell starke Anwendungsorientierung der Forschung und ihre lange Zeit dominierende *Problemsicht* auf Migration charakterisierten Erol Yıldız und Marc Hill die Migrationsforschung vor einigen Jahren so als eine »Art Integrationsindustrie«. Yıldız/Hill, »Einleitung«, S. 10.

16 Siehe auch Möhring, »Integrationsparadigma«.

17 Schinkel, »Immigrant Integration«. Praktische Konsequenz findet diese Logik im Ausweisungsdiskurs, der eine »fiktive ›integrierte‹ deutsche Gesellschaft« setzt, »aus der ›nicht-integrierte‹ Andere ausgewiesen werden können oder sollen« (Schwarz, »Dauerhafte Verweigerung«, S. 64).

18 Hess u.a. (Hg.), *No integration?!*

19 Amelina, »Transnationale Inklusion«.

20 Auch die Diskussionen um das Thema Parallelgesellschaften stehen in engem Zusammenhang mit Vorstellungen von Integration. Einige werteten »Parallelgesellschaften« als Ausdruck des Scheiterns der

radox«: So hat u.a. Aladin El-Mafaalani die These formuliert, dass gesellschaftliche Konflikte im Zusammenhang mit den Zuwanderungsbewegungen nicht dadurch entstünden, dass die Integration von Migrant:innen und Minderheiten fehlschläge, sondern, ganz im Gegenteil, zunehmend gelinge. El-Mafaalani hat dafür das Bild der Gesellschaft als »Esstisch« geprägt, bei dem Migrant:innen im Prozess der Integration nun ein Stück vom Kuchen einfordern und über die Rezeptur des Kuchens mitbestimmen wollen.²¹

Ähnlich gelagert sind Ideen einer demokratischen, von allen Gesellschaftsmitgliedern gleichermaßen betriebenen Integration in einer hochmobilen Welt: Anstatt eines Konzeptes, das Integration als Anpassung versteht, müsse Integration als intersubjektiver Prozess der Aushandlung oder Neuinterpretation gemeinsamer Werte und Zugehörigkeiten verstanden werden.²² Statt Integration als einseitige »Bringschuld der Zuwanderer« zu verstehen, wird sie seit den 1990er Jahren verstärkt als »wechselseitiger Prozess« konzipiert.²³ Migrant:innen werden damit zu gleichwertigen Playern.

Dass Angela Merkel beim sechsten Integrationsgipfel der Bundesregierung im Mai 2013 das Integrationsparadigma zur Diskussion stellte und eine Suche nach Begriffen anregte, die mehr auf Partizipation abhoben, lässt sich, wie Vasilis S. Tsianos und Juliane Karakayali herausgestellt haben, als Indiz dafür werten, »dass sich Kräfteverhältnisse im Umgang mit den Diversitätsherausforde-

Integration; andere sahen darin ein normales Phänomen von Einwanderungsgesellschaften, das beim Einleben in einer neuen Umgebung hilfreich sei, und schließlich betont eine dritte Position die (problematische) Rolle der »Mehrheitsgesellschaft« bei der Entstehung von »Parallelgesellschaften«. Werner Schiffauer macht diesen Positionen gegenüber stark, dass Kultur zwar eine wichtige Rolle für Migrant:innen spiele, Kultur aber viel offener und dynamischer gedacht werden müsse. Der kontinuierliche kulturelle Austauschprozess sei für den Zusammenhalt einer Gesellschaft wichtig. Siehe Schiffauer, *Parallelgesellschaften*; Möhring, »Integrationsparadigma«, S. 320 und Nowak, *Leitkultur und Parallelgesellschaft*.

Das Schlagwort »Leitkultur« tauchte im Jahr 2000 in der bundesdeutschen Debatte über Einwanderung und Integration auf. Die Anerkennung einer deutschen Leitkultur und die Übernahme der Werte der deutschen Mehrheitsgesellschaft seien Bedingung für die Integration, führten konservative Politiker:innen und Parteien an. Der Begriff Leitkultur wurde vom Sozialwissenschaftler Bassam Tibi geprägt. In seinem 1998 erschienenen Buch *Europa ohne Identität?* forderte er die Verbindlichkeit einer europäischen Leitkultur für alle Einwanderer:innen und stellte sich gegen eine multikulturelle Gesellschaft: »Die Werte für die erwünschte Leitkultur müssen der kulturellen Moderne entspringen, und sie heißen: Demokratie, Laizismus, Aufklärung, Menschenrechte und Zivilgesellschaft.« In den öffentlichen Debatten wurde aber deutlich, dass neben Demokratie und Grundgesetz eine »christlich-abendländische« Leitkultur gefordert wurde. Siehe Tibi, *Europa*, S. 154; Herzog-Punzenberger, »Leitkultur«. Ähnlich auch die Debatten um »Britishness« in Großbritannien, siehe Buck, »Integration«, S. 42.

21 El-Mafaalani, *Integrationsparadox*.

22 Gianni, »Migration-Mobility-Nexus«. Ähnlich argumentieren auch etwa Reinprecht/Weiss, »Migration und Integration«.

23 Schneider/Yemane, »Ethnische Diskriminierung«, S. 15.

rungen der postmigrantischen Gesellschaft verschoben haben.«²⁴ Die »Minderheits-Mehrheits-Perspektive in Integrationsdebatten« deckt sich immer weniger mit den demographischen Verhältnissen.²⁵ Der Begriff »postmigrantisch« markiert dabei genau diese neue gesellschaftliche Konstellation. Er wurde im Kontext eines Theaterprojekts der Berliner Intendantin Shermin Langhoff in den 2000er Jahren entwickelt, um »den neuen sozialen Realitäten, die sich in Folge der unterschiedlichen Einwanderungsbewegungen in Deutschland herausgebildet haben, einen eigenen künstlerischen Ausdruck jenseits der dominanten Narrative gelingender oder scheiternder Integration« zu geben.²⁶ Die Rede vom »Postmigrantischen« stellt erstens einen Selbstermächtigungsprozess dar, zweitens ist damit eine kritische Analyse des Rassismus in einer Gesellschaft verbunden, die sich auf Migrations- und Integrationsthemen fixiert hat, und sie ist drittens Teil einer transnationalen Sozialgeschichte individueller und kollektiver Kämpfe um Teilhabe und Anerkennung der eigenen Existenz. Dabei bilden die migrantischen Lebensgeschichten eine Art Gegenstück zu den dominanten Migrations- und Integrationsdiskursen, deren Perspektive sie umkehren, um damit die Trennung von vermeintlicher gesellschaftlicher Normalität und Fremdheit, von Mehrheitsgesellschaft und sogenannten Minderheiten zu unterlaufen.²⁷

Das Postmigrantische ist damit weniger ein Versuch, ein symmetrischeres Integrationskonzept zu entwickeln als vielmehr eine Absage an den Begriff und die ihm inhärenten Praktiken und Politiken.²⁸ Aktivistische Gruppen wie Kanak Attak haben bereits zu Beginn der Nullerjahre mit dem (post-integrationistischen) Slogan »No Integration!« Aufsehen erregt.²⁹ Mittlerweile ist die radikale Absage an Integration häufiger zu hören: »In einer pluralisierten Gesellschaft ist sie vor allem eine Waffe jener, die von den ›Anderen‹ Integration,

24 Tsianos/Karakayali, »Rassismus und Repräsentationspolitik«, S. 34.

25 Foroutan/Kalter, »Integration«, S. 153.

26 Im Vordergrund stehen hierbei die geteilten Erfahrungen der sogenannten »zweiten Generation« von Eingewanderten. Vgl. Espahangizi, »Das Postmigrantische«. Erol Yildiz weist allerdings darauf hin, dass der Begriff des »Postmigrantischen« schon 1995 erstmals in einer wissenschaftlichen Publikation von Gerd Baumann und Thijl Sunier verwandt wurde: Yildiz, »Postmigrantisch«.

27 Dass dieser Impetus nicht auf Deutschland beschränkt ist, sondern ein (west)europäisches Phänomen darstellt, betont Ponzanesi, »Diasporic Subjects«, S. 208: »The migrant experience has abandoned its private realm of family traditions and entered public life, reframing the old issue of migration as an interactive process and not as a unilateral problematic.« Zum von vielen Migrant:innen stark empfundenen Integrationsdruck in Deutschland siehe Goel u.a. (Hg.), *InderKinder*.

28 Konzepte wie Integration oder Assimilation verhinderten, so Erol Yildiz, »dass solche Entwicklungen, neue Geschichten, subversive Praktiken und biographische Ressourcen überhaupt erkannt und verstanden« würden (Yildiz, »Postmigrantische Verortungspraktiken«, S. 151). Demgegenüber verteidigten Foroutan/Kalter, »Integration«, S. 159 f., den Integrationsbegriff, den es in Richtung von Teilhabe zu schärfen gälte.

29 Gürsel, »Kanak Attack«, S. 219.

ja Anpassung verlangen, ohne selbst dieser imaginären Norm zu entsprechen. Wir sollten die Vokabel streichen.«³⁰ Solche kritischen Stimmen monieren, dass Integration fälschlicherweise oft von einer vollständig integrierten Gesellschaft vor der Ankunft der Migrant:innen ausgehe. Stattdessen müsse die Gesellschaft selbst als fragmentiert verstanden werden.³¹ Gesellschaftlicher Zusammenhalt, so ließe sich ergänzend argumentieren, ist ein dem Integrationsbegriff insofern eng verwandtes Konzept, als es sich ebenfalls um ein Bewegungskonzept handelt, das auf einen gesellschaftlichen Soll-Zustand abzielt. Dabei ließe sich argumentieren, dass der Begriff insofern viele der skizzierten problematischen Implikationen des Integrationskonzepts teilt, als auch er auf der Vorstellung einer nicht fragmentierten und dabei klar umgrenzten Gesellschaft zu fußen scheint, die es (wieder) herzustellen gilt.³²

2. Das bundesdeutsche Integrationsparadigma

Um das Prozesshafte und die Konjunkturen von Integration in Europa verstehen zu können, ist es zunächst notwendig, die Verortung und die »semantische, relationale und historische Multivokalität« dieses Begriffs für (West-)Deutschland nachzuzeichnen.³³ Integrationsdebatten kreisen immer auch um die Bedingungen der Möglichkeit von Veränderungen kollektiver Grenzziehungen.³⁴ Sie sind stets auch Selbstverständigungsdebatten und Grenzerzählungen kollektiver Identitäten und somit ein »herausgehobener Kampfplatz«, auf dem über fundamentale Prinzipien von Gesellschaften gestritten wird.³⁵ Migration stellt in diesem Zusammenhang insofern eine Herausforderung dar, als sie Vorstellungen einer integrierten und abgeschlossenen Gesellschaft und damit auch die

30 Sarasin, »#Integration«. Siehe auch Czollek, *Desintegriert Euch*. Um der binären Spaltungslogik der Integration zu entgehen, wurden Konzepte wie »convivial disintegration« entwickelt, die auf soziale Dynamik und relationale Praktiken im Umgang mit Differenz setzen (Meissner/Heil, »Deromanticising Integration«).

31 Eine ebenso kritische wie pointierte Argumentation liefert Castro Varela, *Ist Integration nötig?* Sie spricht von »Paternalismus«, fragt danach, wer von diesen Debatten profitiere, und argumentiert, dass Integrationspolitiken als »Normalisierungs- und Disziplinierungsregimes« funktionieren.

32 Nach Albert Koschorke artikuliert sich im Wunsch, soziale Einheit (wieder) herzustellen, ein (nostalgisches) »Unbehagen an der Moderne«. Es finde derzeit kein Gesellschaftsverfall, sondern »nur« ein Strukturwandel statt und es sei eine »Verlagerung der Interdependenzen« aus der nationalstaatlichen Rahmung heraus zu beobachten. Als höchst integrativ beschreibt Koschorke dabei Vergemeinschaftungen, die als sogenannte Parallelgesellschaften viel geschmäht würden. Koschorke, »Integration«, S. 221.

33 Ezli u.a., »Einleitung«, S. 10.

34 Ebd., S. 11.

35 Sarasin, »#Integration«.

Idee einer räumlichen Gebundenheit der Sozialformation »Gesellschaft« hinterfragt. Transnationale Zugehörigkeitskonstruktionen stehen dabei in einem Spannungsverhältnis zu nationalen Selbstbildern und irritieren die mit diesen meist einhergehenden Einheitsvorstellungen.³⁶

Es sind insbesondere die Offenheit und begriffliche Abstraktion des Integrationsbegriffes, die ihn für öffentliche Debatten über die Grenzen der Gemeinschaft attraktiv machen. Dennoch prägen konkrete Schauplätze wie auch ihr jeweiliger zeitlicher Bezug die Debatten um Assimilation und Integration.³⁷ Ausgehend vom (bundes)deutschen Beispiel sollen im Folgenden einige Phasen und entscheidende Weichenstellungen bei der Verwendung des Begriffs Integration skizziert werden, bevor im Anschluss anhand des Beispiels der Schweiz und Frankreich eine transnationale und komparative Erweiterung vorgenommen wird, um deutlich zu machen, dass Integrationskonzepte zwar immer durch ihren spezifischen lokalen (hier: nationalen) Rahmen geprägt sind, sich aber ohne die wechselseitige Beobachtung der europäischen Staaten und semantische Transfers nicht angemessen verstehen lassen.

Im westdeutschen Fall bildeten sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Begriffsverwendung zunächst die Auseinandersetzungen um das Schicksal von Millionen von Geflüchteten aus den ehemaligen Ostgebieten des »Dritten Reichs« wie auch der »Heimatvertriebenen« aus Schlesien und Böhmen ab. Meist wurde in diesem Kontext der Begriff »Eingliederung« verwendet.³⁸ Wie Iris Nachum und Sagi Schaefer verdeutlichen, fand im westdeutschen Diskurs der unmittelbaren Nachkriegszeit zudem eine semantische Verschiebung statt: Wurde in den Medien und seitens der Alliierten in den westlich okkupierten Zonen zunächst von »Flüchtlingen« gesprochen, kreiste der Diskurs zunehmend um den Begriff der »Vertriebenen«. Deren Benennung als »Vertriebene« (*expellees from the homeland*) förderte nicht nur eine reibungslosere Integration in die westdeutsche Gesellschaft, sondern erlaubte auch, ihr Schicksal zu einem zentralen Element der bundesdeutschen Nachkriegsidentität zu machen und das westdeutsche Selbstverständnis als Opfer zu stärken.³⁹ In der DDR hingegen sprach man von »Um-« oder »Übersiedlern« und bereits ab 1950 von »ehemaligen Übersiedlern« und suggerierte damit, dass das Problem der Eingliederung gelöst sei. Fluchterfahrung und Heimatverlust unterlagen in der DDR einem »staatlich selbstverordneten Vergessen«, ⁴⁰ das u.a. den Umgang mit den östlichen Nachbarn erleich-

36 Möhring, »Integrationsparadigma«.

37 Ezli u.a., »Einleitung«, S. 14 und 17.

38 Lemberg/Edding (Hg.), *Vertriebene*. Als Integration wird dieser Eingliederungsprozess in der neueren Forschung bezeichnet. Siehe z.B. Hoffmann/Schwartz (Hg.), *Geglückte Integration?*

39 Nachum/Schaefer, »Semantics«.

40 Handro, »Tabuthema«, S. 183.

tern sollte, während in der Bundesrepublik Landsmannschaften unterstützt wurden und die Vertriebenenlobby in den ersten Nachkriegsjahrzehnten eine zentrale Rolle spielte. Wurde in Westdeutschland die Frage der deutschen Ostgrenze zunächst offen gehalten und die kulturell-folkloristische Differenz durchaus befördert, war das Ziel der DDR-Führung schnellstmögliche Assimilation der Flüchtlinge und Vertriebenen.⁴¹ Die unterschiedlichen Bezeichnungen, die in Abgrenzung zum jeweils anderen deutschen Staat gewählt wurden – »Heimatvertriebene« versus »(ehemalige) Übersiedler« –, sind »politische Deutungsformeln«⁴², die sich nur aus einer verflechtungsgeschichtlichen Perspektive adäquat einordnen lassen.

Ab den frühen 1960er Jahren kamen die Debatten über die Integration der sogenannten Gastarbeiter aus dem europäischen Süden hinzu, zunächst auf kommunaler Ebene.⁴³ Zum einen wuchs in vielen westdeutschen Städten das Bewusstsein dafür, dass die angeworbenen Arbeitsmigrant:innen nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren würden.⁴⁴ Zum anderen ging mit der durch den Anwerbestopp 1974 erfolgten Abschließung des Europäischen Wirtschaftsraumes nach außen eine »zögerliche Inklusion nach innen« einher,⁴⁵ die Integration zu einem zunehmend zentralen Konzept in Migrationsdebatten und -politik machte. Das Bedeutungsspektrum des Begriffs war von Anfang an weit; bereits 1970 wird in Studien über Arbeitsmigrant:innen zwischen monistischer Integration (i.S. einer vollständigen Assimilation), einer pluralistischen Integration (die ein »Mindestmaß von beiderseitiger Veränderung« unter Beibehaltung der jeweiligen »Eigenart« meint) und interaktionistischer Integration unterschieden, die die »Minderheit und Mehrheit« als in einem ständigen Prozess befindlich versteht, der »im günstigsten Fall zu einer gemeinsamen Lebensform« führe.⁴⁶ 1978 schließlich wurde die Stelle des Bundesbeauftragten für die Integration

41 Im SED-Beschluss »Weiterführung des Assimilationsprozesses der Umsiedler« vom 8. November 1948 wurde davor gewarnt, dass das Festhalten an einer Umsiedlerbehörde »den Verschmelzungsprozeß durch die Herausstellung besonderer Umsiedlerinteressen [...] behindern« würde (zit. nach Wille, *Verordnete Einbürgerung*, S. 3 f.). In der BRD wurde das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte erst 1969 aufgelöst.

42 Schwartz, »Vertriebene«, S. 102 f.

43 Spicka, »Guest Workers«.

44 Für Frankfurt, das eine integrationspolitische Vorreiterrolle einnahm, zeigt das Karpf und betont den Regulierungsgedanken, der dem Integrationskonzept von Anfang an inhärent war (und ist). Karpf, *Eine Stadt*, S. 234.

45 So Pleinen, *Migrationsregime*, S. 101.

46 Bingemer u.a. (Hg.), *Leben als Gastarbeiter*, S. 19 f.

der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen geschaffen.⁴⁷ Damit wurde das Integrationsparadigma institutionalisiert.⁴⁸

Zu diesem Paradigma gehört auch das Konzept der Integrationsunwilligkeit, das eng mit einer bereits in den 1970er und verstärkt den 1980er Jahren einsetzenden Kulturalisierung von Migration und Integration verknüpft ist.⁴⁹ Kulturalisierung beinhaltet, dass eine kausale Beziehung zwischen »der Herkunft einer als kohärent gedachten sozialen Gruppe und dem sozialen Handeln ihrer Mitglieder« angenommen, eine »Andersartigkeit« festgeschrieben und nach einer »Sonderbehandlung der besagten Gruppe« verlangt wird.⁵⁰ Damit einher ging die Entpolitisierung sozioökonomischer Probleme im Kontext von Migrationsprozessen.⁵¹ Die Kulturalisierung des Integrationsverständnisses rückt Integration (wieder) näher an Assimilation heran, so dass seit der Jahrtausendwende eine »neo-assimilationistische« Vorstellung von Integration in Deutschland (und auch in Europa generell) hegemonial geworden ist.⁵²

3. Integrationsdebatten in transnationaler Perspektive: Das Beispiel Schweiz und Frankreich

Die Schweiz hat sich lange nicht als Einwanderungsland verstanden. Ein prägender Ausdruck dafür ist die Karriere des Begriffs der »Überfremdung«.⁵³ Mit der Schwarzenbach-Initiative 1970 wollten die »Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat« und dessen Anführer James Schwarzenbach den Ausländeranteil in der Schweiz von 17 Prozent auf zehn Prozent reduzieren. Die Initiative wurde von der Schweizer Wählerschaft nur knapp abgelehnt. Die Schwarzenbach-Initiative gilt als Auftakt einer Politik des Rechtspopulismus, der auch für andere europäische Länder Vorbildfunktion hatte und auf nationale und schließlich europaweite Anti-Einwanderungspolitik setzte.⁵⁴ Die Frage der »Ein-

47 Dass damit das Konzept einer »Integration auf Zeit« ad acta gelegt wurde, betont Trede, *Misstrauen*, S. 320.

48 Für Liechtenstein wurde gezeigt, dass erst seit den späten 1980er Jahren eher von Integration als von Assimilation gesprochen wurde. Vgl. Sochin D'Elia, »Man hat es doch hier mit Menschen zu tun!«.

49 Zu seiner Verwendung im politischen Diskurs in Österreich seit den Anschlägen auf *Charlie Hebdo* 2015 siehe Rheindorf, »Integration durch Strafe?«. Während der Begriff für behördliche Entscheidungen durchaus eine Rolle spielte, distanzieren sich die Rechtsprechung von diesem Konzept (vgl. ebd., S. 341).

50 Tezcan, »Spielarten«, S. 358. Dass diese Kulturalisierungs- und Ethnisierungsprozesse hochgradig vergeschlechtlicht waren und sind, betont Hess, »Beharrliche Kraft«, S. 76.

51 Möhring, »Integrationsparadigma«, S. 318 f.

52 Für die Niederlande: Avci, »Comparing«, S. 68; zur Theorieentwicklung: Kivisto, »Revival«.

53 Kury, *Über Fremde reden*.

54 Jain, »Schwarzenbach«. Vgl. auch Skenderovic/D'Amato, *Mit dem Fremden politisieren*.

gliederung« war neben der »Überfremdungsabwehr« sowie der »Verbesserung der Arbeitsmarktstruktur« nach der Abstimmung der Schwarzenbach-Initiative als eine der drei Eckpfeiler festgelegt worden. Jedoch wurde dies auf gesetzlicher Ebene nie verankert.

Hatten sich die Debatten in den 1960er und 1970er Jahren vor allem auf die sogenannten Fremdarbeiter fokussiert, kreisten die Debatten in den 1980er Jahren vermehrt um die Unterscheidung von »echten« und »unechten« Flüchtlingen, die mit der Veränderung der Mobilität und Diversifizierung der Herkunft der Einwandernden – zunehmend nun auch aus dem Globalen Süden – einherging. Vor diesem Hintergrund wurden in Politik und Wissenschaft vermehrt Restriktionen in der Asylpolitik eingefordert.⁵⁵ Akteur:innen stellten eine Verbindung phänotypischer Merkmale mit kultureller Alterität her und machten damit im nachkolonialen Kontext Europas und der Schweiz den Flüchtenden zum rassifizierten Subjekt, der sich von der *weißen* schweizerischen Bevölkerung wie auch den *weißen* Flüchtlingen des Kalten Krieges unterscheide. Dies wurde etwa im einflussreichen Bericht von Arbenz zur schweizerischen Migrationspolitik von 1995 deutlich, in dem es hieß, die Integration von Fremden sei umso schwieriger, je größer die »kulturelle Distanz zwischen Aufnahme- und Herkunftsland« sei. Auch sei zu berücksichtigen, dass die zunehmende Zahl von Ausländer:innen aus »außereuropäischen Gebieten und nichtabendländischen Kulturen, anderer ethnischer Zugehörigkeit und nichtchristlicher Religionen« vermehrt die Frage nach dem verträglichen Maß an multikulturellen Einflüssen und der »eigenen ›Leitkultur‹« aufgeworfen habe.⁵⁶

Die Kulturalisierung von Migration ist ein Phänomen, das in verschiedenen europäischen Staaten etwa zeitgleich an Wirkungsmacht gewann. Als Ziel galt, eine unabhängige, isolierte Entwicklung von Gemeinschaften einzufordern, denn nur auf diese Weise könnten kollektive Identität und kulturelle Homogenität bewahrt und Kulturkonflikte vermieden werden.⁵⁷ Innenpolitisch zementierte das beharrliche Hervorheben von Differenz und Distanz zwischen Kulturen ferner die Überzeugung, eine gesellschaftliche Integration der Flüchtlinge sei unmöglich und ihre Akzeptanz in der Ankunftsgesellschaft aussichtslos.⁵⁸

55 Siehe etwa Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Demokratie (Hg.), *Asylpolitik*; Lüthi/Skenderovic, »Flucht«.

56 Arbenz, *Bericht*, S. 52 f.

57 Dies entspricht dem sogenannten Ethnopluralismus, wie er ab den 1970er Jahren von der Neuen Rechten vertreten wurde; siehe u.a. Terkessidis, *Kulturkampf*.

58 Bei dem in der Schweiz führenden Soziologen Hans Joachim Hoffmann-Nowotny war Kultur als Kategorie und Differenz als Prinzip von zentraler Bedeutung, und damit hat er in der Schweiz die Deutungen und Erklärungen des Multikulturalismus nachhaltig beeinflusst. Kulturelle Merkmale und Eigenheiten

Erst der Bericht des Bundesrates zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik von 1991 stellte einen Paradigmenwechsel dar, indem vermehrt staatliche Maßnahmen zur Förderung der Integration verlangt wurden. Gründe dafür waren einerseits die Forderung nach der »Integration der Schweiz in die neue europäische Architektur« und andererseits die weiterhin wachsende Immigration von Menschen aus »anderen Kulturkreisen«.⁵⁹ Zudem hatten die migrationspolitischen Debatten und die Einführung des Drei-Kreise-Modells⁶⁰ das Thema der Integration 1991 wieder verstärkt auf die Agenda der Bundespolitik gesetzt. In der Bundesverwaltung war nun allmählich auch die Vorstellung der Schweiz als Einwanderungsland angekommen.

Vermehrt wurde nun auch anstatt von »Eingliederung« von »Integration« gesprochen. Die semantische Verschiebung spiegelte hier zum einen die Rede von der »europäischen Integration« und zum anderen die italienische Behördensprache in der Schweiz, die bereits seit den 1970er Jahren offiziell das Wort »integrazione« benutzte. Auch im Diskurs internationaler und europäischer Organisationen zu Einwanderungsthemen entwickelte sich Integration zu einem festen Bestandteil des Vokabulars.⁶¹ Mitte der 1990er Jahre setzte sich die Vorstellung, dass Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und einen integralen Teil der Migrationspolitik darstelle, allmählich durch – nicht zuletzt aufgrund des politischen Drucks rechtspopulistischer Parteien, die sich mit dem Thema Migration profilierten.

Allgemein zeigte sich beim Thema Migration und Integration eine zunehmende politische Verschränkung mit Entwicklungen auf internationaler Ebene und insbesondere hinsichtlich der Migrationspolitik der EU. Migrations- und Integrationspolitik, so der Historiker Kijan Espahangizi, »verschränkten sich Mitte der 1990er Jahre zu einem staats- und gesellschaftspolitisch bedeutsamen Komplex, der nun auch auf gesetzlicher Ebene verankert werden sollte«.⁶²

von Gruppen sollten bewahrt werden, während Vermischung zu sozialen Risiken und gesellschaftlichen Konflikten führen würde. Siehe Hoffmann-Nowotny, *Chancen und Risiken*.

59 Espahangizi, *Migration-Integration-Komplex*, S. 371 f.; Ders., »Die Schweiz hat einen Migrationskomplex«.

60 Darin legte die Regierung fest, dass es neben den »traditionellen Rekrutierungsgebieten« der ersten beiden Kreise, zu denen EU- und EFTA-Staaten wie auch USA, Kanada, Australien und Neuseeland, und in Zukunft möglicherweise Mittel- und Osteuropa, gezählt wurden, einen dritten Kreis mit Staaten gebe, gleichsam dem Rest der Welt, deren Angehörige nur in Ausnahmefällen eine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung in der Schweiz erhalten sollten. Als wichtiges Kriterium galt auch, dass die Länder »zum gleichen (im weiteren Sinne europäisch geprägten) Kulturkreis mit Lebensverhältnissen, die den unsrigen ähnlich« seien, gehörten. Siehe Bundesrat, Bericht, S. 303.

61 Espahangizi, *Migration-Integration-Komplex*, S. 373.

62 Ebd., S. 379.

In Frankreich lösten in den 1980er und 1990er Jahre zunächst »*insertion*« und dann »*intégration*« schrittweise den Assimilationsbegriff als zentralen Zielbegriff staatlicher Migrations- und Diversitätspolitik ab. Ungeachtet dieses semantischen Wandels ist das Modell des französisch-universalistischen Republikanismus von der Forschung aber auch mit Blick auf das späte 20. und frühe 21. Jahrhundert noch als im Kern »assimilationistisch« charakterisiert worden.

Dabei formulierten die historischen Akteure ihr Verständnis eines republikanischen Integrationsverständnisses häufig in dezidiert Abgrenzung vom »Multikulturalismus« anderer europäischer Gesellschaften.⁶³ Während insbesondere für die britische Politik des ausgehenden 20. Jahrhunderts angeführt wurde, sie sei stark auf die Anerkennung ethnischer oder rassifizierter Differenz ausgelegt und sehe die Einbindung in lokale Communities und damit auch die Koexistenz unterschiedlicher Kulturen als positive Grundlage des Zusammenlebens in der britischen Gesellschaft, galt für die französische Integrationspolitik zu diesem Zeitpunkt eher, dass Ethnie, »Race« oder Religion für die soziale Position und politische Identität dezidiert keine Rolle spielen sollten. Zählen sollte vielmehr vor allem eines: das Verhältnis von Individuum und der Kultur und den Werten einer als farbenblind imaginierten französischen Republik. Zwar hatten antirassistische Initiativen in den 1980er Jahren vermehrt auf das »Recht anders zu sein« und zudem auf die Notwendigkeit gepocht, sich kritisch mit der Tatsache zu befassen, dass die Französische Republik eben nicht farbenblind sei. Dennoch dominierte in der offiziellen Politik und den Sozialwissenschaften in Frankreich in den 1980er und 1990er Jahren eine dezidiert ablehnende Haltung gegenüber einem Community-basierten, differenzorientierten »multikulturalistischen« Integrationsverständnis, das an erster Stelle mit den USA und Großbritannien in Verbindung gebracht wurde.⁶⁴

Dabei war die Forderung nach mehr oder besserer »Integration« in Frankreich im Laufe der 1980er und 1990er Jahre immer lauter und schärfer formuliert worden.⁶⁵ Zu dieser Dynamik trug nicht allein bei, dass, etwa im Zusammenhang mit den seit 1989 immer wieder anhebenden Kopftuchdebatten, das säkular-assimilationistische Modell des französischen Republikanismus vermehrt in Frage gestellt wurde,⁶⁶ sondern auch, dass in französischen Vorstädten wiederholt gewalttätige Unruhen ausbrachen. Die Gründe für diese Unruhen waren de facto vielfältig, doch wurden sie in der Öffentlichkeit an erster Stelle als Ausdruck migrati-

63 Zu dieser Abgrenzungsbewegung siehe u.a. Chin, *Crisis*; Green, »Melting-Pot«; Wieviorka, »Multiculturalisme«.

64 Siehe dazu auch Mbembe, »République«, v.a. S. 155 ff. Zum »Gespenst des Communautarismus« in französischen Debatten siehe auch Boubeker, »Creuset français«, S. 187.

65 Weil, *La France*; Noiriel, *Immigration*.

66 Chin, *Crisis*.

onsbedingter Spannungen gedeutet, die wiederum vor allem jungen (muslimischen) Männern der sogenannten Zweiten Generation angelastet wurden, die in den Medien und politischen Debatten vermehrt als »Migrationsandere« konstruiert wurden.⁶⁷ Begleitet wurden diese Debatten nicht nur von einer regen sozialwissenschaftlichen Forschung, sondern auch von einer voranschreitenden Institutionalisierung von Integrationspolitiken, etwa durch die Gründung eines direkt dem französischen Premierminister zugeordneten »Haut Conseil à l'Intégration« 1989.

Vor allem als nicht-europäisch und muslimisch eingeordnete Bürger:innen wurden im Rahmen des sozialwissenschaftlich gestützten Integrationsdiskurses dieser Zeit dabei immer wieder im Modus des Mangels beschrieben, als unzureichend integriert und als nicht französisch genug markiert. Welche letztlich diskriminierenden, exkludierenden Effekte ein solcher Integrationsdiskurs zeitigen konnte, wird unter anderem an den Interviews deutlich, die der Soziologe Abdelmalek Sayad am Übergang zu den 1990er Jahren mit Menschen führte, die zu diesem Zeitpunkt in der Regel schon mehr als zwei Jahrzehnte in Frankreich wohnten:

»What does this mean, this integration that is all the rage, that they keep bending our ears with? Either it exists, and there's nothing more to be said about it: that's the way it is, that's all there is to it [...] In my view, integration is an accusation. What, after everything we have done for you, you were born in our country, in our hospitals; we brought you up in our crèches, our nursery schools, we educated you, taught you in our schools, and after all that, you are still not ›integrated‹. You are hopeless. You are Arabs, and you will remain Arabs. If that's not racism, what is? And we experience it every day. [...] They want to get us on their side, but at the same time they make it clear to us that we can never catch up with them. And they call it integration.«⁶⁸

Der von Sayad Interviewte bringt damit eine aktuell gängige Kritik am migrationsbezogenen Integrationsdiskurs auf den Punkt, indem er auf dessen massiv exkludierende Effekte verweist.

4. Fazit

Der Begriff Integration sowie Politiken und Praktiken der Integration waren und sind umkämpft – nicht zuletzt, weil Politik immer auch den Kampf um legitime Bedeutungen umfasst. Die Semantiken des Integrationsbegriffs und ihren Wandel nachzuzeichnen, bedeutet daher, eine Konfliktgeschichte zu schreiben,

⁶⁷ Dikeç, *Badlands*; Reinecke, *Ungleichheit*.

⁶⁸ Sayad, *Suffering*, S. 265 f.

in der zum einen staatliche und kommunale, öffentliche, aber auch wissenschaftliche Versuche der Einhegung und Kontrolle migrationsbedingter Diversität eine wichtige Rolle spielen, zum anderen aber auch migrantische Kämpfe um Teilhabe sowie migrantisches Wissen und Erfahrungen Eingang in die Debatten finden.⁶⁹

Die Karriere des Begriffs Integration in Westeuropa lässt sich seit den 1970er Jahren nachzeichnen. In den Staaten, die vermehrt zum Ziel postkolonialer Migration und innereuropäischer Arbeitsmigration wurden, wurde in den 1960er Jahren sukzessive begonnen, Migration nicht nur als ökonomische Frage, sondern zunehmend auch hinsichtlich ihrer sozialen und gesellschaftspolitischen Dimensionen zu diskutieren. Damit gewannen integrationspolitische Überlegungen an Bedeutung, die allerdings keineswegs überall zur gleichen Zeit einsetzten: Während in Schweden bereits in den 1960er Jahren mit dem Begriff Integration operiert wurde, wurde in Österreich das Integrationsprinzip im Grunde erst mit dem Ausländerbeschäftigungsgesetz 1988 installiert.⁷⁰ Es macht also einerseits Sinn, die Karriere des Begriffs »Integration« jeweils für einzelne Staaten mit ihren jeweils spezifischen Logiken und Temporalitäten zu schildern. Auf diese Weise werden nationale Paradigmen der Migrationsregulierung, nationale Spezifika der öffentlichen, aber auch der wissenschaftlichen Diskussion über Migration sichtbar.⁷¹

Andererseits aber machten Migrations- und Integrationsdebatten – politische wie wissenschaftliche – nicht Halt an den Grenzen.⁷² Begriffe und Konzepte, ja bereits Wahrnehmungen migrationsbedingter Diversität zirkulierten transnational, wie für das Beispiel der schweizerischen Überfremdungsdebatte gezeigt. Auch waren gerade Migrations- und Integrationsdebatten von gegenseitigen Beobachtungen über staatliche Grenzen hinweg gekennzeichnet. Für die drei hier im Fokus stehenden Länder – die Bundesrepublik Deutschland, die Schweiz und Frankreich – hat die vergleichende Migrationsforschung herausgestellt, dass diese Staaten sich bezüglich der sozialen und zivilen Rechte, die bereits länger im Land lebende Ausländer:innen erhielten, seit den 1970er Jahren angleichen.⁷³ Nicht zuletzt die in den 1970er Jahren verhängten Anwerbestopps führten zu einer »bis dahin nicht gekannte[n] Ähnlichkeit« der Migrationsregime in Europa,⁷⁴ die seit

69 Hess, »Integration«, S. III.

70 Integration war dabei in Schweden mit einer intensiven Überwachung von Ausländer:innen verbunden, so Caestecker, »Sweden's Exceptional Ability«, S. 359; Lorber, *Angeworben*, S. 73.

71 Vgl. Bommes/Thränhardt (Hg.), *National Paradigms*.

72 Vgl. Esch, »Rezension«.

73 D'Amato, *Vom Ausländer zum Bürger*, S. 250.

74 Berlinghoff, »Ende«, S. 357.

den späten 1980er Jahren durch eine wachsende Nähe zu US-amerikanischen Migrationspolitiken in gewisser Weise verstärkt wurde.⁷⁵

Inwiefern sich von einer weitgehenden Europäisierung der Migrations- und Integrationspolitik sprechen lässt, wäre aber noch sehr viel genauer und für unterschiedliche Felder differenziert herauszuarbeiten. Zwar haben Migrationsforscher:innen in den letzten Jahren in verschiedenen nationalstaatlichen Kontexten eine Kritik am Integrationsparadigma formuliert, doch fehlt weiterhin eine vertiefte Auseinandersetzung mit der transnationalen Geschichte und europäischen Dimension des Integrationsdiskurses. Dabei verspricht eine stärker auf die Analyse von Transfers, Verflechtungen und gegenseitigen Beobachtungen abstellende Historisierung des Integrationsbegriffs und seiner Karriere unser Wissen um das sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unter dem Einfluss von Europäisierung und Dekolonisierung grundlegend wandelnde Selbstverständnis und Weltverhältnis europäischer Gesellschaften entscheidend zu erweitern. Freizügigkeit innerhalb der EU zog in jedem Fall eine supranationale Abstimmung der (restriktiver gewordenen) Visa- und Asylpolitiken nach sich. Aber auch jenseits von Brüssel spielte die wechselseitige Beobachtung der Migrations- und Integrationspolitiken in anderen Ländern eine zunehmend wichtige Rolle bei der Gestaltung der entsprechenden nationalen Politiken. Der Integrationsimperativ stellt(e) dabei eine Antwort auf die de facto Einwanderungssituation dar und war zugleich gekoppelt an eine restriktive Migrationspolitik, wie sie in den Anwerbestopps ihren Ausdruck fand. Die westeuropäischen Staaten versuchten, die Kontrolle über Migrationsprozesse (wieder) zu erlangen. Und mehr noch: Als Nationalstaaten rangen sie mit Hilfe des Integrationsparadigmas (auch) um ihre als gefährdet wahrgenommene Stellung in einer sich globalisierenden Welt.

Hinzu kommt, dass eine eingehendere Beschäftigung mit den Verbindungen, die zwischen dem auf Migration bezogenen Integrationsbegriff und seiner Verwendung im Kontext europäischer Einigungsbestrebungen bestehen, in der Forschung noch aussteht. Seit Beginn der 1950er Jahre ist von der europäischen Integration die Rede gewesen: Das Wort, so Walter Dirks im Jahre 1952, sei »durch die aktuelle Europa-Politik in aller Munde«. ⁷⁶ Integration wurde in diesem Kontext v.a. als Angleichung und Homogenisierung verstanden, ⁷⁷ und der europapolitische Integrationsbegriff avisierte laut Valentin Rauer ein *region-building*, während der migrationsbezogene Integrationsbegriff sich eher als *nation-saving* ver-

75 So Hollifield, »Immigration and Integration«, S. 41. Insbesondere Frankreich mit seiner weitreichenden Naturalisierungspolitik ähnele diesbezüglich den USA (ebd., S. 46).

76 Dirks, »Über Integration«, S. 406. Er sah in Integration ein »Leitwort der Nachkriegszeit«. Herbst, »Zeitgenössische Integrationstheorie«, S. 163.

77 So Foroutan/Kalter, »Integration«, S. 155. Zum Prozess der europäischen Integration siehe Patel, *Project Europe*.

stehen lasse.⁷⁸ Die Überschneidungen, aber auch Divergenzen beider Integrationsbegriffe genauer herauszuarbeiten, stellt ein Desiderat begriffshistorischer und historisch-semanticischer Analysen dar.

Adrian Favell hat in seinem Buch *Integration Nation* jüngst die These vertreten, dass Integration schon immer ein »kolonialer Begriff« gewesen sei. Als die schrumpfenden Nationalstaaten in den europäischen Metropolen sich mit dem Ende ihrer jeweiligen Imperien und der Aufnahme postkolonialer Migrant:innen als Erbe ihrer Weltherrschaft abgefunden hatten, wandten sie sich, so Favell, der Idee der Integration zu, um ihre fortwährende »zivilisatorische Mission« in der Welt angesichts der globalen Vielfalt neu zu erfinden. Das Integrationsparadigma ist damit nach Favell integraler Bestandteil einer zutiefst »kolonialen Weltsicht« ebenso wie es in seinen Implikationen zutiefst »nationalistisch« ist. Ähnlich hatte dies für den deutschen Kontext Kien Nghi Ha bereits 2009 herausgearbeitet, der Integration als »Akt der politischen Kontrolle, kulturellen Überprüfung und juristischen Zertifizierung« versteht, der ein »Kultur- und Erziehungsmodell« impliziere, »das für koloniale Diskurse anschlussfähig ist«.⁷⁹ Die eingehendere Prüfung solcher Thesen stellen für weitere transnational angelegte Untersuchungen ebenfalls ein Desiderat dar.

Eine historische, gleichermaßen transnationale wie postkoloniale Perspektive auf europäische Integrationsdispositive ist also vonnöten, um die gesellschaftlichen Problemlagen, auf die mit Integration geantwortet wurde, in ihren verschiedenen Kontexten, *scales* und in ihrer Verwobenheit aufarbeiten zu können. Auch wenn es fraglich ist, »ob der Integrationsbegriff überhaupt noch eine angemessene Fassung der Strukturprobleme moderner Gesellschaften erlaubt«, ⁸⁰ ist eine historische Aufarbeitung seiner Semantiken vonnöten, um den Umgang mit Migration in der heutigen Welt (besser) zu verstehen.

Schließlich vermögen gerade historische Analysen zu einer kritisch-reflexiven Perspektive auf aktuelle Debatten beizutragen, indem sie deren Gewordensein hervorheben. Darüber hinaus schärft die Auseinandersetzung mit den exkludierenden Effekten früherer Integrationsdiskurse den Blick nicht nur für das inkludierende, sondern auch für das exkludierende Potenzial anderer gesellschaftlicher Soll-Begriffe. Das gilt insbesondere auch für die Rede von mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt, über die in der Regel nicht nur ein Innen, sondern auch

⁷⁸ Rauer, »Identität«.

⁷⁹ Ha, »Deutsche Integrationspolitik«, S. 140 und 148.

⁸⁰ Pott, »Räumliche Differenzierungen«, S. 90. Auffällig ist, dass Integration – kaum hinterfragt – mit Stabilität und Funktionstüchtigkeit einer Gesellschaft assoziiert wird. Dass dieser Zusammenhang aber zu hinterfragen sei (und zudem auch verschiedene Formen von Stabilität zu diskutieren wären), hat Jürgen Osterhammel in seinem Kommentar auf der Tagung »Rule and Conflict, Representation and Crisis« betont (Levsen, »Bericht«).

ein Rand und ein Außen markiert wird, die der Aufmerksamkeit und Arbeit bedürfen. Die historische Auseinandersetzung mit dem Integrationsbegriff legt nahe, dass die Frage, wer dabei jeweils in diesem Außen verortet wird, einen genaueren Blick verdient.

Literatur

- Alba, Richard/Nee, Victor (2003), *Remaking the American Mainstream. Assimilation and Contemporary Migration*, Cambridge.
- Amelina, Anna (2013), »Transnationale Inklusion als ein multilokales Phänomen. Ein Abschied vom Assimilationsparadigma der Migrationsforschung?«, in: Ezli, Özkan u.a. (Hg.), *Die Integrationsdebatte zwischen Assimilation und Diversität. Grenzziehungen in Theorie, Kunst und Gesellschaft*, Bielefeld, S. 119–155.
- Arbenz, Peter (1995), *Bericht über eine schweizerische Migrationspolitik*, Bern.
- Avcı, Gamze (2006), »Comparing Integration Policies and Outcomes. Turks in the Netherlands and Germany«, *Turkish Studies*, Jg. 7, H. 1, S. 67–84.
- Barkan, Elliot R. (1995), »Race, Religion, and Nationality in American Society. A Model of Ethnicity from Contact to Assimilation«, *Journal of American Ethnic History*, Jg. 14, H. 2, S. 38–75.
- Berlinghoff, Marcel (2013), *Das Ende der »Gastarbeit«. Europäische Anwerbestopps 1970–1974*, Paderborn.
- Bingemer, Karl u.a. (1970) (Hg.), *Leben als Gastarbeiter. Geglückte und mißglückte Integration*, Köln.
- Bommes, Michael/Thränhardt, Dietrich (2010), »Introduction«, in: Bommes, Michael/Thränhardt, Dietrich (Hg.), *National Paradigms of Migration Research*, Osnabrück, S. 9–38.
- (2010) (Hg.), *National Paradigms of Migration Research*, Osnabrück.
- Boubeker, Ahmed (2005), »Le «creuset français», ou la légende noire de l'intégration«, in: Blanchard, Pascal u.a. (Hg.), *La fracture coloniale. La société française au prisme de l'héritage colonial*, Paris, S. 187–194.
- Buck, Elena (2011), »»Integration« als leerer Signifikant im Zugehörigkeitsdiskurs Deutschlands und Großbritanniens«, *Sociologia Internationalis*, Jg. 49, H. 1, S. 29–52.
- Bundesrat (1991), »Bericht des Bundesrates zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik vom 15. Mai 1991«, *Bundesblatt*, Bd. 3, S. 291–323.
- Caestecker, Frank (2013), »Sweden's Exceptional Ability to Organize Its Immigration«, in: Byström, Mikael/Frohnert, Pär (Hg.), *Reaching a State of Hope. Refugees, Immigrants and the Swedish Welfare State, 1930–2000*, Lund, S. 331–365.
- Castro Varela, María do Mar (2013), *Ist Integration nötig? Eine Streitschrift*, Freiburg.
- Chin, Rita (2017), *The Crisis of Multiculturalism in Europe: A History*, Princeton.
- Czollek, Max (2018), *Desintegriert Euch*, München.
- D'Amato, Gianni (2005), *Vom Ausländer zum Bürger. Der Streit um die politische Integration von Einwanderern in Deutschland, Frankreich und der Schweiz*, Münster.
- Dikeç, Mustafa (2007), *Badlands of the Republic. Space, Politics, and Urban Policy*, Malden.
- Dirks, Walter (1952), »Über Integration. Begriffsbestimmungen und etwas mehr«, *Frankfurter Hefte*, Jg. 7, S. 401–412.

- El-Mafaalani, Aladin (2018), *Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt*, Köln.
- Esch, Michael G. (2014), »Rezension zu Thränhardt, Dietrich/Bommes, Michael, National Paradigms of Migration Research«, in: *H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews*, März 2014, <https://www.h-net.org/reviews/showpdf.php?id=41397> (25.07.2017).
- Espahangizi, Kijan (2016), »Das Postmigrantische ist kein Kind der Akademie«, *Geschichte der Gegenwart*, 12.06.2016, <https://geschichtedergegenwart.ch/das-postmigrantische-kein-kind-der-akademie/> (Zugriff 12.01.2023).
- (2022), *Der Migration-Integration-Komplex. Wissenschaft und Politik in einem (Nicht-)Einwanderungsland, 1960–2010*, Göttingen.
 - (2022), »Die Schweiz hat einen Migrationskomplex«, *Terra Cognita*, H. 36, S. 56–58.
- Esser, Hartmut (1980), *Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse*, Darmstadt/Neuwied.
- Ezli, Özkan (2013), »Narrative der Integration und Assimilation im Film«, in: Ezli, Özkan/Langenohl, Andreas/Rauer, Valentin/Voigtmann, Claudia Marion (Hg.), *Die Integrationsdebatte zwischen Assimilation und Diversität. Grenzziehungen in Theorie, Kunst und Gesellschaft*, Bielefeld, S. 189–211.
- Ezli, Özkan/Langenohl, Andreas/Rauer, Valentin/Voigtmann, Claudia Marion (2013), »Einleitung«, in: Dies. (Hg.), *Die Integrationsdebatte zwischen Assimilation und Diversität. Grenzziehungen in Theorie, Kunst und Gesellschaft*, Bielefeld, S. 9–21.
- Favell, Adrian (2022), *The Integration Nation. Immigration and Colonial Power in Liberal Democracies*, Cambridge.
- Foroutan, Naika/Kalter, Frank (2022), »Integration«, in: Schmidt-Lauber, Brigitta/Liebig, Manuel (Hg.), *Begriffe der Gegenwart. Ein kulturwissenschaftliches Glossar*, Wien, S. 153–161.
- Gianni, Matteo, »The Migration-Mobility Nexus. Rethinking Citizenship and Integration as Processes«, in: Triandafyllidou, Anna (Hg.), *Multicultural Governance in a Mobile World*, Edinburgh, S. 205–224.
- Gluck, Carol/Tsing, Anna L. (2009), *Words in Motion. Toward a Global Lexicon*, Durham.
- Goel, Urmila u.a. (2012) (Hg.), *InderKinder. Über das Aufwachsen und Leben in Deutschland*, Heidelberg.
- Gordon, Milton M. (1964), *Assimilation in American Life: The Role of Race, Religion and National Origin*, New York.
- Green, Nancy L. (1999), »Le Melting-Pot. Made in America, Produced in France«, *The Journal of American History*, Jg. 86, H. 3, S. 1188–1208.
- Gürsel, Duygu (2013), »Kanak Attack. Discursive Acts of Citizenship in Germany«, in: Gürsel, Duygu u.a. (Hg.), *Wer MACHT Demo_kratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen*, Münster, S. 214–223.
- Ha, Kien Nghi (2009), »Deutsche Integrationspolitik als koloniale Praxis«, in: Dietze, Gabriele/Brunner, Claudia/Wenzel, Edith (Hg.), *Kritik des Okzidentalismus. Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht*, Bielefeld, S. 137–150.
- Hajjat, Abdellali (2012), *Les frontières de l'identité nationale. L'injonction à l'assimilation en France métropolitaine et coloniale*, Paris.
- (2021), »Race et droit de la nationalité en contexte postcolonial. Le cas de refus de naturalisation au motif de la polygamie«, in: *La Revue des droits de l'homme* (online), H. 19, 09.03.2021, <http://journals.openedition.org/revdh/11483> (Zugriff 12.01.2023).

- Handro, Saskia (2004), »Ein Tabuthema« oder »Die andere Geschichte«. Zum öffentlichen Umgang mit »Flucht und Vertreibung« in der SBZ und DDR«, in: Alavi, Bettina/Henke-Bockschatz, Gerhard (Hg.), *Migration und Fremdverstehen. Geschichtsunterricht und Geschichtskultur in der multiethnischen Gesellschaft*, Idstein, S. 177–192.
- Herbst, Ludolf (1986), »Die zeitgenössische Integrationstheorie und die Anfänge der europäischen Einigung 1947–1950«, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 34, H. 2, S. 161–205.
- Herzog-Punzenberger, Barbara (2011), »Leitkultur«, in: Hartwig, Sven u.a. (Hg.), *Lexikon der Globalisierung*, Bielefeld, S. 1822–1828.
- Hess, Sabine (2014), »Integration als umkämpftes Narrativ und Praxis. Eine genealogisch-ethnographische Rekonstruktion von Wissenspolitiken«, in: Aced, Miriam u.a. (Hg.), *Migration, Asyl und (Post-)Migrantische Lebenswelten in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven migrationspolitischer Praktiken*, Berlin, S. 109–134.
- (2013), »Die beharrliche Kraft der Migration. Eine historische Relektüre von Migrationsdiskursen und Integrationspraktiken«, in: Brinkmann, Heinz Ulrich/Uslucan, Haci-Halil (Hg.), *Dabeisein und Dazugehören. Integration in Deutschland*, Wiesbaden, S. 65–82.
- Hess, Sabine u.a. (2009) (Hg.), *No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*, Bielefeld.
- Hoffmann, Dierk/Schwartz, Michael (1999) (Hg.), *Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR*, München.
- Hoffmann-Nowotny, Hans Joachim (1992), *Chancen und Risiken multikultureller Einwanderungsgesellschaften*, Bern.
- Hollifield, James F. (1997), »Immigration and Integration in Western Europe. A Comparative Analysis«, in: Uçarer, Emek M./Puchala, Donald J. (Hg.), *Immigration into Western Societies. Problems and Politics*, London, S. 28–69.
- Jain, Rohit (2022), »Schwarzenbach geht uns alle an! Gedanken zu einer vielstimmigen, antirassistischen Schweiz«, in: dos Santos Pinto, Jovita u.a. (Hg.), *Un-/Doing Race. Rassifizierung in der Schweiz*, Zürich, S. 309–329.
- Karpf, Ernst (2013), *Eine Stadt und ihre Einwanderer. 700 Jahre Migrationsgeschichte in Frankfurt am Main*, Frankfurt am Main/New York.
- Kivisto, Peter (2005), »The Revival of Assimilation in Historical Perspective«, in: Kivisto, Peter (Hg.), *Incorporating Diversity. Rethinking Assimilation in a Multicultural Age*, Boulder, S. 3–29.
- Kluge, Friedrich (2002), *Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache*, bearb. v. Elmar Seebold, 24., durchges. u. erw. Aufl., Berlin.
- Kollmeier, Kathrin (2012), »Begriffsgeschichte und Historische Semantik, Version: 2.0«, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 29.10.2012, http://docupedia.de/zg/Begriffsgeschichte_und_Historische_Semantik_Version_2.0_Kathrin_Kollmeier (Zugriff 01.12.2022).
- Kollmeier, Kathrin/Saupe, Achim (2015), »Ausgangspunkte einer Historischen Semantik des Politischen für das 20. Jahrhundert«, in: Kämper, Heidrun/Warnke, Ingo H. (Hg.), *Diskurs – interdisziplinär. Zugänge, Gegenstände, Perspektiven*, Berlin, S. 209–228.
- Koschorke, Albrecht (2014), »Integration«, in: Ezli, Özkan/Staupe, Gisela (Hg.), *Das neue Deutschland. Von Migration und Vielfalt*, Paderborn, S. 220–222.
- Koselleck, Reinhart u.a. (2006), »Drei bürgerliche Welten? Zur vergleichenden Semantik der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland, England und Frankreich«, in: Ders. (Hg.), *Begriffsgeschichten*, Frankfurt am Main, S. 402–461.

- Kury, Patrick (2003), *Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900–1945*, Zürich.
- Lemberg, Eugen/Edding, Friedrich (1959) (Hg.), *Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben*, 3 Bde., Kiel.
- Leonhard, Jörn (2008), »Von der Wortimitation zur semantischen Integration. Übersetzung als Kulturtransfer«, *WerkstattGeschichte*, Jg. 17, H. 48, S. 45–63.
- Levsen, Sonja (2007), »Bericht von der Tagung ›Rule and Conflict, Representation and Crisis. Multiethnic Empires since the 19th Century‹«, https://www.geschichte.uni-hamburg.de/Iressourcen/fp_empire_rule_and_conflict.pdf (Zugriff 12.01.2023).
- Liu, Lydia H. (1999), *Tokens of Exchange. The Problem of Translation in Global Circulations*, Durham.
- Lorber, Verena (2017), *Angeworben. GastarbeiterInnen in Österreich in den 1960er und 1970er Jahren*, Göttingen.
- Lüthi, Barbara/Skenderovic, Damir (2022), »Flucht, Asyl, Race. Aufschwung eines ›neuen‹ Rassismus?«, in: dos Santos Pinto, Jovita u.a. (Hg.), *Un-/Doing Race. Rassifizierung in der Schweiz*, Zürich, S. 203–223.
- Mbembe, Achille (2005), »La République et l'impensé de la ›race‹«, in: Blanchard, Pascal u.a. (Hg.), *La fracture coloniale. La société française au prisme de l'héritage colonial*, Paris, S. 143–158.
- Meissner, Fran/Heil, Tilmann (2021), »Deromanticising Integration. On the Importance of Convivial Disintegration«, *Migration Studies*, Jg. 9, H. 3, S. 740–758.
- Möhring, Maren (2018), »Jenseits des Integrationsparadigmas? Aktuelle Konzepte und Ansätze in der Migrationsforschung«, *Archiv für Zeitgeschichte*, Jg. 58, S. 305–330.
- Nachum, Iris/Schaefer, Sagi (2018), »The Semantics of Political Integration. Public Debates about the Term ›Expellees‹ in Post-War Western Germany«, *Contemporary European History*, Jg. 27, H. 1, S. 42–58.
- Neumann, Victor (2012), »Peculiarities of the Translation and Adaptation of the Concept of Nation in East-Central Europe. The Hungarian and Romanian Cases in the Nineteenth Century«, *Contributions to the History of Concepts*, Jg. 7, H. 1, S. 72–101.
- Noiriel, Gérard (2007), *Immigration, Antisémitisme et Racisme en France (XIXe–XXe siècle). Discours publics, humiliations privées*, Paris.
- Nowak, Jürgen (2006), *Leitkultur und Parallelgesellschaft. Argumente wider einen deutschen Mythos*, Frankfurt am Main.
- Patel, Kiran Klaus (2020), *Project Europe. A History*, Cambridge.
- Pernau, Margrit (2007), »Gab es eine indische Zivilgesellschaft im 19. Jahrhundert? Überlegungen zum Verhältnis von Globalgeschichte und historischer Semantik«, *Traverse*, Jg. 14, H. 3, S. 51–65.
- (2012), »Whither Conceptual History? From National to Entangled History«, *Contributions to the History of Concepts*, Jg. 7, H. 1, S. 1–11.
- Pernau, Margrit/Sachsenmaier, Dominic (2016), *Global Conceptual History. A Reader*, London.
- Pleinen, Jenny (2012), *Die Migrationsregime Belgiens und der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg*, Göttingen.
- Ponzanesi, Sandra (2003), »Diasporic Subjects and Migration«, in: Griffin, Gabriele/Braidotti, Rosi (Hg.), *Thinking Differently. A Reader in European Women's Studies*, London, S. 205–220.
- Pott, Andreas (2002), »Räumliche Differenzierungen und der Bildungsaufstieg in der zweiten Migrantengeneration«, in: Löw, Martina (Hg.), *Differenzierungen des Städtischen*, Opladen, S. 87–105.

- Rauer, Valentin (2009), »Identität, Integration und Hybridität. Migrationspolitische Diskurse türkischer Dachverbände in Deutschland«, *Exilforschung*, Jg. 10, S. 145–163.
- Reinecke, Christiane (2021), *Die Ungleichheit der Städte. Urbane Problemzonen im postkolonialen Frankreich und der Bundesrepublik*, Göttingen.
- (2024), »Desintegration als urbanes Script. Die Soziologisierung der Stadtpolitik und die transnationale Karriere des ›Ausländeranteils‹«, in: Lange, Jan/Liebig, Manuel/Räuchle, Charlotte (Hg.), *Lokale Wissensregime der Migration. Akteur*innen, Praxen, Ordnungen*, Wiesbaden.
- Reinprecht, Christoph/Weiss, Hilde (2012), »Migration und Integration. Soziologische Perspektiven und Erklärungsansätze«, in: Fassmann, Heinz/Dahlvik, Julia (Hg.), *Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven. Ein Reader*, Göttingen, S. 13–33.
- Rheindorf, Markus (2018), »Integration durch Strafe? ›Integrationsunwilligkeit‹ im politischen Diskurs. Vom späten Erfolg eines umstrittenen Begriffes«, in: Schellenbacher, Jennifer Carvill u.a. (Hg.), *Migration und Integration – wissenschaftliche Perspektiven aus Österreich. Jahrbuch 4/2018*, Göttingen, S. 315–344.
- Sackmann, Rosemarie (2000), »Kollektive Identität, Assimilation und Integration«, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-67198-5> (Zugriff 13.01.2023).
- Sarasin, Philipp, »#Integration war nie. Über ein irreführendes Konzept«, in: *Geschichte der Gegenwart*, 03.04.2016, <https://geschichtedergegenwart.ch/integration-war-nie/> (Zugriff 12.01.2023).
- Sayad, Abdelmalek (2004), *The Suffering of the Immigrant*, Cambridge.
- Schiffauer, Werner (2008), *Parallelgesellschaften: Wie viel Wertekonsens braucht unsere Gesellschaft? Für eine kluge Politik der Differenz*, Bielefeld.
- Schinkel, Willem (2018), »Against ›Immigrant Integration‹. For an End to Neocolonial Knowledge Production«, in: *Comparative Migration Studies*, Jg. 6, 25.09.2018, <https://comparativemigrationstudies.springeropen.com/articles/10.1186/s40878-018-0095-1> (Zugriff 12.01.2023).
- Schneider, Jan/Yemane, Ruta (2014), »Ethnische Diskriminierung – Störfaktor im Integrationsprozess«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 64, H. 13–14, S. 15–21.
- Schwartz, Michael (2008), »Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR und der Bundesrepublik«, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 56, H. 1, S. 101–151.
- Schwarz, Tobias (2011), »Bei dauerhafter Verweigerung der Integration...‹ Der Integrationsbegriff in deutschen Ausweisungsdebatten«, *Sociologia Internationalis*, Jg. 49, H. 1, S. 53–68.
- Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Demokratie (1985) (Hg.), *Asylpolitik in der Bewährungsprobe. SAD-Arbeitstagung, 4. Mai 1985*, Zürich.
- Skenderovic, Damir/D'Amato, Gianni (2008), *Mit dem Fremden politisieren. Rechtspopulistische Parteien und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren*, Zürich.
- Sochin D'Elia, Martina (2012), *Man hat es doch hier mit Menschen zu tun!«. Liechtensteins Umgang mit Fremden seit 1945*, Zürich.
- Spicka, Mark E. (2019), »Guest Workers, Social Order, and West German Municipalities, 1960–7«, *Journal of Contemporary History*, Jg. 54, H. 3, S. 619–639.
- Steinmetz, Willibald u.a. (2017), *Conceptual History in the European Space*, New York.
- Terkessidis, Mark (1995), *Kulturkampf – Volk, Nation, der Westen und die Neue Rechte*, Köln.

- Tezcan, Levent (2011), »Spielarten der Kulturalisierung«, *Zeitschrift für Kulturphilosophie*, H. 5, S. 357–376.
- Tibi, Bassam (1998), *Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft*, München.
- Trede, Oliver (2015), *Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration. Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik und in Großbritannien in den 1960er und 70er Jahren*, Paderborn.
- Tsianos, Vassilis S./Karakayali, Juliane (2014), »Rassismus und Repräsentationspolitik in der postmigrantischen Gesellschaft«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 64, H. 13–14, S. 33–39.
- Weil, Patrick (2004), *La France et ses étrangers. L'aventure d'une politique de l'immigration de 1938 à nos jours*, Paris.
- Wieviorka, Michel (1999), »Le multiculturalisme. Solution, ou formulation d'un problème«, in: Dewitte, Philippe (Hg.), *Immigration et intégration. L'état des savoirs*, Paris, S. 418–426.
- Wille, Manfred (1998), *Die verordnete Einbürgerung von 4 Millionen Vertriebenen in die Gesellschaft der SBZ/DDR – ein zentrales Dokument zur »Umsiedlerpolitik« der SED in den ersten fünf Nachkriegsjahren*, Magdeburg.
- Yıldız, Erol (2013), »Postmigrantische Verortungspraktiken. Ethnische Mythen irritieren«, in: Mecheril, Paul u.a. (Hg.), *Migrationsforschung als Kritik? Spielräume kritischer Migrationsforschung*, Wiesbaden, S. 139–153.
- (2022), »Postmigrantisch«, in: Bartels, Inken u.a. (Hg.), *Inventar der Migrationsbegriffe*, 20.01.2022, <https://www.migrationsbegriffe.de/postmigrantisch> (Zugriff 12.01.2023).
- Yıldız, Erol/Hill, Marc (2015), »Einleitung«, in: Dies. (Hg.), *Nach der Migration. Postmigrantische Perspektiven jenseits der Parallelgesellschaft*, Bielefeld, S. 9–16.

Politische Karriere und Bedeutung eines Konzepts: *cohésion sociale* in Frankreich

Therese Mager

Abstract

Um zu verstehen, was sozialer Zusammenhalt bedeutet und worauf der Erfolg des Begriffs in politischen Kreisen auf der ganzen Welt hindeutet, muss man seinen Weg in verschiedenen nationalen und transnationalen Kontexten betrachten. Zu diesem Zweck wird in diesem Kapitel das politische Leben der *cohésion sociale* im nationalen französischen Umfeld skizziert. Dieses Kapitel beginnt mit einem historischen Überblick über die Einbindung des Begriffs in die Politik und gibt dann eine Übersicht über die Forschung zur Verbreitung des Begriffs in Frankreich. Schließlich werden seine Verwendung und offensichtliche Bedeutung im politischen Diskurs anhand einer Analyse von Reden französischer Präsidenten untersucht. Diese Analyse, verbunden mit einer Diskussion über den politischen und sozioökonomischen Kontext der Jahrtausendwende in Frankreich, führt zu mehreren Beobachtungen: Erstens, dass das Aufkommen des Begriffs einen Wandel im Verständnis der nationalen Regierung vom Wohlfahrtsstaat und der Verteilung von Wohlfahrt bedeutet; zweitens spielte die Beschwörung des sozialen Zusammenhalts eine performative Rolle für französische Politiker:innen, die versuchten, das Soziale und die drohende Desintegration »heraufzubeschwören«, während sie unpopuläre Reformen durchführten; und drittens, dass sich die Verwendung des Begriffs im Laufe der Zeit verändert hat, um die sich wandelnde Besorgnis darüber widerzuspiegeln, wer angesichts der durch die Globalisierungsprozesse hervorgerufenen wirtschaftlichen Veränderungen Gefahr läuft, »zurückgelassen« zu werden.

Keywords: *cohésion sociale*; Wohlfahrtsstaat; Solidarität; Globalisierung; Jacques Chirac

Im September 1999 wurde der französische Premierminister Lionel Jospin in einem Fernsehinterview zu den bevorstehenden Entlassungen bei dem französischen Reifenhersteller Michelin befragt. Trotz anhaltender Gewinne hatte das Unternehmen aufgrund des globalen Wettbewerbs einen Umstrukturierungsplan angekündigt, der Tausende Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit führen würde. Hätte die Regierung (die damals von dem linken Jospin und dem rechten Präsidenten Jacques Chirac in »Cohabitation« geführt wurde), so die Frage des Interviewenden, im Namen der Fabrikarbeitenden handeln können? Jospin zögerte einen Moment: Die Arbeitenden und ihre Gewerkschaften könnten auf die Straße gehen, schlug er vor. Es gebe immer die Möglichkeit der Mobilisierung. Dann fuhr er fort:

Man darf nicht alles vom Staat erwarten. [...] Ich glaube nicht, dass man die Wirtschaft jetzt noch steuern kann. [...] die Wirtschaft lässt sich nicht durch Gesetze und Texte regulieren, auch wenn die Wirtschaft reguliert werden muss. [...] Jeder akzeptiert die Marktwirtschaft.¹

Dieser berühmte Moment im heutigen Frankreich, der oft als »L'État ne peut pas tout«² (»Der Staat kann nicht alles«) paraphrasiert wird, symbolisiert den Wandel, der kurz vor der Wende zum 21. Jahrhundert in führenden Kreisen der linken und rechten Politik stattfand. Die »guten alten Zeiten« der Wachstumsperiode in der Nachkriegszeit waren längst vorbei und die führenden Politiker:innen strebten eine Abwendung von einem stark interventionistischen, staatszentrierten Modell hin zu einem System leichter wirtschaftlicher Regulierung, in Verbindung mit staatlicher Aufsicht, an. In diesem Kontext des Paradigmenwechsels und der zunehmenden globalen Vernetzung rückte *cohésion sociale*, der »soziale Zusammenhalt«, in den Mittelpunkt der französischen Politik.³ In der Erkenntnis, dass er nicht *alles* tun könne, versuchte der französische Staat in den folgenden Jahren, ein gewisses Maß an sozialer und wirtschaftlicher Integration für diejenigen zu gewährleisten, die Gefahr liefen, »zurückgelassen« zu werden. Diese sich wandelnde Vorstellung von der Rolle des Wohlfahrtsstaates spiegelte deutlich wider, wie der Begriff *cohésion sociale* hauptsächlich verwendet wurde.

Mit dem Ziel, eine Sichtweise für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der deutschen Öffentlichkeit zu bieten, und in Anlehnung an Constanze Blums Bei-

1 »Il ne faut pas tout attendre de l'Etat. [...] Je ne crois pas qu'on puisse administrer désormais l'économie. [...] ce n'est pas par la loi, les textes, qu'on régule l'économie, même si l'économie a besoin d'être régulée. [...] Tout le monde admet le marché.« Jospin, Interview de M. Lionel Jospin, Premier ministre, avec France 2 le 13 septembre 1999.

2 Obwohl dieser Satz in zahlreichen journalistischen und akademischen Artikeln Jospin zugeschrieben wird, hat er die genauen Worte wahrscheinlich nie verwendet; vielmehr suggerierte die zeitgenössische Medienberichterstattung, dass sie unterschwellig gemeint waren.

3 Guibert Lafaye/Kieffer, »Interprétations de la cohésion sociale«, S. 196.

trag zu diesem Band über den sozialen Zusammenhalt im südlichen Raum des afrikanischen Kontinents, wird in diesem Kapitel die politische Karriere des Begriffs *cohésion sociale* in Frankreich nachgezeichnet. Das Kapitel beginnt mit dem historischen Kontext der Verbreitung des Begriffs in der Politik und in den Institutionen, um anschließend einen Überblick über die Forschung zur Prävalenz des Begriffs in Frankreich zu geben. Schließlich wird es sich anhand der Analyse von Präsidentenreden mit der Verwendung und der offensichtlichen Bedeutung des Begriffs *cohésion sociale* im französischen politischen Diskurs befassen. Diese Analyse, verbunden mit einer Erörterung des politischen und sozioökonomischen Kontextes der Jahrhundertwende in Frankreich, wird zu mehreren Beobachtungen führen: Erstens, dass das Aufkommen des Begriffs auf ein verändertes Verständnis des Wohlfahrtsstaates und der Wohlfahrtsverteilung durch die Regierung hindeutet (wie oben angedeutet); zweitens, dass die Beschwörung der *cohésion sociale* eine performative Rolle für französische Politiker:innen gespielt hat, die versuchten, das Soziale und die Gefahr des sozialen Zerfalls zu »beschwören«, während sie unpopuläre Reformen durchsetzten; und drittens, dass sich die Verwendung des Begriffs im Laufe der Zeit weiterentwickelt hat, um die sich wandelnde Besorgnis hinsichtlich der Menschen widerzuspiegeln, die angesichts der durch die Globalisierungsprozesse ausgelösten ökonomischen Veränderungen »zurückgelassen« werden könnten.

Auch wenn der Begriff des sozialen Zusammenhalts (*cohésion sociale*) seinen Ursprung in der Doktorarbeit des französischen Soziologen Emile Durkheim, *De la division du travail social: Étude sur l'organisation des sociétés supérieures* (1893)⁴ hat, wird dieses Kapitel nicht in Durkheims Zeit, in der Mitte der zweiten industriellen Revolution, ansetzen. Stattdessen befasst es sich mit dem späten 20. Jahrhundert, als französische Politiker:innen des gesamten politischen Spektrums darum kämpften, die einbrechende französische Wirtschaft anzukurbeln und gleichzeitig eine Politik der stärkeren globalen Vernetzung zu verfolgen.

1. Aufstieg (und Niedergang) der *cohésion sociale* im französischen politischen Kontext: Ein kurzer historischer Abriss

In der Forschung zur Geschichte der *cohésion sociale* wird häufig darauf hingewiesen, dass das Konzept von internationalen Organisationen und der Europäi-

⁴ *Über soziale Arbeitsteilung: Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*. Aus dem Französischen von Ludwig Schmidts. Mit einem Nachwort von Hans-Peter Müller und Michael Schmid. Mit einer Einleitung von Niklas Luhmann, Frankfurt am Main 1992.

schen Union auf die französische Politik übergesprungen ist,⁵ was zum Teil auch stimmt. Die französische Politik erlebte zu Beginn der 2000er Jahre einen Aufschwung in der Popularität des Begriffs, der von zahlreichen internationalen und regionalen Organisationen aufgegriffen wurde. Nichtsdestoweniger tauchte der Begriff *cohésion sociale* in Frankreich bereits in den vorangegangenen Jahrzehnten auf, beginnend mit dem Ende der *Trente glorieuses* (»Die Dreißig Glorreichen«, die Zeit der wirtschaftlichen Expansion zwischen 1945 und 1973). Angesichts der ersten Anzeichen einer Arbeitslosigkeit, die zu einem dauerhaften Merkmal der Wirtschaft werden sollte, sprach der künftige Präsident Valéry Giscard d'Estaing bereits 1974 im Rahmen seiner Kampagne für die Präsidentschaftswahlen vom sozialen Zusammenhalt (*cohésion sociale*).

Der Zentrist Giscard, der sowohl den Klassenkampf als auch den Laissez-faire-Ansatz ablehnte (wohl um seinen Gegenkandidaten von der Sozialistischen Partei, François Mitterrand, zu schwächen), verstand *cohésion sociale* offensichtlich als Weg zu einer stärker egalitären Gesellschaft und schlug ein »Minimum an Ressourcen« für alle französischen Bürger und Bürgerinnen vor.⁶ Nach seiner Wahl forderte er einen »verstärkten« sozialen Zusammenhalt parallel zum Wirtschaftswachstum, trotz einer »schweren Krise«, die mit »Sorgen und Zweifeln« einherging;⁷ in Frankreichs Streben nach Wachstum sei es notwendig, »kein[en] Teil der Bevölkerung am Rande des Fortschritts stehen zu lassen«.⁸ Giscard's Beschwörungen der *cohésion sociale* sind zwar selten, weisen aber erstaunliche Parallelen zur Verwendung des Begriffs Jahrzehnte später auf.

Ein weiterer signifikanter Einzug von *cohésion sociale* in die französische Politik erfolgte 1986, als sich der damalige Präsident François Mitterrand auf einer Wahlkampfveranstaltung zu den Parlamentswahlen im nordfranzösischen Lille zum »Garanten des sozialen Zusammenhalts« erklärte und an die zahlreichen Sozialreformen der Sozialistischen Partei erinnerte. Dies könnte ein Versuch gewesen sein, seine anhaltende Bedeutung für die Wählerschaft zu demonstrieren: Mitterrand sah sich mit der Gefahr konfrontiert, die Kontrolle über die Nationalversammlung an die gegnerische gaullistische Partei zu verlieren – ein beispielloses Szenario in der Fünften Republik – und profilierte sich daher als moralische und soziale Führungspersönlichkeit (die nicht aus dem Amt entfernt werden sollte).⁹

⁵ Dobbernack, *The Politics of Social Cohesion*, S. 5.

⁶ »M. Valéry Giscard d'Estaing à la télévision, ›Instituer un minimum de ressources garanties pour tous les Français.‹« Mit »Minimum an Ressourcen« forderte Giscard in Wirklichkeit ein universelles Grundeinkommen, das bestimmte soziale Hilfsprogramme ersetzen sollte. Seine Regierung hat diese Idee nach der Wahl schnell ad acta gelegt.

⁷ Giscard d'Estaing, »Allocution à l'occasion du voyage en Alsace«.

⁸ Giscard d'Estaing, »Allocution sur l'Assemblée territoriale«.

⁹ David, »Le Président de la République, garant de la cohésion sociale«, S. 533.

Seine vage Verwendung des Begriffs *cohésion sociale* deutete auf soziale Gerechtigkeit und ein umfassenderes System der sozialen Solidarität hin,¹⁰ verweist aber zweifellos auch auf seine Mitwirkung an der Einheitlichen Europäischen Akte, die den Vertrag von Rom revidierte und nur wenige Wochen später von den Staats- und Regierungschefs des Europäischen Wirtschaftsraums unterzeichnet wurde. Neben zahlreichen anderen Bestimmungen, mit denen die Grundlagen für einen europäischen Binnenmarkt geschaffen und eine »harmonische Entwicklung« gefördert werden sollten, wurde mit der Einheitlichen Europäischen Akte der Vertrag dahingehend geändert, dass er eine Verpflichtung zur Stärkung des »wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts« enthielt, mit dem besonderen Ziel, die Ungleichheiten zwischen den Regionen zu verringern (Artikel 158).¹¹

Parallel zum wachsenden Interesse am sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union, der OECD¹² und dem Commissariat général du Plan (welches die französische Regierung in Fragen der Wirtschaftsstrategie berät¹³) blühte die Verwendung des Begriffs im Diskurs und in der Politik unter dem Nachfolger Mitterrands, dem Mitte-Rechts-Präsidenten Jacques Chirac (im Amt von 1995 bis 2007) auf. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern verwendete Chirac während seiner Präsidentschaftskampagne 1995 den Begriff opportunistisch und brachte *cohésion sociale* mit *fracture sociale*, »soziale Spaltung«, in Verbindung, um ein diffuses Gefühl des Niedergangs nach Jahren linker Politik und für die Notwendigkeit einer fürsorglichen Führung, die die Franzosen vereinen kann, zu vermitteln. Inspiriert von einem Memorandum des Historikers Emmanuel Todd, in dem es heißt, die nationalen Eliten hätten die Arbeiterklasse vergessen,¹⁴ übernahm Chirac eine eher populistische Rhetorik und zeigte sich gleichzeitig um das soziale Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger bemüht. Dies geht aus seiner Broschüre zur Präsidentschaftskandidatur hervor:

Wenn man den Franzosen seit Jahren zuhört und ihnen nahesteht, merkt man, dass die Dinge in unserem Land schlecht laufen. Mit der steigenden Arbeitslosigkeit, der zunehmenden Ungleichheit und der wachsenden Kluft zwischen dem Volk und seiner Führung ist der soziale Zu-

10 Mitterrand, »Discours sur le bilan en matière de justice sociale«.

11 »Consolidated Version of the Treaty Establishing the European Community«, S. 250. Über die Einheitliche Europäische Akte hinaus und insbesondere unter dem Einfluss des ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission Jacques Delors war der »wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt« ein wiederkehrendes Merkmal verschiedener EU-Vereinbarungen und Diskussionen in den 1990er und 2000er Jahren, wobei der Schwerpunkt besonders auf der Verringerung der wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen den Regionen in der EU lag. Siehe Dobbernack, *The Politics of Social Cohesion*, S. 5.

12 Siehe beispielsweise *Cohésion sociale et mondialisation de l'économie*.

13 Siehe Fragonard, »Cohésion sociale et prévention de l'exclusion«; Delevoye, »Cohésion sociale et territoires«.

14 Todd, »Aux origines du malaise politique français«.

sammenhalt zerbrochen. Es ist das republikanische Ideal, das aus den Augen verloren wurde. Ich akzeptiere das nicht.¹⁵

In diesem Fall nutzte Chirac die Mehrdeutigkeit des Begriffs *cohésion sociale* geschickt aus. Ging es um die Bekämpfung der wirtschaftlichen Ausgrenzung, oder ging es um etwas Moralisches, um eine abstrakte Vorstellung von gesellschaftlicher Solidarität? Bekämpfte er die soziale Marginalisierung im Sinne von extremer Armut oder reagierte er auf ein allgemeines Gefühl der Deklassierung in der Arbeiterklasse? Es war auch zum Teil dieser verschwommenen Rhetorik zu verdanken, die das Terrain der Linken besetzte, ohne konkrete Verpflichtungen einzugehen, dass Chirac die Wahlen gegen den linken Gegenkandidaten Lionel Jospin gewann.¹⁶

Obwohl Chirac bei seiner Wahl scheinbar soziale Sicherheit versprach, wurde ihm schnell bewusst, dass die Verpflichtung Frankreichs, der Europäischen Währungsunion beizutreten, seine Regierung zwingen würde, verschiedene Sparmaßnahmen zu ergreifen. Die Pläne für ein »Gesetz über den sozialen Zusammenhalt«, das diejenigen absichern sollte, die durch die Maschen des französischen Wohlfahrtsstaates gefallen waren, wurden angesichts der massiven öffentlichen Gegenreaktionen auf die Rentenreform seiner Regierung zurückgestellt. In der Hoffnung, aus der daraus resultierenden politischen Sackgasse herauszukommen, löste Chirac die Nationalversammlung auf und ließ 1997 vorgezogene Neuwahlen abhalten. Zu seinem Leidwesen endeten diese mit einem Sieg der Sozialistischen Partei.

Der politische Gegner Jospin führte nun als Premierminister die Regierung in »Cohabitation« mit dem rechtsgerichteten Präsidenten Chirac. Als neuer Regierungschef formulierte Jospin das frühere »Gesetz über den sozialen Zusammenhalt« um in »Rahmengesetz gegen Ausgrenzung«, wobei er den Begriff *cohésion sociale* zugunsten eines im Sprachgebrauch der Linken vertrauteren Vokabulars aufgab. Das im Jahr 1998 verabschiedete Gesetz legte den Grundstein für neue soziale Mindestsicherungen wie die allgemeine Krankenversicherung (*couverture maladie universelle*), die im Jahr 2000 für Einwohner:innen ohne Krankenversicherung geschaffen wurde.¹⁷

15 »Quand on écoute les Français depuis des années et qu'on est proche d'eux, on se rend compte que les choses vont mal dans notre pays. Avec la progression du chômage, le renforcement des inégalités, le fossé qui se creuse entre le peuple et ses dirigeants, c'est la cohésion sociale qui s'est brisée. C'est l'idéal républicain qui a été perdu de vue. Je ne l'accepte pas.« Chirac, »La France Pour Tous (profession de foi)«, S. 2.

16 Dobbernack, *The Politics of Social Cohesion*, S. 68–70.

17 Ebd., S. 82–85.

Nach seiner Wiederwahl im Jahr 2002 und dem Ende der *cohabitation* rückte Chirac die *cohésion sociale* wieder in den Vordergrund und schuf das Ministerium für Arbeit, sozialen Zusammenhalt und Wohnungswesen unter der Leitung des ehemaligen Juristen Jean-Louis Borloo. (Dies geschah vor dem Hintergrund des Strategiegipfels des Europäischen Rates 2000 in Lissabon, auf dem der Rat den »sozialen Zusammenhalt« als einen zentralen Pfeiler seiner Wirtschaftsstrategie bezeichnete – neben der »leistungsfähigsten wissensbasierten Wirtschaft der Welt« und dem »nachhaltigen Wachstum«).¹⁸ Im Einklang mit Chiracs Neuausrichtung auf Arbeitslose, arme Stadtbewohner:innen und marginalisierte Bewohner:innen der verschiedenen Banlieues (in denen viele einen Migrationshintergrund haben) setzte Borloo im Jahr 2003 ein Rahmengesetz für die Stadterneuerung und 2005 einen »Plan für den sozialen Zusammenhalt« um. Letzterer konzentrierte sich auf Chancengleichheit in den benachteiligten Vierteln, unterschied sich aber von früheren Maßnahmen dieser Art, indem er »aktivierende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen« einführte, die darauf abzielten, die Zielgruppen für ihren eigenen wirtschaftlichen Fortschritt zu »ertüchtigen« oder ihnen (nach dem französischen *responsabiliser*) ein Gefühl der Verantwortung zu vermitteln.¹⁹ Zu dieser Zeit gab es überaus viele Diskussionen und Berichte über den sozialen Zusammenhalt; im Allgemeinen nahm *cohésion sociale* die Bedeutung von Chancengleichheit und Zugang zu Ressourcen an, auch wenn diese Definition, wie sich zeigen wird, nicht in Stein gemeißelt war.

Zwischen den Jahren 2000 und etwa 2012 übernahmen verschiedene nationale Ministerien »cohésion sociale« als Teil ihres Namens. Interessanterweise hat das Ressort »Zusammenhalt« häufig das Ministerium gewechselt. Abwechselnd unter der Verantwortung des Arbeitsministers, des Solidaritätsministers, des Gesundheitsministers und anderer, hat das Ressort »sozialer Zusammenhalt« ständig neue und andere Dimensionen der Sozial- und Wirtschaftspolitik angenommen, was das Nachvollziehen seines institutionellen Weges erschwert.

Die Direction générale pour la cohésion sociale (»Generaldirektion für den sozialen Zusammenhalt«, DGCS), eine ressortübergreifende interministerielle Behörde, die für viele Fragen des sozialen Zusammenhalts zuständig ist, wurde 2010 gegründet und ist bis heute aktiv. Mit ihrem Anspruch auf »bereichsübergreifende« politische Anliegen wird die DGCS derzeit von einer Vielzahl von Ministerien und Sekretariaten verwaltet, darunter das Arbeitsministerium, das Ministerium für Menschen mit Behinderungen, das Ministerium für Solidarität und das Ministerium für Chancengleichheit und Gleichstellung.²⁰ Sie gibt unter anderem

18 »Lisbon European Council«.

19 Dobbernack, *The Politics of Social Cohesion*, S. 90.

20 »Organisation de la direction générale de la cohésion sociale«.

Forschungsarbeiten in Auftrag und berät die Regierung in Fragen der »Solidarität, der sozialen Entwicklung und der Förderung der Gleichheit, die den sozialen Zusammenhalt stärkt«. ²¹ Darüber hinaus werden Fragen des sozialen Zusammenhalts zwischen den Regionen vom Ministerium für ökologischen Wandel und territorialen Zusammenhalt (Ministère de la transition écologique) verwaltet, das sich mit dem Zugang zu Dienstleistungen und Ressourcen in allen Territorien befasst.

Trotz dieser Institutionalisierung und obwohl der Begriff *cohésion sociale* weiterhin in Regierungsreden und politischen Maßnahmen auf allen Ebenen auftaucht, ist er in Frankreich etwas in Vergessenheit geraten, nachdem er kurz nach der Jahrtausendwende seine Blütezeit erlebt hatte. Mehrere Einrichtungen haben den Begriff in den letzten Jahren aus ihrem Namen gestrichen, ²² was darauf hindeutet, dass die derzeitige Regierung unter Emmanuel Macrons vertikaler Führung dem Konzept weniger zugetan ist als frühere Regierungen. In der Zwischenzeit veränderte die heutige Regierung den Modus der Vergabe von Sozialleistungen und das soziale Sicherheitsnetz weiter – oder strebte dies an, trotz der durch die Covid-19-Pandemie verursachten Unterbrechung ihrer Reformpläne. In diesem Zusammenhang beauftragte Präsident Macron Chiracs ehemaligen Minister Borloo Ende 2017 mit der Ausarbeitung eines weiteren »Plans zur Erneuerung der Stadtviertel« für die Banlieues, nur um Borloos sorgfältig erstellten Bericht sechs Monate später zu verwerfen. Mit der Begründung, die Banlieues bräuchten »keinen x-ten Marshall-Plan«, befand Macron offenbar, dass die Vorschläge des Berichts »nicht umwälzend genug« seien, und deutete an, dass er sie nur als Inspirationsquelle haben wollte. ²³ Welche Art von politischen Orientierungen suchte der Präsident? Auf diese Frage wird am Ende dieses Kapitels zurückgekommen.

2. Stand der Forschung: Akademische Antworten auf *cohésion sociale*

Wie die Geschichte der Politik und des Diskurses über *cohésion sociale* nahelegt, wurde der Begriff meist angewandt, um den *Zugang zu Ressourcen, Dienstleistungen und wirtschaftlichen Möglichkeiten* für Menschen zu bezeichnen, die im Zuge des sozialen und wirtschaftlichen Wandels von Ausgrenzung bedroht sind. Trotz zeitlicher Variationen scheint diese praktische Definition – die im Grunde die An-

²¹ »Décret n° 2010–95 du 25 janvier 2010«.

²² So wurden beispielsweise die Regional- und Departementsdirektionen für Jugend, Sport und sozialen Zusammenhalt Anfang 2021 zu regionalen akademischen Delegationen für Jugend, Engagement und Sport. Siehe »Portail national des délégations régionales académiques à la jeunesse«.

²³ Couvelaire, »Macron, Borloo et les banlieues: histoire d'un revirement«.

sichten des ehemaligen Präsidenten Giscard vor fast 50 Jahren widerspiegelt – der rote Faden zu sein. Über die Auswirkungen der *cohésion sociale* lässt sich noch viel diskutieren, und die dynamische französische Fachwelt (unter anderem) hat sich natürlich nicht die Gelegenheit entgehen lassen, zu diesem Thema Stellung zu beziehen.

Seit Ende der 1990er Jahre haben viele Wissenschaftler:innen die Verbreitung des Begriffs mit Skepsis betrachtet und behauptet, es handle sich dabei eher um einen Wandel im Verständnis von Wohlfahrtsstaat und Sozialhilfeleistungen als um einen bloßen Trend im politischen Jargon. Der Sozialhistoriker Jacques Donzelot, dessen Arbeiten in einem Großteil der Literatur zu diesem Thema zitiert werden, spricht von einem »Symptom des unauffälligen Wandels von einem Denksystem zu einem anderen«, das auf die Umwandlung des »schützenden Staates« zu einem »aktivierenden Staat« verweist.²⁴ Donzelot sieht dennoch Potenzial in diesem Wandel und betont, wie wichtig es seiner Meinung nach ist, von der »Befriedung der Gesellschaft« durch die Gewährung von Sozialhilfe zu ihrer »Mobilisierung angesichts der Herausforderungen des Wettbewerbs, die sich aus der Globalisierung ergeben«, überzugehen.²⁵ Weniger freundlich spricht der Politologe Philippe Warin von einer Entwicklung von einem System der »nationalen Solidarität«, zu dem alle beitragen und von dem alle profitieren, hin zu einem gezielten, an Bedürftigkeitsprüfungen gebundenen sozialen Sicherheitsnetz, parallel zur Privatisierung der Risiken.²⁶ Der Soziologe Jan Dobbernack argumentiert, dass die Hinwendung zur Kohäsion in der französischen Politik »eine Änderung in der Einstellung der ›problematischen‹ Gruppen der Bevölkerung« (insbesondere der Bewohner:innen der ethnisch vielfältigen französischen Banlieues) erfordere, die »zunehmend aufgefordert sind, ›ihre‹ Probleme selbst zu lösen«.²⁷

Kurzum, diese Wissenschaftler:innen verdächtigen die Regierung, das gesellschaftliche Wohlergehen gemäß einer neoliberalen Logik an die einzelnen Bürger:innen auszulagern. Der Soziologe Cyprien Avenel (der für die Regierungsbehörde DGCS schreibt) bestätigt diesen Verdacht, wenn auch weniger feindselig, und erklärt, dass *cohésion sociale* tatsächlich »einen Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik« anzeige, »indem er eine Kompetenzverlagerung von der nationalen auf die lokale Ebene, von der Gesellschaft auf den Einzelnen bewirkt«. Indem sie eine »Empowerment«-Strategie verfolgt (Avenel verwendet explizit das englische Wort; das französische Wort *responsabilisation* klingt weniger positiv), fördert

24 Donzelot, »Refonder la cohésion sociale«, S. 7, 23.

25 Donzelot, »Le social de compétition«, S. 75.

26 Warin, »La cohésion sociale«, S. 248–250.

27 Dobbernack, *The Politics of Social Cohesion*, S. 71–72.

die Politik des sozialen Zusammenhalts »ein stärker präventives Handlungsmodell«. ²⁸ (Weitere Informationen zu dieser Sichtweise finden sich in den Kapiteln von Dirk van Laak und Constanze Blum in diesem Band).

Neben diesen Interpretationen haben sich einige Beobachter:innen die Frage gestellt, ob *cohésion sociale* den seit der Dritten Republik (1870–1940) immer wiederkehrenden Begriff der *solidarité* (Solidarität) im politischen Diskurs ersetzen könne. ²⁹ Forscher:innen haben sich daher besonders für die Semantik des Begriffs interessiert. Welche Assoziationen weckt er (oder verbirgt er)? Erstens suggeriert *cohésion sociale* ein Risiko – das Risiko einer Art sozialen Zerfalls. In einem Beitrag für die DGCS schreibt Avenel, dass der soziale Zusammenhalt seinen Aufstieg der »Diagnose, dass er bedroht ist« verdankt; »er ist die Metapher für eine Welt, die aus den Fugen gerät«. Die Bedrohung besteht ihm zufolge darin, dass »wir es heute mit einem Gesellschaftsmodell zu tun haben, das sich in der Krise befindet – insbesondere desjenigen Modells, das von den Trente glorieuses hinterlassen wurde«. ³⁰ Die Soziologinnen Caroline Guibert Lafaye und Annick Kieffer schließen sich dieser Einschätzung an und stellen fest, dass sich der Diskurs über *cohésion sociale* in einer Zeit entwickelt hat, in der »Angst [herrschte] vor einer Verschlechterung des sozialen Umfelds, allgemeine Instabilität, [und] mangelnde Gewissheit darüber, wie man sich angesichts einer noch nie dagewesenen sozialen Situation verhalten soll«. ³¹ Der Psychologe Jean Furtos vergleicht *cohésion sociale* mit *solidarité* und schreibt, dass *cohésion sociale* die Gefahr des Auseinanderfallens »heraufbeschwört« und als Aufforderung dient, die zersplitterten Teile zusammenzufügen, während *solidarité* einen stabilen (»soliden«) Körper suggeriert. Mit dem Übergang von *solidarité* zu *cohésion sociale* würden die leitenden Organe und Gremien versuchen, die Solidarität mit den Gesetzen des freien Marktes in Einklang zu bringen und sie damit ihrer Bedeutung zu berauben. ³² Darüber hinaus, so der Soziologe Pierre Boisard in einem Bericht für den Conseil de l'emploi, des revenus et de la cohésion sociale (Rat für Beschäftigung, Einkommen und sozialen Zusammenhalt, eine inzwischen aufgelöste Regierungsbehörde), wirft die Verwendung von *cohésion sociale* ein weiteres Problem auf, da sie »die zentrale

28 Avenel, »La ›cohésion sociale‹ : de quoi parle-t-on?«, S. 135.

29 Siehe z. B. Avenel, »La ›cohésion sociale‹«, S. 124; Warin, »La cohésion sociale«, S. 239. Trotz dieser Vermutung hat die Verwendung des Wortes *solidarité* in den letzten Jahrzehnten die des Wortes *cohésion sociale* bei weitem übertroffen. Dieser Unterschied lässt sich mit Hilfe des lexikometrischen Analyseinstruments Gallicagram, das von Benjamin Azoulay und Benoît de Courson entwickelt wurde, veranschaulichen (<https://shiny.ens-paris-saclay.fr/app/gallicagram>). Man kann diese Diskrepanz auch sehen, indem man die Begriffe in der öffentlichen Sprachdatenbank Vie Publique der französischen Regierung verfolgt (<https://www.vie-publique.fr/collection-discours-publics>).

30 Avenel, »La ›cohésion sociale‹ : de quoi parle-t-on?«, S. 127.

31 Guibert Lafaye/Kieffer, »Interprétations de la cohésion sociale«, S. 196.

32 Furtos, »Solidarité ou cohésion sociale«, S. 23–24.

Frage des Konflikts und seiner Bewältigung verschleiert«. ³³ Avenel stimmt dem zu und merkt an, dass der Begriff implizit eine »befriedete, harmonische Gesellschaft ohne Ecken und Kanten und ohne Konflikte« ³⁴ heraufbeschwören könne – ein Ideal, das unmöglich zu erreichen sei.

Diese Unzulänglichkeiten könnten laut Avenel durch die beeindruckende Entstehungsgeschichte des Begriffs wettgemacht werden. Emile Durkheim erfand den Begriff *cohésion sociale* schließlich inmitten eines »neuen Sogs des modernen Lebens« und versuchte zu verstehen, wie sich die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umwälzungen des späten 19. Jahrhunderts auf soziale Bindungen auswirken würden. ³⁵ Eine solche historische Parallele sollte für Gesellschaften, die sich heute einer neuen Ära tiefgreifender Veränderungen aufgrund von Globalisierungsprozessen gegenübersehen, ermutigend sein. Dobbernack verneint dies und weist darauf hin, dass Durkheim den Begriff nicht so verstanden hat, wie er heute in politischen Kreisen angewendet wird, und dass er zum Zeitpunkt seiner Niederschrift, andere Vorstellungen im Kopf hatte; insbesondere (so Dobbernack) glaubte Durkheim, dass der Individualismus der modernen Gesellschaft nicht das Ende der Solidarität sei, sondern vielmehr Möglichkeiten biete, die »organische Solidarität« in heterogenen Gesellschaften fortzusetzen. ³⁶ Donzelot unterstützt diese Einschätzung in weiten Teilen und weist darauf hin, dass die Umstände zu Durkheims Zeiten (gesellschaftliche Interdependenz durch Arbeitsteilung, Smithscher Kapitalismus usw.) sich von denen des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts völlig unterschieden. Er folgert, dass die Durkheimschen Ursprünge der *cohésion sociale* regelmäßig als Mittel zur »Legitimierung« der Verwendung des Begriffs genannt werden. ³⁷

Boisard, der im Rahmen eines von der Regierung geförderten Kolloquiums über den sozialen Zusammenhalt schreibt, bemängelt ebenfalls das Durkheimische Argument und verweist auf den Zusammenbruch und die Umstrukturierung der sozialen Klassen (insbesondere der Arbeiterklasse), die die sozioökonomische Landschaft im späten 20. Jahrhundert verändert habe. ³⁸ In einem zweiten akademischen Aufsatz schreibt er, dass die radikalen Veränderungen des globalen kapitalistischen Systems, zusammen mit der beruflichen Prekarität und der

³³ Boisard, »La cohésion sociale : Séminaire 2007«, S. 6.

³⁴ Avenel, »La «cohésion sociale» : de quoi parle-t-on?«, S. 128.

³⁵ Ebd., S. 128.

³⁶ Dobbernack, *The Politics of Social Cohesion*, S. 11–12. In diesem Zusammenhang erläutert Dobbernack (S. 13) auch die Bedeutung der »organischen Solidarität« im Gegensatz zu ihrem Gegenstück, der »mechanischen Solidarität«: »Organische Solidarität ist Integration [oder gesellschaftliches Miteinander] durch Differenz, mechanische Solidarität ist dagegen Integration aufgrund von Ähnlichkeit«.

³⁷ Donzelot, »Refonder la cohésion sociale«, S. 11, 7.

³⁸ Boisard, »La cohésion sociale : Séminaire 2007«, S. 6.

Konkurrenz unter den Arbeitnehmer:innen, das soziale »Gefühl der gegenseitigen Abhängigkeit« untergraben haben.³⁹

Nahezu jede Analyse von *cohésion sociale* im politischen Diskurs stellt fest, dass der Begriff oft zitiert, aber selten definiert wird. Artikel, die mit dem Ziel geschrieben wurden, die Politik zu informieren, wagen eine Definition; der Rest übt Kritik. In dem Versuch, eine umfassende Definition für die in der Politik tätigen Kollegen anzubieten, schreibt Boisard:

Nach allgemeinem Verständnis besteht *cohésion sociale* aus drei Komponenten: Gleichheit, soziale Bindungen und Einigkeit. Sie beschreibt einen sozialen Zustand, in dem die Unterschiede zwischen Individuen und sozialen Gruppen verringert oder zumindest hinnehmbar sind und in dem die Individuen in Beziehungen der Zugehörigkeit eingebunden sind, die ihnen das Gefühl geben, vollwertige Mitglieder einer einzigen befriedeten Gemeinschaft zu sein.⁴⁰

Von den einzelnen Aspekten des Begriffs, so Boisard, haben sich die Europäische Union und die französische Regierung vor allem auf die Verringerung der Ungleichheiten konzentriert.⁴¹ Furtos plädiert hingegen dafür, den Begriff aufzugeben, und stellt hinsichtlich seiner Verwendung Folgendes fest: »*Cohésion sociale*« ist ein hehrer Begriff, der trivialisiert werden kann und zu einem »Sammelbegriff« wird, in den man hineinpackt, was man will [...].«⁴²

Unter Berücksichtigung dieser Perspektiven wird im nachfolgenden Abschnitt versucht, durch eine methodische Analyse der Reden der französischen Präsidenten einen Beitrag zum Stand der Forschung zu leisten in der Hoffnung, Stabilität oder Entwicklung der Bedeutung des Begriffs *cohésion sociale* zu erkennen.

3. Welche Art Kohäsion, unter welchen Umständen und für wen?

Zahlreiche Wissenschaftler:innen haben versucht zu verstehen, was das Aufkommen der *cohésion sociale* im französischen politischen Diskurs für die Konzeption des Wohlfahrtsstaates seitens der Regierung und für ihre Politik bedeuten könnte. Diese Analysen beruhen jedoch häufig auf pauschalen Beobachtungen und der

39 Boisard, »La cohésion sociale à l'ère de la mondialisation«, S. 4.

40 »Implicitement, dans son acception courante, la cohésion sociale comporte trois composantes: l'égalité, le lien social et l'unité. Elle qualifie un état social dans lequel les écarts entre les individus et les groupes sociaux seraient réduits ou du moins acceptables et où les individus seraient insérés dans des liens d'appartenance leur donnant le sentiment d'être membres à part entière d'une même communauté pacifiée.« Boisard, »La cohésion sociale: Séminaire 2007«, S. 5.

41 Ebd., S. 7.

42 Furtos, »Solidarité ou cohésion sociale«, S. 23.

Erwartung, dass die politischen Entscheidungsträger:innen konsistent handeln. Um die bisherigen Arbeiten durch einen detaillierteren Ansatz zu ergänzen, wird in diesem Kapitel ein Korpus von 40 Reden der letzten vier französischen Präsidenten (jeweils zehn) von 1995 bis 2022 analysiert.⁴³ Zum besseren Verständnis, wie jeder der vier Präsidenten – Jacques Chirac, Nicolas Sarkozy, François Hollande und Emmanuel Macron – den Begriff verwendet hat, versucht meine Analyse, die folgenden Fragen zu beantworten: Wie wird *cohésion sociale* definiert bzw. was lässt sich aus dem Kontext über die Bedeutung des Begriffs für den Sprecher ableiten? Um welche Krise oder welches Problem handelt es sich, wenn überhaupt? Wer, wenn überhaupt, ist ausgeschlossen oder von Ausgrenzung bedroht? Es werden nun die wichtigsten Schlussfolgerungen aus dieser Untersuchung dargelegt.

3.1 Definition von *cohésion sociale* im Verlauf der Zeit

Was die Definition von *cohésion sociale* betrifft, so bestärkt diese Analyse die in den vorangegangenen Abschnitten geäußerte Vermutung, dass sie sich allgemein auf Fragen des Zugangs zu Ressourcen oder öffentlichen Dienstleistungen bezieht; »sozialer Zusammenhalt« bezieht sich im französischen Kontext am häufigsten auf die Verringerung von Ungleichheit, meist im materiellen Sinne. Dies wird in mehr als der Hälfte der analysierten Reden deutlich, in 24, um genau zu sein. In der Stichprobe taucht eine Vielzahl von Mitteln zum Abbau von Ungleichheit auf, wie etwa die Schaffung neuer Arbeitsplätze (und damit die Verringerung der Arbeitslosigkeit), modifizierte Sozialhilfeprogramme und ein verbesserter Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie dem öffentlichen Nahverkehr oder dem Bildungswesen. So sprach der ehemalige Präsident Chirac im Jahr 2006 davon, mit dem neuen Plan seiner Regierung »Chancengleichheit« zu gewährleisten:

Sich für Chancengleichheit einzusetzen, bedeutet natürlich auch, sich für die Stadtteile in Schwierigkeiten einzusetzen. Der Schlüssel dazu ist die beschleunigte Umsetzung all dessen, was bereits auf den Weg gebracht wurde und was wichtig ist: die städtischen Freihandels-

43 Ein Hinweis zur Methodik: Für diese Analyse wurden die Reden aus der Datenbank »Vie publique« der Regierung (<https://www.vie-publique.fr/collection-discours-publics>) ausgewählt, und zwar nach ihrer Relevanz (gemäß den Suchergebnissen der Datenbank) und ihrer zeitlichen Verteilung. Dies bereite einige Schwierigkeiten, da sich insbesondere Chirac sehr viel mehr als jeder seiner Kollegen zu dem Thema geäußert hat, Macron dagegen etwas weniger als seine Vorgänger. Außerdem war Chirac zwölf Jahre lang Präsident, während seine Kollegen viel kürzer im Amt waren (oder sind). Allerdings wurde eine Begrenzung auf zehn Reden pro Redner gewählt, um die Entwicklung im Laufe der Zeit nachvollziehen zu können und um gewichtete Ergebnisse zugunsten einer bestimmten Perspektive zu vermeiden.

zonen [*zones franches urbaines*, ZFU], der Plan zur Stadterneuerung, der Plan für den sozialen Zusammenhalt, die Agentur für sozialen Zusammenhalt.⁴⁴

Alle vier Präsidenten, insbesondere Chirac, haben inmitten des raschen globalen Wandels und der nationalen Reformen den Diskurs des »Niemanden zurücklassen« vertreten. Noch im Jahr 1996 betonte Chirac: »Es gibt keinen Erfolg für ein Land ohne den Zusammenhalt der Gesellschaft. Es gibt keine größere Gefahr für eine Nation, als diejenigen, die mit dem Tempo des Wandels nicht Schritt halten können, auf der Strecke zu lassen.«⁴⁵

Gleichwohl wird in sieben Reden der Stichprobe den Begriff in einem abstrakteren Sinne von wertebasierter sozialer Zugehörigkeit oder Vertrauen in die Gemeinschaft verwendet; dies gilt insbesondere für den derzeitigen Präsidenten Macron. Tatsächlich ist Macrons Verwendung des Begriffs generell flexibler als die seiner Vorgänger und sein offensichtliches Interesse an *cohésion sociale* deutlich geringer (was sich daran zeigt, wie selten er sie erwähnt). In einer Rede zu Beginn seiner Präsidentschaft sprach er sich dagegen aus, Asylsuchenden die Aufnahme zu verweigern, in der Hoffnung, den sozialen Zusammenhalt durch ein höheres Maß an Toleranz zu stärken: »[Die Verweigerung von Grundbedürfnissen] führt zu Situationen, die unseres Landes und seiner Tradition der Gastfreundschaft unwürdig sind, die Migranten in keiner Weise davon abhalten werden, in Frankreich Zuflucht zu suchen, und die für den sozialen Zusammenhalt gefährlich sind, weil sie Fremdenfeindlichkeit schüren.«⁴⁶ (In dieser Rede wird *cohésion sociale* auch als etwas artikuliert, das durch den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen gewährleistet wird, und umfasst daher beide hier beschriebenen Ansätze).

Zusätzlich zu diesen Perspektiven bieten weitere zehn Reden (die Hälfte davon vom ehemaligen Präsidenten Hollande) wenig bis gar keinen Kontext, um zu verstehen, was *cohésion sociale* für den Sprecher bedeutet. In solchen Fällen wird

44 »Agir pour l'égalité des chances, c'est évidemment agir pour les quartiers en difficulté. La clé, c'est l'accélération de la mise en œuvre de tout ce qui a été lancé et qui est important : les zones franches, le plan de rénovation urbaine, le plan de cohésion sociale, l'Agence pour la cohésion sociale.« Chirac, »Déclaration sur les priorités du gouvernement, notamment la politique de l'emploi et l'intégration sociale«. Die 2006 gegründete (und Mitte der 2010er Jahre aufgelöste) Agence nationale pour la cohésion sociale et l'égalité des chances (Nationale Agentur für sozialen Zusammenhalt und Chancengleichheit) war eine Verwaltungseinrichtung zur Unterstützung von Einwohner:innen Frankreichs, die »Schwierigkeiten bei der beruflichen oder sozialen Eingliederung« hatten, insbesondere von Einwohner:innen einkommensschwacher Stadtviertel sowie von Zuwanderern und Bürger:innen der zweiten oder dritten Generation. Siehe »Loi n° 2006-396 du 31 mars 2006«.

45 »Il n'y a pas de réussite pour un pays sans cohésion du corps social. Il n'y a pas de plus grand danger pour une nation que d'abandonner au bord de la route ceux qui ne peuvent pas suivre le rythme du changement.« Chirac, »Discours sur la réforme de l'Etat et la déconcentration«.

46 Macron, »Déclaration sur les défis et priorités de la politique gouvernementale«.

der Begriff zu etwas (um es zu paraphrasieren), von dem die französische Gesellschaft »mehr braucht« oder das »einen wichtigen französischen/europäischen Wert darstellt«. In seiner Rede zur nachhaltigen Entwicklung (2015) sagte Hollande: »Ich denke, dass eine der Antworten auf die Herausforderungen, vor denen wir stehen – Beschäftigung, wirtschaftliche Aktivität, sozialer Zusammenhalt, Gleichheit in den Gebieten – darin besteht, schnell zu sein, wenn wir gefordert werden.«⁴⁷ Er ging nicht näher darauf ein, warum oder inwiefern der soziale Zusammenhalt eine Herausforderung darstellen soll.

Als Entgegnung auf den im Abschnitt zum Stand der Forschung dargelegten Verdacht der Forscher:innen weisen fünf Reden darauf hin, dass die Verwendung des Begriffs Teil einer marktorientierten Agenda ist, indem gelegentlich behauptet wird, sozialer Zusammenhalt gehe mit Wachstum einher. Der ehemalige Präsident Sarkozy beispielsweise empfahl 2008 einem Kollegen für einen Pariser Stadterneuerungsplan: »Zu den Zielen, die Ihren Überlegungen und Ihrem Handeln zugrunde liegen sollen, gehört das Streben nach Harmonie zwischen den Territorien und nach sozialem Zusammenhalt, beides Voraussetzungen für Wachstum.«⁴⁸ Interessanterweise stellte Hollande diese Aussage auf den Kopf, als er 2013 über den wirtschaftlichen Abschwung sprach: »Das Wachstum muss zurückkehren, weil es eine wesentliche Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt, die Rückkehr in die Erwerbstätigkeit und auch für das Vertrauen des Landes in sich selbst ist.«⁴⁹ Diese Verknüpfung von Wachstum, Wettbewerb und sozialem Zusammenhalt ist in Chiracs Diskurs besonders ausgeprägt, der auch eine Neuausrichtung der Wohlfahrtspolitik fordert, um die Zielgruppen zu »aktivieren« oder zu »ertüchtigen«. Im Zusammenhang mit dem ersten Versuch des Parlaments, ein Gesetz über den sozialen Zusammenhalt zu verabschieden (1997), erklärte Chirac:

Dieser Text ist Ausdruck eines ehrgeizigen Ziels: die Entwicklung einer umfassenden Politik, die die Wurzeln der Ausgrenzung in allen Bereichen wie Beschäftigung, Wohnen, Gesundheit und Kultur bekämpft. Es geht darum, von einer Kultur der Fürsorge zu einer Kultur der Verant-

47 »Je pense que l'une des réponses aux défis que nous rencontrons – l'emploi, l'activité économique, la cohésion sociale, l'égalité dans les territoires – c'est d'être rapides quand nous sommes sollicités.« Hollande, »Déclaration sur la lutte contre le dérèglement climatique«.

48 »Parmi les objectifs devant encadrer vos réflexions et votre action figure la recherche de l'harmonie territoriale et de la cohésion sociale, qui sont deux conditions de la croissance.« Sarkozy, »Lettre de mission adressée à M. Christian Blanc.«

49 »La croissance doit revenir parce que c'est une condition essentielle de la cohésion sociale, de retour vers l'emploi et aussi de la confiance du pays en lui-même...« Hollande, Entretien sur France 2 sur les défis et priorités du quinquennat.

wortung überzugehen, indem jedem seine Rechte zuerkannt und jedem seine Chancen zurückgegeben werden.⁵⁰

3.2 Verortung der *cohésion sociale* in einer Krise oder einem Problem

Mit Ausnahme von vier Reden in der Stichprobe ist die Rede von *cohésion sociale* in ein übergeordnetes Problem oder eine Krise eingebettet, und es wird postuliert, dass »Zusammenhalt« notwendig ist oder Teil der Lösung sein wird. Für Chirac, Sarkozy und Hollande besteht das übergeordnete Problem häufig in der dringenden Notwendigkeit einer Modernisierung oder Reform (eine Idee, die in etwa einem Drittel der Texte zum Ausdruck kommt). Mehrere dieser Reformreden befassen sich mit der Bedeutung der Dezentralisierung des französischen Staates durch Übertragung von mehr Befugnissen auf lokale Regierungsebenen, während die Mehrheit (insgesamt zehn) auf soziale Reformen drängt, die als notwendig erachtet werden, damit Frankreich in einer globalisierten Welt wettbewerbsfähig bleibt.

Im Jahr 2008 betonte Sarkozy, trotz des Rückschlags seiner Partei bei den Kommunalwahlen, die Bedeutung weiterer Reformen vor dem Hintergrund des globalen Wettbewerbs:

Es muss [...] alles getan werden, um die kritische Masse an Reformen umzusetzen, die es ermöglichen, Verhaltensweisen und Mentalitäten zu ändern, der Gesellschaft und der Wirtschaft die Dynamik, die Innovationsfähigkeit und das Vertrauen in die Zukunft zurückzugeben, die für den Fortschritt des Lebensstandards und des sozialen Zusammenhalts notwendig sind. Seit neun Monaten hat die Regierung unaufhörlich gehandelt und Reformen eingeleitet.⁵¹

Viele Reden befassen sich mit der Krise in Form von gesellschaftlichen Ungleichheiten, sei es Obdachlosigkeit, Marginalisierung durch Arbeitslosigkeit oder der ungleiche Zugang zu Bildung und Dienstleistungen in den verschiedenen Territorien. Acht dieser Reden, alle von Chirac und Sarkozy, befassen sich mit der Frage des Verfalls und der Erneuerung der Städte. Im Fall Chiracs und insbesondere zwischen 2004 und 2006 (zur Zeit von Borloos »Plan für den sozialen Zusam-

50 »Ce texte traduit une ambition: concevoir une politique globale s'attaquant aux racines de l'exclusion dans tous les domaines, l'emploi, le logement, la santé, la culture. Il s'agit de passer d'une culture d'assistance à une culture de responsabilité en reconnaissant à chacun ses droits et en redonnant à chacun ses chances.« Chirac, »Allocution lors des vœux aux »Forces vives« de la nation«.

51 »Il faut [...] tout faire pour mettre en oeuvre la masse critique des réformes qui permettra de changer les comportements et les mentalités, de redonner à la société et à l'économie le dynamisme, la capacité d'innovation, la confiance dans l'avenir qui sont nécessaires au progrès du niveau de vie et de la cohésion sociale. Depuis 9 mois le gouvernement n'a cessé d'agir et de réformer.« Sarkozy, »Déclaration sur la poursuite des réformes engagées«.

menhalt«) ist dieses Verständnis von verarmten Stadtvierteln eindeutig rassifizierend. So sagte er 2004 über die Krise der »Ghettos«:

Absolute Priorität haben der soziale Zusammenhalt und Beschäftigung. Dies ist eine republikanische Forderung, denn damit jeder in einer dynamischen Gesellschaft, die zuversichtlich in die Zukunft blickt, sein Bestes geben kann, muss das Grundprinzip der Chancengleichheit für alle Franzosen und vor allem für junge Menschen Realität werden. Dies ist auch ein soziales Erfordernis, da die Beschäftigung ein wesentlicher Faktor für die persönliche Entfaltung ist und wir nicht akzeptieren können, dass sich auf unserem Boden regelrechte Ghettos bilden. Ghettos, in denen sich alle Nachteile anhäufen: schlechte Wohnverhältnisse, Unsicherheit, Massenarbeitslosigkeit, Diskriminierung. Das ist ein inakzeptabler Angriff auf den Grundsatz der Gerechtigkeit, das Herzstück unseres Gesellschaftsvertrags. [...] Die Erneuerung einer Integrationspolitik, die auf diesem Vertrag und auf der Achtung der Werte der Republik beruht, muss fortgesetzt werden.⁵²

Dieser Diskurs über die Krise der Vorstädte (*crise des banlieues*) im Hinblick auf den sozialen Zusammenhalt taucht in den nachfolgenden Reden der Präsidenten nicht mehr auf – zumindest nicht in der untersuchten Stichprobe. Vielmehr ist *cohésion sociale* in die Diskussion über die Wirtschaftskrise eingebettet (insbesondere unter Sarkozy und Hollande, was die Folgen der Finanzkrise 2007–2008 widerspiegelt), bevor sie unter Hollande und dem derzeitigen Präsidenten Macron wieder auf Fragen der territorialen Spaltung und der wertebasierten Polarisierung ausgerichtet wird. Eine mögliche Schwerpunktverlagerung kann durch die Untersuchung von Fragen der betroffenen Bevölkerungsgruppen in diesen verschiedenen Diskursen geklärt werden.

3.3 Entwicklung des Verständnisses von Exklusion: Wer profitiert nicht in vollem Umfang vom republikanischen Versprechen?

Um die Entwicklung der *cohésion sociale* im französischen Kontext nachzuvollziehen, ist es ebenso interessant zu analysieren, um welche Gruppen oder Bevölkerungsschichten es sich bei der Nennung des Begriffs handelt. Da sich *cohésion so-*

52 »Priorité absolue: la cohésion sociale et l'emploi. C'est une exigence républicaine, car pour que chacun puisse donner le meilleur de lui-même dans une société dynamique et confiante dans son avenir, il faut que le principe fondamental de l'égalité des chances soit une réalité pour tous les Français, et singulièrement pour les jeunes. C'est aussi une exigence sociale, parce que l'emploi est un facteur essentiel d'accomplissement personnel et parce que nous ne pouvons pas accepter que sur notre sol se constituent de véritables ghettos. Des ghettos où tous les handicaps se cumulent: des logements insalubres, l'insécurité, un chômage de masse, les discriminations. Il s'agit d'une atteinte inacceptable au principe de justice qui est au cœur même de notre pacte social. [...] il faut poursuivre le renouveau d'une politique d'intégration fondée sur le contrat et sur le respect des valeurs de la République.« Chirac, »Allocution sur l'action gouvernementale en faveur de la cohésion sociale et de l'emploi«.

ciale in der Regel auf Fragen der ungleichen Verteilung von Ressourcen oder des Zugangs zu ihnen bezieht, gibt es häufig eine von Ausgrenzung bedrohte Gruppe. In dieser Analyse wird daher gefragt: Wer wird ausgegrenzt? Zu den oft genannten Gruppen, die sich in einigen Texten überschneiden, gehören die verarmten Stadtbewohner:innen (in neun Reden, insbesondere von Chirac), die Arbeitslosen (in sieben Reden), körperlich schwache und insbesondere ältere Menschen (in drei Reden von Sarkozy) und die Menschen, die in abgelegenen oder ländlichen Regionen leben (in sechs Reden, alle von Hollande oder Macron). (Ein weiteres Drittel der Texte liefert nicht genügend Kontext, um zu verstehen, wer von Ausgrenzung bedroht ist.) Dieser Diskurs über Exklusion wird vom gelegentlich wiederkehrenden Leitmotiv »Niemand wird zurückgelassen« begleitet, insbesondere im Zusammenhang mit Sozialreformen.

Wie bereits erwähnt, konzentrierte Chirac seine Agenda für den sozialen Zusammenhalt auf die städtische Armut; seine Sichtweise der (sub)urbanen Erneuerung bezog sich besonders auf Bewohner:innen mit Migrationshintergrund, die kurz nach der Jahrhundertwende in den benachteiligten Stadtvierteln lebten.

Sein Nachfolger kam zwar aus der gleichen rechtsgerichteten Partei, vermied jedoch diese Fokussierung auf Bewohner:innen der Banlieues und wandte sich stattdessen einem allgemeineren Verständnis der Stadtbewohner:innen (insbesondere in Paris) zu, die Schwierigkeiten beim Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen hatten. Darüber hinaus verlagerte Sarkozy die Debatte über den sozialen Zusammenhalt von der Frage der Arbeitslosigkeit (die für Chirac im Mittelpunkt stand) auf andere vulnerable Gruppen (insbesondere physisch gefährdete Menschen). Auch wenn dieser Wandel in der Stichprobe nicht sehr ausgeprägt ist, so lässt er sich doch auch an Sarkozys Umstrukturierung des Ministeriums für Beschäftigung, sozialen Zusammenhalt und Wohnungsbau zum Ministerium für Solidarität und sozialen Zusammenhalt im Jahr 2010 nachweisen. Roselyne Bachelot, die das letztgenannte Ministerium bis zum Ende von Sarkozys Amtszeit leitete, skizzierte Anfang 2011 ihr weitreichendes Mandat: Ihr Ressort würde sich mit Menschen mit Behinderungen, Senioren, Abhängigkeit, Kinderschutz, Geschlechtergleichstellung, Armutsbekämpfung, sozialer und wirtschaftlicher Solidarität und dem Kampf gegen Einsamkeit befassen.⁵³ In einer Rede aus dem Jahr 2010 ging Sarkozy insbesondere auf die Unterstützung der vulnerablen älteren Menschen durch eine Rentenreform ein:

Wir müssen uns der Herausforderung einer alternden Bevölkerung stellen. Die steigende Zahl älterer Menschen eröffnet neue Möglichkeiten, neue Dienstleistungen und neue Arbeitsplätze. Aber es zwingt uns auch dazu, unser Rentensystem anzupassen. Dies ist eine Frage, die jeden

53 Bachelot-Narquin, »Conférence de presse sur les grandes orientations du ministère«.

von uns angeht und die die Grundlage unseres Gesellschaftsvertrags bildet, denn sie betrifft die Solidarität zwischen den Generationen, unseren sozialen Zusammenhalt und den Platz der Senioren in unserer Gesellschaft.⁵⁴

In den Reden des ehemaligen Präsidenten Hollande taucht die Sorge um die ausgegrenzte Bevölkerung in den ländlichen oder »peripheren« Regionen Frankreichs häufig auf; diese Frage wird auch in mehreren Reden Macrons betont. Die Regierung Hollande trug dieser Sorge Rechnung, indem sie 2014 die Allgemeine Kommission für territoriale Gleichheit einrichtete, die 2020 unter Macron durch die Nationale Behörde für territorialen Zusammenhalt ersetzt wurde. Beide Präsidenten verweisen in ihren Reden auf Chancengleichheit und den gleichen Zugang in allen Regionen (einschließlich der Überseegebiete) sowie auf die *fracture territoriale*, die »territoriale Kluft«, die es zu vermeiden gelte. Bei seinem Besuch in der südwestfranzösischen Stadt Tulle – wo er vormals als Bürgermeister tätig war – im dünn besiedelten Département Corrèze im Jahr 2014 bemerkte Hollande:

Aber ich weiß auch, wie sich viele unserer Mitbürger in ländlichen Gebieten oder im Umland von Städten fühlen. Manchmal fühlen sie sich verlassen, unsicher und abgelegen. In Verbindung mit diesen Ängsten gelingt es dem Extremismus manchmal, dort Fuß zu fassen, wo er normalerweise keinen Platz hat [...]. Der Staat muss also auch auf der Höhe dessen sein, was der ländliche Raum bedeuten kann: öffentliche Dienstleistungen, ja; Verkehrsinfrastruktur, unbedingt.⁵⁵

In einer Rede in Bastia, einer Stadt auf Korsika – einer ländlichen Region Frankreichs und einem Ort mit einer langen Geschichte der Unabhängigkeit – schlug Macron 2018 in eine ähnliche Kerbe wie sein Vorgänger. Er versprach »einen Plan zur Modernisierung der Infrastruktur und der Ausstattung, um den Zugang zur medizinischen Versorgung auf Korsika wie überall sonst auf französischem Territorium zu gewährleisten« und merkte an, dass »über Solidarität zu sprechen auch bedeutet, über sozialen und territorialen Zusammenhalt zu sprechen« und

54 »Nous avons à faire face au défi du vieillissement de la population. L'augmentation du nombre des seniors est une source d'opportunités, de nouveaux services et de nouveaux emplois. Mais cela nous oblige à adapter notre système de retraites. C'est une question qui intéresse chacun d'entre nous et qui est au fondement de notre pacte social car elle touche à la solidarité entre les générations, à notre cohésion sociale et à la place des aînés dans notre société.« Sarkozy, »Déclaration sur les efforts en faveur des PME«.

55 »Mais je n'ignore rien de ce que peut ressentir bon nombre de nos concitoyens dans l'espace rural ou dans le périurbain. Un sentiment parfois d'abandon, d'insécurité, d'éloignement. C'est par rapport à ces peurs que l'extrémisme parvient quelquefois à s'engouffrer, là où il n'avait généralement pas de place [...] Alors il faut que l'Etat soit aussi à la hauteur de ce que la ruralité peut représenter avec la présence de services publics, oui; avec des infrastructures de transports, nécessairement.« Hollande, »Déclaration sur l'organisation administrative du territoire«.

»über territorialen Zusammenhalt zu sprechen auch bedeutet, über Ländlichkeit und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen zu sprechen.«⁵⁶

Diese sich im Laufe der Jahre verändernden Darstellungen von Exklusion deuten auf veränderte Prioritäten oder vielleicht auch Befürchtungen seitens der französischen Regierung hin. Diese und andere Schlussfolgerungen, die sich aus dieser kurzen Analyse der Reden der Präsidenten ergeben, werden im folgenden Abschnitt erörtert.

4. Diskussion: Die Gründe für *cohésion sociale* erforschen

Wie die obige Diskursanalyse zeigt, haben französische Politiker (hier in Gestalt von vier Präsidenten) nicht unbedingt ein stabiles Verständnis von sozialem Zusammenhalt oder bringen es zumindest nicht zum Ausdruck. Auch die Probleme oder Krisen, mit denen sie das Konzept in Verbindung bringen, sind im Wandel begriffen, ebenso wie diejenigen Gruppen der Bevölkerung, die ihrer Meinung nach am stärksten in eine Politik oder einen Diskurs zum sozialen Zusammenhalt einbezogen werden sollten. Angesichts dieser regelmäßigen Verschiebungen könnten wir der bereits erwähnten Beobachtung von Jean Furtos beipflichten, dass sozialer Zusammenhalt »zu einem ›Sammelbegriff‹ werden könnte, in den man alles hineinpackt, was man will«. Dennoch lassen sich, wenn wir die Verwendung von *cohésion sociale* im Laufe der Zeit und den politischen Kontext, in dem er sich entwickelt hat, beobachten, einige Vermutungen anstellen über den Zweck – oder den Wert – als Begriff für Politiker:innen in einer sich verändernden Welt.

4.1 Das Soziale in den Irrungen und Wirrungen der Globalisierung praktizieren: *cohésion sociale* als Versprechen des Wohlfahrtsstaates

Ein bemerkenswerter Aspekt der Art und Weise, wie die vier hier untersuchten französischen Präsidenten den Begriff *cohésion sociale* im Laufe der Zeit verwendet haben, ist die Tatsache, dass sie ihn alle in der Diskussion über Reformen oder wachsende gesellschaftliche Diskrepanzen im Zusammenhang mit Globalisierungsprozessen verwendet haben. Während Chirac und seine Nachfolger eine »modernisierende« Politik verfolgten, die Frankreich »auf Augenhöhe« mit seinen europäischen Nachbarn bringen sollte (Renten- und Arbeitslosenreformen, Dezentralisierung der Verwaltung, Liberalisierung des Arbeitsrechts usw.), ha-

⁵⁶ Macron, »Déclaration sur l'avenir de la Corse«.

ben sie *cohésion sociale* möglicherweise deshalb in ihren Diskurs eingebaut, um den Fortbestand des Wohlfahrtsstaats in der einen oder anderen Form im Rahmen der wirtschaftlichen Liberalisierung zu versprechen. Einerseits würde ihre Politik der *cohésion sociale* ein Sicherheitsnetz für diejenigen bieten, die Gefahr laufen, »durch die Maschen« zu fallen; andererseits könnte der Begriff dazu dienen, Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat für die allgemeine Öffentlichkeit zu »performen« – Frankreich besser in den globalen Markt zu integrieren und zugleich rhetorisch Schutz vor diesem zu bieten. Gleichzeitig beschwört die Verwendung des Begriffs die Gefahr eines gesellschaftlichen Zerfalls herauf (wie im Abschnitt zum Stand der Forschung dargelegt), und die führenden Politiker:innen haben möglicherweise gehofft, die französische Öffentlichkeit für ansonsten unpopuläre politische Entscheidungen zu gewinnen, indem sie sie dazu aufriefen, »die zersplitterten Teile wieder zusammenzufügen«.⁵⁷ Eine Tendenz, das Soziale zu beschwören und gleichzeitig die wirtschaftliche Effizienz zu preisen – in Anlehnung an die Gegenüberstellung von »wirtschaftlichem und sozialem« Zusammenhalt in der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986⁵⁸ oder natürlich an den Gipfel des Europäischen Rates im Jahr 2000 in Lissabon und dessen Schwerpunkt auf Zusammenhalt gepaart mit Wachstum –, könnte dazu beitragen, die Politik der wirtschaftlichen Liberalisierung und der wohlfahrtsstaatlichen Reformen zu rechtfertigen.

4.2 *Fracture sociale*: Mit *cohésion sociale* den sozialen Verwerfungen entgegenwirken?

Die obige Analyse der Reden zeigt, dass sich das Verständnis von »Ausgrenzung« in Bezug auf sozialen Zusammenhalt bei den französischen Präsidenten im Laufe der Zeit gewandelt hat, was mit Veränderungen hinsichtlich der Personen einherging, die man nicht »auf der Strecke lassen« wollte. Während Chirac der urbanen Erneuerung Priorität einräumte und der Marginalisierung von Bewohner:innen mit Migrationshintergrund besondere Aufmerksamkeit schenkte, verlagerte Sarkozy seinen Fokus – und sein Ministerium für Zusammenhalt – und konzentrierte sich stärker auf physisch gefährdete Mitglieder der Gesellschaft, unabhängig von ihrem Wohnort.

Diese Entwicklung zeigt, wie anfällig die Politik des sozialen Zusammenhalts für Veränderungen je nach den Prioritäten der aktuellen Führung ist. Chiracs zweite Amtszeit (2002–2007) fiel in eine Zeit außerordentlich heftiger Ausein-

⁵⁷ Furtos, »Solidarité ou cohésion sociale«, S. 23.

⁵⁸ Boisard, »La cohésion sociale à l'ère de la mondialisation«, S. 6.

andersetzungen um Fragen der Identität, der postkolonialen Migration und der Diskriminierung in Frankreich, als eine Vielzahl von Organisationen entstand, die sich für die Belange der People of Color einsetzten und entsprechende Aktionen durchführten.⁵⁹ Gleichzeitig interessierten sich die von den Terroranschlägen vom 11. September 2001 erschütterten Politiker:innen plötzlich für »kommunitäre« Enklaven und forderten wiederholt ein Ende der »Ghettos«;⁶⁰ außerdem hatte es der rechtsextreme Führer des Front National, Jean-Marie Le Pen, bei den Präsidentschaftswahlen 2002 bis in die Stichwahl gegen Chirac geschafft, was die Nation angesichts der wachsenden Popularität seiner immigrationsfeindlichen Reden alarmierte. Aus diesen und anderen Gründen standen die verschiedenen Banlieues Frankreichs im Zentrum des Interesses, und Chirac und sein Minister versuchten, mit ihrem Plan für sozialen Zusammenhalt, Veränderungen zu bewirken und die Gefahr einer »sozialen Spaltung« zu bannen.⁶¹ Tatsächlich fiel die Einführung des Plans mit einer Protestwelle Ende 2005 zusammen – ausgelöst durch einen Vorfall mutmaßlicher Polizeigewalt –, die zu Ausschreitungen in genau den Vierteln führte, die durch die Politik des sozialen Zusammenhalts verjüngt werden sollten. Chirac war betroffen, versuchte dennoch, mit einem gewissen Maß an Mitgefühl zu reagieren.⁶²

Im Gegensatz zu Chiracs paternalistischem Ansatz erwarb Sarkozy, der unter Chirac als sicherheitsorientierter Innenminister fungierte, den Ruf, gegenüber den Bewohner:innen der Banlieues feindselig und sogar beleidigend zu sein. Nachdem er sich von Anfang an gegen den Borloo-Plan für sozialen Zusammenhalt ausgesprochen hatte,⁶³ richtete Sarkozy während seiner Präsidentschaft die Politik des sozialen Zusammenhalts in Frankreich neu aus und begünstigte die physisch »vulnerablen« Bürger:innen, insbesondere die Älteren. Möglicherweise wollte er damit seine Wählerbasis ansprechen, da er bei den Präsidentschaftswahlen 2007 große Unterstützung von Senioren erhalten hatte,⁶⁴ und seine Vorstellung von denjenigen darlegen, die die besondere Aufmerksamkeit der Regierung »verdienen«.

59 Simon/Sala Pala, »We're Not All Multiculturalists Yet«, S. 105.

60 Robine, »SOS Racisme et les ghettos des banlieues«, S. 145.

61 Man könnte argumentieren, dass die Bemühungen Chiracs und seiner Regierung, *cohésion sociale* und *fracture sociale* in den Städten und Vorstädten Frankreichs anzusprechen – in einem Diskurs, der, wie oben angedeutet, so oft besondere ethnische Untertöne trug –, es den politischen Akteuren ermöglichten, dringendere gesellschaftliche Herausforderungen wie Rassismus und andere Formen der Diskriminierung zu beschönigen, indem sie diese Themen in einem breiteren Narrativ der sozioökonomischen Krise verbargen. Zu diesem Thema siehe z.B. Chabal, *A Divided Republic*, S. 89.

62 Dobbernack, *The Politics of Social Cohesion*, S. 90–92.

63 Ebd., S. 91.

64 »Le vote des retraités sera plus partagé qu'en 2007«.

Was Hollandes und Macrons Ausrichtung auf die ländlichen und abgelegenen Regionen Frankreichs (*la France périphérique*) betrifft, so spiegelt dies zum einen wahrscheinlich die seit langem bestehende Verbindung zwischen sozialem Zusammenhalt und der Entwicklung der »peripheren« Regionen in der EU wider (die auf die Einheitliche Europäische Akte von 1986 zurückgeht); andererseits ist es mit ziemlicher Sicherheit ein Versuch, den rechtsextremen Front National (2018 umbenannt in Rassemblement National) zu schwächen, der derzeit von Marine Le Pen angeführt wird und seit Anfang der 2010er Jahre in den ländlichen, deindustrialisierten Regionen Frankreichs sowie den Übersee-Départements starken Zuwachs verzeichnen konnte. Hollande hat dies in seiner oben zitierten Rede aus dem Jahr 2014 sogar angedeutet, als er den zunehmenden Extremismus beklagte und den Staat aufforderte, im ländlichen Frankreich durch öffentliche Dienstleistungen »präsent« zu sein. Anscheinend war dies nicht ausreichend genug, zumindest nicht in der öffentlichen Wahrnehmung.

In den letzten Jahren und insbesondere seit den Gelbwesten-Protesten 2018 und 2019 steht eine angebliche »territoriale Kluft« zwischen wohlhabenden städtischen Zentren und abgelegenen Dörfern und Vorstädten im Mittelpunkt des politischen Lebens in Frankreich. Ein Großteil der nationalen Debatten dreht sich heute um Fragen der relativen Deprivation im »peripheren Frankreich« im Vergleich zu den gehobenen Innenstädten in Bezug auf Ressourcen wie auch Dienstleistungen; die reifizierende Wirkung solcher Diskurse⁶⁵ könnte zusammen mit den Veränderungen im System der sozialen Sicherheit durchaus zum wachsenden Erfolg des Rassemblement National beitragen.⁶⁶

5. Fazit

Wie in diesem Beitrag gezeigt wurde, hat sich *cohésion sociale* im nationalen Kontext Frankreichs anders entwickelt als der »gesellschaftliche Zusammenhalt« in Deutschland. Der Begriff *cohésion sociale*, der hauptsächlich für den Zugang zu Ressourcen, öffentlichen Dienstleistungen und wirtschaftlichen Möglichkeiten verwendet wird, entstand im Wesentlichen in den 1990er Jahren und erreichte seinen Höhepunkt in der französischen Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Die hier präsentierte Analyse deutet darauf hin, dass sich die Implikationen von Diskursen und politischen Maßnahmen zur sozialen Kohäsion im Laufe der Zeit verändert haben, dass der Begriff jedoch als Mittel eingesetzt wurde, um angesichts der Herausforderungen durch Globalisierungsprozesse ein gewisses Maß

⁶⁵ »Présidentielle 360 : M. Le Pen / E. Macron / Fracture Sociale«.

⁶⁶ Warin, »La cohésion sociale«, S. 250.

an staatlichem Schutz zu versprechen, quasi ein Sicherheitsnetz für den Notfall. Behörden, Programme und Maßnahmen, die im Namen der *cohésion sociale* ins Leben gerufen wurden, haben versucht, denjenigen zu helfen, die inmitten des raschen globalen Wandels Gefahr liefen, »zurückgelassen« zu werden. Das zu lösende Problem und die Personen, die am stärksten von Ausgrenzung bedroht sind, variieren jedoch von einer Regierung zur nächsten, was auf sich verändernde Krisen und (vor allem) Prioritäten hinweist. Der Begriff hat es darüber hinaus den staatlichen Akteur:innen ermöglicht, das soziale Interesse und das Engagement für die allgemeine Öffentlichkeit rhetorisch zu »performen«, trotz der laufenden Reformen, die den Wohlfahrtsstaat im weiteren Sinne verändern und sogar aushöhlen.

Der Diskurs über *cohésion sociale* ist jedoch in Frankreich zunehmend in den Hintergrund geraten, insbesondere unter der Führung von Präsident Macron. Wie geht es weiter mit der Debatte über den staatlichen Schutz angesichts der Globalisierung? Um eine Vermutung zu wagen, wird dieses Kapitel dort beendet, wo es begonnen hat – mit einer Anekdote über Fabrikentlassungen.

Im Frühjahr 2017 traf sich Präsidentschaftskandidat Macron in seiner nordfranzösischen Heimatstadt Amiens mit Gewerkschaftsvertreter:innen einer Whirlpool-Haushaltsgerätefabrik, die kurz vor der Schließung stand. Das amerikanische multinationale Unternehmen Whirlpool hatte beschlossen, die Produktion in Frankreich einzustellen und stattdessen seine Präsenz im kostengünstigeren Polen auszubauen. Während des Treffens erfuhr Macron, dass seine größte politische Rivalin, die rechtsextreme Populistin Marine Le Pen, direkt auf dem Werksgelände – nur wenige Kilometer von seinem Standort entfernt – zu einem unangekündigten Wahlkampfbesuch bei den streikenden Arbeiter:innen aufgetaucht war. Le Pen lobte den Willen der Arbeiter:innen, sich der »ungezügelter Globalisierung« zu widersetzen, und versprach, dass sie im Falle ihrer Wahl Druck auf Whirlpool ausüben würde, um den französischen Standort zu halten. Macron ließ sich nicht lumpen und erschien noch am selben Nachmittag in der Fabrik (wo er sehr viel feindseliger empfangen wurde) und versicherte den Beschäftigten, dass der Staat ihnen bei der Suche nach einer Lösung helfen würde.⁶⁷ Nach seiner Wahl zum Präsidenten arbeitete seine Regierung gemeinsam mit Gewerkschaftsvertreter:innen an der Suche nach einem Käufer für das Werk; diese Versuche scheiterten, da zwei nachfolgende Käufer von der Übernahme zurücktraten.

Nachdem er zugesagt hatte, in die Whirlpool-Fabrik zurückzukehren, traf sich Macron Ende 2021 mit neun ehemaligen Mitarbeiter:innen in einem Café

⁶⁷ »Bataille de communication entre Le Pen et Macron«.

in Amiens und sagte ihnen, dass »gute Absichten leider nicht ausreichen«.⁶⁸ Kurz nach dem Treffen erklärte Macron in einem Interview mit der Presse in belehrendem Ton, wie er die Rolle des Staates in solchen Angelegenheiten sieht:

Was ist die Aufgabe des Staates? Kinder zu erziehen, zu bilden und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihr ganzes Leben immer wieder auf die Beine zu kommen. Aber der Staat ist nicht alles in der Gesellschaft. Der Staat ersetzt nicht Ihre industriellen Entscheidungen oder das Wirtschaftsleben. Und so ist das, was wir tun müssen und was wir von Anfang an getan haben, in der Tat, bei Übernahmen zu helfen und die [betroffenen] Menschen umzuschulen. Und danach gibt es glückliche und unglückliche Erfahrungen.⁶⁹

Der Politikwissenschaftler und Radiojournalist Clément Viktorovitch bemerkte sofort die Parallele zu den Michelin-Entlassungen von 1999: Genau wie Jospin vor ihm sagte Macron den Franzosen, dass der Staat nicht alles tun könne.⁷⁰ In der Tat deutet diese Geschichte auch auf den subtilen Paradigmenwechsel in der Sozialfürsorge hin, den der derzeitige Präsident anstrebt – ein Paradigma, das sich stärker der Chancengleichheit verpflichtet fühlt, ähnlich wie Chiracs Politik des sozialen Zusammenhalts, und weniger darauf ausgerichtet ist, zu garantieren, dass niemand zurückgelassen wird. Diesem Gedankengang folgend, im 21. Jahrhundert, das vom globalen Wettbewerb geprägt ist, kann der Staat keine Ergebnisse garantieren, sondern eher helfen, die Bürgerinnen und Bürger zu erziehen und vorzubereiten, damit sie mit den »Schocks«, die durch Globalisierungsprozesse provoziert werden, besser umgehen können. Dies könnte auf ein noch höheres Maß an *empowerment* und Aktivierung der Bürger:innen sowie auf ein Wohlfahrtsparadigma hindeuten, das sich zunehmend auf »präventive« Sozialinvestitionen statt auf »kurativen« Sozialschutz konzentriert.⁷¹ Die kommenden Jahre werden mehr Licht in diese Angelegenheit bringen, da die französische Regierung weiterhin mit der Frage ringt, wie das öffentliche Wohlergehen in einer immer stärker vernetzten und wettbewerbsorientierten Welt am besten gesichert werden kann.

68 »Emmanuel Macron a rencontré des anciens salariés de Whirlpool à Amiens«.

69 »L'Etat doit quoi? De former les enfants, d'éduquer, de former et de donner la possibilité de rebondir tout au long de la vie. Mais l'Etat n'est pas tout dans la société. L'Etat ne se substitue pas, ni à vos choix industriels ni à la vie économique. Et donc ce que nous devons et ce que nous faisons depuis le début, c'est en effet d'aider aux reprises et de former les personnes [touchées]. Et après, il y a des expériences heureuses et des expériences malheureuses.« Clément Viktorovitch: *Macron et l'usine Whirlpool*.

70 Ebd.

71 Warin, »La cohésion sociale«, S. 248–249.

Literatur

- Avenel, Cyprien (2014), »La ›cohésion sociale‹: de quoi parle-t-on?«, in: Guéguen, Jean-Yves (Hg.), *L'année de l'action sociale 2015: Objectif autonomie*, Paris, S. 119–136.
- Bachelot-Narquin, Roselyne (2011), »Conférence de presse sur les grandes orientations du ministère des solidarités et de la cohésion sociale pour l'année 2011«. Pressekonferenz, Paris, 6. Januar 2011. <https://www.vie-publique.fr/discours/180919-conference-de-presse-de-mme-roselyne-bachelot-narquin-ministre-des-soli>.
- Le Monde (2017), »Bataille de communication entre Le Pen et Macron autour du sort des salariés de Whirlpool«. 26. April 2017. https://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2017/article/2017/04/26/marine-le-pen-s-invite-dans-la-visite-d-emmanuel-macron-a-whirlpool_5117926_4854003.html.
- Boisard, Pierre (2008), »La cohésion sociale: Séminaire 2007«. Conseil de l'emploi, des revenus et de la cohésion sociale.
- (2008), »La cohésion sociale à l'ère de la mondialisation«. *Droit social*, Jg. 12, S. 1–13. <https://shs.hal.science/halshs-00401256/document>.
- Chabal, Emile (2015), *A Divided Republic: Nation, State and Citizenship in Contemporary France*, Cambridge.
- Chirac, Jacques (1995), »La France Pour Tous (profession de foi)«. 23. April 1995. Archives électorales du CEVIPOF Sciences Po. <https://archive.org/details/archiveselectoralesducevipof>.
- (1996), »Discours sur la réforme de l'Etat et la déconcentration, sur la cohésion sociale, la ›culture de responsabilité‹, la formation continue et la réduction de temps de travail«. Rede, Aires-sur-la-Lys, Frankreich, 30. September 1996. <https://www.vie-publique.fr/discours/136151-discours-de-m-jacques-chirac-president-de-la-republique-sur-la-reform>.
- (1997), »Allocution lors des vœux aux ›Forces vives‹ de la nation, notamment sur l'emploi, des jeunes, la cohésion sociale, le rôle de la médiation dans les conflits sociaux et sur la place des retraités dans la société«. Rede, Paris, 9. Januar 1997. <https://www.vie-publique.fr/discours/135672-allocation-de-m-jacques-chirac-president-de-la-republique-lors-des-vo>.
- (2004), »Allocution sur l'action gouvernementale en faveur de la cohésion sociale et de l'emploi, de la sécurité et de la décentralisation«. Rede, Paris, 27. April 2004. <https://www.vie-publique.fr/discours/142222-allocation-de-m-jacques-chirac-president-de-la-republique-sur-lactio>.
- (2006), »Déclaration sur les priorités du gouvernement, notamment la politique de l'emploi et l'intégration sociale«. Rede, Paris, 4. Januar 2006. <https://www.vie-publique.fr/discours/159874-declaration-de-m-jacques-chirac-president-de-la-republique-sur-les-pr>.
- Clément Viktorovitch: *Macron et l'usine Whirlpool, l'État ne peut pas tout*. Video. franceinfo (public radio), 2021. <https://www.youtube.com/watch?v=KILcBXVuu-O>.
- »Consolidated Version of the Treaty Establishing the European Community«, *Official Journal of the European Communities*, 1997. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:11997E/TXT&rid=1>.
- Couvelaire, Louise (2018), »Macron, Borloo et les banlieues: histoire d'un revirement«, *Le Monde*, 30. Mai 2018. https://www.lemonde.fr/societe/article/2018/05/30/macron-borloo-et-les-banlieues-histoire-d-un-revirement_5306700_3224.html.
- David, Franck (2004), »Le Président de la République, garant de la cohésion sociale«, *Revue française de Droit constitutionnel*, Jg. 59, S. 533–566.

- Delevoe, Jean-Paul (1997), *Cohésion sociale et territoires*, Paris.
- Dobbernack, Jan (2014), *The Politics of Social Cohesion in Germany, France and the United Kingdom*, Basingstoke.
- Donzelot, Jacques (2008), »Le social de compétition«, *Esprit*, H. 11, S. 51–77. <https://doi.org/10.3917/espri.811.0051>.
- (2006), »Refonder la cohésion sociale«, *Esprit*, H. 12, S. 5–23.
- Le Monde (2021). »Emmanuel Macron a rencontré des anciens salariés de Whirlpool à Amiens,« 22. November 2021. https://www.lemonde.fr/politique/article/2021/11/22/emmanuel-macron-a-rencontre-des-anciens-salaries-de-whirlpool-a-amiens_6103147_823448.html.
- Fragonard, Bertrand (1993), *Cohésion sociale et prévention de l'exclusion*, Paris.
- Furtos, Jean (2017), »Solidarité ou cohésion sociale, il faut choisir«, *Pratiques en santé mentale*, Jg. 63, H. 1, S. 22–30.
- Giscard d'Estaing, Valéry (1976), »Allocution à l'occasion du voyage en Alsace«. Rede, Colmar, Frankreich, 28. März 1976. <https://www.vie-publique.fr/discours/135335-allocation-de-m-valery-giscard-destaing-loccasion-du-voyage-en-als>.
- (1979), »Allocution sur l'Assemblée territoriale, la stabilité institutionnelle et les perspectives de développement de l'économie de la Polynésie Française«. Rede, Papeete, Französisch-Polynesien, 19. Juli 1979. <https://www.vie-publique.fr/discours/133538-valery-giscard-d-estaing-19071979-institutions-economie-polynesie>.
- Guibet Lafaye, Caroline/Kieffer, Annick (2012). »Interprétations de la cohésion sociale et perceptions du rôle des institutions de l'État social«, *L'Année sociologique*, Jg. 62, H. 1, S. 195–241. <https://doi.org/10.3917/anso.121.0195>.
- Hollande, François (2013). *Entretien sur France 2 sur les défis et priorités du quinquennat*. Interview mit David Pujadas. France 2 (TV), 28. März 2013. <https://www.vie-publique.fr/discours/187556-francois-hollande-28032013-les-defis-et-priorites-du-quinquennat>.
- (2014), »Déclaration sur l'organisation administrative du territoire«. Rede, Tulle, Frankreich, 18. Januar 2014. <https://www.vie-publique.fr/discours/190146-declaration-de-m-francois-hollande-president-de-la-republique-sur-lo>.
- (2015), »Déclaration sur la lutte contre le dérèglement climatique et sur les actions en faveur d'une croissance durable«. Rede, Paris, 20. April 2015. <https://www.vie-publique.fr/discours/194559-declaration-de-m-francois-hollande-president-de-la-republique-sur-la>.
- Jospin, Lionel (1999), *Interview de M. Lionel Jospin, Premier ministre, avec France 2 le 13 septembre 1999, sur les priorités de la »deuxième étape« de la politique gouvernementale*. Interview mit Claude Sérillon. France 2 (TV), 13. September 1999. <https://www.vie-publique.fr/discours/127149-interview-de-m-lionel-jospin-premier-ministre-avec-france-2-le-13-sep>.
- Le Parisien (2012), »Le vote des retraités sera plus partagé qu'en 2007«, 3. Mai 2012. <https://www.leparisien.fr/archives/le-vote-des-retraites-sera-plus-partage-qu-en-2007-03-05-2012-1981959.php>.
- European Parliament (2000). »Lisbon European Council 23 and 24 March 2000: Presidency Conclusions«. https://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_en.htm.
- Légifrance (2010), »Décret n° 2010–95 du 25 janvier 2010 relatif à l'administration centrale des ministères chargés des affaires sociales et portant création d'une direction générale de la cohésion sociale«. <https://www.legifrance.gouv.fr/loda/id/JORFTEXT000021741166>.
- Légifrance (2006), »Loi n° 2006–396 du 31 mars 2006 pour l'égalité des chances (1)«. <https://www.legifrance.gouv.fr/jorf/id/JORFTEXT00000268539> (Zugriff 16. März 2023).

- Le Monde (1974). »M. Valéry Giscard d'Estaing à la télévision, ›Instituer un minimum de ressources garanties pour tous les Français‹, 15. Mai 1974. https://www.lemonde.fr/archives/article/1974/05/15/m-valery-giscard-d-rsquo-estaing-a-la-television-instituer-un-minimum-de-ressources-garanties-pour-tous-les-francais_3088286_1819218.html.
- Macron, Emmanuel (2017), »Déclaration sur les défis et priorités de la politique gouvernementale et sur le rôle des préfets«. Rede, Paris, 5. September 2017. <https://www.vie-publique.fr/discours/203578-declaration-de-m-emmanuel-macron-president-de-la-republique-sur-les-d>.
- (2018), »Déclaration sur l'avenir de la Corse«. Rede, Bastia, Frankreich, 7. Februar 2018. <https://www.vie-publique.fr/discours/204941-declaration-de-m-emmanuel-macron-president-de-la-republique-sur-lave>.
- »Ministère de la Transition écologique et de la Cohésion des territoires«. <https://www.ecologie.gouv.fr/>.
- Mitterrand, François (1986), »Discours sur le bilan en matière de justice sociale, de réussite économique, de libertés, ainsi que sur son engagement dans le débat électoral«. Rede, Lille, Frankreich, 7. Februar 1986. <https://www.vie-publique.fr/discours/137819-discours-de-m-francois-mitterrand-president-de-la-republique-sur-le-b>.
- Ministère des Solidarités, de l'Autonomie et des Personnes Handicapées. »Organisation de la direction générale de la cohésion sociale (DGCS)«. <https://solidarites.gouv.fr/organisation-de-la-direction-generale-de-la-cohesion-sociale-dgcs>.
- Ministère de l'Education nationale, de la jeunesse et des sports. »Portail national des délégations régionales académiques à la jeunesse, à l'engagement et aux sports«. 2021. <https://drdjscs.gouv.fr/>.
- OCDE (Organisation de coopération et de développement économiques) (1997), *Cohésion sociale et mondialisation de l'économie: Ce que l'avenir nous réserve*, Paris.
- »Présidentielle 360: M. Le Pen / E. Macron / Fracture Sociale«. Bericht und Podiumsdiskussion. *Présidentielle 360*. Public Sénat, 27. April 2017. <https://www.youtube.com/watch?v=rY5LPB7KZKI>.
- Robine, Jérémy (2004), »SOS Racisme et les ›ghettos des banlieues‹: construction et utilisations d'une représentation«, *Hérodote*, Jg. 113, H. 2, S. 134–151.
- Sarkozy, Nicolas (2008), »Déclaration sur la poursuite des réformes engagées depuis son élection à la Présidence de la République«. Rede, Paris, 9. März 2008. <https://www.vie-publique.fr/discours/170137-declaration-de-m-nicolas-sarkozy-president-de-la-republique-sur-la-po>.
- (2008), »Lettre de mission adressée à M. Christian Blanc, secrétaire d'Etat au développement de la Région capitale, lui confiant la responsabilité de définir une vision et un projet pour la Région Capitale à l'horizon 2030«. Offener Brief, 7. Mai 2008. <https://www.vie-publique.fr/discours/170750-lettre-de-mission-de-m-nicolas-sarkozy-president-de-la-republique-adr>.
- (2010), »Déclaration sur les efforts en faveur des PME et sur la politique menée par le gouvernement face à la crise économique«. Rede, Paris, 15. Juni 2010. <https://www.vie-publique.fr/discours/179273-declaration-de-m-nicolas-sarkozy-president-de-la-republique-sur-les-e>.
- Simon, Patrick/Sala Pala, Valérie (2010), »We're Not All Multiculturalists Yet«, in: Vertovec, Steven/Wessendorf, Susanne (Hg.). *The Multiculturalism Backlash: European Discourses, Policies and Practices*, London, S. 92–110.

- Todd, Emmanuel (1995), »Aux origines du malaise politique français: Les classes sociales et leur représentation«, *Débat*, Jg. 83, S. 98–120.
- Warin, Philippe (2020), »La cohésion sociale annonce-t-elle la mort de la solidarité nationale?«, in: Aguilera, Thomas/Rouzeau, Marc (Hg.), *Le gouvernement des solidarités*, Boulogne-Billancourt, S. 239–253.

Untersuchte Reden der Präsidenten (ohne die oben zitierten)

Jacques Chirac:

- »Discours sur la situation économique du Havre, son développement portuaire et régional et sur la politique de l'intégration et celle de la ville«. Le Havre, Frankreich, 26. September 1995, <https://www.vie-publique.fr/discours/192895-discours-de-m-jacques-chirac-president-de-la-republique-sur-la-situat>.
- »Tribune sur la contribution de l'Europe à la prospérité, la croissance et l'emploi et l'avènement de l'euro«. Offizielle Erklärung, Paris, 1. Januar 1999, <https://www.vie-publique.fr/discours/153124-tribune-de-m-jacques-chirac-president-de-la-republique-sur-la-contrib>.
- »Déclaration sur le passage à l'euro, porteur de croissance et d'emploi, la situation économique, l'investissement, la place de l'entreprise dans la cohésion sociale, la protection sociale et les relations du travail«. Paris, 8. Januar 2002, <https://www.vie-publique.fr/discours/127020-declaration-de-m-jacques-chirac-president-de-la-republique-sur-le-pas>.
- »Déclaration sur les objectifs, le contenu et la mise en oeuvre du Plan de cohésion sociale«. Paris, 30. September 2004, <https://www.vie-publique.fr/discours/142964-declaration-de-m-jacques-chirac-president-de-la-republique-sur-les-ob>.
- Interview dans le journal »Pote à Pote« du 24 mai 2005, sur la lutte contre la »fracture sociale« et les discriminations à l'encontre des femmes. *Pote à pote* (magazine), 24. Mai 2005, <https://www.vie-publique.fr/discours/147909-interview-de-m-jacques-chirac-president-de-la-republique-dans-le-jour>.
- »Déclaration sur la politique en faveur de la cohésion sociale et l'égalité des chances«. Rede, Amiens, Frankreich, 14. November 2006, <https://www.vie-publique.fr/discours/164152-jacques-chirac-14112006-politique-cohesion-sociale-egalite-chances>.

François Hollande:

- »Déclaration sur les efforts en faveur de l'Education nationale«. Trappes, Frankreich, 3. September 2012, <https://www.vie-publique.fr/discours/185795-declaration-de-m-francois-hollande-president-de-la-republique-sur-les>.

Interview dans »Le Bien public« sur la politique du gouvernement en faveur de la croissance économique, du rétablissement des comptes publics, de l'emploi et de la cohésion sociale et territoriale. *Le Bien Public*, 11. März 2013, <https://www.vie-publique.fr/discours/187387-interview-de-m-francois-hollande-president-de-la-republique-dans-le>.

»Lettre adressée aux jeunes du service civique«. Offener Brief, 4. Juli 2013, <https://www.vie-publique.fr/discours/188621-lettre-de-m-francois-hollande-president-de-la-republique-adressee-aux>.

»Déclaration conjointe franco-espagnole sur la construction européenne, les relations entre la France et l'Espagne et sur les questions internationales«. Rede auf dem 23. französisch-spanischen Gipfeltreffen, Madrid, 27. November 2013, <https://www.vie-publique.fr/discours/189716-declaration-conjointe-franco-espagnole-sur-la-construction-europeenne-l>.

»Déclaration sur les attentats du 13 novembre, la lutte contre le terrorisme et sur la crise des réfugiés«. Paris, 18. November 2015, <https://www.vie-publique.fr/discours/196900-declaration-de-m-francois-hollande-president-de-la-republique-sur-les>.

»Déclaration sur la nécessité de redéfinir le modèle économique et financier du pays qui soit fondé notamment sur la compétitivité, la sécurisation des parcours professionnels«. Paris, 8. Januar 2016, <https://www.vie-publique.fr/discours/197586-declaration-de-m-francois-hollande-president-de-la-republique-sur-la>.

»Déclaration sur l'élection à la présidence des Etats-Unis de M. Donald Trump«. Paris, 9. November 2016, <https://www.vie-publique.fr/discours/201098-declaration-de-m-francois-hollande-president-de-la-republique-sur-le>.

Emmanuel Macron:

»Déclaration sur la nouvelle ligne TGV Paris-Rennes et sur le développement des infrastructures de transport dans les territoires«. Rennes, Frankreich, 1. July 2017, <https://www.vie-publique.fr/discours/203088-declaration-de-m-emmanuel-macron-president-de-la-republique-sur-la-no>.

»Déclaration sur le protestantisme, la laïcité et sur les défis du monde contemporain«. Paris, 22. September 2017, <https://www.vie-publique.fr/discours/203789-declaration-de-m-emmanuel-macron-president-de-la-republique-sur-le-pr>.

»Déclaration sur les lauréats du prix de la fondation Chirac sur la prévention des conflits«. Paris, 23. November 2017, <https://www.vie-publique.fr/discours/204284-declaration-de-m-emmanuel-macron-president-de-la-republique-sur-les-l>.

»Déclaration sur la question migratoire à Calais et la politique d'immigration du gouvernement«. Calais, Frankreich, 16. Januar 2018, <https://www.vie-publique.fr/discours/204751-declaration-de-m-emmanuel-macron-president-de-la-republique-sur-la-qu>.

»Déclaration sur la politique économique du gouvernement et sur les relations économiques internationales«. Rede auf dem World Economic Forum, Davos, Schweiz, 24. Januar 2018, <https://www.vie-publique.fr/discours/204818-declaration-de-m-emmanuel-macron-president-de-la-republique-sur-la-po>.

- »Déclaration sur l'école maternelle«. Paris, 27. März 2018, <https://www.vie-publique.fr/discours/205286-declaration-de-m-emmanuel-macron-president-de-la-republique-sur-leco>.
- »Déclaration sur la défense des valeurs de l'Union européenne«. Paris, 1. Dezember 2021, <https://www.vie-publique.fr/discours/282744-emmanuel-macron-01122021-valeurs-de-lunion-europeenne>.
- »Déclaration sur le centenaire de la Grande Mosquée de Paris et les relations entre l'État et la religion musulmane«. Paris, 19. Oktober 2022, <https://www.vie-publique.fr/discours/286884-emmanuel-macron-19102022-islam-en-france>.

Nicolas Sarkozy:

- »Déclaration au cours du Conseil des ministres du 1er octobre 2008, à l'occasion de la communication sur les mesures de solidarité nationale en faveur des plus démunis«. Paris, 1. Oktober 2008, <https://www.vie-publique.fr/discours/172449-declaration-de-m-nicolas-sarkozy-president-de-la-republique-au-cours>.
- »Déclaration sur la crise sociale aux Antilles«. Paris, 13. Februar 2009, <https://www.vie-publique.fr/discours/174073-declaration-de-m-nicolas-sarkozy-president-de-la-republique-sur-la-cr>.
- »Déclaration sur la réforme des collectivités locales«. Paris, 5. März 2009, <https://www.vie-publique.fr/discours/174303-declaration-de-m-nicolas-sarkozy-president-de-la-republique-sur-la-re>.
- »Déclaration sur le projet du Grand Paris«. Paris, 29. April 2009, <https://www.vie-publique.fr/discours/175124-declaration-de-m-nicolas-sarkozy-president-de-la-republique-sur-le-pr>.
- »Déclaration sur la rénovation du Conseil économique, social et environnemental, le projet d'un service civique pour les jeunes et sur le rôle des associations«. Paris, 22. Januar 2010, <https://www.vie-publique.fr/discours/177975-declaration-de-m-nicolas-sarkozy-president-de-la-republique-sur-la-re>.
- »Déclaration sur la préservation du modèle social et sur la lutte contre les fraudes à la Sécurité sociale«. Bordeaux, 15. November 2011, <https://www.vie-publique.fr/discours/183543-declaration-de-m-nicolas-sarkozy-president-de-la-republique-sur-la-pr>.
- »Déclaration sur les efforts du gouvernement en faveur de l'Outre-mer«. Cayenne, Frankreich, 22. Januar 2012, <https://www.vie-publique.fr/discours/184200-declaration-de-m-nicolas-sarkozy-president-de-la-republique-sur-les-e>.

Soziale Kohäsion im multikulturellen Kanada: Historische Entwicklungen, systemische Spannungen und ungelöste Probleme

Ursula Lehmkuhl

Abstract

Kanada war und ist eine hierarchisch strukturierte, sozial segmentierte und ökonomisch durch hohe Einkommensunterschiede charakterisierte Gesellschaft. Historisch gewachsene, ethnisch-kulturelle und rassische Faktoren prägen Ungleichheitskonstellationen, die durch räumlich-regionale Differenzen überlagert und stabilisiert werden. Insgesamt präsentiert sich dem Beobachter das Bild einer komplexen politischen Konstellation sich gegenseitig beeinflussender systemischer Spannungen, die bis heute die kanadische Politik vor große Herausforderungen stellt. Zugleich gelingt es Kanada erstaunlich gut gelingt, einen hohen Grad sozialer Kohäsion aufrechtzuhalten. Kanada weist trotz der zunehmenden sozialen Differenzierung und der wachsenden sozioökonomischen Spaltung einen beeindruckend hohen Grad an sozialer Mobilität auf. Viele Beobachter erklären diesen auf den ersten Blick paradox erscheinenden Befund mit der wertebasierten Politik des Multikulturalismus, die die individuelle Bereitschaft, sich sozial zu engagieren und darüber ein Zugehörigkeitsgefühl zu entwickeln, positiv beeinflusst. Deshalb lohnt es sich, einen genauen Blick auf die Entstehung und die inhaltliche Dynamik dieser Politik zu werfen und sich mit den wissenschaftlichen Kontroversen zu beschäftigen, die seit den 1970er Jahren die Entwicklung der kanadischen Multikulturalismus-Politik begleiten.

Keywords: Multikulturalismus; Interkulturalismus; kanadischer Dualismus; trianguläre Gesellschaft; vertikales Mosaik

Kanada gilt in der Selbst- und Fremdwahrnehmung als ein Land, das auf vorbildliche Weise auf die gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen seiner doppelten nationalen Geschichte – die Geschichte vornehmlich europäischer, karibischer und asiatischer Einwanderung und die Geschichte des Siedlerkolonialismus – reagiert hat. Gern wird auf Kanada als Vorbild verwiesen, wenn es um Fragen des Umgangs mit gesellschaftlicher Diversität geht. Schaut man allerdings genauer hin so kommt man nicht umhin, Spannungen wahrzunehmen, die zu einem großen Teil historisch gewachsen sind und aus der Komplexität und der Verflechtung unterschiedlicher Erfahrungen von Kolonisation | Kolonialität und Migration | Diversität resultieren. Zwei koloniale »Gründungsnationen«, drei unterschiedliche indigene Gruppen, Masseneinwanderung, Siedlerkolonialismus, Anglo-Dominanz sowie Quebecer Nationalismus und Separatismus kennzeichnen sowohl die historischen und gegenwärtigen sozialen und politischen Entwicklungen als auch die wissenschaftlichen Debatten um Fragen des Umgangs mit und der Akkommodation multikultureller Realitäten. In der Kombination kreieren sie eine Sondersituation, die hinsichtlich der Frage nach der Sicherung des sozialen Zusammenhalts sehr spezifische, fast einzigartige Herausforderungen für Politik und Gesellschaft produziert. Man kann hier durchaus von einem »Canadian exceptionalism« sprechen.

Philosophie, Soziologie und politische Theorie haben sich intensiv mit den Besonderheiten kanadischer Diversität beschäftigt.¹ Die kanadische Forschung hat die internationalen wissenschaftlichen Debatten um Multikulturalismus, Diversität und sozialer Kohäsion nachhaltig geprägt.² In politischer Hinsicht hat sich das Gesellschaftsmodell des »Canadian Mosaic« zu einem nationalen Identitätsmarker, ja fast zu einer Ideologie der sozialen Inklusion entwickelt. Die Statistiken weisen auf einen beeindruckend hohen Grad sozialer Mobilität hin. Kanada ist in der Wahrnehmung seiner Bürger eine »Wohlfühlnation«. De facto ist Kanada allerdings weit davon entfernt, eine egalitäre Gesellschaft zu sein. Kanada ist auch heute noch eine stark vertikal strukturierte Gesellschaft.³ Die kanadische Regierung unterstützt und investiert viel in die Umsetzung von Gleichstellungsnormen und -standards, stößt allerdings im Hinblick auf ihre Implementation immer wieder auf gegenläufige soziale, politische und wirtschaftliche Praktiken. Die Spannung zwischen Wahrnehmung, Überzeugung und Politik auf der einen Seite und sozialer Realität ist groß. Groß ist auch die daraus resultierende Auf-

1 Lammert/Sarkowsky, *Travelling Concepts*; Vertovec, *Migration and Diversity*; Vertovec, *Handbook of Diversity Studies*; McFalls, »Diversity«; Lehmkuhl/Tutschek, *150 Years of Canada*.

2 Taylor, *Multiculturalism and »The Politics of Recognition«*; Bissoondath, *Selling Illusions*; Taylor, *Multiculturalism: Examining*; Cameron, *Multiculturalism*; Banting/Kymlicka, »Canadian Multiculturalism«.

3 Porter, *The Vertical Mosaic* (1968); Heap, *Everybody's Canada*; Hamilton, *Gendering*; Helmes-Hayes/Curtis, *The Vertical Mosaic Revisited*.

gabe für Wissenschaft und Politik, Lösungen zu identifizieren und zu implementieren.

Die folgenden Ausführungen sollen helfen, die historischen Grundlagen und Besonderheiten kultureller, ethnischer und religiöser Pluralität und Diversität in Kanada zu verstehen. Sie wollen die wissenschaftlichen Analysen von Multikulturalität und Diversität historisch einbetten und mit den politischen Bemühungen um die Etablierung von Gleichheits- und Gerechtigkeitsstandards kontrastieren.

1. Historische Grundlagen ethnischer Pluralität in Kanada

Der heutige Staat »Kanada« ist Resultat einer komplexen und durch überlappende Zeitschichten gekennzeichneten Geschichte von Kolonisierung und Dekolonisierung einerseits und Einwanderung und Zurückdrängung der indigenen Bevölkerung im Zuge der siedlerkolonialen Inbesitznahme des nördlichen Territoriums des amerikanischen Doppelkontinents andererseits. Der Wettbewerb zwischen Großbritannien und Frankreich im Kontext der europäischen Expansionsgeschichte kennzeichnet die frühe Kolonialgeschichte Nordamerikas. Während Großbritannien seit dem späten 16. Jahrhundert auf dem Territorium der heutigen USA koloniale Besitzansprüche anmeldete, etablierte sich Frankreich weiter nördlich als Kolonialmacht. Die *Nouvelle France* erreichte Mitte des 18. Jahrhunderts ihre größten territorialen Ausmaße. Die französische Kolonisation Nordamerikas im 17. und 18. Jahrhundert war im Unterschied zur englischen Kolonisation primär ökonomisch motiviert. Die Jagd nach Pelzen und der Pelzhandel bestimmten die Kolonialpolitik. Französische Pelzjäger und Pelzhändler drangen tief in westliche Gegenden des nordamerikanischen Kontinents ein und waren auf indigenes Wissen und die Unterstützung der indigenen Bevölkerung angewiesen. Die französische Interaktion mit den *First Nations* – eines von drei verfassungsmäßig anerkannten indigenen Völkern – verlief in dieser frühen Phase weitgehend konsensuell und kohabitiv.⁴ Konflikte bestanden zwischen den französischen Pelzhandelskompanien und der britischen *Hudsons Bay Company*, die sich als Territorialmacht im Gebiet des heutigen Manitoba etablierte und mit vornehmlich schottischen Pelzjägern und Pelzhändlern kooperierte.⁵ Ähnlich wie die französischen Pelzhandelsakteure waren diese jedoch vor allem an einer friedlichen Zusammenarbeit mit der indigenen Bevölkerung interessiert. Von ihnen lernten sie nicht nur Jagdtechniken, sondern auch wichtige Alltagspraktiken, die ein Überleben in der nordamerikanischen Wildnis sicherstellten.

4 Peers/Podruczny, *Gathering Places*.

5 Schaub, *Métis Communities*.

Aus den Verbindungen zwischen französischen und schottischen Pelzjägern und indigenen Frauen entstand eine Mischgesellschaft – frankophone und anglophone Metis –, die im Laufe des 18. Jahrhunderts eine eigene kulturelle und ethnische Identität entwickelten.⁶ Die Metis gehören heute zusammen mit den *First Nations* und den *Inuit* zu den drei verfassungsmäßig verankerten indigenen Völkern.⁷ Ebenfalls im 18. Jahrhundert entwickelte auch die französische Kolonialgesellschaft eine eigene »nationale« Identität als *Canadiens*.

Der sich im 18. Jahrhundert im Siebenjährigen Krieg entladende britisch-französische Hegemonialkonflikt fand in Nordamerika sein Pendant im *French and Indian War*. Der Frieden von Paris 1763 markiert nicht nur die Niederlage Frankreichs auf dem europäischen Kriegsschauplatz, sondern auch das Ende der französischen Kolonialherrschaft in Nordamerika. Frankreich verlor seine kolonialen Besitzungen in Nordamerika an Großbritannien. Die *Nouvelle France* wurde britische Kolonie. Damit begann eine zweite Phase der Kolonisation. Zwischen 1763 und der Gründung des *Dominion of Canada* im Jahr 1867 kolonisierte Großbritannien die französischen Siedler – die *Canadiens* – und die *First Nations*. Der in den 13 englischen Kolonien und ab 1776 von den Vereinigten Staaten praktizierte Siedlerkolonialismus⁸ bestimmte nun auch in den nördlichen Regionen Nordamerikas das Zusammenleben zwischen europäischen Siedlern und der indigenen Bevölkerung.

Die Konflikte zwischen französischen und britischen Siedlern blieben bestehen, trotz der Bemühungen, sie durch die Gründung von zwei Provinzen – *Upper and Lower Canada*, später Ontario und Québec – die den sprachlich, religiös und rechtlich unterschiedlichen europäischen Gesellschaften eine Heimat geben sollten, räumlich-territorial einzuhegen.⁹ Der britische Generalgouverneur Lord Durham, der in den 1840er Jahren von London in die Provinz Kanada entsandt worden war, um die Konflikte zwischen den beiden Gründungsnationen zu lösen, schrieb nach London zurück: »I expected to find a contest between a government and a people; I found two nations warring in the bosom of a single state: I found a struggle not of principles but of races.«¹⁰ Die bestehenden Spannungen zwischen frankophonen und anglophonen Kanadiern konnten durch die territoriale Trennung nicht behoben oder aufgefangen werden. Der aus der Kolonialgeschichte

6 St-Onge u.a., *Contours of a People*; Lehmkuhl, »Processes of De- and Re-Territorialization«; Laugs, *Materielle Kultur und Erinnerung*.

7 Albert u.a., *Canadian Constitution*.

8 Finzsch, »Siedlerimperialismus und Genozid«; Daschuk, *Clearing the Plains*; Lehmkuhl, *Provincializing the United States*; Scheerer, *Settlers, Surveyors, Speculators*; Shipley, *Canada in the World*.

9 Lehmkuhl, »Geschichte Kanadas«.

10 McNaught/Kirkpatrick, *The Pelican History of Canada*, S. 94.

hervorgegangene sprachliche und kulturelle Dualismus kennzeichnet die neuere Geschichte Kanadas seit der Gründung des Dominion of Canada im Jahr 1867.

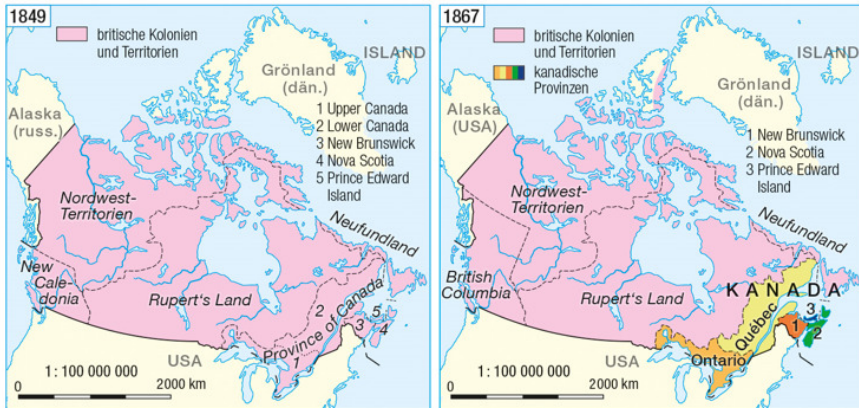


Abbildung 1: Territoriale Entwicklung Kanadas, 1849–1867

Quelle: U. Lehmkuhl [Hg.], *Länderbericht Kanada*, Bonn 2018.

Mit der Gründung des *Dominion of Canada* 1867 begann die Phase der »weißen Dekolonisation« im British Empire. Kanada erhielt einen semi-souveränen Status und durfte sich von nun an innenpolitisch unabhängig aufstellen und entwickeln. Unter dem ersten kanadischen Premierminister John A. Macdonald, Repräsentant der anglophonen politischen Elite Kanadas, wurde die Politik der Anglisierung der ehemaligen französischen Kolonie fortgesetzt und die Kolonisierung der indigenen Bevölkerung durch Landverträge und die systematische Besiedlung und Inbesitznahme des Territoriums durch europäische Einwanderer intensiviert. Im Rahmen seiner »nationalen Politik« setzte Premierminister Macdonald sukzessive die Anglisierung der kanadischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft durch, zu Lasten der frankophonen *Canadiens* und der indigenen Bevölkerung. Im politischen und gesellschaftlichen Diskurs des 19. Jahrhunderts rangierten die frankophonen Kanadier auf der gleichen Kulturstufe wie die indigene Bevölkerung. Sie galten als ungebildet und weitgehend illiterat. Die anglophone kanadische Elite betrachtete sie als ungeeignet für die Übernahme von Führungspositionen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.¹¹

Die Kombination aus nationaler Politik unter der Ägide von Anglo-Dominanz und europäisch geprägtem Siedlerkolonialismus charakterisierte die Phase von 1867 bis in die 1960er Jahre hinein. Im Rahmen der nationalen Politik wurde

¹¹ Lehmkuhl, »Der kanadische Dualismus«.

die anglophone Dominanz im Bereich von Politik, Wirtschaft und Kultur weiter ausgebaut und verfestigt. Der durch eine gezielt geförderte europäische Einwanderung getriebene kanadische Siedlerkolonialismus trug zu einer weitgehenden Zurückdrängung der indigenen Bevölkerung auf ausgewiesene Reservatsgebiete bei.¹² Zusätzlich wurde durch eine Politik der Zwangsassimilierung die indigene Präsenz in der kanadischen Gesellschaft weitgehend ausgelöscht.¹³ Indigene Kinder wurden gezwungen, räumlich weit von ihren Familien entfernt liegende, vornehmlich kirchlich betriebene Internatsschulen (Residential Schools) zu besuchen. In den 1960er Jahren ergänzte ein staatlich gefördertes Programm der Zwangsadoption indigener Kinder primär durch anglophone Familien die Politik der Zwangsassimilation.

Während frankophone Kanadier in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts insbesondere durch ihren Widerstand gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Kontext der kanadischen Beteiligung an den beiden Weltkriegen immer wieder politisch auf ihre Sonderstellung in der kanadischen Gesellschaft und Politik aufmerksam machen konnten, gelang es der indigenen Bevölkerung erst in den 1970er Jahren, nach der Stillen Revolution in Québec, ihre Anliegen politisch zu Gehör zu bringen.¹⁴ Seit den 1970er Jahren veränderte sich nicht nur der politische Umgang mit der frankophonen Bevölkerung, sondern auch – wenn auch deutlich langsamer – der Umgang mit der indigenen Bevölkerung.¹⁵ Die Aufarbeitung der kulturell genozidalen Tendenzen der siedlerkolonialen Vergangenheit begann mit der Einrichtung der *Truth and Reconciliation Commission* im Jahr 2007. Der im Dezember 2015 publizierte sechsbändige Abschlussbericht enthielt 94 Vorschläge »to further reconciliation between Canadians and Indigenous Peoples«.¹⁶

2. Die Stille Revolution: Ein Wendepunkt in der kanadischen Diversitätspolitik

In den 1960er Jahren fand in Québec eine »stille Revolution« statt. Sie richtete sich in ihren Anfängen vor allem gegen die korrupte Politik der konservativen

12 Talbot, *Negotiating the Numbered Treaties*; Dickason/Newbigging, *Indigenous Peoples*; Krasowski/Wheeler, *No Surrender*.

13 Council, *Indian residential schools*; Woolford u.a., *Colonial Genocide*; Knopf, »Das indigene Kanada heute«; Reuter, »Die indigene Geschichte Kanadas«.

14 Ens/Sawchuk, *From New Peoples to New Nations*; Lehmkuhl, »Paradoxes of Resistance and Resilience«.

15 Andersen, »*Métis*«.

16 National Centre for Truth and Reconciliation, University of Manitoba, Reports: <https://nctr.ca/records/reports/>.

Regierung der *Union national* unter Maurice Duplessis. Diese vertrat eine harte anti-kommunistische Haltung, unterdrückte die Gewerkschaftsbewegung, unterstützte den katholischen Klerus und nutzte die Dominanz der katholischen Kirche im Bildungs- und Gesundheitssystem, um eigene politische Interessen durchzusetzen und die eigene Machtposition zu zementieren.¹⁷ Widerstand und Protest gegen diese Politik wurde seit Ende der 1950er Jahre maßgeblich von Intellektuellen, Künstlern und Massenmedien wie *Radio Canada*, der Tageszeitung *Le Devoir* und dem Magazin *Cité Libre* vorbereitet und politisch begleitet. Die »stille Revolution« bedingte einen tiefgreifenden sozialen, religiösen und wirtschaftlichen Wandel in Québec: Säkularisierung, Reform des Gesundheits- und Bildungssystem, Investitionen in die Infrastruktur, Ausbau der staatlichen Dienstleistungen und wohlfahrtstaatlicher Strukturen, Etablierung von Gewerkschaften auch für Staatsbedienstete, wirtschaftliche Reformen, Verstaatlichung großer Unternehmen und die Entwicklung eines Quebecer Nationalbewusstseins kennzeichneten diesen rapiden und fundamentalen Wandlungsprozess.¹⁸ Im Zuge dieses Prozesses entwickelten sich die *Canadians* zu *Québécois*. Sie forderten kulturelle und politische Autonomie und Selbstbestimmung und das Ende der anglophonen Dominanz in Quebec. Sie grenzten sich nicht nur vom anglophonen *Rest of Canada* (ROC) ab, sondern beendeten auch die kulturelle Identifizierung mit und Orientierung am ehemaligen »Mutterland« Frankreich und schlugen einen eigenständigen kulturellen Weg ein.

Die rohstoffreiche Provinz war zu Beginn der 1960er Jahre zutiefst abhängig von ausländischen Investitionen. Amerikanische Konzerne dominierten die Rohstoffindustrie. Als 1962 die *Parti libéral* an die Macht kam und den späteren Gründer der separatistischen *Parti Québécois*, René Lévesque,¹⁹ zum Minister für Rohstoffe berief, wurde die gesamte Elektrizitätswirtschaft verstaatlicht und unter dem Dach des Staatsunternehmens Hydro-Québec zusammengeführt. Lévesque entwickelte in den 1960er Jahren einen nationalistisch-separatistischen Kurs, der mit der Gründung der *Parti Québécois* (PQ) im Jahr 1968 auch parteipolitisch institutionalisiert wurde. Die PQ strebte eine politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Unabhängigkeit Québecks an und konnte sich mit diesem Programm erstmals bei den Wahlen 1976 durchsetzen. Der Wahlsieg beschleunigte die Abwanderung der anglophonen Minderheit in Québec. Viele verlagerten ihre wirtschaftlichen Aktivitäten nach Toronto. Die Regierung der PQ verfolgte nicht nur eine radikale Sprachpolitik, mit der die französische Sprache als kulturelles und nationales Distinktionsmerkmal Québecks etabliert wurde. Sie war auch die ers-

17 Bélanger u.a., *La révolution tranquille*; Choquet, *Identité nationale et multiculturalisme*.

18 Gagnon, *Québec*; Kealey u.a., *Debating Dissent*.

19 Lévesque, *Attendez*; Bédard/Gélinas, *René Lévesque*.

te Regierung, die das Recht der Ureinwohner auf Selbstbestimmung anerkannte, sofern sich diese nicht auf die territoriale Integrität Québécois auswirkte.

Die Bundesregierung in Ottawa verfolgte die radikal-separatistischen Bewegungen mit großer Sorge. Premierminister Lester Pearson richtete im Juli 1963 die *Royal Commission on Bilingualism and Biculturalism* ein, um die Konflikte, die aus der doppelten französisch-britischen Kolonisation und der Politik der Anglo-Dominanz seit der Gründung des *Dominion of Canada* resultierten, zu untersuchen. Die Kommission sollte Vorschläge entwickeln, wie die kanadische Konföderation auf der Grundlage von »equal partnership« der beiden Gründungsnationen weiterentwickelt werden könnte. Dabei sollten auch die Beiträge, die andere ethnische Gruppen zur Entwicklung der kanadischen Gesellschaft und Kultur geleistet hatten, berücksichtigt werden. Das wichtigste politische Ergebnis war der *Official Languages Act* von 1969. Kanada wurde damit offiziell ein bilinguales Land und die Hauptstadt Ottawa wurde zu einer bilingualen Stadt erklärt. Das kanadische Bildungssystem wurde reformiert. Französisch und Englisch wurden in ganz Kanada als obligatorische Schulfächer eingeführt. Alle kanadischen Schulkinder sollten beide Sprachen lernen. 1982 bekamen die meisten Empfehlungen der Kommission Verfassungsstatus. Sprachenrechte wurden darüber hinaus in die kanadische *Charter of Rights and Freedoms*²⁰ integriert.

3. Vom Bilingualismus und Bilingualismus zum Multikulturalismus

Premierminister Trudeau ging in der Umsetzung der Empfehlungen der sogenannten *Bi & Bi Commission* jedoch noch einen Schritt weiter. Die Reduzierung der kanadischen Kultur auf das sprachliche Erbe der beiden Gründungsnationen hätte zur Ausgrenzung der zahlreichen, seit dem späten 19. Jahrhundert in Kanada eingewanderten Ethnien, Sprachen, Kulturen und Ursprungsnationalitäten geführt, die die kanadische Gesellschaft am Ende der 1960er Jahre charakterisierten. Statt dem von der Royal Commission vorgeschlagenen Pfad der Bilingualität und Bilingualität zu folgen, schlug der frankophone Premierminister eine andere, stärker inkludierende Sichtweise auf die durch kulturelle, ethnische und sprachliche Pluralität gekennzeichneten kanadischen Gesellschaft vor und brachte diese in der Politik des Multikulturalismus auf den Punkt. Im Oktober 1971 kündigte Pierre Elliott Trudeau in einer Rede vor dem kanadischen Parlament die Politik des Multikulturalismus mit folgenden Worten an:

20 Vgl. <https://www.canada.ca/en/canadian-heritage/services/how-rights-protected/guide-canadian-charter-rights-freedoms.html>.

We believe that cultural pluralism is the very essence of Canadian identity. Every ethnic group has the right to preserve and develop its own culture and values within the Canadian context. To say we have two official languages is not to say we have two official cultures, and no particular culture is more »official« than another. A policy of multiculturalism must be a policy for all Canadians.²¹

Die kanadische Politik des Multikulturalismus war das Resultat des Aufbegehrens der frankophonen kanadischen Minderheit in den 1960er Jahren. Sie war ein Nebenprodukt oder eine Folge der Bemühungen, die politischen und sozialen Spannungen, die aus dem kanadischen Dualismus resultierten, zu lösen. Die Forderung Québecks, den kulturellen, sprachlichen und letztlich auch politischen Sonderstatus der Provinz innerhalb der kanadischen Föderation anzuerkennen, wurde aufgefangen in einer Politik, die einen schwierigen Spagat versuchte: Die kulturelle Diversität Kanadas wurde zu einer politischen Leitidee erhoben und der Schutz von Minderheiten vor Diskriminierung bei gleichzeitiger Anerkennung der kanadischen Zweisprachigkeit als zentrales Element kanadischer Gesellschaft und Kultur ins Zentrum politischer Fördermaßnahmen und Gesetzgebungsinitiativen gestellt. Die kanadische Politik des Multikulturalismus sollte die Integration von Minderheiten in die kanadische Gesellschaft erleichtern und befördern und dabei zugleich die kanadische Einheit im Rahmen einer Politik der Bilingualität sicherstellen.

Mit der Proklamation der seit 1988 auch gesetzlich verankerten Politik des Multikulturalismus erhielt das Selbstbeschreibungsmodell des »kanadischen Mosaiks«, mit dem sich Kanada von seinem südlichen Nachbarn und dessen auf strikte Assimilation setzenden Politik des »melting pot« absetzen wollte, einen offiziellen Status. Der Begriff *Canadian Mosaic* wurde erstmals 1922 von der amerikanischen Reiseschriftstellerin Victoria Hayward in ihrem Roman *Romantic Canada*²² benutzt. Mit der Publikation des Buches *Canadian Mosaic: The Making of a Northern Nation* im Jahr 1938 avancierte es zu einem Marker kanadischer Einwanderungs- und Integrationspolitik.²³ Seine politische Fort- und Umschreibung erhielt dieses Modell mit der Politik des Multikulturalismus. Ethnisch-kulturelle Selbstbestimmung und die Aufrechterhaltung pluraler ethnisch-kultureller Identitäten innerhalb eines gemeinsamen Staatswesens erreichten spätestens in den 1970er Jahren den Status einer nationalen Ideologie der Inklusion und Diversität. Zu den zentralen Ideen, Werten und Prinzipien dieser nationalen Ideologie gehörten 1. die auf dem Prinzip der Gleichheit basierende Koexistenz ethnischer Gruppen, Sprachen und Kulturen; 2. Toleranz gegenüber ethnischer,

21 Harney, »So Great a Heritage as Ours«, S. 4.

22 Hayward, *Romantic Canada*.

23 Gibbon, *Canadian Mosaic*.

religiöser und kultureller Differenz: Einwanderer sollten ihre Kultur nicht aufgeben, sie sollten nicht zur Assimilation gezwungen werden; 3. institutionalisierter und rechtlich verankerter Bilingualismus als Klammer und Fundament einer ethnisch und kulturell diversen kanadischen Gesellschaft.

Trudeau legte damit das Fundament für eine bis heute andauernde Debatte über den Zusammenhang und das Zusammenwirken zweier radikal unterschiedlicher Sichtweisen auf die konstitutiven Grundlagen der kanadischen Gesellschaft: die historisch-kulturelle Sicht, die die beiden Gründungsnationen ins Zentrum der Betrachtung stellt, und die soziologisch-politische Sicht, die die ethnisch-kulturelle Diversität Kanadas anerkennt und die kulturelle und politische Gleichheit und Gleichberechtigung der unterschiedlichen ethnischen Gruppen innerhalb Kanadas im Rahmen der offiziellen Politik des Bilingualismus postuliert. Kern der kanadischen Politik des Multikulturalismus, wie sie von Pierre Elliott Trudeau etabliert wurde, ist damit die in vielerlei Hinsicht problematische Differenzierung zwischen Sprache und Kultur. In der Rückschau verwundert es nicht, dass die Grundannahme, dass zwischen Sprache und Kultur unterschieden werden könne, sofortige Gegenreaktionen und heftige wissenschaftliche und politische Debatten auslöste.

Die deutlichste Kritik kam aus Québec. Politiker und Wissenschaftler wiesen die vorgeschlagene Politik des Multikulturalismus als Zumutung und sogar als Gefahr für das Überleben der französischen Sprache auf dem nordamerikanischen Kontinent zurück. Der Québecer Soziologe Guy Rocher, der zu den maßgeblichen intellektuellen Triebfedern der Stillen Revolution der 1960er Jahre gehörte, erklärte in einer 1973 erschienenen Buchpublikation, dass die Politik des Multikulturalismus eine »malheureuse innovation« sei. Sie stelle eine der größten Gefahren für das Überleben und die Zukunft der kanadischen Frankophonie dar.²⁴ Zusammen mit anderen frankophonen Soziologen, Philosophen und Politikwissenschaftlern, die in den 1970er und 1980er Jahren die sozialwissenschaftliche Forschung des sich dynamisch entwickelnden und ausdifferenzierenden Québecer Universitätssystems prägten, entwickelte er ein Gegenmodell zum Multikulturalismus: den Interkulturalismus. Dieses Konzept ist in Europa insbesondere in Frankreich breit rezipiert worden. Es prägt die Debatten über den Umgang mit kultureller Pluralität in Kanada und in Europa bis heute.²⁵

Kernstück des Konzepts des Interkulturalismus ist das Majoritäts-/Minoritätsparadigma. Es reiche nicht aus, die französische Sprache und Kultur in Nordamerika als eine Minderheitskultur unter vielen anzuerkennen. Vielmehr müs-

24 Rocher, *Le Québec en mutation*, S. 64.

25 Gagnon, »Plaidoyer pour l'interculturalisme«; Kymlicka, »La politique de la citoyenneté«; Gagnon, »De l'interculturalisme«; Rocher u.a., *Le concept d'interculturalisme*; Bouchard, *L'interculturalisme*.

se der Mehrheitsstatus der frankophonen Kanadier in Québec als politisch und soziokulturell relevanter Faktor berücksichtigt werden. Frankophone Kanadier seien zwar eine Minderheit innerhalb Kanadas und Nordamerikas; sie repräsentierten aber die Bevölkerungsmehrheit in der Provinz Québec und hätten deshalb auch besondere politische Rechte und Pflichten. Im Sinne des mehr als zehn Jahre später, in den 1980er und 1990er Jahren, in den verfassungsrechtlichen Debatten stark gemachten Arguments, dass Québec eine »distinkte Gesellschaft«, mit eigenen rechtlichen, religiösen, sprachlichen und kulturellen Traditionen darstelle, wurde bereits in den 1970er Jahren das Recht eingefordert, eigene politische und rechtliche Wege insbesondere in der Bildungspolitik, der Sprach-, Einwanderungs- und Integrationspolitik zu gehen. Québec habe die Pflicht, das kulturelle Erbe der nordamerikanischen Frankophonie zu sichern und zukunftsfähig zu gestalten.²⁶

Der Widerstand Québecks gegen die Multikulturalismus-Politik der kanadischen Bundesregierung wuchs seit den 1980er Jahren, genährt durch eine sich radikalisierende separatistische Politik und der weiter anwachsenden ethnisch-rassischen Diversität der kanadischen Gesellschaft. Seit der Jahrtausendwende gewinnt ein proto-rassistischer politischer Diskurs in Québec immer mehr Anhänger. Er schlägt sich nieder in einer Wertedebatte, die im Gewand eines republikanistischen Laizismus daherkommt, de facto aber Minderheitenrechte unterläuft und die Bemühungen im Bereich von Gleichstellung und Abbau von diskriminierenden Praktiken durch eine populistische Rhetorik politisiert.²⁷ Die Umsetzung von politischen Maßnahmen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern sollten, wird dadurch erschwert.

4. Die Entwicklung der kanadischen Politik des Multikulturalismus

In der kanadischen Multikulturalismus-Politik lassen sich grob drei Phasen unterscheiden: die 1970er Jahre, die 1980er Jahre und die 1990er Jahre. In den 1970er Jahren fokussierte die Politik auf die Förderung des kulturellen Erbes der unterschiedlichen Einwanderungsnationen. Entsprechend unterstützte die kanadische Regierung folkloristische und kunsthandwerkliche Aktivitäten und Veranstaltungen. Mit der gesetzlichen Verankerung der Politik des Multikulturalismus änderte sich in den 1980er Jahren auch ihre politische Stoßrichtung. Es

26 Rocher u.a., *Le concept d'interculturalisme*; Bouchard, »What is Interculturalism?«; Bouchard, *L'interculturalisme*.

27 Gravel, *Impartialité, objectivité et neutralité?*; Lavoie, *La foi musulmane et la laïcité*; Vuoristo 2017; Lavoie, »Avoir conscience de l'internormativité«.

ging nun primär um die Sicherung gleicher Rechte und den Abbau von diskriminierenden Praktiken und Strukturen. Niederschlag fand diese neue Ausrichtung, die in der Forschung als »equity« oder »rights-based multiculturalism« bezeichnet wird, in den Artikeln der *Charter of Rights and Freedoms*, insbesondere der Sektion 27, und dem *Multiculturalism Act* von 1988. Die kanadische *Charter of Rights and Freedoms* ist Teil der kanadischen Verfassung, die erst seit 1982 unter der Jurisdiktion des kanadischen Supreme Court steht. Bis zur sogenannten »Heimholung« der Verfassung konnten Verfassungsänderungen nur mit Zustimmung des britischen Parlaments durchgeführt werden. Die Integration der *Charter of Rights and Freedoms* in die Verfassung wurde in Kanada kontrovers diskutiert. Québec lehnte dies aus einer Reihe von Gründen ab. Dazu zählte u.a. die Inklusion von Mobilitätsrechten und Rechte, die den Unterricht in Minderheitssprachen an kanadischen Schulen regelten. Kontroversen gab es auch über die in der Charter verankerten Gleichheitsrechte. Die Leitideen der kanadischen Multikulturalismus-Politik schlugen sich in der Sektion 27 nieder, in der es heißt: »This Charter shall be interpreted in a manner consistent with the preservation and enhancement of the multicultural heritage of Canadians.«

Die Integration dieser Sektion in die *Charter of Rights and Freedoms* war die Voraussetzung dafür, dass unter Premierminister Brian Mulroney das kanadische Parlament das Multikulturalismus-Gesetz verabschieden konnte. Dieses Gesetz schreibt gesetzlich fest, dass alle kanadische Staatsbürger vor dem Gesetz gleich sind und das Recht besitzen, ihr kulturelles Erbe zu bewahren, weiterzuentwickeln und zu teilen. Es legt des Weiteren fest, dass durch die Politik des Multikulturalismus die vollständige und gleichwertige Partizipation von Individuen und Gemeinschaften unabhängig von ihrer Herkunft in allen Bereichen der kanadischen Gesellschaft sichergestellt werden soll. Das Gesetz verpflichtet die Bundesregierung und ihre Institutionen, die Durchsetzung dieser Prinzipien und Normen aktiv zu unterstützen.

Mit diesen beiden umfassenden Gesetzesinitiativen wurde in den 1980er Jahren die Grundlage für eine weitere Entwicklung der Multikulturalismus-Politik in den 1990er Jahren gelegt. Nun fokussierte die Politik vor allem auf die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe von Einwanderern und Minderheitengruppen. 1995 wurde der *Employment Equity Act* verabschiedet mit dem Ziel, gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt sicherzustellen, »so that no person shall be denied employment opportunities or benefits for reasons unrelated to ability«.²⁸ Ein Jahr später veränderte sich auch die Politik der Datenerhebung im Rahmen der Arbeit von *Statistics Canada*. Seit 1996 werden gezielt Informationen über visi-

28 Employment Equity Act (S.C. 1995, c. 44), <https://laws-lois.justice.gc.ca/eng/acts/e-5.401/>.

ble Minoritäten gesammelt und damit eine empirische Grundlage für die Identifikation diskriminierender Praktiken und Rassismen gelegt.

Studien zeigen, dass die kanadische Multikulturalismus-Politik gesellschaftlich breit akzeptiert wird und sich auf zentrale Politikbereiche – wie etwa die Einwanderungs- und Integrationspolitik – äußert positiv ausgewirkt hat. Auch rechtsextreme Positionen haben es in Kanada nach wie vor schwer.²⁹ Emma Ambrose und Cas Mudde argumentieren, dass die Kombination von gesteuerter Einwanderung, umfassender Integration und einer deutlichen Zurückdrängung abweichender Positionen durch staatliche Interventionen, der Hauptgrund für das weitgehende Fehlen rechtsextremer Positionen sei. »This unique blend of policies has led to a relatively low level of opposition to multiculturalism and has left little legal and political space for far right politics.«³⁰ Ähnlich wie in anderen OECD-Ländern verschob sich die politische Debatte auch in Kanada seit der Wende zum 21. Jahrhundert auf Fragen des Umgangs mit der dynamisch zunehmenden Diversität der kanadischen Gesellschaft. Debatten um die Richtung und den Inhalt von Multikulturalismus-Politik ebten ab zugunsten einer zunehmenden Beschäftigung mit Fragen des Diversitätsmanagements.³¹

5. Das »vertikale Mosaik«: Die Spezifik von Ungleichheitskonstellationen in Kanada

Trotz dieser positiven Beobachtung im Hinblick auf Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ist auch in Kanada nicht alles eitel Sonnenschein. Bereits die erste umfassende empirische Studie zu Klassen- und Machtstrukturen in Kanada, die 1965 von John Porter vorgelegt worden ist, unterstreicht sehr deutlich, dass das Bild von Kanada als einer offenen, egalitären und demokratischen Gesellschaft ein Mythos ist.³² Kanada war in den 1960er Jahren – und ist dies auch noch heute – eine hierarchisch strukturierte, sozial segmentierte und ökonomisch durch hohe Einkommensunterschiede geprägte Gesellschaft. Ethnisch-kulturelle Faktoren verstärken vorhandene Ungleichheitskonstellationen. Anglophone Kanadier sind in allen Bereichen der kanadischen Wirtschaft und Gesellschaft überrepräsentiert. Sie haben deutlich höhere Mobilitätschancen als frankophone Kanadier oder als Kanadier mit einem anderen ethnischen oder rassischen Hintergrund. Die historisch gewachsenen und tief im sozialen Fun-

²⁹ Ambrose/Mudde, »Canadian Multiculturalism«.

³⁰ Ebd., Abstract.

³¹ McFalls, »Diversity«.

³² Porter, *The Vertical Mosaic* (1965).

dament der kanadischen Gesellschaft verankerten sprachlichen, ethnischen und rassischen Ungleichheitsstrukturen wirken trotz aller politischen Maßnahmen, Ungleichbehandlungen abzubauen und Chancengleichheit zu fördern nach.

Soziale Ungleichheit wird durch eine spezifisch kanadische Wechselwirkung zwischen ethno-kulturellen, rassischen und räumlich-regionalen Aspekten stabilisiert. Die räumlich-regionale Dimension macht Kanada im internationalen Vergleich zu einem Sonderfall. Konflikte, die aus der linguistischen und kulturellen Dualität, der Existenz einer relativ großen indigenen Bevölkerung (fünf Prozent Bevölkerungsanteil) und einer hohen Einwanderungsrate resultieren, werden überlagert und verstärkt durch politische und wirtschaftliche Spannungen zwischen den unterschiedlichen kanadischen Regionen sowie politisierende regionale Identitätsdiskurse: der Bevölkerung des kanadischen Westens beharren auf einer eigenen »Western identity«, ebenso die Bewohner der Atlantik-Provinzen (»Atlantic identity«). Diese konfliktieren mit der dominanten anglophonen Identität, die von der Bevölkerung der Provinz Ontario, in der immerhin gut 40 Prozent der kanadischen Gesamtbevölkerung leben, hochgehalten wird. Die »frankophone Identität« flackert in kleinen Flammen über ganz Kanada verteilt immer wieder auf, ist jedoch in der Provinz Québec, trotz des hohen Grads an kultureller Pluralität dominant. Die Bundesregierung in Ottawa hat es bislang nicht geschafft, die bestehenden regionalen Spannungen und teilweise gegenläufigen politischen Interessen effektiv aufzufangen.

Insgesamt präsentiert sich dem Beobachter das Bild einer komplexen politischen Konstellation sich überlagernder und gegenseitig beeinflussender gesellschaftlicher Spannungen, die durch das Zusammenfallen von global zu beobachtenden Herausforderungen mit spezifisch kanadischen Problemlagen eine eigene Dynamik entwickeln. Wie in vielen anderen Ländern auch steht die kanadische Regierung vor der Herausforderung, die negativen sozialen und wirtschaftlichen Effekte der Globalisierung, die wachsende Diversität der kanadischen Gesellschaft, die zunehmende soziale Differenzierung, die sich vergrößernde sozioökonomische Spaltung der Gesellschaft und die Konflikte zwischen den Generationen politisch aufzufangen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt sicherzustellen. Gleichzeitig muss die kanadische Politik die spezifischen Herausforderungen der kanadischen Dualität, der Unterentwicklung und Unterversorgung der indigenen Bevölkerung, der Zunahme von »racialized groups« (sichtbare Minderheiten), die sich dynamisierende ungleiche wirtschaftliche Entwicklung der verschiedenen kanadischen Regionen und die immer wieder zu Konflikten führende Dominanz anglo-kanadischer Identitätsmuster und Identitätspolitik adressieren. Dies ist eine große Herausforderung für eine Politik, die sich soziale Kohäsion und Gerechtigkeit sowie Abbau von Diskriminierung und Of-

fenheit für kulturelle und ethnische Alterität auf die Fahnen geschrieben und zu einer kanadischen Staatsdoktrin entwickelt hat.

So erstaunt es zunächst wenig, dass quantitative Studien und statistische Erhebungen zeigen, dass Kanada eine hoch segmentierte Gesellschaft ist. Eine die unterschiedlichen Teile dieser Gesellschaft zusammenbindende normative Ordnung ist nur äußerst schwach ausgeprägt. Zugleich zeigen diese Studien aber auch, dass es Kanada im internationalen Vergleich erstaunlich gut gelingt, einen hohen Grad sozialer Kohäsion aufrechtzuhalten. Kanada weist trotz der zunehmenden sozialen Differenzierung und der wachsenden sozioökonomischen Spaltung zudem einen beeindruckend hohen Grad an sozialer Mobilität auf. Viele Beobachter erklären diesen auf den ersten Blick paradox erscheinenden Befund mit der wertebasierten Politik des Multikulturalismus, die die individuelle Bereitschaft, sich sozial zu engagieren und darüber ein Zugehörigkeitsgefühl zu entwickeln, fördere und so die soziale Integration und Kohäsion positiv beeinflusse. Multikulturalismus und Diversität seien die normativen Ankerpunkte, die trotz der großen sozialen Herausforderungen dazu beitragen, sowohl auf der formalen als auch auf der substanziellen Ebene einen hohen Grad an sozialer Kohäsion zu realisieren.³³ Die Bemühungen der Bundes- und Provinzregierungen, durch staatliche Programme und politische Initiativen formale Gleichheit, Anerkennung und Legitimität kultureller, ethnischer und religiöser Differenz zu etablieren, spiegeln sich auf der Ebene der sozialen Outcomes durch einen höheren Grad der Inklusion, ein relativ hohes Zugehörigkeitsgefühl und eine hohe Partizipationsrate der diversen Bevölkerung.³⁴

Das von der kanadischen Regierung im Jahr 1997 etablierte *Social Cohesion Research Network*, an dem zwanzig unterschiedliche wissenschaftliche Einrichtungen partizipierten, kam zu dem interessanten Ergebnis, dass die zentrale Grundlage für soziale Kohäsion und »social citizenship« in der Identifikation der Bürger mit ihrer spezifischen »community« bestehe. Soziale Kohäsion basiere auf der Bereitschaft der Individuen, zur Erreichung gemeinsamer kollektiver Ziele zu kooperieren und Formen der Zusammenarbeit zu etablieren. Die kanadische Politik habe erfolgreich dazu beigetragen, diese individuelle Bereitschaft zur Kooperation zu fördern. Allerdings ließen sich Verwerfungen und Konfliktlinien innerhalb der kanadischen Gesellschaft erkennen, die die Grundlagen der Identifizierung mit der Gemeinschaft schwächen. Hierzu gehört u.a. die Dominanz einer eurokanadischen Identität trotz des hohen Grades an ethnischer und kultureller Di-

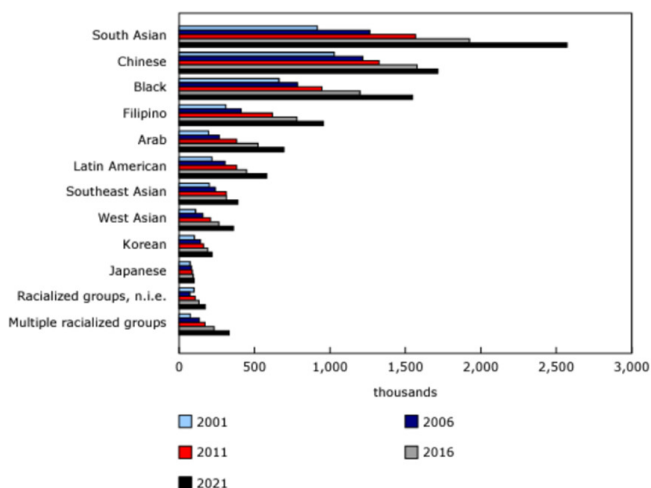
33 Jenson, *Mapping Social Cohesion*; Bernard, *Social Cohesion*; Jenson u.a., *Gendering of Inequalities*; Jenson, *Defining and Measuring*.

34 Jeannotte, *Social Cohesion: Insights from Canadian Research*.

versität und des deutlichen Wachstums von »racialized groups« in Kanada.³⁵ Der kanadische Zensus von 2022 zeigt, dass mittlerweile ein Viertel der kanadischen Bevölkerung einer sogenannten »racialized group« angehört. Hierzu zählen vor allem Menschen aus dem asiatischen Raum, Chinesen, Japaner, Koreaner, aber auch Philippinos, Menschen aus Lateinamerika oder dem arabischen Raum sowie schwarze Kanadier.³⁶

Chart 3

All racialized groups in Canada have been growing from 2001 to 2021



Note(s): In this chart, the concept of "racialized group" is derived directly from the concept of "visible minority." The *Employment Equity Act* defines visible minorities as "persons, other than Aboriginal peoples, who are non-Caucasian in race or non-white in colour." The abbreviation "n.i.e." means "not included elsewhere." This category includes people who provided written responses such as "Guyanese," "Pacific Islander," "Polynesian," "Tibetan" or "West Indian."

Source(s): Census of Population, 2001, 2006, 2016 and 2021 (3901), and National Household Survey, 2011 (5178).

Abbildung 2: Zahl der »racialized groups« (in Tausend), 2001–2021

Quelle: Statistics Canada.

Insbesondere die sichtbaren Minoritäten – in der kanadischen Diktion, die »racialized groups« – haben eine höhere Armuts- und Arbeitslosenrate und sie sind weniger gut ausgebildet als die dominanten frankophonen und anglophonen Gruppen. Deshalb bleiben die Spannungen zwischen Kanadas »founding nations« und den Einwanderergruppen ein zentraler Gegenstand soziologischer und politikwissenschaftlicher Forschung. Aber auch die sozialen Konflikte, die aus dem kanadischen Dualismus resultieren, sind politisch nach wie vor ungelöst und stellen ein wichtiges Forschungsfeld dar. Die weiterhin existierende starke

³⁵ Jenson, *Mapping Social Cohesion*.

³⁶ Statistics Canada, »The Canadian census«.

Marginalisierung der indigenen Bevölkerung Kanadas wird weitgehend isoliert von den übrigen Bereichen politisch diskutiert und wissenschaftlich erforscht. Die kanadische Multikulturalismus-Politik ist in Québec nach wie vor höchst unpopulär und auch bei der indigenen Bevölkerung in hohem Maße umstritten. Beide Gruppen befürchten, dass die Politik ihren rechtlichen und politischen Status negativ beeinflussen könnte, und lehnen sie deshalb ab.

6. Multikulturalismus und »sozialer Zusammenhalt« in der wissenschaftlichen und intellektuellen Debatte

Die wissenschaftliche Debatte um die Vor- und Nachteile der kanadischen Diversitäts- und Multikulturalismus-Politik spiegeln die dargelegten sozialen und politischen Konfliktkonstellationen. Die philosophische, politiktheoretische und kulturwissenschaftliche Beschäftigung mit dem Phänomen »Multikulturalismus« erlebte in den 1990er Jahren einen Höhepunkt. In kurzer zeitlicher Abfolge erschienen zahlreiche Beiträge, die sich dem Thema widmeten. Auf die zentrale Kritik frankophoner Wissenschaftler ist oben bereits eingegangen worden. Gérard Bouchard hat diese Kritik in seinem 2012 bei Boréal erschienenen Buch *L'Interculturalisme. Un point de vue québécois*, das 2015 in englischer Übersetzung erschien, noch einmal zusammengefasst und in die jüngsten Debatten eingeordnet.³⁷ Er kritisiert Multikulturalismus als eine symmetrische Diversitätspolitik, die die Existenz von Mehrheitskulturen ignoriere und plädiert für das Québecer Konzept des Interkulturalismus. Dieses operiere mit dem Dualismus von Mehrheit und Minderheit und könne so die doppelte Position des frankophonen Québec als Minderheitsnation innerhalb eines multinationalen Staatengebildes und einer dominant anglophonen nordamerikanischen Kultur auf der einen Seite und als Mehrheitsnation innerhalb der kanadischen Provinz Québec theoretisch reflektieren. Bouchard bringt das Majoritäts-/Minoritätsparadigma folgendermaßen auf den Punkt: »the francophone majority is itself a precarious minority that needs protection in order to ensure its survival«.³⁸

Kritisch geht auch der aus Trinidad und Tobago stammende kanadische Autor und Essayist Neil Bissoondath mit der kanadischen Politik des Multikulturalismus ins Gericht. Bissoondath steht stellvertretend für die zweite oder dritte Einwanderungsgeneration, die sich häufig selbst als »kanadisch« identifiziert. In seinem nichtfiktionalen Buch *Selling Illusions: The Cult of Multiculturalism in Cana-*

³⁷ Bouchard, *L'interculturalisme*.

³⁸ Ebd., S. 441.

da, das 1994 erschien und 2002 eine Neuauflage erlebte, kritisiert er den kanadischen Multikulturalismus wegen seiner essentialisierenden Sicht auf Ethnizität.³⁹ Insbesondere die erste Phase der kanadischen Multikulturalismus-Politik der 1970er Jahre habe durch die Förderung folkloristischer Veranstaltungen und »ethnischer Festivals« »Kultur« zu einer Ware reduziert und der Exotisierung des Fremden Vorschub geleistet. Multikulturalismus habe so ethnische Differenzen und damit die Spaltung Kanadas eher verstärkt, anstatt durch eine Betonung von Gemeinsamkeiten zur sozialen Kohäsion beizutragen.

Ganz anders bewertet Will Kymlicka, ein in Ontario geborener und an der Queen's University in Kingston lehrender kanadischer Politikwissenschaftler und Philosoph, die kanadische Multikulturalismus-Politik. Kymlicka hat sich in seiner Forschung intensiv mit ethnischer Vielfalt und den Grundlagen einer gerechten Gesellschaftsordnung beschäftigt.⁴⁰ Er gehört zusammen mit Charles Taylor zu den zentralen Befürwortern der Politik des Multikulturalismus.⁴¹ Ausgehend von einem Kriterienkatalog, der sich auch auf andere multi-ethnische Entitäten anwenden lässt, identifiziert Kymlicka zwei kanadische Minderheitennationen: die indigenen Nationen und die Québécois. Beide waren bei der Gründung des Staates bereits präsent und können auf eine Geschichte der Selbstregierung vor der Etablierung des Dominion of Canada zurückblicken. Sie haben eine jeweils eine gemeinsame Kultur und eine gemeinsame Sprache und haben eigene Governance-Institutionen aufgebaut. Kymlicka argumentiert, dass derart definierte nationale Minderheitsgruppen rechtlich durch den Staat geschützt werden müssen, weil sie eine besondere Rolle in der Geschichte des Landes gespielt haben. Zu den Minderheitenrechten, die in Kanada etabliert werden müssten, zählt er Selbstverwaltungsrechte für Québec, besondere Repräsentationsrechte für die indigenen Völker und polyethnische Rechte, die rechtliche und finanzielle Unterstützung für den Schutz spezifischer kultureller Praktiken sicherstellen. In seiner rückblickenden Analyse der bisherigen kanadischen Politik kommt er zu dem Schluss, dass die Multikulturalismus-Politik einen wichtigen Beitrag zur sozialen Kohäsion in Kanada geleistet hat. Er habe empirisch keine Belege dafür gefunden, dass die Multikulturalismus-Politik ethnischen Separatismus gefördert und damit einer Spaltung der kanadischen Gesellschaft Vorschub geleistet hätte.

Auch das 1998 von John Ralston Saul publizierte Buch *Reflections of a Siamese Twin* bezieht die indigenen Nationen explizit in die Betrachtung der kanadischen

39 Bissoondath, *Selling Illusions*.

40 Kymlicka, *Justice in Political Philosophy*; Ders., *Multicultural Citizenship*; Ders., *States, Nations and Cultures*; Ders., *Finding our Way*; Ders., *Politics in the Vernacular*; Ders., *Multicultural Odysseys*.

41 Taylor, *Multiculturalism and »The Politics of Recognition«*; Taylor/Laforest, *Reconciling the Solitudes*; Taylor, *Multiculturalism: Examining*; Bouchard/Taylor, *Building the Future*; Kymlicka/Bashir, *Politics of Reconciliation*; Banting/Kymlicka, »Canadian Multiculturalism«; Kymlicka, »The Three Lives of Multiculturalism«.

Politik ein.⁴² John Ralston Saul lebt in Toronto und ist ähnlich wie Neil Bisson-dath ein kanadischer Autor und Essayist. In seinen Publikationen hat er sich intensiv mit dem Wesen des Individualismus, der Staatsbürgerschaft und der Bedeutung des Gemeinwohls beschäftigt. In seinem Buch geht er der Frage nach, wie Individualismus, Gemeinwohlorientierung und Staatsbürgerschaft die Geschichte und Kultur Kanadas geprägt haben. Er skizziert Kanada als ein Land mit einer flexiblen und komplexen Identität, die seine trianguläre Realität reflektiere. Kanadas nationale Identität baue auf der Kultur und Geschichte von drei Nationen auf: den indigenen Nationen sowie der frankophonen und anglophonen Mehrheitsbevölkerung. Er sieht in der Politik der 1990er Jahre zahlreiche Anzeichen dafür, dass diese drei Nationen bereit sind, aufeinander zuzugehen und Kompromisse zu schmieden, um ein gedeihliches Miteinander zu ermöglichen. Es gäbe einen »positiven Nationalismus«, der kontinuierlich nach einer Reform bestehender Ordnungen strebe, um das Gemeinschaftsleben und das wirtschaftliche Wohlbefinden zu verbessern. Dem stehe allerdings ein »negativer Nationalismus« gegenüber, der einen Krisendiskurs nähre und argumentiere, dass der Staat zunächst einmal die großen nationalen Krisen lösen müsse, bevor er sich mit untergeordneten Problemen beschäftigen könne. Einen solchen »negativen Nationalismus« würden insbesondere die Québécois Separatisten vertreten. Sie würden das Land spalten, anstatt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen. Auf diese Kritik hat u.a. Gérard Bouchard mit einer massiven Gegenkritik reagiert und damit Ende der 1990er Jahren eine intensive intellektuelle Debatte über den Stand der Entwicklung und die Zukunft der kanadischen Gesellschaft und Nation ausgelöst.

7. Sozialer Zusammenhalt in Kanada: Wo stehen wir heute?

Die gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Debatten in Kanada um Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und sozialer Kohäsion sind durch drei Faktoren gekennzeichnet. Den ersten Punkt hatte ich eingangs bereits erwähnt. Die wachsende ethnische und rassische Diversität Kanadas nährt die Abwehrhaltung und den Widerstand Québécois gegen die Politik des Multikulturalismus. Gegner führen verdeckt rassistische Argumente gegen die zunehmende Diversifizierung der kanadischen Gesellschaft ins Feld. Innerhalb Québécois lässt sich dieser implizit rassistische Diskurs vor allem in den Debatten um den Schutz von Minderheitenrechten und um die Frage der Laizität festmachen.

⁴² Saul, *Reflections*.

Im Hinblick auf die Politik des Umgangs mit der indigenen Bevölkerung lässt sich feststellen, dass die politische und rechtliche Anerkennung und der Schutz der indigenen Kulturen einhergeht mit einem Rückzug der Politik aus der Verantwortung für Fragen, die unmittelbar die Grundlagen indigener Wohlfahrt betreffen. Staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Umweltverschmutzung und Armut oder staatliche Interventionen, um die relativ hohe Rate der Selbsttötung bei indigenen Kindern zu bekämpfen, fehlen oder treten hinter den großen Fragen der Gewährung rechtlicher Autonomie und Anerkennung zurück.

Die auch von den Vereinten Nationen vertretene Maxime der »reasonable accommodation« unterstützt zwar grundsätzlich eine positive Politik des Minderheitenschutzes, verstärkt aber gleichzeitig konservative Tendenzen. So müssen öffentliche Einrichtungen in Kanada nur dann religiöse und kulturelle Praktiken von Minderheiten respektieren und adaptieren, wenn dadurch keine anderen Rechte und Freiheiten beeinträchtigt werden. Diese offene Regelung lässt viel Raum für Schlupflöcher mit dem Ergebnis, dass dominante Normen und Praktiken im Zweifelsfall bewahrt werden, zum Nachteil benachteiligter und weniger mächtiger Gruppen. Die konservative resp. konservierende Tendenz des Prinzips der »reasonable accommodation« konterkariert Maßnahmen und Gesetze, die darauf zielen, einen möglichst hohen Grad an Einkommens- und Vermögensgerechtigkeit und einen hohen Grad gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Teilhabe zu realisieren.

Durch gezielte Maßnahmen, die die Beteiligung an Gemeinschaftsaktivitäten fördern und die Entwicklung gemeinsamer Werte, starker sozialer Netzwerke und kooperativer Problemlösungsmechanismen anregen, will die kanadische Diversitätspolitik die Wirksamkeit der Gleichstellungsgesetzgebung und der initiierten Maßnahmen zur Förderung von Gleichheit und Vielfalt stärken, um so mittel- und langfristig den sozialen Zusammenhalt zu verbessern. Empirische Untersuchungen zeigen jedoch, dass diese Bemühungen bislang noch wenig erfolgreich waren. Die Schere zwischen Arm und Reich geht auch in Kanada immer weiter auseinander. Kanada ist nach wie vor ein »vertikal« strukturiertes Mosaik. Allerdings zeigen diese empirischen Untersuchungen auch, dass die kanadische Gesellschaft im OECD-Vergleich einen ausgesprochen hohen Grad an sozialer Mobilität aufweist.

Die hier dargelegten widersprüchlichen oder zumindest in einem Spannungsverhältnis stehenden Entwicklungen zeigen deutlich, dass wir weitere Forschung benötigen, um die Mechanismen zu identifizieren, die gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Kohäsion durch Partizipation, bürgerschaftliches Engagement und sanften Formen politischer Steuerung verbessern helfen.

Literatur

- Albert, Richard/Daly, Paul/MacDonnell, Vanessa (Hg.) (2019), *The Canadian Constitution in Transition*, Toronto.
- Ambrose, Emma/Mudde, Cas (2015), »Canadian Multiculturalism and the Absence of the Far Right«, in: *Nationalism and Ethnic Politics*, Jg. 21, H. 2, S. 213–236.
- Andersen, Chris (2014), »Métis: Race, Recognition, and the Struggle for Indigenous Peoplehood, Vancouver.
- Banting, Keith/Kymlicka, Will (2010), »Canadian Multiculturalism: Global Anxieties and Local Debates«, *British Journal of Canadian Studies*, Jg. 23, H. 1, S. 43–72.
- Bédard, Éric/Gélinas, Xavier (Hg.) (2014), *René Lévesque. Chroniques politiques*, Montréal.
- Bélanger, Yves/Comeau, Robert/Métivier, Céline (Hg.) (2000), *La révolution tranquille. 40 ans plus tard – un bilan*, Montréal.
- Bernard, Paul (1999/2000), *Social Cohesion: A Dialectical Critique of a Quasi-Concept? SRA-491/CPRN*, Ottawa: Strategic Research and Analysis Directorate, Department of Canadian Heritage.
- Bissoondath, Neil (1994), *Selling Illusions: The Cult of Multiculturalism in Canada*, Toronto.
- Bouchard, Gérard (2011), »What is Interculturalism?«, *McGill Law Journal*, Jg. 56, H. 2, S. 435–468.
- (2012), *L'interculturalisme: un point de vue québécois*, Montreal.
- Bouchard, Gérard/Taylor, Charles (2008), *Building the Future: A Time for Reconciliation*, Québec: Commission de consultation sur les pratiques d'accommodement reliées aux différences culturelles.
- Cameron, Elspeth (2004), *Multiculturalism and Immigration in Canada*, Toronto.
- Choquet, Sabine (2015), *Identité nationale et multiculturalisme: deux notions antagonistes*, Paris.
- Council, Nuw-chah-nulth Tribal (1996), *Indian residential schools: The Nuw-chah-nulth experience. Report of the Nuw-chah-nulth Tribal Council Indian residential school study, 1992–1994*, Port Alberni, B.C.
- Daschuk, James W. (2013), *Clearing the Plains: Disease, Politics of Starvation, and the Loss of Aboriginal Life*, Regina, Saskatchewan.
- Dickason, Olive Patricia/Newbigging, William (2019), *Indigenous Peoples within Canada: A Concise History*, Don Mills, Ontario.
- Ens, Gerhard John/Sawchuk, Joe (2016), *From New Peoples to New Nations: Aspects of Métis History and Identity from the Eighteenth to the Twenty-First Centuries*, Toronto.
- Finzsch, Norbert (2006), »Siedlerimperialismus und Genozid in den Vereinigten Staaten und Australien«, in: Lehmann, Hartmut/Schnurmann, Claudia (Hg.), *Atlantic Understandings: Essays on European and American History in Honor of Hermann Wellenreuther*, Münster, S. 271–285.
- Gagnon, Alain-G. (1992), *Québec – au-delà de la Révolution tranquille*, Montréal.
- Gagnon, Alain (2000), »Plaidoyer pour l'interculturalisme«, *Possibles*, Jg. 24, H. 4, S. 11–25.
- Gagnon, Nicole (2008), »De l'interculturalisme«, *On Multiculturalism. (English)*, Jg. 49, H. 3, S. 523–535.
- Gibbon, John Murray (1938), *Canadian Mosaic*, Toronto.
- Gravel, Stephanie (2016), *Impartialité, objectivité et neutralité? Étude de pratiques enseignantes en éthique et culture religieuse au Québec* (Université de Montréal: PhD Dissertation). <https://papyrus.bib.umontreal.ca/xmlui/handle/1866/18461>.
- Hamilton, Roberta (1996), *Gendering the Vertical Mosaic: Feminist Perspectives on Canadian Society*, Toronto.

- Harney, Robert F. (1988), „So Great a Heritage as Ours: Immigration and the Survival of the Canadian Polity«, *Daedalus*, Jg. 117, H. 4, S. 51–97.
- Hayward, Victoria (1922), *Romantic Canada*, Toronto.
- Heap, James L. (Hg.) (1974), *Everybody's Canada: The Vertical Mosaic Reviewed and Re-examined*, Toronto.
- Helmes-Hayes, Richard C./Curtis, James E. (Hg.) (1998), *The Vertical Mosaic Revisited*, Toronto.
- Jeanotte, M. Sharon (2003), *Social Cohesion: Insights from Canadian Research*, SRA-788, https://socialsciences.uottawa.ca/governance/sites/socialsciences.uottawa.ca.governance/files/social_cohesion.pdf.
- Jenson, Jane (1998), *Mapping Social Cohesion: The State of Canadian Research*, CPRN Study No. F/03, Ottawa: Strategic Research and Analysis Directorate, Department of Canadian Heritage and Canadian Policy Research Networks.
- (2010), *Defining and Measuring Social Cohesion*, London.
- Jenson, Jane/Laufer, Jacqueline/Maruani, Margaret (Hg.) (2000), *The Gendering of Inequalities: Women, Men, and Work*, Aldershot/Burlington.
- Kealey, Gregory S./Campbell, Lara/Clément, Dominique (Hg.) (2012), *Debating Dissent: Canada and the Sixties*, Toronto.
- Knopf, Kerstin (2018), »Das indigene Kanada heute«, in: Lehmkuhl, Ursula (Hg.), *Länderbericht Kanada*, Bonn, S. 222–253.
- Krasowski, Sheldon/Wheeler, Winona (2019), *No Surrender: The Land Remains Indigenous*, Regina, Saskatchewan.
- Kymlicka, Will (Hg.) (1992), *Justice in Political Philosophy*, Aldershot, Brookfield, VT.
- (1995a), *Multicultural Citizenship: A Liberal Theory of Minority Rights*, Oxford/New York.
- (Hg.) (1995b), *The Rights of Minority Cultures*, Oxford.
- (1997), *States, Nations and Cultures*, Amsterdam.
- (1998), *Finding our Way: Rethinking Ethnocultural Relations in Canada*, Toronto.
- (2000), »La politique de la citoyenneté et de l'interculturalisme au Québec: Défis et enjeux«, in: Greven-Borde, H./Tournon, J. (Hg.), *Les identités en débat, intégration ou multiculturalisme?*, Paris, S. 269–294.
- (2001), *Politics in the Vernacular: Nationalism, Multiculturalism, and Citizenship*, Oxford, UK/New York.
- (2007), *Multicultural Odysseys: Navigating the New International Politics of Diversity*, Oxford.
- (2015), »The Three Lives of Multiculturalism«, in: Guo, Shibao/Wong, Lloyd (Hg.), *Revisiting Multiculturalism in Canada. Theories, Policies and Debates*, Rotterdam, S. 17–35.
- Kymlicka, Will/Bashir, Bashir (Hg.) (2008), *The Politics of Reconciliation in Multicultural Societies*, Oxford.
- Lammert, Christian/Sarkowsky, Katja (Hg.) (2010), *Travelling Concepts: Negotiating Diversity in Canada and Europe*, Wiesbaden.
- Laugs, Christoph (2023), *Materielle Kultur und Erinnerung. Sash, Mokassins und Beadwork als Mittel der Konstruktion und Artikulation von Metisness*, Münster.
- Lavoie, Bertrand (2017), *La foi musulmane et la laïcité, entre régulation publique et négociation quotidienne* (Université de Montréal: PhD Dissertation). <https://papyrus.bib.umontreal.ca/xmlui/handle/1866/18526>.

- Lavoie, Bertrand (2019), »Avoir conscience de l'internormativité: contribution à l'étude de la conscience du droit en con-texte pluraliste«, *McGill Law Journal/Revue de droit de McGill*, Jg. 64, H. 3, S. 415–445.
- Lehmkuhl, Ursula (2016), »Paradoxes of Resistance and Resilience: The Pitfalls of Métis Renaissance since the 1970s«, in: Suchacka, Weronika/Lutz, Hartmut/Kricka, Anna (Hg.), *Canadian Sites of Resistance: Solidarity–Struggle–Change (?)* [Transcanadiana: Polish Journal of Canadian Studies 8, Special Issue], S. 52–72.
- (2018a), »Der kanadische Dualismus: Franko- und anglophone Politik und Gesellschaft«, in: Dies. (Hg.), *Länderbericht Kanada*, Bonn, S. 114–122.
 - (2018b), »Die Geschichte Kanadas von der europäischen Kolonisation bis zum Beginn des Kalten Krieges«, in: Dies. (Hg.), *Länderbericht Kanada*, Bonn, S. 60–110.
 - (2022), »Processes of De- and Re-Territorialization and Practices of Placemaking and Belonging: The Red River Métis«, in: Harders, Levke/Schnicke, Falko (Hg.), *Practising Borders: Belonging to Empires, Nations, and Regions in the Nineteenth and Twentieth Centuries*, Oxford, S. 33–60.
- Lehmkuhl, Ursula/Bischoff, Eva/Finzsch, Norbert (Hg.) (2014), *Provincializing the United States: Colonialism, Decolonization, and (Post)colonial Governance in Transnational Perspective*, Heidelberg.
- Lehmkuhl, Ursula/Tutschek, Elisabeth (Hg.) (2020), *150 Years of Canada: Grappling with Diversity since 1867*, Münster.
- Lévesque, René (1986), *Attendez que je me rappelle*, Montréal.
- McFalls, Laurence (2016), »Diversity: A Late 20th Century Genealogy«, in: Lehmkuhl, Ursula/Lüsebrink, Hans-Jürgen/McFalls, Laurence (Hg.), *Spaces of Difference: Conflicts and Cohabitation*, Münster, S. 47–60.
- McNaught, Kenneth/Kirkpatrick, William (1975), *The Pelican History of Canada*, Harmondsworth/Baltimore.
- Peers, Laura Lynn/Podruczny, Carolyn (Hg.) (2010), *Gathering Places: Aboriginal and Fur Trade Histories*, Vancouver.
- Porter, John (1968), *The Vertical Mosaic. An Analysis of Social Class and Power in Canada*, Toronto.
- Porter, John A. (1965), *The Vertical Mosaic. An Analysis of Social Class and Power in Canada*, Toronto.
- Reuter, Nina (2018), »Die indigene Geschichte Kanadas«, in: Lehmkuhl, Ursula (Hg.), *Länderbericht Kanada*, Bonn, S. 194–221.
- Rocher, François/Labelle, Micheline/Field, A.-M./Icart, J.-C. (2008), *Le concept d'interculturalisme en contexte québécois: généalogie d'un néologisme. Rapport de recherche, no. 3*, Montréal: Commission de consultation sur les pratiques d'accommodement reliées aux différences culturelles.
- Rocher, Guy (1973), *Le Québec en mutation*, Montréal.
- Saul, John Ralston (1997), *Reflections of a Siamese Twin: Canada at the End of the Twentieth Century*, Toronto.
- Schaub, Lisa (2020), *Métis Communities in Red River: Territory, Identity, and Racialization, 1821–1885* (Trier University: Dr. phil. Dissertation).
- Scheerer, Hanno (2014), *Settlers, Surveyors, Speculators, and the State: Struggles for Control over Land in Ohio's Virginia Military District, 1776–1810* (Trier University: Dr. phil. Dissertation).
- Shipley, Tyler A. (2020), *Canada in the World: Settler Capitalism and the Colonial Imagination*, Halifax, Nova Scotia.

- St-Onge, Nicole/Podruchny, Carolyn/Macdougall, Brenda (Hg.) (2012), *Contours of a People: Metis Family, Mobility, and History*, Norman.
- Statistics Canada (2022), »The Canadian census: A rich portrait of the country's religious and ethnocultural diversity, Released at 8:30 a.m. Eastern time in *The Daily*, Wednesday, October 26, 2022«, *Statistics Canada catalogue no. 11-001-X*: <https://www150.statcan.gc.ca/n1/en/daily-quotidien/221026/dq221026b-eng.pdf?st=AirEOyWy>.
- Talbot, Robert J. (2009), *Negotiating the Numbered Treaties: An Intellectual and Political Biography of Alexander Morris*, Saskatoon, SK.
- Taylor, Charles (1992), *Multiculturalism and »The Politics of Recognition«: An Essay*, Princeton.
- (1994), *Multiculturalism: Examining the Politics of Recognition*, Princeton.
- Taylor, Charles/Laforest, Guy (Hg.) (1993), *Reconciling the Solitudes: Essays on Canadian Federalism and Nationalism*, Montréal.
- Vertovec, Steven (Hg.) (2014), *Migration and Diversity*, Cheltenham.
- (Hg.) (2015), *Routledge International Handbook of Diversity Studies*, London.
- Vuoristo, Kaisa (2017), *Republicanism Recast: How the »Veil Affairs« Transformed French Republican Ideology and Public Discourse (2004–2014)* (Université de Montréal: PhD Dissertation). <https://papyrus.bib.umontreal.ca/xmlui/handle/1866/19601>.
- Woolford, Andrew John/Benvenuto, Jeff/Hinton, Alexander Laban (Hg.) (2014), *Colonial Genocide in Indigenous North America*, Durham.

Social cohesion im südlichen Afrika: Diskurse, Institutionen und Praktiken

Constanze Blum

Abstract

Dieser Beitrag analysiert die Entwicklung der Debatte zum Begriff der *social cohesion* in Namibia, Simbabwe und Südafrika, und fragt, welche Vokabularien, Institutionen und Praktiken dabei entstanden sind. Konzeptionell eng verbunden mit dem Begriff des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind die Versöhnungsdiskurse, die nach der Unabhängigkeit und der Machtübernahme durch Befreiungsbewegungen in den drei ehemaligen Siedlerkolonien entfaltet wurden. Dieses Kapitel basiert auf der Auswertung von Parlamentsdebatten, Reden, Regierungsdokumenten sowie Expert:inneninterviews. Einem qualitativen und transdisziplinären Forschungsansatz verpflichtet, wird eine vergleichende Perspektive eingenommen, die gleichzeitig sensibel für die Historizität der Beobachtungen sowie transnationale Verschränkungen im Sinne eines Kulturtransfers ist. Durch die Kontextualisierung des globalen Trendwortes *social cohesion* für die Region des südlichen Afrikas leistet dieses Kapitel einen empirischen Beitrag zu einem besseren Verständnis dafür, wie divers der Begriff auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene diskutiert und konstruiert wird.

Keywords: Südliches Afrika; Versöhnung; Post-Apartheid; Transnationalismus; Kulturtransfer

Wer im südlichen Afrika nach gesellschaftlichem Zusammenhalt oder *social cohesion* fragt, erntet vor allem irritierte Blicke. »What exactly do you mean by social cohesion?« ist eine häufige – und legitime – Reaktion vieler Gesprächspartner:innen. Während der Begriff seit 2015 in Deutschland zunehmend in den Medien und im öffentlichen Raum gebraucht wird, ist dies im südlichen Afrika in der Regel nicht (mehr) der Fall. Man muss also lernen, andere Fragen zu stellen, um in den Themenkomplex *social cohesion* einzusteigen. Dies bedeutet auch, auf andere, gebräuchlichere Begrifflichkeiten zurückzugreifen, zum Beispiel auf Versöhnung (*reconciliation*), zunehmend auch auf ökonomische Gerechtigkeit und Freiheit (*economic justice* bzw. *economic freedom*).

In diesem Beitrag wird untersucht, wie sich die Nutzung des Begriffs *social cohesion* seit dem Zeitpunkt, an dem ehemalige Unabhängigkeitsbewegungen durch Wahlen in Simbabwe (1980), Namibia (1990) und Südafrika (1994) an die Macht gekommen sind, entwickelt hat und welche Institutionen und politischen Praktiken daraus entstanden sind. Das Hauptaugenmerk liegt auf Regierungs- und Oppositionsdiskursen, die *social cohesion* seit den 2000er Jahren zunehmend – aber über die Region verteilt sehr ungleichmäßig – nutzen.¹ Zur Beantwortung der Forschungsfrage werden *ad verbum*-Protokolle der Parlamentsdebatten (*Hansard*)² in den drei Ländern analysiert. Der Schwerpunkt liegt auf Beiträgen, in denen Abgeordnete und Regierungsvertreter:innen explizit auf *social cohesion* bzw. *reconciliation* Bezug nehmen, zwei Begriffe, die in dem regionalen post-kolonialen und post-Apartheid-Kontext konzeptionell eng miteinander verbunden sind. Zusätzlich werden öffentlich zugängliche Regierungsdokumente, Zeitungsartikel sowie Reden von Regierungsvertreter:innen in die Analyse einbezogen, insbesondere die jährlichen *State of the Nation Addresses* (SONA) der Staats- und Regierungschefs.³

1 Das Hauptaugenmerk dieses Artikels liegt auf Regierungs- und Oppositionsdiskursen zu *social cohesion*. Selbstverständlich gibt es eine Vielzahl anderer Akteure, die diese Debatte mitprägen und konkurrierende Vorstellungen darüber haben, was *social cohesion* bedeutet (z.B. Zivilgesellschaft wie NGOs bzw. *social movements*, Kirchen). Das gleiche gilt für den Versöhnungsbegriff, siehe z.B. für Simbabwe: »In Zimbabwe, reconciliation has proved to be a multifaceted project, grounded in local initiatives and institutions, which theorise reconciliation somewhat differently to the State« (Fisher, »Zimbabwe's discourse of national reconciliation«, S. 27).

2 Untersucht wurden Debatten der *National Assemblies* sowie der gemeinsamen Sitzungen (*joint sessions*) beider Kammern, d.h. mit dem *National Council* (Namibia), dem *National Council of Provinces* (Südafrika) und dem *Senate* (Simbabwe). Diese sind nur zum Teil auf den Webseiten der jeweiligen Parlamente verfügbar. Ergänzt wurden die online verfügbaren Sammlungen für diesen Artikel mit Hilfe von Mitarbeitenden der Parlamentsbibliotheken in Windhoek, Kapstadt und Harare, denen hiermit ein großer Dank ausgesprochen wird.

3 In vielen anglophonen Ländern der Region stellt die jährliche *state of the nation address* eine gängige Praxis dar, zur Parlamentseröffnung das Regierungsprogramm vorzustellen. Analysiert wurden für alle drei Ländern die SONAs zwischen 2015 und 2022, wo auffindbar auch SONAs aus früheren Jahren.

Während sich vor allem zu Südafrika ein langsam wachsendes Korpus an Forschungs- und Policy-Dokumenten zu *social cohesion* entwickelt, gibt es bisher keine Analyse der regionalen Versöhnungs- und Zusammenhaltsdiskurse, die explizit Verflechtungen zwischen den Ländern im südlichen Afrika in den Blick nimmt. Auch wird dem seit über 20 Jahren existierenden und ausgeprägten Diskurs zu *social cohesion* in Südafrika in der globalen Forschung bisher so gut wie keine Beachtung geschenkt. Zudem sind aufgrund der schrittweise erfolgten Digitalisierung zahlreicher *Hansards* mittlerweile neue Einblicke in wesentliche Teile der *Parlamentsprotokollsammlungen* möglich geworden – wenn auch für Simbabwe und Namibia noch nicht lückenlos. Dieser Artikel basiert auf der Sichtung dieses neuen Materials und nimmt eine vergleichende Perspektive ein, die gleichzeitig sensibel für transnationale Verschränkungen und gegenseitiges Aufeinander-Bezug-Nehmen im Sinn eines Kulturtransfers ist.⁴ Demnach nähere ich mich den drei Ländern nicht als nebeneinanderher existierende und isolierte »Container« an, sondern als historisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch auf vielen Ebenen miteinander verwobene Einheiten.⁵ Dieser Beitrag kontextualisiert den Begriff des gesellschaftlichen Zusammenhalts für das südliche Afrika und leistet somit einen empirischen Beitrag zu einem besseren Verständnis dieses globalen Trendwortes, das auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene sehr unterschiedlich debattiert und konstruiert wird.

1. Die Historizität der Debatte um nationale Versöhnung als Voraussetzung für *social cohesion* in der Region

Simbabwe, Namibia und Südafrika teilen ein ähnliches historisches Erbe. Im Vergleich zu anderen Ländern Afrikas, die zum größten Teil in den frühen 1960er Jahren unabhängig wurden, erlangten die früheren europäischen Siedlerkolonien vergleichsweise spät ihre Unabhängigkeit: Simbabwe am 18. April 1980, Namibia am 21. März 1990. In Südafrika markierten die ersten freien und demokratischen Wahlen vom 26. bis 29. April 1994 das offizielle Ende des Apartheid-Re-

⁴ Vgl. Middell, »Kulturtransfer, Transferts culturels«; Ders., »The Intercultural Transfer Paradigm«.

⁵ Aufgrund seiner kontextspezifischen Begriffsgenese ist eine direkte Übersetzbarkeit des Begriffs *social cohesion* (z. B. in gesellschaftlichen Zusammenhalt) nicht gewährleistet. Aus diesem Grund wird in diesem Kapitel der englische Begriff genutzt. Für eine breitere Debatte zur Übersetzbarkeit siehe Deitelhoff u. a., *Gesellschaftlicher Zusammenhalt*.

In Südafrika wird der Stand von »Versöhnung« jährlich im *Reconciliation Barometer* abgebildet (vgl. Institute for Justice and Reconciliation (IJR), <https://www.ijr.org.za/south-african-reconciliation-barometer-survey/>, aufgerufen am 16. Januar 2023). In Namibia und Simbabwe gibt es kein vergleichbares Instrument.

gimes. Alle drei Länder wurden politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich stark vom Apartheidsystem geprägt. Die soziale Ungleichheit in der Region ist eine der höchsten weltweit⁶ und manifestiert sich zum großen Teil entlang der historisch definierten *race groups*.⁷ Als ehemalige Siedlerkolonien weisen sie einen substantiellen Anteil weißer Bevölkerung auf.⁸ Die drei Regierungsparteien, der *African National Congress* (ANC) in Südafrika, die *South-West African Peoples' Organization* (SWAPO Party, früher SWAPO of Namibia) in Namibia und die *Zimbabwe African National Union – Patriotic Front* (ZANU-PF) in Simbabwe sind alle ehemalige nationale Befreiungsbewegungen, die langwierige und verlustreiche antikoloniale Kämpfe führten und sich schließlich in politische Parteien umwandelten. Sie teilen eine ähnliche politische Kultur,⁹ die sich beispielsweise in einer spezifischen Erzählung des »Unabhängigkeitskampfes« (des *struggle*) niederschlägt.¹⁰ Die Glorifizierung der eigenen Rolle und ein daraus abgeleiteter Anspruch, bis zum heutigen Tag in allen Handlungen den Willen des Volkes zu verkörpern, sind zentrale diskursive Elemente einer spezifischen Variante des Populismus ehemaliger Befreiungsorganisationen an der Macht im südlichen Afrika.¹¹ Um den Sammelbegriff Versöhnung (*reconciliation*) und um die Frage, wie aus historisch und sozioökonomisch stark gespaltenen und über Jahrzehnte segregierten Gesellschaften

6 Zum Beispiel gemessen anhand des Gini Koeffizienten. Südafrika und Namibia mit einem jeweiligen Gini Koeffizienten von 63 (2014) und 59,1 (2015) sind zwei der Länder mit der größten Ungleichheit weltweit. Simbabwe wies 2019 einen Koeffizienten von 50,3 auf (Weltbank, https://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.GINI?end=2021&name_desc=false&start=2014, aufgerufen am 16. Januar 2023).

7 Ich nutze in diesem Beitrag den englischen Begriff *race*, da dies auch in deutschsprachigen akademischen Texten zu Postkolonialismus gängige Praxis ist. Eine direkte Übersetzbarkeit des Begriffs ins Deutsche ist nicht gegeben (vgl. Neue Deutsche Medienmacher, »Glossar: »Race«). Seit den 1950er Jahren war im südlichen Afrika die Klassifizierung unterschiedlicher *race groups* gesetzlich festgelegt. Der Population Registration Act No. 30 von 1950 in Südafrika zum Beispiel teilte die südafrikanische Bevölkerung in verschiedene *race groups* ein: *white*, *black* (oder »*native*«), *Asian/Indian* und *coloured* (Union of South Africa, Population Registration Act), die während der Apartheid gleichzeitig als politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Kategorien fungierten. Die Begriffe *Black*, *Asian/Indian* und *Coloured* werden heute auch als Selbstbezeichnungen verwendet und weiterhin in offiziellen Regierungsdokumenten sowie Befragungen (z.B. Zensus) geführt.

Es ist im deutschen wissenschaftlichen Kontext heute zunehmend üblich, *Black* bzw. Schwarz als politische Selbstbezeichnung groß und *weiß* klein und kursiv als Zeichen für eine gesellschaftspolitische Machtposition zu schreiben, was ich in diesem Text übernehme.

8 Die Anzahl der weißen Simbabwe:innen hat sich seit 1980 von ca. 230.000 auf ca. 30.000 in 2022 verringert. Das sind zwischen 0,2 und 0,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Im letzten nationalen Zensus (2022) wurde *race* allerdings nicht als Kategorie geführt. In Namibia sind ca. fünf Prozent der rund 2,5 Millionen Einwohner:innen *weiß*, in Südafrika 4,6 Millionen der geschätzten 60 Millionen Einwohner:innen (ca. sieben Prozent der Gesamtbevölkerung).

9 Siehe Melber, »From Liberation Movements to Governments«; Southall, *Liberation Movements in Power*.

10 Vgl. Ranger, »Nationalist Historiography, Patriotic History and the History of the Nation«.

11 Melber, »Liberation Movements as Governments«; Ders., »Populism in Southern Africa«.

eine neue nationale Einheit (*national unity*) geschaffen werden kann, drehten sich insbesondere in den ersten Jahren nach Unabhängigkeit zahlreiche Parlamentsdebatten und Redebeiträge hochrangiger Regierungsvertreter:innen.¹² Während der Begriff *reconciliation* in den 1980er (für Simbabwe) und 1990er Jahren (für Namibia und Südafrika) stark diskutiert wurde, ist erst ab den 2000er Jahren das Aufkommen des Begriffs *social cohesion* zu beobachten, der die Debatten über *reconciliation* teilweise ersetzt hat.¹³

1.1 Frühe Versöhnungsdiskurse: Simbabwe als Referenz für die Region

Simbabwe wurde 1980 unabhängig, zehn Jahre vor Namibia und 14 Jahre vor den ersten freien Wahlen in Südafrika. Hieraus ergibt sich eine zeitversetzte Debatte um das Thema Versöhnung und die Frage, wie nach der Unabhängigkeit nationale Einheit hergestellt werden kann. Diese Debatte wurde in allen drei Parlamenten unmittelbar nach deren jeweiliger Konstituierung aufgegriffen. Mit dem *Lancaster House Agreement* endete im Dezember 1979 der blutige Befreiungskampf gegen das rassistische Regime von Premierminister Ian Smith, das 1965 einseitig die Unabhängigkeit Südrhodesiens von Großbritannien erklärt hatte.¹⁴ Der Befreiungskampf wurde von zwei Guerillagruppierungen angeführt, der *Zimbabwe Peoples Revolutionary Army* (ZIPRA) und der *Zimbabwe African National Liberation Army* (ZANLA). ZANLA war der militärische Flügel der von Robert Mugabe angeführten Befreiungsbewegung ZANU, die schließlich die ersten Wahlen am 14. Februar 1980 gewann. Dem *Lancaster House Agreement* gingen dreimonatige Verhandlungen voraus, in denen die Absicherung der wirtschaftlichen Interessen der weißen Bevölkerung für Smiths Verhandlungsfraktion eine wesentliche Rolle spielte und die zum großen Teil in der Abschlussvereinbarung verankert wurden. Beispielsweise wurde entschieden, dass hinsichtlich der eminent aufgeladenen Landfrage das Prinzip des *willing buyer-willing seller* (Ver- und Ankauf von Land zu Marktpreisen) für mindestens zehn Jahre gelten sollte.¹⁵

12 Für Simbabwe siehe z.B. Republic of Zimbabwe, National Assembly Hansard, Motion Presidential Speech: Debate on Address, 22. Mai 1980, und Republic of Zimbabwe, National Assembly Hansard, Motion Presidential Speech: Debate on Address, 28. Mai 1980. Für Namibia siehe z.B. Republic of Namibia, National Assembly Hansard, Motion on national reconciliation, 18. Mai 1990, S. 97 ff. Ebenfalls fanden zahlreiche Debatten zu verwandten Themenfeldern statt, wie z.B. »transitional justice« und »nation-building«.

13 Für Südafrika vgl. Lefko-Everett u. a., *Rethinking Reconciliation evidence*, S. 8. Siehe auch das *discussion paper* für das United Nations Development Programme (UNDP) (Lefko-Everett, *Towards a measurement of social cohesion in Africa*).

14 Die sogenannte Unilateral Declaration of Independence (UDI) wurde am 11. November 1965 ausgerufen.

15 Southern Rhodesia, Constitutional Conference, Para. CV.

Bereits kurz nach der ersten Wahl im Februar 1980 hielt Mugabe eine Grundsatzrede, in der er eine Politik der Versöhnung skizzierte:

I urge you, whether you are black or white, to join me in a pledge to forget our grim past, forgive others and forget, join hands in a new amity, and together as Zimbabweans, trample upon racialism, tribalism and regionalism, and work hard to reconstruct and rehabilitate our society [...] Let us deepen our sense of belonging and engender a common interest that knows no race, colour or creed. Let us truly become Zimbabweans with a single loyalty.¹⁶

In dieser Rede bezog sich Mugabe nicht nur auf die zukünftige Beziehung zwischen weißen und Schwarzen Simbabwe:innen (»trample upon racialism«), sondern auch auf die Beziehungen innerhalb der Schwarzen Bevölkerung (»tribalism and regionalism«), die in unterschiedlichen Guerillafraktionen gekämpft hatten. Das Versöhnungsnarrativ, mit dem die Republik Simbabwe in die ersten Jahre ihrer Existenz startete, wird zumeist als Strategie Mugabes interpretiert, existente Spannungen innerhalb des Landes – sowohl zwischen *race groups* als auch zwischen politischen Fraktionen – einzudämmen.¹⁷ Ein solcher Diskurs hatte auch das Ziel, Ängsten von Minderheiten zu begegnen und den gefürchteten Exodus weißer Simbabwe:innen zu verhindern, die eine zentrale Rolle für die landwirtschaftliche Produktion spielten.¹⁸ Er basierte also auf politischem und wirtschaftlichem Realismus.¹⁹ Gleichzeitig wurden Minderheiten explizit für das anstehende *nation-building* einplant.²⁰ Ein zentraler Eckpunkt der sogenannten Versöhnungspolitik war ein breiter Amnestieerlass und ein Fokus auf »Vergeben und Vergessen«.²¹ Dies betraf nicht nur die rhodesische Armee und die weiße Bevölkerung, die von dem rassistischen *white minority*-Regime profitiert hatte, sondern bedeutete ebenfalls, dass keine Aufarbeitung der im Rahmen des Krieges begangenen Gewalttaten von ZANLA und ZIPRA an der Zivilbevölkerung stattfand.²²

16 Address to the Nation by R. Mugabe (Prime Minister Elect), 4. März 1980, zitiert nach Baumhögger u.a., *The Struggle for Independence*, S. 1389. Dieser Diskurs steht in starkem Kontrast zu späteren Reden Mugabes, insbesondere nach der Jahrtausendwende. Beispielhaft für die Veränderung des Diskurses ist eine Rede auf einem ZANU-PF Parteikongress in Harare im Dezember 2000: »Our party must continue to strike fear in the heart of the white man, our real enemy [...]. The white man is not indigenous to Africa. Africa is for Africans. Zimbabwe is for Zimbabweans« (CNN, »Zimbabwe's Mugabe«).

17 Vgl. Fisher, »Zimbabwe's discourse of national reconciliation«, S. 40.

18 1979 wurden 90 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion auf *white-owned farms* erwirtschaftet (Fisher, »Zimbabwe's discourse of national reconciliation«, S. 32). Mugabe adressierte ebenfalls die *Asian community* im Land und forderte sie dazu auf, sich aktiv im *nation-building* einzubringen (ebd.).

19 Ebd., S. 40.

20 Ebd., S. 32–33.

21 Mugabe beschwor beispielsweise in seiner »Independence Message« am 17. April 1980: »The wrongs of the past must stand forgiven and forgotten« (zitiert nach Baumhögger u.a., *The Struggle for Independence*, S. 1443).

22 Die Thematik des ZIPRA-ZANLA Konflikts kommt regelmäßig im Parlament auf, insbesondere bei der Frage nach Ressourcenverteilung und Veteranendiäten (siehe z.B. Republic of Zimbabwe, National As-

Die 1980 gebildete Einheitsregierung (*government of national unity*, GNU), die sowohl die *Rhodesian Front* (RF) von Smith, die PF-ZAPU (*Patriotic Front – Zimbabwe African People's Union*) von Joshua Nkomo und die ZANU-PF von Mugabe vereinte, stellte einen ersten Institutionalisierungsversuch der *national reconciliation policy* in Form von politischer Machtteilung dar.²³

Gleichzeitig gab es neben der deklarierten Versöhnungspolitik auch eine Versöhnungspraxis. Beamtenpensionen blieben abgesichert. Weiße Simbabwer:innen waren weiterhin Teil des Regierungsapparats. Der Britisch-Simbabwer Denis Norman wurde beispielsweise zum ersten Landwirtschaftsminister der neuen Regierung ernannt (1980–1985). Smith, Hauptrepräsentant des ehemaligen »weißen« Südrhodesiens, wurde Abgeordneter im Parlament und wurde bis zu seinem Tod 2007 nicht für seine Taten als südrhodesischer Premierminister vor Gericht gestellt.²⁴ Die Versöhnungspolitik hatte (zumindest mittelfristig) in der Hinsicht Erfolg, dass ein großer Teil der weißen Bevölkerung vorerst im Land blieb.²⁵ In Zusammenhang mit Mugabes rhetorischem Fokus auf individueller bzw. persönlicher Transformation als Voraussetzung für ein neues Simbabwe²⁶ entstand auch das Sinnbild einer internen Migration der weißen Bevölkerung, die einen imaginären Fluss, der Südrhodesien von Simbabwe trennte, überqueren musste.²⁷ Es entwickelte sich aber bereits in den frühen 1980er Jahren Unmut über den »weißen« Umgang mit Versöhnung. Eine klare Positionierung zu der post-1980-Ordnung und die Einnahme einer proaktiven Rolle im Versöhnungsprozess, zum Beispiel durch öffentliche Entschuldigungen, blieben weitgehend aus.²⁸

sembly Hansard, Motion Report of the portfolio committee on Defence, Home Affairs and Security Services on the petition regarding the welfare of war veterans, Harare, 13. November 2019).

23 »Unfortunately, this commitment did not translate into a coherent policy or project, and the necessary institutions and pre-conditions for social cohesion, healing and reconciliation never took shape« (Zambara, »The Prospects for Social Cohesion, Healing and Reconciliation in Zimbabwe«, Para. 4).

24 Garantierte Sitze für weiße Abgeordnete (über die sogenannte *white electoral roll*) im Parlament wurden im Einklang mit der Verfassung im Jahr 1987 abgeschafft, u.a. auch aufgrund einer zunehmenden Enttäuschung über die »white response to reconciliation« (Fisher, »Zimbabwe's discourse of national reconciliation«, S. 44).

25 Emigration wurde von der neuen Regierung oftmals als metaphorisches Barometer für Versöhnung genutzt (siehe Fisher, »Zimbabwe's discourse of national reconciliation«, S. 36).

26 Ebd., S. 30.

27 Ebd., S. 31.

28 »A representative of Zimrights, a civil rights group launched in 1992, said that »dialogue has been missing since 1980. When Mugabe reconciled, the whites did not publicly say anything. To date blacks do not know whether they accepted reconciliation« (ebd., S. 50). Dem liegt das Argument zugrunde, dass ein »attitudinal understanding of reconciliation« keine »echte« Versöhnung herbeiführen könne (ebd., S. 45).

Eine weitere zentrale Herausforderung für nationale Versöhnung stellte die staatliche Gewalt in den 1980er Jahren im Südwesten des Landes dar.²⁹ In Matabeleland und den Midlands, traditionelle Kerngebiete des politischen Einflusses von Nkomo, verübten Regierungstruppen zwischen 1982 und 1987 unter dem Deckmantel einer Operation gegen »Dissidenten« genozidale Massaker an der Zivilbevölkerung, euphemistisch bekannt als *Gukurahundi*.³⁰ Über 20.000 Menschen wurden getötet, zum größten Teil Mitglieder der Volksgruppe der Ndebele. Von Regierungsseite wird *Gukurahundi* bis heute als gezielte und notwendige Aktion gegen einzelne »Dissidenten«, die für Apartheid-Südafrika gearbeitet hätten, verharmlost.³¹ Die Gräueltaten sind bis heute nicht aufgearbeitet: Opferzahlen werden von der Regierung nicht anerkannt, eine Vielzahl menschlicher Überreste wurde noch nicht exhumiert, und die Täter wurden nie zu Rechenschaft gezogen.³² Die anhaltende Straflosigkeit und die Involvierung führender ZANU-PF Parteimitglieder stellen bis heute einen zentralen Stolperstein für nationale Versöhnung dar.³³ Durch eine erzwungene Fusion von ZAPU und ZANU im Rahmen des sogenannten *Unity Accords* am 22. Dezember 1987 entledigte sich Mugabe *de facto* seines größten politischen Opponenten Nkomo, während Opfer der Massaker und ihre Nachfahren bis heute auf Anerkennung und Wiedergutmachung warten. *Gukurahundi* hat die Regionen Matabeleland und Midlands nachhaltig geprägt und zu einer zunehmenden ethnisch-regionalen Polarisierung beigetragen.³⁴ Dennoch wird der 22. Dezember, der Tag des *Unity Accords*, bis heute

29 Ebd., S. 51.

30 Ein euphemistischer (Shona)-Begriff, der oftmals für die Gräueltaten der sogenannten Fünften Brigade genutzt wird, die in den 1980er Jahren in Matabeleland und den Midlands verübt wurden. Übersetzt bedeutet er ungefähr »die Spreu vom Weizen trennen« (»the early rain which washes away the chaff before the spring rains«).

31 Tatsächlich kam es in den 1980er Jahren auch zu zahlreichen von Südafrika und ihren Handlangern verübten Anschlägen in Simbabwe.

32 Das wohl bekannteste Beispiel ist der aktuelle Präsident Simbawes, Emmerson Mnangagwa, der von 1980 bis 1988 Sicherheitsminister und somit einer der Hauptverantwortlichen für *Gukurahundi* war.

33 Seit der Machtübernahme Mnangagwas im November 2017 kann eine gewisse Öffnung hinsichtlich der öffentlichen Erinnerung zu *Gukurahundi* beobachtet werden. Im Oktober 2019 übertrug Mnangagwa die Aufarbeitung an lokale traditionale Autoritäten (*chiefs*). Obwohl dies von mancher Seite als Chance und Schritt in die richtige Richtung interpretiert wird, zeigen im November 2022 in Bulawayo durchgeführte Interviews, dass die signalisierte Öffnung des Diskursraums mit Vorsicht zu genießen ist, da sie in einer Kontinuität von Kooptations-, Kontroll- und Aneignungsstrategien des ZANU-PF Regimes gesehen werden kann (Interview 5, Vertreterin Zivilgesellschaft, 16. November 2022, Bulawayo, Simbabwe; Interview 6, Vertreter Zivilgesellschaft, 17. November 2022, Bulawayo, Simbabwe; Interview 7, Vertreter Zivilgesellschaft, 18. November 2022, Bulawayo, Simbabwe). Ob wirklich Fortschritte bei Aufarbeitung und Wiedergutmachung gemacht werden, bleibt abzuwarten. Wissenschaftliche Veröffentlichungen zu *Gukurahundi* innerhalb Simbawes sind nach wie vor ein schwieriges Unterfangen und selten. Für eine der wenigen Ausnahmen siehe Mpofu/Makombe, *Memory and Erasure*.

34 Siehe z.B. Centre for Innovation and Technology (2020).

als Tag der Nationalen Einheit gefeiert. Sowohl die Einheitsregierung als auch der *Unity Accord* können formell den Versuchen in den 1980er Jahren zugerechnet werden, Institutionen um den Begriff Versöhnung zu schaffen, stellen aber vor allem Machtteilungsinstrumente der neuen politischen Eliten dar.

Die fehlende Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen vor 1980 durch das »blanket pardon«³⁵ des *Lancaster House Agreements* wird von vielen zivilgesellschaftlichen Stimmen für eine Kultur der Straflosigkeit mit verantwortlich gemacht, die bis heute in Simbabwe anhält.³⁶ In Bezug auf *Gukurahundi* übernahmen vor allem die Kirchen, z. B. die *Catholic Commission for Justice and Peace in Zimbabwe* (CCJPZ), aber auch andere zivilgesellschaftliche Organisationen eine aktive Rolle, Aufarbeitung voranzutreiben, die von der Regierung nicht nur strategisch ignoriert, sondern auch aktiv untergraben wird. Der renommierte Bericht »Breaking the Silence«, den die CCJPZ 1997 gemeinsam mit der *Legal Resources Foundation* (LRF) veröffentlichte, war ein erster wichtiger Meilenstein in der Dokumentierung und Aufarbeitung von *Gukurahundi*.³⁷ Alternative Ansätze, die sich von der offiziellen Regierungslinie unterscheiden und beispielsweise Wiedergutmachung in Form von Entschädigung und Rehabilitierung für die Opfer der organisierten staatlichen Gewalt als Voraussetzung für nationale Versöhnung ansehen, werden bis heute unterdrückt.³⁸

Eine fortschreitende Autokratisierung des Regimes in Simbabwe sowie ein Umschwung des Versöhnungsmantras wurde in den frühen 1990er Jahren bemerkbar,³⁹ zeigte sich aber besonders deutlich seit Beginn der sowohl chaotischen als auch gewaltsamen Landenteignungsprozesse ab dem Jahr 2000. In den frühen 2000er Jahren lag der politische Fokus zunehmend auf der Frage ungleichen Landbesitzes – die Enteignungen vornehmlich weißer Simbawwer:innen wurden als dritte *Chimurenga* (Befreiung) oder Revolution bezeichnet⁴⁰ –,

35 Fisher, »Zimbabwe's discourse of national reconciliation«, S. 50.

36 Ebd., S. 50–51.

37 CCJPZ & LRF, *Breaking the Silence, Building True Peace*.

38 Siehe z. B. Eppel, 2020. Aktuelle Beispiele sind die regelmäßige Zerstörung oder Entwendung von *Gukurahundi* Erinnerungstafeln, über die nationale Medien und Zivilgesellschaft regelmäßig berichten (Harris, »Another Gukurahundi memorial plaque stolen«; Crisis in Zimbabwe Coalition, »Destruction of Gukurahundi Bhalagwe Memorial Plaque Appalling«).

39 »Where reconciliation had at its introduction stood for ›togetherness‹, the building of trust and a sense of commonality, the meaning, now changed, simply spelt ›one must agree with ZANU PF‹« (Fisher, »Zimbabwe's discourse of national reconciliation«, S. 39 auf Basis von Interviews mit der *Commercial Farmers Union*, CFU).

40 *Chimurenga* (Shona, oder in isiNdebele: »Umvukela«) bedeutet übersetzt etwa »Befreiungskampf«. Gemäß der dominanten Geschichtserzählung in Simbabwe bezeichnet die erste *Chimurenga* den anti-kolonialen Widerstand in den 1890er Jahren, damals gegen Cecil Rhodes und die British South Africa Company (BSAC). Die zweite *Chimurenga* stellte der bewaffnete Widerstand gegen Ian Smith und die UDI in den 1960er und 1970er Jahren dar. Als dritte *Chimurenga* wurden von der ZANU-PF Regierung die

der Frage nach Staatsangehörigkeit und danach, wer »echte:r« Simbabwer:in war (und wer nicht).⁴¹ Sowohl Vertreter:innen von ZANU als auch von ZAPU, die seit 2008 wieder als eigenständige Partei operierte, »emphasised that the authentic citizens were to be the »sons and daughters of the soil« as opposed to the alien whites (*amabhunu*)«. ⁴² Diese Entwicklungen waren eng mit Debatten um eine vorangetriebene neue Definition von »citizenship in non-civic terms«⁴³ verbunden, die unter dem Schlagwort *indigenization* geführt wurden und die nicht nur unvorteilhaft für weiße Bürger:innen sondern auch für andere nicht-Shona-sprechende Bevölkerungsgruppen waren.⁴⁴

Eine institutionelle Unterfütterung des Versöhnungsgedankens, die über Machtteilung politischer Parteien hinausging, kam erst in den späten 2000er Jahren in Bewegung. Nach den Wahlen im März 2008, die von massiver Gewalt gegen Demonstrant:innen gezeichnet waren, wurde ein Abkommen zwischen ZANU-PF und den zwei wichtigsten Oppositionsparteien unterzeichnet (das sogenannte *Global Political Agreement*, GPA). Es kam durch Vermittlung der Regionalorganisation *Southern African Development Community* (SADC) zustande und sah unter anderem vor, einen Mechanismus zur Förderung von »equality, national healing, cohesion and unity« zu schaffen.⁴⁵ Hieraus entstand das *Organ for National Healing, Reconciliation and Integration* (ONHRI), das zum Ziel hatte, zu einem »Umfeld von Toleranz und Respekt unter Simbabwer:innen« beizutragen.⁴⁶ Das Organ blieb aber größtenteils untätig und wurde nach einer weiteren umstrittenen und von Gewalt begleiteten Wahl 2013 durch eine nationale Friedens- und Versöhnungskommission (*National Peace and Reconciliation Commission*, NPRC) ersetzt.⁴⁷ Die Kommission ist seit 2018 aktiv. Ihre Arbeit wird von großen Teilen der Zivilgesellschaft kritisch betrachtet.⁴⁸

Farminvasionen in den frühen 2000er Jahren betitelt. Mnangagwa-Anhänger:innen bezeichnen seine Machtübernahme 2017 oftmals als vierten *Chimurenga*.

41 Vgl. Mlambo, »Mugabe on Land, Indigenization, and Development«. Siehe z.B. das am 9. März 2008 verabschiedete Gesetz *Indigenisation and Economic Empowerment Bill* (Republic of Zimbabwe, 2008).

42 Ndlovu-Gatsheni, »Africa for Africans or Africa for »Natives« Only?«, S. 66.

43 Ebd., S. 69.

44 Ebd.

45 Republic of Zimbabwe, *Global Political Agreement* (GPA), 15. September 2008, Art. 7.

46 Ebd., Art. 7.1 (d): »[...] strive to create an environment of tolerance and respect among Zimbabweans and that all citizens are treated with dignity and decency irrespective of age, gender, race, ethnic, place of origin or political affiliation«.

47 Siehe Republic of Zimbabwe, 2013, Kap. 12.

48 Es fehle sowohl an den nötigen Ressourcen, um die ambitionierten Pläne umsetzen zu können, als auch an aktivem *leadership* und politischem Willen (Interview 6, Vertreter Zivilgesellschaft, 17. November 2022, Bulawayo, Simbabwe). Vor dem Hintergrund der für 2023 anstehenden Wahlen ist die Zukunft der NPRC zudem ungewiss (Interview 5, Vertreterin Zivilgesellschaft, 16. November 2022, Bulawayo, Simbabwe).

1.2 Nationale Versöhnung als Reizthema der Opposition in Namibia

Zehn Jahre nach Simbabwe wurde Namibia 1990 nach langem antikolonialen Kampf – zuerst gegen das Deutsche Reich und dann gegen das Apartheid-Südafrika – unabhängig.⁴⁹ Mitglieder von SWAPO, die den Befreiungskampf anführten, hielten bereits Ende der 1980er Jahre im angolanischen Exil in verschiedenen Planungstreffen fest, wie eine neue Ordnung im unabhängigen Namibia aussehen sollte. Am 23. Mai 1989 beschloss das SWAPO-Zentralkomitee eine *Policy of National Reconciliation*.⁵⁰ Anders als in Simbabwe, wo der Begriff *reconciliation* erst 2013 in die Verfassung Eingang fand, wurde er in Namibia direkt in der Präambel der ersten Verfassung verankert.⁵¹ Zu erwähnen ist außerdem Artikel 141, der – ähnlich wie in Simbabwe – die Positionen und Pensionen aller Beamten:innen aus Zeiten des *white minority*-Regimes garantierte.⁵² Somit entstand auch in Namibia eine Versöhnungspraxis, die über die diskursive Ebene hinausging.

Parlamentsdebatten aus den frühen 1990er Jahren zeigen, dass die von SWAPO-Mitgliedern oft erwähnte, aber in vielerlei Hinsicht unkonkret gebliebene Versöhnungspolitik einen Streitpunkt darstellte. Ein erster Entschließungsantrag der Opposition forderte bereits wenige Tage nach Bildung des Parlaments eine Klärung der aus Sicht des Antragstellers schwammigen *reconciliation policy* der SWAPO.⁵³ Der jungen Regierungspartei wurde zudem vorgeworfen, dass die

49 Nach deutscher Kolonialherrschaft, die 1884 begann und mit dem Ersten Weltkrieg endete, erlebte das Land eine *de facto* zweite Kolonialisierung durch Südafrika, das nach Ende des Zweiten Weltkrieges vom Völkerbund als Mandatsmacht für das damalige »Südwestafrika« eingesetzt wurde. Das Mandat wurde Südafrika 1966 von den Vereinten Nationen (VN) wieder entzogen, nachdem es Südwestafrika nicht – wie von den VN gefordert – in die Unabhängigkeit entlassen hatte. Südafrika hielt aber an der Besatzung fest, übertrug Apartheidgesetze auf das Gebiet, und es folgte ein jahrelanger Befreiungskampf.

50 »SWAPO of Namibia at its Central Committee meeting of 23rd May 1989, in Luanda, Republic of Angola amongst others, decided at the onset to adopt a policy of national reconciliation in order to foster peace and harmony. This decision was taken with full view that Namibia will be free and independent (Republic of Namibia, Minister of Home Affairs and Immigration, Frans Kapofi, National reconciliation and nation-building. Contribution to the motion before the house, 23. Juni 2020, S. 2).

51 Republic of Namibia, Constitution, Para. 5.

52 Ebd., Art. 141. Vgl. auch Präsident Sam Nujoma: »Peace and reconciliation have a high price tag, and in keeping with Article 141 of our Constitution, the majority of the civil servants who served in the eleven ethnic administrations have to be retained [...]. But this is something which must be done in the name of peace and reconciliation« (Republic of Namibia, Official opening of the National Assembly by President Nujoma, 15. Mai 1990, S. 30). Als symbolisches Beispiel der Versöhnung wurde z.B. Piet Fouché, der unter Apartheid als hochrangiger Offizier in der South West African Police (SWAPOL) tätig war, 1990 zum ersten Polizeichef ernannt.

53 Im Mai 1990 brachte Moses Katjuongua, der frühere Anführer der *National Patriotic Front* (NPF), diesbezüglich einen Entschließungsantrag in das Parlament ein, der über vier Sitzungen diskutiert wurde (am 18. Mai, 21. Mai, 28. Mai, und 29. Mai 1990).

von ihr konzipierte Versöhnungspolitik hauptsächlich den parteieigenen Interessendiene – insbesondere einer Annäherung an die vornehmlich *weiße* wirtschaftliche Elite.⁵⁴ Die Fragen nach Posten- und Ressourcenverteilung standen hierbei im Vordergrund. Der ehemalige Außenminister (1990–2002), Premierminister (2002–2005) und Sprecher der Nationalversammlung (2005–2015) Namibias, Theo-Ben Gurirab, berichtet in einem Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Verfassung von einem Treffen zwischen ihm, dem damaligen SWAPO-Präsidenten Sam Nujoma und dem Diamantenproduzenten De Beers Anglo-American Consolidated Diamond Mining im Jahr 1988:

On that occasion he [Oppenheimer's son, Nicholas Oppenheimer] and his colleagues asked SWAPO President Nujoma to indicate to all present to say the kind of things that Comrade Robert Mugabe had started saying about national reconciliation in Zimbabwe.⁵⁵

Dies zeigt das starke Interesse transnationaler Unternehmen in der Region, enge Beziehungen mit den potentiell neuen Regierungen zu pflegen und mit Hilfe des Schlagwortes »Versöhnung« auf Kontinuität (d.h. ohne Umverteilung) hinzuwirken. Der Austausch zwischen De Beers und der zukünftigen Regierungspartei Namibias unterstreicht gleichzeitig auch die regionale Ausstrahlung des Versöhnungsdiskurses Simbabwe in den späten 1980er Jahren.

Die im Exil entworfenen politischen Konzepte, wie auch das der nationalen Versöhnung, wurden stark von den Erfahrungen beeinflusst, die SWAPO-Kämpfer:innen in Angola und anderen Nachbarländern im Exil gemacht haben. Nach 1990 wurde in Namibia – ähnlich wie in Simbabwe – das *forgive and forget*-Manttra bekräftigt. Inhaftierungen, Folter und außergerichtliche Tötungen von der Spionage bezichtigten Mitkämpfer:innen durch SWAPO-Generäle waren schon in den 1980er Jahren im Rahmen des sogenannten *spy drama* bekannt geworden (oft auch als *spy gate* bzw. *spy crisis* bezeichnet). Bis heute kam es noch zu keinen Gerichtsprozessen oder Entschädigungszahlungen. Für Angehörige der rund zweitausend Vermissten gibt es nach wie vor keine Klarheit darüber, was in den Gefangenencamps wie dem berüchtigten »Lubango Dungeon« in Südafrika geschehen ist.⁵⁶ Informationen über Exilaktivitäten werden von der SWAPO weiter

54 Die Parlamentsdebatte endete am 29. Mai 1990 ohne Erfolg. Für eine detaillierte Diskussion der Debatte, siehe du Pisani (o.D.). Es war auch Katjiuongua, der in der ersten Sitzung der Nationalversammlung eine gerichtliche Untersuchungskommission für das sogenannte »detainee issue« forderte, also die Frage nach Gerechtigkeit für während des Befreiungskampfes gefolterte und getötete SWAPO-Anhänger:innen, die der Spionage für Südafrika bezichtigt worden waren. Dieser Vorstoß führte zwar zu einer »spirited debate«, war aber am Ende nicht erfolgreich (Conway, »Truth and Reconciliation«, S. 68).

55 Gurirab, »The genesis of the Namibian Constitution«, S. 115.

56 Viele der Gräueltaten wurden von ehemaligen SWAPO-Gefangenen dokumentiert, wie von dem *Political Consultative Committee of Ex-SWAPO Detainees*, das im Juli 1989 einen Bericht zu von SWAPO begangenen Menschenrechtsverletzungen veröffentlichte (Political Consultative Committee, 1989). Für mehr Infor-

zurückgehalten, obwohl eine Offenlegung vor allem seit den späten 1990er Jahren immer wieder von zivilgesellschaftlichen Strukturen gefordert wird.⁵⁷ Von dem *forgive and forget*-Mantra, formalisiert durch einen Amnestieerlass von 1989, profitierten also auch zahlreiche, mitunter hochrangige SWAPO-Mitglieder.⁵⁸

In Namibia stellte *reconciliation* vor allem einen der Mechanismen dar, durch den die SWAPO sich eine politische Vormachtstellung sichern und wirtschaftlich konsolidieren konnte. »Reconciliation was not a moral project, but an elite project.«⁵⁹ Versöhnungspolitik ist deshalb im Zusammenhang mit einer allgemeinen »politics of elite accomodation« zu sehen, die die Umbruchsphase um 1990 prägte.⁶⁰

In many cases, »national reconciliation«, however defined, became subsumed under the political projects of national reconstruction, state-building and consolidation and nation-building. These projects inevitably invested »national reconciliation« with a statist charge, and this in turn, tended to empty it from moral content. In the case of postcolonial Namibia, »national reconciliation« became the overture to the symphony of state- and nation-building.⁶¹

Wie in der ganzen Region ist das Thema Versöhnung eng mit der Frage nach einer Landreform verwoben.⁶² Spätere »Generationen« von Versöhnungsdebatten im namibischen Parlament thematisierten aber auch öffentliche Erinnerungs-

mationen zu Lubango siehe z.B. Saul/Leys, »Lubango and after« sowie Williams, *National Liberation in Postcolonial Southern Africa*.

57 Siehe z.B. die »Breaking the Wall of Silence« (BWS) Bewegung in Namibia (vgl. Conway, »Truth and Reconciliation«, S. 69) sowie die Initiativen der *Namibia Human Rights Society* (NHRS), die u.a. eine Klage beim Internationalen Strafgerichtshof gegen drei hochrangige SWAPO Mitglieder einreichte. Der *Council of Churches of Namibia* (CCN) nimmt ebenfalls eine wichtige Rolle in Versöhnungs- und Aufarbeitungsdebatten um Menschenrechtsverletzungen während des Unabhängigkeitskrieges ein. Besondere öffentliche Aufmerksamkeit erreichte das Thema im Jahr 1996 durch die Buchveröffentlichung »Namibia – The Wall of Silence« von Reverend Siegfried Groth.

58 Republic of Namibia, 7. Juni 1989, Amnesty Proclamation AG 13 of 7 June 1989. Die Frage, warum Namibia keine eigene *Truth and Reconciliation Commission* einsetzte wurde von mehreren Autor:innen untersucht (siehe z.B. Dobell, »Silence in context«; Conway, »Truth and Reconciliation«; Höhn, »International Justice and Reconciliation in Namibia«). Conway argumentiert, dass dies vor allem auf die ungelöste »detainee«-Thematik zurückzuführen ist (S. 71).

59 Interview 2, Forscher, 22. Februar 2022, Windhoek, Namibia.

60 Ebd.

61 du Pisani, o.D., Para. 2.

62 Siehe z.B. die *Motion on Land Reform* von Mai 1991 (Republic of Namibia, National Assembly Hansard, Motion on Land Reform, Windhoek, 28. Mai 1991, S. 278 ff.).

Als die *Motion on reconciliation* am 16. April 1991 erneut durch den Abgeordneten Muyongo eingebracht wurde, ist vor allem die Wichtigkeit von sozioökonomischen Faktoren, die Versöhnung mitbedenken sollte, hervorgehoben worden (Republic of Namibia, National Assembly Hansard, Motion on Reconciliation, Windhoek, 16. April 1991, S. 26: »[...] the need to relate the policy of reconciliation with social justice, land reform, better housing and a programme to create jobs for the unemployed [...]).

politik⁶³ und potentielle Reparationszahlungen sowie eine Wiedergutmachung Deutschlands für den Genozid an Herero und Nama zwischen 1904 und 1908, vor allem im Vorfeld des sogenannten Versöhnungsabkommens mit der Bundesrepublik, das im Sommer 2021 geschlossen wurde.⁶⁴ Die Versöhnungssemantik in Namibia bezieht sich also insgesamt auf drei Themenkomplexe: erstens, auf die Menschenrechtsverletzungen unter der Apartheid und der *white minority rule* bis 1990 sowie die Notwendigkeit einer neu gestalteten Beziehung »between all the nationalities and all the colours of Namibia«;⁶⁵ zweitens, auf die Frage nach Gerechtigkeit für beschuldigte SWAPO-»Dissident:innen«, die aber vor allem im zivilgesellschaftlichen Raum und weniger im Parlament geführt wurden; und drittens, auf Reparationsfragen hinsichtlich des Genozids an Herero und Nama.

1.3 Ein neues regionales Leitbild? Die *Truth and Reconciliation Commission* in Südafrika

Im Gegensatz zu Namibia und Simbabwe fand in Südafrika nach dem Ende des Apartheidregimes eine formelle und breit angelegte Aufarbeitung der unter der rassistischen Minderheitsregierung, aber auch den Befreiungsbewegungen, begangenen Verbrechen statt. Die *Truth and Reconciliation Commission* (TRC) wurde 1995 gegründet und war von 1996 bis 2003 aktiv.⁶⁶ Der südafrikanische Ansatz zur Versöhnung stellte Wahrheitsfindung hinsichtlich der Gräueltaten aus der Apartheid-Ära als notwendigen Schritt in Richtung Versöhnung und nationaler Einheit in den Mittelpunkt.⁶⁷ Zahlreiche Anhörungen von Opfern und Tätern ermöglichten der Kommission, sich ein möglichst vollständiges Bild der unter Apartheid begangenen Menschenrechtsverletzungen zu machen und den Opfern eine Stimme zu verleihen.⁶⁸

63 Siehe z. B. die Debatte um die Entfernung des Reiterdenkmals (Republic of Namibia, National Assembly Hansard, Motion on removal of Reiterdenkmal, Windhoek, 24. Juni 2008).

64 Die Bundesrepublik Deutschland erkannte darin den Völkermord an Herero und Nama nach langjährigen Verhandlungen an und sagte für die nächsten dreißig Jahre € 1,1 Milliarden an Entwicklungszusammenarbeit zu. Betroffenenvertreter:innen von Herero und Nama kritisieren, dass das Abkommen mit der Regierung in Windhoek ausgehandelt wurde und Betroffenenorganisationen nicht ausreichend miteinbezogen worden seien.

65 Republic of Namibia, National Assembly Hansard, Windhoek, 16. Mai 1990, Hon. Katjiuongua, S. 104.

66 Im März 2003 wurden die letzten zwei Bände des TRC-Berichts veröffentlicht. Die ersten fünf Bände waren bereits 1998 veröffentlicht worden. Gesetzlich war die TRC verankert im »Promotion of National Unity and Reconciliation Act« von 1995. Das in den frühen 2000er Jahren gegründete *Institute for Justice and Reconciliation* (IJR) in Kapstadt trägt als Folgeeinrichtung der TRC zur Weiterführung der Debatten um Versöhnung bei, z. B. durch die Veröffentlichung des *South African Reconciliation Barometer* (SARB).

67 Lefko-Everett u. a., *Rethinking Reconciliation evidence*, S. 7.

68 Ebd.

Die Vor- und Nachteile des TRC-Ansatzes sind in der einschlägigen Literatur ausgiebig diskutiert worden.⁶⁹ Während die Prozesse weltweit begrüßt und dahingehend als erfolgreich eingestuft wurden, dass eine befürchtete großflächige und gewaltsame Vergeltung ausblieb, wurden auch kritische Stimmen laut. Diese beziehen sich vor allem auf zwei Punkte: erstens die vollumfängliche Amnestie für Täter im Gegenzug zur Offenlegung ihrer Taten, und zweitens die Individualisierung der Schuld durch die Prozessstruktur und die Außerachtlassung der systemischen Natur der Apartheid-Unterdrückung.⁷⁰ Ein weiterer entscheidender Kritikpunkt an der Institution der TRC als Verkörperung des südafrikanischen Versöhnungsprozesses ist, dass die Chance verpasst wurde, sozioökonomische Transformation und bestehende Ungleichheiten zu adressieren. Die während der Apartheid vorherrschenden Wirtschaftsstrukturen und Besitzverhältnissen – symbolisiert durch die Landfrage, aber auch die zahlreichen regional agierenden südafrikanischen Großunternehmen, die unter dem Apartheid *cheap labour system* reich wurden und nach 1994 unangetastet weiter agierten – blieben zum großen Teil erhalten. Dieser Aspekt hat insbesondere in den letzten Jahren in der öffentlichen Debatte zunehmend an Gewicht gewonnen. Nichtdestoweniger wird die TRC in der globalen Friedens- und Konfliktforschung weiterhin häufig als Erfolgsmodell angesehen. In den südafrikanischen Parlamentsdebatten sind unzählige Referenzen auf die Kommission zu finden.⁷¹ Besonders häufig wird der Begriff *reconciliation* im Parlament in den Jahren 2004 und 2014 anlässlich der Jubiläen der Demokratie Südafrikas genutzt, vor allem im sogenannten »Versöhnungsmonat« Dezember und um den für den 16. Dezember ausgerufenen »Tag der Versöhnung«.⁷²

1.4 Transnationale Verschränkungen und regionale Diskursentwicklung

Die zeitliche Verzögerung der Befreiungsmomente in den drei Ländern ermöglichte eine rege gegenseitige Bezugnahme aufeinander. In den *Hansards* lassen

69 Siehe z.B. van der Merwe/Chapman, *Truth and reconciliation*.

70 Mamdani, »Amnesty or Impunity?«.

71 So berichteten südafrikanische Abgeordnete beispielsweise von einem Erfahrungsaustausch zu Versöhnungsprozessen mit Sri Lanka (Republic of South Africa, National Assembly, Unrevised Hansard, Kapstadt, 23. Juli 2014, S. 83).

72 Der 16. Dezember wurde unter Nelson Mandela zum Tag der nationalen Versöhnung erklärt. Das Datum ist für mehrere südafrikanische communities von wichtiger Bedeutung, zum Beispiel ist es der Jahrestag der Gründung des militärischen Flügels des ANC (1961) sowie der Schlacht von Blood River zwischen Buren und Zulu (1838). Zahlreiche weitere Institutionen wurden um den Begriff Versöhnung geschaffen, wie z.B. der jährlich verliehene *Mahatma Gandhi Awards for Peace and Reconciliation*.

sich zahlreiche intra-regionale Querverweise zum Thema Versöhnung finden. Insbesondere Simbabwe stellt diesbezüglich eine herausragende Referenz dar und wurde regelmäßig für seine als wegweisend wahrgenommene Politik gelobt.⁷³ Umgekehrt wird in einer Parlamentsdebatte in Simbabwe im Mai 1994 Bezug auf Nelson Mandela genommen, der ohne Zweifel ein »champion of reconciliation« gewesen sei, jedoch gleichzeitig auch hervorgehoben, dass die Grundlagen hierfür aus Simbabwe stammten (»a policy that was adopted by our president in Zimbabwe«).⁷⁴ Dies zeugt von einem Selbstbild als Vorreiterin für die Region.⁷⁵ Ein regionaler Bezugsrahmen wird auch hinsichtlich der Landfrage deutlich. Hochrangige Regierungsvertreter:innen Namibias lobten regelmäßig Simbawes Landpolitik, vor allem seit 2004.⁷⁶ Der ehemalige Präsident Südafrikas, Thabo Mbeki, sagte in einer Ansprache nach Mugabes Tod 2019 in Durban, dass Simbabwe 1990 eine Landreform nur aus Rücksichtnahme auf Südafrika nicht angegangen sei, um die zu dem Zeitpunkt in Südafrika beginnenden Übergangsverhandlungen nicht durch potentielle Emigrationsbewegungen der *weißen* Bevölkerung zu gefährden.⁷⁷ Dies wurde als Akt regionaler Solidarität gewertet. Gleichzeitig gab es auch einen direkten Austausch, zum Beispiel entsandte Simbabwe im April 2004 eine Gruppe Landexpert:innen nach Windhoek.⁷⁸ Seit den 1990er Jahren wurde Simbabwe zunehmend durch Südafrika als regionale Referenz ersetzt. Zum Beispiel wird Mandela im Parlament Namibias zitiert:

One of the greatest leaders, as I said, Mr Nelson Mandela, said: »Reconstruction goes hand in hand with reconciliation« and he also said, »to be free is not merely to cast off one's chains, but to live in a way that it respects and enhances the lives of others«.⁷⁹

Ebenfalls findet die südafrikanische Wahrheitskommission oft in Parlamentsdebatten Simbawes Erwähnung.⁸⁰ Die Entstehung der TRC, die sich in ihrem An-

73 Siehe z.B. Republic of South African, National Assembly, Unrevised Hansard, Debatte zur 6. State of the Nation Address, Kapstadt, 24. Februar 1994, Abgeordneter Mataure, Para. 4370–4371: Simbabwe führte beispielhaft den »spirit of reconciliation«.

74 Republic of South Africa, National Assembly, Unrevised Hansard, Debatte zur 6. State of the Nation Address, Kapstadt, 10. Mai 1994, Abgeordneter Ncube, Para. 5807.

75 Siehe z.B. »He [Robert Mugabe] brought about reconciliation on the first day of independence of the country, which means that he forgave even enemies like Ian Smith, who killed many people during the war« (Republic of South African, Unrevised Hansard, Kapstadt, 10. März 1994, Abgeordnete Chinamano, Para. 4765).

76 Dies wird von Melber mit dem besonderen Fokus auf die Landthematik in Verbindung gebracht, der unter Präsident Hifikepune Pohamba (2005–2015) zu beobachten war (Melber, »In the Footsteps of Robert Gabriel Mugabe«, S. 115).

77 The Herald, »Zim delayed land reform for SA«.

78 Melber, 2015, S. 115.

79 Republic of Namibia, National Assembly Hansard, Windhoek, 1. Juni 2005, Hon. Muge, S. 240.

80 Siehe z.B. Republic of Zimbabwe, National Assembly Hansard, Harare, 18. Februar 1997, Spalte 3458.

satz wesentlich von der Politik des Schweigens in Namibia unter der SWAPO und in Simbabwe unter der ZANU-PF unterscheidet, wird oft mit den Erfahrungen Simbawwes und Namibias in Bezug gesetzt.⁸¹ Dobell argumentiert zum Beispiel, dass Südafrika mit der Gründung der TRC von zahlreichen internationalen Beispielen profitiert habe, vor allem von Namibia.⁸² Interessanterweise beantragte Südafrikas TRC im Jahr 1997, Anhörungen auch in Namibia machen zu dürfen, wo seit den 1950er Jahren wie in Südafrika Apartheidgesetze implementiert worden waren. Die SWAPO lehnte eine Arbeit der südafrikanischen Kommission auf namibischem Gebiet allerdings entschieden ab. Das Argument, dass Namibia nicht einfach kopieren solle, was in Südafrika getan oder nicht getan werde, spielte eine zentrale Rolle in der Entscheidung.⁸³ In Namibia gab es keinen von der Regierung initiierten und geleiteten Wahrheits- oder Versöhnungsprozess. Allerdings gab es mehrere Versuche aus der Zivilgesellschaft heraus, einen solchen Prozess in Gang zu bringen. Oftmals wurden diese von ehemaligen SWAPO-Gefangenen oder Angehörigen der im Exil Vermissten initiiert. Zum Beispiel reichte die Betroffenenorganisation *National Society for Human Rights* (NSHR) 2007 eine Klage beim Internationalen Strafgerichtshof ein und forderte Untersuchungsverfahren gegen den ehemaligen Präsidenten Nujoma und drei weitere hohe SWAPO-Mitglieder.⁸⁴ Zudem gibt es in Versöhnungsdebatten zahlreiche Verweise auf außer-regionale Referenzen, insbesondere auf Ruandas Erinnerungspolitik, die positiv gewürdigt wird.⁸⁵

81 Dobell, »Silence in context«, S. 372.

82 Ebd., S. 373. Tatsächlich hat die Führung der TRC im Vorfeld der Anhörungen ausgiebig auch andere internationale Erfahrungen eruiert, u.a. in Chile, Deutschland und Tschechien.

83 Vgl. Conway, »Truth and Reconciliation«, S. 70. Dies unterstreicht die ambivalente Beziehung zwischen Südafrika und Namibia, die beide Länder bis heute verbindet. Einerseits wird Namibia oftmals als »Microcosm of South Africa« beschrieben. Dieser Begriff wurde z.B. von einem namibischen Journalisten im Rahmen einer regionalen Konferenz zu »Populism(s) and social cohesion in Southern Africa: a regional challenge, a global challenge?« genutzt, die vom 11.–12. Mai 2022 in Kapstadt stattfand und gemeinsam vom Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) und dem IJR organisiert wurde. Viele Dynamiken, die in Südafrika beobachtet werden, finden in ähnlicher Form auch in Namibia statt, beispielsweise die Studierendenproteste 2015. Gleichzeitig bemüht sich die namibische Regierung, Distanz zu der früheren Besatzungsmacht Südafrika zu halten (Hengari/Saunders, »Unequal but intertwined«).

84 Eine Forderung und Bedingung für den Rückzug der Klage war die Schaffung einer namibischen *Truth and Reconciliation Commission* (vgl. Maletsky, »ICC submission«).

85 Beispielsweise wurde 2020 in einer Diskussion die Offenheit und Transparenz Ruandas im Umgang mit der Vergangenheit von der simbabwischen Oppositionspartei MDC-T gelobt (Republic of Zimbabwe, National Assembly Hansard, Annual Report of the National Peace and Reconciliation Commission for the year 2018 [6th reading], Harare, 22. September 2020, Hon. Dr. Mashakada, Para. 9).

Ein weiteres Beispiel ist eine Debatte zur Erhaltung des Reiterdenkmals in Namibia (Republic of Namibia, National Assembly Hansard, Motion on removal of Reiterdenkmal, Windhoek, 24. Juni 2008). Hier traten sehr unterschiedliche Vorstellungen von Erinnerung und Versöhnung zu Tage, insbesonde-

Auch aktuell findet das Thema Versöhnung noch regelmäßig auf die parlamentarischen Tagesordnungen zurück. Das Parlament Namibias griff die Versöhnungsdebatte im Frühjahr 2020 in Form der »Motion on the policy of national reconciliation«⁸⁶ wieder auf, diesmal eingebracht vom Vorsitzenden der Oppositionspartei *South-West African National Union* (SWANU), Tangeni Iiyambo.⁸⁷ Der Beitrag zur Debatte von Bernadus Swartbooi, einer schillernden politischen Persönlichkeit, ist in diesem Zusammenhang besonders relevant. Swartbooi ist ehemaliger Vizeminister für Landreform. Er trat 2017 aus der Regierungspartei aus und gründete die Bewegung *Landless People's Movement* (LPM), die seit 2019 als politische Partei gemeldet ist. Swartbooi bezieht sich in seinem Redebeitrag nicht nur auf Simbabwe »failed« *reconciliation* (und auf weitere kontinentale Referenzmodelle wie z.B. Sierra Leone), sondern fordert auch einen »new social contract«, dessen Grundlage Gerechtigkeit sein müsse.⁸⁸ Die namibische Regierungspartei hält unterdessen an dem eindimensionalen Narrativ der Versöhnung der frühen 1990er Jahre fest. Hage Geingob, heutiges Staatsoberhaupt und 1990 Vorsitzender des Komitees, das die Verfassung entwarf, mahnte – in Einklang mit SWAPOs nicht ganz uneigennützigem Amnestie-Ansatz – im Zuge einer Parlamentsdebatte zur Umbenennung von Straßen und Städten: »If you open a Pandora's Box, there are many others we can open that we have buried under reconciliation.«⁸⁹ Die Frage, ob ehemalige Unabhängigkeitskämpfer:innen angemessen für ihre Dienste entschädigt worden waren, spielte ähnlich wie in Simbabwe unter dem Schlagwort der »veteran question« ebenfalls regelmäßig eine Rolle in Parlamentsdebatten.⁹⁰ Der namibische Innenminister wiederum beschwor im Rahmen der parlamentarischen Debatte um Versöhnung erneut Simbabwe als Positivbeispiel: »Zimbabwe was the first country in

re zwischen SWAPO-Vertreter:innen und Parteien, deren Abgeordnete vorwiegend Herero, Nama und Damara repräsentieren.

86 Tjitemisa, »Reconciliation has not worked«; Ders., »Namibia: Reconciliation Debate«.

87 Aufgrund einer persönlichen Fehde zwischen SWAPO and Iiyambo, der aus SWAPO ausgetreten war, wurde die Eingabe als eine »revengeful attack on SWAPO« dargestellt (Namibia Press Agency, »Swapo MPs reject national reconciliation motion«; Tjitemisa, »Namibia: Reconciliation Debate Stirs Emotions«). Die Strategie der SWAPO, Parteikritiker öffentlich zu diskreditieren, ist auch in Bezug auf die BWS-Bewegung gut dokumentiert. »SWAPO leaders responded sharply to their critics, denouncing Groth's book, the CCN, and the new BWS movement« (Conway, »Truth and Reconciliation«, S. 70).

88 Republic of Namibia, Statement on National Reconciliation Motion of SWANU by Bernadus Swartbooi, Windhoek, 25. Juni 2020, Para. 3 und Para. 8.

89 Republic of Namibia, National Assembly Hansard, Motion Restoration of place names, Windhoek, 17. Mai 2005, S. 88.

90 Siehe z.B. Republic of Namibia, National Assembly Hansard, Windhoek, 24. September 2008, Hon. Moongo, S. 38. In Namibia spielte außerdem die Frage nach ethnischer Zugehörigkeit für die »detainee«-Thematik eine wichtige Rolle: »[...] a disproportionate number of SWAPO detainees who were tortured were non-Ovambo suspects« (Conway, »Truth and Reconciliation«, S. 72).

Southern Africa that had introduced the concept of national reconciliation and for very good reasons.«⁹¹ Er räumte zum Ende seiner Rede aber ein: »What we need now is perhaps no longer political reconciliation, but land and economic reconciliation.«⁹²

Der Begriff »echte« Versöhnung wird in allen drei Ländern im Parlament zunehmend und vor allem von der Opposition genutzt, um zu suggerieren, dass Versöhnung mit den bisherigen Ansätzen nicht erreicht worden sei.⁹³ Auch der Begriff »economic« reconciliation findet nun häufig Erwähnung.⁹⁴ Dies lässt regionsübergreifend eine zunehmende Diskursentwicklung in Richtung »ökonomischer« Versöhnung, Ressourcenverteilung und Ungleichheit erkennbar werden.

In den Parlamentsdebatten Simbabwe kommt das Thema Versöhnung nach häufiger Erwähnung in den 1980er und 1990er Jahren erst wieder prominent im Kontext der Debatte um das *National Peace and Reconciliation Bill* 2016 sowie in der Gründungsphase der Friedens- und Versöhnungskommission zwischen 2013 und 2018 vor. In dieser Phase der Versöhnungsdebatten tritt nun nicht mehr der Zusammenhalt zwischen weißer und Schwarzer Bevölkerung in den Vordergrund, sondern vor allem auf die Beziehung zwischen Ndebele und Shona.⁹⁵ Obwohl für die Gründung der Kommission in Simbabwe vor allem die blutigen Wahlen 2008 und 2013 von großer Bedeutung waren, ging es in den Parlamentsdebatten um die NPRC oftmals um die Zeit vor 1979.⁹⁶ Somit wurde eine Brücke zwischen der

91 Republic of Namibia, Minister of Home Affairs and Immigration, National reconciliation and nation-building: Contribution to the motion before the house, Frans Kapofi, Windhoek, 23. Juni 2020, S. 1.

92 Ebd., S. 5.

93 Für Namibia siehe z.B. Republic of Namibia, National Assembly Hansard, Windhoek, 22. Februar 2005, Hon. Moongo, S. 98. Siehe ebenfalls Republic of Namibia, National Assembly Hansard, Windhoek, 12. Juni 2012, Hon. Moongo, S. 127. Für Simbabwe siehe z.B. Republic of Zimbabwe, National Assembly Hansard, Harare, 12. Mai 2009, Hon. Sululu, Abs. 5.

94 Siehe z.B. Republic of Namibia, Minister of Fisheries and Marine Resources, Windhoek, 14. September 2004, S. 212; Republic of Namibia, Frans Kapofi, National reconciliation and nation-building: Contribution to the motion before the house, Windhoek, 23. Juni 2020, S. 5.

95 Siehe z.B. Interview 3, Forscher, 4. November 2022, Johannesburg, Südafrika; Interview 4, Forscher, 22. November 2022, Johannesburg, Südafrika; Interview 6, Vertreter Zivilgesellschaft, 17. November 2022, Bulawayo, Simbabwe. Persönliche Beobachtungen im Herbst 2022 in Simbabwe und Südafrika bekräftigen dies ebenfalls. Der Konflikt um die wirtschaftliche Benachteiligung Matabelelands, politische Teilhabe, und die Diskriminierung Ndebele-sprechender Menschen, der weit über das Schweigen zu *Gukurahundi* hinausgeht, ist sehr präsent in öffentlichen und privaten Debatten. Die Thematik des nach wie vor schwierigen Zusammenlebens zwischen weißen und Schwarzen Simbabwe:innen gerät dabei aktuell eher in den Hintergrund.

96 Siehe z.B. Republic of Zimbabwe, National Assembly Hansard, Annual Report of the National Peace and Reconciliation Commission for the year 2018, Harare, 3. September 2020, Hon. Nguluvhe, Abs. 1: »In 1980, we were just told of reconciliation but some of the perpetrators did not reconcile and it was the victims that accepted the peace and reconciliation.« Der Abgeordnete argumentiert hier, ein Versöhnungsprozess hätte bereits 1980 stattfinden sollen.

Nicht-Aufarbeitung der Verbrechen vor der Unabhängigkeit und aktuellen politischen Problemen geschlagen. In Simbabwe wurde Versöhnungspolitik auch jüngst in einer Parlamentsdebatte im Februar 2022 mit dem Titel »Unethical practices by forces of imperialism« benutzt, hier als Schutzschild für ZANU-PF Politiken:

We tried reconciliation Madam Speaker (sic!) but it is not working because we are dealing with people who are cruel, who have the audacity to discuss Zimbabwe each and every time they meet yet we extended the hand of peace and reconciliation.⁹⁷

Ein Blick auf die SONAs in den drei Ländern zeigt, dass der Versöhnungsbegriff über die Zeit an Strahlkraft eingebüßt hat. Inmitten der gewaltsamen Landenteignungsprozesse in Simbabwe wurde der Begriff 2001 zentral in Mugabes SONA genannt.⁹⁸ In den SONAs zwischen 2015 und 2022 kam der Begriff wiederum kein einziges Mal vor. In Namibia tauchte der Begriff im gleichen Zeitraum in der SONA 2017 im Rahmen des von Präsident Hage Geingob initiierten »Harambee Prosperity Plan« (HPP) auf, eingewoben in eine neue Begrifflichkeit des »Namibian House«.⁹⁹ In der 2020 SONA wird Versöhnung in Bezug auf die laufenden Verhandlungen mit Deutschland erwähnt, 2021 wieder in Zusammenhang mit der »Namibian House«-Metapher, wo Geingob »corrective measures, beyond reconciliation« im Rahmen des von ihm ausgerufenen »Krieg gegen die Armut« beschworen.¹⁰⁰ In Südafrika wiederum kam der Begriff in den SONAs zwischen 2015 und 2022 nur ein einziges Mal vor.¹⁰¹ Dafür erscheinen zunehmend neue Begrifflichkeiten, so wie beispielsweise *social cohesion*.

2. *Social cohesion*: Ein neuer Begriff im südlichen Afrika

Im Gegensatz zu *reconciliation* tritt *social cohesion* als fester Begriff in den öffentlichen Debatten im südlichen Afrika erst später auf – ähnlich wie im globalen Kontext.¹⁰² In den *Hansards* kommt der Begriff zuerst in den frühen 2000er Jah-

97 Republic of Zimbabwe, National Assembly Hansard, Harare, 24. Februar 2022, Hon. Togarepi, S. 14.

98 Republic of Zimbabwe, National Assembly Hansard, Harare, 18. Dezember 2001, Spalte 3079.

99 Auf dem Sockel des symbolischen Hauses steht geschrieben: »One Namibia, One Nation, Peace, Reconciliation, Security & Stability«. Es gab keine weiteren Ausführungen zum Begriffsverständnis in der SONA (Republic of Namibia, 2015, S. i).

100 Republic of Namibia, State of the Nation Address by Hage G. Geingob, 15. April 2021, S. 4.

101 Republic of South Africa, The Presidency, State of the Nation Address, 7. Februar 2019, S. 22: »At times it has seemed that the milk of human kindness that allowed us to reconcile in 1994 had gone sour.«

102 Engel/Middell, »Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Populismus«, S. 91.

ren vor, in Südafrika bereits etwas früher.¹⁰³ Eine vermehrte Verwendung kann ab 2010 beobachtet werden, allerdings hauptsächlich in Südafrika. Im Gegensatz zu Namibia, aber vor allem Simbabwe, wo *social cohesion* zwar gelegentlich im öffentlichen Diskurs vorkommt, der Begriff aber fast nicht Fuß fasst, nimmt Südafrika in der regionalen Debatte um die Begriffsgenese eine besondere Rolle ein.

Die Entstehung eines Narrativs zu *social cohesion* und die Integration des Begriffs in den politischen Alltag wurde von der ANC-Regierung und zum großen Teil vom Präsidialamt selbst seit den späten 1990er Jahren angeleitet.¹⁰⁴ Dieser Prozess mündete in die Verabschiedung einer Nationalen Strategie¹⁰⁵ und der Ausrichtung eines *social cohesion*-Gipfels im Jahr 2012 in Johannesburg. Der Diskurs zu *social cohesion* wird vor allem vom Präsidialamt sowie vom Ministerium für Sport, Kunst und Kultur (*Department for Sports, Arts and Culture*, DSAC) befördert. Neben *social cohesion* taucht in der nationalen Debatte auch oftmals *Ubuntu* auf, ein Begriff aus der Zulu- und Xhosa-Sprache, der eine Kosmologie des Miteinanders beschreibt (»I am, because you are«), aber außerhalb Afrikas in der Wissenschaft bisher kaum zur Kenntnis genommen wird.¹⁰⁶ Er wird im öffentlichen Diskurs häufig verwendet, um den »afrikanischen« Charakter des Wertes des Zusammenhalts hervorzuheben und unterscheidet sich explizit von dem universalistischen Anspruch des *social cohesion*-Begriffs.¹⁰⁷ Dies zeigt sich zum Beispiel in der regelmäßigen Nutzung von *Ubuntu* durch das Kulturministerium,¹⁰⁸ aber auch in den jährlich stattfindenden *Ubuntu Awards*, die vom Außenministerium Südafrikas verliehen werden und »südafrikanische Wirtschaftsführer, herausragende Persönlichkeiten und Bürgerinnen und Bürger Südafrikas für ihre herausragenden Leistungen und Beitrag zur Förderung der nationalen Interessen und Werte Südafrikas in der ganzen Welt« fördern sollen.¹⁰⁹

103 Siehe z.B. Republic of South Africa, Unrevised Hansard, National Assembly, Kapstadt, 4.–8. Mai 1998, S. 1910. Hier wurde *social cohesion* in Bezug auf die Wichtigkeit von Sporteinrichtungen erwähnt.

104 Vgl. Abrahams, »Twenty Years of Social Cohesion and Nation-Building« sowie Ballantine u.a., *Living Together, Living apart?*.

105 Der Originaltitel lautet „!KE E: /XARRA //KE: Creating a caring and proud society: a national strategy for developing an inclusive and a cohesive South African society« (Republic of South Africa/DSAC, 2012).

106 Für einen Überblick über Literatur zu *Ubuntu* siehe Engel, »Social cohesion and resilience«. Zusätzlich gibt es auch Synonyme für *social cohesion* bzw. ähnliche Begriffe in anderen der elf offiziellen Landessprachen Südafrikas, siehe z.B. isiXhosa: umanyano lwentlalo/umanyano lwesizwe kwezentlalo; isiZulu: ubumbano lomphakathi/ubumbano lomphakathi (vgl. Bank, »Culture, Covid and Social Cohesion«, Para. 3).

107 Vgl. Engel, »Social cohesion and resilience«.

108 Republic of South Africa/DSAC, 2012, 2021.

109 <https://www.dirco.gov.za/ubuntu-awards/>, aufgerufen am 20. Februar 2023.

2.1 Institutionen zu *social cohesion* in Südafrika

Neben dem südafrikanischen Präsidialamt, das bereits unter Nelson Mandela (1994–1999) und Thabo Mbeki (1999–2008) eine intensive gesellschaftliche Debatte um das Konzept der *social cohesion* angeleitet hat,¹¹⁰ nimmt der *South African Human Sciences Research Council* (HSRC), eine 1968 gegründete regierungsnahe Denkfabrik, eine treibende Rolle in der Diskursentwicklung um *social cohesion* ein. Anfang der 2000er Jahre wurde am HSRC eine Forschungsabteilung für sozialen Zusammenhalt gegründet. Die wichtigsten von der Regierung in Auftrag gegebenen Berichte zu dem Thema wurden von Forscher:innen des HSRC verfasst, beispielsweise der Bericht »Social Cohesion and Social Justice in South Africa« (2004), der zum zehnjährigen Geburtstag der südafrikanischen Demokratie in Auftrag gegeben wurde.¹¹¹ Ebenfalls wurde ein *Social Cohesion Barometer* für Südafrika konzipiert,¹¹² das aber aktuell nicht mehr, wie ursprünglich geplant, jährlich erstellt wird. Das Kulturministerium, dem das Dossier *social cohesion* anvertraut wurde, ernannte zudem 30 prominente Südafrikaner:innen zu *social cohesion advocates*, unter anderem die Richterin Yvonne Mokgoro und den mittlerweile verstorbenen Anti-Apartheidkämpfer Dennis Goldberg.¹¹³ Nationale *social cohesion summits* waren ursprünglich in regelmäßigen Abständen vorgesehen.¹¹⁴ Ein *workstream* der aktuell eingesetzten *National Planning Commission* (NPC), einem Beratungsorgan des Präsidialamts, beschäftigte sich 2022 besonders mit *social cohesion*. Institutionen um *social cohesion* entstanden auch auf Provinzebene. Zum Beispiel berät ein *Social Cohesion and Moral Regeneration Council* die Provinzregierung Kwa-Zulu Natal. Die Provinz war im Juli 2021 in die Schlagzeilen geraten, als es nach der Inhaftierung des ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma (2009–2018) wegen Korruptionsvorwürfen und dessen Verweigerung, vor einer Ermittlungskommission zu erscheinen, zu mehrtägigen gewaltsamen Unruhen

110 Vgl. Engel/Middell, »Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Populismus«, S. 106.

111 Republic of South Africa, *Social Cohesion and Social Justice*.

112 Struwig u.a., »From bonds to bridges: towards a social cohesion barometer for South Africa«; Dies. »Towards a Social Cohesion Barometer for South Africa«. Für eine Diskussion der verschiedenen *Social Cohesion* Barometer und Versuche, die *social cohesion* wissenschaftlich zu messen, siehe Engel, »Social cohesion and resilience«.

113 Vgl. <https://www.gov.za/eminent-south-africans-meet-champion-social-cohesion-agenda>, aufgerufen am 5. November 2020. Sie scheinen in dieser speziellen Funktion nicht sehr sichtbar zu sein, werden zumindest öffentlich nicht in dieser Funktion wahrgenommen und es konnten keinerlei Quellen für spezifische Aktivitäten der Gruppe gefunden werden.

114 Präsident Cyril Ramaphosa plante z.B. einen »National Social Cohesion Summit« im Jahr 2018 (<https://www.sanews.gov.za/south-africa/govt-convene-summit-social-cohesion-2018>, aufgerufen am 1. Februar 2022). Zudem lud die Stadt Johannesburg 2019 zu einem »Africa Day Social Cohesion Summit« ein.

und Plünderungen kam. Zudem ist die Provinz eines der Epizentren rezenter xenophober Gewalt gegen Migrant:innen.

2.2 *Social cohesion*-Diskurse in Regierung und Parlament

Abgesehen von der 2012 Strategie kommt das Schlagwort *social cohesion* auch in zahlreichen anderen Regierungs- und Strategiedokumenten vor. So wurde beispielsweise in den Ausgaben 1998 und 2016 des Weißbuchs zur Sicherheit die Stärkung von *social cohesion* – ohne eine konkrete Definition zu nennen – als Schlüssel für Gewaltprävention genannt.¹¹⁵ Der nationale Entwicklungsplan präsentiert *social cohesion* als ein multidimensionales Thema von zentraler Wichtigkeit, setzt es aber direkt mit *nation-building*¹¹⁶ sowie mit »a united sense of nation, and notions of peace and security«¹¹⁷ in Verbindung. In der südafrikanischen Nationalversammlung, der zweiten Parlamentskammer, wird der Begriff sehr häufig benutzt, im parlamentarischen Jahr 2019 beispielsweise 100 Mal in 34 Sitzungen. 2020 wurden zwei Parlamentsdebatten explizit zu *social cohesion* geführt, die im Folgenden näher betrachtet werden.¹¹⁸ In den Redebeiträgen der ANC-Abgeordneten wurden die Begriffe *social cohesion* und *nation-building* häufig miteinander verbunden, fast einem Automatismus gleichend.¹¹⁹ Das Gleiche galt für Kabinettsmitglieder, die vor dem Parlament sprachen, und für Präsident Cyril Ramaphosa, der darüber hinaus *social cohesion* häufig mit den Begriffen (*national*) *unity* und *pride* verband.¹²⁰ Oppositionspolitiker:innen kombinierten in der Regel nur *social cohesion* und *nation-building*, wenn sie sich auf die Politik des

115 Vgl. Lamb, »Social cohesion and violence in South Africa«, S. 370.

116 Republic of South Africa, National Development Plan, S. 75.

117 Abrahams, »Twenty Years of Social Cohesion and Nation-Building«, S. 99.

118 Die Debatte »Transforming society and uniting the country by cultivating a shared commitment to constitutional values that promote nation-building, strengthen social cohesion and improve the quality of life of all South Africans« fand am 27. Februar 2020 statt, die Debatte »Non-racialism and social cohesion for a prosperous South Africa« am 19. November 2020, kurz vor der sogenannten zweiten Welle der Corona Pandemie in Südafrika. Darüber hinaus war *social cohesion* (neben Korruption) eines der Hauptthemen einer parlamentarischen Fragerunde mit Präsident Ramaphosa am 12. November 2020.

119 Ausgewählte Beispiele sind: Gungubele (ANC): »[...] we cannot separate our prosperity from our nation building pursuit and social cohesion project« (Republic of South Africa, Unrevised Hansard Joint Sitting, Kapstadt, 19. November 2020, S. 5); Mananiso (ANC): »Social cohesion and community building are unavoidable if all of us commit to be patriotic, constitutionalist and revolutionarist« (Republic of South Africa, Unrevised Hansard Joint Sitting, Kapstadt, 19. November 2020, S. 40).

120 Republic of South Africa, Unrevised Hansard Joint Sitting, Kapstadt, 12. November 2020, S. 93 (»Moving together in social cohesion as South Africans we are proud«) bzw. S. 48 und 51.

ANC und dessen vermeintliches Scheitern bezogen.¹²¹ Zudem wird *social cohesion* oft im Zusammenhang mit *reconciliation* diskutiert.¹²² Neben der Kopplung von *social cohesion* und *nation-building* wird die Frage nach einer »südafrikanischen Moral« oder südafrikanischen Werten in den Beiträgen von ANC-Abgeordneten immer wieder angesprochen. Die Notwendigkeit von politischen Programmen zur »moralischen Erneuerung« und zu gesellschaftlichem Zusammenhalt »to mitigate the risk of the decline of the nation's moral fibre«, für die der ANC-Abgeordnete Nkabane am 27. Februar 2020 im Parlament argumentierte, veranschaulicht dies gut.¹²³ Aber auch Präsident Ramaphosa betonte in einer Rede vor dem Parlament im November 2020:

Hon Speaker, what we are called upon to do is to continue subscribing to the values that are set out in our Constitution. Values of not being intolerant, values of tolerance, values of nation building and values of social cohesion. That is what we are called upon to do, values of also of reconciliation. That is what we should – as South Africans – be doing and embracing one another, but also showing a deep sense of common understanding, and also understanding that we come from different historical experiences where in some cases some were oppressors and some were the oppressed.¹²⁴

Auch andere Parteien verweisen auf die grundlegende Bedeutung von Werten, wie etwa ein Abgeordneter der *Inkatha Freedom Party* (IFP):

What's missing is the right value system. We have unfortunately moved on a path whereby we have done unto our own people almost the same as what was done to us in the past. Social cohesion is the willingness of our people to co-operate with each other in order to survive and prosper. The African principle of ubuntu speaks to the very core of social cohesion.¹²⁵

Der *social cohesion*-Diskurs der Regierungspartei hebt die Verantwortung des Individuums für die Schaffung von gesellschaftlichem Zusammenhalt hervor.¹²⁶ Die Verantwortlichkeit für eine *socially cohesive* Gesellschaft wird so vom öffentlichen in den privaten Raum verlagert. Indem der ANC die südafrikanischen Bürger:innen und ihre Werte (bzw. Moralvorstellungen) für das Vorhandensein (oder Fehlen) von *social cohesion* verantwortlich macht, entledigt sich die Regierungspartei der Aufgabe bzw. der Verantwortung, diese selbst herzustellen oder aufrecht-

121 Siehe z.B. *Democratic Alliance* (DA): Republic of South Africa, Unrevised Hansard Joint Sitting, Kapstadt, 27. Februar 2020, Hon. Cardo, S. 9.

122 Siehe z.B. Präsident Ramaphosa in: Republic of South African, National Assembly, Unrevised Hansard, Kapstadt, 12. November 2020, S. 80.

123 Republic of South Africa, National Assembly, Unrevised Hansard, Kapstadt, 27. Februar 2020, Hon. Nkabane, S. 8.

124 Republic of South African, National Assembly, Unrevised Hansard, Kapstadt, 12. November 2020, S. 80.

125 Republic of South Africa, National Assembly, Unrevised Hansard, Kapstadt, 27. Februar 2020, Hon. Singh, S. 18.

126 Vgl. Barolsky, »The ›State‹ of Social Cohesion«, S. 386.

zuerhalten, beispielsweise durch geeignete arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und den Abbau von sozialen Ungleichheiten. Die früher mit dem HSRC assoziierte Forscherin Vanessa Barolsky argumentiert, dass Südafrikaner:innen laut des dominanten *social cohesion*-Diskurses in »neoliberaler« Manier vom Staat dafür verantwortlich gemacht werden, einen Arbeitsplatz zu finden, ein gutes Leben zu führen und freundlich zu ihren Nachbarn zu sein, wobei vorherrschende soziale Ungleichheiten und fehlende Chancengleichheit völlig außer Acht gelassen werden.¹²⁷ Der ANC kreiere diskursiv den idealen Post-Apartheid-Bürgertypus als »homo oeconomicus«: selbstverwaltend, rational und ethisch zugleich.¹²⁸ Diese diskursive Verlagerung der Verantwortung vom öffentlichen in den privaten Raum und eine damit einhergehende Depolitisierung des Begriffs *social cohesion* spiegeln sich auch in den Institutionen wider, die in Hinblick auf gesellschaftlichen Zusammenhalt gegründet wurden. Am deutlichsten symbolisiert dies die Zuschreibung des *social cohesion*-Dossiers an den Bereich Sport, Kunst und Kultur. Die moralische Rahmung des Begriffs wird zudem in verschiedenen Regierungskampagnen reproduziert, beispielsweise im sogenannten »Moral Regeneration Movement«, dessen Schirmherr (noch) Vizepräsident David Mabuza ist und das aktiv durch das Kulturministerium unterstützt wird.

Die parlamentarische Opposition hingegen bringt *social cohesion* mit einem bunten Strauß verschiedener Elemente in Zusammenhang. Als Basis für *social cohesion* sieht die eher konservative *Inkatha Freedom Party* (IFP) beispielsweise die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Ankurbeln der Wirtschaft.¹²⁹ Die liberale *Democratic Alliance* (DA) nennt die südafrikanische Verfassung als wichtigsten gemeinsamen Nenner, der alle zusammenhält.¹³⁰ Die *Economic Freedom Fighters* (EFF) fordert hingegen die Schaffung »echter«, radikaler wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Umverteilung.¹³¹ Diese (unvollständigen) Aufzählungen verdeutlichen die Möglichkeit, den Begriff der *social cohesion* an verschiedene Kontexte anzupassen und je nach Interesse des Sprechers bzw. der Sprecherin – in der Regel gemäß Parteilinie – unterschiedlichen Zwecken zu dienen. In diesem Sinne ist der Begriff ein *floating signifier*, der keine allgemein akzeptierte Bedeutung hat.¹³²

127 Ebd..

128 Ebd.

129 Republic of South Africa, Unrevised Hansard Joint Sitting, 19. Februar 2020, Kapstadt, Hon. Mfayela, S. 24.

130 Republic of South Africa, Unrevised Hansard, 27. Februar 2020, Kapstadt, Hon. Cardo, S. 9.

131 Siehe z.B. Hon. Yako (EFF): »There can never be social cohesion when black people continue to live like visitors in their own country« (Republic of South Africa, National Assembly, Unrevised Hansard, 27. Februar 2020, S. 16).

132 Der Begriff wurde durch den Ethnologen Claude Lévi-Strauss geprägt (vgl. *Introduction to the work of Marcel Mauss*, S. 63–64).

Insgesamt können drei zentrale Beobachtungen bezüglich des Auftretens von *social cohesion* in den südafrikanischen *Hansards* gemacht werden. Erstens wird der Begriff häufig in Verbindung mit der geplanten Agrar- und Landreform gebracht.¹³³ Zweitens wird der Begriff vom ANC konsequent mit *nation-building* assoziiert. Drittens gibt es nur sehr wenige Stellen, an denen die vertikale Dimension des gesellschaftlichen Zusammenhalts, nämlich die Beziehung zwischen Bürger:innen und staatlichen Institutionen, erwähnt wird.¹³⁴ Eine der wenigen Ausnahmen stellt der Redebeitrag einer Abgeordneten der DA im Rahmen einer Parlamentsdebatte um *social cohesion* im Februar 2020 dar:

One most powerful way to ›promote nation-building and strengthen social cohesion‹ is for us serving in government to deliver services, serve honestly and be united in fighting corruption at all times, regardless of who it involves. Otherwise all these noble declarations for a better life for all will continue to gradually sink into the cesspool of corruption.¹³⁵

Die DA fand im November 2020 im Zusammenhang mit der Diskussion über Korruption und Ineffizienz in staatlich geführten Unternehmen (der sogenannten *state-owned enterprises*, SOEs) noch deutlichere Worte: »You ask us to continuously hold hands. Well, let me tell you, social cohesion happens when society trusts government.«¹³⁶

Diese vielseitige Verwendung des Begriffs entspricht dem, was Mooney und Hunt (im Falle des Begriffs *food security*) als »consensus frame« bezeichnen, ein Begriff, der bewusst so gestaltet ist, dass er ein unbestritten positives und wünschenswertes Ziel darstellt, gegen das keine Einwände erhoben werden können.¹³⁷ Gleichzeitig sprechen die empirischen Beobachtungen, dass Begriffsnutzer:innen sich nur selten um eine klare Definition bemühen, für *social cohesion* als »quasi-concept« – oder eben als »floating signifier«, der bei Bedarf intersubjektiv aufgeladen werden kann.¹³⁸ Betrachtet man die parlamentarischen Debatten in Südafrika, so wird der Begriff *social cohesion* von den Abgeordneten im Allgemeinen als »gegeben« angesehen; er selbst wird nicht hinterfragt. Lediglich Vertreter:innen der Partei EFF unternehmen Versuche, den Begriff zu dekonstruieren, indem sie auf einen rassifizierten Diskurs zurückgreifen:

133 Siehe z.B. Republic of South Africa, National Assembly, Unrevised Hansard, Kapstadt, 12. Mai 2021, S. 2 ff.

134 Vgl. German Institute for Development and Sustainability (IDOS), *Perspectives*.

135 Republic of South Africa, National Assembly, Unrevised Hansard, Kapstadt, 27. Februar 2020, Hon. Masango, S. 49.

136 Republic of South Africa, National Assembly, Unrevised Hansard, Kapstadt, 26. November 2020, Hon. Mazzone, S. 7.

137 Mooney/Hunt, »Food Security«, S. 470 (Begriff in Anlehnung an Gamson, »Constructing Social Protest«)..

138 Vgl. Bernard, »La cohésion sociale«.

It is tiptoeing around these painful realities [der Sprecher erwähnt z.B. eine »arrogant white minority«] that makes the rhetoric of social cohesion a mere dummy to forced down (sic!) the throats of the millions of black people in this country whose quality of life is less than that of a dog of a white person.¹³⁹

In den SONAs der letzten zehn Jahre nimmt der Begriff *social cohesion* hingegen keine zentrale Rolle ein. Er wird nur am Rande in zwei SONAs erwähnt (2014, 2019). Dies deutet darauf hin, dass die Blütezeit des Begriffs für das Präsidialamt vorbei ist und seine diskursive Wirksamkeit abebbt. Gleichzeitig gewinnen andere konkurrierende Begriffe an Bedeutung. Die Betonung des Mottos »leave no one behind« in der jüngsten Rede Ramaphosas zur Lage der Nation am 9. Februar 2023 kann beispielsweise als eine Semantik mit starkem Bezug zu gesellschaftlichem Zusammenhalt gesehen werden, die auf globaler Ebene bereits weit verbreitet ist.¹⁴⁰ Besonders prominent ist aber vor allem der Begriff *social compact* geworden.¹⁴¹ Unter Ramaphosa kam er seit dessen erster Ansprache zur Lage der Nation 2018 in jeder SONA als zentrales Thema vor.¹⁴²

2.3 *Social cohesion*-Debatten in Simbabwe und Namibia: Ein selten genutzter Begriff

Im Vergleich zu Südafrika ist der Begriff *social cohesion* in Simbabwe und Namibia im politischen Diskurs deutlich weniger präsent, wie in den Parlamentsdebatten deutlich wird. In Simbabwe ist eine *social cohesion*-Terminologie bis zum »Startschuss« der Versöhnungskommission 2018 quasi nicht existent und wird

139 Republic of South Africa, National Assembly, Unrevised Hansard, Kapstadt, 19. November 2020, Hon. Tambo, S. 15–16. Siehe auch ebd., S. 14–15: »House Chair, non-racialism and social cohesion are not possible without changing the ownership patterns of our economy and confronting the arrogance that underpin racists who have turned black identity to one of subservient and servitude. [...] It is the failure of this government to distribute wealth equally that makes non-racialism impossible. It is the control of over 80% of this country's land by a white minority that makes non-racialism impossible and social cohesion impossible.«

140 »Leave No One Behind« ist das zentrale Motto der sogenannten 2030 *Agenda for Sustainable Development* und der *Sustainable Development Goals*, die 2015 von den Vereinten Nationen als Nachfolgeziele der *Millennium Development Goals* verabschiedet worden sind.

141 Obwohl er erst durch Ramaphosa Berühmtheit erlangte, gibt es den Begriff *social compact* schon länger im südafrikanischen Kontext und wird typischerweise verwendet, wenn es um multi-sektorale Lösungsfindung zwischen verschiedenen Interessengruppen geht (vgl. McCandless/Ajeet Miller, »What South Africa needs«). Der Begriff hat daher eine starke Businesskonnotation und wird oft mit einem »wachstumsfreundlichen« Sozialpakt in Verbindung gebracht (vgl. ISS, *Is a social compact key to saving South Africa's economy*).

142 In der SONA 2020 wurde *social compact* insgesamt sogar zehn Mal erwähnt (Republic of South Africa, The Presidency, State of the Nation Address, Kapstadt, 13. Februar 2020).

anschließend hauptsächlich mit Bezug auf diese neue Institution erwähnt, vornehmlich, wenn deren Jahresberichte im Parlament diskutiert werden.¹⁴³ Laut der Verfassung von 2013 ist die Kommission die zentrale nationale Stelle, die sich mit dem Thema *cohesion* in Simbabwe beschäftigt.¹⁴⁴ Vor ihrer Gründung kamen gelegentlich Begriffe wie »national unity and cohesion«, aber nicht »social« cohesion vor und wurden in Debatten sowohl mit Bezug auf »cohesion within communities«¹⁴⁵ als auch »cohesion within our society«¹⁴⁶ benutzt. In der SONA 2021 von Präsident Mnangagwa wurde »national« cohesion in Zusammenhang mit »peace, unity, harmony, stability« genannt.¹⁴⁷ Grundsätzlich ist der Begriff im simbabwischen Kontext oft in Kombination mit *national pride, stability, economic development, inequality, peace, harmony, unity, national healing*, sowie *peace and security* zu finden – alles »consensus frames«. Bezeichnenderweise spricht – ähnlich wie in Südafrika – vor allem der Minister für Jugend, Sport, Kunst und Freizeit oft von *social cohesion*, unter Betonung von Großveranstaltungen.¹⁴⁸ Der Minister für Tourismus erklärte in einer Parlamentsdebatte am 18. November 2015, dass Karnevalsaktivitäten *social cohesion* stärken würden.¹⁴⁹ Somit wird auch im simbabwischen Kontext Zusammenhalt vor allem über Großevents, Jugend, und etwas im »kulturellen« Bereich Liegendes imaginiert und konstruiert.

In Namibia erscheint der Begriff *social cohesion* in den Parlamentsdebatten bereits früher, so zum Beispiel in einem Redebeitrag des Vize-Außenministers im Jahr 2005.¹⁵⁰ *Social cohesion* kam dann 2011 relativ prominent in Parlamentsdebatten um den sogenannten Arabischen Frühling auf, also mit Bezug auf andere Län-

143 Siehe z.B. Republic of Zimbabwe, Hansard National Assembly, Motion Annual Report of the National Peace and Reconciliation Commission for the Year 2018, Harare, 8. Oktober 2020.

144 Eines ihrer Hauptziele ist »[...] to develop and implement programmes to promote national healing, unity and cohesion in Zimbabwe and the peaceful resolution of disputes« (Republic of Zimbabwe, 2013, Art. 252 (b)).

145 National Assembly, Republic of Zimbabwe, Hansard, Harare, 28. Juli 2022, Input des Finanzministers Prof. M. Ncube im Kontext des 2022 »Mid-term budget and economic review statement«, Abs. 169.

146 Siehe z.B. National Assembly, Republic of Zimbabwe, Hansard, Harare, 14. Juni 2022, Hon. Togarepi, Abs. 2.

147 Republic of Zimbabwe, Address by the President Dr. E.D. Mnangagwa on the Occasion of the State of the Nation Address and the Opening of the Fourth Session of the Ninth Parliament of Zimbabwe, 7. Oktober 2021, Abs. 4.

148 Republic of Zimbabwe, Hansard National Assembly, Harare 9. Dezember 2020, Präsentation des *Portfolio Committee on Youth, Sport, Arts and Recreation*, Abs. »Ministry Policy Intervention 2021–2023«.

149 Republic of Zimbabwe, Hansard National Assembly, Harare, 18. November 2015, Input des Tourismusministers Hon. Eng. Mzembe, Abs. 1. Auch ein Sportevent zwischen den Parlamenten Sambias und Simbawes wird als förderlich für *social cohesion* bezeichnet (Republic of Zimbabwe, Hansard National Assembly, Harare, 29. Juli 2015, »Inter-parliamentary Games«, Abs. 4).

150 Republic of Namibia, Hansard National Assembly, Windhoek, 1. Juni 2005, S. 309.

der.¹⁵¹ Eine Debatte spezifisch zum Thema *social cohesion* in Namibia fand 2019 im Tintenpalast¹⁵² im Rahmen eines parlamentarischen Antrages zum Thema »Social cohesion for Nation-building« statt, der von der Regierungspartei initiiert wurde. Der Minister für Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) sagte in diesem Kontext:

[...] the lingering question is – can we effectively legislate for good moral values? Certainly not – for morals values are birthed and shaped in our homes. They are moulded and affirmed by the wider society. Our society should therefore reclaim the moral space we seem to have gladly surrendered with the advent of social media [...].¹⁵³

Ähnlich wie in Südafrika tritt hier ein moralisierender Diskurs zu Tage. Demnach entstehe (oder fehle) *social cohesion* vor allem im privaten Raum: »[M]oral values are birthed and shaped in our homes«.¹⁵⁴ Die Verantwortung für »moralisch richtiges« Handeln, das die Gemeinschaft stärken würde, läge also vorwiegend im Handlungsspielraum der Bürger:innen selbst, während die Regierungspartei jegliche Verantwortung von sich weist. Wie in Südafrika und Simbabwe und zudem interessanterweise auch in Frankreich,¹⁵⁵ sprechen ebenfalls in Namibia besonders oft Vertreter:innen des Ministeriums für Sport und Kultur (*Ministry of Youth, National Service, Sports and Culture*) über *social cohesion*.¹⁵⁶ Kombiniert wird der Begriff vornehmlich mit *peace*, *harmony* und *nation-building*. In den SONAs in Namibia kam der Begriff aber – anders als in Simbabwe und auch in Südafrika – vergleichsweise häufig vor.¹⁵⁷ Zudem spielt das Ministerium für Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) eine zentrale Rolle in der Narrativbildung. Der ICT Minister ist auch Schirmherr der umstrittenen *NNP Campaign* (»my Namibia, my Nation, my Pride«), die 2011 unter Präsident Hifikepunye

151 Republic of Namibia, Hansard National Assembly, Motion on the situation in North Africa and the Middle East, Windhoek, 1. Juni 2011, Hon. Mbumba, S. 76 ff.

152 Name für das Gebäude, in dem sich das 1912/1913 gebaute Parlament des Landes befindet.

153 Republic of Namibia, Minister of Information and Communication Technology (ICT), Contribution on the motion raised by Hon. E. Nwases Taeyele, Hon. Stanley M. Simataa, Windhoek, 9. Juli 2019, S. 3.

154 Ebd.

155 Siehe den Beitrag von Therese Mager in diesem Band.

156 Siehe z.B. Republic of Namibia, Ministry of Sport, Youth and National Service, Namibia National Sport Reward Policy presented by Hon. Erastus Uutoni, Minister to the National Assembly, Ministerial statement, 11. Juli 2018, S. 5.

157 Siehe z.B. Republic of Namibia 2016, Republic of Namibia 2019 und Republic of Namibia 2021. 2021 wurde *social cohesion* in einem der ersten Sätze der Ansprache erwähnt und somit sehr zentral positioniert. »Effective governance, responsive institutions and an engaged citizenry are the bedrock of any democracy and a critical component to secure peace, socio-economic development and social cohesion« (Republic of Namibia, The Office of the President, State of the Nation Address, Windhoek, 15. April 2021, S. 3). Republic of Namibia, The Office of the President, State of the Nation Address, Windhoek, 6. April 2022, S. 6 und S. 7.

Pohamba ins Leben gerufen wurde. Sie soll Patriotismus fördern, wird aber vor allem als Aufforderung von Loyalitätsbekundung gegenüber der Regierungspartei gelesen.¹⁵⁸ Interessanterweise wird in der oben bereits zitierten Rede des ICT Ministers der französische Soziologe Émile Durkheim als »Godfather of social cohesion«¹⁵⁹ genannt. Dies verweist auf eine euro-zentrische Begriffsgeschichte, während Alternative Konzepte, wie etwa die im südlichen Afrika verankerte Philosophie des *Ubuntu*, in Namibia sehr selten Erwähnung finden.¹⁶⁰ Gleichzeitig entstanden in Namibia eine Reihe von spezifischen Begrifflichkeiten um *social cohesion*, insbesondere unter dem seit 2015 amtierenden Präsidenten Hage Geingob. Melber beobachtet, dass die Metapher »Namibian House« den früher prominenten Begriff der »SWAPO family« Stück für Stück ersetzt.¹⁶¹ Die Vorstellung der Nation als Haus, in dem Namibier:innen aller *race groups* und sozialen Hintergründe Schutz finden, deutet auf einen neuen diskursiven Fokus auf Inklusivität und Gemeinschaft hin. Dieser steht allerdings oftmals im starken Kontrast zum politischen Handeln. Geingob predigt ein *prosperity for all*-Mantra – das in ähnlicher Form unter dem Schlagwort »common prosperity«, geprägt von Xi Jinping, in China beobachtet werden kann¹⁶² –, während die Schere der Ungleichheit im Land weiter auseinandergeht.¹⁶³ Ein weiteres Beispiel ist der Entwicklungsplan Namibias »Harambee Prosperity Plan« (HPP), der sich eines ostafrikanischen Swahili-Wortes und des Prinzips des Zusammenhalts bedient und dadurch eine panafrikanische Einheit suggeriert.¹⁶⁴

158 Für eine kritische Analyse der Kampagne siehe z.B. Hengari, »My Namibia, My Country, My Pride«.

159 Republic of Namibia, Republic of Namibia, Minister of Information and Communication Technology (ICT), Contribution on the motion raised by Hon. E. !Nawases Taeyele, Hon. Stanley M. Simataa, Windhoek, 9. Juli 2019, S. 3.

160 Außerdem sprach Justizminister Sacky Shanghala am gleichen Tag ebenfalls zu »Social Cohesion for Nation-Building«. In seinem Input bezog er sich auf die Larson/Oxford Definition des Begriffs, also eine »westliche« Definition von *social cohesion* (Republic of Namibia, Minister of Justice, Statement by Hon. Sacky Shanghala on Social Cohesion for Nation Building, Windhoek, 9. Juni 2019, S. 1).

161 Melber, »One Namibia, One Nation?«, S. 138.

162 Siehe den Beitrag von Man Zhang in diesem Band.

163 Melber, »One Namibia, One Nation?«, S. 141.

164 Übersetzt wird *Harambee* (Kiswahili) in etwa mit »lasst uns alle an einem Strang ziehen«. Der Begriff wurde durch den ersten Präsidenten Kenias, Jomo Kenyatta, geprägt. Die Verwendung des Begriffs hebt einen panafrikanischen Zusammenhalt hervor, indem sie sich auf andere Unabhängigkeitskämpfer bezieht.

3. In Richtung eines regionalen Begriffsverständnisses

Wenn man die *social cohesion*-Narrative der früheren Befreiungsbewegungen an der Macht in Namibia, Südafrika und Simbabwe betrachtet, kann durchaus von einem regionalen Zusammenhaltsbegriff gesprochen werden. Diese regionale Begriffsnutzung beinhaltet der hier präsentierten Analyse nach zwei Kernkomponenten: erstens, eine Individualisierung und Moralisierung des Begriffs – der Haushalt und gute Erziehung regeln *social cohesion* – sowie zweitens, seine Rahmung als Nebenerscheinung des *nation-building*, was gleichzeitig eine fortlaufende Legitimierung der Regierungsparteien mit sich bringt. Abrahams argumentiert, dass der öffentliche Diskurs über *social cohesion* in Südafrika seit 1994 durch das eindimensionale Mantra der »Einheit«, die Beschwörung der Regenbogennation sowie durch andere Einheits- und Befreiungssymbole (z.B. ANC-»Heldentum«) vor allem die Hegemonie des ANC weiter gestützt und gefördert hat.¹⁶⁵ Sie beschreibt *social cohesion* in Südafrika als Teil einer *performance*, einer »articulation and enactment of ›social cohesion‹ in its rather more insidious form of nationalism«¹⁶⁶, die vor allem ein staatliches bzw. ANC-gelenktes Projekt sei. »[And] by fostering nationalism, this version of social cohesion inadvertently becomes the seedbed for racism and ethnic chauvinism against those who are perceived not to belong.«¹⁶⁷

Die Verquickung von *social cohesion* als individuelle, moralische und »südafrikanische« Pflicht und *nation-building* sowie eine Fokussierung auf Südafrikas *exceptionalism*¹⁶⁸ tragen außerdem zur Schaffung von In- und Out-Groups bei, was Fremdenfeindlichkeit nicht mindert, sondern potentiell weiter schürt.¹⁶⁹ *Social cohesion* als kontextspezifischer politischer Diskurs kann also bestimmte Gruppen inkludieren, während er andere exkludiert.¹⁷⁰ Die Beschwörungen von Ramaphosa (»leave no one behind«) und Geingob (»prosperity for all«) klaffen weit auseinander mit der gelebten Realität der Bürger:innen in der Region. Dies zeigt, dass *social cohesion* als Diskurs auch als eine Art Deckmantel für die Steuerungsunfähigkeit bzw. Hilfslosigkeit der ehemaligen Befreiungsbewegungen an der Macht

165 Abrahams, »Twenty Years of Social Cohesion and Nation-Building«, S. 105–106.

166 Abrahams, »Social Cohesion as Imposition of National Identity«, S. 28.

167 Abrahams, »Twenty Years of Social Cohesion and Nation-Building«, S. 106.

168 Für eine Beschreibung und Diskussion des Begriffs siehe z.B. Msimang, »Making South Africa Great Again«.

169 Abrahams, »Twenty Years of Social Cohesion and Nation-Building«, S. 104–105.

170 Auf diese Beobachtung, die im südafrikanischen Fall besonders deutlich wird, verweist auch Friedman, »The hidden evils of ›social cohesion‹«.

gelesen werden kann, die immer prekärer werdenden Ungleichheitsverhältnisse in der Region unter Kontrolle zu bekommen.¹⁷¹

Interessanterweise haben sich trotz ähnlicher geschichtlicher Altlasten und Diskurse über *social cohesion* in den drei Ländern unterschiedliche Begrifflichkeiten, Institutionen und Praktiken entwickelt, die Versöhnung und *social cohesion* adressieren. Fragen nach einem gemeinsamen »wir« werden um unterschiedliche Schlagworte herum ausgehandelt, die jeweils in Bezug zu länderspezifischen historischen Ereignissen stehen. In Simbabwe ist die fehlende Aufarbeitung von *Gukurahundi* das Kernthema in *reconciliation*- und *social cohesion*-Debatten. In Südafrika ist die Metapher der Regenbogennation aus den 1990er Jahren langsam von der Bildfläche verschwunden. Wie zuletzt in Ramaphosas SONA am 9. Februar 2023 ersichtlich, wird zunehmend der Begriff *social compact* in Debatten platziert, der eine wirtschaftsfreundliche Politik und einen *multi-stakeholder*-Ansatz als Basis für sozialen Zusammenhalt und Wohlstand propagiert. In Namibia entstehen aktuell besonders ausladende neue Terminologien um das Themenfeld *social cohesion*, wie zuletzt das »Namibian House« oder der »Harambee Prosperity Plan«, die eine inklusive Gesellschaft und »Wohlstand für Alle« als politische Vision suggerieren. Gleichzeitig wird in Zusammenhang mit der Frage nach Versöhnung und gesellschaftlichem Zusammenhalt von SWAPO Mitgliedern regelmäßig vor *tribalism* gewarnt, wie beispielsweise von Innenminister Frans Kapofi während der Parlamentsdebatte zu *social cohesion* am 11. Juli 2019:

We need to learn from the lessons of others [...]. I too visited the genocide memorials in Rwanda years ago. What they caution is that tribalism can be a dangerous weapon, one which if unleashed, can have unintended consequences. This is the reason you find us always speaking against tribalism.¹⁷²

Die Nutzung des (Kampf-)Begriffs *tribalism* nimmt in Namibia zu¹⁷³ und wird den Begriffen Versöhnung und Zusammenhalt diametral gegenübergestellt. *Tribalism* solle von »allen Mitgliedern der Gesellschaft und der Partei« bekämpft werden,

171 Als ich im Frühjahr 2022 auf Forschungsreise Interviewpartner:innen in Südafrika nach Orten fragte, wo *social cohesion* zu finden bzw. zu untersuchen sei, erhielt ich von einem Gesprächspartner den Hinweis auf große, in Südafrika gut vertretene Rhema Pfingstkirchen sowie auf Einkaufszentren. Beide Orte ziehen eine *multi-racial* Mittelschicht an (Interview 1, Forscher, 17. Februar 2022, Kapstadt, Südafrika). Während sich dieser Hinweis augenscheinlich auf einen *cross-racial* Zusammenhalt bezieht (anekdotische Beobachtungen in Cafés und Restaurants in der Brooklyn Mall in Pretoria oder der Rosebank Mall in Johannesburg stellen aber auch diesen in Frage), wurde die Thematik der sozialen Ungleichheit und *class* in der Analyse dieses Interviewpartners weniger mit einbezogen.

172 Siehe z.B. Republic of Namibia, Minister of Home Affairs and Immigration, Contribution to the debate on the motion on social cohesion by Frans Kapofi, Windhoek, 11. Juli 2019, S. 3.

173 Melber, »One Namibia, One Nation?«, S. 147.

denn »SWAPO is the people and the people are SWAPO. Period«. ¹⁷⁴ Das Mantra, dass die ehemalige Befreiungsbewegung SWAPO weiterhin für »das Volk« spricht und eine Deutungshoheit über *social cohesion* hat, lebt fort.

In der Einleitung wurde hervorgehoben, dass eine Begriffsgenese notwendig ist, um den Begriff der *social cohesion* zu dezentrieren und für die Region des südlichen Afrikas zu kontextualisieren, in der die wenigsten Menschen diesen Begriff in ihrer Alltagssprache verwenden. Aus den empirischen Beobachtungen (1) der ungleichen Verteilung der Begriffsnutzung über die drei Länderkontexte hinweg sowie (2) des Aufkommens und Wiederabebbens dieses Trendwortes zu verschiedenen Zeitpunkten über die letzten 20 Jahre lassen sich wertvolle zukünftige Forschungsfragen ableiten. Warum fasst die Begrifflichkeit *social cohesion* über die Region hinweg ungleichmäßig Fuß, warum hat sie sich beispielsweise stärker in Südafrika, weniger hingegen in Namibia und (vor allem) in Simbabwe durchgesetzt? Spricht *social cohesion* als Begrifflichkeit erst zu Menschen, wenn Versöhnungs- bzw. *transitional justice*-Prozesse erfolgreich angegangen wurden? Und unter welchen Umständen ist es für Regierungen attraktiv, *social cohesion* zu nutzen und anderen, kontextspezifischeren und weniger universalistischen Konzepten vorzuziehen?

Literatur

- Abrahams, Caryn (2016), »Twenty Years of Social Cohesion and Nation-Building in South Africa«, *Journal of Southern African Studies*, Jg. 42, H. 1, S. 95–107.
- (2021), »Social Cohesion as Imposition of National Identity«, in: Léo Fortaillier (Hg.), *Discussing Social Cohesion in South Africa*, Johannesburg, S. 24–30.
- Ballantine, Christopher/Chapman, Michael/Erwin, Kira/Maré, Gerhard (2017), *Living Together, Living Apart? Social Cohesion in a Future South Africa*, Pietermaritzburg.
- Bank, Leslie (2021, 16. März), »Culture, Covid and Social Cohesion in Rural Southern Africa«, *African Arguments*, <https://africanarguments.org/2021/03/culture-covid-and-social-cohesion-in-rural-southern-africa/>.
- Barolsky, Vanessa (2013), The »State« of Social Cohesion: Restating the Question of Social Cohesion and »Nation-building«, in: Pillay, Udesch u. a., *State of the Nation: South Africa 2012–2013*, Pretoria, S. 378–399.
- Bauer, Gretchen/Taylor, Scott D. (2011), *Politics in Southern Africa: Transition and Transformation*, 2. Aufl., Boulder, CO.

174 Republic of Namibia, Minister of Justice, Statement by Sacky Shanghala on Social Cohesion for Nation Building, Windhoek, 10. Juli 2019, S. 8.

- Baumhögger, Goswin (unter Mitarbeit von Ulf Engel und Telse Diederichsen) (1984), *The Struggle for Independence: Documents on the Recent History of Zimbabwe (1975–1980)*, Bd. 7 (Doc: 1051–1185, Dez. 1979–Apr. 1980), Hamburg: Institut für Afrika-Kunde.
- Bernard, Paul (2002), »La cohésion sociale: Critique dialectique d'un quasi-concept«, *Lien Social et Politiques*, Jg. 41, S. 47–59.
- Bond, Patrick (1990), *Elite Transition: From Apartheid to Neo-liberalism in South Africa*, Sterling, VA.
- (1990), *Elite Transition: From Apartheid to Neo-liberalism in South Africa*, Sterling, VA.
- Centre for Innovation and Technology (CITE) (2020, 31. Oktober), *No justice without reparations for Gukurahundi victims*, <https://cite.org.zw/no-justice-without-reparations-for-gukurahundi-victims/>.
- CNN (2000, 14. Dezember), »Zimbabwe's Mugabe urges blacks to ›strike fear in heart of the white man‹«, <https://edition.cnn.com/2000/WORLD/africa/12/14/mugabe.zimbabwe/index.html>.
- Conway, Paul (2003), »Truth and Reconciliation: The Road Not Taken in Namibia«, *Journal of Peace and Conflict Resolution*, Jg. 5, H. 1, S. 66–76.
- Crisis in Zimbabwe Coalition (2022), »Destruction of Gukurahundi Bhalagwe Memorial Plaque Appalling«, *Kubatana*. <https://kubatana.net/2022/01/11/destruction-of-gukurahundi-bhalagwe-memorial-plaque-appalling>.
- Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (Hg.) (2020), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Ein interdisziplinärer Dialog*, Frankfurt am Main/New York.
- Dobell, Lauren (1997), »Silence in Context: Truth and/or Reconciliation in Namibia«, *Journal of Southern African Studies*, Jg. 23, H. 2, S. 371–382.
- du Pisani, André (o.D.), *Imagination, metapolitics and reconciliation: Vignettes from postcolonial Namibia and beyond—A Professoria Lecture* [University of Namibia, Windhoek].
- Engel, Ulf (2024, i. E.), »Social cohesion and resilience: On the challenge of comparing and measuring«, in: Boås, Morten/Ben-Nun, Gilad/Engel, Ulf/Osland, Kari M. (Hg.), *Preventing violent extremism in the Balkans and the broader MENA region: The non-occurrence of violent extremism in ›enabling environments‹*. Boulder, CO.
- Engel, Ulf/Middell, Matthias (2020), »Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Populismus: Überlegungen zur Varianz in Zeit und Raum«, in: Deitelhoff/Groh-Samberg/Middell (Hg.), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt*, Frankfurt am Main/New York, S. 89–108.
- Eppel, Shari (2020), »How Shall We Talk of Bhalagwe? Remembering the Gukurahundi Era in Matabeleland, Zimbabwe«, in: Wale, Kim/Gobodo-Madikizela, Pumla/Prager, Jeffrey (Hg.), *Post-Conflict Hauntings: Transforming Memories of Historical Trauma*, Cham, S. 259–284.
- Fisher, Josephine L. (2010), »Zimbabwe's discourse of national reconciliation«, in: Fisher, Josephine L. (Hg.), *Pioneers, Settlers, Aliens, Exiles: The decolonisation of white identity in Zimbabwe*, Johannesburg, S. 27–54.
- Friedman, Steven (2019, 6. August), »The hidden evils of ›social cohesion‹«. *New Frame*, <https://www.newframe.com/the-hidden-evils-of-social-cohesion/>.
- Gamson, William A. (1995), »Constructing Social Protest« in: Hank Johnston and Bert Klansdemans (Hsg.) *Social Movements and Culture: Social Movements, Protest, and Contention* (vol. 4), Minneapolis, MN, S. 85–106.
- German Institute for Development and Sustainability (IDOS) (2019), *Perspectives On: Social Cohesion and Development Cooperation*, <https://www.youtube.com/watch?v=eAzvYWvWI3U&list=PLYD-xK5iYZl3rNABsgPsLAsqzSjnqd6af&index=7&t=621s>.

- Gurirab, Theo-Ben (2010), »The genesis of the Namibian Constitution: The international and regional setting«, in: Boesl, Anton/Horn, Nico/du Pisani, André (Hg.), *Constitutional Democracy in Namibia. A Critical Analysis after two Decades*, Windhoek, S. 109–118.
- Harris, Lulu Brenda (2021, 1. September), »Another Gukurahundi memorial plaque stolen«, CITE, <https://cite.org.zw/another-gukurahundi-memorial-plaque-stolen/>.
- Hengari, Alfredo Tjiurimo (2011, 13. Mai), »My Namibia, My Country, My Pride: Unpacking A Political façade«, *The Namibian*, <https://www.namibian.com.na/index.php?id=79733&page=archive-read>.
- Hengari, Tjiurimo Alfredo/Saunders, Chris (2014), »Unequal but intertwined: Namibia's bilateral relationship with South Africa«, in Bösl, Anton/du Pisani, André/Zaire, Dennis U. (Hg.), *Namibia's Foreign Relations*, Windhoek, S. 169–180.
- Höhn, Sabine (2010), »International Justice and Reconciliation in Namibia: The ICC Submission and Public Memory«, *African Affairs*, Jg. 109, H. 436, S. 471–488.
- Institute for Security Studies (ISS) (2021, 9. März). *Is a social compact key to saving South Africa's economy?* [Webinar], <https://issafrica.org/events/is-a-social-compact-key-to-saving-south-africas-economy>.
- Lamb, Guy (2019), »Social cohesion and violence in South Africa: Constructing a puzzle with missing pieces«, *Crime, Law and Social Change*, Jg. 72, H. 4, S. 365–385.
- Lefko-Everett, Kate (2017), *Towards a measurement of social cohesion in Africa*. A discussion paper prepared by the Institute for Justice and Reconciliation for UNDP, Addis Ababa.
- Lefko-Everett, Kate/Govender, Rajen/Foster, Don (2017), *Rethinking Reconciliation Evidence from South Africa*, Pretoria.
- Lévi-Strauss, Claude (1987 [1950]), *Introduction to the work of Marcel Mauss*, London.
- Maletsky, Christof (2007, 23. August), »ICC submission was a last resort, says NSHR«, *The Namibian*, <https://www.namibian.com.na/30442/archive-read/ICC-submission-was-a-last-resort-says-NSHR-THE>.
- Mamdani, Mahmood (2002), »Amnesty or Impunity? A Preliminary Critique of the Report of the Truth and Reconciliation Commission of South Africa (TRC)«, *Diacritics*, Jg. 32, H. 3/4, S. 33–59.
- McCandless, Erin/ Miller, Darlene Ajeet (2020, 13. Mai), »What South Africa needs to forge a resilient social compact for Covid-19«, *The Conversation*, <https://theconversation.com/what-south-africa-needs-to-forge-a-resilient-social-compact-for-covid-19-138171>.
- McKaiser, Eusebius (2022), *Reconciliation without Economic Justice is Hollow* (No. 143), <https://podcasts.apple.com/de/podcast/episode-143-reconciliation-without-economic-justice/id1561851417?i=1000590409262>, aufgerufen am 16. Dezember 2022.
- Melber, Henning (2002), »From Liberation Movements to Governments: On Political Culture in Southern Africa«, *African Sociological Review*, Jg. 6, H. 1, S. 161–172.
- (2013), »Liberation Movements as Governments: Democratic Authoritarianism in Former Settler Colonies of Southern Africa«, *Baseler Afrika Bibliographien*, BAB Working Paper 1.
 - (2015), »In the Footsteps of Robert Gabriel Mugabe: Namibian Solidarity with Mugabe's Populism – (Bogus) Anti-imperialism in Practice«, in: Ndlovu-Gatsheni, S. J. (Hg.), *Mugabeism? History, Politics, and Power in Zimbabwe*, New York, S. 107–120.
 - (2018), »Populism in Southern Africa under liberation movements as governments«, *Review of African Political Economy*, Jg. 45, H. 158, S. 678–686.

- (2021) »One Namibia, One Nation«? Social Cohesion under a Liberation Movement as Government in Decline«, *Stichproben – Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien*, Jg. 21, 129–158.
- Middell, Matthias (2016), »Kulturtransfer, Transfers culturels«, *Docupedia-Zeitgeschichte*. <https://doi.org/10.14765/ZZF.DOK.2.702.V1>.
- (2018), »The Intercultural Transfer Paradigm in its Transnational and Transregional Setting«, in: Adam, Thomas (Hg.), *The Yearbook of Transnational History*, Vancouver, S. 46–60.
- Mlambo, Alois S. (2015), »Mugabe on Land, Indigenization, and Development«, in: Ndlovu-Gatsheni, Sabelo J. (Hg.), *Mugabeism? History, Politics, and Power in Zimbabwe*, New York, S. 45–59.
- Mooney, Patrick H./Hunt, Scott. A. (2009), »Food Security: The Elaboration of Contested Claims to a Consensus Frame«, *Rural Sociology*, Jg. 74., H. 4, S. 469–497.
- Mpofu, Mandlenkosi/Makombe, Percy F. (Hg.) (2022), *Memory and Erasure: Gukurahundi and the Culture of Violence in Zimbabwe*, Bulawayo.
- Msimang, Sisonke (2016, 8. Dezember), »Making South Africa Great Again«, *New York Times*, <https://www.nytimes.com/2016/12/08/opinion/making-south-africa-great-again.html>.
- Namibia Press Agency (2020, 24. Juni), »Swapo MPs reject national reconciliation motion«, <https://www.nampa.org/index.php?model=categories&function=display&id=20223491>.
- Ndlovu-Gatscheni, Sabelo J. (2009), »Africa for Africans or Africa for ›Natives‹ Only? ›New Nationalism‹ and Nativism in Zimbabwe and South Africa«, *Africa Spectrum*, Jg. 44, H. 1, S. 61–78.
- Neue Deutsche Medienmacher (2023), »Glossar: ›Race‹«, in: NdM-Glossar, <https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/race/>, aufgerufen am 4.1.2023.
- Ranger, Terence (2004), »Nationalist Historiography, Patriotic History and the History of the Nation: The Struggle over the Past in Zimbabwe«, *Journal of Southern African Studies*, Jg. 30, H. 2, S. 215–234.
- Saul, John S./Leys, Colin (2003), »Lubango and after: ›Forgotten History‹ as Politics in Contemporary Namibia«, *Journal of Southern African Studies*, Jg. 29, H. 2, S. 333–353.
- Southall, Roger (2013), *Liberation Movements in Power*, Cambridge.
- Struwig, Jarè/Roberts, Ben/Davids, Yul Derek (2011), »From bonds to bridges: towards a social cohesion barometer for South Africa«, *HSRC Review*. Jg. 9, H. 4, S. 10–11, <http://hdl.handle.net/20.500.11910/3510>.
- Struwig, Jarè/Roberts, Benjamin/Gordon, Steven/Davids, Yul Derek/Sithole, Moses S./Weir-Smith, Gina/ Mokhele, Tholang (2013), »Towards a social cohesion barometer for South Africa«, in: Nyamnjoh, Francis/Pillay, Udesch/Hagg, Gerard/ Jansen, Jonathan D. (Hg.) *State of the Nation: South Africa: 2012–2013*. Cape Town, S. 399–421.
- Sylvester, Christine (2000), *Producing Women and Progress in Zimbabwe: Narratives of Identity and Work from the 1980s*, Portsmouth, NH.
- The Herald (2019, 20. September), »Zim delayed land reform for SA«, *The Herald*, <https://www.herald.co.zw/zim-delayed-land-reform-for-sa/>.
- Tjitemisa, Kuzeeko (2020a, 18. Juni), »Reconciliation has not worked – Iijambo«, *New Era*, <https://neweraalive.na/posts/reconciliation-has-not-worked-ijambo>.
- (2020b, 29. Juni), »Namibia: Reconciliation Debate Stirs Emotions«, *New Era*, <https://allafrica.com/stories/202006290723.html>.
- van der Merwe, Hugo/Chapman, Audrey R. (Hg.) (2008), *Truth and Reconciliation in South Africa: Did the TRC deliver?* Philadelphia.
- Williams, Christian A. (2015), *National Liberation in Postcolonial Southern Africa: A Historical Ethnography of SWAPO's Exile Camps*, Cambridge, S. 123–146.

Zambara, Webster (2019), »The Prospects for Social Cohesion, Healing and Reconciliation in Zimbabwe: Putting the NPRC to task«, IJR, <https://www.ijr.org.za/2019/09/16/the-prospects-for-social-cohesion-healing-and-reconciliation-in-zimbabwe-putting-the-nprc-to-task/>.

Berichte und weitere Dokumente

CCJPZ & LRF (1997), *Breaking the Silence, Building True Peace. A Report on the Disturbances in Matabeleland and the Midlands 1980 to 1988*, Harare: CCJPZ.

Political Consultative Committee of Ex-SWAPO Detainees (1989), *A Report to the Namibian People: Historical Account of the SWAPO Spy Drama*, Windhoek: Breaking the Silence Movement.

Republic of Namibia (1989), *Amnesty Proclamation AG 13 of 7 June 1989*.

Republic of Namibia (1990), *Constitution*.

Republic of Namibia (2015), *Harambee Prosperity Plan (2016–2020)*.

Republic of South Africa (2004), The Presidency, *Social Cohesion and Social Justice in South Africa. Document commissioned for South Africa's 10 Year Review*, Pretoria, <http://www.thepresidency.gov.za/docs/pcsa/social/social/part1.pdf>.

Republic of South Africa (2011), National Planning Commission (NPC), *National Development Plan 2030: Our Future – Make It Work*, Pretoria, https://www.gov.za/sites/default/files/gcis_document/201409/ndp-2030-our-future-make-it-work.pdf.

Republic of South Africa, Department of Sports, Arts and Culture (DSAC) (2012), *!KE E: /XARRA //KE: creating a caring and proud society: A National Strategy for Developing an Inclusive and a Cohesive South African Society*, <https://www.dac.gov.za/sites/default/files/NATIONAL-STRATEGY- SOCIAL-COHESION-2012.pdf>.

Republic of South Africa (2021), Department of Sports, Arts and Culture (DSAC), *Annual Report 2020/2021, »Inspiring a Nation of Winners«*, Pretoria, https://www.gov.za/sites/default/files/gcis_document/202204/dsac-annual-report.pdf.

Republic of Zimbabwe (2008), *Indigenisation and Economic Empowerment Bill*, 7. März.

Republic of Zimbabwe (2008), Ministry of Constitutional and Parliamentary Affairs, *Global Political Agreement*. 15 September.

Republic of Zimbabwe (2013 [as amended up to 30th September 2018]), *Constitution of Zimbabwe*.

Southern Rhodesia (1979), *Constitutional Conference held at Lancaster House, London, September – December 1979. Report*.

Union of South Africa (1950), *Population Registration Act No. 30*, <https://www.sahistory.org.za/sites/default/files/DC/leg19500707.028.020.030/leg19500707.028.020.030.pdf>.

Interviews

Interview 1, Forscher, 17. Februar 2022, Kapstadt, Südafrika.

Interview 2, Forscher, 22. Februar 2022, Windhoek, Namibia.

Interview 3, Forscher, 4. November 2022, Johannesburg, Südafrika.

Interview 4, Forscher, 22. November 2022, Johannesburg, Südafrika.

Interview 5, Vertreterin Zivilgesellschaft, 16. November 2022, Bulawayo, Simbabwe.

Interview 6, Vertreter Zivilgesellschaft, 17. November 2022, Bulawayo, Simbabwe.

Interview 7, Vertreter Zivilgesellschaft, 18. November 2022, Bulawayo, Simbabwe.

»Aus den Massen schöpfen und in die Massen hineintragen«: Staatspopulismus im heutigen China

Man Zhang

Abstract

Von der Spätphase der Qing-Dynastie bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts haben chinesische Intellektuelle und Politiker die chinesische Gesellschaft immer wieder als zersplittert beschrieben, ähnlich einem »Teller mit Streusand«. Die Kommunistische Partei Chinas hingegen behauptet, ihre bemerkenswerteste Leistung sei die effektive Lösung dieser langjährigen schwierigen Situation, indem sie die Mobilisierung der chinesischen Bevölkerung orchestrierte und die Gesellschaftsstruktur neu konfigurierte. Im Mittelpunkt der Ansätze der KPCh zur Schaffung von sozialem Zusammenhalt steht die »Massenlinie«, ein populistisches Modell eines breit angelegten partizipatorischen politischen Managements, das die Ansichten, Interessen und Erfahrungen der einfachen arbeitenden Menschen in einer Weise einbezieht, die für Lenin oder Stalin nie im Vordergrund stand. Anhand von historischen Archiven, offiziellen Aufzeichnungen und Reden von Politikern wird in diesem Kapitel die Entwicklung des Populismus im Kontext des modernen China untersucht. Das Kapitel befasst sich kritisch mit dem Wiederaufleben populistischer Praktiken im heutigen China und geht dabei insbesondere auf die Bereiche Massenjustiz, Massendiktatur und Staatspopulismus ein.

Keywords: Massenlinie; Massendiktatur; Staatspopulismus; Gerechtigkeit; China

Vom Ende der Qing-Dynastie bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein beschrieben chinesische Intellektuelle und Politiker die chinesische Gesellschaft immer wieder als zersplittert, ähnlich wie ein »Teller mit Streusand«. Sie sehnten sich nach einer vereinigenden Kraft, die diese zersplitterte Gesellschaft zusammenhalten könnte, und suchten nach praktikablen Lösungen. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) behauptet, dass sie dieses seit langem bestehende Problem erfolgreich angegangen ist und den sozialen Zusammenhalt gefördert hat, indem sie die chinesische Bevölkerung mobilisierte und eine grundlegende Umstrukturierung des sozialen Gefüges einleitete. Im Diskurs der KPCh bezieht sich der soziale Zusammenhalt auf die zwischenmenschliche Verbundenheit und Konvergenz der Kräfte, die sich aus gemeinsamen Idealen, Überzeugungen und Werten ergeben. Dieser Zusammenhalt zielt auf den Aufbau einer gerechten und harmonischen Gesellschaft und die Verwirklichung gemeinsamer Ziele und Interessen ab, wobei gemeinsame Ideale höchste Priorität haben.¹ In der Terminologie der Partei sind diese gemeinsamen Ideale gleichbedeutend mit dem übergeordneten Ziel des Staates: der Verwirklichung des »chinesischen Traums« (*Zhongguo meng*), der die große Verjüngung der chinesischen Nation bezeichnet. Dies ist im Wesentlichen die Richtung, auf die sich der gesellschaftliche Zusammenhalt orientiert.

Im Mittelpunkt der Ansätze der KPCh zur Förderung des sozialen Zusammenhalts steht das zentrale Konzept der »Massenlinie«, ein populistisches Modell einer breit angelegten partizipatorischen politischen Führung, das die Ansichten, Interessen und Erfahrungen der einfachen arbeitenden Menschen in einer Weise einbezieht, die für Lenin oder Stalin so nie im Vordergrund stand. Nach dieser Doktrin sind die Massen unter der Herrschaft der KPCh nicht nur passive Objekte der Mobilisierung und Steuerung, sondern auch Teilnehmer an der Gestaltung politischer und sozialer Entscheidungen. Während der Ära von Mao Zedong (1898–1976) zwischen den 1950er und 1970er Jahren setzte Mao kontinuierlich Massenkampagnen ein, um seine Visionen vom Sozialismus zu propagieren. Die chinesische Gesellschaft wurde in zwei verschiedene Kategorien eingeteilt: »Wir« – das Volk – und »der Feind«, zu dem Großgrundbesitzer, reiche Bauern, Konterrevolutionäre und Rechte gehörten. Die Kulturrevolution (1966–1976) verkörperte diesen Ansatz, als Mao verschiedene Gruppen der Volksmassen, darunter Studenten, Arbeiter und Bauern, zur Auflehnung und zum Sturz der lokalen Parteiführung und der Institutionen aufrief, die Mao und seine Mitstreiter seit der Machtübernahme der KPCh im Jahr 1949 aufgebaut hatten. Mao betrachtete die Kader als eine neu entstandene, korrupte Eliteklasse.

1 Wang/Zhang/Li, »Zengqiang xinshidai shehui ningjuli de lujing«.

In der Forschung ist allgemein anerkannt, dass populistische Politik ein entscheidendes Merkmal der KPCh-Regierung während der maoistischen Ära ist. Fairbank führt die Wurzeln dieses populistischen Ansatzes auf die Erkenntnisse von Li Dazhao zurück, einem frühen Verfechter des Marxismus in China und Professor für Politikwissenschaft mit Ausbildung in Japan. Anfang 1919 erkannte Li Dazhao beim Studium der russischen Erfahrungen den Wert der populistischen Bewegung »Geh zum Volk« und stellte sich vor, dass sich Chinas Revolution auf die Bauernschaft konzentrieren sollte.² Li ermutigte die Studenten, aufs Land zu gehen und mit der Landbevölkerung zu arbeiten. Mao Zedong übernahm und erweiterte Lis Ansichten und institutionalisierte sie schließlich als nationale Praxis.³ Die Anweisung, »aufs Land zu gehen« und sich von den Bauern umerziehen zu lassen, wurde für Studenten und Intellektuelle in den 1950er bis 1970er Jahren zu einer normativen Praxis. Wie Townsend argumentiert, legitimierte Mao den chinesischen Populismus und verwandelte ihn von einer rebellischen oder protestorientierten Überzeugung in ein legitimes Prinzip der Regierungsführung innerhalb der autoritären Herrschaft der KPCh.⁴

Das Aufkommen des Populismus in China fiel zeitlich eng mit der Einführung und Verbreitung des Marxismus zusammen. Während der Bewegung des Vierten Mai im frühen 20. Jahrhundert bekannte sich eine Gruppe junger Intellektueller sowohl zum Populismus als auch zum Marxismus. Anders als in Russland, wo der Populismus aktiv unterdrückt wurde, hielt sich die populistische Tendenz in China hartnäckig und beeinflusste die chinesische Revolution. Im marxistisch geprägten Diskurs der KPCh war Populismus jedoch nicht immer erkennbar und wurde daher nicht ausreichend beachtet und systematisch untersucht.

Im späten 20. Jahrhundert entbrannte in China eine bemerkenswerte Debatte darüber, ob Mao Zedong als populistische Figur eingestuft werden kann. Auslöser dieser Debatte war die Behauptung des Parteitheoretikers und Historikers Hu Shen (1918–2000), dass Mao populistische Grundsätze vertrat.⁵ Hu's Behauptung löste in der akademischen Welt und in der Öffentlichkeit eine ausführliche Diskussion aus, die sich über mehrere Jahre hinzog und schließlich mit einer offiziellen Erklärung endete, in der Hu's Sichtweise widerlegt wurde. Die Frage, ob Mao als Populist angesehen werden kann oder nicht, ist nach wie vor Gegenstand von Diskussionen. Es stellt sich jedoch eine noch wichtigere Frage: Warum hat Hu Shen Mao als Populisten bezeichnet, und warum hat diese Behauptung so hefti-

2 Fairbank, *The Great Chinese Revolution*, S. 207.

3 Als Li Dazhao an der Universität Peking arbeitete, leitete er eine Studiengruppe, der auch Mao Zedong angehörte, der zu dieser Zeit in der Bibliothek tätig war.

4 Townsend, »Chinese Populism«.

5 Hu, »Shehuizhuyi he zibenzhuyi de guanxi: shiji zhijiao de huigu he qianzhan«, S. 1–2.

ge Reaktionen von Wissenschaftlern und der Öffentlichkeit hervorgerufen? Diese Fragen berühren die Legitimität und die theoretischen Grundlagen der KPCh.

Während der maoistischen Ära verwendete die KPCh das Konzept der Massenlinie mit spezifischer Bezugnahme auf bestimmte Segmente der Bevölkerung, da die Partei die Gesellschaft in strukturierte Klassen einteilte. Im Diskurs der Partei erlangte die Rolle der Massen, die oft als »Massendiktatur« (oder Diktatur der Massen) bezeichnet wird, eine nie dagewesene Machtfülle. Die Massen spielten eine zentrale Rolle bei der Bestimmung, wer ein »Feind« des Volkes war, sogar in Bereichen, die traditionell vom Staat kontrolliert wurden, wie etwa die Justiz. Infolgedessen war die Umsetzung der Massenlinie während der maoistischen Ära untrennbar mit Klassenkampf verbunden. In dieser Zeit wurde häufig populistische Demagogie eingesetzt, intellektuelle Gruppen wurden abgewertet. Der Klassenkampf, der sich gegen die als »Feinde« bezeichneten Gruppen richtete, schuf ein Gefühl der Solidarität »innerhalb des Volkes«.

Dieser Beitrag ermöglicht ein besseres Verständnis der Entwicklung des Populismus in China durch eine gründliche Untersuchung seiner Ursprünge, seiner Verbreitung und seiner Praktiken im Laufe des 20. Jahrhunderts. Statt einer starren Definition des Populismus im chinesischen Kontext besteht das Hauptziel darin, die Wege der populistischen Bewegungen und Praktiken und ihre Beziehung zur Ideologie des Marxismus und Maoismus nachzuzeichnen. Die Studie befasst sich auch mit der Dynamik des Populismus im Rahmen einer autoritären Regierungsführung, ein Konzept, das hier als »Staatspopulismus« bezeichnet wird. Sie analysiert die »Massenlinienjustiz« und untersucht die Rolle, die die Massen in der Rechtspraxis während der maoistischen Zeit spielten. Darüber hinaus wird China in den breiteren globalen Diskurs über Populismus eingeordnet, und es wird beleuchtet, wie die chinesische Regierung die populistischen Ansätze Maos in ihrem Streben nach öffentlicher Unterstützung quasi recycelt. Das Kapitel schließt mit einer analytischen Bewertung der Auswirkungen des Staatspopulismus auf den sozialen Zusammenhalt im heutigen China.

1. Politik der Massenlinie und Gerechtigkeit

Mao Zedong stellte sich selbst eher als einen populistischen Führer dar, der einen tiefen Glauben an die dem Volk innewohnende Weisheit und Macht hegte.⁶ 1943 veranschaulichte Mao Zedong das Prinzip der Massenlinie in der Führung, indem er erklärte:

⁶ Lieberthal, *Governing China*, S. 64–65.

In der gesamten praktischen Arbeit unserer Partei muß eine richtige Führung stets »aus den Massen schöpfen und in die Massen hineintragen«, das heißt: die Meinungen der Massen (vereinzelte und nicht systematische Meinungen) sind zu sammeln und zu konzentrieren (sie werden erst studiert und in konzentrierte und systematische Form gebracht) und dann wieder in die Massen hineinzutragen, zu propagieren und zu erläutern, bis die Massen sie sich zu eigen gemacht haben, sich für sie einsetzen und sie verwirklichen; dabei wird die Richtigkeit dieser Meinungen in den Aktionen der Massen überprüft.⁷

Mao Zedongs Betonung der zentralen Rolle der Massen bei der Führung unterstreicht seinen tiefen Glauben an die angeborene Weisheit und Kraft des Volkes. Er brachte diese Philosophie mit dem Satz »aus den Massen schöpfen und in die Massen hineintragen« auf den Punkt, der als grundlegende Methode der KPCh-Führung diene.⁸ In diesem Sinne ist das Prinzip der Massenlinie eine populistische Regierungsstrategie, bei der Beamte, die in direktem Kontakt mit der Bevölkerung stehen, deren grundlegende Wünsche und Anliegen verstehen. Diese Erkenntnisse werden dann an die höheren Führungsebenen weitergegeben, die ihr überlegenes Wissen über die Gesetzmäßigkeiten der Geschichte nutzen, um fundierte Entscheidungen zur Umsetzung der Politik zu treffen. Diese populistische Regierungsstrategie ist ein entscheidendes Merkmal der KPCh-Führung. Maos Rede vom 1. Juni 1943 markiert den formellen Beginn der Theorie der Massenlinie und der Anwendung dieses Prinzips in der weltweiten kommunistischen Bewegung.

1945 räumte Mao Zedong in einer Rede ein, dass populistische Ideen in der Kommunistischen Partei Chinas nach wie vor präsent seien, zumal die große Mehrheit ihrer Mitglieder aus bäuerlichen Verhältnissen stamme. In seiner Rede warnte er auch vor den potenziellen Gefahren des Populismus und verwies auf die Erfahrungen der populistischen Partei in Russland:

Aus der populistischen Partei in Russland [...] wurde später die Sozialrevolutionäre Partei. Sie war extrem »links« und versuchte, den Sozialismus schneller zu entwickeln, anstatt den Kapitalismus zu entwickeln. Infolgedessen wurden sie zu Konterrevolutionären.⁹

Damit wollte Mao Zedong den Populismus der KPCh von dem der Russischen Sozialistischen Revolutionären Partei unterscheiden. Wie die folgenden Abschnitte zeigen, wies der populistische Weg zur Revolution und zum Sozialismus, den er in China verfolgte, frappierende Ähnlichkeiten mit dem russischen Gegenstück auf, wenn nicht sogar noch radikaler. Dieser populistische Ansatz ging einher mit

7 Zit. nach Mao Tse-tung, *Ausgewählte Werke*, Bd. III, Peking 1969, S. 135–141 [Mao Zedong, »Some Questions Concerning Methods of Leadership«, S. 119].

8 Ebd., S. 120.

9 Mao Zedong, »Zai Zhongguo gongchandang di qi ci quanguo daibiao dahui shang de koutou zhengzhi baogao«.

der aktiven Förderung des Klassenkampfes, der Ausgrenzung von Intellektuellen und dem Einsatz populistischer Rhetorik und Propaganda zur Mobilisierung der Massen.

Während der maoistischen Ära wandelte sich das Konzept der Massenlinie und schlug in Anti-Elitismus und Anti-Intellektualismus um. Dieser Wandel war besonders ausgeprägt, als Mao Zedong versuchte, jede Möglichkeit auszuschließen, dass die KPCh den Entstalinisierungspraktiken der Sowjetunion folgte oder auf einen revisionistischen Weg abglitt. Die Intellektuellen trugen die Hauptlast dieses Wandels und mussten von den 1950er bis zu den 1970er Jahren einen unerbittlichen Kreislauf von Kritik und politischen Kämpfen ertragen.

Mao versuchte, die Macht des Volkes zu nutzen, um die seit der Machtübernahme der KPCh im Jahr 1949 etablierte elitenbasierte Bürokratie und Institutionen der Staatspartei zu stürzen. Ab Mitte der 1950er Jahre startete Mao eine Reihe von Massenbewegungen, um seine Vision des Sozialismus zu verwirklichen. Diese Bewegungen, insbesondere der Große Sprung nach vorn (1958–1960) und die Kulturrevolution (1966–1976), trieben die populistischen Methoden auf die Spitze. Wie Kunze und Matten gezeigt haben, entwickelte sich während des Großen Sprungs nach vorn sogar die Wissenschaft zu einer populistischen Version – der Massenwissenschaft –, die professionelles Wissen abwertete und stattdessen erfahrungsbasiertes lokales Wissen und einheimische Techniken der Bauern und Arbeiter unterstützte und förderte.¹⁰

Maos populistische Ausrichtung hat auch die chinesische Wirtschaftspolitik nachhaltig geprägt. Mit Initiativen wie dem Großen Sprung nach vorn und anderen Kampagnen zur Massenmobilisierung versuchte er, China rasch von einer Agrar- in eine Industriegesellschaft umzuwandeln. Bestandteile dieser Kampagnen waren Zwangskollektivierung, die Unterdrückung abweichender Meinungen und die konsequente Ausrichtung auf eine beschleunigte Industrialisierung auf Kosten der Landwirtschaft und der Konsumgüterproduktion. Die Kulturrevolution wurde auch gesehen als Maos Bemühung zur Wahrung egalitärer, populistischer Werte und für die Verhinderung von Bürokratismus und ökonomischem Statismus, der einen stärkeren staatlichen Einfluss durch planwirtschaftliche Elemente betonte. Unter der Führung von Mao war die KPCh stets bestrebt, so weit wie möglich an populistische Stimmungen zu appellieren.

Das chinesische Rechtssystem war gegen diese populistische Tendenz nicht immun. Mao Zedong kritisierte die juristischen Institutionen, die seiner Meinung nach von Fachspezialisten und Eliten beherrscht wurden. Als Reaktion darauf rief er die Massen auf, die bestehenden Elitenstrukturen zu stürzen und die

¹⁰ Kunze/Matten, Knowledge Production, S. 29–58.

Macht zu übernehmen.¹¹ Der populistische Ansatz erstreckte sich auch auf die Ausübung des Rechts während der maoistischen Periode, in der die Massen, einschließlich der Bauern, der Arbeiter und anderer Vertreter des »Volkes«, aktiv an den Justizangelegenheiten beteiligt waren. Bei der Auswahl des Justizpersonals folgte der Parteistaat dem Leitprinzip »Politik vor Professionalität«.¹² Zu bestimmten Zeitpunkten übernahm die Öffentlichkeit sogar die Rolle des Richters bei der Feststellung von Schuld oder Unschuld eines Menschen.¹³ Dies führte zu einer populistischen Transformation der Justiz. Während der Kulturrevolution beispielsweise beteiligten sich die Massen direkt an der Rechtsprechung, die offiziell als »Diktatur der Massen« gegen designierte Feinde bezeichnet wurde.¹⁴ In vielen Fällen wurden Massenprozesse durchgeführt, um Urteile zu fällen. Darüber hinaus »war es zunehmend üblich, vor der Urteilsfindung in Strafsachen Diskussionen mit Personen aus den Massen zu führen«.¹⁵ Das Prinzip der Massenlinie durchdrang die Schaffung und Anwendung des Rechts in China, das von der Justiz verlangte, den Massen zu dienen und sich auf sie zu stützen.¹⁶ Die Beteiligung der Massen an der Gerichtspraxis führt zu dem, was heute als Justizpopulismus bezeichnet werden kann.

Die Ursprünge des Justizpopulismus in China lassen sich bis in die Revolutionszeit der 1930er Jahre zurückverfolgen, als die KPCh versuchte, die Unterstützung der ländlichen Gesellschaft zu gewinnen und die Bauern zur Unterstützung der revolutionären Sache zu mobilisieren, insbesondere in der chinesischen Sowjetrepublik. Um dieses Ziel zu erreichen, setzte die KPCh in ihren ländlichen

11 Michael Dutton argumentiert, dass die KPCh-Führer, insbesondere Mao Zedong, sich dem Streben nach einer permanenten Revolution verschrieben hatten und eine starke Tendenz zur Sabotage ihrer eigenen Rechtsinstitutionen und -verfahren durch den Massenpopulismus zeigten. Siehe Dutton, *Policing Chinese Politics*.

12 In den 1930er und 1940er Jahren zum Beispiel war der Bezirksgouverneur auch Direktor der Justizabteilung. Der Rechtsprechungsausschuss bestand aus dem Bezirksgouverneur, dem Parteisekretär des Bezirks und den Richtern. Die Gerichte waren den lokalen Regierungen unterstellt; daher spielten die lokalen Führer und nicht die Justizbeamten eine entscheidende Rolle in Justizangelegenheiten. Siehe Ma, »Xinminzhu zhuyi geming jieduan zhong Shan-Gan-Ning bianqu de renmin sifa gongzuo«, S. 7–14.

13 Die Justizkader wurden in der Grenzregion Shaanxi-Ganjiang-Ningxia vor allem aus den Reihen der Arbeiter- und Bauernaktivisten ausgewählt. Die besonderen Anforderungen waren: Loyalität gegenüber der revolutionären Sache, ein gewisses Maß an Verständnis und Lesefähigkeit. Juristische Kenntnisse gehörten nicht zu den Kriterien. Weitere Einzelheiten bei Ma, »Xinminzhu zhuyi geming jieduan zhong Shan-Gan-Ning bianqu de renmin sifa gongzuo«.

14 Für eine ausführlichere Diskussion der Massendiktatur während der Kulturrevolution siehe Schoenhals, »Outsourcing the Inquisition«, S. 3–19.

15 Xu, »Beyond ›Destruction‹ and ›Lawlessness‹«, S. 32.

16 Die Massenlinie in der Justiz führte jedoch in der Mao-Ära zu massenhaften falschen Anklagen und ungerechten Fällen. Für eine detaillierte Beschreibung, wie die KPCh mit diesen falschen Anschuldigungen und Ungerechtigkeiten in der post-Mao-Zeit umging, siehe Leese, *Maos Langer Schatten*.

Basisgebieten neue Gesetze durch, darunter das Ehegesetz und das Landreformgesetz, die das Leben der Landbewohner grundlegend beeinflussen.

Die Umsetzung dieser Gesetze war jedoch mit vielfältigen Herausforderungen verbunden. Es galt nicht nur, die rechtlichen und kulturellen Unterschiede zwischen dem neuen Rechtsrahmen und der traditionellen ländlichen Gesellschaft zu überwinden, sondern auch die harten Lebensbedingungen zu bewältigen, die damals von Armut und Kriegswirren geprägt waren. Um das kommunistische Recht in der ländlichen Gesellschaft wirksam umzusetzen, musste die KPCh nicht nur rechtliche, konzeptionelle und gewohnheitsrechtliche Hürden überwinden, sondern auch eine Reihe komplexer politischer, wirtschaftlicher und kultureller Fragen, die die gesamte Landbevölkerung betrafen. Dieses umfassende Bestreben zur Umgestaltung der ländlichen Gesellschaft überstieg die damaligen Möglichkeiten der KPCh, was zu unbefriedigenden Ergebnissen in Bezug auf die Rechtspraxis und -umsetzung führte.

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen bot sich das Ma Xiwu-Verfahren¹⁷ als pragmatische Lösung an. Dieser Ansatz, der eng mit dem Konzept der Massenlinienjustiz verbunden ist, bot ein Mittel zur Lösung komplexer rechtlicher und gesellschaftlicher Probleme. Ma Xiwu plädierte dafür, sich auf die kollektive Weisheit und die Beteiligung der Massen zu verlassen, um soziale Probleme und Streitigkeiten zu lösen. Bei dieser Methode arbeiteten die Justizbeamten mit der lokalen Kommune zusammen, um Fälle kollektiv zu entscheiden. Der Ma Xiwu-Stil räumte dem Prinzip der Massenlinie Vorrang vor dem positiven Recht ein und behandelte Fälle auf dem Lande unter umfassender und direkter Beteiligung der lokalen Gemeinschaft.¹⁸ Obwohl der Prozessstil von Ma Xiwu die gerichtliche Entscheidung von Fällen umfasste, legte Ma selbst großen Wert auf Mediation. Viele Wissenschaftler sind der Ansicht, dass der Ansatz von Ma Xiwu im Kern auf die Praxis der Mediation ausgerichtet war.

Der Ma Xiwu-Stil, ursprünglich eine zufällige Gerichtspraxis, entwickelte sich schließlich zu einem Symbol für die von der Kommunistischen Partei hochgehaltenen Rechtsgrundsätze und Institutionen. Dieser Wandel vollzog sich in dem Maße, wie die Praxis der Mediation in die bestehende Machtstruktur integriert wurde und eine neuartige Organisationstechnik am Rande der KPCh-Autorität schuf.¹⁹ So äußerte der Präsident des Obersten Volksgerichts, Lei Jingtian, 1943 über die Umsetzung der Massenlinie in der juristischen Arbeit:

17 Ma Xiwu (1898–1962) war während des Revolutionskriegs Richter in der kommunistischen Basiszone Shaanxi-Gansu-Ningxia und stieg 1954 zum Vizepräsidenten des Obersten Volksgerichts auf.

18 Ma, »Xinminzhu zhuyi geming jieduan zhong Shan-Gan-Ning bianqu de renmin sifa gongzuo«.

19 Jiang, »Quanli de zuzhi wangluo yu falü de zhilihua«, S. 1–61.

Die Massenlinie der Gerichtsarbeit in den Grenzgebieten besteht darin, die Gerichtsarbeit zur Arbeit der Massen selbst zu machen, die Justizinstitutionen zu Organen der Massen zu machen, sich unter die Massen zu mischen, die Meinungen der Massen anzuhören, die Sitten der Massen zu respektieren [...] und Massenprozesse ohne jegliches Verfahren zu organisieren, um die Streitigkeiten unter den Massen zu verringern.²⁰

Leis Ansatz unterstrich die zentrale Rolle der Massen in Gerichtsverfahren und betonte, wie wichtig es sei, sie einzubeziehen und den Zugang zu den Justizeinrichtungen zu verbessern. Damit sollten letztlich Rechtsstreitigkeiten minimiert werden, indem die Massen in die Lage versetzt wurden, Streitigkeiten durch informelle Methoden zu lösen. Dieser Ansatz steht im Einklang mit den maoistischen Grundsätzen der Mobilisierung der Massen und der Förderung ihrer aktiven Beteiligung in allen Bereichen der Staatsführung, einschließlich des Rechtssystems. Durch die Einbeziehung der Massen in die Arbeit der Justiz versuchte die KPCh, den sozialen Zusammenhalt zu fördern und ihre Legitimität in den Augen der Bevölkerung zu festigen.

Die KPCh betrachtete den in der Mediation verankerten Prozessstil von Ma Xiwu als einen flexiblen Mechanismus, der Abweichungen von bestimmten Rechtsgrundsätzen in der Praxis zuließ, ohne ihre übergreifende Rechtspolitik und politische Ideologie zu untergraben. In der Tat stärkte dieser Ansatz die Popularität der KPCh in der Bevölkerung. Darüber hinaus wurde das Recht durch die Mediation zu einem mächtigen Instrument, mit dem die KPCh die ländliche Gesellschaft durch die Verbreitung ihrer revolutionären Rechtsnormen und -anforderungen infiltrieren und kontrollieren konnte. Dieser Ansatz erleichterte nicht nur die Beilegung von Streitigkeiten, sondern diente auch dazu, die Landbevölkerung zu transformieren und an die Ideologie der KPCh anzupassen. Das Hauptziel bestand also nicht nur darin, soziale Gerechtigkeit zu erreichen, sondern die Bevölkerung auf den ideologischen Rahmen der KPCh einzuschwören. Deshalb integrierte die Kommunistische Partei den Diskurs und die Praxis des Ma Xiwu-Stils in einen neuartigen Machtapparat, der die gesellschaftliche Solidarität stärkte und den Einfluss der Partei ausweitete.

Die Einführung der Massenlinienjustiz durch die KPCh war eine strategische Reaktion auf die Rückschläge bei der Justizreform in den ländlichen Gebieten. Dieser Ansatz diente der Kommunistischen Partei, die aufgrund der Dominanz der Kuomintang-Regierung in Bezug auf ihre politische und militärische Macht eingeschränkt war, als Mittel, die Unterstützung der Landbevölkerung zu gewinnen und sie unter dem Banner der Partei zu vereinen. Die Unterstützung der Landbevölkerung war eine entscheidende Kraft für den letztendlichen Sieg der

20 Yang/Fang, *Shan-Gan-Ning bianqu fazhi shigao: susong yuzheng pian*, S. 71–72.

KPCh im Bürgerkrieg gegen die Kuomintang. Nach der Machtübernahme der KPCh 1949 wurde der Ansatz der Masselinie von Mao Zedong als einer der Trümpfe angesehen, die für den Erfolg und den anhaltenden Zusammenhalt der KPCh entscheidend waren. Im Laufe der Zeit nahm die Masselinienjustiz in der Volksrepublik China (VRC) radikalere Formen des Populismus an. Im folgenden Abschnitt wird die Entwicklung der Masselinienjustiz während der Kulturrevolution und ihre weitreichenden Auswirkungen auf das Rechtssystem in China näher untersucht.

2. Volksempörung (*minfen*) und Massendiktatur

Während der maoistischen Ära spielte das Konzept der Volksempörung, im Chinesischen als *minfen* bekannt, eine zentrale Rolle als rhetorischer Ausdruck der Masselinie im Bereich der Justiz. *Minfen* verkörperte die Forderung der Öffentlichkeit, Übeltäter für die Verletzung von Gesetzen, ethischen Grundsätzen und gesellschaftlichen Normen zur Verantwortung zu ziehen. Im Diskurs der KPCh richtete sich die Empörung des Volkes vor allem gegen Personen, die als Feinde des Volkes bezeichnet wurden.

Zu den Methoden, mit denen die Empörung des Volkes zum Ausdruck gebracht wurde, gehörten Kritikveranstaltungen, öffentliche Kämpfe, Petitionen und sogar öffentliche Proteste. *Minfen* diente auch als Ventil für die Unzufriedenheit der Massen mit Gerichtsverfahren, die nicht ihren Erwartungen entsprechend verliefen. Die KPCh nutzte das Konzept der »Regelung der Volksempörung« als Mittel, um ihre Verbindung zu den Massen zu stärken und den sozialen Zusammenhalt unter ihnen zu pflegen. Dieser Ansatz kann mit einer Form der von oben verordneten populistischen Legalität verglichen werden, die hier als »Staatspopulismus« bezeichnet wird.

Am 8. Mai 1951 formulierte Mao Zedong den Begriff *minfen* erstmals in den Direktiven zur Bekämpfung der Konterrevolutionäre im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei. In diesem Dokument erklärte er: »Im Falle der Konterrevolutionäre auf dem Lande werden wir ebenfalls nur diejenigen hinrichten, deren Hinrichtung notwendig ist, um den Zorn des Volkes zu besänftigen [...]. Personen, deren Tod vom Volk gefordert wird, müssen hingerichtet werden, um den Zorn des Volkes zu besänftigen und die Produktion zu fördern.«²¹ Mao war der Meinung, dass bestimmte Personen hingerichtet werden sollten, um den Volks-

21 Mao, »Strike Surely, Accurately and Relentlessly«, S. 55–56.

zorn zu besänftigen. Diesen Grundsatz bekräftigte er in einer Direktive vom 15. Mai:

Diejenigen, die eine Blutschuld haben oder sich anderer äußerst schwerer Verbrechen schuldig gemacht haben, müssen hingerichtet werden, um den Volkszorn zu besänftigen, und diejenigen, die dem nationalen Interesse schwersten Schaden zugefügt haben, müssen ohne zu zögern zum Tode verurteilt und unverzüglich hingerichtet werden.²²

Dieses Zitat verdeutlicht Maos Überzeugung, dass die Bestrafung von Personen, die als Feinde des Volkes bezeichnet werden, sich an der Politik der Masselinie orientieren sollte, die der Einbeziehung der Massen in die Herrschaft und der Verfolgung ihrer Interessen Vorrang einräumt. Mao erhielt Unterstützung für diesen Standpunkt. Im Dezember 1952 ging der Minister für öffentliche Sicherheit, Luo Ruoqin, so weit, dass er anordnete, dass *minfen* das Hauptkriterium für die Verhaftung und Hinrichtung von Konterrevolutionären sein sollte.²³ Die Politik »Personen müssen hingerichtet werden, um den Volkszorn zu besänftigen« (*bu sha bu zuyi ping minfen*) wurde in verschiedenen politischen Kampagnen während Maos Ära rigoros umgesetzt. In ihrer Folge wurden diejenigen, die als Volksfeinde bezeichnet wurden, im Namen der Masselinienjustiz hingerichtet. *Minfen* ist seitdem zu einem höchst bedeutsamen rhetorischen und praktischen Bestandteil der Politik der Masselinie in Gerichtsverfahren in der VR China geworden und beeinflusst die Rechtspraxis bis heute.

Den Zorn des Volkes zu messen, stellte eine komplexe Herausforderung dar. Ein Ansatz bestand, wie eine Definition der Abteilung für öffentliche Sicherheit in Nordostchina aus dem Jahr 1952 zeigt, darin, konterrevolutionäre Handlungen von Einzelpersonen oder Gruppen zu identifizieren, die den Zorn des Volkes erregt hatten. Diese Handlungen umfassten eine Vielzahl von Aktionen, darunter Sabotage, Explosionen, Vergiftung, Brandstiftung, Plünderung, Mord, Enteignung, Unterdrückung, Vergewaltigung und »Misshandlung der Massen«.²⁴ Persönliche Beschwerden oder Rachefeldzüge gegen bestimmte Personen oder Gruppen wurden nicht als Fälle von Volksempörung gezählt. Das Fehlen eines formellen Verfahrens, um gegen diejenigen vorzugehen, die den Volkszorn provoziert hatten, führte jedoch zu einem großen Problem. Wenn zum Beispiel während der Landreform in den 1940er und frühen 1950er Jahren die Bauern Kampfsitzungen gegen die Grundbesitzer organisierten und der Gemeindeführung berichteten, dass bestimmte Grundbesitzer hingerichtet wer-

22 Mao, »The Party's Mass Line Must Be Followed in Suppressing Counterrevolutionaries«, S. 51.

23 Public Security Department of North-West China, »Guanyu di san jieduan zhenfan buzhou anpai de buchong yijian (jielu)«.

24 Public Security Department of North-East China, »Yuan Dongbei gonganbu dui »xuezhai«, »minfen« de jieshi«.

den sollten, um den Volkszorn zu besänftigen, konnten lokale Arbeitsgruppen Massenversammlungen einberufen und die Großgrundbesitzer im Namen des Volksgerichts oder des Revolutionstribunals öffentlich aburteilen. In diesem Prozess fehlten oft die traditionellen rechtlichen Garantien und Verfahren, und die Entscheidungen waren von der vorherrschenden populistischen Stimmung und den Erfordernissen der Massenlinienjustiz abhängig.

Man muss jedoch darauf hinweisen, dass die Definition und Messung der Empörung des Volkes durch politische und soziale Faktoren beeinflusst werden kann. Im Zusammenhang mit der Massenlinienjustiz der KPCh wurde die Empörung des Volkes häufig als Mittel eingesetzt, um die Bestrafung von Personen zu rechtfertigen, die von der Partei als Volksfeinde bezeichnet wurden. Darüber hinaus konnte die Kontrolle der Partei über die Medien und den öffentlichen Diskurs die Wahrnehmung des Volkszorns in der breiten Bevölkerung prägen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, den Kontext und die Perspektive zu verstehen, aus der heraus die Volksempörung gemessen wird, um ihre Bedeutung und ihre Auswirkungen genau beurteilen zu können.

In der Anfangsphase der Kulturrevolution lähmte Mao Zedongs Anweisung zur »Zerschlagung der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Gerichte« auf allen Ebenen die juristischen Institutionen. Dies führte zu dem als »Massendiktatur« bekannten Phänomen, dass den Massen eine zentrale Rolle bei der Urteilsfindung zugewiesen wurde. Gewöhnliche Bürger erhielten die Befugnis, Personen, die als Konterrevolutionäre angesehen wurden, festzunehmen, zu verhören und zu inhaftieren. Schoenhals argumentiert überzeugend, dass die Kulturrevolution die Periode in Maos Leben war, in der er der Verwirklichung des Konzepts einer »Diktatur der Massen« am nächsten kam.²⁵

In dieser Zeit wurde der Begriff »Volksempörung« in Personalakten, Gerichtsverfahren und Propagandaartikeln häufig verwendet. Wenn der Fall einer Person öffentliche Empörung hervorruft, dürfte es für das Justizpersonal schwierig sein, sich gegen den Willen der Massen zu stellen, da sie dann Gefahr laufen würden, selbst zum Ziel von Verfolgungen zu werden. So wird in vielen wissenschaftlichen Werken behauptet, dass Millionen von Menschen, deren Unschuld später bewiesen wurde, in dieser Zeit der »Massendiktatur« aufgrund der willkürlichen Übergriffe und Aktionen der Massen gelitten haben oder gestorben sind.

Die Rolle des Volkszorns und der Massen bei der Verursachung von Ungerechtigkeiten während der Kulturrevolution ist ein komplexer Aspekt dieser historischen Periode. Um das Verhältnis zwischen *minfen* und den während der Kulturrevolution verhängten Unrechtsurteilen zu untersuchen, werden im folgenden Teil 49 Fallakten aus den Archiven der Shenyang Electric Power School im Nordosten

25 Schoenhals, »Outsourcing the Inquisition«.

Chinas untersucht. Diese Akten bieten Einblicke in die Dynamik, die hier im Spiel war.

Unter diesen Akten befinden sich 38, die sowohl offizielle Urteile als auch Vorschläge des Volkes enthalten, wie mit Personen umzugehen sei, die gegen Regeln verstoßen oder »historische Probleme« hatten. Diese historischen Probleme umfassten verschiedene Aspekte, wie z.B. für die Kuomintang-Regierung gearbeitet zu haben, früher Verbrechen begangen zu haben oder als einer der »Vier Typen« (Grundbesitzer, reiche Bauern, Konterrevolutionäre, schlechte Elemente) eingestuft worden zu sein. Diese Fallakten bieten einen wertvollen Einblick in die Auswirkungen des Volkszorns und in die Art und Weise, wie dieser die Rechtsprechung beeinflusste, was häufig zu falschen Urteilen und schwerwiegenden Folgen für die von den Massenurteilen und -kämpfen betroffenen Personen führte.

Interessanterweise zeigt die Untersuchung der Fallakten, dass mehr als die Hälfte der Urteile des Revolutionskomitees den Vorschlägen der Massen widersprachen. Obwohl die Massen eine harte Bestrafung vorschlugen, fällte der Ausschuss in diesen Fällen deutlich mildere Urteile. In einem Fall wurde beispielsweise ein Student namens Ren beschuldigt, »Mao Zedongs Gedanken und die Kommunistische Partei zu verleumden«, »Chiang Kai-shek, der als gemeinsamer Feind des Volkes gilt, zu loben« und »extreme Unzufriedenheit mit dem Arbeiterpropagandateam von Mao Zedongs Gedanken auszudrücken«. Die Massen schlugen vor, ihn als aktiven Konterrevolutionär einzustufen und einer »Massendiktatur« zu unterwerfen. Mit anderen Worten: Ren wäre als Konterrevolutionär abgestempelt und gezwungen worden, unter der Aufsicht der Massen zu arbeiten. Das endgültige Urteil des Schulausschusses erlaubte ihm jedoch, seine Ausbildung abzuschließen, verzichtete darauf, ihn politisch als Konterrevolutionär zu etikettieren, und verschaffte ihm einen Arbeitsplatz.

Von den untersuchten Fällen entsprachen 17 Urteile des Schulkomitees den Vorschlägen der Massen. Im Fall von Zhang beispielsweise, einem Klempner der Schule, der inhaftiert worden war, weil er mit mehreren Komplizen über tausend Meter Hochspannungskabel gestohlen hatte und anschließend aus der Haftanstalt geflohen war, schlugen die Massen vor, ihn als »Widerspruch im Volk« (*renmin neibu maodun*) einzustufen und ihm kein politisches Etikett zuzuordnen. Das abschließende Urteil des Parteikomitees der Schule stimmte mit diesen Vorschlägen überein. Der Ausschuss entschied sich dafür, den Fall nicht als schweren politischen Fehler zu behandeln, verzichtete darauf, Zhang anzuprangern, und beschloss, ihn »politisch freizusetzen«. In der Praxis bedeutete dies, dass Zhang in den Reihen des Volkes bleiben durfte und nicht als Volksfeind eingestuft wurde. Er wurde also weder juristisch bestraft, noch bekam er einen politischen Makel in seinem Lebenslauf.

Die Untersuchung von 49 Fällen in den Archiven der Shenyang Electric Power School gibt Aufschluss darüber, welche bedeutende Rolle während der Kulturrevolution der familiäre Hintergrund und der Klassenstatus einer Person für den Ausgang seines Falls spielten. In den 43 Fällen, die sowohl Informationen über den familiären Hintergrund als auch über das Urteil des Schulparteikomitees enthielten, wird deutlich, dass der Klassenstatus ein entscheidendes Kriterium für das Schicksal der Angeklagten war. Von diesen Fällen beschloss der Schulausschuss beispielsweise, bei 30 Personen Nachsicht walten zu lassen, insbesondere bei solchen, die einen günstigen familiären Hintergrund hatten, z.B. arme Bauern, Pächter oder Handwerker waren. Diese Personen wurden »politisch entlastet«, d.h. sie durften die Schule abschließen und bekamen einen Arbeitsplatz zugewiesen. Die übrigen 13 Fälle betrafen Personen, deren Familienhintergrund als Grundbesitzer oder Mittelbauern eingestuft wurde und die harte Urteile erhielten. Diese Personen wurden als aus »schlechten« familiären Verhältnissen stammend kategorisiert und oft als reiche Bauern, Mittelbauern, Grundbesitzer, Konterrevolutionäre, schlechte Elemente oder Rechte bezeichnet. Viele von ihnen wurden der Diktatur der Massen unterworfen oder zur Arbeit unter der Aufsicht der Massen gezwungen.

Die Prüfung der Fälle erlaubt mehrere Schlussfolgerungen. Erstens hatte das Parteikomitee die höchste Autorität bei der Urteilsfindung. Nach der Einrichtung der revolutionären Komitees auf jeder Ebene und in jeder Arbeitseinheit existierten die Justizorgane in unterschiedlichen Formen unter den Komitees, wie z.B. Justizgruppen, die unter der Leitung der Abteilung für Volkssicherheit in jedem Komitee eingerichtet wurden. In einigen Einheiten wurden Sicherheitsgruppen (*baowei zu*) eingerichtet, die wie zuvor für die Untersuchung, den Prozess und die Rechtsprechung zuständig waren. Die meisten Urteile wurden direkt im Namen des Parteikomitees erlassen, so dass ein Gerichtsverfahren umgangen wurde. Dies zeigt, dass die lokalen Behörden bei der Bearbeitung der Fälle die entscheidende Rolle spielten. Zweitens waren die Massen zwar direkt in Justizangelegenheiten involviert, ihr Einfluss war allerdings dem der lokalen Behörden untergeordnet. Die Fälle der Shenyang Electric Power School zeigen, dass die Massen nicht so viel Macht besaßen, wie die KPCh behauptet hatte. Schließlich hatte auch der Klassenstand eines Menschen einen erheblichen Einfluss auf die Beurteilung von Fällen. Personen mit »gutem« Hintergrund, wie Bauern und Arbeiter, wurden in der Regel milde behandelt, während Personen mit »schlechtem« Hintergrund, wie Grundbesitzer und reiche Bauern, eher mit harten Strafen rechnen mussten.

Während der Mao-Ära wandte der Parteistaat verschiedene Varianten der Politik der Masselinie an, um die Massen in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, um sich die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern und seine Nähe zu

den Massen zu demonstrieren. Dieser Ansatz unterschied die KPCh von der elitären Politik der Kuomintang. Durch Aktivitäten in kleinen Gruppen und durch Disziplinierung kommunizierte der Parteistaat mit den Massen und stärkte das Vertrauen der Bevölkerung.

Die Kulturrevolution zeigt jedoch auch, dass die Gefühle des Volkes eine Bedrohung darstellen und sogar die Parteiführung untergraben können, wenn sie der Kontrolle der KPCh entgleiten. In der Anfangsphase der Kulturrevolution rief Mao Zedong Arbeiter und Studenten zur Rebellion und zum Umsturz der Parteiinstitutionen auf, was zu bürgerkriegsähnlichen bewaffneten Kämpfen, zur Verfolgung von Kadern und Intellektuellen und zu weit verbreiteter Gewalt führte, die die Gesellschaft tief spaltete. Um den maoistischen Populismus unter Kontrolle zu bringen, musste die Führung in der Zeit nach Mao Maßnahmen der Übergangsjustiz ergreifen, um vergangenes Unrecht aufzuarbeiten und die chinesische Gesellschaft zu versöhnen.²⁶ Während der maoistische Populismus also die potenziellen Vorteile der Politik der Massenlinie aufzeigt, dient die Kulturrevolution auch als abschreckendes Beispiel für die Gefahren einer uneingeschränkten Beteiligung der Massen an der Regierung und deren Auswirkungen auf die soziale Stabilität.

3. Staatspopulismus in der Zeit nach Mao

Nach dem Tod von Mao Zedong im September 1976 kam es im Zentralkomitee der KPCh zu erheblichen Veränderungen. Nur einen Monat nach Maos Tod startete das Zentralkomitee einen Staatsstreich und verhaftete mehrere zentrale Führer, die Maos Politik während der Kulturrevolution aktiv unterstützt hatten. Dies markierte das offizielle Ende der Kulturrevolution. Sofort leitete die neue KPCh-Führung eine Reihe von Maßnahmen ein, die darauf abzielten, vergangenes Unrecht wiedergutzumachen, Schuldige vor Gericht zu stellen und die gespaltene Gesellschaft zu versöhnen. Eine der wichtigsten Maßnahmen der Führung war die strafrechtliche Verfolgung von Personen, die während der Kulturrevolution als Gewalttäter bezeichnet wurden. Wie Cook in seinem Buch *The Cultural Revolution on Trial: Mao and the Gang of Four* darlegt, bildeten diese Prozesse ein einzigartiges Forum, das oft als »Gerichtssaal des Volkes« bezeichnet wird. Hier standen die Angeklagten nicht nur vor einem Gericht, sondern auch vor dem Gericht der öffentlichen Meinung. Die offizielle Erzählung stellte das Volk nicht nur als Klä-

26 Eine ausführlichere Erörterung von Übergangsjustiz und zwischenmenschlicher Versöhnung im China nach Mao bei Leese, *Maos Langer Schatten*; Zhang, »Ending Political Violence«.

ger, sondern auch als Richter dar.²⁷ Diese Prozesse waren Teil einer umfassenden Anstrengung, sich mit dem Erbe der Kulturrevolution auseinanderzusetzen und das Leid vieler Menschen während dieser Zeit anzuerkennen.

Die Wiedergutmachung der Ungerechtigkeiten und Gewalttaten der Kulturrevolution erfolgte im Kontext der »Beilegung des Volkszorns«. Die als schuldig bezeichneten Personen waren in erster Linie Arbeiter und Studenten, die Mao Zedongs Aufruf zur Rebellion gefolgt waren. In der Ära nach der Kulturrevolution wurden sie jedoch als Feinde des Volkes umgedeutet und vor Gericht gestellt. Das *minfen*-Konzept wurde erneut verwendet, um diese designierten Täter zu belasten. Dennoch war das Streben nach Gerechtigkeit keine einfache Angelegenheit, die sich auf die »Befriedigung des Volkszorns« reduzieren ließe. Die Frage der während der Kulturrevolution begangenen Morde war komplex und schmerzhaft. Die Empörung der Bevölkerung über diese Vorfälle war nicht leicht zu besänftigen. Um dem zu begegnen, musste die KPCh eine Reihe von Maßnahmen ergreifen, um die Familien der Opfer zu entschädigen und die für die Morde Verantwortlichen zu bestrafen.

Neben der Aufarbeitung der Gewalt in der Vergangenheit und der Milderung der von Mao Zedong hinterlassenen sozialen Spaltung war die Führung nach Mao bestrebt, die Ordnung wiederherzustellen und die willkürliche Verfolgung von Kadern sowie künftige soziale Instabilität zu verhindern. Ein zentraler Aspekt dieses Vorhabens war die Schaffung von Rechtsstaatlichkeit. Im Jahr 1979 erließ die chinesische Regierung grundlegende Gesetze wie das Strafrecht und das Strafprozessrecht, was einen bedeutenden Wandel hin zu einem stärker rechtsbasierten Regierungssystem darstellt. Der amerikanische Rechtsanwalt Jerome A. Cohen nannte 1979 sogar »das Jahr des Gesetzes«.²⁸

In den 1980er und 1990er Jahren durchlief China eine Welle von rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Reformen. Obwohl die politischen Reformen nach der Niederschlagung der prodemokratischen Demonstrationen 1989 zu einem plötzlichen Ende kamen, wurden die rechtlichen und wirtschaftlichen Reformen bis in die 2000er Jahre fortgesetzt. In dieser Zeit kam es zu erheblichen Veränderungen in verschiedenen Bereichen der chinesischen Gesellschaft, z.B. die Professionalisierung des Rechtswesens und ein bemerkenswerter Anstieg der Zahl der Rechtsanwälte und Anwaltskanzleien. So gab es 1979 nur 212 Anwälte in China, während Ende 2008 die Zahl der Anwälte auf 156.710 angestiegen war und es 14.467 Anwaltskanzleien gab. Auch die Zahl der juristischen Schulen und Fakultäten stieg auf 610 mit über 400.000 eingeschriebenen Studenten.²⁹ Diese

27 Cook, *The Cultural Revolution on Trial*, S. 99.

28 Zang, »Rise of Political Populism«, S. 79.

29 Zhongguo faxuehui, »Zhongguo fazhi jianshe niandu baogao (2008)«.

Statistiken belegen das rasche Wachstum und die Entwicklung des chinesischen Rechtssystems in den zwei Jahrzehnten nach dem Ende der Mao-Ära.

Der Diskurs über Rechtsstaatlichkeit und Regierungsführung erfuhr jedoch in den frühen 2000er Jahren eine Wende. Populismusbezogene Themen haben in China zunehmend an Aufmerksamkeit gewonnen. Dieser Wandel wurde vor allem durch die Einführung des Slogans »Harmonische Gesellschaft« während der Regierung Hu Jintao (2003–2012) seit 2006 deutlich. Das Konzept der harmonischen Gesellschaft wurde im Oktober 2006 auf der sechsten Plenartagung des XVI. Zentralkomitees der Partei offiziell eingeführt. Diese Änderung der Rhetorik war das Ergebnis einer zunehmenden Zahl von »Massenvorfällen«, ein Begriff, der öffentliche Proteste, Ausschreitungen und soziale Unruhen beschreibt.³⁰ Die Reaktion der Hu-Wen-Regierung war Werben für soziale Harmonie. »Wir müssen eine harmonische sozialistische Gesellschaft aufbauen, die [...] fair und gerecht, vertrauenswürdig und freundlich, voller Kraft und Vitalität, sicher und geordnet ist und in der Mensch und Natur in Harmonie sind.«³¹ Die Betonung der gesellschaftlichen Harmonie bedeutete eine Wiederbelebung der konfuzianischen Philosophie und Prinzipien in der chinesischen Staatsführung, die einen organischen sozialen Zusammenhalt und eine Einheit unter der Leitung des Einparteienstaats anstrebte.

In der offiziellen Erklärung des Sechsten Plenums, dem »Beschluss über mehrere Fragen zum Aufbau einer sozialistischen harmonischen Gesellschaft«, wurde die Rolle der Justiz und der Anwaltschaft bei der Förderung einer harmonischen Gesellschaft hervorgehoben. Ein von der Regierung Hu Jintao verfolgter Ansatz zur Erreichung dieses Ziels war die Wiederbelebung der Mediation als praktisches Mittel zur Streitbeilegung. Diese Rückkehr zur Mediation brachte jedoch auch eine verstärkte Kontrolle und Aufsicht über die Angehörigen der Rechtsberufe, einschließlich Richter, Rechtsanwälte und Staatsanwälte, mit sich. Unter diesen Umständen griffen die Justizbehörden auf populistische Methoden zurück, um aufgrund ihrer schwachen Position seit der Gründung der Volksrepublik China Unterstützung und Legitimität sowohl von der Regierung als auch von der Gesellschaft zu erlangen. Zu diesen Methoden gehörte eine erneute Betonung des Ma Xiwu-Stils der Massenlinienjustiz und des Konzepts der »Gerechtigkeit für das Volk« (*sifa weimin*).³² Das Rechtssystem sollte »dem Volk dienen«. Infolgedessen neigten die Gerichte dazu, ihre Entscheidungen zu revidieren, um sich der

30 O'Brien (ed.), *Popular Protest*.

31 Wen, »2005 nian zhengfu gongzuo baogao«.

32 Liebman, »A Return to Populist Legality?«, S. 165–200. Siehe auch »Zuigao renmin fayuan yuanyu luoshi

23 xiang sifa weimin juti cuoshi de zhidao yijian«.

öffentlichen Meinung anzupassen und soziale Unruhen zu mildern.³³ Dieser populistische Ansatz wurde für die Rechtsinstitutionen zu einem Mittel, um sich auf dem komplexen Terrain der chinesischen Gesellschaft zurechtzufinden und einen Ausgleich zwischen der notwendigen politischen Loyalität und den Erwartungen der Bevölkerung zu schaffen.

Neben der Rückkehr zur Mediation fokussierten die chinesischen Justizbeamten auf die Rolle der Gefühle des Volkes und der öffentlichen Meinung bei der Urteilsfindung. So äußerte beispielsweise der Präsident des Obersten Volksgerichts, Wang Shengjun, im Jahr 2008, dass die Todesstrafe nicht nur auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen und der öffentlichen Sicherheit, sondern auch auf der Grundlage der »Gefühle des chinesischen Volkes« verhängt werden sollte. Diese Aussage reflektiert eine klare populistische Tendenz in Chinas Justizsystem. Wangs Behauptung, dass die Todesstrafe von der Stimmung des Volkes beeinflusst werden sollte, spiegelt das Konzept des Volkszorns wider. In diesem Rahmen sind die »Gefühle der Massen« und die »öffentliche Meinung« zunehmend zu bedeutenden Faktoren geworden, die in juristische Entscheidungen im heutigen China einfließen.

Das Wiederaufleben der Massenlinienjustiz mit ihrer Betonung von Empfindungen und Gefühlen des Volkes bei der Entscheidungsfindung der Gerichte wurde von Rechtswissenschaftlern in China kritisiert. Kritiker meinen, dass dieser Trend zu einer Stagnation der Rechtsreform und sogar zu einem Rückfall in den an die Mao-Ära erinnernden Justizpopulismus geführt hat. So haben beispielsweise Wissenschaftler wie Xu Zhangrun, ein Rechtsexperte und Kritiker der KP-Ch, Bedenken über die Gefahren des Rechtspopulismus in China geäußert. In einem Aufsatz aus dem Jahr 2010 warnte Xu, dass »die Umsetzung des Rechtspopulismus eine völlige Abkehr von der allgemeinen Richtung der Justizreform und von der grundlegenden Richtung des Weges ist, den China einschlagen muss, um ein moderner Staat zu werden«.³⁴ Daraus ergibt sich ein erheblicher Widerspruch zwischen der notwendigen Professionalität der Justiz und dem wachsenden Einfluss des Populismus im chinesischen Rechtssystem, der zu einem Gegenstand akademischer Besorgnis und Debatte geworden ist.

Die Wiederbelebung des maoistischen Populismus in China beschränkte sich nicht auf den rechtlichen und gerichtlichen Bereich, sondern erstreckte sich auch auf die soziale und politische Ebene. Etwa zur gleichen Zeit machten sich die chinesische Führung und die Gesellschaft das populistische Erbe Maos zu eigen, indem sie Bewegungen wie »Singing Red and Striking Black« (*changhong dahei*) ins Leben riefen, die seit 2008 von Bo Xilai in Chongqing gefördert wurde, einem

33 Liebman, »A Populist Threat to China's Courts?«, S. 269–313.

34 Xu, »Sifa mincui zhuyi jucuo beili le sifa gaige de dafangxiang«, S. 39–40.

Mitglied der zweiten Generation eines Gründers der VR China und Xi Jinpings Hauptkonkurrent um die Macht. Bo Xilai praktizierte einen populistischen Stil, der oft als Chongqing-Modell bezeichnet wird, um im Gegenzug für Regierungsautorität und Legitimität direkt mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten.

Der Trend zum Staatspopulismus endete nicht mit dem Chongqing-Modell. Stattdessen setzte er sich fort und prägte sich in der KPCh-Regierung weiter aus. Obwohl Bo Xilai für seine maoistisch-populistischen Methoden kritisiert und bestraft wurde, verfolgt die Regierung Xi Jinping seit 2012 einen ähnlichen Ansatz, um sich die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern und die eigene Macht zu stabilisieren. Xi Jinping versucht, einen Regierungsstil zu etablieren, der sich von elitären und auslandsorientierten Traditionen abwendet und gleichzeitig auf populistische und nationalistische Elemente aus der chinesischen Geschichte zurückgreift.

Die Regierung Xi Jinping stand vor großen Herausforderungen, darunter Wohlstandsgefälle, soziale Spaltung und korrupte Beamte. Diese Herausforderungen haben zu einer anhaltenden Kampagne gegen bürokratische Korruption und zu konkreten Vorschlägen für den »gemeinsamen Wohlstand« geführt, ein Ziel, das ursprünglich von Mao Zedong formuliert worden war. Xi Jinping sieht dieses Ziel als chinesische Alternative zur Bekämpfung des weltweit zunehmenden Populismus. Indem er gegen korrupte Führungseliten vorgeht, will Xi die Unterstützung des Volkes gewinnen, insbesondere angesichts der rückläufigen Wirtschaftsleistung im letzten Jahrzehnt. Darüber hinaus setzte er stärker als seine Vorgänger auf ideologische Bildung und politische Kommunikation, wobei das politische Studium zu einem herausragenden Merkmal der heutigen chinesischen Politik geworden ist.

Man muss jedoch feststellen, dass sich der Begriff des Populismus in China in den letzten zehn Jahren weiterentwickelt hat. Der weltweite Aufstieg des Populismus hat die chinesische Regierung und Gesellschaft dazu veranlasst, den Populismus neu zu bewerten. Im Jahr 2012 führte das *People's Tribune Survey Center*, eine Denkfabrik, die mit der Zeitung der KPCh, der *People's Daily*, verbunden ist, eine Umfrage über populistische Tendenzen in der chinesischen Bevölkerung durch.³⁵ Die Umfrage wurde wesentlich auf der Grundlage der Populismus-Definition von Paul Taggart konzipiert.³⁶ Sie wurde im Zusammenhang mit dem Vorfall auf den Diaoyu-Inseln durchgeführt, der zu massiven Demonstrationen in China führte. Die Umfrage ergab, dass fast 30 Prozent der Befragten (1122 gültige Fragebögen)

35 People's Tribune Survey Center, »Zhonggong gongzhong de mincuihua qingxiang diaocha baogao (2012)«, S. 86–95.

36 Taggart, *Populism*.

auffällige populistische Verhaltensweisen an den Tag legen.³⁷ Über 90 Prozent der Befragten gaben an, dass es ihnen schwerfällt, anderen zu vertrauen. Nicht weniger als 50,5 Prozent der Befragten zogen eine charismatische Führungspersönlichkeit mit herausragenden Fähigkeiten und edlem Geist einer Führungspersönlichkeit vor, die »durch legale Verfahren gewählt wurde und innerhalb eines institutionellen Rahmens arbeitet« (44,7 Prozent). Das Ergebnis zeigte auch, dass fast 63 Prozent der Befragten ihre Unzufriedenheit mit der Regierung zum Ausdruck brachten und gleichzeitig glaubten, dass das Ausland China keine Lektionen zu erteilen habe. Das Survey Center deutete an, dass soziale Spaltungen zu populistischen Stimmungen führen könnten, die wiederum eine Bedrohung für die Gesellschaft darstellen.

Die Entwicklung des Verständnisses von Populismus in China hat zu einem deutlichen Unterschied zwischen der jüngsten populistischen Regierungsführung und dem Populismus im Stil von Mao geführt. Die Regierung Xi Jinping beispielsweise hat der sozialen Kontrolle einen höheren Stellenwert eingeräumt als ihre Vorgänger. Xi versucht, die Aufwiegelung der Massen oder jegliche Entwicklungen, die eine Bedrohung für die Institutionen des Parteistaats darstellen könnten, so weit wie möglich zu unterbinden. Der Parteistaat nutzt die Kräfte des Volkes zu seinen Gunsten und setzt alles daran, dieses unter Kontrolle zu halten. Auch wenn der Populismus im Stil von Mao die Macht des Volkes bis zu einem gewissen Grad unterstützen konnte, werden die jüngsten populistischen Maßnahmen in erster Linie vom Parteistaat organisiert und genutzt. Für die Unterdrückten ist es ziemlich schwierig und riskant geworden, solche Techniken für ihren Widerstand einzusetzen.

4. Schluss

Die Massenlinie ist seit langem eine populistische Strategie der KPCh. Sie bezeichnet eine vielschichtige Politik, die je nach historischem und politischem Kontext unterschiedlichen Zwecken dient. Einerseits unterstreicht die Politik

³⁷ Auf der Grundlage von Paul Taggarts Definition von Populismus konstruierten die Forscher ein Messmodell mit acht Kern- und sechs Nicht-Kernmerkmalen des Populismus. Diese sind: 1) der Grad des Patriotismus; 2) der Grad der Unzufriedenheit mit der Regierung; 3) die Wahrnehmung von Bedrohungen im externen internationalen Umfeld; 4) der Grad der Romantisierung von Alltagskonzepten; 5) der Grad der Ablehnung des Anderen; 6) der Grad der Nostalgie; 7) das Ausmaß an sozialem Vertrauen; 8) der Grad der Irrationalität; 9) der Grad des ideologischen Konservatismus. 10) Interesse an politischer Partizipation; 11) Einstellung zur Freiheit; 12) ob sie glauben, dass ausländische politische Systeme Lehren für China haben; 13) Vertrauen in die Rolle der Theorie bei der Lösung sozialer Probleme; 14) Grad des Glaubens an Verschwörungstheorien. Die Merkmale 1–8 sind Kernmerkmale.

der Massenlinie die Bedeutung des Dialogs mit der Bevölkerung und die Einbeziehung ihrer Interessen und Anliegen in politische Entscheidungen. Sie ist ein Instrument, das zeigt, dass die KPCh sensibel für die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung ist. Andererseits hat sich die Umsetzung der Massenlinie als ein strategisches populistisches Manöver erwiesen. Sie kann die Illusion erwecken, dass die Kommunistische Partei und ihre Regierung die Meinung der Massen wirklich zu schätzen wissen, während sie sich weiterhin dem »kommunistischen Dogma« verpflichtet fühlen. In diesem Sinne ist sie ein Mittel, um die kommunistische Ideologie aufrechtzuerhalten und gleichzeitig die Wahrnehmung der Bevölkerung zu steuern. Diese vielfältigen und komplexen Praktiken der Massenlinie haben in verschiedenen historischen Epochen zu unterschiedlichen Ergebnissen geführt.

Während der Mao-Ära verpflichteten sich die KPCh-Führer, insbesondere Mao Zedong, zu einer kontinuierlichen Revolution in kulturellen und sozialen Bereichen, wobei sie die bewusste Untergrabung rechtlicher Institutionen durch Massenlinienpopulismus avisierten. Mao Zedong mobilisierte aktiv die Massen und ermutigte sie, sich an verschiedenen politischen und sozialen Bewegungen zu beteiligen. Diese Bewegungen zielten häufig darauf ab, die Gesellschaft umzugestalten und die vermeintliche Opposition auszuschalten, die systematisch als »Volksfeind« gebrandmarkt wurde. Diese Kampagnen veränderten zwar die soziale und politische Landschaft Chinas, forderten jedoch einen hohen menschlichen Preis und trugen zu erheblichen sozialen Umwälzungen und zum Verlust von Menschenleben bei.

In der Ära nach Mao verlagerte die KPCh ihren Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Entwicklung und führte marktorientierte Reformen ein, wobei sie den Schwerpunkt auf Institutionalisierung und Professionalität legte. Die Massenlinienpolitik blieb jedoch ein integraler Bestandteil der KPCh-Regierung und diente der Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Aufrechterhaltung der politischen Stabilität. Sie wurde zu einem flexiblen Instrument, das an die sich verändernden gesellschaftlichen Bedürfnisse angepasst wurde, z.B. an die wachsende Nachfrage nach einem besseren Lebensstandard und einer erweiterten politischen Beteiligung. In dieser Phase war der staatlich geförderte Populismus ein Ergebnis der Bemühungen der KPCh, einen handlungsfähigen Staat zu schaffen, der die Gefühle des Volkes widerspiegelt und die Massenlinie in der Regierungsführung manifestiert.

In jüngerer Zeit sah sich China infolge der raschen wirtschaftlichen Entwicklung mit einem wachsenden Wohlstandsgefälle, weit verbreiteter bürokratischer Korruption, sozialen Ungleichheiten im Bildungs- und Gesundheitswesen und einer Verschlechterung der Umweltsituation konfrontiert. Um diese Probleme zu lösen und die sozialen Spannungen abzubauen, hat die KPCh insbesondere un-

ter Xi Jinping wieder Elemente populistischer Ansätze maoistischer Prägung in ihre Regierungsführung aufgenommen. Allerdings weicht die heutige Variante des Populismus von seinem historischen Pendant ab. Anstatt die Macht des Volkes zu unterstützen, haben die neueren Machthaber versucht, die populistischen Kräfte für ihre eigenen Zwecke zu nutzen, während sie gleichzeitig die Macht in der Hand behalten. Diese Entwicklung hin zum Populismus fiel mit einer Verschärfung der Maßnahmen zur sozialen Kontrolle und der Unterdrückung von abweichenden Meinungen zusammen. Die KPCh steht daher vor der komplexen Herausforderung, ein Gleichgewicht zu finden zwischen ihrem Einsatz populistischer Maßnahmen und der Notwendigkeit, die soziale Spaltung zu überwinden und den sozialen Zusammenhalt zu wahren.

Literatur

- Cook, Alexander C. (2016), *The Cultural Revolution on Trial: Mao and the Gang of Four*, Cambridge, UK/New York, NY.
- Dutton, Michael (2005), *Policing Chinese Politics: A History*, Durham/London.
- Fairbank, John King (1986), *The Great Chinese Revolution 1800–1985*, New York.
- Hu Sheng (1998), »Shehuizhuyi he zibenzhuyi de guanxi: shiji zhijiao de huigu he qianzhan« [Das Verhältnis zwischen Sozialismus und Kapitalismus: Ein Rückblick und Ausblick zur Jahrhundertwende], *Zhonggong dangshi yanjiu*, H. 6, S. 1–2.
- Jiang Shigong (2000), »Quanli de zuzhi wangluo yu falü de zhilihua: Ma Xiwu shenpan fangshi yu Zhongguo falü de xin chuantong« [Das organisatorische Netzwerk der Macht und die Regierbarkeit des Rechts: Der Prozessstil von Ma Xiwu und die neuen chinesischen Rechtstraditionen], *Peking University Law Review*, H. 02, S. 1–61.
- Kunze, Rui/Matten, Marc Andre (2021), *Knowledge Production in Mao-Era China: Learning from the Masses*, Lanham u.a.
- Leese, Daniel (2020), *Maos langer Schatten: Chinas Umgang mit der Vergangenheit*, München.
- Lieberthal, Kenneth (2004), *Governing China: From Revolution Through Reform*, 2. Aufl., New York/London.
- Liebman, Benjamin L. (2011), »A Populist Threat to China's Courts?«, in: Woo, Margaret Y. K./Gallagher, Mary E. (Hg.), *Chinese Justice: Civil Dispute Resolution in Contemporary China*, Cambridge, S. 269–313. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511977008.011>.
- Liebman, Benjamin L. (2011), »A Return to Populist Legality? Historical Legacies and Legal Reform«, in: Heilmann, Sebastian/Perry, Elisabeth J. (Hg.), *Mao's Invisible Hand: The Political Foundations of Adaptive Governance in China*, Leiden, S. 165–200.
- Ma Xiwu (1955), »Xinminzhu zhuyi geming jieduan zhong Shan-Gan-Ning bianqu de renmin sifa gongzuo« [Arbeit der Volksjustiz während der Neuen Demokratischen Revolution in der Shaan-Gan-Ning-Basiszone], *Political and Legal Research*, H. 1, S. 7–14.
- Mao Zedong (1965), »Some Questions Concerning Methods of Leadership«, 12. Juni 1943, in: *Selected Works of Mao Tse-tung*, Bd. III, Beijing.

- Mao Zedong (1977), »Strike Surely, Accurately and Relentlessly in Suppressing Counterrevolutionaries«, in: *Selected Works of Mao Zedong*, Bd. 5, Beijing.
- Mao Zedong (1977), »The Party's Mass Line Must Be Followed in Suppressing Counterrevolutionaries«, in: *Selected Works of Mao Zedong*, Bd. 5, Beijing.
- Mao Zedong (1996), »Zai Zhongguo gongchandang di qi ci quanguo daibiao dahui shang de koutou zhengzhi baogao« [Politischer Bericht auf dem VII. Nationalkongress der Kommunistischen Partei Chinas, 24. April 1945], in: *Collected Works of Mao Zedong*, Bd. 3, Beijing.
- O'Brien, Kevin J. (ed.) (2008), *Popular Protest in China*, Cambridge, MA.
- People's Tribune Survey Center (2012), »Zhonggong gongzhong de mincuihua qingxiang diaocha baogao (2012)« [Umfragebericht über die öffentliche Tendenz zum Populismus in China (2012)], *People's Tribune. Frontiers*, H. 15, S. 86–95.
- Public Security Department of North-East China (1952), »Yuan dongbei gonganbu dui ›xuezhai‹, ›minfen‹ de jieshi« [Erklärung der »Blutschuld« und der »Empörung des Volkes« durch das ehemalige Ministerium für öffentliche Sicherheit von Nordostchina], *The Maoist Legacy*, Oktober 1952. <https://www.maoistlegacy.de/db/items/show/1077>.
- Public Security Department of North-West China (1952), »Guanyu di san jieduan zhenfan buzhou anpai de buchong yijian (jielu)« [Ergänzende Stellungnahmen der Abteilung für öffentliche Sicherheit Nordwestchinas zur Durchführung der dritten Stufe der Bekämpfung von Konterrevolutionären (Auszug)], *The Maoist Legacy*, Dezember 1952. <https://www.maoistlegacy.de/db/items/show/5492>.
- Schoenhals, Michael (2008), »Outsourcing the Inquisition: ›Mass Dictatorship‹ in China's Cultural Revolution«, *Totalitarian Movements and Political Religions*, Jg. 9, H. 1, S. 3–19.
- Taggart, Paul A. (2000), *Populism*, Buckingham/Philadelphia.
- Townsend, James R. (1977), »Chinese Populism and the Legacy of Mao Tse-Tung«, *Asian Survey*, Jg. 17, H. 11, S. 1003–1015. <https://doi.org/10.2307/2643349>.
- Wang Jian/Zhang Hongxia/Li Zan (2019), »Zengqiang xinshidai shehui ningjuli de lujing« [Wege zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der Neuen Ära], *Hongqi wengao*, H. 20. http://www.qstheory.cn/dukan/hqwg/2019-10/24/c_1125147077.htm.
- Wen Jiabao (2005), »2005 nian zhengfu gongzuo baogao« [Arbeitsbericht der Regierung für 2005] (Beijing, 5. März 2005). http://www.gov.cn/test/2006-02/16/content_201218.htm.
- Xu Lizhi (2018), »Beyond ›Destruction‹ and ›Lawlessness‹: The Legal System during the Cultural Revolution«, in: Leese, Daniel/Engman, Puck (Hg.), *Victims, Perpetrators, and the Role of Law in Maoist China. A Case-Study Approach*, Berlin.
- Xu Zhangrun (2011), »Sifa mincui zhuyi jucuo beili le sifa gaige de dafangxiang« [Bewegungen des Justizpopulismus weichen von der allgemeinen Ausrichtung der Justizreform ab], *Judicial Reform Review*, H. 11.
- Yang Yonghua/Fang Keqin (1987), *Shan-Gan-Ning bianqu fazhi shigao: susong yuzheng pian* [Geschichte des Rechtssystems in der Grenzregion Shaanxi-Ganjiang-Ningxia: Band über Rechtsverfahren und Gefängnisverwaltung], Beijing, S. 71–72.
- Zang Dongsheng (2010), »Rise of Political Populism and the Trouble with the Legal Profession in China«, *Harvard China Review*, Jg. 6, H. 1, S. 79–99.
- Zhang, Man (2020), »Ending Political Violence: Making and Unmaking Perpetrators of the Cultural Revolution in Post-Mao China« (PhD Diss., Universität Freiburg).

Zhongguo faxuehui (2008), »Zhongguo fazhi jianshe niandu baogao (2008)« [Jahresbericht zur Rechtsstaatlichkeit in China] (Beijing, Mai 2009). <http://www.chinanews.com.cn/gn/news/2009/06-03/1718151.shtml>.

»Zuigao renmin fayuan yuanyu luoshi 23 xiang sifa weimin juti cuoshi de zhidao yijian« [Stellungnahme des Obersten Volksgerichts »Über 23 spezifische Maßnahmen zur Umsetzung der Gerechtigkeit für das Volk«], *Zhongguo zhengfu wang*, Dezember 2003. http://www.gov.cn/test/2005-06/28/content_10428.htm.

Im Schatten Russlands: Ostmitteleuropa zwischen Populismus, Geschichte und Geopolitik

Paolo Zucconi

Abstract

In diesem Kapitel wird das Verhältnis Ungarns, der Slowakei und der Tschechischen Republik zu Russland unter der Präsidentschaft Putins analysiert und als Ergebnis von Prozessen und Umständen gesehen, die zu einem großen Teil durch spezifische Konstellationen in der Geschichtskultur und Politik geprägt sind. Wie wird Russland in den sogenannten Visegrád-Gesellschaften gesehen? Gibt es Gemeinsamkeiten oder individuelle Besonderheiten? Hat der Aufstieg des Populismus die Wahrnehmung Russlands verändert? Inwiefern ist die Nähe der Ukraine für das Thema relevant? Dieses Kapitel soll Antworten auf diese Fragen finden und Einblicke in die unterschiedlichen Wahrnehmungen der Aktivitäten Russlands in Ostmitteleuropa, die mehr als nur eine außenpolitische Angelegenheit sind, präsentieren. Eine Antwort auf diese Fragen ist ohne einen, wenn auch notwendigerweise unvollständigen historischen Rückblick kaum möglich, so dass ich auf einige bereits weiter zurückliegende Zusammenhänge eingehen muss

Keywords: Vladimir Putin; Russland; Populismus; sozialer Zusammenhalt; Visegrád-Gruppe

1. Die Visegrád-Gruppe und das Fehlen einer regionalen Außenpolitik

Die Annexion der Krim durch die Russische Föderation im Jahr 2014 hat das Interesse der Politik und der Öffentlichkeit an den Aktivitäten Russlands geweckt und die Debatte darüber, ob Russland noch ein Imperium ist, neu belebt.¹ Das war schon 2014 so und wurde im Februar 2022 angesichts der massiven russischen Invasion in der Ukraine noch deutlicher. Gleichzeitig gehen die militärischen Aktivitäten Russlands in der Ukraine seit 2014 mit einer populistischen Wende und illiberalen Tendenzen vor allem der derzeitigen ungarischen und polnischen Regierung einher, weniger mit der slowakischen und tschechischen, obwohl Populismus auch in der Slowakei und der Tschechischen Republik zu beobachten ist.² Der Aufstieg des Populismus in den Visegrád-Ländern – Ungarn, Slowakei, Polen und Tschechien – hat die Spaltung der Visegrád-Gruppe noch stärker hervortreten lassen, obwohl sie seit ihrer Gründung 1991 noch nie eine gemeinsame Außenpolitik verfolgte. Die Gruppe war nicht in der Lage, eine gemeinsame Antwort auf das Eingreifen Russlands in Georgien 2008 und in der Ukraine seit 2014 zu finden. Darüber hinaus wurden die außenpolitischen Debatten im Westen durch die globale Finanzkrise von 2008, zunehmende Spannungen in der EU, die Migrationskrise von 2015, den Brexit und die Veränderungen in der außenpolitischen Orientierung der USA unter der Regierung von Donald Trump erheblich beeinflusst. Die Folgen all dieser Entwicklungen überstiegen den Rahmen der Nationalstaaten und entfachten weitreichende Debatten über die politische und kulturelle Identität des Westens, so dass sie nicht mehr nur eine außenpolitische Angelegenheit waren.

In den Visegrád-Ländern fanden politische Auseinandersetzungen statt über die Legitimität der Richtung, die die nationale Politik in der postkommunistischen Ära eingeschlagen hatte, und die Ziele der nationalen Außenpolitik wurden angepasst an die nationalstaatlichen Interessen und geopolitischen Entwicklungen, die insbesondere aus dem militärischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Auftritt Russlands unter der Präsidentschaft Putins resultierten, und neu definiert. Die Annexion der Krim durch die Russische Föderation und der Beginn des Krieges gegen die Ukraine 2014 warfen Fragen auf wie: Sehen wir heute ein Wiederaufleben des imperialen Russlands? Müssen wir Russland fürchten? Oder

1 Mehr über den russischen Imperialismus bei Kolstø/Blakkisrud, *The New Russian Nationalism*.

2 In diesem Beitrag stütze ich mich auf die Definition des Populismus von Jan Werner Müller, nach dem politische Akteure durch zwei Elemente gekennzeichnet werden: Kritik an den Eliten und der Anspruch, der authentische Repräsentant eines moralisch reinen, homogenen Volks zu sein (Müller, *What is Populism?*, S. 3).

kann Russland noch als Partner angesehen werden? Ist die Ausrichtung der nationalen Außenpolitik das Ergebnis von Entscheidungen der politischen Elite oder eines der historischen Kultur und Einstellung der Menschen zu Russland?

Ostmitteleuropa steht im Mittelpunkt dieser Debatte, aber es ist auch ein »Sonderfall«. Die Region »stand nie außerhalb der europäischen Zivilisation, aber sie hat ihre Besonderheit bewahrt«, wie der Historiker Jacek Purchla in dem Report »V4 25 Years: The Continuing Story of the Visegrad Group«³ schrieb. Eingeklemmt zwischen Deutschland und Russland, ergibt sich dieser »besondere Charakter Mitteleuropas« aus seiner einzigartigen historischen Erfahrung und seiner Lage auf dem Kontinent. Dieser Wesenszug wurde im Laufe des 20. Jahrhunderts erkennbar.⁴ Ein Beispiel ist die Entwicklung der Visegrád-Gruppe (V4). Sie wurde 1991 als regionaler Kooperationsrahmen von Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei gegründet, um »die Folgen des Totalitarismus zu überwinden«.⁵ Erst nach der formellen Aufhebung des Warschauer Vertrages im Juli 1991 und nach dem V4-Gipfel in Krakau im Oktober 1991 wurde es zum Ziel, den Beitritt zur EU und zur NATO zu koordinieren und einer Geschichte nationaler, ethnischer und sozialer Konflikte ein Ende zu setzen.⁶ Kazimierz Marcinkiewicz zufolge konnten die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns »ihre alten Konflikte und Animositäten beiseite legen. [...] Sie bildeten eine besondere Verbindung, wie zwischen Opfern, und stützten sich auf das Gefühl, gemeinsame Interessen zu teilen«.⁷

Obwohl es innerhalb der Gruppe Konkurrenz und Reibereien gab, die ihrem Zusammenhalt schadeten,⁸ wurde die Visegrád-Gruppe 1989/91 zu einem mächtigen Symbol für den postsozialistischen Wandel, der darin bestand, Westeuropa »einzuholen« und »als freie, unabhängige und demokratische Nationen nach Europa zurückzukehren«.⁹ Getrennt durch Geschichte, Kultur und gegenseitiges Misstrauen, kamen die drei (später vier) Länder zusammen wie nie zuvor und begannen eine 30 Jahre lange Zusammenarbeit.

Nach dem Beitritt der V4-Mitgliedstaaten zur Europäischen Union (EU) 2004 gewann die Visegrád-Gruppe aufgrund ihrer Nähe zu Russland, der Ukraine und

3 Purchla in *V4 25 Years: The Continuing Story of the Visegrad Group 1991–2016*, S. 57.

4 Ebd.

5 Paroubek, »Visegrad Group Celebrates its Fifteen Anniversary«, S. 14.

6 Auf dem Gipfel in Krakau wurden zwei wichtige Dokumente unterzeichnet. das »Kraków Summit Statement of the Foreign Ministers on Links with the North Atlantic Alliance« und die »Kraków Declaration« (Poláčeková, »Regional Cooperation in Central Europe«, S. 120).

7 Marcinkiewicz, »The Visegrad Declaration 15 Years Later«, S. 18.

8 In der Tschechischen Republik unterstützte Premierminister Václav Klaus (1993–1997) die Visegrad-Kooperation nur wenig und »förderte die Ideologie des Individualismus bei der Verfolgung nationaler Ziele« (Ananicz, »From the Anti-communist Underground to NATO and the EU«, S. 29).

9 »Address given by Vaclav Havel to the Polish Sejm and Senate«, S. 2.

den Balkanstaaten an geostrategischer und wirtschaftlicher Bedeutung im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik, doch die Visegrád-Regierungen konnten sich nicht auf eine gemeinsame regionale Außenpolitik einigen. Deshalb spielte die Gruppe bei der Gestaltung der Beziehungen zu Russland nur gelegentlich eine Rolle. Das war ein Problem, als Russland unter Putins Präsidentschaft wieder als Weltmacht auftrat. Wie der Politikwissenschaftler Janusz Bugajski 2017 schrieb, »hat die Visegrád-Gruppe seit dem Erreichen ihrer primären Ziele widersprüchliche Signale über ihre EU-Verpflichtungen ausgesandt, es fehlte ihr an einer koordinierten Außenpolitik, sie hat es versäumt, sich an die neuen Herausforderungen anzupassen, denen sich die NATO, die EU und das vergrößerte Europa gegenübersehen, und es fehlte ihr an einer klaren und eindeutigen geopolitischen Identität«.¹⁰

Seit 2004 mussten sich sowohl die V4 als Gruppe als auch die Gesellschaften der jeweiligen Länder an den neuen sicherheitspolitischen Kontext in Europa anpassen, der durch zwei Hauptprobleme verursacht wurde: das Wiedererstarken Russlands als Weltmacht und einen beispiellosen Strom von Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika. Die V4 hatten Schwierigkeiten, ihre Gründungswerte der europäischen Integration mit neuen nationalistischen Regierungen (vor allem in Polen und Ungarn) zu vereinbaren, die eine unklar definierte »mythische« Gesellschaft der Vergangenheit heraufbeschworen und »kulturelle Homogenität« bewahren wollten, so dass in Polen Jarosław Kaczyński von der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von »Konterrevolution« sprach, um zu zeigen, dass sich sein Land vom Geist der Revolutionen von 1989 abwende, und Viktor Orbán von einem »illiberalen Staat«.¹¹ In Ungarn kam es überdies zur Rehabilitierung umstrittener autoritärer Führer der Vergangenheit, um die radikal andere Sichtweise der Gesellschaft im Vergleich zu ihren Vorgängern in den frühen 1990er Jahren herauszustellen, beispielsweise die Aufstellung von Miklos Horthy-Statuen in mehreren Städten und Dörfern, auch im Parlament. Diese Initiativen gingen nicht von der Fidesz aus, wurden aber von dieser stillschweigend unterstützt.¹² Die Föderation der jüdischen Gemeinden Ungarns kritisierte den Plan, in Szeged eine Gedenktafel für Horthy, der für »den Tod von Hunderttausenden ungarischen Bürgern« verantwortlich sei, zu errichten.¹³

Während die V4-Regierungen in der Anfang 2015 ausgebrochenen Migrationskrise und über die später von der Europäischen Kommission vorgeschlagene

10 Bugajski, »The Visegrad Saga«, S. 7.

11 Foy/Buckley, »Orban and Kaczynski vow ›cultural counter-revolution‹ to reform EU«.

12 Verseck, »Hungary Rehabilitates Far-Right Figures«. Mehr über Miklos Horthy und seine politische Karriere bei Sakmyster, *Hungary's Admiral on Horseback*.

13 »Hungarian Jewish Community decries plans to erect a memorial to Miklós Horthy in Szeged«.

nen Pläne zur Aufnahme und Umverteilung muslimischer Migrant:innen eine gemeinsame Position gefunden hatten, oft im Gegensatz zur Kommission selbst und zu anderen beteiligten EU-Institutionen,¹⁴ ist dies in den Beziehungen zu Russland nicht der Fall. Daher werden im Folgenden die nationalen Regierungen die Hauptakteure vorgestellt.

2. Der Aufstieg des Populismus: Zwischen Affinität und Animosität gegenüber Russland

Die Haltung gegenüber Russland beruht auf einer nationalen Außenpolitik, die weitgehend von wirtschaftlichen Interessen, historischen Kulturen und innenpolitischen Entwicklungen beeinflusst wird. Indem sie sich auf kurzfristige nationale Interessen konzentrierten statt die regionale Zusammenarbeit zu intensivieren, begünstigten die Regierungen der Visegrád-Länder Putins Ambitionen, die historische Einflussosphäre Russlands wieder zu stärken. Der Krieg gegen die Ukraine konnte die ungarische Regierung nicht davon überzeugen, ein zehn Milliarden Euro-Abkommen mit Rosatom über die Modernisierung des Kernkraftwerks in Paks zu kündigen, und Ministerpräsident Orbán versuchte immer, jede Konfrontation mit dem Kreml zu vermeiden. Auch der tschechische Premierminister Bohuslav Sobotka und der slowakische Premierminister Robert Fico sprachen sich 2014 gegen die Stationierung von NATO-Truppen in ihren Ländern aus. Fico erinnerte an den Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 und die anschließenden zwei Jahrzehnte sowjetischer Besatzung und bezeichnete eine mögliche Stationierung von NATO-Truppen auf slowakischem Boden als heikles Thema, das an 1968 erinnere.¹⁵ Ein interessanter Aspekt ist die Nutzung oder Umdeutung historischer Ereignisse für politische Zwecke: Es besteht die Tendenz, bestimmte (in der Regel traumatische) historische Ereignisse hervorzuheben oder in Erinnerung zu rufen, um das Image und die Identität der Nation zu festigen. So stärkt die »Vergangenheit« die Argumente des Sprechers und die Idee der nationalen Identität.

Das erneute Auftreten Russlands als imperiale Macht 2014 fand zu einem Zeitpunkt statt, als die Visegrád-Gesellschaften von politischen Parteien regiert wur-

14 Beispiele hierfür sind die EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn, Polen und die Tschechische Republik und gegen Ungarn Jahr 2015. Siehe »Relocation: Commission launches infringement procedures«; »Commission opens infringement procedure against Hungary«. Mehr über die Haltung der Visegrád-Gruppe zur Migrationskrise bei Bauerová, »Migration Policy of the V4«.

15 »Slovak PM follows Czechs in ruling out foreign NATO troops«. »1968« meint die Invasion in der Tschechoslowakei. Mehr dazu bei Bischof/Karner/Ruggenthaler, *The Prague Spring*.

den, die oft als populistisch bezeichnet werden, sei es Smer in der Slowakei, Fidesz in Ungarn, PiS in Polen oder etwas später ANO 2011 in Tschechien. Generell hatte der Aufstieg des Populismus deutliche Auswirkungen auf den inneren Zusammenhalt einer Region, deren Geschichte nicht nur von Zusammenarbeit, sondern auch von Divergenzen geprägt ist. Wie der ehemalige slowakische Ministerpräsident Ján Čarnogurský 2006 schrieb, »hat Ungarn in außenpolitischen Krisen traditionell nach Deutschland geschaut, die Tschechen und Slowaken nach Russland, und Polen auf entfernte Mächte wie Frankreich und England in der Vergangenheit oder gegenwärtig auf die Vereinigten Staaten«. ¹⁶ Der Krieg gegen die Ukraine hat Begriffe wie »Bedrohung«, »Risiko« oder »Angst« wieder zum Vorschein gebracht, die nach 1991 und dem Fall des Kommunismus eigentlich hätten verschwinden sollen. ¹⁷

Auch wenn nicht alle Konflikte und Widersprüche zwischen den V4-Staaten auf Russland zurückzuführen sind, kann man nicht abstreiten, dass Russland als Nation mit seiner Kultur, Geschichte, Wirtschaft und seiner Macht den inneren Zusammenhalt von Ungarn, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Polen geprägt hat. Dafür stehen Beispiele für Besetzungen während der Zarenzeit, wie die Teilungen Polens (1772, 1793, 1795) zwischen dem Russischen, dem Deutschen und dem Habsburger Reich. ¹⁸ Oder der sogenannte Molotow-Ribbentrop-Pakt von 1939, ein Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion mit einem Geheimprotokoll über die Teilung Polens (das Baltikum und Finnland sollten unter sowjetischen Einfluss fallen). ¹⁹ Es gibt Beispiele aus der Zeit des Kommunismus, wie der Sowjetisierungsprozess nach dem Zweiten Weltkrieg, die Unterdrückung der ungarischen Revolution 1956 durch die sowjetische Armee oder der Einmarsch der Soldaten des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei 1968 mit der anschließenden Einrichtung der sowjetischen Zentralen Streitkräftegruppe auf tschechoslowakischem Gebiet bis 1991. ²⁰ Auch ein indirekter Einfluss wäre zu nennen, etwa die Bewunderung für das Russische Reich, die unter den Tschechen im 19. Jahrhundert weit verbreitet war. So war Russland eine wesentliche Komponente in den sozio-historischen Prozessen, auf denen die Visegrád-Gesellschaften aufbauten. Und deshalb konnten die Annexion der Krim und der Krieg gegen die Ukraine seit 2014 ein breites Spektrum an Gefühlen und Emotionen hervorrufen. Die Reaktionen auf das zunehmende Selbstbewusstsein der russischen politischen Führung in den internationalen Beziehungen, biswei-

16 Čarnogurský, »Visegrad Yesterday, Today and Tomorrow«, S. 35.

17 Holzer/Mareš, »Russia as a Czech Security Dilemma«, S. 2.

18 Mehr über die Teilungen Polens bei Lukowski, »The Partitions of Poland«.

19 Mehr dazu bei Roberts, »The Soviet Decision for a Pact with Nazi Germany«.

20 Mehr über die ungarische Revolution 1956 bei Kenez, »Khrushchev and Hungary in 1956«; über den Sowjetisierungsprozess Apor u. a., *The Sovietization of Eastern Europe*.

len auch auf Aggressionen gegen Nachbarländer, sind nicht nur eine Frage der Außenpolitik, sondern das Ergebnis historischer Prozesse, bei denen auch die Menschen eine entscheidende Rolle spielten (1956, 1968) und die den sozialen Zusammenhalt und die politische Kultur in den jeweiligen Ländern wesentlich prägten.

Die russische historische und politische Kultur ist von einem starken Konkurrenzdenken durchdrungen, das sich sowohl gegen innere Feinde als auch gegen ein internationales System richtet, das als feindlich gegenüber der russischen Identität angesehen wird.²¹ Die russische Geschichte ist jedoch auch von Kontakten zu Europa geprägt, mitunter auch Bestrebungen zur Nachahmung Europas.²² Darüber hinaus hat sich Russland in der Vergangenheit als Bollwerk Europas gegen Bedrohungen aus dem Osten erwiesen. Daher sind diese beiden Visionen von Russland (als »Gegner« und als »Freund«) im politischen Diskurs in Ostmitteleuropa seit langem virulent.

Die Auflösung der Sowjetunion 1991 und das Ende des Kommunismus in Ostmitteleuropa erforderten eine Neudefinition der Beziehungen zu Russland, die Region musste nach dem Kalten Krieg ihren Platz in Europa in Kultur, Wirtschaft, Geopolitik und Identität finden. 1989 und in den frühen 1990er Jahren bezeichneten ehemalige Dissidenten aus der kommunistischen Zeit und politische Führer wie Václav Havel die Vergangenheit als geprägt von Konflikten, Widersprüchen und Totalitarismus.²³ Der Fall der Berliner Mauer und später der Untergang der Sowjetunion bot die Chance, die jeweiligen Gesellschaften auf der Grundlage demokratischer Ideale und regionaler Zusammenarbeit zu formen. Der Zeitraum 1989/1991 war somit ein historischer Moment, in dem eine Geschichte von Konflikten und unguten Erinnerungen an das 20. Jahrhundert Platz machte für Träume und Hoffnungen auf eine demokratische Zukunft. Ein Beispiel dafür ist Havels Formulierung »Rückkehr nach Europa«, die für die Völker Ostmitteleuropas zu einer wirkmächtigen Botschaft wurde, den Westen als Zukunft und Russland als Vergangenheit zu betrachten.

Der Aufstieg politischer Parteien mit einer tief verwurzelten nationalistischen Rhetorik nach dem EU-Beitritt 2004 ließ eine Ost-West-Dichotomie wiederaufleben, die an den Kalten Krieg erinnert. Der Enthusiasmus, der die liberalen Revolutionen von 1989 und die Initiativen zum Beitritt zur euro-atlantischen Gemeinschaft ausgelöst hatte, ist in dem Maße verschwunden wie populistische Bewegungen begannen, Wahlen zu gewinnen und die demokratischen Fundamente zu untergraben, auf denen die postkommunistischen Gesellschaften Ostmittel-

21 Zur Rolle Russlands in den internationalen Beziehungen siehe Lucas, *The New Cold War*.

22 Aust, »Russia and Europe (1547–1917)«.

23 Siehe auch »Address given by Vaclav Havel to the Polish Sejm and Senate«.

europas beruhten. Orbáns Bemühungen um die Errichtung einer illiberalen Demokratie in Ungarn und Kaczyńskis Anspielungen auf eine »Konterrevolution« in Polen wurden bereits erwähnt. Die Ost-West-Dichotomie sah sich alsdann durch imperiale Bestrebungen der russischen politischen Führung in den 2000er Jahren gerechtfertigt.²⁴

Der Aufstieg des Populismus ging einher mit einer neuen Annäherung an Russland (allerdings nicht in Polen), die in den Erklärungen und Reden des tschechischen Präsidenten Miloš Zeman, des ehemaligen slowakischen Premierministers Robert Fico und des ungarischen Premierministers Viktor Orbán zum Ausdruck kommt. Neben der freundlichen Rhetorik gegenüber Russland kann man zudem auf Kooperationsabkommen in den Bereichen Energie und Handel verweisen, die Ostmitteleuropa bis Februar 2022 an Russland banden.

3. Der Ukrainekrieg 2014 als Problem: Zwiespältigkeit in der Außenpolitik

Das aggressive Vorgehen Russlands in Georgien und der Ukraine weckte Erinnerungen an vergangene Invasionen, die man vor dem Hintergrund der jahrhundertelangen Besetzung Ostmitteleuropas durch das Russische Reich und die Sowjetunion als imperiale Aspirationen deuten kann. Man hätte erwarten können, dass die politischen Führer und Regierungen »der einstigen Opfer aufeinanderfolgender totalitärer Diktaturen«²⁵ wie Ungarn, die Slowakei, Tschechien und Polen »an einer fortgesetzten engen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Europa«²⁶ und an den Früchten der Revolutionen von 1989 festhalten. Stattdessen besteht die Tendenz, sich von den Werten der Revolutionen von 1989 zu distanzieren und die Tragweite der russischen Annexion der Krim herabzumindein. Nur Polen bildet eine Ausnahme. Die Situation änderte sich im Februar 2022, als der Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine das Szenario neu definierte. Doch bis dahin ist zu beobachten, wie populistische Politiker die Reaktion der EU oder der NATO auf Russland kritisieren und unschlüssig sind, wie sie selbst reagieren sollen. Wie ist es möglich, dass Affinitäten zu Putins Russland in Gesellschaften existieren, die einst selbst unter russischer Besatzung litten? Inwieweit sehen populistische Bewegungen in Ungarn, der Slowakei und der Tschechischen Republik Putins Russland positiv? Diese Fragen sollten vor dem

24 Mehr über die Veränderungen und die Ausrichtung der Außenpolitik der Russischen Föderation finden bei Tsygankov, *Russia's Foreign Policy*.

25 Jeszenszky in V4 *25 Years: The Continuing Story of the Visegrad Group 1991–2016*, S. 15.

26 Ebd.

Hintergrund des Krieges gegen die Ukraine zwischen 2014 und 2022 beantwortet werden, vor allem deshalb, weil die russische Aggression gegen die Ukraine das deutlichste Beispiel für den Imperialismus Russlands seit der postsozialistischen Wende ist. Der Krieg hat bei den Menschen, Politikern und Wissenschaftlern der Visegrád-Länder eine intensive Debatte über Russland ausgelöst, die auf die schwierige Geschichte der Beziehungen zur Sowjetunion und – im Falle Polens – zum Russischen Reich zurückgeht und die unterschiedlichsten Emotionen weckt.

Während alle V4-Regierungen die Angliederung der Krim an die Russische Föderation verurteilten und die Einhaltung des Budapester Memorandums von 1994 forderten,²⁷ kritisierten die slowakische und die tschechische Regierung die Sanktionen der EU und gaben zweideutige Erklärungen zu den Entwicklungen der Krise ab. Obwohl der tschechische und der slowakische Premierminister ihre Unterstützung für die territoriale Integrität der Ukraine zum Ausdruck brachten, teilten nicht alle Mitglieder der tschechischen Regierung diese Position.²⁸ Premierminister Sobotka und Finanzminister Andrej Babiš von ANO 2011 äußerten Vorbehalte gegen die Wirksamkeit der EU-Sanktionen und zeigten sich besorgt über die Auswirkungen auf die tschechische Wirtschaft.²⁹ Gleichzeitig lehnten der damalige slowakische Ministerpräsident Fico und die tschechische Regierung die Stationierung ausländischer NATO-Truppen auf ihrem Territorium ab.³⁰ Die tschechische Regierung weigerte sich auch, der Ukraine Waffen zu liefern und bei der Modernisierung der ukrainischen Streitkräfte zu helfen.³¹

Der tschechische Präsident Zeman nahm eine ambivalente Haltung ein. Er wies die Vorwürfe gegen Russland zurück und stellte sich auf die Seite der NATO-Verbündeten.³² Er kritisierte das neue Sprachengesetz in der Ukraine und zugleich die Isolierung Russlands auf internationaler Ebene.³³ 2015 nahm er als einziges europäisches Staatsoberhaupt an den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Moskau teil, wenngleich er die Militärparade ausließ.³⁴ Erst im Februar 2022 bezog er klar Stellung gegen die russische Aggression, und die tschechische Regierung beschloss Waffenexporte in die Ukraine.

Auf dem NATO-Gipfel in Wales im September 2014 leitete Zeman die tschechische Delegation; er verwies darauf, dass eine Invasion der Ukraine durch rus-

27 »Statement of the Prime Ministers of the Visegrad Countries on Ukraine«.

28 Gniazdowski/Groszkowski/Sadecki, »A Visegrad cacophony«.

29 Kucharczyk/Mesežnikov (Hg.), *Diverging Voices*, S. 21.

30 Lopatka, »Slovakia and the Czech Republic Reject NATO Bases«.

31 Marušiak, »Russia and the Visegrad Group«, S. 39.

32 »Czech leader says NATO could offer troops to Ukraine if Russia goes beyond Crimea«.

33 Holubec, »Czech Republic – »Putler« or Banderists?«.

34 de Goeij, »Czech Leader Won't Attend Moscow Parade After Criticism«.

sische Streitkräfte nicht bewiesen sei, und kritisierte die Annahme der EU-Sanktionen. Auf dem 12. Rhodos-Forum »Dialog der Zivilisationen«, ebenfalls im September 2014, bezeichnete Zeman die Situation in der Ukraine als »saisonale Grippe«, die bald überwunden sein würde, und forderte erneut die Aufhebung der Sanktionen, »die nicht nur nutzlos, sondern kontraproduktiv sind und den Dialog behindern. [...] Zivilisierte Staaten sollten einen Dialog führen, der auf dem Austausch von Religion, Kapital und Informationen basiert. Wir müssen den internationalen Terrorismus bekämpfen.«³⁵

Einen ähnlichen Standpunkt vertrat die ungarische Regierung, die sich bei der Verabschiedung der Russland-Sanktionen den anderen EU-Mitgliedstaaten anschloss, obwohl Ministerpräsident Orbán diese wiederholt kritisiert hatte. Während Ungarn zu den ersten EU-Mitgliedstaaten gehörte, die das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine im November 2014 ratifizierten, forderte Orbán Autonomie für die ungarische Minderheit in der westukrainischen Region Transkarpatien. Am 10. Mai 2014 bezeichnete er die Ukraine als »weder stabil noch demokratisch, wenn sie ihren Minderheiten, einschließlich der Ungarn, nicht das gibt, was ihnen zusteht. [...] Das heißt, doppelte (ungarische) Staatsbürgerschaft, kollektive Rechte und Autonomie.«³⁶

Die Position der ungarischen Regierung zur Ukraine-Krise steht oft im Gegensatz zu der ihrer Kollegen in Europa, einschließlich der Visegrád-Verbündeten. Die ungarische Position wurde von der ukrainischen und der polnischen Regierung wiederholt kritisiert und trug dazu bei, die guten Beziehungen Ungarns zu Polen zu untergraben. Der Grund ist, dass sich die Regierung Orbán vor allem auf die ungarische Minderheit in Transkarpatien konzentrierte statt auf einen Beitrag zur regionalen Sicherheit. Im September 2014, nur drei Tage nach dem Treffen von Gazprom-Chef Alexej Miller mit Viktor Orbán, setzte die ungarische Regierung den Gastransit in die Ukraine vorübergehend aus.³⁷ Obwohl Ungarn wie die EU-Partner die territoriale Integrität der Ukraine unterstützt, betonte Orbán die Neutralität Ungarns und sprach sich gegen eine Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der NATO aus.³⁸ Die Absicht Ungarns bestand in der möglichen Vermeidung von Reibungen mit Russland. 2017 verabschiedete das ukrainische Parlament ein Gesetzespaket zur Bildung, das nach Ansicht der ungarischen Regierung die Rechte ethnischer Minderheiten auf Bildung in ihrer Muttersprache beeinträchtigt. Nach der Verabschiedung des Gesetzes postulierte

35 Shishelina u. a., »Visegrad-Russian Relations«, S. 50.

36 »Ukraine rejects autonomy calls for ethnic Hungarians made by Orban.«

37 »Hungary suspends gas supplies to Ukraine«.

38 »Hungary Blocks Ukraine from NATO Cyber Defense Center«.

Außenminister Péter Szijjártó, seine Regierung werde die Aufnahme der Ukraine in die EU und die NATO »stoppen«.

Die Haltung der ungarischen Regierung zur Ukraine wird durch eine grundlegende Meinungsverschiedenheit mit Polen definiert: Laut Orbán ist dieser Krieg für die Polen eine »Herzensangelegenheit«, da sie sich selbst als »Kämpfer in diesem Krieg« sehen, während die Ungarn ihn nur als »einen Krieg zwischen zwei slawischen Ländern sehen, von dem wir uns fernhalten wollen«.³⁹ Diese unterschiedliche Sichtweise des Konflikts stärkte die polnischen Beziehungen zur Slowakei und zu Tschechien, wohingegen sich dem polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki zufolge »die Wege Polens und Ungarns auseinanderentwickelt« hätten.⁴⁰

Gleichzeitig fanden 2021 und 2022 zahlreiche gemeinsame Treffen auf höchster Ebene zwischen Ungarn und Russland statt. Der ungarische Außenminister Szijjártó reiste im Dezember 2021 nach Russland, um über die Verlängerung des ungarischen Gaslieferungsvertrags und die Bedingungen für die Produktion des russischen Impfstoffs Sputnik V in Ungarn zu verhandeln. »2021 ist das beste Jahr in den ungarisch-russischen Beziehungen«, so Szijjártó.⁴¹ Wie Pál Dunay hervorhob, war Ungarn das erste EU-Land, das Sputnik V im Kampf gegen die COVID-19-Pandemie importierte, zusammen mit einer großen Menge des chinesischen Impfstoffs Sinopharm. Als sich die Gesundheitslage im Frühjahr 2021 dramatisch verschlechterte, konnte die ungarische Regierung der Slowakei mit zwei Millionen Dosen »helfen«, nachdem die slowakische Regierung ihre Meinung über den russischen Impfstoff geändert hatte.⁴² (Die Slowaken zogen jedoch die westlichen Optionen vor, und 1,8 Millionen Dosen von Sputnik V wurden an Russland zurückgegeben.)

Für die ambivalente Politik der ostmitteleuropäischen Regierungen gegenüber Russland gibt es mehrere Gründe. Erstens fand der Krieg 2014 in der Ostukraine statt und war geografisch gesehen weit entfernt von Ungarn, der Slowakei oder Tschechien. Zweitens ist es die Abhängigkeit Ostmitteleuropas vom russischen Gas. Selbst die PiS-geführte polnische Regierung, in der Regel Putinfeindlich eingestellt, musste die Tatsache berücksichtigen, dass 2021 etwa 55 Prozent ihres Erdgases aus Russland kamen.⁴³ Erst im Oktober 2022 wurde die Versorgung aus Russland vollständig unterbrochen. Die russisch-ukrainische Gas-krise 2009 hat deutlich gezeigt, wie groß die Abhängigkeit Ostmitteleuropas von Russland und wie notwendig die Verbesserung der Energiesicherheit ist. Die Slo-

39 »Speech by Prime Minister Viktor Orbán«.

40 »Polish-Hungarian relations. Prime Minister Mateusz Morawiecki«.

41 »Foreign Minister: »2021 Best Year in Hungarian-Russian Relations«.

42 Dunay, »Russia's More than Sputnik V Diplomacy«, S. 52.

43 »Poland, Country Commercial Guide«.

wakei war von dieser Krise stark betroffen. Anders als in Polen waren die slowakischen Regierungen jedoch bis 2022 nicht sehr vorausschauend bei der Diversifizierung der nationalen Versorgung.⁴⁴

Dies hat technische Gründe, wie Susi Dennison und Pawel Zerka in einer Studie für den *European Council of Foreign Relations* schrieben.⁴⁵ Aber es hat auch politische Gründe. Es stimmt, dass die Regierung die Bemühungen der EU zur Schaffung neuer Pipeline-Transportkapazitäten unterstützt hat (z.B. das Nabucco-Projekt).⁴⁶ Allerdings haben die slowakische und die russische Regierung im November 2008 einen bis 2029 gültigen Vertrag über die Lieferung von russischem Gas unterzeichnet.⁴⁷ Wie Putin bei einem Treffen mit Fico im November 2009 betonte, »ist die Energiewirtschaft einer der traditionellen Bereiche, in denen unsere beiden Länder seit Jahren zusammenarbeiten und wertvolle Erfahrungen gesammelt haben«. Im Jahr 2019 kamen fast 100 Prozent der slowakischen Gas- und Ölimporte aus Russland.⁴⁸ Während Polen und Tschechien sich andere Versorgungswege sicherten, z. B. aus Norwegen, war dies in der Slowakei und Ungarn nicht der Fall.

Der dritte Grund ist die Tatsache, dass sich die politischen Debatten in den V4-Staaten (die sich ursprünglich auf den Ukraine-Krieg konzentrierten) allmählich auf andere Sicherheitsfragen wie die Migrationskrise und den islamischen Terrorismus verlagerten, so dass die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für die Ukraine abnahm.

4. Die Rolle historischer Bindungen

Ein weiterer Grund sind historische Bindungen. Wie Alexander Duleba und Boris Shmelev betonen, haben die Slowaken »in der Vergangenheit nicht allzu viele dramatische oder negative Erfahrungen mit dem russischen Imperialismus gemacht [...]. Die historische Wertschätzung Russlands ergibt sich eher aus der Theorie des Panslawismus als aus der des russischen Imperialismus.«⁴⁹ Der Panslawismus war für die Herausbildung der slowakischen Identität insofern entscheidend, als er eine Inspirationsquelle für die Außenpolitik der Partei HZDS wurde, so der slowakische Politikwissenschaftler Juraj Marušiak.⁵⁰ HZDS ist die Volkspartei »Be-

44 Wolff/Gritz, »Gas and Energy Security«.

45 Dennison/Zerka, »Tracking Europe's energy security«.

46 »Slovak Foreign Policy Guidelines 2011«.

47 Krekó u. a., »Marching towards Eurasia«, S. 20.

48 Ebd.

49 Duleba/Shmelev, »Slovak-Russian Relations«, S. 158.

50 Marušiak, »Slovakia's Eastern Policy«.

wegung für eine demokratische Slowakei« von Vladimir Mečiar, der das Land zwischen 1993 und 1998 regierte. Mečiar ging wegen seines autoritären Regierungsstils und seiner Sympathien für den russischen Präsidenten Boris Jelzin und autoritäre Führer auf dem Balkan wie Slobodan Milošević in die Geschichte ein. Seine Hauptabsicht war eine Wiederannäherung an Russland durch die Wiederherstellung »besonderer Beziehungen«.⁵¹ Wegen seines Autoritarismus wurde die Slowakei 1999 vom NATO-Beitritt mit Ungarn, Polen und der Tschechischen Republik und bis 1998/99 vom EU-Integrationsprozess ausgeschlossen. In den 1990er Jahren entfernte sich die Slowakei vom demokratischen Übergang der ostmitteleuropäischen Länder und begann sich auf einige Besonderheiten des »osteuro-päischen Weges« zu besinnen.⁵²

Der Sieg der Smer-Partei bei den Parlamentswahlen 2006 führte zu freundlicheren Beziehungen zu Russland, die bis 2021 anhielten. Robert Fico, der von 2006 bis 2010 und von 2012 bis 2018 als Premierminister amtierte, war damals einer der größten Bewunderer Putins. Nach Ansicht der Politikwissenschaftler Grigorij Mesežnikov und Olga Gyárfášová betonte Fico die »slowakische Zusammengehörigkeit« und den Stolz, Slowake zu sein, und ließ sich dabei von »den Russen inspirieren, denen Präsident Putin ihren Stolz wiedergegeben hat«.⁵³ Die Wahlen 2006 fungierten laut Mesežnikov und Gyárfášová als »Katalysator« für den Aufstieg populistischer politischer Akteure, die ethnische und nationalistische Gefühle in den Vordergrund stellen. Diese Wahlen beeinflussten »die allgemeine Atmosphäre in der Gesellschaft und beeinträchtigten das Umfeld für einen Dialog zwischen verschiedenen Gruppen von Bürgern, insbesondere jenen, deren Identität auf ethnischen, sprachlichen oder anderen Grundlagen beruht«. Mesežnikov und Gyárfášová verwiesen auf den Wahlkampf, in dem die Slowakische Nationalpartei (SNS), die Teil der von der Smer geführten Koalitionsregierung ist, ihre Kampagne mit ethnozentrischen Slogans gegen die ungarischen Volksgruppen im Land führte (z. B. Slowakische Regierung den Slowaken!).⁵⁴

Die positive Haltung von Ficos Regierung gegenüber Russland zeigte sich bei vielen Gelegenheiten, zum Beispiel beim Besuch des russischen Präsidenten Dimitri Medwedew in Bratislava im April 2010. Der slowakische und der russische Präsident unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung, in der die Slowakei den »entscheidenden Beitrag der Völker der UdSSR [...] bei der Befreiung Europas

51 Duleba/Shmelev, »Slovak-Russian Relations«, S. 143.

52 Mit dem »osteuro-päischen Weg« meine ich den Einsatz von Geheimdiensten in der Innenpolitik, die Missachtung der demokratischen Grundlagen sowie »eine Missachtung der zentralisierten Exekutivgewalt und die Bewegung hin zur Etablierung einer mächtigen oligarchischen besitzenden Klasse«, wie der Politikwissenschaftler Alexander Duleba 1997 schrieb (Duleba, »Democratic Consolidation«, S. 224).

53 Mesežnikov/Gyárfášová, »National Populism in Slovakia«, S. 7.

54 Ebd.

vom Faschismus« anerkennt. Die beiden Präsidenten verurteilten jeden Versuch, »die Nazis und ihre Kollaborateure von ihrer Schuld freizusprechen«.⁵⁵ Das ist insofern pikant, als die Slowakei zu dieser Zeit ein »Schutzstaat« war, zwischen 1939 und 1945 eine Art Protektorat Deutschlands. Wie der Politikwissenschaftler Juraj Marušiak 2013 schrieb,

wurde diese gemeinsame Erklärung als Erfolg der slowakischen Diplomatie und als Erklärung der Unterstützung Russlands für die Slowakei in der Angelegenheit der sogenannten Beneš-Dekrete dargestellt. Die Mitte-Rechts-Opposition erhob Einwände, weil die Erklärung ein für die Geschichte der bilateralen Beziehungen so bedeutendes Ereignis wie die Besetzung der Tschechoslowakei durch die Sowjetarmee im August 1968 nicht berührt.⁵⁶

Dass sowohl Fico als auch Sobotka 2014 gegen die Stationierung von NATO-Truppen in ihren Gebieten waren, wurde bereits erwähnt.

Dann gibt es weitere Initiativen, die Affinitäten zu Russland zeigen, wie die Eröffnung der slowakisch-russischen Grundschule in Bratislava 2017, in der auf Slowakisch und Russisch unterrichtet wird, um Zweisprachigkeit zu fördern. Zu nennen wären weitere gemeinsame kulturelle Aktivitäten, so dass der russische Botschafter in der Slowakei, Alexej Fedotow, 2018 gegenüber der russischen Nachrichtenagentur (TASS) erklärte:

Russland und die Slowakei haben in den letzten 25 Jahren ein hohes Maß an Vertrauen und gegenseitigem Verständnis aufgebaut, [...] was das Verständnis und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nationen stärkt, vor allem zwischen der Jugend beider Länder.⁵⁷

In der Tschechischen Republik existieren verschiedene historische Bindungen nebeneinander, die Gesellschaft ist hinsichtlich der Wahrnehmung Russlands polarisiert. Auf der einen Seite stehen politische Führer wie Miloš Zeman, die die Verantwortung der russischen Streitkräfte in der Ukraine im Jahr 2014 oder beim Vorfall in Vrbětice im gleichen Jahr⁵⁸ hinterfragen; auf der anderen Seite die Menschen, die eher gespalten sind. 2019 fand in Prag ein Protest zum 30. Jahrestag der Samtenen Revolution von 1989 statt, der größte Protest seither, bei dem der Rücktritt der Regierung und des damaligen Präsidenten Miloš Zeman aufgrund seiner politischen Nähe zu Wladimir Putin gefordert wurde. Am 28. Oktober 2022 – dem Nationalfeiertag zur Erinnerung an die Gründung der

⁵⁵ Marušiak, »Slovakia's Eastern Policy«, S. 52.

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ »The Russians and the Slovaks keep mutual interest«.

⁵⁸ Der Vorfall von Vrbětice bezieht sich auf zwei Explosionen in Munitionslagern in Vrbětice im Bezirk Zlín in der Tschechischen Republik. Den tschechischen Behörden zufolge wurden die Explosionen wahrscheinlich von russischen Militärgeheimdienstmitarbeitern (GRU) verursacht. Zu weiteren Informationen siehe »Czech Republic expels Russian Embassy staff«. Außerdem: Hutt, »How a tiny Czech village was caught up in a huge Russian spy case«.

Tschechoslowakei 1918 –, wenige Monate nach dem Einmarsch russischer Streitkräfte in die Ukraine, demonstrierten Tausende von Menschen auf dem Prager Wenzelsplatz und forderten den Rücktritt der Regierung von Petr Fiala wegen ihrer Unterstützung für die Ukraine und der steigenden Energiekosten; die Demonstranten skandierten »Russland ist nicht unser Feind«; ob sie das glaubten, ist eine andere Frage. Jedenfalls zeigen diese beiden Protestaktionen, dass es in der tschechischen Gesellschaft verschiedene Strömungen gibt, die Russland unterschiedlich wahrnehmen. Jan Holzer zufolge neigten die Tschechen zwei Jahrhunderte lang dazu, »ihre Visionen, Träume und Illusionen, die mehrheitlich aus einer Unzufriedenheit mit den unvollkommenen politischen Realitäten ihrer eigenen Gesellschaft herrührten, auf Russland zu projizieren«.⁵⁹

Während Russland für die slowakischen Regierungen wegen des gemeinsamen slawischen Erbes und anderer pragmatischer Gründe oft ein Wirtschaftspartner und befreundeter Staat war, mit dem (zumindest bis Februar 2022) eine Zusammenarbeit in vielen Bereichen möglich war, ist dies in Tschechien anders. Die Erinnerung an eine Zeit, in der die Tschechen ideologische und pragmatische Gründe hatten, sich an die UdSSR zu wenden, um ihren Status als Staat zu schützen (z.B. der sowjetisch-tschechoslowakische Vertrag über gegenseitigen Beistand von 1935),⁶⁰ steht dem Erbe von Ereignissen wie dem kommunistischen Regimewechsel 1948 und, mehr noch, dem Einmarsch der sowjetischen Armee in die Tschechoslowakei 1968 gegenüber. Gleichzeitig musste sich die tschechische Gesellschaft auch mit der Realpolitik arrangieren, etwa mit der Tatsache, dass Russland seit zwei Jahrzehnten ein wichtiger Energielieferant für das postkommunistische Ostmitteleuropa war. Während nicht alle oben genannten historischen Ereignisse im heutigen politischen Entscheidungsprozess das gleiche Gewicht haben, ist das Bewusstsein, durch das Münchner Abkommen 1938 die Demokratie verloren zu haben, so stark ausgeprägt, dass das Abkommen in Tschechien als »Münchner Verrat« in Erinnerung geblieben ist. Der Einmarsch in die Tschechoslowakei im Jahr 1968 blieb dann als Verrat der sowjetischen Regierung in Erinnerung. All dies trägt dazu bei, dass die tschechische Gesellschaft der Demokratie und der aktiven Beteiligung der Bürger am politischen Leben besonders verpflichtet ist, wie die Demonstrationen 1989, 2019 und 2022 belegen, wobei in den beiden letztgenannten Fällen offensichtlich die Absicht bestand, die nationale Außenpolitik zu beeinflussen (was jedoch nicht gelang). Außerdem darf man nicht vergessen, dass die tschechische Gesellschaft aus einer panslawischen Tradition hervorgegangen ist und dass im 19. Jahrhundert unter den Tschechen

⁵⁹ Holzer/Mareš, »Russia as a Czech Security Enigma«, S. 3.

⁶⁰ »Treaty of Mutual Assistance Between the Czechoslovak Republic and the Union of Soviet Socialist Republics«.

eine allgemein positive Sicht auf das Russische Reich vorherrschte. Diese Sichtweise beruhte nicht auf einer tatsächlichen Kenntnis der Vorgänge im Russischen Imperium oder der dortigen Lebensverhältnisse, sondern war eine Idealisierung. Wie Petr Kratochvíl 2009 schrieb, »überlebte diese oberflächliche, aber durchgehend positive Sicht auf Russland dank der Entfernung der tschechischen Länder vom Einflussbereich des Russischen Imperiums«. ⁶¹

Mehr als zwanzig Jahre lang (1968–1989) war die tschechische Gesellschaft vom »Retter-Narrativ« geprägt, das von der sowjetischen Regierung mit der Propaganda der »freundlichen Unterstützung« gefördert wurde, um die Präsenz der sowjetischen Truppen in der Tschechoslowakei zu rechtfertigen. ⁶² Es stimmt, dass der 1968er Einmarsch einen Wendepunkt in den tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen darstellte und das positive Bild der Sowjetunion als Befreierin von der deutschen Besatzung in den Jahren 1944/45 erschütterte. Allerdings konnte sich die sowjetische Propaganda 20 Jahre lang so weit verbreiten, dass implizite historische Nachwirkungen noch immer zu spüren sind. Der tschechische Sicherheitsdienst bemerkte noch 2017:

Die in den [tschechischen] Schulen gelehrt moderne Geschichte ist de facto eine sowjetische Version der modernen Geschichte, und sogar der Unterricht in der tschechischen Sprache, genauer: in der Literatur (nationale Wiedergeburt), ist in gewissem Maße vom pro-russischen Panslawismus beeinflusst. Der anhaltende Einfluss der sowjetischen Propaganda und die Tatsache, dass die Russen die moderne Geschichte kontrollieren, [...] bilden die Grundlage für verschiedene aktuelle russische Einflussoperationen und damit für hybride Strategien. ⁶³

Obwohl dieses Erbe keine nennenswerten Auswirkungen auf den politischen Entscheidungsprozess hat, zeigt es, dass es immer noch sowjetische Hinterlassenschaften gibt, die beweisen, dass Russland ein umstrittenes konstituierendes Element der tschechischen Gesellschaft ist.

Daneben gibt es gemeinsame Initiativen und kulturelle Beziehungen. Eine davon ist die Ausstellung im Museum für politische Geschichte Russlands, die 2016 vom Generalkonsulat der Tschechischen Republik in St. Petersburg gemeinsam mit der Gesellschaft der tschechoslowakischen Legion in Russland und dem Militärattaché der tschechischen Botschaft in Moskau organisiert wurde. ⁶⁴ Zahlreiche Veranstaltungen über russische Sprache und Kultur in der Slowakei und der Tschechischen Republik, Vereinbarungen zwischen slowakischen und

⁶¹ Kratochvíl/Řiháčková, »Domestic political context since 1989«, S. 15.

⁶² Weitere Informationen über das von der sowjetischen Regierung propagierte »Retter«-Narrativ (und das »heilige Recht und die heilige Pflicht, den Sozialismus zu verteidigen«) bei Bischof u. a., *The Prague Spring and the Warsaw Pact Invasion*.

⁶³ »Annual Report of the Security Information Service for 2017«.

⁶⁴ »The Czechoslovak Legion in Russia«.

russischen Forschungsinstituten sowie jährliche gemeinsame Gedenkfeiern für die Sowjetsoldaten, die 1944/45 Prag und Bratislava befreiten, zeugen von dem Interesse der jeweiligen Regierungen, (bis Februar 2022) gemeinsame kulturelle Veranstaltungen zu unterstützen. In diesem Zusammenhang muss die öffentliche Diskussion über die Statue des sowjetischen Marschalls Iwan Konew in Prag erwähnt und im Zusammenhang mit dem Wandel in der Erinnerungspolitik betrachtet werden. Als 2014 die Statue mit rosa Farbe übergossen wurde, lebte die – seit 1989 andauernde – Debatte über das Schicksal der Statue wieder auf, wobei, wenig überraschend, entweder die Entfernung oder der Schutz des Denkmals gefordert wurde.

2014 beschloss der Prager Stadtrat, die Statue nicht zu entfernen, sondern eine Gedenktafel anzubringen, auf der die Rolle Konews bei der Befreiung von Prag 1945, bei der Unterdrückung der ungarischen Revolution 1956, beim Bau der Berliner Mauer 1961 und bei der Unterstützung der »geheimdienstlichen Überwachung vor dem Einmarsch« in die Tschechoslowakei 1968 beschrieben wird.⁶⁵ Die Statue wurde dennoch im Juni 2020 entfernt, weil sie als Attraktion für das Museum der Erinnerung an das 20. Jahrhundert vorgesehen war.⁶⁶ Indessen zeigt die Kontroverse um das Konew-Denkmal, dass die russische Geschichte noch immer die aktuelle Politik zu beeinflussen vermag und zu Auseinandersetzungen mit dem Bild des heutigen Russlands und zu politisch motivierten Interpretationen führt.

Heute ist die freundschaftliche Haltung der ungarischen Regierung gegenüber Russland zu einer Trennlinie zwischen den V4-Staaten geworden, so dass Ungarn auf der einen und die anderen drei Regierungen auf der Gegenseite stehen. Dies lässt sich durch zwei Faktoren erklären. Der eine ist die politische Abhängigkeit von wirtschaftlichen Vorteilen. Der zweite hängt damit zusammen, dass die ungarische Gesellschaft ihre Vergangenheit nicht bewältigt hat, weil sie sich aus politischen Gründen lange Zeit nicht mit ihr auseinandersetzen konnte, während die Art und Weise, wie mit bestimmten spezifischen Ereignissen der ungarischen Geschichte umgegangen wurde, nicht angemessen war (Revisionismus).⁶⁷ Aus diesem Grund belastet die Geschichte noch immer das politische Leben des Landes. In diesem Fall beziehe ich mich auf das Erbe des Vertrags von Trianon von 1920 in der ungarischen Politik.⁶⁸

65 Vrba, »Monumental Conflict«.

66 »Prague removes statue of Soviet General Konev.«

67 Mehr zur Geschichte Ungarns bei Kontler, *Millenium in Central Europe*.

68 In diesem Zusammenhang verweise ich auf einen Artikel von András Bozóki, der einige relevante Aspekte der letzten 100 Jahre ungarischer Politik vergleicht, von denen 70 Jahre von drei Politikern geprägt wurden: Miklós Horthy (1920–1944), János Kádár (1956–1988) und Viktor Orbán (1998–2002, seit 2010). Bozóki, »Hungary's Hundred Years of Mystery«.

Als Horthy an der Macht war, wurde der Vertrag von Trianon unterzeichnet, doch er konnte einen Diskurs fördern, der die »Liberalen« und die Kommunisten für die Niederlage des Landes im Ersten Weltkrieg verantwortlich machte, und die Rückeroberung der verlorenen Gebiete wurde zur Priorität seines Regimes. Ungarn hat aus vielen Gründen keine Gebiete zurückerobert, und das kommunistische Regime von János Kádár hat das »Trianon-Trauma« unter den Teppich gekehrt, bis es 1989/91 wieder auftauchte. Die Tatsache, dass Viktor Orbán heute in der Lage ist, das »Trianon-Trauma« als Beispiel für eine politisch motivierte Demütigung Ungarns durch den Westen zu verwenden, ist ein Indiz dafür, dass die ungarische Gesellschaft ihre Vergangenheit noch nicht bewältigt hat. So kann die Art und Weise, wie sich die Regierung Orbán zum Ukraine-Krieg positioniert – indem sie sich auf die Autonomie der ungarischen Minderheit in Transkarpatien und deren Rechte konzentriert, statt den Krieg als ein Problem der regionalen Sicherheit zu betrachten –, durch die Präsenz historischer Hinterlassenschaften aus der post-imperialen Zeit erklärt werden.⁶⁹

5. Zusammenfassung

Die Transformation Ostmitteleuropas nach dem Systemwandel von 1989/91 führte dazu, dass die außenpolitischen Leitlinien, die nach dem EU-Beitritt 2004 als »selbstverständlich« zu gelten begannen, neu überdacht wurden. Die populistische Wende, die in der Region zu beobachten ist, ist das Ergebnis von Veränderungen der politischen Präferenzen und Werte innerhalb der jeweiligen Gesellschaften, das Ergebnis einer Umgestaltung der Politik, die auf Impulse aus der Bevölkerung und auf Veränderungen in der internationalen Landschaft reagiert. Der Enthusiasmus, der die liberalen Revolutionen von 1989 kennzeichnete, ließ aus vielen Gründen allmählich nach, und die Menschen in Mittel- und Osteuropa begannen sich verlassen zu fühlen, ohne zu wissen, wohin sie gehen sollten (stärkere europäische Integration, regionale Zusammenarbeit oder Isolationismus). Der Aufstieg von politischen Parteien wie Smer in der Slowakei, Fidesz in Ungarn und ANO 2011 in Tschechien zeigt das Bedürfnis der Menschen nach Alternativen sowie das Interesse populistischer Führer, das politische System für interne Zwecke zu manipulieren, wodurch manchmal das Gefühl der Zugehörigkeit zum Westen in Frage gestellt und das Image Russlands rehabilitiert wird.

In der Slowakei ist die Beziehung zwischen Populismus und Putins Russland eine Frage der Identität, was für Ungarn und Tschechien nicht gilt. Das von Ro-

⁶⁹ Zum »Trauma-Konzept« siehe Hadler, »Drachen und Drachentöter«.

bert Fico und der Smer geförderte Narrativ ist ein klares Beispiel dafür. Die positive Sicht auf Russland äußerte sich nicht nur in guten Beziehungen im Energiesektor und wirtschaftlicher Zusammenarbeit, sondern ergab sich auch aus einem freundlichen Narrativ, in dem das nationale (oder ethnische) Element besonders wichtig ist. Der Ausdruck »slowakische Zusammengehörigkeit«, den Fico in seinen Reden und Wahlkampagnen verwendet, ist vom Handeln Putins in Russland inspiriert, was zeigt, dass Manifestationen des russischen Imperialismus (auch während der kommunistischen Periode) im politischen Diskurs der Slowakei eine weit weniger wichtige Rolle spielen als in Ungarn, Polen oder Tschechien.⁷⁰

In Ungarn enthalten die Bemühungen, Putins Russland als Partner und Freund darzustellen, keine identitätsbezogene Komponente. Anders als die slowakische Gesellschaft hat die ungarische eine dramatische Geschichte der Besetzung durch die Sowjetunion erlebt (1956), weshalb die Ungarn keine positive emotionale Bindung zu Russland entwickelten. Die Niederschlagung der Revolution von 1956 durch die Sowjetarmee ist wohl das wichtigste Beispiel – trotz der Bemühungen der Regierung Orbán, dieses Ereignis umzudeuten, um die EU zu kritisieren, die sich seiner Meinung nach in ein »modernes Imperium« verwandelt hat, das sich in die inneren Angelegenheiten Ungarns einmischt wie die Sowjetunion 1956.⁷¹

Wenn wir also die Beziehungen Ungarns zu Russland betrachten, erkennen wir die Bemühungen von Fidesz und Orbán, ein positives Bild von Putins Russland zu zeichnen, während es an Unterstützung in der Bevölkerung mangelt. Die strenge Kontrolle von Medien, Presse, Justiz und anderen Teilen der Gesellschaft durch die Fidesz erschwert es der politischen Opposition, der Zivilgesellschaft oder einfach dem Volk, aktiv zu werden und ein Gegengewicht zum Narrativ der Regierung zu schaffen. Neben der Geschichtspolitik und Aspekten des Politbetriebs ist auch die wirtschaftliche Komponente zu berücksichtigen, die vor allem mit dem Import von Erdgas und Kernkrafttechnologie aus Russland zusammenhängt. Ich habe sie hier nicht im Detail analysiert, aber sie spielt eine entscheidende Rolle in den ungarisch-russischen Beziehungen.

In der Tschechischen Republik stellt sich die Situation anders dar. Politische Führer mit Affinität zu Russland sind nicht zu übersehen (z. B. Miloš Zeman), aber der Aufstieg des Populismus ist im Vergleich zu Ungarn oder der Slowakei ein jüngerer Phänomen und hat nicht zu einer illiberalen Demokratie wie in Ungarn

70 Ein weiterer entscheidender Unterschied ist die Tatsache, dass die Slowakei, als sie 1993 unabhängig wurde, von dem autoritären Regime Vladimír Mečiar geführt wurde. Im Gegensatz dazu konnten Ungarn, Polen und Tschechien ihre Demokratien entwickeln und 1999 der NATO beitreten. Weitere Informationen über das politische System der Slowakei in den 1990er Jahren bei Žarna, »Towards authoritarianism«, S. 103–115.

71 »Prime Minister Viktor Orbán's speech«.

geführt. Daher spielen die Bürger und die Zivilgesellschaft eine wichtigere Rolle bei der Gestaltung der nationalen politischen Kultur und des inneren Zusammenhalts, wie sich in der Demonstration 2019 gezeigt hat. Diese größte Demonstration seit 1989 war geleitet von dem Ziel, Präsident Zeman und Premierminister Andrej Babiš zum Rücktritt zu bewegen. Ersterem wurden seine allzu guten Beziehungen zu Russland vorgeworfen, letzterem Korruption. Dagegen verfolgte der Protest in Prag im Oktober 2022 ein anderes Ziel. Es war eine Demonstration gegen die Regierung, die steigenden Energiekosten und gegen die NATO unter dem Slogan »Russland ist nicht unser Feind«. Die Tatsache, dass zwei so mächtige Demonstrationen (mit unterschiedlichen Zielen) organisiert werden konnten, offenbart einen deutlichen Unterschied zu Ungarn und verweist darauf, dass Russland in Tschechien ein polarisierendes Thema ist. Es zeigt auch, dass sich die Wahrnehmung Russlands mit Veränderungen der internationalen Lage ändern kann.

Der Krieg gegen die Ukraine seit 2014 hat ein ganzes Spektrum von Emotionen geweckt, die zeigen, wie unterschiedlich die Bevölkerung und die Politiker in Ostmitteleuropa Russland betrachten. Der Krieg wird von Politikern genutzt, um Nähe zu Russland zu demonstrieren oder sich von ihm zu distanzieren, wann immer es angebracht ist. Die einzige Ausnahme ist Polen. Dieser Krieg hat zweifellos den sicherheitspolitischen Rahmen in Europa verändert, aber er drängt auch die akademische Forschung dazu, sich mit einer Region zu befassen, deren Außen- und Geopolitik deutliche soziale, wirtschaftliche und politische Konsequenzen hat. Die Tatsache, dass Russland als imperiale Macht mit seiner Geschichte, Wirtschaft und Kultur eines der wenigen Themen ist, die den Zusammenhalt in der polnischen Gesellschaft stärken und sie dazu bringt, die Ukraine zu unterstützen, während sie gleichzeitig die tschechische Gesellschaft polarisieren, deutet daraufhin, dass die Aktivitäten der russischen politischen Führung mehr sind als eine außen- und sicherheitspolitische Frage. Sie sind eine Frage des inneren Zusammenhalts, der durch historische Prozesse und innenpolitische Entwicklungen beeinflusst wird.

Allerdings ist das Ergebnis in den einzelnen Ländern verschieden. Die Menschen in Ostmitteleuropa erinnern sich an die Rolle Russlands in der Geschichte und interpretieren sie auf unterschiedliche Weise mit unterschiedlichen Konsequenzen. Während in der Tschechischen Republik eine Polarisierung der politischen Kultur und in Ungarn eine freundliche Haltung gegenüber Russland zu beobachten ist, ist dies in Polen nicht der Fall, wo Russland, unabhängig davon, wer an der Macht ist, als Feind betrachtet wird – ein Thema, das alle Polen eint und den inneren Zusammenhalt stärkt.

Der Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 hat das Szenario von 2014 neu gestaltet. Einerseits haben sich die Regierungen der Visegrád-Staaten (mit Aus-

nahme Ungarns) nun stärker als 2014 auf die Seite der Ukraine gestellt, andererseits verspüren die Menschen in den Visegrád-Staaten eine »Kriegsmüdigkeit«, wie im Oktober 2022 in Prag zu beobachten war. Dies sollte die Wissenschaft motivieren, die Entwicklung der Beziehungen der Visegrad-Gesellschaften zu Russland weiter zu analysieren, da der Populismus noch lange nicht erledigt ist.

Literatur

- Ananicz, Andrzej (2006), »From the Anti-communist Underground to NATO and the EU«, in: *The Visegrad Group – A Central European Constellation*, Bratislava, S. 28–30.
- Apor, Balázs/Apor, Péter/Rees, E. A. (2008), *The Sovietization of Eastern Europe: New Perspectives on the Postwar Period*, Washington D.C.
- Aust, Martin (2016), »Russia and Europe (1547–1917)«, *European History Online* (EGO), Leibniz Institute of European History, 10. März 2016, <http://www.ieg-ego.eu/austm-2015-en> (Zugriff 28. Februar 2023).
- Balík, Stanislav/Hloušek, Vit/Kopeček, Lubomir/Holzer, Jan/Pšeja, Pavel/Roberts, Andrew Lawrence (2017), *Czech Politics: From West to East and Back Again*, Opladen.
- Bauerová, Helena (2018), »Migration Policy of the V4 in the Context of Migration Crisis«, *Politics in Central Europe*, Jg. 14, H. 2, S. 99–120.
- Bischof, Günter/ Karner, Stefan/Ruggenthaler, Peter (2009), *The Prague Spring and the Warsaw Pact Invasion of Czechoslovakia in 1968*, Lanham.
- Bozóki, András (2020), »Hungary's Hundred Years of Mystery – Horthy, Kádár, and Orbán«, *Visegrad Insight*, 13. April 2020, <https://visegradinsight.eu/hungary-hundred-years-of-mystery-orban-kadar-horthy/> (Zugriff 27. Februar 2023).
- Bugajski, Janusz (2017), »The Visegrad Saga: Achievements, Shortcoming and Contradictions«, *Foreign Policy Review*, Jg. 10, S. 7–18.
- Čarnogurský, Ján (2006), »Visegrad Yesterday, Today and Tomorrow«, in: *The Visegrad Group – A Central European Constellation*, International Visegrad Fund.
- de Goeij, Hana (2015), »Czech Leader Won't Attend Moscow Parade After Criticism«, *The New York Times*, 10. April 2015, <https://www.nytimes.com/2015/04/11/world/europe/czech-leader-wont-attend-moscow-parade-after-criticism.html> (Zugriff 20. Februar 2023).
- Dennison, Susi/Zerka, Pawel (2022), »Tracking Europe's energy security: Four lessons from the EU's new energy deals«, *European Council on Foreign Relations*, 22. November 2022, <https://ecfr.eu/article/tracking-europes-energy-security-four-lessons-from-the-eus-new-energy-deals/> (Zugriff 28. Februar 2023).
- Duleba, Alexander (1997), »Democratic Consolidation and the Conflict over Slovak International Alignment«, in: *Slovakia: Problems of Democratic Consolidation and the Struggle over the Rules of the Game*, Slovak Political Science Association und Friedrich Ebert Foundation, S. 209–230.
- Duleba, Alexander/Shmelev, Boris (2015), »Slovak-Russian Relations«, in: Zagorski, Andrei, *Russia and East Central Europe after the Cold War*, Moskau, S. 135–167.

- Dunay, Pál (2022), »Russia's More than Sputnik V Diplomacy«, in: von Münchow, Sebastian, *The Security Impacts of the COVID-19 Pandemic*, Study Group Information – Austrian National Defence Academy in co-operation with the PfP Consortium of Defense Academies and Security Studies Institutes, S. 31–57.
- Foy, Henry/Buckley, Neil (2016), »Orban and Kaczynski vow ›cultural counter-revolution‹ to reform EU«, *Financial Times*, 7. September 2016, <https://www.ft.com/content/e825-f7f4-74a3-11e6-bf48-b372cdb1043a> (Zugriff 28. Februar 2023).
- Gniazdowski, Mateusz/Groszkowski, Jakubs/Sadecki, Andrzej (2014), »A Visegrad cacophony over the conflict between Russia and Ukraine«, *Centre for Eastern Studies*, 10. September 2014, <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2014-09-10/a-visegrad-cacophony-over-conflict-between-russia-and-ukraine> (Zugriff 10. Februar 2023).
- Hadler, Frank (2002), »Drachen und Drachentöter – Das Problem der nationalgeschichtlichen Fixierung in den Historiographien Ostmitteleuropas nach dem Zweiten Weltkrieg«, in: Conrad, Christoph/Conrad, Sebastian, *Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich*, Göttingen, S. 137–165.
- Holubec, Stanislav (2014), »Czech Republic – ›Putler‹ or Banderists? Czech Reactions to the Events in Ukraine«, *Cultures of History Forum*, 14. Mai 2014, <https://www.cultures-of-history.uni-jena.de/focus/ukrainian-crisis/czech-republic-putler-or-banderists-czech-reactions-to-the-events-in-ukraine> (Zugriff 28. Februar 2023).
- Holzer, Jan/Mareš, Miroslav (2020), *Czech Security Dilemma – Russia as Friend or Enemy?*, Cham.
- Hutt, David (2021), »How a tiny Czech village was caught up in a huge Russian spy case«, *Euronews*, 19. Mai 2021, <https://www.euronews.com/my-europe/2021/05/19/how-a-tiny-czech-village-was-caught-up-in-a-huge-russian-spy-case> (Zugriff 14. Februar 2023).
- Jeszszsky, Géza (2016), no title, in: *V4 25 Years: The Continuing Story of the Visegrad Group 1991–2016*, International Visegrad Fund.
- Kenez, Peter (2006), »Khrushchev and Hungary in 1956«, in: Fink, Carole/Hadler, Frank/Schramm, Tomasz, *1956: European and Global Perspectives*, Leipzig, S. 105–119.
- Kolstø, Pål/Blakkisrud, Helge (2016), *The New Russian Nationalism: Imperialism, Ethnicity and Authoritarianism 2000–2015*, Edinburgh.
- Kontler, László (1999), *Millenium in Central Europe. A History of Hungary*, Budapest.
- Kovács, Éva (2016), *Overcoming History through Trauma. The Hungarian Historikerstreit*, Cambridge.
- Kratochvíl, Petr/Kuchyňková, Petra (2009), »Between the Return to Europe and the Eastern Enticement: Czech Relations to Russia: Czech Relations to Russia«, in: *EU-Russian Relations and the Eastern Partnership*, Institute for World Economics of the Hungarian Academy of Sciences, Budapest, S. 61–85.
- Kratochvíl, Petr/Riháčková, Věra (2009), »Domestic political context since 1989: Russia as a dividing element in Czech society«, in: Kucharczyk, Jacek/Mesežnikov, Grigorij (Hg.), *Diverging Voices, Converging Policies: The Visegrad States' Reactions to the Russia-Ukraine Conflict*, Heinrich-Böll-Stiftung, S. 14–25.
- Krekó, Péter /Győri, Lóránt/Milo, Daniel/Marušiak, Juraj/Széky, János/Lencsés, Anita (2015), »Marching towards Eurasia. The Kremlin connections of the Slovak far-right«, Political Capital Kft, Budapest, https://www.researchgate.net/publication/287218227_Marching_towards_Eurasia_The_Kremlin_connections_of_the_Slovak_far-right.
- Kucharczyk, Jacek/Mesežnikov, Grigorij (Hg.) (2015), *Diverging Voices, Converging Policies: The Visegrad States' Reactions to the Russia-Ukraine Conflict*, Heinrich-Böll-Stiftung.

- Lopatka, Jan (2014), »Slovakia and the Czech Republic Reject NATO Bases«, *Atlantic Council*, 4. Juni 2014, <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/natosource/slovakia-and-the-czech-republic-reject-nato-bases/> (Zugriff 20. Februar 2023).
- Lucas, Edward (2014), *The New Cold War – Putin's Russia and the Threat to the West*, London.
- Lukowski, Jerzy (1999), *The Partitions of Poland 1772, 1793, 1795*, London.
- Marcinkiewicz, Kazimierz (2006), »The Visegrad Declaration 15 Years Later«, in: *The Visegrad Group – A Central European Constellation*, International Visegrad Fund, S. 18–20.
- Marušiak, Juraj (2013), »Slovakia's Eastern Policy – from the Trojan Horse of Russia to »Eastern Multivectoralism««, *International Issues & Slovak Foreign Policy Affairs*, Jg. 22, H. 1–2, S. 42–70.
- (2015), »Russia and the Visegrad Group – more than a foreign policy issue«, *International Issues & Slovak Foreign Policy Affairs*, Jg. 24, H. 1–2, S. 28–46.
- Mesežnikov, Grigorij/Gyárfášová, Olga (2008), *National Populism in Slovakia*, Institute for Public Affairs.
- Müller, Jan Werner (2016), *What is Populism?*, Philadelphia [Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016, 2020].
- Nosko, Andrej/Ševce, Peter (2010), »The evolution of energy security in the Slovak Republic«, *Journal of Energy Security*, Jg. 3, H. 5, http://www.ensec.org/index.php?option=com_content&view=article&id=262:the-.
- Ostrowski, Wojciech (2021), »Russia, transition and Poland's energy security: a retrospective view«, *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*, Jg. 29, H. 2–3, S. 195–207.
- Paroubek, Jiří (2006), »Visegrad Group Celebrates its Fifteen Anniversary«, in: *The Visegrad Group – A Central European Constellation*, International Visegrad Fund.
- Poláčeková, Hana (1994), »Regional Cooperation in Central Europe: Poland, Hungary, Czech Republic and Slovakia: from Visegrad to CEFTA«, *Perspectives*, H. 3, S. 117–129.
- Prečan, Vilém (2011), »The Slovak National Uprising: the most dramatic moment in the nation's history«, in: Teich, Mikuláš/ Kováč, Dušan/Brown, Martin D., *Slovakia in History*, Cambridge.
- Purchla, Jacek (2016), no title, in: *V4 – 25 Years: The Continuing Story of the Visegrad Group 1991–2016*, International Visegrad Fund. <https://visegradinsight.eu/all-editions/v4-25/>.
- Roberts, Geoffrey (1992), »The Soviet Decision for a Pact with Nazi Germany«, *Soviet Studies*, Jg. 44, H. 1, S. 57–78.
- Sakmyster, Thomas (1994), *Hungary's Admiral on Horseback: Miklos Horthy, 1918–1944*, New York.
- Shishelina, Lyubov/Drynochkin, A. V./Lykoshina, L. S./Scherbakova, Y. A. (2015), »Visegrad-Russian Relations and the Ukrainian Crisis«, in: *Russia and the Visegrad Group: The Ukrainian challenge*, Russian International Affairs Council, S. 38–66.
- Tarnawski, Marcin (2015), »Security of gas supply in the countries of the Visegrád Group«, *Securitologia*, H. 1, S. 127–142.
- Tsygankov, Andrei (2019), *Russia's Foreign Policy: Change and Continuity in National Identity*, 5. Aufl., Lanham.
- Verseck, Keno (2012), »Hungary Rehabilitates Far-Right Figures«, *Spiegel International*, 6. Juni 2012, <https://www.spiegel.de/international/europe/right-wing-extremists-cultivate-horthy-cult-in-hungary-a-836526.html> (Zugriff 20. Februar 2023).
- Vrba, Jakub (2020), »Monumental Conflict: Controversies Surrounding the Removal of the Marshal Konev Statue in Prague«, *Cultures of History Forum*, University of Jena, 18. Dezember 2020, <https://www.cultures-of-history.uni-jena.de/debates/controversies-surrounding-the-removal-of-the-marshal-konev-statue> (Zugriff 28. Februar 2023).

- Ward, James Mace (2013), *Priest, Politician, Collaborator: Jozef Tiso and the Making of Fascist Slovakia*, Ithaca.
- Wolff, Guntram/Gritz, Alexandra (2022), »Gas and Energy Security in Germany and Central and Eastern Europe«, *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik*, 4. Dezember 2022, <https://dgap.org/de/node/38116> (Zugriff 28. Februar 2023).
- Žarna, Krzysztof (2018), »Towards authoritarianism. Internal situation in the Slovak Republic (1994–1998)«, *Przegląd Politologiczny* 4, S. 103–115.

Medienartikel

- »Czech leader says NATO could offer troops to Ukraine if Russia goes beyond Crimea«, *Reuters*, 6. April 2014. <https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-nato-czech-idUSBREA350LY20140406> (Zugriff 20. Februar 2023).
- »Czech Republic expels Russian Embassy staff over 2014 blast«, *Deutsche Welle*, 17. April 2021. <https://www.dw.com/en/czech-republic-expels-18-russian-embassy-staff-over-2014-blast/a-57164366> (Zugriff 14. Februar 2023).
- »The Czechoslovak Legion in Russia. 1914–1920«, exhibition, Museum of Political History of Russia, Moscow, 18. April–4. Mai 2016. https://polithistory.ru/en_news-2016/en_opening-of-the-exhibition-the-czechoslovak-legion-in-russia-1914-1920 (Zugriff 20. Februar 2023).
- »Foreign Minister: »2021 Best Year in Hungarian-Russian Relations«, *Hungary Today*, 3. Dezember 2022. <https://hungarytoday.hu/russia-relation-government-szijjarto-lavrov-vaccine-paks/> (Zugriff 28. Februar 2023).
- »Hungarian Jewish Community decries plans to erect a memorial to Miklós Horthy in Szeged«, Offizielle Erklärung der Föderation der Jüdischen Gemeinden Ungarns, European Jewish Congress, 3. Oktober 2022. <https://eurojewcong.org/news/communities-news/hungary/hungarian-jewish-community-decries-plans-to-erect-a-memorial-to-miklos-horthy-in-szeged/> (Zugriff 28. Februar 2023).
- »Hungary Blocks Ukraine from NATO Cyber Defense Center«, *Kyiv Post*, 5. Februar 2022. <https://www.kyivpost.com/ukraine-politics/hungary-blocks-ukraine-from-nato-cyber-defense-center.html> (Zugriff 28. Februar 2023).
- »Hungary suspends gas supplies to Ukraine«, *BBC*, 26. September 2014. <https://www.bbc.com/news/business-29374151> (Zugriff 20. Februar 2023).
- »Polish-Hungarian relations. Prime Minister Mateusz Morawiecki: I confirm that the paths of Poland and Hungary diverged«, *Polish News*, 29. Juli 2022. <https://polishnews.co.uk/polish-hungarian-relations-prime-minister-mateusz-morawiecki-i-confirm-that-the-paths-of-poland-and-hungary-diverged/> (Zugriff 28. Februar 2023).
- »Prague removes statue of Soviet General Konev«, *Deutsche Welle*, 3. April 2020. <https://www.dw.com/en/prague-removes-statue-of-soviet-general-konev/a-53010658> (Zugriff 28. Februar 2023).
- »The Russians and the Slovaks keep mutual interest«, *Russkiy Mir Foundation*, 20. Februar 2018. <https://russkiymir.ru/en/news/238018/> (Zugriff 15. Juni 2021, aber zum Zeitpunkt der Ausarbeitung dieses Artikels nicht mehr verfügbar).

- »Slovak Foreign Policy Guidelines 2011«, Ministerstvo zahraničných vecí a európskych záležitostí SR, 2011. <https://www.mzv.sk/documents/30297/2568657/110331%2BSlovak%2BForeign%2BPolicy%2BGuidelines%2B2011> (Zugriff 28. Februar 2023).
- »Slovak PM follows Czechs in ruling out foreign NATO troops«, *Reuters*, 4. Juni 2014. <https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-slovakia-nato-idUSKBN0EF18F20140604> (Zugriff 10. Februar 2023).
- »Ukraine rejects autonomy calls for ethnic Hungarians made by Orban«, *Reuters*, 3. Juni 2014. <https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-hungary-autonomy/ukraine-rejects-autonomy-calls-for-ethnic-hungarians-made-by-orban-idUSKBN0EE0N120140603> (Zugriff 20. Februar 2023).
- »Visegrad Four grouping push back on new EU migration plan«, *Reuters*, 24. September 2020. <https://www.reuters.com/article/us-europe-migrants-hungary-idUSKCN26FIT6>.

Dokumente

- »Address given by Vaclav Havel to the Polish Sejm and Senate«, 25. Januar 1990. https://www.cvce.eu/en/obj/address_given_by_vaclav_havel_to_the_polish_sejm_and_senate_warsaw_25_january_1990-en-d639c9ab-79ce-41d9-8767-4a9bd804ec35.html (Zugriff 9. Februar 2023).
- »Annual Report of the Security Information Service for 2017«, *Bezpečnostní informační služba*, 2017. <https://www.bis.cz/annual-reports/annual-report-of-the-security-information-service-for-2017-dd0940f8.html> (Zugriff 28. Februar 2023).
- »Commission opens infringement procedure against Hungary concerning its asylum law«, 10. Dezember 2015. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_15_6228 (Zugriff 10. Februar 2023).
- »Poland, Country Commercial Guide«, International Trade Administration, United States Government, 22. Juli 2022. <https://www.trade.gov/country-commercial-guides/poland-energy-sector> (Zugriff 28. Februar 2023).
- »Prime Minister Viktor Orbán's speech at the official ceremony marking the 60th anniversary of the 1956 Revolution«, 23. Oktober 2016. <https://2015-2022.miniszterelnok.hu/prime-minister-viktor-orbans-speech-at-the-official-ceremony-marking-the-60th-anniversary-of-the-1956-revolution/> (Zugriff 22. Februar 2023).
- »Relocation: Commission launches infringement procedures against the Czech Republic, Hungary and Poland«, 14. Juni 2017. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/DA/IP_17_1607 (Zugriff 10. Februar 2023).
- »Speech by Prime Minister Viktor Orbán at the 31st Bálványos Summer Free University and Student Camp«, 23. Juli 2022. <https://abouthungary.hu/speeches-and-remarks/speech-by-prime-minister-viktor-orban-at-the-31-st-balvanyos-summer-free-university-and-student-camp> (Zugriff 28. Februar 2023).
- »Statement of the Prime Ministers of the Visegrad Countries on Ukraine«, 4. März 2014, <https://www.visegradgroup.eu/calendar/2014/statement-of-the-prime> (Zugriff 10. Februar 2023).

»Treaty of Mutual Assistance Between the Czechoslovak Republic and the Union of Soviet Socialist Republics Signed at Prague, May 16th, 1935«, *Société de Nations, Recueil des Traités*, Vol. CLIX, No. 3649–3680, 1935–1936.

Antimuslimische Einstellungen als zentrale Ressource des Rechtspopulismus und Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland und Europa¹

Alexander Yendell und Gert Pickel

Abstract

Seit 2015 haben wir einen massiven Zuwachs an Erfolgen sogenannter Rechtspopulist:innen. Diese sind maßgeblich auf ihre antipluralistische Ausrichtung und eine Kampagne gegen die Einwanderung von Muslim:innen zurückzuführen. Dabei mobilisieren die Mitglieder der extremen Rechten bestehende Vorurteile und rassistische Einstellungen, um sie in Wählerstimmen umzumünzen. Damit liegt ihnen an Polarisierung, wie sie auch das Verständnis eines homogenisierenden Zusammenhalts gegen den plural angelegten demokratischen Zusammenhalt in Stellung bringen. Globalisierung wird genauso wie Pluralisierung als schädlich für »die Nation« und »das Volk« angesehen. Diese Prozesse gelten für Deutschland wie viele andere Staaten Europas. Existiert ein grundsätzliches antimuslimisches Klima, dann kann die Folge sein, dass Rechtspopulist:innen sogar die Macht für sich gewinnen – und meist einen Umbau der Demokratie in ein autokratisches System anstreben. Auf diese Weise gefährden Rechtspopulist:innen einen demokratischen Zusammenhalt – und antimuslimische Einstellungen sind eines ihrer zentralen Mittel dazu.

Keywords: Rechtspopulismus; gesellschaftlicher Zusammenhalt; Europa; Muslime; Rassismus

¹ Der vorliegende Text entstand im Rahmen des BMBF-geförderten Forschungsprojektes »Politischer Kulturwandel? Legitimität der Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten verstärkten Populismus und steigender Islamablehnung« im FGZ Leipzig, Projektkennung: LEI_F_08. Dem BMBF ist für die finanzielle Unterstützung zu danken.

Betrachtet man europaweit rechtspopulistische Parteien, so scheinen ihnen zwei Themen besonders wichtig: Die Vermeidung muslimischer Migration und die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.² Hierfür sind ideologische, aber auch strategische Gründe verantwortlich. Stehen Akteure der extremen Rechten speziell Pluralisierung ablehnend gegenüber, erwiesen sich beide Themen als in der Bevölkerung anschlussfähig und mit hohem Polarisierungspotential. Spätestens seit den Fluchtbewegungen 2015 führte die Fokussierung auf eine antipluralistische, antimuslimische Anti-Migrationspolitik in fast allen Ländern Europas zu beachtlichen Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien.³ Dieser Aufstieg rechtspopulistischer Parteien geht mit einem weltweiten Trend zur Infragestellung von Globalisierung und De-Nationalisierung einher. Eine in der Forschung zum Rechtspopulismus mittlerweile gängige Annahme ist, dass vor allem diejenigen, die nicht von der Globalisierung profitieren, anfällig für die Wahl rechtspopulistischer Parteien seien. Als Folge entwickelt sich eine Konfliktlinie zwischen nationalistisch geprägten, Globalisierung ablehnenden *Kommunitaristen* und mit Globalisierung gut zurechtkommenden bzw. von ihr profitierenden *Kosmopoliten*.⁴

Antisلامische und antimuslimische Positionen lassen sich gut mit der gegen Globalisierung gerichteten Haltung verbinden.⁵ Muslimische Migration wie Globalisierung können bei entsprechender politischer Ausrichtung als von außen an eine Gesellschaft herangetragene Bedrohungen eingestuft werden. So sollen globale Migrationsströme zurückgewiesen und nationale bis nationalistische Gefühle in der Bevölkerung gestärkt werden. Das gelingt am besten, wenn man die globalen und transnationalen Bewegungen als gefährlich brandmarkt und supranationale Entscheidungsträger:innen hinsichtlich nationaler politischer Entscheidungen als nicht legitimiert bezeichnet. Diese Argumentation aktiviert bestehende Fremdheits- und Bedrohungsgefühle bei Bürger:innen, die sich zur Wahl der einzigen, dieser Bedrohung entgegenstehenden Partei motivieren.⁶ Dieses Muster findet sich in einer Vielzahl europäischer Staaten.⁷ Neben dieser kulturellen Erklärung sind ökonomische Aspekte für die Wahl rechtspopulistischer Parteien förderlich. Nicht selten wird eine ungünstige objektive Lage oder

2 Muno/Pfeiffer, *Populismus an der Macht*.

3 Pickel/Öztürk, »Die Bedeutung antimuslimischer Ressentiments«.

4 Zürn/de Wilde, »Debating Globalization«; Merkel, »Kosmopolitismus versus Kommunitarismus«.

5 Wir verwenden für den Text die Begriffe antimuslimische und antisلامische Einstellungen, da wir mit Umfragedaten nur Einstellungen messen können. Sind die Aussagen mit Zuweisungen verbunden kann man sie als Vorurteile deuten, gerade negative Handlungsanweisungen (nicht ins Land lassen) können als rassistisch interpretiert werden.

6 Pickel/Öztürk, »Die Bedeutung antimuslimischer Ressentiments«, Hidalgo u.a., »Religion und Rechtspopulismus«; Pickel/Yendell, »Religion als konfliktärer Faktor«.

7 Muno/Pfeiffer, *Populismus an der Macht*.

die Gefahr des sozialen Abstiegs auf Folgen der Globalisierung zurückgeführt.⁸ Sehen sich Menschen als Modernisierungs- und Globalisierungsverlierer, dann wenden sie sich verstärkt Parteien und Personen zu, die »die gute alte Zeit« vor Globalisierung und Modernisierung wieder herstellen.

Diesen Überlegungen folgend gehen wir unter Nutzung quantitativ-empirischen Materials der Frage nach: *Führen antimuslimische Einstellungen generell zur Wahl rechtspopulistischer Parteien – und was bedeutet dies für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?* Unsere These ist: *Vor allem Aspekte der kulturellen Bedrohung fördern die Wahl rechtspopulistischer Parteien in Europa, wobei der Islam und muslimische Migrant:innen in Europa als die zentrale kulturelle Bedrohung angesehen werden.* Für unsere Analyse gehen wir zweiteilig vor: Im ersten Schritt analysieren wir am deutschen Beispiel die Gründe für die Wahl der AfD und loten aus, welche Bedeutung antiislamische und antimuslimische Einstellungen besitzen.⁹ Im zweiten Schritt blicken wir über den deutschen Tellerrand hinaus und diskutieren, inwieweit antimuslimische und antiislamische Einstellungen europaweit mit der Wahl rechtspopulistischer Parteien zusammenhängen. Aufgrund von Grenzen im Datenmaterial verzichten wir auf eine weltweite Perspektive, obwohl zweifelsohne einige Fälle außerhalb Europas auch gut in das Erklärungsmuster passen würden. Darüber hinaus interessiert uns, ob und inwieweit antimuslimische und antiislamische Grundpositionen mit einer eher ethnisch-homogenen Vorstellung von Zugehörigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt im Zusammenhang stehen und inwieweit sowohl antiislamische als auch antimuslimische Einstellungen eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie darstellen. Als Datenmaterial verwenden wir für Deutschland Daten des Allbus und der FGZ-Pilotstudie aus dem Jahr 2020, für den europäischen Vergleich Daten des European Values Survey (EVS) 2017.¹⁰

1. Theorien zur Erklärung der Wahl rechtspopulistischer Parteien

Eingangs wurden zwei Thesen erwähnt, die in Zusammenhang mit Rechtspopulismus stehen, eine, die eher auf die ökonomische Benachteiligung zielt, und die andere, die eher die kulturelle Dimension der Zugehörigkeit in den

⁸ Dabei werden Migrant:innen als Gefahr für eigene oder Arbeitsplätze von Bekannten angesehen und eine ökonomischen Konkurrenz wahrgenommen; Hjerm, »Do numbers count«.

⁹ Die Aufteilung in übergreifende Analysen und die Detailanalyse eines Einzelfalls, zu dem uns auch spezifisches Datenmaterial vorliegt, erscheint uns als besonders geeignet, die angesprochenen Prozesse zu analysieren.

¹⁰ Task-Force FGZ-Datenzentrum 2022) (EVS) 2017.

Blick nimmt. Die erste Annahme ist die der *Modernisierungsverlierer*. Sie geht davon aus, dass weltweite Globalisierungsdynamiken in europäischen Staaten eine wachsende soziale Gruppe von *Modernisierungsverlierern* produzieren.¹¹ Die Erfolge rechtspopulistischer Parteien werden hier im Kontext allgemeiner Globalisierungsentwicklung interpretiert. In Zeiten eines verschärften Wettbewerbs, in der Industrieländer ihre Produktion in Billiglohnländer verlagern, seien vor allem Angehörige der unteren Schichten der Gesellschaft die Verlierer, weil sie international nicht konkurrenzfähig sind. Eine Reaktion darauf ist die Rückbesinnung auf den Nationalstaat, die mit einer feindseligen Haltung gegenüber Migrationsbewegungen als Erscheinungsform der Globalisierung einhergeht.¹² Der Konflikt verschärft sich, weil die abgehängten Modernisierungsverlierer keinen Zugang zu der Ebene der höheren internationalen Eliten haben, die die wichtigen supranationalen Entscheidungen treffen.¹³ Die Gesellschaft spaltet sich in einem solchen Szenario in einerseits die Eliten, die diesen Zugang zu Entscheidungen haben und somit zu den Gewinnern zählen, und andererseits in die Gruppe derjenigen, die nicht mithalten können und zu den Verlierern zählen. Die rechtspopulistischen Parteien haben diesen Trend erkannt und liefern ein nationalistisches Angebot, welches eine Alternative zur Globalisierung präsentiert. Die These der Modernisierungsverlierer ist eine Erweiterung klassischer Deprivationskonzepte, die davon ausgehen, dass Menschen im Kampf um knappe Ressourcen mit Zuwanderer:innen konkurrieren und vor diesem Hintergrund zur »Fremdenfeindlichkeit« neigen.¹⁴ Die These, dass insbesondere sozial und ökonomisch Benachteiligte rechtspopulistische Parteien wählen, wird häufig in öffentlichen Diskursen bemüht und mit der politischen Forderung nach der Verbesserung der sozialen Lagen bzw. dem Abbau sozialer Ungleichheit verbunden. Folgt man Holger Lengfelds Zusammenfassung des Ansatzes der Modernisierungsverlierer, dann sind es keineswegs nur die sozial schwachen bzw. ökonomisch Benachteiligten, sondern auch Mitglieder der Mittelschicht und der jüngeren Generation. Sie unterliegen einer gleichzeitigen Verunsicherung durch den sich beschleunigenden gesellschaftlichen Wandel und Liberalisierungen auf dem Arbeitsmarkt.¹⁵ Entscheidend für diese soziale Gruppe ist nicht die *objektive* Deprivation, sondern die Angst vor dem Abstieg. Rechtspopulistische

11 Spier, *Modernisierungsverlierer?*; Lengfeld, »Die ›Alternative für Deutschland‹«; Rippl/Seipel, »Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie«; Nauenburg, *Globalisierung und rechtspopulistische Wahlerfolge*; Götz, »Modernisierungsverlierer oder Gegner der reflexiven Moderne?«.

12 Nauenburg, *Globalisierung und rechtspopulistische Wahlerfolge*.

13 Kriesi, »Nationaler politischer Wandel«.

14 Stouffer, *Communism, Conformity, and Civil Liberties*; Rippl/Baier, »Deprivationskonzept«; McCutcheon, »Religion und Toleranz«.

15 Lengfeld, »Die ›Alternative für Deutschland‹«.

Parteien wie die AfD bieten zwar keine echten Lösungen, aber lenken mit vereinfachten Erklärungen vom wirklichen Problem ab. Zum Beispiel indem sie das Problem der (muslimischen) Migration und die unzulängliche Migrationspolitik der etablierten Parteien als Ursache ausmachen oder die steigende sexuelle und geschlechtliche Vielfalt verteufeln. Die Modernisierungsverliererthese berücksichtigt wie die klassische Deprivationsthese sowohl objektive als auch subjektive Indikatoren. Sie beruht auf einer pessimistischen Einschätzung der wirtschaftlichen Situation. Eine weitere Unterscheidung in Deprivationskonzepten ist die nach *individueller* Deprivation, also dass ein Individuum selbst ökonomisch benachteiligt ist oder es glaubt zu sein, und *kollektiver* Deprivation, also das Gefühl, dass eine ganze Gemeinschaft (meist sind damit die Angehörigen der Staatsgemeinschaft gemeint) benachteiligt wird. Eine weitere Form ist die *relative* Deprivation, also die Einschätzung, dass man im Vergleich zu anderen weniger ökonomische Ressourcen erhält.¹⁶

Kritiker der Deprivationskonzepte bemängeln, dass in den Konzepten die sozialpsychologischen Aspekte in Bezug auf Ethnozentrismus, Rassismus und Vorurteile übersehen werden, die möglicherweise wichtiger als Deprivationserfahrungen sind. Für die Relevanz der ethnozentrischen Einstellungs- und Denkmuster sowie eher kultureller und symbolischer Bedrohungsgefühle spricht, dass rechtspopulistische Parteien und denen nahestehende Bewegungen wie beispielsweise PEGIDA gezielt die angebliche Bedrohung durch den Islam und die Zuwanderung von Muslim:innen thematisieren. Die Fokussierung auf Islam und Muslim:innen ist zentral für die Themen innere Sicherheit, Migrationspolitik und für die Identitätspolitik der Rechtspopulist:innen. Hier fällt die Abwertung des Islam bei gleichzeitiger, diffuser Identifikation mit dem christlichen Abendland auf.¹⁷ Hier dürften weniger christliche Motive als eine kulturelle und wertorientierte dichotome Einteilung in ein »Wir« und »die Anderen« und »Gut und »Böse« das Ziel sein. Eine solche Orientierung dockt an Ängste und die Wut von Menschen mit bestimmten Einstellungs- und Denkmustern an. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Zugehörigkeiten zu Gruppen klar definiert sind und klar als feindlich und böse markiert werden kann.

In der Sozialpsychologie erweisen sich hier insbesondere Intergruppentheorien wie die *Social Identity Theory*¹⁸ für die Erklärung als hilfreich. Die SIT geht davon aus, dass Personen grundsätzlich nach einem positiven Selbstwert streben. Eine Möglichkeit, diese zu erlangen, ist die Identifikation mit einer Gruppe, z.B. einer Kultur, einer Nation, einer Religionsgemeinschaft oder aber auch ei-

16 Rippl/Baier, »Deprivationskonzept«.

17 Hidalgo u.a., »Religion und Rechtspopulismus«.

18 Tajfel/Turner, »The Social Identity Theory of Intergroup Behavior«.

nem Verein oder einer Partei. Zur Erlangung eines positiven Selbstwerts besteht eine Möglichkeit darin, die eigene Gruppe aufzuwerten und eine andere Gruppe abzuwerten, quasi nach dem Motto »Die eigene Gruppe muss besser als die andere sein«. Zentral ist hier also die Einteilung in eine *In-Group* und eine *Out-Group*. Die darauf aufbauende *Terror Management Theory*¹⁹ geht noch etwas weiter und argumentiert, dass Gruppen wie Nationen und Kulturen die eigenen Weltansichten verkörpern. Da die Menschen nach einer gewissen Immortalität streben und die Gruppen, mit denen man sich identifiziert, das Weiterleben der eigenen Weltansichten ermöglichen, würden Menschen sich insbesondere dann stärker mit ihrer Kultur, Nation, Religionsgemeinschaft usw. identifizieren, wenn sie vom Tod bedroht sind. Gleichzeitig neigen sie dann im Sinne der SIT stärker dazu, die eigene Gruppe aufzuwerten und fremde Gruppen abzuwerten.

Durch Bedrohungsszenarien, wie z. B. durch Krieg und Terrorismus, können Feindseligkeiten verstärkt werden.²⁰ Eine wichtige Differenzierung hinsichtlich der Gefühle von Bedrohung bietet die *Integrated Threat Theory*.²¹ Sie unterscheidet u. a. zwischen realistischer Bedrohung z. B. physischer, ökonomischer Art und symbolischer Bedrohung, mit der eher die Bedrohung kultureller Werte und Weltansichten gemeint sind. Yendell und Pickel finden für die Bevölkerung Sachsens heraus,²² dass die symbolische Bedrohung der eigenen Kultur ein zentraler Erklärungsfaktor für islamfeindliche Einstellungen ist und stärker als die Bedrohung durch einen terroristischen Anschlag.²³ Eine andere sinnvolle Erweiterung zur SIT-Perspektive könnte die Frage nach der Handlungsfähigkeit bzw. dem Gefühl von Kontrolle über das Leben sein. Dies wird im Konzept der *group-based-control* behandelt.²⁴ Konsequenz für Rechtspopulist:innen und die extreme Rechte wäre, dass sie ein Gefühl der Überlegenheit und Kontrolle der Umwelt, z. B.

19 Greenberg u. a., »Terror Management Theory«.

20 Jonas/Fritzsche, »Destined to die«.

21 Stephan u. a., »Integrated Threat Theory«.

22 Yendell/Pickel, »Islamophobia and anti-Muslim feeling in Saxony«.

23 Die aufgrund des Datenmaterials hier nicht anwendbare *Theorie der Autoritären Persönlichkeit* geht davon aus, dass antidemokratischen und ethnozentrischen Einstellungen unbewusste psychologische Motive und Impulse zu Grunde liegen, die sich u. a. in Machtorientierung, Unterwürfigkeit, Identifikation mit einem Führer und Aggression gegen Fremde äußerten. Die autoritäre Persönlichkeit sei schon in ihrer frühesten Sozialisation Zwängen unterworfen und agiere ihre unbewusste Feindseligkeit sozial gegen Fremde und Schwächere aus. Die Theorie der Sozialen Dominanzorientierung (Sidanius/Pratto, *Social Dominance*) vermutet, dass Menschen, die ein Bedürfnis nach einer hierarchisch strukturierten Gesellschaft und hierarchischen Gruppenbeziehungen haben, eher zu Xenophobie, Sexismus, Rassismus usw. neigen. Zwar spielen beide Theorien in der folgenden Analyse keine Rolle, sie können allerdings als indirekter Faktor mitgedacht werden, weil ihr Einfluss vielfach nachgewiesen ist; Adorno, *Studien zum autoritären Charakter*; Pickel/Pickel/Yendell, »Zersetzungsprozesse; Uenal, »Disentangling Islamophobia«).

24 Fritzsche u. a., »The power of we«.

durch die Glorifizierung der Vergangenheit, zu der es wieder zurückzukehren gilt, ermöglichen.

Zentral für die weiteren Überlegungen und die Analyse ist in dem folgenden Beitrag die *Social Identity Theory*, weil die Einteilung in *In- und Outgroup* bzw. wer zu einer Gesellschaft gehört und wer nicht für die Migrations- und Identitätspolitik rechtspopulistischer Parteien relevant ist. Hier gehen wir in Anlehnung an Hidalgo u.a. davon aus, dass für Rechtspopulist:innen in Europa der von ihnen geschürte Eindruck einer Unterwanderung des Abendlandes durch die Zuwanderung von Muslim:innen bei gleichzeitiger, teils diffuser Identifikation mit dem christlichen Abendland mit einer Freund-Feind-Dichotomisierung einhergeht und somit klare Zugehörigkeiten definiert werden.²⁵ Salopp gesagt, der Islam und die Muslim:innen gehören aus Sicht der Rechtspopulist:innen nicht zu »uns«. Wer dem zustimmt, hat eine höhere Wahrscheinlichkeit, Rechtspopulist:innen zu wählen als jemand, der nicht zustimmt. In diesem Zusammenhang ist möglicherweise auch relevant, wie nationale Zugehörigkeit definiert ist, also ob sie eher exkludierend oder inkludierend ist, weil die Zugehörigkeit zur Staatsbürgerschaft auch für bislang nicht Zugehörige möglich ist und akzeptiert wird. In Anlehnung an Hjerm und Weins²⁶ argumentieren wir aus der Perspektive der SIT darüber hinaus, dass eine eher ethnische Definition von nationaler Zugehörigkeit nach dem Prinzip des *ius sanguinis* eher ausgrenzend wirkt. Antimuslimische Grundpositionen und ein ethnisches Verständnis von (nationaler) Zugehörigkeit sind wiederum ein Gefährdungspotential für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer plural ausgerichteten Demokratie. Dieses Potential wird in Zeiten von Globalisierung und (damit einhergehender) Migration und Pluralisierung virulent und seitens der extremen Rechten inkl. von Rechtspopulist:innen mobilisiert. Es entwickelt sich eine Konfliktlinie zwischen nationalistisch geprägten, Globalisierung ablehnenden *Kommunitarist:innen* und mit Globalisierung gut zurechtkommenden bzw. von ihr profitierenden *Kosmopolit:innen*.²⁷ Vermehrt stehen sie sich in ihrem Blick auf die Gesellschaft mit gegenseitigem Unverständnis gegenüber.

25 Hidalgo/Hildmann/Yendell, »Religion und Rechtspopulismus«.

26 Hjerm, »National Identities, National Pride and Xenophobia«; Weins, *Fremdenfeindliche Vorurteile*.

27 Zürn/de Wilde, »Debating Globalization«; Merkel, »Kosmopolitismus versus Kommunitarismus«.

2. Antimuslimische Einstellungen als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Redet man über gesellschaftlichen Zusammenhalt, kann man verschieden Zugänge wählen. Wir verstehen pragmatisch gesellschaftlichen Zusammenhalt als *soziale Beziehungen zwischen Individuen in einer Gesellschaft*, die zumindest Grundelemente an Gemeinsamkeit unter einer spezifischen Gruppe von Individuen voraussetzt.²⁸ Im öffentlichen Diskurs über die Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts fallen zwei Lager auf:²⁹ Zum einen etablierte demokratische Parteien sowie eine demokratieunterstützende Bürgerschaft, die den Zusammenhalt aller Bürger:innen (also auch von Mitgliedern von Minderheiten oder Migrant:innen) fördern wollen, und zum anderen rechtsextreme/rechtspopulistische Gruppierungen und Parteien wie die AfD, die einen auf eine ethnisch-homogene Gemeinschaft gerichteten Zusammenhalt durch die Zuwanderung und im Speziellen durch die angebliche Unterwanderung durch den Islam in Gefahr sehen. Aus Sicht der Rechtspopulist:innen verdienen damit muslimische Migrant:innen in der Regel keinen Zusammenhalt.³⁰ Die Verständnisse von Zusammenhalt sind davon geprägt, wer überhaupt zur Gesellschaft dazugehört. Dabei werden zwei Pole sichtbar: eine integrativ gedachte Vergemeinschaftung aller Bürger:innen und auf der anderen Seite eine identitäre Gruppenvergemeinschaftung, die nicht jede:n Bürger:in inkludiert, weil sie auf einem ethnisch definierten Verständnis von Zugehörigkeit beruht. Hier gibt es also Anknüpfungspunkte an die *Social Identity Theory*, weil das »Wir« und die »Anderen« über Merkmale wie Nation, Kultur, Religion, »Rasse« und Ethnie definiert ist.

Verstehen wir gesellschaftlichen Zusammenhalt vor dem Hintergrund einer liberalen Demokratie als einen Pluralität integrierenden Zusammenhalt, dann bezieht er sich auf eine zumindest rudimentäre Akzeptanz des demokratischen Institutionensystems. Öffentliche Institutionen sind in einer Demokratie verpflichtet, individuelle Freiheit, Herrschaftskontrolle, Gleichheit vor dem Gesetz und Teilhabechancen für alle Bürger:innen sicherzustellen. Gerade letzteres wird durch (rassistische) Ausgrenzungsprozesse, wie sie durch antimuslimische Einstellungen ausgelöst werden, in Frage gestellt. In Anlehnung an die politische Kulturforschung³¹ und das Modell der politischen Unterstützung von Easton³²

28 Pickel/Pickel, »Gesellschaftlicher Zusammenhalt«.

29 Pickel/Pickel/Yendell, »Zersetzungspotenziale«.

30 Bieber u.a., »Die Metamorphosen der AfD-Wählerschaft«; Hambauer/Mays, »Wer wählt die AfD?«, S. 146–149; Pickel, »Die Wahl der AfD«, S. 161–162; Pickel/Pickel, »Migration als Gefahr für die politische Kultur?«.

31 Pickel/Pickel, *Politische Kultur- und Demokratieforschung*.

32 Easton, »A Re-Assessment of the Concept of Political Support«.

gehen wir davon aus, dass diese Exklusionsprozesse für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die damit verbundene notwendige Unterstützung der liberalen Demokratie toxisch sind. So werden z.B. notwendige Basiselemente der demokratischen Gemeinsamkeit, wie Toleranz und Akzeptanz von Pluralität, abgelehnt. Wir gehen davon aus, dass die Ablehnung des Islam und der Muslim:innen nicht nur mit der Wahl demokratiefeindlicher Rechtspopulist:innen in Verbindung steht, sondern auch mit mangelndem Vertrauen in das demokratische System und die Institutionen. Muslim- und Islamfeindlichkeit sind vor diesem Hintergrund eine Gefahr für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Demokratien.

3. Deskriptive Ergebnisse für den Fall Deutschland und die Wahl der AfD

Die relativ große Ablehnung des Islam und der Muslim:innen in Deutschland belegen zahlreiche Studien.³³ Die Ablehnung liegt je nach verwendetem Item zwischen 40 und 60 Prozent innerhalb der deutschen Bevölkerung. Die Ablehnung in Ostdeutschland ist durchgehend höher als in Westdeutschland. Eine Analyse mit Daten des ALLBUS 2021 zeigt zudem die Verankerung dieser Abwertung in der AfD: 84 Prozent der AfD-Wähler:innen stimmen der Aussage zu, »der Islam solle in Deutschland eingeschränkt werden«. Der Anteil derjenigen, die dieser Aussage zustimmen, beträgt unter den Wähler:innen anderer Parteien knapp über ein Viertel (26 Prozent). Es verwundert nicht, dass 82 Prozent der AfD-Wähler:innen die Anwesenheit von Muslim:innen als Konfliktherd sehen. Zwar ist der Anteil von 40 Prozent unter den Wähler:innen anderer Parteien ebenfalls nicht niedrig, allerdings deutlich niedriger als bei den AfD-Wähler:innen. Noch etwas mehr AfD-Wähler:innen (86 Prozent) stimmen der antiislamischen Aussage zu, dass islamische Religionsgemeinschaften staatlich beobachtet werden sollten. Unter den Wähler:innen der anderen Parteien beträgt der Anteil 40 Prozent. Während für etwas mehr als die Hälfte der Wähler:innen anderer Parteien ein muslimischer Bürgermeister in Ordnung wäre, wäre das für nur elf Prozent der AfD-Wähler tragbar. Dass der Islam in die deutsche Gesellschaft passt, finden fast keine AfD-

33 Pollack u.a., *Grenzen der Toleranz*; Pickel/Yendell, »Islam als Bedrohung?«; Yendell/Pickel, »Islamophobia and anti-Muslim feeling in Saxony«. Selbst wenn die Haltungen oft stark verbunden sind, ist zwischen antimuslimischen und antiislamischen Aussagen zu unterscheiden. Fokussiert ersteres auf die Personengruppe, spricht letzteres eine Religionsgemeinschaft, bzw. deren Ablehnung an (siehe Diekmann, *Muslim*innen- und Islamfeindlichkeit*).

Wähler:innen (sieben Prozent) und auch nur eine Minderheit der Wähler:innen anderer Parteien (30 Prozent).

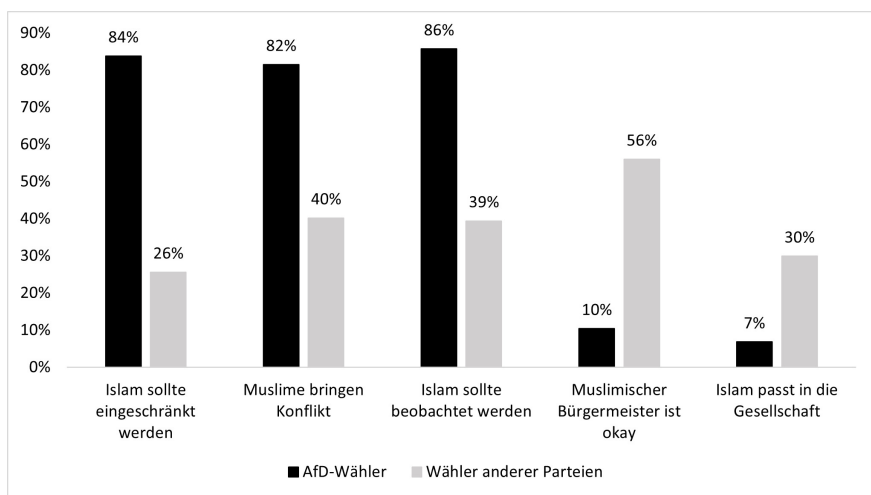


Abbildung 1: Islam- und muslimfeindliche Einstellungen bei Wähler:innen der AfD und anderer Parteien. Quelle: Allbus 2021 (n=3520, AfD-Wähler:innen=228) und FGZ-Pilotstudie (n=820), eigene Berechnungen (Fälle gewichtet). Fragen: »Die Ausübung des islamischen Glaubens in Deutschland sollte eingeschränkt werden«; »Die Anwesenheit von Muslimen in Deutschland führt zu Konflikten«; »Islamische Gemeinschaften sollten vom Staat beobachtet werden«; »Ich hätte nichts gegen einen muslimischen Bürgermeister in meiner Gemeinde«; »Der Islam passt in die deutsche Gesellschaft«. Antworten auf einer Skala von 1 = stimme überhaupt nicht zu bis 7 = stimme voll und ganz zu«, hier: Skalenwerte 5 bis 7 (zustimmend); Parteiwahl: »Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann mit Ihrer ZWEITSTIMME wählen?«

Ein sehr ähnliches Bild ergibt der Vergleich von Mittelwerten auf Basis der Pilotstudie des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt aus dem Jahr 2020 (siehe Abbildung 2). Auch hier sind es eher die Wähler:innen der AfD, die meinen, die Ausübung des Islam sollte eingeschränkt werden, die Anwesenheit von Muslim:innen bringe nur Konflikte und unter Muslim:innen seien viele Fanatiker. Auch die FGZ-Studie ergibt, dass AfD-Wähler:innen signifikant seltener als Wähler:innen anderer Parteien meinen, der Islam passe in die deutsche Gesellschaft. Neben der insgesamt beachtlichen Verbreitung antimuslimischer und antiislamischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung wird die hohe Bedeutung einer antimuslimischen Positionierung für AfD-Wähler:innen deutlich.

Sind es nun aber eher abgehangene Verlierer:innen der Modernisierung, die anfälliger für die Wahl der AfD sind? Wir versuchen dies einmal anhand sozialstruktureller Variablen und einer Messung relativer Deprivation durchzugehen. In der bisherigen Forschung wurde die AfD als eine Partei vor allem für Männer, Ar-

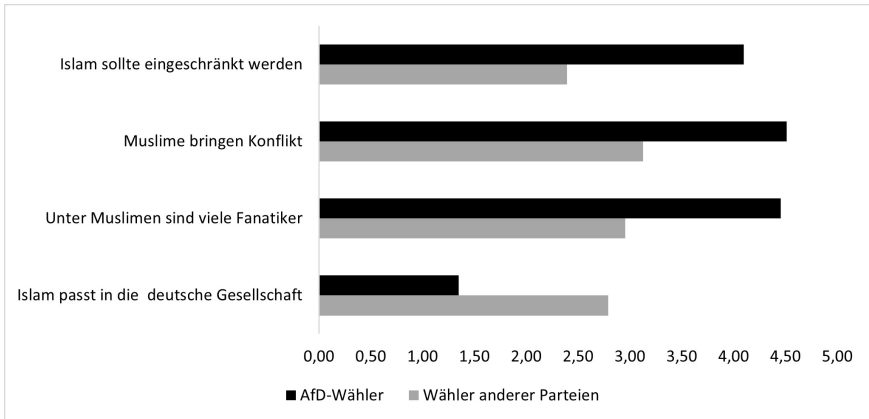


Abbildung 2: Islam- und muslimfeindliche Einstellungen bei Wähler:innen der AfD und anderer Parteien (Vorstudie des FGZ-Panels 2020, Mittelwerte).

Quelle: Vorstudie des FGZ-Panels 2020 (n=868, AfD-Wähler:innen=43), eigene Berechnungen. Fragen: »Die Ausübung des islamischen Glaubens in Deutschland sollte eingeschränkt werden«; »Die Anwesenheit von Muslimen in Deutschland führt zu Konflikten«; »Der Islam passt in die deutsche Gesellschaft«; »Ich habe den Eindruck, dass unter den in Deutschland lebenden Muslimen viele religiöse Fanatiker sind« (Antworten: 1 = stimme überhaupt nicht zu, 2 = stimme eher nicht zu; 3 = teils-teils; 4 = stimme eher zu; 5 = stimme voll und ganz zu); Parteiwahl: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?; Prüfung signifikanter Unterschiede (ANOVA) zeigt eine signifikante und nicht zufällige Unterschiede.

beiter:innen und Nicht-Akademiker:innen beschrieben. Sie ist besonders erfolgreich in dünn besiedelten ostdeutschen Regionen mit einer alternden Bevölkerung und in westdeutschen Regionen mit einem hohen Anteil an Industriearbeitern.³⁴ Weitere ausschlaggebende Faktoren für die Stimmabgabe für die AfD sind die »Flüchtlingsfrage«, die Angst vor sozialem Abstieg und die Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen.³⁵ Auf emotionaler Ebene wird die AfD-Wahl mit der Wahrnehmung einer kulturellen Bedrohung erklärt, mit Politikverdrossenheit, Angst vor Globalisierung, Terrorismus und Flüchtlingen, Nativismus und einem illiberalen Demokratieverständnis.³⁶ In der Debatte um die Modernisierungsverliererthese findet Lengfeld keine Belege in Bezug auf geringen Bildungsgrad, berufliche Tätigkeit als Arbeiter, geringes Einkommen. Ebenso wenig haben Personen, die sich als Verlierer der Gesellschaft betrachten, eine stärkere AfD-Wahlabsicht. Rippl und Seipel finden in ihrer Antwort auf den Beitrag von Lengfeld signifikante Faktoren wie Einkommen und Bildung,³⁷ konstatieren allerdings, dass die

³⁴ Franz u. a., *AfD in dünn besiedelten Räumen*.

³⁵ Kohlrausch, *Abstiegsängste in Deutschland*.

³⁶ Pickel, »Die Wahl der AfD«; Pickel/Pickel, »Migration als Gefahr für die politische Kultur?«.

³⁷ Rippl/Seipel, »Modernisierungsverlierer«.

kulturelle Bedrohung durch Zuwanderer ein stärkerer Prädiktor ist als das Modernisierungsverlierermotiv. Gleiches gilt für eine Analyse von Susanne Pickel.³⁸ Lux stärkt dagegen das Argument, dass Modernisierungsverlierer tendenziell eine stärkere Absicht der AfD-Wahl besitzen.³⁹ Die Studie von Schröder auf Grundlage des Sozioökonomischen Panels (SOEP) zeigt, dass, sobald Fremdenfeindlichkeit in Regressionsmodellen berücksichtigt wird, Deprivationsfaktoren ihre statistische Signifikanz verlieren.⁴⁰

Unsere deskriptiven Analysen des ALLBUS 2021 zeigen keine Alterseffekte (siehe Tabelle 1). Wie erwartet, wählen Männer häufiger als Frauen die AfD (8,2 vs. 3,6 Prozent). Abiturient:innen (2,6 Prozent) wählen seltener die AfD als Deutsche mit mittlerem (10,6 Prozent) und niedrigem Bildungsabschluss (8,4 Prozent). Auffällig ist der statistisch signifikante Unterschied zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Personen in Ostdeutschland beabsichtigen häufiger als Personen in Westdeutschland die AfD zu wählen (12,5 vs. 4,7 Prozent). Auch die Einkommensgruppen (Unterschicht, Mittelschicht und Oberschicht) unterscheiden sich (4,9 vs. 4,5 vs. 1,2 Prozent).⁴¹ Ebenso signifikant ist die berufliche Stellung. Den höchsten Anteil an AfD-Wähler:innen verzeichnen die Arbeiter (19,9 Prozent), gefolgt von den Arbeitslosen (13,4 Prozent) und denjenigen, die noch in Ausbildung sind (10,5 Prozent). Ein Anteil von unter zehn Prozent findet sich bei den Selbstständigen (4,5 Prozent), Angestellten (vier Prozent) und Beamten (1,1 Prozent). Unterschiede bezüglich objektiver Faktoren der Deprivation sind eher gering. Schätzen Befragte ihre wirtschaftliche Situation als schlecht ein, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie die AfD wählen, höher als unter denjenigen, die ihre wirtschaftliche Situation als gut einschätzen (19 Prozent vs. 3,7 Prozent). Noch deutlicher ist der Unterschied bezüglich der kollektiven Deprivation. Ein Viertel der Befragten, die die wirtschaftliche Situation Deutschlands als schlecht einstufen, wählen die AfD (nur 3,7 Prozent der Befragten, die die wirtschaftliche Situation als gut einstufen, wählen sie). Der Anteil der AfD-Wähler:innen ist besonders hoch unter denjenigen, die den Eindruck haben, im Vergleich zu anderen sehr viel weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten (23,1 Prozent), weit gefolgt von denjenigen, die meinen, etwas weniger vom gerechten Anteil zu erhalten (9,8 Prozent), denjenigen, die aussagen, einen gerechten Anteil zu erhalten (2,9 Prozent) und denjenigen, die finden, dass sie mehr als ihren gerechten Anteil erhalten (1,7 Prozent). Auch die subjektive Schichteinstufung steht

38 Pickel, »Die Wahl der AfD«.

39 Lux, »Die AfD und die unteren Statuslagen«.

40 Schröder, »AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich«.

41 Die Einkommensvariable ist allerdings mit Vorsicht zu betrachten, da es hier naturgemäß viele Ausfälle gibt.

in einem zu erwartenden Zusammenhang mit der Wahl der AfD (Unterschicht: 17,3 Prozent, Arbeiterschicht: 14,3 Prozent, Mittelschicht: 3,9 Prozent, obere Mittelschicht: 2,6 Prozent und Oberschicht: 1,6 Prozent). Bis auf das Alter stehen also alle sozialstrukturellen und Deprivationsindikatoren mit der Wahl der AfD in Zusammenhang. Indikatoren der kollektiven und der relativen Deprivation besitzen dabei einen stärkeren Einfluss als Indikatoren der objektiven Deprivation, wie die berufliche Stellung und das Einkommen.

Indikator	Kategorie	Wahlabsicht AfD
Alter (n.s.)	18 bis 29 Jahre	6,7%
	30 bis 44 Jahre	7,7%
	45 bis 59 Jahre	5,6%
	60 bis 74 Jahre	5,4%
	75 bis 89 Jahre	4,0%
	Über 89 Jahre	4,5%
Geschlecht (***)	Männlich	8,2%
	Weiblich	3,6%
Schulausbildung (***)	Niedrig	8,4%
	Mittel	10,6%
	Hoch	2,6%
Region (***)	Alte Bundesländer	4,7%
	Neue Bundesländer	12,5%
Nettoäquivalenzeinkommen (***)	<70 % des Medians (Unterschicht)	4,9%
	70 bis 150 % des Medians (Mittelschicht)	4,5%
	>150 % des Medians (Oberschicht)	1,2%
Berufliche Stellung (***)	Arbeitslose	13,4%
	Arbeiter	19,9%
	Angestellte	4,0%
	Beamte	1,1%
	Selbstständige	4,5%
	In Ausbildung	10,5%
Deprivation subj. Kollektiv ^a (***)	Wirtschaftslage der Deutschen schlecht	24,8%
	Wirtschaftslage der Deutschen gut	1,9%

Indikator	Kategorie	Wahlabsicht AfD
Deprivation subj. Individuell ^b (***)	Wirtschaftslage der Befragten schlecht	19%
	Wirtschaftslage der Befragten gut	3,7%
Gerechter Anteil am Lebensstandard ^c (***)	Sehr viel weniger	23,1%
	Etwas weniger	9,8%
	Gerechten Anteil	2,9%
	Mehr als gerechten Anteil	1,7%
Subj. Schichteinstufung ^d (***)	Unterschicht	17,3%
	Arbeiterschicht	14,3%
	Mittelschicht	3,9%
	Obere Mittelschicht	2,6%
	Oberschicht	1,6%

Tabelle 1: Zusammensetzung der Wählerschaft der AfD
Quelle: ALLBUS 2021, n=3520; eigene Berechnungen (Fälle gewichtet); Fragen: a »Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Deutschland?« und b »Und Ihre eigene wirtschaftliche Lage heute?« (hier: sehr gut bzw. gut und schlecht bzw. sehr schlecht); c »Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?« d »Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst eher zu?«

4. Die Faktoren für die Wahl der AfD und die Bedeutung antimuslimischer Einstellungen: Multivariate Analysen

Im nächsten Schritt untersuchen wir, ob die gefundenen Zusammenhänge sich auch in einem komplexen Hypothesenmodell bestätigen. Hierfür führen wir eine schrittweise binär logistische Regression durch (siehe Tabelle 2). Diese zeigt in drei Schritten auf, welche Indikatoren unter Hinzunahme weiterer Indikatoren statistisch mit der Wahl der AfD zusammenhängen. Darüber hinaus macht die schrittweise Analyse die Änderung der erklärten Varianz (Nagelkerkes R²) möglich, sodass wir auch Aussagen zu dem Erklärungspotential der Indikatoren bzw. der beiden Erklärungen machen können.

Im ersten Modell werden die Indikatoren Alter, Geschlecht, Schulbildung und Region berücksichtigt. Anders als in der deskriptiven Analyse berücksichtigen wir das Alter als metrische Variable. Aus der Analyse wird deutlich, dass ein hoher Schulabschluss (Referenzkategorie niedriger Abschluss), das Geschlecht (Männer wählen eher als Frauen die AfD) und die Region (alte vs. neue Bundesländer) im Zusammenhang mit der Wahl der AfD stehen. Wähler:innen in Ostdeutschland haben eine in etwa dreifach erhöhte Wahrscheinlichkeit im Vergleich zu Wähler:innen in Westdeutschland, die AfD zu wählen. Das Alter ist leicht negativ kor-

reliert, ist insgesamt aber als Faktor nicht besonders relevant. Aus der deskriptiven Analyse der Altersgruppen ging hervor, dass die mittlere Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen leicht häufiger die AfD wählt als andere Altersgruppen. Während der Zusammenhang in der deskriptiven Analyse nicht signifikant war, ist in der multivariaten Analyse die metrische Altersvariable signifikant. Der Regressionskoeffizient deutet allerdings auf einen eher vernachlässigbaren Befund ($b = -,032$). Mit einem R^2 von ,149 lässt sich unter Berücksichtigung dieser vier Indikatoren vergleichsweise viel erklären.

Im zweiten Modell werden zusätzlich zu Alter, Geschlecht, Schulbildung und Region Deprivationsindikatoren berücksichtigt. Dazu gehören das Einkommen (hier die offene Frage nach dem Nettoeinkommen), die berufliche Stellung (Referenzkategorie Arbeiter), die subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und der wirtschaftlichen Lage Deutschlands, die Frage, ob man einen gerechten Anteil am Lebensstandard erhält und die subjektive SchichtEinstufung. Im Modell werden die Variablen als metrisch behandelt, zumal die deskriptiven Befunde auf einen linearen Zusammenhang hinweisen. Bei der Berechnung des zweiten Modells waren die Indikatoren objektiver Deprivation wie Einkommen und die berufliche Stellung nicht signifikant und wurden daher ausgeschlossen. Auch nicht signifikant ist die subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation. Hingegen ist die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands signifikant: Eine schlechtere Einschätzung der ökonomischen Lage Deutschlands geht mit einer höheren Absicht einhergeht, die AfD zu wählen. Auch signifikant ist der Indikator relative Deprivation. Je ungerechter Befragte ihren Anteil am Lebensstandard einschätzen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahl. Zudem steigert eine niedrige subjektive SchichtEinstufung die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen. Das R^2 des Gesamtmodells erhöht sich auf ,277, was bedeutet, dass wir mit der Hinzunahme der Deprivationsindikatoren deutlich mehr Varianz als vorher erklären können.

Im dritten und letzten Modell werden nun antimuslimische und antiislamische Einstellungen als Faktor gebündelt hinzugefügt. Der Faktor bildet sich aus den Variablen, die in Abbildung 1 abgebildet sind mit Ausnahme der Aussage, der Islam passe in die deutsche Gesellschaft (Cronbachs Alpha = ,899).⁴² Ergebnis: Je islam- und muslimfeindlicher Wähler:innen sind, desto wahrscheinlicher ist eine Wahl der AfD. Zwar sind Alter und Geschlecht nach wie vor signifikante Erklärungsindikatoren, Bildung und Region spielen aber keine Rolle mehr. Die in Ostdeutschland stärker verbreiteten antimuslimischen und antiislamischen Einstellungen sind also ein gewichtiger Grund für den höheren Anteil an AfD-Wäh-

42 Die Aussage, der Islam passe nicht in die deutsche Gesellschaft, wurde in dem Index nicht berücksichtigt, da er die Reliabilität deutlich abgeschwächt hat.

ler:innen.⁴³ Wie schon im zweiten Modell ist weder das Einkommen, die berufliche Stellung, noch die subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage signifikant. Anders als im zweiten Modell fällt nun auch die relative Deprivation als Erklärungsfaktor weg. Die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands bzw. die kollektive Deprivation prägt allerdings weiterhin die AfD-Wahl. Möglicherweise wirken hier Gruppeneffekte, wie wir sie bei der SIT dargestellt haben. Auch die subjektive Schichteinstufung steht im angenommenen Zusammenhang mit der Wahl der AfD. Mit Nagelkerkes $R^2=,462$ bietet das Modell ein für sozialwissenschaftliche Analysen hohe Erklärungskraft.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die These der Modernisierungsverlierer vor dem Hintergrund der multivariaten Analyse relativiert werden muss (vergleichbar Lengfeld⁴⁴). Zwar spielt die selbst eingeschätzte Schichteinstufung eine Rolle, objektive Faktoren wie Einkommen und die berufliche Stellung allerdings nicht. Ein wichtiger Erklärungsindikator ist die kollektive Deprivation bzw. die subjektiv eingeschätzte wirtschaftliche Lage Deutschlands. Am stärksten wirken aber kulturelle Einstellungen – oder präzise: antimuslimische und antiislamische Einstellungen (und vermutlich Rassismus).

5. Antimuslimische und antiislamische Einstellungen und Demokratie

Im folgenden Abschnitt geht es um die Frage, inwieweit islam- und muslimfeindliche Einstellungen über das Wahlverhalten hinaus für den demokratischen gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdend sind. Dabei werden vier Aspekte berücksichtigt: Toleranz gegenüber Pluralität bzw. hier »Ausländern«, die Zufriedenheit mit der Demokratie, das Vertrauen in demokratische und öffentliche Institutionen und die Wahrnehmung von gesellschaftlichen Konflikten, die möglicherweise ein Zersetzungspotential für den Zusammenhalt bedeuten.

43 Ein wichtiger Grund für die verstärkte Ablehnung der Muslime und des Islams in Ostdeutschland besteht in der mangelnden Kontakterfahrung; Yendell »Warum die Bevölkerung Ostdeutschlands gegenüber Muslimen ablehnender eingestellt ist als die Bevölkerung Westdeutschlands«, Pickel/Yendell, »Islam als Bedrohung?«

44 Lengfeld, »Die »Alternative für Deutschland««.

	Modell 1		Modell 2		Modell 3	
	Regressi- onskof- fizient B	Exp (B)	Regres- sionskof- fizient B	Exp (B)	Regres- sionskof- fizient B	Exp (B)
Alter	-,032 (***)	,968	-,020 (***)	,980	-0,27 (**)	,974
Geschlecht (Ref: Mann)	-,968 (***)	,380	-,829 (***)	,437	-,965 (***)	,381
Schulbildung (Ref: niedrig)						
Mittel	-,213 (n.s.)	,808	,002 (n.s)	,1,002	n.s.	
Hoch	-1,794 (***)	,166	-,963 (***)	,374	n.s.	
Region (Ref: Alte Bundesländer)	1,086 (***)	2,961	,840 (***)	2,317	n.s.	
Einkommen			n.s.		n.s.	
Berufliche Stellung						
Arbeitslos			n.s.		n.s.	
Angestellte			n.s.		n.s.	
Beamte			n.s.		n.s.	
Auszubildende			n.s.		n.s.	
Selbstständige			n.s.		n.s.	
Wirtschaftliche Situation (individuell subj.)a			n.s.		n.s.	
Wirtschaftliche Situation Deutschlands (individuell kollektiv, subj., gut bis schlecht)a			,912 (***)	2,490	1,084 (***)	,381
Gerechter Anteil am Lebensstandard (wenig bis mehr)a			-,644 (***)	,525	n.s.	n.s.
Subj. Schichtein- stufunga			-,325 (*)	,722	-,689 (***)	,502
Islamfeindlichkeitb					,201 (***)	1,233
N	3462		2239		1016	
Nagelkerkes R ²	,149		,277		,462	
Change			,128		,185	

Tabelle 2: Faktoren im Zusammenhang mit der Wahl der AfD (binär logistische Regressionsanalyse).

Quelle: ALLBUS 2021, eigene Berechnungen (Fälle gewichtet); abhängige Variable: »Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann mit Ihrer ZWEITSTIMME wählen?« Hier: Wahl der AfD vs. Wahl anderer Parteien; a siehe Tabellenunterschrift Tabelle 1 (bei der wirtschaftlichen Situation wurde in der Regressionsanalyse auch die mittlere Kategorie »Teils gut / teils schlecht« berücksichtigt; b für den Index wurden vier Aussagen berücksichtigt, die in Abbildung 1 abgebildet sind (mit Ausnahme des Items »Der Islam passt in die deutsche Gesellschaft«, siehe Unterschrift bei Abbildung 1).

Zersetzungspotentiale/ Ba- siselemente für Demokratie	Indikatoren	Antimuslimische und antiislamische Einstellungen ^f
Intoleranz	Ausländerfeindlichkeit ^a	,701***
	Akzeptanz unfairer Behandlung von Ausländern ^b	,378***
Demokratiezufriedenheit	Zufriedenheit mit der Demokratie in der BRD ^c	,378***
Vertrauen in demokra- tische und öffentliche Institutionen ^d	Vertrauen in politische Parteien	-,283***
	Vertrauen in die Bundesregierung	-,317***
	Vertrauen in den Bundestag	-,322***
	Vertrauen in das Bundesverfas- sungsgericht	-,120***
	Vertrauen in die Stadt- und Gemein- deverwaltung	-,189***
	Vertrauen in die Justiz	-,189***
	Vertrauen in die EU Kommission	-,393***
	Vertrauen in das europäische Parla- ment	-,409***
	Vertrauen in das Gesundheitswesen	-,120***
	Vertrauen in die Polizei	-,064*
	Hochschulen und Universitäten	-,223***

Zersetzungspotentiale/ Basisselemente für Demokratie	Indikatoren	Antimuslimische und antiislamische Einstellungen ^f
Konfliktwahrnehmung ^e	Wahrnehmung Konflikt zwischen Deutschen und Ausländern	,371***
	Wahrnehmung Konflikt zwischen Christen und Muslimen	,483***
	Wahrnehmung Konflikt zwischen Politikern und einfachen Bürgern	,217***

Tabelle 3: Antiislamische und antimuslimische Einstellungen, politische Unterstützung und gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Quelle: ALLBUS 2021, eigene Berechnungen; dargestellt Pearsons r Produkt-Moment Korrelationen; *** = Wert signifikant bei $p < .001$; ** = $p < .01$; * = $p < .05$; alle Werte signifikant; a Index aus den Aussagen: »Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil besser an den der Deutschen anpassen«; »Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken«; »Man sollte den in Deutschland lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen«; »Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen« (Antwortskala von 1=stimme überhaupt nicht zu bis 7=stimme voll und ganz zu; b Im Folgenden stehen einige Sätze, in denen verschiedene Verhaltensweisen beschrieben werden. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie persönlich das beschriebene Verhalten für sehr schlimm, ziemlich schlimm, weniger schlimm oder für überhaupt nicht schlimm halten« hier: »Ein Gastwirt weigert sich, in seinem Lokal Ausländer zu bedienen«; c »Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht? (Antworten: sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, etwas zufrieden, etwas unzufrieden, ziemlich unzufrieden, sehr unzufrieden; d »Es folgt jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen. Geben Sie bitte bei jeder Einrichtung oder Organisation an, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen. Benutzen Sie dazu bitte die Skala« (Antwortskala von 1=überhaupt kein Vertrauen bis 7=sehr großes Vertrauen; e »Es wird oft gesagt, dass es Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Gruppen in Deutschland gibt, zum Beispiel zwischen politischen Gruppen, zwischen Männern und Frauen usw. Die Konflikte sind aber nicht alle gleich stark. Im Folgenden werden einige solcher Gruppen aufgeführt. Sind diese Konflikte Ihrer Meinung nach – sehr stark, ziemlich stark, eher schwach, oder gibt es da gar keine Konflikte?«; f für den Index wurden vier Aussagen berücksichtigt, die in Abbildung 1 abgebildet sind (mit Ausnahme des Items »Der Islam passt in die deutsche Gesellschaft«; siehe Unterschrift bei Abbildung 1).

Alle überprüften Indikatoren korrelieren mit islam- und muslimfeindlichen Einstellungen (siehe Tabelle 3). Islam- und muslimfeindliche Einstellungen gehen wie erwartet mit Ausländerfeindlichkeit einher. Das geht so weit, dass islam- und muslimfeindliche Personen tendenziell seltener ein Problem damit haben, wenn ein Wirt einen Ausländer nicht in seinem Lokal bedienen würde. Besonders wichtig: Antiislamisch und antimuslimisch eingestellte Personen sind häufig unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland und besitzen weniger Vertrauen in öffentliche und demokratische Institutionen. Das gilt in Bezug auf politische Parteien, die Bundesregierung, den Bundestag, das Bundesverfassungsgericht, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, die Justiz, die EU-Kommission, das europäische Parlament, das Gesundheitswesen, Hochschulen bzw. Universitäten und die Polizei. Darüber hinaus besteht ein Zusammenhang zwischen islam- und muslimfeindlichen Einstellungen und der Wahrnehmung eines generell-

len gesellschaftlichen Konflikts zwischen Deutschen und Ausländer:innen, Christ:innen und Muslim:innen und auch zwischen Politiker:innen und einfachen Bürger:innen. Das heißt antimuslimisch Eingestellte weisen tendenziell ein demokratiegefährdendes Potential auf und sind für den Zusammenhalt problematisch, nicht zuletzt, weil sie neben der mangelnden Demokratieunterstützung Konflikte wahrnehmen, die sich zuspitzen können, wenn sich diese Personen an einer möglicherweise gewaltvollen »Lösung« dieser Konflikte beteiligen.

6. Der Blick nach Europa: Rechtspopulismus und antimuslimische Einstellungen

In einer Analyse von Pickel und Öztürk vergleichen die Autoren die Häufigkeit der Ablehnung muslimischer Nachbarn zwischen Wähler:innen rechtspopulistischer Parteien und anderer Parteien in 17 europäischen Ländern (siehe Abbildung 3).⁴⁵ Sie stellen dabei fest, dass die Ablehnung von Muslimen unter Wähler:innen rechtspopulistischer Parteien in allen Ländern außer der Slowakei und Bulgarien häufiger ist als unter Wähler:innen anderer Parteien. Besonders deutlich sind die Unterschiede zwischen Wähler:innen rechtspopulistischer Parteien und anderen in Deutschland, Estland, Finnland, Österreich, Ungarn, Tschechien, den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Polen. Auch unter Kontrolle alternativer Erklärungsfaktoren und sozialstruktureller Merkmale sind antimuslimische Einstellungen ein wichtiger Beweggrund für die Identifikation mit rechtspopulistischen Parteien. In elf der 17 untersuchten Länder sind antimuslimische Einstellungen eine statistisch signifikante Erklärung für die Sympathie mit rechtspopulistischen Parteien.

Für die Modernisierungsverliererthese finden sich dagegen wenig empirische Evidenz. Lassen sich für Europa auch ähnliche Zusammenhänge zwischen islam- und muslimfeindlichen Einstellungen finden wie in Deutschland? Stehen islam- und muslimfeindliche Einstellungen in Zusammenhang mit einem Gefährdungspotential für den Zusammenhalt in einer plural ausgerichteten Demokratie? Stehen islam- und muslimfeindliche Einstellungen mit vorherrschenden nationalen und exkludierenden Zugehörigkeitsdefinitionen in Verbindung? Wie man in Abbildung 4 sieht, korreliert die Ablehnung von muslimischen Nachbarn mit wenig Vertrauen in Menschen anderer Nationalität und Religion.

Ebenso besteht ein Zusammenhang zwischen der Ablehnung von Muslim:innen und dem Wunsch, bei knapper Arbeit Mitglieder der autochthonen Bevöl-

⁴⁵ Pickel/Öztürk, »Die Bedeutung antimuslimischer Ressentiments«.

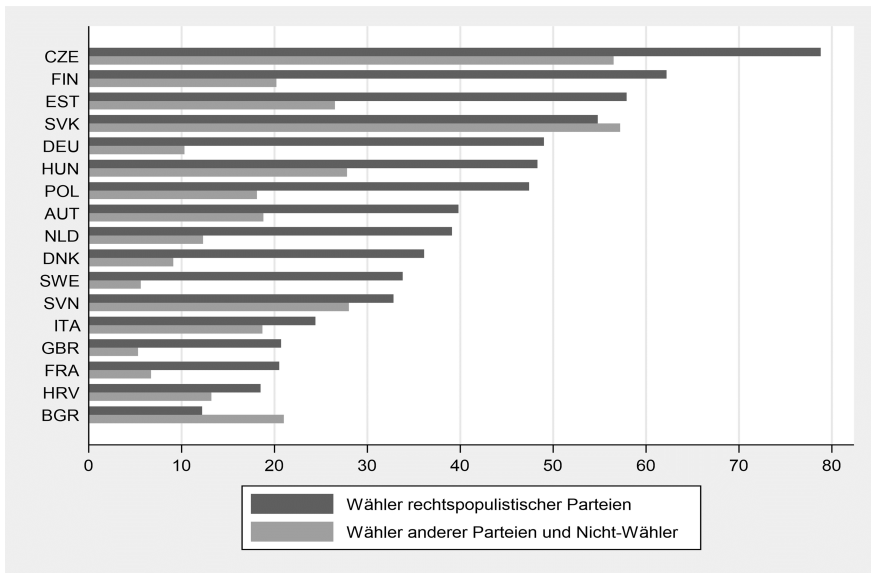


Abbildung 3: Ablehnung muslimischer Nachbar:innen bei Rechtspopulist:innen.

Quelle: European Values Study 2017 und The PopuList 2.0; Vergleich der prozentualen Ablehnung muslimischer Nachbar:innen zwischen Wähler:innen rechtspopulistischer und anderer Parteien (Pickel/Öztürk, »Die Bedeutung antimuslimischer Ressentiments«, S. 324); Ablehnung von Nachbarn = »Auf dieser Liste stehen eine Reihe ganz verschiedener Personengruppen. Könnten Sie einmal alle diejenigen benennen, die Sie nicht gern als Nachbarn hätten?« (hier: Muslime); Angaben in Prozent.

kerung bei der Jobvergabe zu berücksichtigen. Darüber hinaus besteht ein Zusammenhang zwischen der Ablehnung von Muslimen und dem Festhalten am Abstammungsprinzip, also dass man nur richtig deutsch, polnisch, tschechisch etc. sein kann, wenn man dementsprechende Vorfahren mit der jeweiligen Nationalität hat. Bei Betrachtung der Länderdifferenzen fallen einige osteuropäische Länder auf, in denen sowohl die Ablehnung von Muslimen vergleichsweise hoch ist, als auch das mangelnde Vertrauen in Menschen anderer Nationen und Religion, der Wunsch nach Bevorzugung der autochthonen Bevölkerung bei knapper Arbeit und auch die Zustimmung zum *ius sanguinis*-Prinzip. Dabei handelt es sich um die Slowakei, Litauen, Tschechien und Armenien. Tendenziell eher offen und pluralistisch sind westeuropäische und skandinavische Länder wie Großbritannien, Frankreich, Dänemark, Norwegen, Island, Norwegen, Schweden und die Schweiz. Ähnlich wie im ALLBUS wurde im EVS nach dem Vertrauen in Institutionen gefragt, sodass wir die Möglichkeit haben, den Zusammenhang zwischen der Ablehnung von Muslimen und dem institutionellen Vertrauen zu überprüfen. Aus 17 Items zu Vertrauens wurde einen Index institutionelles Vertrauen gebildet, der eine hohe interne Konsistenz aufweist (Cronbach's Alpha=,902). Inkludiert

sind das Vertrauen in die Regierung, in politische Parteien, das Justizsystem, das Gesundheitswesen, die UN, die EU, das Sozialsystem, der öffentliche Dienst, das Parlament, Gewerkschaften, Presse, das Bildungssystem, die Armee, die Polizei, Umweltorganisationen, große Firmen und Social Media.

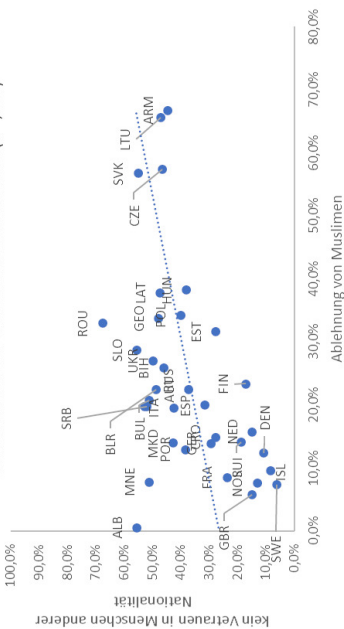
Wenig überraschend ist das institutionelle Vertrauen in ost- und südosteuropäischen Ländern wie Kroatien, Bulgarien, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Tschechien, Nordmazedonien, Slowenien, Ukraine, Rumänien, Polen, Armenien, Montenegro und Ungarn besonders niedrig. Darüber hinaus wird im EVS nach der Wichtigkeit der Demokratie für die Befragten gefragt, der Zufriedenheit mit der Demokratie im Land und dem politischen System. Um den Rahmen nicht zu sprengen, wird hier nur auf die Zusammenhänge der gepoolten EVS Daten eingegangen (siehe Tabelle 4). Das institutionelle Vertrauen, die Wichtigkeit der Demokratie und die Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Land und dem politischen System stehen in Zusammenhang mit der Ablehnung von Muslim:innen und dem Islam.

Zersetzungspotentiale/Basiselemente für Demokratie	Indikatoren	Antimuslimische Einstellungen
Intoleranz	Ausländerfeindlichkeit ^a	,233***
Demokratieunterstützung	Wichtigkeit der Demokratie ^b	-,108***
Institutionelles Vertrauen	Zufriedenheit mit Demokratie im eigenen Land ^c	-,101***
	Zufriedenheit mit dem politischen System	-,083***

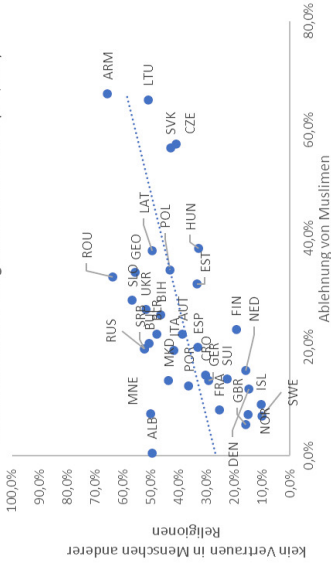
Tabelle 4: Antiislamische und antimuslimische Einstellungen und politische Unterstützung.
Quelle: European Values Study 2017–2021, eigene Berechnungen; hier gepoolte Daten aller Länder; dargestellt Cramers V; *** = Wert signifikant bei $p < .001$; ** = $p < .01$; * = $p < .05$; alle Werte signifikant; a »Wenn die Arbeitsplätze knapp sind, sollten die Arbeitgeber Deutsche gegenüber Ausländern vorziehen« (Antworten: stimme voll und ganz zu, stimme zu, weder noch, stimme nicht zu, stimme überhaupt nicht zu); b »Wie wichtig ist es für Sie, in einem Land zu leben, das demokratisch regiert wird? (Antwortskala: 1= überhaupt nicht wichtig bis 10=absolut wichtig); c »Und was meinen Sie, wie demokratisch wird [Nation] heutzutage regiert? (Antwortskala: 1=überhaupt nicht demokratisch bis 10=ganz und gar demokratisch); Wie zufrieden sind Sie damit, wie das politische System in [Nation] heutzutage funktioniert? (Antwortskala: 1=überhaupt nicht zufrieden bis 10=voll und ganz zufrieden.

Antimuslimische Einstellungen stehen somit der pluralen Demokratie europaweit entgegen. Dabei gibt es zwar regionale Variationen, aber dort, wo in der Bevölkerung höhere antimuslimische Einstellungen vorherrschen, nimmt die Zahl antidemokratischer Vorstellungen zu, erhöht sich das Verständnis eines exklusiv homogenen gesellschaftlichen Zusammenhalts und sind die Rahmenbedingungen besser für einen Erfolg extrem rechter Parteien. Für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt in Demokratien ist diese Konstellation von

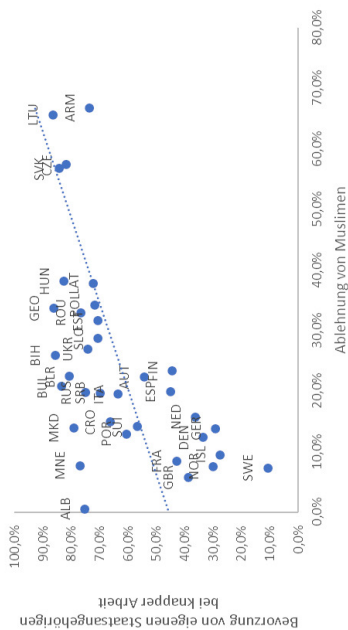
Ablehnung von Muslimen und mangelndes Vertrauen in Menschen anderer Nationalität nach Ländern ($R^2=203$)



Ablehnung von Muslimen und mangelndes Vertrauen in Menschen anderer Religionen nach Ländern ($R^2=266$)



Ablehnung von Muslimen und Benachteiligung von Ausländern nach Ländern ($R^2=321$)



Ablehnung von Muslimen und Zustimmung zum Abstammungsprinzip nach Ländern ($R^2=203$)

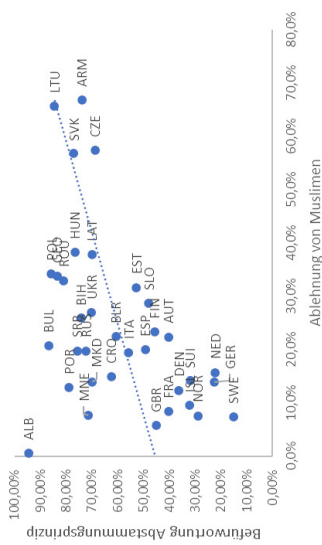


Abbildung 4: Ablehnung von Muslimen, mangelndes Vertrauen in Menschen anderer Religionen und Nationen und Zustimmung zum Abstammungsprinzip nach Ländern (EVS 2017–2021).

Quelle: European Values Study 2017, eigene Berechnungen; Ablehnung von Muslimen siehe Abbildung 2, mangelndes Vertrauen: »Bitte geben Sie an, inwieweit Sie Vertrauen haben in... hier: Menschen anderer Nationalität und Menschen anderer Religion« (hier: vertraue kaum bzw. vertraue gar nicht); Benachteiligung von Ausländern: »Wenn die Arbeitsplätze knapp sind, sollten die Arbeitgeber Deutsche gegenüber Ausländern vorziehen« (hier: stimme voll und ganz bzw. stimme zu), Zustimmung zum Abstammungsprinzip: »Bitte geben Sie an, wie wichtig diese Eigenschaft ist, um wirklich [Nationalität] zu sein: [Nationalität] Vorfahren zu haben (hier: sehr wichtig bzw. ziemlich wichtig), Angaben in Prozent.

antimuslimischen Einstellungen und Erfolgen von Rechtspopulist:innen toxisch. Die transregionale und transnationale Perspektive liegt in der Dualität von antidemokratischen, antipluralistischen Formierungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die demokratischen pluralistischen Verständnissen gegenüberstehen.

7. Fazit: Antimuslimische Einstellungen als Treibstoff rechtspopulistischer Mobilisierung und europaweite Gefährdung eines demokratischen Zusammenhalts

Die Analyse sowohl des deutschen Falls als auch anderer europäischer Länder zeigt, dass anti-muslimische und antiislamische Einstellungen die Wahl rechtspopulistischer Parteien fördern. Der Effekt ist deutlich stärker als Indikatoren objektiver Deprivation. Mit Blick auf die These der Modernisierungsverlierer begünstigt eine ungünstige subjektive Einschätzung der sozialen Lage und eine kollektiv empfundene Abstiegsangst die Wahl rechtspopulistischer Parteien. Ökonomische Benachteiligung spielt kaum eine Rolle, eine gefühlte kulturelle Bedrohung in Verbindung mit rassistischen Grundüberzeugungen dafür umso mehr. Hier kann man an sozialpsychologische Ansätze anschließen.⁴⁶ Mit Blick auf globale Wahrnehmungen wird die Globalisierung zur kulturellen Bedrohung und die muslimischen Migrant:innen und in Erweiterung alle in europäischen Staaten lebende Muslim:innen werden als personifizierter Ausdruck dieser Bedrohung gesehen (entsprechend der *Terror-Management-Theory*). Dies wird am markantesten sichtbar in der Verschwörungserzählung des »Großen Austausches«, welche das Szenario eines Austausches der weißen, christlichen Bevölkerung durch Muslim:innen präsentiert. Dass dabei die Jüd:innen die Drahtzieher sind, zeigt nur, dass die Wut der Rechtspopulist:innen und Rechtsextremisten nicht allein Muslim:innen trifft.

Doch damit nicht genug. Antimuslimische und antiislamische Einstellungen nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Staaten Europas erweisen sich als problematisch für den gesellschaftlichen bzw. demokratischen Zusammenhalt. Sie tragen zur Unzufriedenheit mit der Demokratie bei und korrespondieren mit mangelndem Vertrauen in demokratische und andere für den Zusammenhalt relevante Institutionen. Antimuslimische und antiislamische Einstellungen verbinden sich mit einem exkludierenden Verständnis einer ethnischen Gemeinschaft – und dieses ist in einer auf Pluralismus angelegten Demokratie

⁴⁶ Pickel/Pickel/Yendell, »Zersetzungspotenziale«.

problematisch. Fremdheitszuschreibungen, rassistische Abwertung und Vorurteile, wie sie von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien bestärkt werden, erweisen sich als toxisch für die liberale und pluralistische Demokratie. Sie sind orientiert an einem homogenisierenden Zusammenhalt, der alle, die man als »anders« ansieht, ausschließt. Da die liberale Demokratie mit ihrer pluralen Auffassung einem so homogen-ethnozentristischen Menschenbild entgegensteht, ist der Sturz der Demokratie auch für Rechtspopulist:innen, wie für andere Akteure der extremen Rechten, eine zentrale Angelegenheit. Dies wird an der transnationalen Vernetzung rechter Akteure und Politiker:innen, der Ähnlichkeit der Ideologie und den antidemokratischen Wünschen von Anhänger:innen dieser Parteien erkennbar.

Die bestehenden antimuslimischen und antiislamischen Einstellungen spielen für den Erfolg rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien eine große Rolle, sind sie doch ein mobilisierbares Potential in verschiedene Kreise der Bevölkerung hinein (40–50 Prozent antimuslimischer und antiislamischer Einstellungen). Wie die vergleichende Analyse für Europa zeigt, gibt es regionale Unterschiede in der Ausprägung der Einstellungen. So übersteigt die Ablehnung des Islam und von Muslim:innen in den meisten Staaten Osteuropas die in den meisten Staaten Westeuropas. Dies korrespondiert mit einer Erkenntnis: Ein antimuslimisches Gesellschaftsklima schafft nicht nur die Möglichkeit für Rechtspopulist:innen, an die Macht zu kommen (siehe Ungarn, Slowakei, Polen), sondern sie greift auch auf die Positionierungen anderer politischer Parteien in den Ländern über.⁴⁷ Einfach gesagt: Es ist in manchen osteuropäischen Gesellschaften *common sense*, Muslim:innen abzulehnen. Deutlich wird in diesen anderen Analysen: Antiislamische und antimuslimische Einstellungen sind in ihrer Bedeutung für ein demokratisches politisches System nicht zu unterschätzen. Sie stellen nicht nur eine Gefährdung für die von Diskriminierung betroffenen Muslim:innen, sondern auch der demokratischen Gesellschaft dar. So ist deren Gewährleistung von Pluralität, die allen Gesellschaftsmitgliedern, ob autochthon oder zugewandert, Schutz und Möglichkeiten der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe öffnet, das Feindbild von Rechtspopulist:innen, Nationalist:innen und Rechtsextremen. Weniger ökonomische und soziale Deprivation als kulturelle Ängste, kollektive Identitäten und Nationalismus (SIT) prägen den Aufschwung des Rechtspopulismus. Die durch zunehmende Globalisierung und transnationale Verflechtungen entstehende Pluralität und Vielfalt ist damit die Brücke zur Ablehnung der Globalisierung unter Anhänger:innen und Akteur:innen der extremen Rechten, wie

47 Pickel/Öztürk, »Die Bedeutung antimuslimischer Ressentiments«; Muno/Pfeiffer, *Populismus an der Macht*.

antimuslimische und antiislamische Einstellungen zumindest in Europa die Brücke zur extremen Rechten sind.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1999), *Studien zum autoritären Charakter*, 3. Aufl., Frankfurt am Main.
- Bieber, Ina/Roßteutscher, Sigrid/Scherer, Philipp (2018), »Die Metamorphosen der AfD-Wählerschaft: Von einer euroskeptischen Protestpartei zu einer (r)echten Alternative?«, *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 59, H. 3, S. 433–461. DOI: 10.1007/s11615-018-0103-y.
- Blumer, Herbert (1958), »Race Prejudice as a Sense of Group Position«, *Pacific Sociological Review*, Jg. 1, H. 1, S. 3–7.
- Diekmann, Isabell (2022), *Muslim*innen- und Islamfeindlichkeit. Zur differenzierten Betrachtung von Vorurteilen gegenüber Menschen und Religion*, Wiesbaden.
- Easton, David. (1975), »A Re-Assessment of the Concept of Political Support«, *British Journal of Political Science*, Jg. 5, H. 4, S. 435–457.
- Franz, Christian/Eratzsch, Marcel/Kritikos, Alexander S. (2018), *AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker* (DIW Wochenbericht 8), S. 135–144, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.578543.de/18-8-3.pdf.
- Fritzsche, Immo/Jonas, Eva/Ablasser, Catharina/Beyer, Magdalena/Kuban, Johannes/Manger, Anna-Marie/Schultz, Marlene (2013), »The power of we. Evidence for group-based control«, *Journal of Experimental Social Psychology*, Jg. 49, S. 19–32.
- Götz, Norbert (1997), »Modernisierungsverlierer oder Gegner der reflexiven Moderne?«, *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 26, H. 6, S. 751. DOI: 10.1515/zfsoz-1997-0601.
- Greenberg, Jeff/Solomon, Sheldon/Pyszczynski, Tom (1997), »Terror Management Theory of Self-Esteem and Cultural Worldviews: Empirical Assessments and Conceptual Refinements«, *Advances in Experimental Social Psychology*, Jg. 29, S. 61–139. DOI: 10.1016/S0065-2601(08)60016-7.
- Hambauer, Verena/Mays, Anja (2018), »Wer wählt die AfD? – Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien«, *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, Jg. 12, H. 1, S. 133–154. DOI: 10.1007/s12286-017-0369-2.
- Hidalgo, Oliver/Hildmann, Philipp W./Yendell, Alexander (2019), »Religion und Rechtspopulismus«, *Argumentation kompakt*, H. 3. https://www.hss.de/download/publications/Argu_Kompakt_2019-3_Religion.pdf.
- Hjerm, Mikael (2007), Do numbers really count? Group threat theory revisited, *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Jg. 33, S. 1253–1275.
- (1998), »National Identities, National Pride and Xenophobia: A Comparison of Four Western Countries«, *Acta Sociologica*, Jg. 41, H. 4, S. 335–347.
- Jonas, Eva/Fritzsche, Immo (2013), »Destined to die but not to wage war: how existential threat can contribute to escalation or de-escalation of violent intergroup conflict«, *The American Psychologist*, Jg. 68, H. 7, S. 543–558. DOI: 10.1037/a0033052.
- Klein, Ansgar u. a. (Hg.) (2001), *Globalisierung – Partizipation – Protest*, Opladen.

- Kohlrausch, Bettina (2018), *Abstiegsängste in Deutschland: Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus*. Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Kriesi, Hanspeter (2001), »Nationaler politischer Wandel in einer sich denationalisierenden Welt«, in: Klein, Ansgar/Koopmans, Ruud/Geiling, Heiko (Hg.), *Globalisierung – Partizipation – Protest*, Opladen, S. 23–44.
- Lengfeld, Holger (2017), »Die ›Alternative für Deutschland‹: eine Partei für Modernisierungsverlierer?«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 69, H. 2, S. 209–232. DOI: 10.1007/s11577-017-0446-1.
- Lux, Thomas (2018), »Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die ›Alternative für Deutschland‹: eine Partei für Modernisierungsverlierer?«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 70, H. 2, S. 255–273. DOI: 10.1007/s11577-018-0521-2.
- McCutcheon, Allan L. (2000), »Religion und Toleranz gegenüber Ausländern. Eine vergleichende Trendanalyse fremdenfeindlicher Gesinnung nach der Vereinigung Deutschlands«, in: Pollack, Detlef/Pickel, Gert (Hg.), *Religiöser und kirchlicher Wandel in Ostdeutschland 1989–1999*, Opladen, S. 87–104.
- Merkel, Wolfgang (2017), »Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie«, in: Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas (Hg.), *Parties, Governance and Elites. The Comparative Study of Democracy*, Wiesbaden, S. 9–23.
- Muno, Wolfgang/Pfeiffer, Christian (2020), *Populismus an der Macht. Strategien und Folgen populistischen Regierungshandelns*, Wiesbaden.
- Nauenburg, Ricarda (2005), *Globalisierung und rechtspopulistische Wahlerfolge*, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB Discussion Paper), <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2005/i05-201.pdf> (letzter Zugriff 12.01.2023).
- Pickel, Gert/Öztürk, Cemal (2022), »Die Bedeutung antimuslimischer Ressentiments für die Erfolge des Rechtspopulismus in Europa – Konzeptuelle Überlegungen und empirische Befunde«, in: Wohlrab-Sahar, Monika/Tezcan, Levent (Hg.), *Islam in Europa. Institutionalisierung und Konflikt*, Baden-Baden, S. 303–355.
- Pickel, Gert/Pickel, Susanne (2022), *Demokratie*, München.
- Pickel, Gert/Pickel, Susanne (2021), »Gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Angst vor ihrem Schwund. Analysen zur Existenz, Ursachen und Folgen gesellschaftlichen Zusammenhalts am Beispiel Sachsen«, in: Kailitz, Steffen/Pickel, Gert/Genswein, Tobias (Hg.), *Sachsen zwischen Integration und Desintegration. Politisch-kulturelle Heimaten*, Wiesbaden, S. 111–144.
- Pickel, Gert/Pickel, Susanne (2018), »Migration als Gefahr für die politische Kultur? Kollektive Identitäten und Religionszugehörigkeit als Herausforderung demokratischer Gemeinschaften«, *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft (ZfVP)*, Jg. 12, H. 1, S. 297–320.
- Pickel, Gert/Pickel, Susanne/Yendell, Alexander (2020), »Zersetzungsprozesse einer demokratischen politischen Kultur: Verschwörungstheorien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt?«, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020*, Gießen, S. 89–118.
- Pickel, Gert/Yendell, Alexander (2016), »Islam als Bedrohung?«, *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, Jg. 10, H. 3–4, S. 273–309. DOI: 10.1007/s12286-016-0309-6.
- Pickel, Gert/Yendell, Alexander (2018), »Religion als konfliktärer Faktor im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Muslimfeindschaft und AfD-Wahl«, in: Decker, Oliver/Brähler, El-

- mar (Hg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*, Gießen, S. 217–242.
- Pickel, Susanne (2019), »Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt?«, in: Korte, Karl-Rudolf (Hg.), *Die Bundestagswahlen 2017*, Wiesbaden, S. 145–175.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2006), *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*, Wiesbaden.
- Pollack, Detlef/Müller, Olaf/Rosta, Gergely/Nils, Friedrichs/Yendell, Alexander (2014), *Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa*, Wiesbaden.
- Rippl, Susanne/Baier, Dirk (2005), »Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 57, H. 4, S. 644–666.
- Rippl, Susanne/Seipel, Christian (2018), »Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 70, H. 2, S. 237–254. DOI: 10.1007/s11577-018-0522-1.
- Schröder, Martin (2018), »AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich«, *SOEPpapers on Multidisciplinary Data Research*, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.595120.de/diw_sp0975.pdf.
- Sidanius, Jim/Pratto, Felicia (1999), *Social Dominance. An Intergroup Theory of Social Hierarchy and Oppression*, Cambridge.
- Spier, Tim (2010), *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*, Wiesbaden. Online verfügbar unter <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=751595>.
- Stephan, Walter G./Diaz-Loving, Rolando/Duran, Anne (2000), »Integrated Threat Theory and Intercultural Attitudes«, *Journal of Cross-Cultural Psychology*, Jg. 31, H. 2, S. 240–249. DOI: 10.1177/0022022100031002006.
- Stouffer, Samuel Andrew (1963), *Communism, Conformity, and Civil Liberties. A Cross-Section of the Nation Speaks Its Mind*, Gloucester, MA.
- Tajfel, Henri/Turner, John C. (1986), »The Social Identity Theory of Intergroup Behavior«, in: Worchel, Stephen/Austin, William G. (Hg.), *Psychology of Intergroup Relations*, 2. Aufl., Chicago, S. 7–24.
- Task Force FGZ-Datenzentrum (2022), *Gefährdeter Zusammenhalt? Polarisierungs- und Spaltungstendenzen in Deutschland*. Bremen. <https://doi.org/10.26092/elib/1739>.
- Uenal, Fatih (2016), »Disentangling Islamophobia: The differential effects of symbolic, realistic, and terroristic threat perceptions as mediators between social dominance orientation and Islamophobia«, *Journal of Social and Political Psychology*, Jg. 4, H. 1, S. 66–90. DOI: 10.5964/jsppp.v4i1.463.
- Weins, Cornelia (2004), *Fremdenfeindliche Vorurteile in den Staaten der EU*, Wiesbaden.
- Yendell, Alexander/Pickel, Gert (2019), »Islamophobia and anti-Muslim feeling in Saxony – theoretical approaches and empirical findings based on population surveys«, *Journal of Contemporary European Studies*, S. 1–15. DOI: 10.1080/14782804.2019.1680352.
- Yendell, Alexander (2014), »Warum die Bevölkerung Ostdeutschlands gegenüber Muslimen ablehnender eingestellt ist als die Bevölkerung Westdeutschlands« in: Pollack, Detlef/ Müller, Olaf/Rosta, Gergely/Friedrichs, Nils und Yendell, Alexander (Hg.): *Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa*. Wiesbaden, S. 59–78.

Zürn, Michael/de Wilde, Pieter (2016), „Debating Globalization. Cosmopolitanism and Communitarianism as Political Ideologies«, *Journal of Political Ideologies*, Jg. 21, H. 3, S. 280–301.

Erinnerungskulturen in der Post-Migrationsgesellschaft: Eine empirische Analyse von Motivationen und Bedingungen der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland

Leon Walter, Jonas Rees und Michael Papendick

Abstract

Erinnerungskultur kann Zusammenhalt stiften oder verstärken, etwa, wenn gemeinsam durchlebte Ereignisse erinnert werden. Sie kann Zusammenhalt allerdings auch schwächen oder gefährden, wenn Konflikte darum entstehen, was, wie oder ob überhaupt erinnert werden soll. Kontroverse Diskussionen um die Erinnerungskultur(en) in der deutschen Einwanderungsgesellschaft werden etwa um die Frage geführt, ob Menschen mit internationaler Geschichte weniger interessiert daran seien, sich mit der NS-Geschichte auseinanderzusetzen. Diese Frage soll im vorliegenden Kapitel auf der Grundlage einer im Spätsommer 2021 durchgeführten Online-Befragung von 3.485 Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren diskutiert werden. Analysiert wird dabei, in welchem Zusammenhang berichtete Migrationsgeschichte mit der Frage steht, wie intensiv junge Erwachsene sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinandergesetzt haben und welche Rolle die Geschichte ihrer Familie dabei spielt. Sozioökonomische Faktoren werden ebenso wie gesellschaftspolitische Einstellungsmaße berücksichtigt, um zu überprüfen, ob bzw. inwiefern die individuelle Auseinandersetzung mit der deutschen NS-Vergangenheit »eine Frage der Migration« ist und welche Bedarfe historisch-politischer Bildungsangebote sich auf Grundlage dieser Analysen ableiten lassen.

Keywords: Erinnerungskultur; Post-Migrationsgesellschaft; soziale Identität; Zusammenhalt; historisch-politische Bildung

Für gesellschaftliches Zusammenleben sind gemeinsame Erinnerungen als geteilte historische Bezugspunkte unverzichtbar. Wenn Ereignisse geschehen, die Regionen oder ganze Länder und das Leben von Menschen direkt und unmittelbar betreffen, Emotionen in ihnen auslösen oder ihr Zusammenleben verändern, dann bilden Individuen soziale Repräsentationen dieser Ereignisse, selbst wenn sie sie nicht selbst erlebt haben.¹ Soziale Repräsentationen verleihen sozialen Interaktionen Struktur, indem sie ein Werte- und Kommunikationssystem liefern, an dem Individuen sich orientieren können, beinhalten Begrifflichkeiten, Symbole oder Normen, welche von Personengruppen oder Gesellschaften geteilt werden. Auch wenn Inhalt, Ausmaß der Detailliertheit oder Bewertungen einer sozialen Repräsentation zwischen Individuen oder Gruppen variieren können, so existieren für bestimmte Themen soziale Repräsentationen, über die jeweils zu einem gewissen Ausmaß gesellschaftlicher Konsens besteht.² Soziale Repräsentationen sind für geteilte Erinnerungen besonders relevant, da weit verbreitete soziale Repräsentationen sich häufig auf historische Ereignisse beziehen.³ Liu und Hilton beschreiben drei Funktionen, die soziale Repräsentationen historischer Ereignisse erfüllen: Sie erklären einer sozialen Gruppe, wer »Freund und Feind« ist; sie beschützen die soziale Identität;⁴ und sie liefern kognitive Strukturierung, anhand derer Personen sich erklären, wie ihre soziale Gruppe entstanden ist. Soziale Repräsentationen von Geschichte, also geteilte Erinnerungen, geben Auskunft darüber, wo »wir« herkommen, was »unsere« Aufgabe in der Welt ist und letztlich wer »wir« sind.⁵ Solche geteilten Erinnerungen können über die Kommunikation von Werten, Normen und historischen Bezugspunkte gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern.⁶

Im Rahmen des »Multidimensionalen Erinnerungsmonitors« (MEMO) wurde über fünf Jahre hinweg anhand repräsentativer Stichproben untersucht, welche sozialen Repräsentationen des Nationalsozialismus (NS) Menschen in Deutschland teilen und wie diese mit Einstellungen zu Erinnerungskultur und gesellschaftlichem Zusammenhalt einhergehen.⁷ Unklar und immer wieder Thema von Diskussionen und Nachfragen ist jedoch, ob sich die Motivation, sich mit der NS-Zeit auseinanderzusetzen, zwischen Personen mit und ohne internationale Familiengeschichte und familiären Bezug zur NS-Zeit unterscheidet.

1 Liu/Hilton, »How the Past Weighs on the Present«; Moscovici, *Theory and Society in Social Psychology*.

2 Moscovici, *Theory and Society in Social Psychology*.

3 Liu/Hilton, »How the Past Weighs on the Present«.

4 Tajfel/Turner, »The Social Identity Theory of Intergroup Behavior«.

5 Liu/Hilton, »How the Past Weighs on the Present«.

6 Paez/Liu, »Collective Memory of Conflicts«.

7 Papendick/Rees/Scholz/Zick, »MEMO: Multidimensionaler Erinnerungsmonitor Studie IV«; Rees/Zick/Papendick/Wäsche, »MEMO: Multidimensionaler Erinnerungsmonitor Studie II«.

Wie Personen mit internationaler Familiengeschichte, deren Vorfahren nur teilweise oder überhaupt nicht in Deutschland zur Zeit des NS gelebt haben, zur Erinnerung daran stehen, welche Erwartungen an gemeinsame Erinnerung sie haben und wie interessiert sie persönlich an der NS-Zeit sind, soll Gegenstand dieses Beitrags sein. Weitergehend soll er sich der Frage widmen, ob es erinnerungskulturelle Wünsche von Menschen mit Migrationsgeschichte gibt, die über die NS-Zeit hinausgehen. Der Beitrag basiert auf Ergebnissen der MEMO-Jugendstudie, die im Spätsommer 2021 durchgeführt wurde,⁸ soll sich der Frage widmen, welche (verschiedenen) Erinnerungskultur(en) die junge Generation in der deutschen Post-Migrationsgesellschaft prägen und wie die Repräsentation von persönlicher Geschichte in deutscher Erinnerungskultur mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt zusammenhängt. Wenn hier von Menschen »mit internationaler Familiengeschichte« bzw. »Migrationsgeschichte« die Rede ist, dann meinen wir damit solche, von denen mindestens ein Elternteil oder sie selbst nicht in Deutschland geboren wurden. Damit orientieren wir uns an der Definition des Statistischen Bundesamts.⁹

1. Erinnerung, soziale Identität und gesellschaftlicher Zusammenhalt

In Lius und Hiltons Ansatz werden soziale Repräsentationen mit der Theorie sozialer Identität verknüpft.¹⁰ Letztere postuliert, dass Personen ihre Zugehörigkeit zu (»ihren«) sozialen Gruppen in ihre Identität bzw. ihr Selbstkonzept integrieren. Während ihre soziale Identität für viele Personen eine Ressource darstellt, die ihren Selbstwert schützt oder erhöht, etwa, wenn der Sportverein, dem man sich zugehörig fühlt, erfolgreich ist,¹¹ kann die Identifikation als »Deutsche:r« wegen der Verbrechen der NS-Zeit ebenso ein Anlass sein, sich zu schämen oder sich schuldig zu fühlen.¹² Tatsächlich fühlen sich Personen, die den NS als wichtigstes Ereignis der deutschen Geschichte benennen, beim Gedanken an die deutsche Geschichte schlechter als Personen, die die Wiedervereinigung nennen¹³ und

8 Papendick/Rees/Scholz/Walter/Zick, »MEMO: Multidimensionaler Erinnerungsmonitor Jugendstudie«.

9 Statistisches Bundesamt, »Migrationshintergrund«, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Glossar/migrationshintergrund.html>.

10 Tajfel/Turner, »The Social Identity Theory of Intergroup Behavior«.

11 Cialdini/Borden/Thorne/Walker/Freeman/Sloan, »Basking in reflected glory«.

12 Doosje/Branscombe/Spears/Manstead, »Guilty by Association«; Imhoff/Bilewicz/Erb, »Collective Regret Versus Collective Guilt«.

13 Z. B. Rees/Zick/Papendick/Wäschle, »MEMO: Multidimensionaler Erinnerungsmonitor Studie II«.

identifizieren sich auch weniger als »deutsch«¹⁴ – möglicherweise, weil dies einen identitätsschützenden psychologischen Mechanismus darstellt, bei dem Personen mit stärker ausgeprägter nationaler Identität die NS-Zeit als weniger wichtigen historischen Abschnitt in der deutschen Geschichte wahrnehmen.¹⁵

Personen fühlen sich auch dann schuldig für die Verbrechen ihrer Vorfahren, wenn sie nicht selbst an diesen Taten beteiligt waren.¹⁶ Ein Grund dafür ist, dass Personen eine Kontinuität ihrer heutigen sozialen Gruppe zur Gruppe der Vergangenheit – also der Gruppe, die Verbrechen begangen hat – wahrnehmen.¹⁷ Weil sie sich mit der Gruppe identifizieren, die in der Vergangenheit ein Verbrechen begangen hat, können sich Menschen demnach stellvertretend für Angehörige dieser Gruppe schämen. Auf Personen mit internationaler Geschichte, die also nur teilweisen oder überhaupt keinen familiären Bezug zur Zeit des NS in Deutschland haben, lassen sich solche Überlegungen nicht unmittelbar anwenden. Hierbei ist eine Entkoppelung ihrer sozialen Identität als »Deutsche«, sofern sie überhaupt vorliegt, von der NS-Zeit zu erwarten. Sie können sich mit dem NS auseinandersetzen, ohne dabei mit ihrem Selbstbild vereinen zu müssen, dass sie direkt von Vorfahren abstammen, die den NS womöglich als Täter:innen oder Mitläufer:innen unterstützt haben.¹⁸ Es resultiert eine soziale Identität, die möglicherweise (mehr oder weniger) »Deutschsein«, in vielen Fällen aber keine persönliche Verbindung zu potenziellen NS-Täter:innen oder -Unterstützer:innen beinhaltet. Ob eine solche soziale Identität auch mit dem Bezug zu und dem Umgang mit der NS-Zeit von Menschen mit internationaler Geschichte zusammenhängt, ist theoretisch wie praktisch relevant, aber bislang nach unserem Wissen nicht systematisch empirisch untersucht worden und damit unklar. So könnte es Menschen mit internationaler Geschichte leichter fallen, die Verbrechen des NS zu verurteilen und die Verantwortung dafür auch bei der deutschen Bevölkerung zu sehen, weil sie nicht die Auswirkungen einer Bedrohung ihrer sozialen Identität als womöglich von Nationalsozialist:innen abstammend regulieren müssen.¹⁹ Es liegt auch nahe, dass ohne eigene familiäre Verstrickungen eine kritische(re) Distanz zur deutschen Bevölkerung während der NS-Zeit ermöglicht wird. Es sollen daher im Folgenden auch Einschätzungen zur NS-Zeit – beispielsweise die Frage nach Mitverantwortung der damaligen deutschen Bevölkerung – betrachtet werden.

14 Eigene Analyse der Daten.

15 Doosje/Branscombe/Spears/Manstead, »Guilty by Association«.

16 Imhoff/Bilewicz/Erb, »Collective Regret Versus Collective Guilt«.

17 Peetz/Gunn/Wilson, »Crimes of the Past«; Sani/Bowe/Herrera/Manna/Cossa/Miao/Zhou, »Perceived Collective Continuity«.

18 Sani u.a., »Perceived Collective Continuity«.

19 Branscombe/Ellemers/Spears/Doosje, »The Context and Content of Social Identity Threat«.

In Deutschland nimmt die NS-Zeit in der Diskussion über und im Inhalt von Erinnerungskultur in aller Regel den größten Raum ein.²⁰ Ein Weg, durch den die Erinnerung an den NS institutionell befördert wird, durch den also geteilte Erinnerungen tradiert werden, ist der Schulunterricht. Vor allem junge Menschen gaben in den MEMO-Umfragen an, in der Schule viel über den NS gelernt zu haben.²¹ In MEMO I berichteten beispielsweise über 97 Prozent der Befragten, in der Schule mit dem NS konfrontiert worden zu sein. Durch Schule, Gedenkort, Mahnmale oder Gedenktage wird damit eine präskriptive Norm vermittelt²², der NS sei *das* zentrale, beachtenswerte Ereignis in der deutschen Geschichte. Ob Personen mit internationaler Geschichte sich in Anbetracht dieser Norm in vergleichbarem Ausmaß wie Personen ohne internationale Geschichte von der vorherrschenden Erinnerungskultur in Deutschland angesprochen fühlen, ist bislang nur unzureichend geklärt. Ihnen könnten etwa auch andere historische Ereignisse wichtig sein. Hier sind beispielsweise der Zuzug von Gastarbeiter:innen in die Bundesrepublik Deutschland in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren oder auch bedrohliche Ereignisse wie die rechtsextreme Mord- und Anschlagsserie durch den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) zwischen 2000 und 2007, Anschläge in Mölln 1992, in Halle 2019 oder in Hanau 2020 gemeint.

Im Zugang zu gemeinsamer Erinnerung spielt Familie aus mehreren Gründen eine zentrale Rolle.²³ Einerseits geht es in der Erinnerung an den NS häufig auch um die Frage der Täter:innenschaft innerhalb der eigenen Familie. Andererseits bietet die Familie einen möglichen Zugang, sich mit der NS-Zeit überhaupt erst auseinanderzusetzen, beispielsweise über Gespräche.²⁴ Wir erwarten, dass Personen mit Migrationsgeschichte den NS in Familiengesprächen seltener thematisieren, da sich ihnen beispielsweise die Frage nach der Rolle ihrer Vorfahren zur Zeit des NS im Vergleich zu Personen ohne Migrationsgeschichte seltener oder gar nicht stellt. Gleichzeitig ist die Geschichte ihrer Zuwanderung stets auch eine Geschichte ihrer Familie. Ein Abbild dieser Geschichte in der deutschen Erinnerungskultur, das die Beiträge ihrer Vorfahren zur deutschen Gesellschaft würdigt, könnte Personen mit internationaler Familiengeschichte dabei helfen sich der deutschen Gesellschaft zugehörig zu fühlen.²⁵ Ob Menschen sich auch in

20 Für eine Beschreibung, s. z. B. Assmann, *Der lange Schatten der Vergangenheit*. Vgl. Faulenbach, *Die Erinnerungskultur Deutschlands*.

21 Rees/Papendick/Zick/Wäschle, »MEMO: Multidimensionaler Erinnerungsmonitor Studie I«; Rees/Zick/Papendick/Wäschle, »MEMO: Multidimensionaler Erinnerungsmonitor Studie II«; Papendick/Rees/Wäschle/Zick, »MEMO: Multidimensionaler Erinnerungsmonitor Studie III«.

22 Cialdini/Kallgren/Reno, »A focus theory of normative conduct«.

23 Erll, »Locating family in cultural memory studies«; siehe z. B. Rees/Zick/Papendick/Wäschle, »MEMO: Multidimensionaler Erinnerungsmonitor Studie II«.

24 Welzer/Moller/Tschuggnall, *Opa war kein Nazi*.

25 Z. B. Gogos, »Für eine Erinnerungskultur der Migrationsgesellschaft«.

ihrer Familiengeschichte in der deutschen Erinnerungskultur abgebildet fühlen, könnte somit ihre Identifikation als Deutsche und den wahrgenommenen gesellschaftlichen Zusammenhalt beeinflussen.

Die hier beschriebenen Fragen reihen sich in die Debatte um einen erinnerungskulturellen »Katechismus der Deutschen«²⁶ ein. Diesen Katechismus beschreiben Autor:innen so, dass Institutionen mit ihrer vorgegebenen Erinnerungskultur in Deutschland forderten, der Holocaust dürfe nicht mit anderen Genoziden oder historischen Verbrechen verglichen werden.²⁷ In der Folge, so Dirk Moses,²⁸ würden spezifische Opfergruppen der deutschen Vergangenheit in der deutschen Erinnerungskultur unterrepräsentiert. Der vorliegende Beitrag soll zu dieser Debatte anhand sozialpsychologischer empirischer Befunde zu den Perspektiven junger Menschen mit Migrationsgeschichte beitragen. Er soll (post-)migrantische Perspektiven auf die von Moses gestellte Frage liefern, inwiefern die deutsche Erinnerungskultur »alle Opfer des deutschen Staats [...] – auch BPoC, inkl. Juden und Jüdinnen und Muslime und Muslimas, [Einwander:innen] und ihre Nachfahren«²⁹ berücksichtigt. Wir generalisieren diese Überlegungen auf die deutsche Post-Migrationsgesellschaft und stellen die Frage, ob junge Menschen mit internationaler Familiengeschichte sich (weniger) von und in der deutschen Erinnerungskultur repräsentiert fühlen.

In den folgenden Analysen soll nach einer allgemeinen Bestandsaufnahme zu Einstellungen und Einschätzungen zum NS zusammenfassend das Vorliegen einer Migrationsgeschichte einerseits mit Einstellungen zum NS und zu Erinnerungskultur, andererseits mit Indikatoren von Zugehörigkeitsgefühl, Identifikation und wahrgenommenem gesellschaftlichem Zusammenhalt in Verbindung gebracht werden. Zuletzt betrachten wir offene Antworten von Personen mit Migrationsgeschichte zu Wünschen und Bedürfnissen nach Erinnerungskultur. So sollen Potenziale zur Integration möglicherweise disparater oder auseinanderdriftender Erinnerungskulturen in Deutschland aufgezeigt sowie potenziell aufschlussreiche Folgeuntersuchungen durch die Formulierung offener Forschungsfragen stimuliert werden.

In all diesen Überlegungen muss berücksichtigt werden, dass zahlreiche sozioökonomische Variablen mit internationaler Geschichte und den erwähnten Zielvariablen korreliert sind. In den statistischen Verfahren wird daher der Einfluss von beispielsweise Bildungsniveau und Haushaltsnettoeinkommen berücksichtigt, um zu klären, ob Einstellungen zum NS und daraus resultierenden

26 Moses, »Der Katechismus der Deutschen«.

27 Z.B. Sznaider, *Fluchtpunkte der Erinnerung*.

28 Moses, »Der Katechismus der Deutschen«.

29 Ebd., letzter Absatz.

Konsequenzen für gesellschaftlichen Zusammenhalt wirklich eine »Frage der Migration« sind. Zunächst folgt eine Beschreibung der Stichprobe, welche die Ausprägung der sozioökonomischen Variablen nach Migrationsgeschichte ins Auge nimmt.

2. Methode

Im Spätsommer 2021 wurden 3.485 Personen im Alter von 16 bis 25 Jahren zu verschiedenen Fragen der deutschen Erinnerungskultur und zum NS befragt. Dieses »MEMO-Jugendpanel«³⁰ wurde in zwei Erhebungswellen als Online-Befragung durchgeführt. Die vorliegenden Analysen basieren auf der ersten Erhebungswelle und sind damit rein korrelativ, erlauben also in der Regel keine Kausalschlüsse. Eine vorliegende Migrationsgeschichte wurde im Nachgang kodiert, wenn die Befragten angaben, dass sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren wurden. 215 Personen gaben an, sie seien nicht selbst in Deutschland geboren worden. 210 Personen gaben an, dass nur die Mutter und 231 Personen gaben an, dass nur der Vater in Deutschland geboren worden seien. 733 Personen gaben an, dass beide Eltern nicht in Deutschland geboren worden seien. Für 1.238 Teilnehmer:innen wurde folglich eine Migrationsgeschichte kodiert, wobei in zahlreichen Fällen mindestens zwei der drei Indikatoren für Migrationsgeschichte vorlagen.³¹ Insgesamt wurde für 2.195 Personen kodiert, dass sie keine Migrationsgeschichte aufwiesen, bei 52 Personen war aufgrund fehlender Angaben keine Kategorisierung möglich.

Befragte ohne Migrationsgeschichte waren durchschnittlich etwas älter ($M = 20.98$, $SD = 2.67$) als solche mit Migrationsgeschichte ($M = 20.57$, $SD = 2.61$), $t(3432) = 4.40$, $p < .001$, wobei der Mittelwertunterschied mit Cohens $d = 0.16$ nur gering ist. Personen mit Migrationsgeschichte gaben deutlich häufiger an, dass ihre Eltern keinen Schulabschluss hätten, benannten das Bildungsniveau der Eltern häufiger in der Kategorie »Sonstiges« und machten in allen demographischen Kategorien häufiger »Weiß nicht« bzw. keine Angaben. Sie gaben auch häufiger an, in Nordrhein-Westfalen und den Stadtstaaten zu wohnen

30 Papendick/Rees/Scholz/Walter/Zick, »MEMO: Multidimensionaler Erinnerungsmonitor Jugendstudie«.

31 Es wird angemerkt, dass es bei dieser Operationalisierung möglich ist, dass Personen mit internationaler Familiengeschichte aus unserer Stichprobe in dritter Generation in Deutschland leben, für sie jedoch keine Migrationsgeschichte kodiert wurde. Auch haben wir nicht erhoben, inwieweit Personen sich mit ihren deutschen bzw. nicht-deutschen Vorfahren identifizieren und welche Relevanz ihre (nicht-)deutschen Vorfahren jeweils für sie haben. Dies muss in Anbetracht unserer Fragen nach familiären Kontinuitäten und der Rolle der eigenen Vorfahren stets berücksichtigt werden.

und seltener in den ostdeutschen Bundesländern. Darüber hinaus ließen sich keine nennenswerten Unterschiede mit Blick auf die demographischen Angaben feststellen. Eine Übersicht über die Stichprobe vergleichend nach Migrationsgeschichte und eine Herkunftsbeschreibung kann dem Anhang entnommen werden.

In den folgenden Analysen stellen wir verschiedene geschlossene und offene Items dar, welche die Teilnehmer:innen beantworteten. Dabei reichten die Antwortmöglichkeiten jeweils von »1 – Lehne stark ab« bis »5 – Stimme stark zu« mit einer Mittelkategorie »3 – Teils/teils«. Um die Antworten im Vergleich zwischen Befragten mit und ohne Migrationsgeschichte zu untersuchen, wurden Kovarianzanalysen (ANCOVA: Analysis of Covariance) und Mediationsanalysen berechnet. In allen berichteten Modellen wurden die vier erhobenen Kovariaten (sozioökonomische Variablen: Berufstätigkeit, eigener Bildungshintergrund, Bildungshintergrund der Eltern, monatliches Haushaltsnettoeinkommen) mitaufgenommen, sodass für ihren Einfluss auf die hier beschriebenen Variablen kontrolliert wurde und Unterschiede damit klarer auf das (Nicht-)Vorliegen einer Migrationsgeschichte zurückzuführen sind. Tabellen zu signifikanten Analysen befinden sich im Anhang. Dazu werden geschätzte Randmittel, also um die Kovariaten bereinigte Mittelwerte, für Befragte mit und ohne Migrationsgeschichte aufgeführt. Zu diesen Berechnungen gehörende Abbildungen stellen dabei zusammengefasste Zustimmung- bzw. Ablehnungskategorien in Prozent dar.

3. Ergebnisse

3.1 Einschätzungen zur NS-Vergangenheit – Verantwortung der Zivilbevölkerung, potenzielle Täter-, Opfer- oder Helfer:innenschaft

Auf die Frage, inwiefern die deutsche Bevölkerung zur damaligen Zeit eine Mitverantwortung für die NS-Verbrechen trage, antworten Personen mit internationaler Geschichte signifikant eher zustimmend ($M = 3.66$, $SE = 0.03$) als Personen ohne internationale Geschichte ($M = 3.48$, $SE = 0.02$), wobei der Mittelwertunterschied nicht groß ist.³² Gleichzeitig schätzen Personen mit internationaler Geschichte die Wahrscheinlichkeit, dass sie selbst zu Täter:innen geworden wären,

32 »Würdest Du sagen, dass die damalige deutsche Bevölkerung eine Mitverantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus hatte?«

als geringer ein ($M = 1.84$, $SE = 0.04$ vs. $M = 2.06$, $SE = 0.03$).³³ Ihre Einschätzung, dass sie im NS Opfer gewesen wären, fällt hingegen deutlich höher aus ($M = 3.54$, $SE = 0.05$) als bei Personen ohne internationale Geschichte ($M = 2.61$, $SE = 0.03$).³⁴ Sie glauben außerdem eher, sie hätten potenziellen Opfern im NS geholfen ($M = 3.68$, $SE = 0.04$ vs. $M = 3.47$, $SE = 0.03$).³⁵ Abbildung 1 bildet den prozentualen Anteil der Teilnehmer:innen ab, die dem Item jeweils zugestimmt haben.

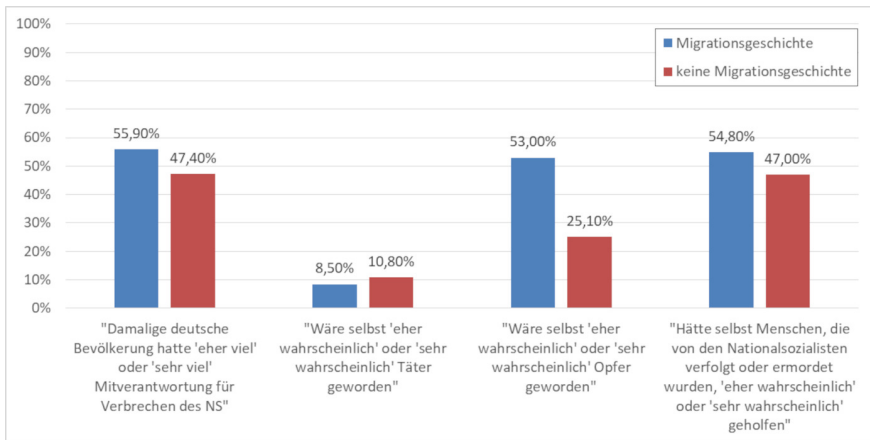


Abbildung 1: Einschätzung von Verantwortung der Zivilbevölkerung, potenzielle eigene Täter-, Opfer- oder Helfer:innenschaft

Quelle: eigene Darstellung

Während in der Einschätzung, wie viel Prozent der deutschen Bevölkerung zur NS-Zeit Täter:innen bzw. Opfer waren, zwischen Personen mit und ohne internationale Geschichte kein statistisch bedeutsamer Unterschied vorliegt, findet sich ein solcher in der Einschätzung, wie viel Prozent der deutschen Bevölkerung potentiellen Opfern geholfen haben. Personen mit internationaler Geschichte schätzen diesen Anteil nämlich höher ein ($M = 43.4$, $SE = 0.86$) als Personen ohne internationale Geschichte ($M = 38.8$, $SE = 0.55$; Abbildung 2).

33 »Wie hoch schätzt Du die Wahrscheinlichkeit ein, dass Du selbst zu einem Täter oder einer Täterin geworden wärst?«

34 »Wie hoch schätzt Du die Wahrscheinlichkeit ein, dass Du selbst zu einem Opfer geworden wärst?«

35 »Wie hoch schätzt Du die Wahrscheinlichkeit ein, dass Du selbst Menschen geholfen hättest, die von den Nationalsozialisten verfolgt und ermordet wurden?«

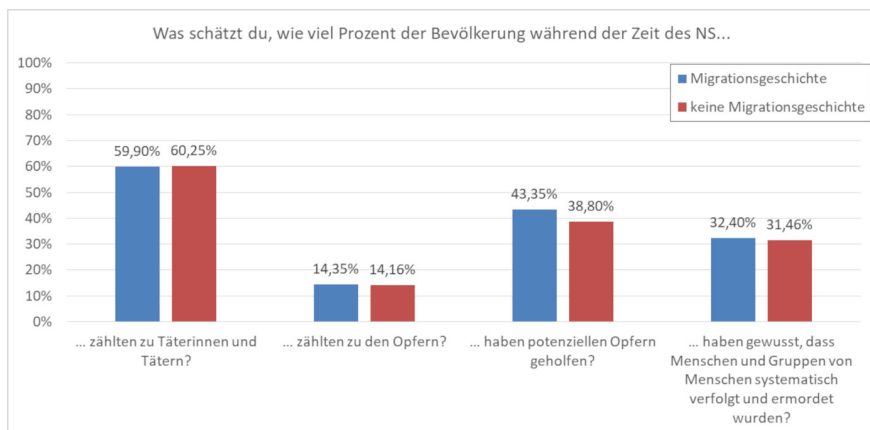


Abbildung 2: Einschätzungen zur Zivilbevölkerung während der Zeit des NS

Quelle: eigene Darstellung

3.2 Interesse am Themenfeld Geschichte und Intensität der Auseinandersetzung mit dem NS

Die Betrachtung der geschätzten Randmittel zeigt, dass das Interesse bei Personen mit internationaler Geschichte statistisch bedeutsam höher ausgeprägt ist ($M = 3.56$, $SE = 0.03$) als bei Personen ohne internationale Geschichte ($M = 3.42$, $SE = 0.02$).³⁶ Ähnlich verhält es sich mit der Beurteilung des Schulfachs Geschichte. Auch hier zeigen die geschätzten Randmittel einen statistisch bedeutsamen, wenn auch geringen Unterschied zwischen Personen mit ($M = 3.63$, $SE = 0.04$) und ohne internationale Geschichte ($M = 3.48$, $SE = 0.03$).³⁷

Diese beiden Befunde verdeutlichen, dass das Interesse an Geschichte nach Selbstauskunft im Fragebogen bei Personen mit internationaler Geschichte im Vergleich zu Personen ohne internationale Geschichte leicht höher ausgeprägt ist, wobei dieser Zusammenhang trotz statistischer Signifikanz wegen der geringen Mittelwertunterschiede eher als Tendenz betrachtet werden sollte. Auf eine stärkere Intensität der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit lässt sich dieser Befund jedoch nicht übertragen, da kein statistisch signifikanter Haupteffekt von Migrationsgeschichte auf die berichtete Intensität der Auseinandersetzung vorliegt: Diese fällt für Befragte mit und ohne internationale Familiengeschichte gleich aus. Auch geben Personen mit internationaler Geschichte an, in der Schule genauso viel über den NS gelernt zu haben wie Personen ohne internationale

³⁶ »Wie sehr interessierst Du dich ganz allgemein für das Thema Geschichte?«

³⁷ »Wie gern magst oder mochtest Du das Thema Geschichte im Schulunterricht?«

Geschichte. Außerhalb von schulischen Angeboten setzten Personen mit Migrationsgeschichte sich gleich viel mit dem Thema auseinander wie Personen ohne Migrationsgeschichte. Aus einer Liste von zehn Möglichkeiten und dazugehörigen Items von »1) – Nie« bis »5) – 4 Mal oder häufiger«, sich mit dem Thema zu befassen (beispielsweise das Schauen von Filmen oder Dokumentationen, das Besuchen von Vorträgen, Ausstellungen oder Gedenkveranstaltungen), gaben Personen mit internationaler Geschichte an, diese nicht seltener oder häufiger wahrgenommen zu haben ($M = 29.5$, $SE = 0.29$) als Personen ohne internationale Geschichte ($M = 30.1$, $SE = 0.18$). Abbildung 3 enthält unter anderem den Prozentwert der Personen, die sich im letzten Jahr bei mehr als 20 Gelegenheiten – dies entspricht etwa dem Median auf dieser Skala – mit dem NS auseinandergesetzt haben. Keiner der dargestellten Unterschiede in der Auseinandersetzung mit dem NS fällt statistisch bedeutsam aus.

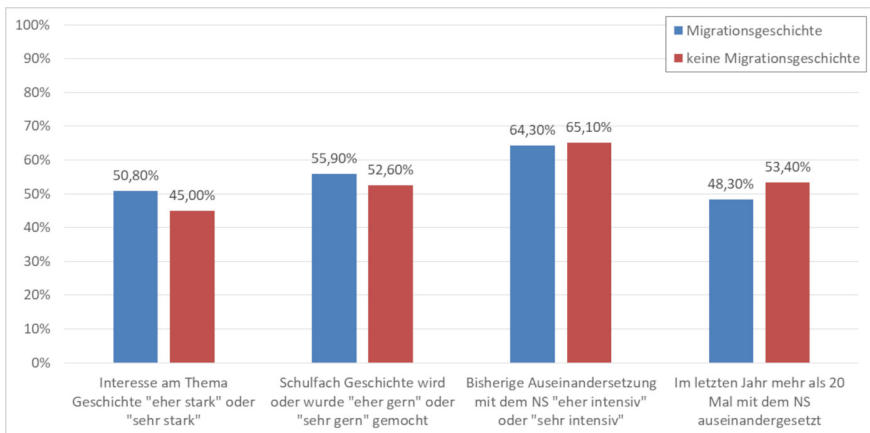


Abbildung 3: Historisches Interesse und Auseinandersetzung mit dem NS

Quelle: eigene Darstellung

3.3 Familiengeschichte, Migrationsgeschichte und deutsche Erinnerungskultur

Da Personen mit internationaler Geschichte in unserer Stichprobe selbst oder mindestens ein Elternteil seit der Zeit des NS nach Deutschland eingewandert sind, ist ein direkter familiärer Bezug zu dieser Zeit nicht in dem Ausmaß zu erwarten, wie es bei Befragten ohne Migrationsgeschichte der Fall sein sollte. Eine ANCOVA zur Frage, ob Personen sich mit der eigenen Familiengeschichte im

Kontext des NS auseinandergesetzt haben, ergab jedoch keinen statistisch signifikanten Unterschied.

Demgegenüber zeigt sich ein signifikanter Unterschied jedoch im Ausmaß, inwiefern über das Thema NS in der Familie gesprochen wird. Für Personen ohne internationale Geschichte scheint das Familiengespräch nämlich eher ein Zugang zu sein ($M = 3.78$, $SE = 0.03$) als für Personen mit internationaler Geschichte ($M = 3.44$, $SE = 0.05$). Befragte wurden auch gebeten einzuschätzen, inwiefern die Geschichte der eigenen Familie ein Teil der deutschen Erinnerungskultur sei. Diese Frage ist für gesellschaftlichen Zusammenhalt relevant, weil sie mit der Familie einen zentralen Zugang zu geteilter Erinnerung abbildet und mit gelebter Erinnerungskultur in Verbindung bringt. Hier finden sich insofern signifikante Unterschiede zwischen Personen mit und ohne internationale Geschichte, als letztere die Geschichte ihrer Familie deutlich eher als Teil der deutschen Erinnerungskultur betrachten ($M = 3.02$, $SE = 0.03$) als Personen mit internationaler Geschichte ($M = 2.48$, $SE = 0.05$). Mit anderen Worten: Personen mit Migrationsgeschichte sehen ihre Familie weniger in der deutschen Erinnerungskultur abgebildet (Abbildung 4).

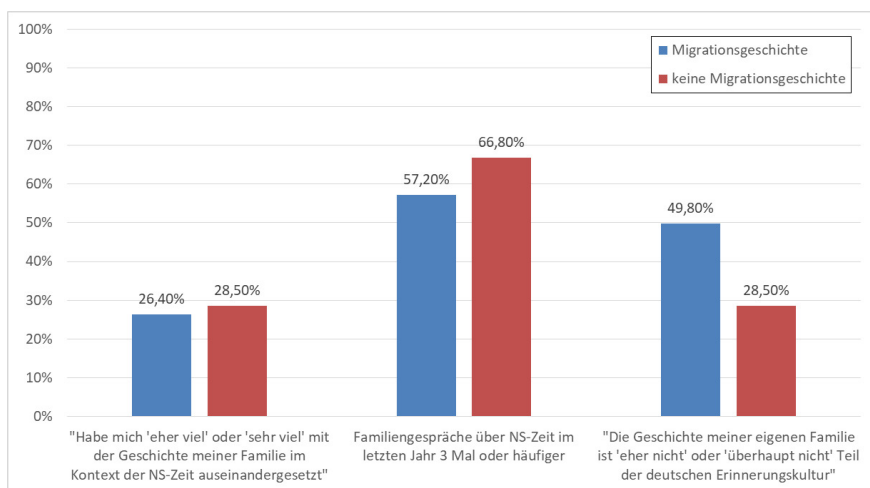


Abbildung 4: Auseinandersetzung mit dem NS, Familie und deutsche Erinnerungskultur

Quelle: eigene Darstellung

3.4 Familiengeschichte, Identität und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die Wahrnehmung der Geschichte der eigenen Familie als Teil der deutschen Erinnerungskultur hängt mit zahlreichen Facetten gesellschaftlichen Zusammenhalts zusammen. Allgemein lässt sich festhalten, dass Migrationsgeschichte ein signifikanter Prädiktor für das Ausmaß ist, in dem Personen sich als »deutsch« identifizieren. So berichten Befragte mit internationaler Geschichte wie erwartet eine statistisch signifikant geringere Identifikation als »Deutsche« ($M = 2.94$, $SE = 3.25$) als Befragte ohne internationale Geschichte ($M = 3.25$, $SE = 0.03$). Mit Blick auf den vorhergehenden Befund, dass Befragte mit Migrationsgeschichte ihre Familie weniger als Teil der deutschen Erinnerungskultur wahrnehmen, haben wir infolgedessen eine Mediation berechnet, in der der Einfluss von Migrationsgeschichte auf Identität durch die Zustimmung zum Item »Die Geschichte meiner eigenen Familie ist Teil der deutschen Erinnerungskultur« vermittelt wird. Mithilfe statistischer Mediation wird versucht, den zugrundeliegenden Prozess hinter dem Zusammenhang einer Variablen mit einer anderen zu erklären. Tatsächlich zeigt sich, dass die Wahrnehmung der Geschichte der eigenen Familie als Teil der deutschen Erinnerungskultur den Zusammenhang von Migrationsgeschichte und dem Ausmaß der Identifikation als Deutsche statistisch signifikant vermittelt (Abbildung 5). Dabei verliert der direkte Pfad zwischen Migrationsgeschichte und Identifikation seine statistische Signifikanz, sodass eine vollständige Mediation durch das Erinnerungskultur-Item vorliegt. Wie bereits erwähnt lassen sich auf Grundlage unserer korrelativen Daten keine kausalen Schlussfolgerungen ziehen. Allerdings deutet die vorliegende vollständige Mediation an, dass das (nicht) wahrgenommene Abbild der Familiengeschichte in deutscher Erinnerungskultur erklären könnte, warum Befragte mit internationaler Geschichte sich weniger als Deutsche identifizieren.

Ein ähnlicher Zusammenhang lässt sich bei Betrachtung einer Skala zu wahrgenommenem gesellschaftlichem Zusammenhalt und politischer Partizipationsmöglichkeit finden, die als Mittelwert über die Items »Die Menschen in unserer Gesellschaft halten im Allgemeinen gut zusammen«, »Man kann anderen Menschen in unserer Gesellschaft vertrauen«, »Ich kann auf die Unterstützung von Menschen in unserer Gesellschaft vertrauen«, »Die Politiker setzen sich aktiv für die Themen ein, die mir wichtig sind« und »Ich habe das Gefühl, aktiv Einfluss darauf nehmen zu können, was in Deutschland gesellschaftlich passiert« gebildet wird. Personen mit Migrationsgeschichte nehmen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ihre Partizipationsmöglichkeiten geringer ausgeprägt wahr als Befragte ohne Migrationsgeschichte ($M = 2.72$, $SE = 0.03$ vs. $M = 2.89$, $SE = 0.02$). Dieser Zusammenhang wird ebenfalls durch das Erinnerungskultur-Item vermittelt, wobei Migrationsgeschichte auch darüber hinaus signifikant mit der

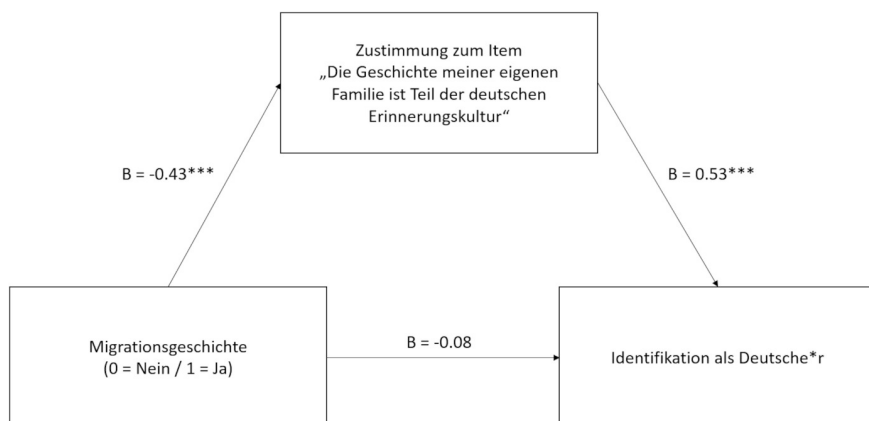


Abbildung 5: Darstellung der Mediation des Zusammenhangs von Migrationsgeschichte und Identitätsgefühl durch Item zu Familiengeschichte und deutscher Erinnerungskultur

Quelle: eigene Darstellung

Skala zusammenhängt (Abbildung 6). Auch hier scheint die Wahrnehmung, die Geschichte der eigenen Familie sei Teil der deutschen Erinnerungskultur, also einen bedeutsamen Anteil an Unterschieden zwischen Personen mit und ohne Migrationsgeschichte in wahrgenommenem Zusammenhalt und politischer Partizipation zu erklären.

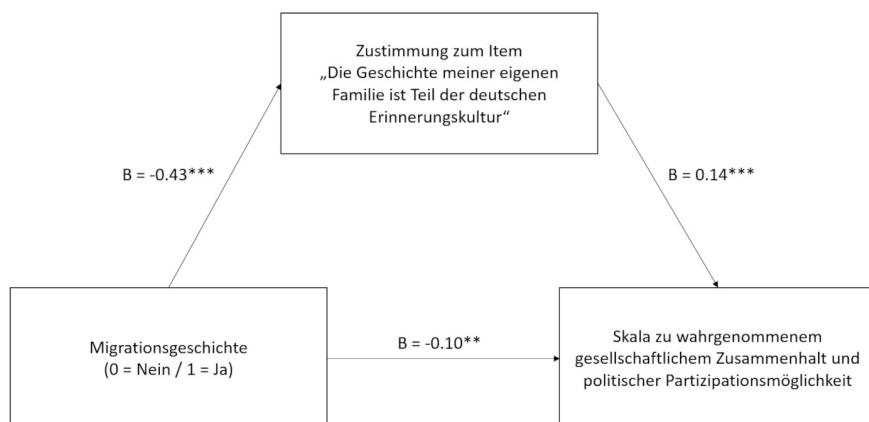


Abbildung 6: Darstellung der Mediation des Zusammenhangs von Migrationsgeschichte und der Skala zu wahrgenommenem gesellschaftlichem Zusammenhalt und politischer Partizipationsmöglichkeit durch Item zu Familiengeschichte und deutscher Erinnerungskultur

Quelle: eigene Darstellung

Insgesamt identifizieren Befragte mit Migrationsgeschichte sich weniger als »Deutsche«. Dieser Effekt wird vollständig durch das Gefühl, die eigene Familie sei Teil der deutschen Erinnerungskultur, vermittelt. Gleichzeitig nehmen Personen mit Migrationsgeschichte weniger gesellschaftlichen Zusammenhalt wahr, ein Zusammenhang, der zumindest teilweise durch die Wahrnehmung der eigenen Familiengeschichte als Teil der deutschen Erinnerungskultur erklärt wird.

3.5 Analyse offener Antworten: Was wünschen sich Befragte mit Migrationsgeschichte für die deutsche Erinnerungskultur?

Teilnehmer:innen in der Studie wurden auch gefragt, ob es spezifische Ereignisse gibt, an die die deutsche Gesellschaft intensiver erinnern sollte. Daraufhin wurden einige geschlossene Folgefragen dazu gestellt, ob diese Ereignisse in Gedenkveranstaltungen oder im Schulunterricht thematisiert wurden und welchen persönlichen Bezug sie zu den genannten Ereignissen haben. Auf Grundlage dieser Daten lässt sich nicht nachhalten, ob die Befragten *aufgrund* ihrer Migrationsgeschichte einen persönlichen Bezug zu diesem Ereignis sehen. Die Daten zeigen jedoch, *dass* Personen mit Migrationsgeschichte häufiger einen persönlichen Bezug zu historischen Ereignissen berichten, die in der institutionell vorgegebenen Erinnerungskultur wenig bis gar nicht vorkommen. Wenn Befragte nämlich angaben, dass das wichtige Ereignis »überhaupt nicht« oder »eher wenig« im Rahmen institutionalisierter Erinnerungskultur thematisiert worden sei, dann war ihr persönlicher Bezug zu diesem Thema deutlich größer, wenn Befragte eine internationale Familiengeschichte hatten ($M = 3.21$, $SE = 0.11$) verglichen mit Befragten, die keine Migrationsgeschichte hatten ($M = 2.64$, $SE = 0.07$). Somit schreiben Personen mit internationaler Familiengeschichte historischen Ereignissen häufiger eine große Bedeutung zu, die wenig bis überhaupt nicht in der gegenwärtigen Erinnerungskultur berücksichtigt werden. Im folgenden Abschnitt sollen daher Ausführungen der Teilnehmer:innen zu solchen Ereignissen dargestellt werden, um in Kombination mit den bereits genannten quantitativen Ergebnissen Implikationen für politisch-historische Bildung abzuleiten.

Einer der am häufigsten genannten Themenkomplexe, welche nicht ausreichend Teil der Erinnerungskultur seien, ist der »Kolonialismus« (bzw. häufig »Kolonialisierung« oder »Kolonialzeit«). Anhand der Erklärungen zur Forderung, in der Erinnerungskultur solle der deutschen Kolonialzeit mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, lässt sich ein von Personen mit Migrationsgeschichte häufig wahrgenommenes Defizit der deutschen Erinnerungskultur aufzeigen. So erklärt eine 20-jährige Befragte:

Dass die deutsche Kolonialisierungsgeschichte fast totgeschwiegen wird im Schulunterricht, zeigt wie sehr der Geschichtsunterricht nur EINEN Blickwinkel (den deutschen) berücksichtigt. Das ist nicht nur sehr einschränkend, sondern auch gefährlich.

Die Teilnehmerin sieht Gefährdungspotenzial darin, die deutsche Vergangenheit nur durch eine Betrachtungsweise zu diskutieren und andere Aspekte zu vernachlässigen (»totgeschwiegen«). Sie bringt diesen Umstand in Verbindung damit, dass die Geschichtserzählung vom »deutschen Blickwinkel« dominiert sei und als einzige Perspektive auf Erinnerung im Schulunterricht vorherrsche. Das Gefühl einer Einschränkung verdeutlicht das Bedürfnis nach historisch-thematischer Diversität im Unterricht, welche nicht durch die Linse der deutschen Mehrheitsgesellschaft ohne Migrationsgeschichte geprägt ist.

Ähnlich äußerte sich eine 18-jährige Teilnehmerin. Sie bringt die deutsche Kolonialzeit mit Völkermorden in Verbindung, die ihrer Meinung nach in der Öffentlichkeit zu wenig Beachtung erfahren:

Im Schulunterricht wird allgemein zu wenig über Völkermorde unterrichtet. [...] Der einzige Völkermord, den jeder kennt ist der Holocaust, welcher natürlich sehr schlimm war, aber das war nicht der einzige. Man sollte darüber informiert sein, wie viele Menschengruppen von unseren Vorfahren ausgerottet oder fast ausgerottet wurden.

Eine Gemeinsamkeit mit der vorherigen Äußerung ist, dass mangelnde Sensibilisierung für Ereignisse neben den institutionell verankerten Themenbereichen in der Gesellschaft (»jeder«; »man«) beschrieben wird. Die Teilnehmerin konkretisiert einen wahrgenommenen blinden Fleck, da der Holocaust als Völkermord allgemein bekannt sei, der Schulunterricht jedoch zu wenig darüber informiere, dass durch »unsere Vorfahren« mehrere Völkermorde begangen worden seien. Die Teilnehmerin spricht hierbei trotz ihrer angegebenen Migrationsgeschichte von »unseren Vorfahren« – ein Kontrast zur vorherigen Aussage, in der die andere Teilnehmerin sich klar vom »deutschen Blickwinkel« abzugrenzen scheint. Dies greift in diesem Beitrag angestellte Überlegungen auf, dass die internationale Familiengeschichte von Personen die Debatte um Erinnerungskultur mit anderen Perspektiven bereichern kann, die durch eine mehr oder weniger geteilte Identifikation mit vorherigen Generationen der »Deutschen« angetrieben wird.

Ein 24-jähriger Teilnehmer fordert eine weniger starke Fokussierung des Schulunterrichts auf die NS-Zeit. Er beschreibt eine »Ablehnung aus Genervtheit« bezogen auf die Zeit zwischen »1930 und 1945«, die im Schulunterricht »bestimmt fünfmal« durchgenommen worden sei. Die Taten dieser Zeit seien »grausam« und sollten nicht vergessen werden, aber »[a]ndere kulturelle Räume und Zeiträume wurden nur im Vorübergehen und nie mit Exkursionen behandelt.«

Konkret genannte Beispiele für historische Ereignisse sind Konflikte im »Nahen Osten«, namentlich häufig mit »Nahost-Konflikt«, »Israel-Palästina-Konflikt«, »Irak-Krieg«, »Syrienkrieg« oder »Afghanistan« bezeichnet. Diese Begriffe werden häufig mit aktueller Relevanz begründet.³⁸ Im Kontext der Kriege und Krisen im Nahen (bzw. Mittleren) Osten finden sich häufig auch Bemerkungen zu den Terroranschlägen des 11. September 2001.

Neben diesen Ereignissen und Zeitabschnitten, die länger zurückliegen, nennen einige Befragte mit Migrationsgeschichte auch Ereignisse in der jüngeren Vergangenheit Deutschlands, die sich auf rechtsextreme Anschläge beziehen. Beispiele hierfür lauten »Anschlag in Hanau 2020« oder der »Anschlag in Halle«. Wenn Teilnehmer:innen keine längere Ausführung für ihr genanntes Ereignis lieferten, so lautete eine häufige Kurzbegründung »Rassismus«, die sich auf verschiedene Ereignisse bezog. Neben dem NS und den bereits angeführten rechtsextremen Anschlägen ging es hierbei auch um Bürgerrechtsbewegungen wie Black Lives Matter. Eine 23-jährige Teilnehmerin nennt etwa die Bewegung und bringt sie in Verbindung mit gesellschaftlichen Missständen, die durch die deutsche Erinnerungskultur nicht berücksichtigt würden:

Die Revolutionen und Schwarzenbewegungen haben viel zur Entstehung unserer heutigen Gesellschaft beigetragen, werden aber kaum genannt und auch die Aufarbeitungen, die bis heute ausstehen, sowie strukturell rassistische Züge, die immer noch herrschen, werden nicht angesprochen.

Hierbei verschwimmen die Grenzen zwischen gesellschaftlicher Debatte und geteilter Erinnerung. Die Teilnehmerin verknüpft ausbleibende Aufarbeitung rassistischer Vergangenheit mit strukturellem Rassismus, der aus der Geschichte erwachsen und in der gegenwärtigen Gesellschaft noch präsent sei. Insofern wird die Frage, woran die Gesellschaft gemeinsam (nicht) erinnert, eine Frage danach, welche politischen und sozialen Themen uns als Gesellschaft auch heute noch beschäftigen (sollten).

4. Diskussion

In einer Befragung wurden 3.485 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 25 Jahren nach wichtigen historischen Ereignissen und ihrer Einstellung zum NS sowie zur deutschen Erinnerungskultur befragt. Nun wollen wir die be-

38 Zum Zeitpunkt der Erhebung waren seit dem Abzug der US-amerikanischen Streitkräfte aus Afghanistan und der darauffolgenden Machtübernahme der Taliban im August 2021 erst wenige Wochen vergangen.

richteten Ergebnisse anhand der Theorie sozialer Repräsentationen³⁹ und ihrer Anwendung auf historische Ereignisse, konkreter auf ihre Funktionen für Gruppenmitglieder und den gesellschaftlichen Zusammenhalt hin interpretieren⁴⁰.

Ein erstes Ziel dieses Beitrags war eine Bestandsaufnahme zu Einstellungen von Personen mit und ohne internationale Familiengeschichte zur NS-Zeit. Tatsächlich zeigt sich, dass Befragte mit Migrationsgeschichte die Verantwortung für die Verbrechen des NS etwas stärker als solche ohne Migrationsgeschichte bei der Zivilbevölkerung zur damaligen Zeit sehen. Es scheinen sich dabei Vermutungen zu bestätigen, die wir auf Grundlage der Theorie sozialer Identität⁴¹ und Befunden zu kollektivem Scham- und Schuldgefühl⁴² angestellt haben. Mutmaßlich sind Personen ohne Migrationsgeschichte eher in der Lage dazu, der damaligen Bevölkerung Verantwortung zuzuschreiben als Personen ohne Migrationsgeschichte, weil sie weniger Bedrohungen ihrer sozialen Identität regulieren müssen,⁴³ oder, anders formuliert: weil sie sich nicht möglicher Verbrechen ihrer eigenen Vorfahren schämen müssen. Für diese Erklärung spricht, dass sich Personen mit Migrationsgeschichte in unserer Stichprobe weniger als »Deutsche« identifizieren. Darüber hinaus glauben sie weniger, dass sie zur Zeit des NS Täter:in und eher, dass sie Opfer oder Helfer:in geworden wären. In ihren Einschätzungen, wie groß der Anteil der Bevölkerung während des NS war, welcher aus Täter:innen und Opfern bestand, liegen sie nah bei Personen ohne Migrationsgeschichte. Sie schätzen allerdings den Anteil der Bevölkerung, der potenziell verfolgten Personen geholfen hat, etwas höher ein als Personen ohne Migrationsgeschichte.

Befragte mit Migrationsgeschichte in unserer Stichprobe geben an, etwas stärker an Geschichte interessiert zu sein als solche ohne Migrationsgeschichte. Dieses Interesse überträgt sich jedoch nicht auf die Intensität der Auseinandersetzung mit dem NS: Das berichtete Ausmaß der Intensität und Häufigkeit von Auseinandersetzungen mit dem NS variierte nicht in Abhängigkeit von berichteter Migrationsgeschichte. Hier finden sich bereits erste Hinweise, dass die Fokussierung deutscher Erinnerungskultur auf den NS Personen mit Migrationsgeschichte vernachlässigt, sie ihr höheres historisches Interesse also nicht im thematischen Kontext des NS ausleben können. Wir haben auch betrachtet, inwiefern die eigene Familie einen Zugang zur Auseinandersetzung mit dem NS darstellt. So setzen Personen mit Migrationsgeschichte sich im Kontext NS ähnlich häufig wie Befragte ohne Migrationsgeschichte mit der eigenen Fami-

39 Moscovici, *Theory and Society in Social Psychology*.

40 Liu/Hilton, »How the Past Weighs on the Present«.

41 Tajfel/Turner, »The Social Identity Theory of Intergroup Behavior«.

42 Z. B. Rees/Zick/Papendick/Wäschle, »MEMO: Multidimensionaler Erinnerungsmonitor Studie II.«

43 Branscombe/Ellemers/Spears/Doosje, »The Context and Content of Social Identity Threat«.

liengeschichte auseinander. Dies könnte einerseits darauf hindeuten, dass die eigene Familiengeschichte im Kontext des NS für Personen mit Migrationsgeschichte doch relevanter ist, als sich naiv vermuten ließe, möglicherweise, weil der Zweite Weltkrieg und die Shoah die Familien über Deutschland hinaus betraf. Andererseits könnte dies auch einen Hinweis darauf darstellen, dass Personen ohne internationale Geschichte die Konfrontation mit der eigenen Familiengeschichte schlicht weniger suchen, obwohl es für sie häufiger möglich sein sollte als für Personen mit Migrationsgeschichte. Gleichzeitig geben Personen mit Migrationsgeschichte in unserer Stichprobe an, seltener als Personen ohne Migrationsgeschichte mit der Familie über den NS zu sprechen. Stets muss berücksichtigt werden, dass »Migrationsgeschichten« dabei divers sind und nicht per se bedeuten, dass es keinen direkten oder indirekten familiären Bezug zur NS-Zeit gibt. Bisweilen kann die familiäre Betroffenheit vor zwei oder drei Generationen sogar erklären, *warum* beispielsweise die Eltern unserer Befragten nicht in Deutschland geboren wurden.

Auch zeigen sich deutliche Unterschiede inwiefern Befragte mit oder ohne Migrationsgeschichte finden, die Geschichte der eigenen Familie sei Teil der deutschen Erinnerungskultur. Anders als erwartet scheint auch die Geschichte ihrer Zuwanderung nach Deutschland für die Befragten mit internationaler Familiengeschichte keine zentrale Rolle mit Blick auf wichtige historische Ereignisse zu spielen. Kein einziges genanntes Ereignis in unseren Daten nimmt auf die Zuwanderung von den sogenannten »Gastarbeitern« zwischen 1950 und 1973 Bezug, wobei der größte Anteil der Befragten mit internationaler Familiengeschichte mindestens einen Elternteil hat, der aus der Türkei, Italien oder Griechenland eingewandert ist – Länder, aus denen ein Gros der »Gastarbeiter:innen« nach Deutschland kam. Dabei ist nicht ersichtlich, ob die Befragten die Migration ihrer Vorfahren tatsächlich nicht als historisch relevant erachten, oder ob sich in diesem Befund ein blinder Fleck deutscher Erinnerungskultur äußert, der in ihren Nennungen reproduziert wird.

Gleichzeitig zeigt sich, dass die Identifikation als deutsch höher ausfällt, wenn die Geschichte der eigenen Familie als Teil der deutschen Erinnerungskultur wahrgenommen wird und den Einfluss von Migrationsgeschichte auf Identität sogar bedeutsam vermittelt. Der Effekt deutet sich ebenfalls in der Wahrnehmung gesellschaftlichen Zusammenhalts und politischer Partizipationsmöglichkeit an. Somit scheint denkbar, dass das Abbilden von persönlicher Familiengeschichte in der deutschen Erinnerungskultur eine Möglichkeit darstellt, die Identifikation mit und das Zugehörigkeitsgefühl zur deutschen Gesellschaft bei Menschen mit Migrationsgeschichte zu steigern. Zukünftige Untersuchungen könnten diese Hypothese in den Blick nehmen und beispielsweise mit Interventionen und Experimenten die Frage beantworten, ob eine

Veränderung der Erinnerungskultur in diesem Sinne Konsequenzen für das Zugehörigkeitsgefühl von Personen mit internationaler Familiengeschichte hat.

In der Konzeption sozialer Repräsentationen historischer Ereignisse von Liu und Hilton könnte die gegenwärtige deutsche Erinnerungskultur für Personen mit Migrationsgeschichte also nicht in demselben Ausmaß wie für Personen ohne internationale Geschichte soziale und psychologische Funktionen erfüllen. Sie erklärt ihnen weniger, wer ihr »Freund und Feind« ist, und sie erklärt ihnen auch weniger, woher sie kommen und wie ihre Gruppe entstanden ist. Sie können sich weniger oder gar nicht auf deutsche Institutionen verlassen, um ihnen etwas über ihre Vergangenheit und ihren Werdegang zu erzählen, sondern müssen dafür auf familiäre oder gemeinschaftliche Narrative zurückgreifen, welche mehr oder weniger getrennt von der deutschen Mehrheitsgesellschaft erzählt werden. Eben weil keine Narrative über den Ursprung und Werdegang einer gemeinsamen Gruppe von der deutschen Mehrheitsgesellschaft und deutschen Institutionen geteilt werden, könnte die gegenwärtige Erinnerungskultur also die Entstehung von Subgemeinschaften befördern, die in der Folge eine schwächere »deutsche« Identität oder ein geringeres Zugehörigkeitsgefühl in Personen mit Migrationsgeschichte bedingen. Diese Überlegungen haben Implikationen für die Gestaltung von Erinnerungskultur einerseits, beschreiben andererseits aber auch, wie Erinnerungskultur etwas zu interkultureller Wertschätzung und Integration beitragen kann.⁴⁴ Unsere Befunde deuten an, dass es erinnerungskulturell, politisch und gesellschaftlich bislang nicht ausreichend gelungen ist, eine geteilte »deutsche Geschichtserzählung« zu schaffen, die der Realität der Post-Migrationsgesellschaft gerecht wird. Die Integration der vielfältigen Geschichten deutscher Bürger:innen könnte dabei eine Stellschraube darstellen, dies auf Ebene von Institutionen und Akteuren der Erinnerungskultur künftig stärker zu tun. Dabei werden auch Überlegungen relevant, die von Lüthi und Kolleginnen in diesem Band aufgegriffen werden: Die Erfahrungen von Personen mit Migrationsgeschichten in die deutsche Erinnerungskultur einfließen zu lassen, könnte auch einen Weg darstellen, migrantische Perspektiven in Debatten um Migration einfließen zu lassen.

Bei all diesen Überlegungen sollte betont werden, dass die meisten der im Rahmen unserer Studie vorgetragenen Argumente von Personen mit Migrationsgeschichte für mehr Diversität in deutscher Erinnerungskultur nicht so missverstanden werden sollten, dass sie sich dabei für eine weniger starke Fokussierung auf den NS einsetzen. Ganz im Gegenteil stellen der NS und damit zusammenhängende Begrifflichkeiten den mit Abstand am häufigsten genannten The-

44 Für eine Annäherung an den Integrationsbegriff siehe den Beitrag von Lüthi/Möhring/Reinecke in diesem Band.

menkomplex dar – bei Personen mit und ohne Migrationsgeschichte. Weite Teile der Stichprobe betonten die Singularität der Shoah und ihre Unverzichtbarkeit für deutsche Erinnerungskultur. Ein von Institutionen beschworenes »Nie wieder« wird in unzähligen Beiträgen von unseren Teilnehmer:innen reproduziert. Ihr Anliegen dürfte demnach eher sein, dass zahlreiche (für Personen mit internationaler Familiengeschichte relevante) Facetten der deutschen Vergangenheit durch die Institutionen und die Mehrheitsgesellschaft übersehen oder ignoriert werden.

Insofern tragen die Teilnehmer:innen unserer Studie mit ihren Perspektiven auch zur eingangs beschriebenen Debatte um einen deutschen »Katechismus« bei, nach dem der Holocaust im Kontext deutscher Erinnerungskultur nicht mit anderen Genoziden verglichen werden dürfe.⁴⁵ Sie scheinen Moses' These, die Fokussierung deutscher Erinnerungskultur auf die Shoah vernachlässige andere Opfergruppen, insofern zu bestätigen, als dass Personen mit Migrationsgeschichte sich – bzw. die Geschichte ihrer Familien – weniger von deutscher Erinnerungskultur repräsentiert sehen. Das vielfache Betonen der Relevanz der Shoah einerseits und die häufigen Hinweise auf deutsche Kolonialverbrechen andererseits in den offenen Antworten unserer Teilnehmer:innen scheinen eine Ausrichtung historisch-politischer Bildung zu stützen, die auch auf einem Konzept wie der multidirektionalen Erinnerung basieren könnte.⁴⁶ Demnach führe die Vereinbarung verschiedener (d.h., multidirektionaler) Perspektiven der Erinnerung nicht zu einer erinnerungskulturellen Vernachlässigung der Shoah, sondern schlicht zu mehr Erinnerung an verschiedene Epochen der deutschen Geschichte. In ähnlicher Weise schlägt der Soziologe Natan Sznaider einen Ansatz vor, der jedoch über postkoloniale Identitäten hinausgeht und – anders als die multidirektionale Erinnerung – nicht mehr nach relevanten sozialen Kategorien (Weiß vs. Nichtweiß, Jüdisch vs. Nichtjüdisch, Kolonisierende vs. Kolonisierte) unterscheidet, sondern diese mit dem Gedanken »nicht Kolonialismus oder Holocaust, sondern beides«⁴⁷ zu integrieren versucht. Zusammengekommen legen unsere Daten die Vermutung nahe, dass die erinnerungskulturelle Berücksichtigung (post-)migrantischer Perspektiven nicht notwendigerweise dazu führen muss, dass darauf eine Infragestellung der Relevanz der Shoah folgt. Die MEMO-Jugendstudie verdeutlicht darüber hinaus, dass junge Menschen allgemein deutlich stärker als ältere Generationen der deutschen

45 Moses, »Der Katechismus der Deutschen«.

46 Rothberg, *Multidirectional Memory*.

47 Sznaider, *Fluchtpunkte der Erinnerung*, S. 214.

Bevölkerung während der Zeit des NS eine Täter:innen-Rolle zuschreiben.⁴⁸ Gleichzeitig scheinen zahlreiche Befragte mit Migrationsgeschichte, welche eine stärkere Berücksichtigung anderer Facetten der deutschen Geschichte in der Erinnerungskultur einfordern, eine starre *Entweder-Oder*-Einteilung abzulehnen. Vielmehr verdeutlichen sie, dass eine differenzierte Betrachtung der deutschen Vergangenheit kritischen Einstellungen der NS-Zeit gegenüber nicht abträglich ist: Personen mit Migrationsgeschichte sehen die Verantwortung für die NS-Verbrechen stärker bei der Zivilgesellschaft und stellen die Singularität des NS nicht infrage, sie fordern gleichermaßen das Gedenken an den NS und ähneln dabei Personen ohne Migrationsgeschichte in zahlreichen Einstellungen und Einschätzungen, und trotzdem wollen sie auch andere Themen in Angeboten historisch-politischer Bildung stärker repräsentiert sehen.

Erste Ansatzpunkte für die Identifikation solcher blinden Flecken könnten die konkreten historischen Ereignisse oder Zeitabschnitte sein, die von den Befragten in dieser Studie genannt werden. Sie beziehen sich häufig auf ihre Abstammung und kulturelle Aspekte oder Religion, fassen aber vor allem auch andere Verbrechen des deutschen Staats im Zuge der Kolonialzeit ins Auge. In diesem Kontext, aber auch bezogen auf rassistische Anschläge und (globale) Bürgerrechtsbewegungen, fordern sie Sensibilisierung und Verantwortungsübernahme durch die Mehrheitsgesellschaft ohne internationale Familiengeschichte über die Allgegenwärtigkeit des NS in der deutschen Erinnerungskultur hinaus.

Zukünftige Forschung sollte genauer untersuchen, welche sozialen Repräsentationen von historischen Ereignissen von Deutschen mit Migrationsgeschichte geteilt werden und ob sich in der deutschen Gesellschaft tatsächlich parallele gelebte Erinnerungskulturen etabliert haben. Um Personen mit internationaler Familiengeschichte mit Angeboten historisch-politischer Bildung besser anzusprechen und ihr Interesse an deutscher Geschichte für den gesellschaftlichen Zusammenhalt nutzbar zu machen, könnten Akteure der Bildungsarbeit neue Ansätze erproben. Dabei ließe sich kritisch hinterfragen, inwiefern die aktuell vornehmlich angebotene Perspektive auf die deutsche NS-Vergangenheit für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen angebracht ist und ob es Potenziale gibt, für verschiedene Hintergründe und Kulturen anschlussfähiger zu werden. Eine naheliegende Möglichkeit könnte sein, Menschen mit internationalem Hintergrund die Geschichten ihrer Familien erzählen zu lassen, um sie in die historisch-politische Bildungsarbeit einzubinden.

Der vorliegende Beitrag hatte zur Absicht, mögliche Unterschiede in Perspektiven auf Erinnerungskultur zwischen Personen mit und ohne Migrations-

48 Papendick/Rees/Scholz/Walter/Zick, »MEMO: Multidimensionaler Erinnerungsmonitor Jugendstudie«.

geschichte herauszuarbeiten. Anstelle von Differenzen verdeutlicht er allerdings vor allem Gemeinsamkeiten. So zeigt sich, dass junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren in Deutschland jenseits von Migrationsgeschichte in ähnlichem Ausmaß an Geschichte und am NS interessiert sind, und zusammengenommen stärker als ältere Generationen die Zivilbevölkerung zur Zeit des NS mitverantwortlich für die Verbrechen sehen, Gemeinsamkeiten in Beurteilungen zivilgesellschaftlicher Verantwortung für den NS und in der Beurteilung der Singularität der Shoah überwiegen.⁴⁹ Unterschiede zeigen sich jedoch im familiären Zugang zum NS und familiärem Abbild in deutscher Erinnerungskultur, dessen Implikationen für deutsche Erinnerungskultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt in zukünftiger Forschung noch herausgearbeitet werden müssen. So ist denkbar, dass die institutionell vorgegebene Fixierung auf die Shoah auch zulasten der Repräsentation von Personen mit Migrationsgeschichte ging und geht, von denen gemeinhin erwartet wird, sie sollen sich »integrieren« und zum Zusammenhalt beitragen, während deutsche Institutionen ihnen durch die Erinnerungskultur möglicherweise einen Zugang genommen haben, sich selbst der deutschen Geschichte zugehörig zu fühlen.

Literatur

- Assmann, Aleida (2006) (Hg.), *Der lange Schatten der Vergangenheit: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*. München.
- Branscombe, Nyla R./Ellemers, Naomi/Spears, Russel/Doosje, Bertjan (1999), »The Context and Content of Social Identity Threat«, *Social Identity: Context, Commitment, Content*, S. 35–58.
- Cialdini, Robert B./Borden, Richard J./Thorne, Avril/Walker, Marcus R./Freeman, Stephen/Sloan, Lloyd R. (1976), »Basking in reflected glory: Three (football) field studies«, *Journal of Personality and Social Psychology*, Jg. 34, H. 3, S. 366.
- Cialdini, Robert B./Kallgren, Carl A./Reno, Raymond R. (1991), »A focus theory of normative conduct: A theoretical refinement and reevaluation of the role of norms in human behavior«, *Advances in Experimental Social Psychology*, Jg. 24, S. 201–234.
- Doosje, Bertjan/Branscombe, Nyla R./Spears, Russel/Manstead, Antony S. (1998), »Guilty by Association: When One's Group Has a Negative History«, *Journal of Personality and Social Psychology*, Jg. 75, H. 4, S. 872.
- Erll, Astri. (2011), »Locating family in cultural memory studies«, *Journal of Comparative Family Studies*, Jg. 42, H. 3, S. 303–318.

49 Vgl. MEMO-Berichte.

- Faulenbach, Bernd (2009), »Die Erinnerungskultur Deutschlands«, in: Birle, Peter/Gryglewski, Elke/Schindel, Estela (Hg.), *Urbane Erinnerungskulturen im Dialog: Berlin und Buenos Aires*, Berlin, S. 37–46.
- Gogos, Manuel (2021), »Für eine Erinnerungskultur der Migrationsgesellschaft«, in: Ders., *Das Gedächtnis der Migrationsgesellschaft*, Bielefeld, S. 174–175.
- Imhoff, Roland/Bilewicz, Michał/Erk, Hans Peter (2012), »Collective Regret Versus Collective Guilt: Different Emotional Reactions to Historical Atrocities«, *European Journal of Social Psychology*, Jg. 42, H. 6, S. 729–742.
- Liu, James H./Hilton, Denis J. (2005), »How the Past Weighs on the Present: Social Representations of History and Their Role in Identity Politics«, *British Journal of Social Psychology*, Jg. 44, H. 4, S. 537–556.
- Lüthi, Barbara/Möhring, Maren/Reinecke, Christiane, »Historisch-semantische Annäherungen an den Begriff Integration und seine Funktion in Migrationsdiskursen«, in diesem Band.
- Moscovici, Serge (1972), »Theory and Society in Social Psychology«, in: Israel, Joachim/Tajfel, Henri (Hg.), *The Context of Social Psychology: A Critical Assessment*, Cambridge, MA.
- Moses, A. Dirk. (2021), »Der Katechismus der Deutschen«, *Geschichte der Gegenwart*, Jg. 23, H. 5. <https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/>.
- Papendick, Michael/Rees, Jonas/Scholz, Maren/Zick, Andreas (2021), *MEMO: Multidimensionaler Erinnerungsmonitor Studie IV*, Berlin: Stiftung EVZ.
- Papendick, Michael/Rees, Jonas/Scholz, Maren/Walter, Leon/Zick, Andreas (2023), *MEMO: Multidimensionaler Erinnerungsmonitor Jugendstudie*, Berlin: Stiftung EVZ.
- Paez, Dario/Liu, James H. (2011), »Collective Memory of Conflicts«, in: Bar-Tal, Daniel (Hg.), *Intergroup Conflicts and Their Resolution: A Social Psychological Perspective*, New York S. 105–124.
- Peetz, Johanna/Gunn, Gregory R./Wilson, Anne E. (2010), »Crimes of the Past: Defensive Temporal Distancing in the Face of Past In-group Wrongdoing«, *Personality and Social Psychology Bulletin*, Jg. 36, H. 5, S. 598–611.
- Rothberg, Michael (2009), *Multidirectional Memory: Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization*. Stanford.
- Rees, Jonas/Zick, Andreas/Papendick, Michael/Wäschle, Franziska (2019), *MEMO: Multidimensionaler Erinnerungsmonitor Studie II*, Berlin: Stiftung EVZ.
- Sani, Fabio/Bowe, Mhairi/Herrera, Marina/Manna, Cristian/Cossa, Tiziana/Miao, Xiulou/Zhou, Yuefang (2007), »Perceived Collective Continuity: Seeing Groups as Entities that Move Through Time«, *European Journal of Social Psychology*, Jg. 37, H. 6, S. 1118–1134.
- Sznajder, Natan (2022), *Fluchtpunkte der Erinnerung. Über die Gegenwart von Holocaust und Kolonialismus*. München.
- Tajfel, Henri/Turner, John C. (1986), »The Social Identity Theory of Intergroup Behavior«, *Psychology of Intergroup Relation*, Chicago, S. 7–24.
- Welzer, Harald/Möller, Sabine/Tschuggnall, Karoline (2002), »Opa war kein Nazi«. *Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*. Frankfurt am Main.

Anhang

		Keine Migrations- geschichte Häufigkeit (Prozent über Spalte)	Migrationsgeschichte Häufigkeit (Prozent über Spalte)
Geschlecht	Weiblich	1070 (48,7)	573 (46,2)
	Männlich	1115 (50,8)	656 (52,9)
	Divers	10 (0,5)	10 (0,8)
Berufstätigkeit	Vollzeit	560 (25,5)	224 (18,1)
	Teilzeit	128 (5,8)	87 (7,0)
	Arbeitssuchend	54 (2,5)	36 (2,9)
	In Ausbildung/Schu- le	609 (27,7)	394 (31,8)
	Im Studium	742 (33,8)	433 (34,9)
	In Elternzeit	29 (1,3)	14 (1,1)
	Nicht berufstätig	31 (1,4)	12 (1,0)
	Sonstiges	35 (1,6)	17 (1,4)
	Weiß nicht & Keine Angabe	8 (0,4)	22 (1,8)
	Kein allgemeiner Schulabschluss	50 (2,3)	18 (1,5)
Bildungshintergrund	Haupt- bzw. Volks- schulabschluss	97 (4,4)	39 (3,1)
	Realschule / Mittlere Reife oder gleichwer- tig	577 (26,3)	305 (24,6)
	Fachhochschulreife	245 (11,2)	155 (12,5)
	Allgemeine Hoch- schulreife / Abitur	959 (43,7)	587 (47,3)
	Abgeschlossenes Studium	245 (11,2)	15 (8,5)
	Sonstiges	12 (0,5)	6 (0,5)
	Weiß nicht & Keine Angabe	11 (0,5)	25 (2,1)
	Kein allgemeiner Schulabschluss	10 (0,5)	66 (5,3)
	Haupt- bzw. Volks- schulabschluss	184 (8,4)	123 (9,9)
Bildungshintergrund der Eltern			

	Abschluss der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule in der ehemaligen DDR	97 (4,4)	16 (1,3)
	Realschule / Mittlere Reife oder gleichwertig	848 (38,6)	407 (32,9)
	Fachhochschulreife	196 (8,9)	88 (7,1)
	Allgemeine Hochschulreife / Abitur	300 (13,7)	152 (12,3)
	Abgeschlossenes Studium	457 (20,8)	223 (18,0)
	Sonstiges	9 (0,4)	31 (2,5)
	Weiß nicht & Keine Angabe	95 (4,3)	132 (10,7)
Finanzielle Situation	< 500 Euro	91 (4,1)	42 (3,4)
	500 – 1000 Euro	185 (8,4)	96 (7,8)
	1.000 bis < 1.500 Euro	182 (8,3)	87 (7,0)
	1.500 bis < 2.000 Euro	192 (8,7)	130 (10,5)
	2.000 bis < 2.500 Euro	202 (9,2)	119 (9,6)
	2.500 bis < 3.000 Euro	224 (10,2)	124 (10,0)
	3.000 bis < 4.000 Euro	264 (12,0)	173 (14,0)
	4.000 bis < 5.000 Euro	204 (9,3)	89 (7,2)
	5.000 bis < 6.000 Euro	110 (5,0)	74 (6,0)
	6.000 bis < 7.000 Euro	42 (1,9)	31 (2,5)
	7.000 bis < 8.000 Euro	36 (1,6)	12 (1,0)
	≥ 8.000 Euro	63 (2,9)	25 (2,0)
	Weiß nicht & Keine Angabe	401 (18,3)	235 (19,0)
Bundesland	Baden-Württemberg	286 (13,0)	196 (15,8)
	Bayern	355 (16,2)	183 (14,8)
	Berlin	74 (3,4)	64 (5,2)
	Brandenburg	77 (3,5)	6 (0,5)

	Bremen	17 (0,8)	16 (1,3)
	Hamburg	39 (1,8)	46 (3,7)
	Hessen	182 (8,3)	93 (7,5)
	Mecklenburg-Vorpommern	27 (1,2)	9 (0,7)
	Niedersachsen	224 (10,2)	121 (9,8)
	Nordrhein-Westfalen	454 (20,7)	368 (29,7)
	Rheinland-Pfalz	117 (5,3)	60 (4,9)
	Saarland	33 (1,5)	11 (0,9)
	Sachsen	112 (5,1)	19 (1,5)
	Sachsen-Anhalt	60 (2,7)	10 (0,8)
	Schleswig-Holstein	85 (3,9)	25 (2,0)
	Thüringen	53 (2,4)	10 (0,8)

Tabelle 1: Beschreibung der Stichprobe nach soziodemographischen und -ökonomischen Variablen

Von den 215 Personen, die angaben, nicht in Deutschland geboren worden zu sein, sind Russland (19), Polen (15) und Syrien (9) die häufigsten Geburtsländer. Von den 733 Personen mit Eltern, die nicht in Deutschland geboren wurden, war bei Müttern mit ausländischem Geburtsland die Türkei (128) das am häufigsten genannte Land. Darauf folgten Polen (83), Russland (82) und Kasachstan (43). Bei den Vätern mit ausländischem Geburtsland war ebenfalls die Türkei am häufigsten genannt (133), gefolgt von Polen (70), Russland (68) und Kasachstan (37).

	Freiheitsgrade	Quadratsumme	F	p
Migrationsgeschichte (0 = Nein, 1 = Ja)	1	11.81	12.86	< .001
Berufstätigkeit	1	6.28	6.84	.009
Bildungsstand	1	6.20	6.75	.009
Bildungsstand der Eltern	1	0.30	0.33	.565
Finanzielle Situation	1	0.46	0.50	.481
Residuen	2596	2384.68		

Tabelle 2: Ergebnisse der ANCOVA über Zuschreibung von Verantwortung zur Bevölkerung der NS-Zeit nach Migrationshintergrund

	Freiheitsgrade	Quadratsumme	F	p
Migrationsgeschichte (0 = Nein, 1 = Ja)	1	24.81	20.66	< .001
Berufstätigkeit	1	3.44	2.87	.090
Bildungsstand	1	2.22	1.85	.174
Bildungsstand der Eltern	1	0.41	0.34	.559
Finanzielle Situation	1	2.25	1.87	.172
Residuen	2425	2911.00		

Tabelle 3: Ergebnisse der ANCOVA über die Einschätzung, im NS Täter geworden zu sein

	Freiheitsgrade	Quadratsumme	F	p
Migrationsgeschichte (0 = Nein, 1 = Ja)	1	432.6	266.55	< .001
Berufstätigkeit	1	0.2	0.15	.701
Bildungsstand	1	18.5	11.37	< .001
Bildungsstand der Eltern	1	17.8	10.94	< .001
Finanzielle Situation	1	20.1	12.41	< .001
Residuen	2425	3936.0		

Tabelle 4: Ergebnisse der ANCOVA über die Einschätzung, im NS ein Opfer gewesen zu sein, nach Migrationsgeschichte

	Freiheitsgrade	Quadratsumme	F	p
Migrationsgeschichte (0 = Nein, 1 = Ja)	1	22.64	19.03	< .001
Berufstätigkeit	1	8.09	6.80	.009
Bildungsstand	1	7.11	5.97	.015
Bildungsstand der Eltern	1	0.18	0.15	.697
Finanzielle Situation	1	0.40	0.34	.561
Residuen	2425	2885.78		

Tabelle 5: Ergebnisse der ANCOVA über die Einschätzung, zur Zeit des NS potenziellen Opfern zu helfen, nach Migrationsgeschichte

	Freiheitsgrade	Quadratsumme	F	p
Migrationsgeschichte (0 = Nein, 1 = Ja)	1	12514	24.78	< .001
Berufstätigkeit	1	124	0.25	.620
Bildungsstand	1	8146	16.13	< .001
Bildungsstand der Eltern	1	32	0.06	.800
Finanzielle Situation	1	4856	9.62	.002
Residuen	2352	1187513		

Tabelle 6: Ergebnisse der ANCOVA über die Einschätzung, wie groß der Anteil der Bevölkerung war, der potentiellen Opfern geholfen hat nach Migrationsgeschichte

	Freiheitsgrade	Quadratsumme	F	p
Migrationsgeschichte (0 = Nein, 1 = Ja)	1	10.84	8.72	.003
Berufstätigkeit	1	0.41	0.33	.564
Bildungsstand	1	13.43	10.80	.001
Bildungsstand der Eltern	1	0.76	0.61	.436
Finanzielle Situation	1	23.00	18.50	< .001
Residuen	2449	3044.83		

Tabelle 7: ANCOVA über die Zustimmung zu »Die deutsche Gesellschaft ist heute weniger empfänglich für rechte Ideologien als zur Zeit des NS«

	Freiheitsgrade	Quadratsumme	F	p
Migrationsgeschichte (0 = Nein, 1 = Ja)	1	11.30	9.09	.003
Berufstätigkeit	1	0.74	0.60	.439
Bildungsstand	1	13.29	10.69	.001
Bildungsstand der Eltern	1	0.92	0.74	.389
Finanzielle Situation	1	21.64	17.42	< .001
Residuen	2395	2975.73		

Tabelle 8: ANCOVA über wahrgenommene Parallelen aktueller politischer Entwicklungen und der Zeit des NS

	Freiheitsgrade	Quadratsumme	F	p
Migrationsgeschichte (0 = Nein, 1 = Ja)	1	11.22	11.54	< .001
Berufstätigkeit	1	0.91	0.94	.333
Bildungsstand	1	1.61	1.65	.198
Bildungsstand der Eltern	1	2.79	2.87	.091
Finanzielle Situation	1	20.50	21.08	< .001
Residuen	2655	2582.51		

Tabelle 9: ANCOVA über bekundetes Interesse am Thema Geschichte nach Migrationsgeschichte

	Freiheitsgrade	Quadratsumme	F	p
Migrationsgeschichte (0 = Nein, 1 = Ja)	1	11.70	7.79	.005
Berufstätigkeit	1	14.30	9.53	.002
Bildungsstand	1	3.50	2.34	.127
Bildungsstand der Eltern	1	0.30	0.17	.683
Finanzielle Situation	1	34.20	22.82	< .001
Residuen	2653	3972.70		

Tabelle 10: ANCOVA über die Angabe, inwiefern das Schulfach Geschichte gemocht wurde oder wird, nach Migrationsgeschichte

	Freiheitsgrade	Quadratsumme	F	p
Migrationsgeschichte (0 = Nein, 1 = Ja)	1	185	2.93	.087
Berufstätigkeit	1	299	4.72	.030
Bildungsstand	1	3815	60.33	< .001
Bildungsstand der Eltern	1	1105	17.47	< .001
Finanzielle Situation	1	1330	21.03	< .001
Residuen	2646	167332		

Tabelle 11: ANCOVA über berichtete Häufigkeit der Auseinandersetzung außerhalb der Schule

	Freiheitsgrade	Quadratsumme	F	p
Migrationsgeschichte (0 = Nein, 1 = Ja)	1	3.70	2.60	.107
Berufstätigkeit	1	2.50	1.74	.187
Bildungsstand	1	0.20	0.11	.740
Bildungsstand der Eltern	1	41.50	28.82	< .001
Finanzielle Situation	1	7.10	4.94	.026
Residuen	2623	3774.90		

Tabelle 12: ANCOVA über das Ausmaß der Auseinandersetzung mit eigener Familiengeschichte im Kontext NS

	Freiheitsgrade	Quadratsumme	F	p
Migrationsgeschichte (0 = Nein, 1 = Ja)	1	63.10	28.78	< .001
Berufstätigkeit	1	5.60	2.54	.111
Bildungshintergrund	1	28.60	13.05	< .001
Bildungshintergrund der Eltern	1	73.70	33.61	< .001
Finanzielle Situation	1	10.70	4.88	.027
Residuen	2539	5564.60		

Tabelle 13: ANCOVA über das Ausmaß, inwiefern über den NS in der Familie gesprochen wird, nach Migrationsgeschichte

	Freiheitsgrade	Quadratsumme	F	p
Migrationsgeschichte (0 = Nein, 1 = Ja)	1	139.10	94.84	< .001
Berufstätigkeit	1	11.40	7.77	.005
Bildungsstand	1	2.10	1.44	.230
Bildungsstand der Eltern	1	13.90	9.46	.002
Finanzielle Situation	1	16.10	10.99	< .001
Residuen	2316	3397.40		

Tabelle 14: ANCOVA über die Zustimmung zu »Die Geschichte meiner eigenen Familie ist ein Teil der deutschen Erinnerungskultur«

Regressionen	Pfad	Schätzer	Standardfehler	z	p
Identität ~ Migrationsgeschichte	c	-0.08	0.06	-1.49	.137
Identität ~ Berufstätigkeit	cc1	-0.08	0.01	-5.39	< .001
Identität ~ Bildungshintergrund	cc2	-0.03	0.02	-1.47	.142
Identität ~ Bildungshintergrund der Eltern	cc3	-0.01	0.02	-0.62	.536
Identität ~ Finanzielle Situation	cc4	0.03	0.01	3.57	< .001
EK-Item ~ Migrationsgeschichte	a	-0.43	0.05	-9.63	< .001
EK-Item ~ Berufstätigkeit	ac1	-0.04	0.01	-3.21	.001
EK-Item ~ Bildungshintergrund	ac2	0.02	0.02	1.34	.181
EK-Item ~ Bildungshintergrund der Eltern	ac3	0.04	0.01	3.23	.001
EK-Item ~ Finanzielle Situation	ac4	0.03	0.01	3.33	.001
Identität ~ EK-Item	b	0.53	0.03	20.43	< .001
Varianzen					
.Identität		1.42	0.04	33.78	< .001
.EK-Item		0.94	0.03	33.78	< .001
Definierte Parameter					
Indirekter Effekt	a*b	-0.225	0.03	-8.71	< .001
Totaler Effekt	c	-0.308	0.06	-5.18	< .001

Tabelle 15: Zusammenfassung des Mediationsmodells von Identität auf Migrationsgeschichte über Wahrnehmung, die Geschichte der eigenen Familie sei Teil der deutschen Erinnerungskultur

Anmerkung: Im Modell wurde Migrationshintergrund dummy-codiert (0 = nicht vorhanden (1 = vorhanden) und die Zustimmung zum Erinnerungskultur-Item zentriert.

Regressionen	Pfad	Schätzer	Standardfehler	z	p
WGZ $\sim$ Migrationsgeschichte	c	-0.10	0.03	-3.02	.003
WGZ $\sim$ Berufstätigkeit	cc1	-0.01	0.01	-0.73	.467
WGZ $\sim$ Bildungshintergrund	cc2	0.06	0.01	5.08	< .001
WGZ $\sim$ Bildungshintergrund der Eltern	cc3	0.03	0.01	3.21	.001
WGZ $\sim$ Finanzielle Situation	cc4	0.01	0.01	1.58	.115
EK-Item $\sim$ Migrationsgeschichte	a	-0.43	0.04	-9.76	< .001
EK-Item $\sim$ Berufstätigkeit	ac1	-0.03	0.01	-2.73	.006
EK-Item $\sim$ Bildungshintergrund	ac2	0.02	0.02	1.26	.208
EK-Item $\sim$ Bildungshintergrund der Eltern	ac3	0.04	0.01	3.05	.002
EK-Item $\sim$ Finanzielle Situation	ac4	0.03	0.01	3.38	.001
WGZ $\sim$ EK-Item	b	0.14	0.02	8.88	< .001
Varianzen					
.WGZ		0.55	0.02	33.95	< .001
.EK-Item		0.95	0.03	33.95	< .001
Definierte Parameter					< .001
Indirekter Effekt	a*b	-0.06	0.01	-6.57	< .001
Totaler Effekt	c	-0.16	0.03	-4.80	< .001

Tabelle 16: Zusammenfassung des Mediationsmodells von wahrgenommenem gesellschaftlichem Zusammenhalt und politischer Partizipationsmöglichkeit auf Migrationsgeschichte über Wahrnehmung, die Geschichte der eigenen Familie sei Teil der deutschen Erinnerungskultur

Anmerkung: Im Modell wurde Migrationshintergrund dummy-codiert (0 = nicht vorhanden (1 = vorhanden) und die Zustimmung zum Erinnerungskultur-Item zentriert. WGZ = Skala zu wahrgenommenem gesellschaftlichem Zusammenhalt und politischer Partizipationsmöglichkeit.

	Freiheitsgrade	Quadratsumme	F	p
Migrationsgeschichte (0 = Nein, 1 = Ja)	1	31.58	18.69	< .001
Berufstätigkeit	1	3.92	2.32	.129
Bildungsstand	1	0.01	0.01	.939
Bildungsstand der Eltern	1	1.76	1.04	.309
Finanzielle Situation	1	4.27	2.53	.112
Residuen	465	785.38		

Tabelle 17: ANCOVA über Item zu persönlichem Bezug zu einem historischen Ereignis, das in deutscher Erinnerungskultur wenig bis gar nicht repräsentiert sei

Anmerkung: Das Modell wurde nur über die Teilnehmer:innen gerechnet, die in dem Item »Wie sehr ist dieses Ereignis/dieser Zeitraum ein Teil der Erinnerungskultur in Deutschland [...]?» die Antwortmöglichkeiten »Überhaupt nicht« oder »Eher wenig« auswählten.

Klimaschutzregression: Angriffe auf Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt

Christoph Richter, Janine Patz, Noah Marschner und Axel Salheiser

Abstract

Der Beitrag bettet die antidemokratische bis (extrem) rechte klimaschutzregressive Politik in ihren sozialen Kontext. Er beleuchtet die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit unter Berücksichtigung der historischen Vorbedingungen. Die globale Klimakrise und die sozial-ökologische Transformation sind in Anlehnung an Ulrich Becks und Stephan Lessenichs Arbeiten als Konsequenz der Komplexitätssteigerung moderner Externalisierungsgesellschaften zu deuten. Die Wohlstandszugewinne kapitalistischer Industriegesellschaften beruhen auf der systematischen Auslagerung der Risiken, vorrangig zu Lasten der Gesellschaften des Globalen Südens und der Umwelt. Die spürbarer werdenden Klimawandelfolgen stellen zunehmend den Status quo der Ressourcen- und Machtverteilungen in Frage und befördern individuelle und kollektive Verunsicherungen. Wachsende sozioökonomische Ungleichheiten fordern den gesellschaftlichen Zusammenhalt zusätzlich heraus. Die unter Rechtfertigungsdruck geratenen Ungleichheits- und Machtverhältnisse führen zu Abwehrreaktionen. Im Wunsch nach Entlastung, Verantwortungsabwehr und der Verteidigung von Privilegien begründet sich die Attraktivität des exklusiven Deutungsangebots klimaschutzregressiver, rechter Akteur:innen. Sie geben vor, die Konfliktkonstellationen über eine Rückkehr zum Status quo im Sinne eines nationalen exkludierenden Zusammenhalts aufzulösen.

Keywords: Klimaschutz; extreme Rechte; Ungleichheit; Demokratie; Zusammenhalt

Ein »Dokument der Schande« nannte der Generalsekretär der Vereinten Nationen Antonio Guterres den aktuellen Bericht des Weltklimarats. Er meinte damit nicht die akribische, wissenschaftlich fundierte Arbeit zum Zustand des globalen Klimas, sondern die Chronologie globaler politischer Untätigkeit. Aus den Befunden ergibt sich »ein Katalog der leeren Versprechen, die die Weichen klar in Richtung einer unbewohnbaren Erde stellen«.¹ Seit den 1970er Jahren waren die zentralen Befunde zum menschengemachten Klimawandel und grundlegende Lösungsstrategien im Umgang mit der Klimakrise der Öffentlichkeit bekannt. Seither sind Jahrzehnte vergangen, in denen die globalen Emissionswerte immer neue Rekordwerte erreichten, aber Klimaschutzpolitik kaum Umsetzung fand. In diesem Beitrag fokussieren wir die Anschlussfähigkeit klimaschutzregressiver Narrative und Ideologien. Sie liefert *eine* Erklärung, warum notwendige Transformationsschritte bis heute verhindert oder verschleppt werden konnten und auch in Zukunft Gefahr laufen, weiter ausgebremst oder sogar rückgängig gemacht zu werden. Wir zeigen auf, dass hieraus eine doppelte Gefährdung des demokratischen Zusammenhalts erwächst. Zum einen ist die Klimafrage und ihre Bearbeitung unmittelbar mit der Zukunft der Demokratie verbunden, zum anderen sind es gerade antidemokratische bis (extrem) rechte Akteur:innen, welche sich klimaregressiver Narrative bedienen und von ihrem Bedeutungsgewinn profitieren. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist besonders dort herausgefordert, wo antidemokratische (extrem) rechte Desinformationsstrategien und Mobilisierungen Raum greifen.² Wir zeigen, warum im Kontext der Klimakrise und der sozial-ökologischen Transformation derartige Positionen besonders leicht Eingang in gesellschaftliche Diskurse und politische Prozesse finden und Konfliktpotenziale erhöhen.

Unser Beitrag bettet die antidemokratische bis (extrem) rechte klimaschutzregressive Politik in ihren sozialen Kontext ein und beleuchtet die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit unter Berücksichtigung historischer Vorbedingungen und unseres auf globalen Ungleichheits- und Ausbeutungsverhältnissen fußenden Wohlstands. In Anlehnung an Ulrich Becks Überlegungen zur »Risikogesellschaft«³ deuten wir die Herausforderungen der globalen Klimakrise und einer ökologischen, ökonomischen und sozialen Transformation als Probleme der Komplexitätssteigerung moderner Gegenwartsgesellschaften. Mit Verweis auf Stephan Lessenichs Arbeiten zur »Externalisierungsgesellschaft«⁴ kann die

1 RND 2022, »Antonio Guterres bezeichnet neuen Klimabericht als ›Dokument der Schande‹«, 12.01.2023, <https://www.rnd.de/politik/antonio-guterres-bezeichnet-neuen-klimabericht-als-dokument-der-schande-XLA2Z4M2HPT7WCMKNPVAYSNUMM.html>.

2 Deitelhoff u.a., *Gesellschaftlicher Zusammenhalt*.

3 Beck, *Risikogesellschaft*.

4 Lessenich, *Sintflut*.

Klimaproblematik als zeitversetzte Internalisierung historischer und aktueller Externalisierungspraktiken wohlhabender Industriegesellschaften auf Kosten der physischen Umwelt und der Bevölkerung des Globalen Südens gedeutet werden. Die »Rückkehr« der Wohlstandsrisiken setzt demnach die Externalisierungsgesellschaften intern unter starken Druck, aktualisiert und verschärft bestehende sozioökonomische Ungleichheiten. Die immer stärker unter Rechtfertigungsdruck geratenen Ungleichheits- und Machtasymmetrien führen zu Abwehrreaktionen. Im Wunsch nach Entlastung, Verantwortungsabwehr und der Verteidigung von Privilegien begründet sich die Attraktivität des exklusiven Deutungsangebots klimaschutzregressiver, rechter Akteur:innen.

1. Fundament und ideologische Brücken der Klimaschutzregression

Um die Anschlussfähigkeit antidemokratischer und (extrem) rechter Narrative im Kontext der Klimakrise verdeutlichen zu können, bedarf es einer grundlegenden Herleitung der klimaschutzablehnenden Positionen von rechts. Bei (extrem) rechten Bewegungen ist der scheinbare Gegensatz zwischen dem Eintreten für Umwelt- und Naturschutzthemen bei gleichzeitiger Bekämpfung von Klimaschutzbestrebungen auffällig.⁵ Was auf den ersten Blick paradox wirkt, ist im Fundament (extrem) rechter Ideologie begründet, auf dem auch die deutsche Umweltbewegung historisch wurzelt. Diesen Ursprüngen nach fußt der Umweltschutzgedanke auf einer aus dem völkischen Naturverständnis abgeleiteten Naturalisierung von Gesellschaften. In diesem Biologismus werden Menschen vermeintlich naturgegebene und unveränderbare Positionen zugeschrieben, was Ausgangspunkt und Legitimierung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen bietet. Kontinuität hat gerade in antidemokratischen (extrem) rechten Milieus die Verknüpfung von Mensch und Natur im Sinne von »Volk und Raum«, eine moderne Interpretation von »Blut und Boden«. Weil eine Veränderung etwa der deutschen Umwelt als Veränderung des »deutschen Volkes« verstanden wird, zielt der (extrem) rechte Umweltschutz vordergründig auf den Erhalt von Kulturlandschaften, regionalen Traditionen und der vermeintlich »natürlichen« Gesellschaftsordnung inklusive binärer Geschlechts- und Rollenverständnisse. Rassistische Vorstellungen und Migrationsabwehr werden als angebliche ökologische Konsequenzen begründet: Aus der Rede von invasiven Arten wird die Abwehr von zugewanderten Menschen abgeleitet.⁶ Damit sind (extrem) rechte Umweltschutzbestrebungen nicht Teil des Klimaschutzes, sondern stehen als

⁵ Forchtner, *The Far Right*.

⁶ Hellwig, »Naturschutz ist Heimatschutz«.

völkisch verstandener »Heimatschutz« im ideologisch strengen Gegensatz zu Forderungen für mehr globale Klimagerechtigkeit.⁷ Folglich wird sich der Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen verwehrt und nicht selten werden der menschengemachte Klimawandel, dessen Folgen und unsere Einflussmöglichkeiten geleugnet. Stattdessen werden Forderung nach konsequentem Schutz der Umwelt zum »Arterhalt« nach innen platziert. Der Kern (extrem) rechter Ideologie ist die Trennung von Innen- und Außenwelt. Mittels Eigen- und Fremdgruppenzuschreibungen werden ungleiche Ausschlussprinzipien in der sozialen, kulturellen und politischen Sphäre – aber eben auch im Hinblick auf die physische Umwelt gerechtfertigt. Besonders trifft dies auf völkisch-nationalistische, rechtsextreme und faschistische Bewegungen zu. Anschlussfähig sind diese Narrative aber weit über diese Milieus hinaus.

Auch im Parteienspektrum sind es nicht nur die (extrem) Rechten, die in ihren Programmatiken nationalen Umweltschutz nach innen und die Abwehr von Klimaschutz-Positionen nach außen vertreten.⁸ Neben ihnen agieren auch Akteur:innen des marktradikalen Spektrums offen gegen Klimaschutzmaßnahmen. Trotz einiger inhaltlicher und entwicklungshistorischer Unterschiede werden sowohl im Neoliberalismus als auch im Rechtslibertarismus klimaschutzabwehrende Positionen vertreten. Begründet werden sie mit der Priorisierung individueller Freiheits- und privater Eigentumsrechte, der Ablehnung kollektivistischer, staatlicher Steuerungsmechanismen und der Unterstützung marktwirtschaftlicher Prinzipien als gesellschaftliches Organisationsprinzip.⁹ Oberflächlich betrachtet stehen diese Positionen in zentralen ideologischen Fragen konträr zur Ideologietradition der (extrem) Rechten. So nehmen erstere den maximalen Individualismus und letztgenannte den autoritären Kollektivismus als Ausgangspunkt ihrer politischen Programmatik. Allerdings teilen beide Strömungen die Befürwortung bzw. Betonung von Ungleichheit.¹⁰ Während die (extreme) Rechte mit Blick auf die Klimakrise und entsprechende Schutzmaßnahmen nationalistische und rassistische Etabliertenvorrechte einfordert, argumentieren Marktradikale hier zumeist klassistisch und staatsinterventionskritisch. Klimaschutz wird als Bedrohung für individuelle Freiheitsrechte¹¹, unternehmerische Freiheit und wirtschaftlichen Wohlstand¹² und als Deckmantel für staatliche »Regulierungswut«¹³ gedeutet. Progressive und kollektivistische

7 Forchtner, *The Far Right*.

8 Schaller/Carius, *Convenient Truths*; Quent u.a., *Klimarassismus*.

9 Quent u.a., *Klimarassismus*.

10 Ebd.

11 Mann, *The hockey stick*.

12 Götze/Joeres, *Klimaschutzlobby*.

13 Ebd.

Einschränkungsversuche der Privatwirtschaft und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung werden attackiert.¹⁴ Materielle und ideologische Motive sind dabei symbiotisch miteinander verbunden.¹⁵ Historisch betrachtet waren es neben (extrem) rechten auch rechtskonservative, insbesondere marktradikale und neoliberale Denkfabriken, Politiker:innen sowie rechtslibertäre Großunternehmer:innen, die Desinformationskampagnen gegen Klimaschutzmaßnahmen zum Schutz unternehmerischer Interessen lancierten und unterstützten.¹⁶ Auch nachfrageseitig zeigten internationale Studien, dass Anhänger:innen freier Marktwirtschaft skeptische bis ablehnende Haltungen gegenüber wissenschaftlichen Befunden zum Klimawandel äußerten.¹⁷ Vergleichbare Muster finden sich in Deutschland, wo marktradikale Denkfabriken und Lobbygruppen, zum Teil in Kooperation mit (extrem) rechten Gruppen, klimaschutzregressive Kampagnen und Narrative vorantreiben.¹⁸

Das (extrem) rechte sowie das marktradikale Spektrum eint die Strategie der politischen Ausgrenzung und nationalen Abschottung zur Verteidigung von Privilegien sowie die Erhaltung des Status quo westlicher Wohlstandsproduktion auf Kosten des Globalen Südens und des Klimas. Als Oberkategorie für Politiken und Ideologien, die auf die Verhinderung des Klimaschutzes abzielen und diese rechtfertigen, schlagen wir in Anlehnung an existierende Klassifikationen den Begriff der Klimaschutzregression vor.¹⁹ Klimaschutzregressive Inhalte und Einstellungen umfassen die Leugnung des Klimawandels, die Aberkennung der zentralen Rolle des menschlichen Handelns darin, das Abstreiten meteorologischer und gesellschaftlicher Folgewirkungen sowie die Negierung von Handlungs- bzw. Transformationsnotwendigkeiten. Dazu zählen auch Verschwörungserzählungen wie jene vom »Great Reset«, die den globalen Klimaschutz als transnationales Elitenprojekt zur geplanten Umgestaltung bzw. Zerstörung der Gesellschaften und ihrer tradierten Wirtschafts- und Sozialordnungen attackieren.²⁰

14 Olsen/Andersen, »Shielding the Market from the Masses«.

15 Dunlap/Brulle, »Sources and amplifiers of climate change denial«.

16 Götze/Joeres, *Klimaschutzlobby*.

17 Heath/Gifford, »Free-Market Ideology«; Lewandowsky, »NASA faked the Moon landing«; Lewandowsky u.a., »The role of conspiracist ideation«.

18 Quent u.a., *Klimarassismus*.

19 Beispielsweise Rahmstorf/Schellnhuber, *Klimawandel*; van Rensburg, »Climate Change Scepticism«.

20 Gemenis u.a., *The politics of antienvironmentalism*; Quent u.a., *Klimarassismus*.

2. Einflusskanäle und Strategien der Klimaschutzregression

Die Kanäle, über die klimaschutzregressive Inhalte Einfluss auf gesamtgesellschaftliche Diskurse und die Ausgestaltung der konkreten Klimaschutzpolitik nehmen können, sind vielfältig. Gut erforscht ist die Rolle der Massenmedien. Als eine der zentralen Informationsquellen zum Klimawandel haben sie in der Vergangenheit über rechtskonservative bis rechtslibertäre Medienunternehmen Zweifel an den wissenschaftlichen Befunden zum Klimawandel verbreitet und im Sinne einer *false balance* klimaschutzregressive Positionen verstärkt.²¹

Umfangreich dokumentiert sind auch die Aktivitäten zahlreicher Lobbygruppen und Denkfabriken, die größtenteils im rechtskonservativen bis neoliberalen politischen Spektrum zu verorten sind und seit Jahrzehnten mit der Unterstützung fossiler Großunternehmen daran arbeiten, durch gezielte Desinformationskampagnen konkrete Klimaschutzpolitiken auszuhebeln, abzuschwächen und zu verzögern.²² Bereits ab Mitte des 20. Jahrhunderts entstanden in den USA Denkfabriken, Institute und Stiftungen, die zur Wahrung ökonomischer Partikularinteressen gegen die Erkenntnisse der Wissenschaft zum menschengemachten Klimawandel zu Felde zogen. Die Leugnung des Klimawandels war dabei ein wesentliches, aber nicht das einzige Ziel der Institute, die sich z.B. auch gegen die antirassistische Bürgerrechtsbewegung positionierten.

Viele der sogenannten *climate contrarian thinktanks* (CCT) lassen sich strukturell und inhaltlich im Netzwerk der Mont Pelerin Society verorten, der Gründungsinstitution des Neoliberalismus in der Nachkriegsgeschichte.²³ Ihre Desinformationspraktiken wurden durch Lobbyist:innen der fossilen Energiewirtschaft, der Industrie und durch rechte Populist:innen strategisch vorangetrieben. Sie adressierten gesellschaftliche »Gatekeeper« im Bereich Medien, Wissenschaft und Politik und zielten damit auf konkrete politische Entscheidungsprozesse und auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung.²⁴ An den verbindenden Erzählungen hat sich heute einiges geändert, einige Strategien wurden angepasst. Aber viele Narrative bestehen fort. Eine Studie über den Einfluss der amerikanischen Klimaleugnungsnetzwerke in Europa zeigte, dass klimaskeptische Thinktanks zentrale Prinzipien und die strikte neoliberale Agenda übernommen haben. Als eine der einflussreichsten dieser Denkfabriken in Europa identifizierten die Forschenden das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) in Deutschland.²⁵

21 Boykoff, *Who Speaks for the Climate?*.

22 Dunlap/McCright, »Organized climate change denial«; Götze/Joeres, *Klimaschutzlobby*.

23 Quent u.a., *Klimarassismus*.

24 Dunlap/McCright, »Organized climate change denial«; Götze/Joeres, *Klimaschutzlobby*.

25 Phlewe, »EIKE: Global-Warming Denial Repertoires in Action«.

Eine weitere relevante Ebene ist die direkte politische Einflussnahme durch Parteien. Zahlreiche (extrem) rechte Parteien verfolgen eine klimaschutzfeindliche Agenda in ihren Programmen.²⁶ Das hat unmittelbare Konsequenzen für die Implementierung von Klimaschutzzielen besonders dort, wo diese in Regierungsverantwortung liegen. Am augenscheinlichsten mögen die klimafeindlichen Beschlüsse unter den beiden rechten Ex-Präsidenten Donald Trump und Jair Bolsonaro sein. Eine Studie unter 31 OECD-Ländern für den Zeitraum 2007–2018 konnte nachweisen, dass rechte Parteien in Regierungsverantwortung wie auch indirekt über legislative Einflussnahmen einen signifikanten negativen Effekt auf die nationale Klimaschutzpolitik ausübten.²⁷ Aber auch ohne Regierungsmitwirkung besteht die Möglichkeit der Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse. Über den parteipolitischen Wettbewerb und gesellschaftliche Debatten können sie öffentliche Deutungsprozesse im Sinne ihrer politischen Agenda gestalten.²⁸

In Deutschland trifft dies vor allem auf die AfD zu, die wissenschaftliche Erkenntnisse zu den Ursachen des Klimawandels offen leugnet. Neben Akteur:innen wie EIKE und der AfD treiben in Deutschland zahlreiche Einzelpersonen, Lobbyvereine und marktradikale Gruppierungen (bspw. Ludwig-Mises-Institut, Friedrich-August-v.-Hayek-Gesellschaft) klimaschutzregressive Diskurse voran. Unterstützt werden sie von zahllosen Blogs, Webseiten und Social-Media-Formaten (extrem) rechter Medien: z.B. Tichys Einblick, Junge Freiheit, Compact Magazin, Oliver Janich.²⁹ Häufig verbinden sie gezielte Desinformationen zum Klimawandel und zu Klimaschutzmaßnahmen mit Verschwörungserzählungen und Attacken auf Protagonist:innen der Klimaschutzbewegung und -politik.³⁰ Social-Media-Analysen auf den Plattformen Twitter, Facebook, Instagram ergaben, dass sich ein Großteil der klimaschutzregressiven Kommunikation auf AfD-Gruppen, (extrem) rechte Medien und Einzel-Akteur:innen zurückführen ließ.

Insbesondere rund um konkrete Konfliktthemen schnellte die Anzahl klimaschutzregressiver Inhalte auf den Plattformen schlagartig in die Höhe. Beispielhaft zu nennen sind z.B. Greta Thunbergs Rede auf der UN-Klimakonferenz 2018, Diskurse zur Bundestagswahl 2021, die Flutkatastrophe im Sommer 2021 und der russische Angriffskrieg 2022. Bei diesen Ereignissen bewegten sich die Narrative zwischen offenen, oft sexistischen Angriffen auf Klimaschutzaktivist:innen und grüne Politiker:innen einerseits und Verschwörungserzählungen

26 Schaller/Carius, *Convenient Truths*, Quent u.a., *Klimarassismus*.

27 Lockwood/Lockwood, »How Do Right-Wing Populist Parties Influence Climate and Renewable Energy Policies?«.

28 Mudde, *Populist radical right parties*; Gemenis u.a., *The politics of antienvironmentalism*.

29 Quent u.a., *Klimarassismus*, S. 98 ff.

30 Richter u.a., »Klimadiktatur?«.

wie die vom »Great Reset« und dem drohenden »Ökosozialismus« andererseits.³¹ Dass rechte, verschwörungsideologische, Klimaschutzregressive Narrative nicht nur spektralen- und milieuübergreifend reproduziert werden, sondern darüber hinaus gesellschaftliche Deutungs- und Gestaltungsmacht entfalten können, wurde u.a. in den flächendeckenden Mobilisierungen unter dem Schlagwort »Heißer Herbst« sichtbar.³² Um die breite Anschlussfähigkeit erklären zu können, muss der gesellschaftliche und historische Kontext herangezogen werden. Mit Rückbezug auf die Konzepte der Risiko- und Externalisierungsgesellschaft lassen sich das weit verbreitete Bedürfnis nach Verdrängung, Verantwortungsabwehr und Status quo-Erhalt und die daraus resultierende Attraktivität der Klimaschutzregression herleiten.

3. Effekte der Risiko- und Externalisierungsgesellschaft

Einen Analyserahmen der Herausforderungen für den Zusammenhalt moderner Gegenwartsgesellschaften bietet Ulrich Becks Konzept der »Risikogesellschaft«.³³ Unter dem Eindruck der gravierenden Umweltzerstörung und nuklearen Bedrohung der 1980er Jahre zeigte er, dass die gesellschaftliche Produktion von Reichtum systematisch mit der Produktion gesellschaftlicher Risiken einhergeht. Im Kern folgte Beck zwar der Annahme, dass die im Zuge der Industrialisierung »exponentiell wachsenden Produktivkräfte« zu einer starken Wohlstandvermehrung führten. Er erkannte an, dass sie die Kämpfe um sozioökonomische Partizipationschancen und Verteilungsgerechtigkeit innerhalb dieser Gesellschaften bis zu einem gewissen Ausmaß befrieden konnte. Allerdings betonte Beck auch, dass damit »Risiken und Selbstbedrohungspotentiale in einem bis dahin unbekannten Ausmaß«³⁴ einhergingen. Der Wohlstand schafft nicht nur die Voraussetzungen, sondern erzwingt durch die Verdrängung der »Nebenfolgegefährdungen« bzw. der »Quellen des Reichtums«³⁵ einen Reflexionsprozess über die selbstgenerierten Risiken, die die Gesellschaften elementar bedrohen. So rücken Fragen der »politischen und wissenschaftlichen Handhabung – Verwaltung, Aufdeckung, Einbeziehung, Vermeidung und Verschleierung«³⁶ dieser Risiken in den Fokus der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Dabei klang in Becks Thesen an, dass es sich auch um vielfältige kulturelle und normative Fragen handelt,

31 Ebd.

32 Patz u.a., »Feindliches Klima«.

33 Beck, *Risikogesellschaft*, S. 25.

34 Ebd.

35 Ebd., S. 27.

36 Ebd., S. 26.

die sich auf die gesellschaftliche (De-)Legitimation der Thematisierung und Bearbeitung solcher Risiken beziehen. Im Gegensatz zu den späteren Abhandlungen Becks blieb im Kern seiner Risikothorie ein wichtiger Aspekt unserer Forschungsfrage eher randständig: Der Boom der Wohlstandsproduktion westlicher Industriegesellschaften und die sozioökonomische Befriedung interner Klassenkonflikte fußt auf historisch gewachsenen globalen Ungleichheitsstrukturen. Die sozioökonomische Ausbeutung der Ressourcen, Teilhabechancen und Lebensgrundlagen ging vorrangig auf Kosten der Menschen in Gesellschaften des Globalen Südens. Es handelte sich also von vornherein auch um eine Auslagerung interner ökonomischer Konfliktpotentiale in die Sphäre der globalen Ungleichheitsdynamiken. Im Kontext der Klimakrise und ihrer Bearbeitungsstrategien kehren sie als weitere krisenhafte Risikodimension zurück und bringen den Status quo der Ressourcen- und Machtverteilung auch hierzulande ins Wanken. Die Frage, was passiert, wenn ein Großteil der Weltbevölkerung ihr Recht auf Gleichheit der Lebensverhältnisse einfordert, tritt im Kontext der Klimakrise und der Maßnahmen zum Klimaschutz aus dem mehrheitlich ins kollektive Unterbewusstsein Verdrängten zu Tage. Daran schließen sich Fragen nach den kolonialen Ursprüngen und dem Fortbestand westlichen Wohlstands sowie nach Rechtfertigungsstrategien der zugrundeliegenden Ungleichheiten an.

Den Aspekt der exportierten Wohlstandsrisiken der Industriegesellschaften beschreibt Lessenich als Einbettung der globalen Ungleichheitsstrukturen in unseren lebenspraktischen Alltag. Externalisierung ist demzufolge »gleichermaßen Struktur, ein Mechanismus und eine Praxis«.³⁷ Auf der strukturellen Ebene bedeutet sie eine »Machtasymmetrie in der Weltgesellschaft«, die sich als »mehrdimensionaler, globalisierter Ausbeutungsmechanismus« reproduziert.³⁸ Gleichzeitig ist die Externalisierung in den Alltagspraktiken der Menschen und sozialen Gruppen in den westlichen Wohlstandsgesellschaften als Externalisierungshabitus präsent, indem z.B. der Wohlstandskonsum selbstverständlich erscheint und die klima- und menschenfeindlichen Folgen für den Globalen Süden aus der alltäglichen Lebensführung ausgeblendet werden.³⁹

Was aber ermöglicht es Menschen, die Widersprüche, die durch die Folgen ihres Externalisierungshabitus gegenüber Dritten entstehen, auszuhalten? Menschen sind, wie Rainer Forst schreibt, »rechtfertigende Wesen«, und die jeweiligen normativen Ordnungen, in denen sich die Mitglieder einer Gesellschaft bewegen, sind historisch gewachsene Formen kollektiver Rechtfertigungsnarra-

37 Lessenich, *Sintflut*, S. 50.

38 Ebd., S. 51.

39 Ebd., S. 60.

tive.⁴⁰ Widersprüche zwischen Kognitionen, Werten und Handlungen führen zu starkem wahrgenommenem Druck, der notwendigerweise – häufig unbewusst – Mechanismen zu Wiederherstellung »konsonanter Verhältnisse« in Gang setzt.⁴¹ Die Mechanismen der Dissonanzreduktion sind vielfältig und reichen von Rechtfertigungsversuchen, Anpassung, Ignorierung oder Verneinung bis zu Änderungen von Einstellungen bzw. Handlungen.⁴² Geraten die Verhältnisse in Konflikt zu grundlegenden Wertvorstellungen, kann es zur Realitätsverneinung kommen, insbesondere, wenn sich dieser viele Personen anschließen.⁴³ Den Fragen der Rechtfertigungsstrategien der Externalisierungsmechanismen geht Lessenich unter Rückgriff auf psychologische Konzepte nach und zeichnet ein »Psychogramm der Externalisierungsgesellschaften«.⁴⁴ Freud bezeichnete den psychologischen Mechanismus der Projektion als eine Tendenz, bestimmte Vorstellungen, »die als intolerabel für das Ego angesehen werden, in die Subjektsphäre der externen Welt« zu verlagern.⁴⁵ Einen ähnlichen Wirkungszusammenhang auf der Ebene kollektiver Konflikte sehen die Sozialpsycholog:innen Morton Deutsch und Susan Opatow und Lea Weiss⁴⁶ im Prinzip der Abspaltung oder des Ausschlusses von Personen aus dem moralischen Geltungsbereich der »Wir-Gruppen« hin zu einer Gruppe der »Anderen«.⁴⁷ Das Prinzip des moralischen Ausschlusses rechtfertigt die Nichtgültigkeit moralischer Prinzipien für diejenigen, die nicht (mehr) als Bestandteil des moralischen Kollektivs betrachtet werden.⁴⁸ Es erlaubt das Festhalten an moralischen Werten der Wir-Gruppe und den gleichzeitigen Ausschluss von Menschen, die als »außenstehend« gelten. Der moralische Ausschluss bietet die Grundlage, auf der sich Gefühle von Hass und Feindseligkeit zwischen Gruppen entwickeln und verstärken können, die im schlimmsten Fall im Prozess der »Entmenschlichung« zu tödlicher Gewalt führen.⁴⁹ Die strukturelle Auslagerung der Wohlstandsrisiken rechtfertigt sich durch den Ausschluss der betroffenen Subjekte aus dem moralischen Geltungsbereich der Eigengruppe. Es kommt zu einer Art »Externalisierungs-Doppelbewegung«.⁵⁰

40 Forst, *Normativität und Macht*.

41 Festinger, *Cognitive Dissonance*, S. 2 ff.

42 Ebd.

43 Ebd., S. 198 ff.

44 Lessenich, *Sintflut*, S. 68.

45 Frei übersetzt nach Sandler, *Projection*, S. 2.

46 Deutsch, »Psychological Roots of Moral Exclusion«; Opatow/Weiss, »New Ways of Thinking about Environmentalism«.

47 Frei übersetzt nach Deutsch, »Psychological Roots of Moral Exclusion«, S. 24.

48 Ebd.

49 Ebd.

50 Lessenich, *Sintflut*.

Diese, den gesellschaftlichen Zusammenhalt erodierende Doppelbewegung zeigt sich gerade am Beispiel der Klimakrise deutlich. Der Globale Süden leidet schon lange unter ihren schwerwiegenden Folgen für die Umwelt und die Menschen. Der Globale Norden ist durch das historisch gewachsene Produktions- und Konsumregime in hauptsächlicher Verantwortung für die Zerstörung der weltweiten natürlichen Lebensgrundlagen.⁵¹ Die Auslagerung der Lasten und Kosten aus diesen »Externalisierungsgesellschaften«⁵² im Stile einer »imperialen Lebensweise«⁵³ schreibt die globale Ungleichheit beständig fort und verschärft sie. Gerade diejenigen, die historisch und aktuell am geringsten zur Zerstörung der Umwelt und zur Schädigung des Klimas beigetragen haben, schultern erzwungenermaßen die Hauptlast der Folgen des fossilen Produktions- und Konsumregimes. Diese Struktur, die das Zusammenfallen von hoher Klimafolgenbelastung, Armut und Ethnizität bedingt, sowie der Mechanismus ihrer Legitimierung, lässt sich in Anlehnung an die internationale Forschung zum Umweltrassismus⁵⁴ als Klimarassismus beschreiben.⁵⁵

4. Die Internalisierung der Folgen der Ausbeutung und Klimazerstörung

Nicht zuletzt mit der Häufung von Extremwetterereignissen und Ernteausfällen werden auch in den »Wohlstandsnationen« neben den klimatischen auch die gesellschaftlichen Folgen des Klimawandels immer spürbarer. Frühere Mechanismen der »Krisenauslagerung« werden dysfunktional – und die Alternativlosigkeit zur tiefgreifenden Transformation bedroht den Status quo der Ressourcen- und Machtverteilung. Dies bietet Potential für tiefgehende individuelle und kollektive Verunsicherungen und die Entstehung von Status- und Verlustängsten. In dem Umfang, in dem unübersehbar wird, dass nicht weniger als das Fundament der fossilen Wohlstandsgesellschaften zur Disposition gestellt ist, wächst das Spannungsfeld zwischen akutem Transformationsdruck und dem Wunsch, dass alles so bleiben möge, wie es ist oder vermeintlich war. Die konkrete Ausgestaltung der ökologischen Transformation lässt keine gesellschaftliche Ebene unberührt und stellt damit auch hierzulande den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe.

⁵¹ Abimbola u. a., *Racism and Climate (In)Justice*.

⁵² Lessenich, *Sintflut*.

⁵³ Brand/Wissen, *Imperiale Lebensweise*; Eversberg, »Klimarassismus«.

⁵⁴ U. a. Bullard, »Environmental Racism«.

⁵⁵ Eversberg, *Bioökonomie*; Quent u. a., *Klimarassismus*.

Einerseits fordern Klimaschutzbewegungen wie Fridays for Future, Ende Gelände oder Letzte Generation einen schnelleren, konsequenteren Klimaschutz. Mit teils kontrovers diskutierten Protestformen und dezidiertem Kapitalismuskritik versuchen sie, die Notwendigkeit *systemischer* Veränderungen ins öffentliche Bewusstsein zu rufen. Andererseits treffen klimaschutzprogressive Forderungen in der Gesellschaft auf weitverbreitete Skepsis, Zurückhaltung oder Ablehnung. Vor allem konservative Diskurspositionen argumentieren für die Wahrung sozialer Verträglichkeit und die Erwartungen an die Stabilität tradierter Produktions- und Konsumweisen. Die klimaschutzaktivistischen Appelle an eine »Global Climate Justice« implizieren den Vorwurf »westlicher« Besitzstandswahrung. Sie kollidieren mit populären Deutungen, bei denen Ansprüche und Interessen sozialer Eigengruppen oder (imaginierten) nationaler Kollektive den Referenzrahmen bilden, um die Verantwortung für globale Interdependenzen auszublenken oder abzuwehren. Doch in dem Umfang, wie die Folgen und Auswirkungen des Klimawandels auch hierzulande immer weniger ignoriert werden können, wächst der Transformationsdruck auf die Gesellschaft und spitzt sich gleichzeitig die Legitimationskrise der globalen Ungleichverteilung der Klimawandelfolgen zu.

Die sich auch in Deutschland verschärfenden Ungleichheiten zeigen sich in Positionen zu sozial-ökologischen Transformationsprozessen entlang sozialer Ungleichheitsmechanismen und politischer, kultureller Werte. Repräsentative Befragungen verdeutlichen Zusammenhänge zwischen sozialer Lage, Wertorientierungen und der Haltungen zu Klimaschutz- und Klimagerechtigkeitsaspekten.⁵⁶ So werden von eher regressiv, autoritär eingestellten Menschen, sowohl Klimaschutz als auch Antirassismus als Angriffe auf ihre »durch nationale Zugehörigkeit begründeten Statusansprüche«⁵⁷ gewertet und mit autoritärer Abwehr beantwortet. Ähnliche Mechanismen offenbaren sich auch in sozial bessergestellten, leistungs- und wachstumsorientierten Milieus. Hier existiert ein hohes Bedürfnis nach Sicherung eigener Privilegien sowie eine ablehnende Haltung gegenüber Liberalität und Gleichbehandlung.

5. Die Attraktivität klimaregressiver Angebote von rechts

Die hier skizzierte Dynamik kommt also klimaregressiven und vor allem (extrem) rechten Akteur:innen erkennbar zunutze. Sie bieten eine chauvinistische, antipluralistische und exkludierende Antwort auf eine der zentralen gesellschaftli-

⁵⁶ Eversberg, *Bioökonomie*; Eversberg, »Klimarassismus«.

⁵⁷ Eversberg, »Klimarassismus«, S. 75.

chen und demokratischen Zukunftsfragen: Wie werden innerhalb der westlichen Industriegesellschaften die lange verteidigten, kolonialen Privilegien, die durch die globale Klimakrise zur Disposition gestellt werden, neu verhandelt?

Rechte Akteur:innen instrumentalisieren in der Umwelt- und Klimathematik individuelle und kollektive Statusverlustängste sowie kultur- und standortnationalistische Identitätskonstruktionen und negieren universalistische Solidarität. Stattdessen versprechen sie die Privilegien wachstums-, wohlstands- und konsumorientierter Bevölkerungsschichten zu verteidigen, die auf den tradierten fossilen Produktions- und Konsumregimes basieren. Besonders relevant ist dabei die Suggestion einer Konservierung des idealisierten gesellschaftlichen Status quo. Treffender ist allerdings eine »retrotopische«⁵⁸ Rückkehr zum imaginierten Status quo ante einer industriellen Wachstumsgesellschaft, die auf der unhinterfragten Ausbeutung natürlicher Ressourcen und menschlichen Lebens beruht. So unvereinbar diese Vorstellung mit der Realität der Klimakrise ist, so attraktiv erscheint der ideologische Gegenentwurf in Zeiten tiefer gesellschaftlicher Verunsicherung und dystopischer Szenarien. Das (uneingelöste) Versprechen, dass die kapitalistische Industriegesellschaft Wohlstand für alle ermögliche, dient als nostalgischer Bezugspunkt und als Propagandaformel. Der Statusverlustangst gut saturierter Bevölkerungsteile und der trotzigen Abwehr Mancher, die eigenen Privilegien zu reflektieren, steht die existierende soziale Ungleichheit im internationalen Vergleichsmaßstab wie auch im nationalen Kontext gegenüber. Nationale Grenzen trennen zwischen »politisch relevanter und irrelevanter Ungleichheit« und ermöglichen so das »institutionalisierte Wegsehen«.⁵⁹ In dem Maße, wie nationalstaatliche Grenzen durch die globalen Externalisierungsfolgen unterlaufen werden, geraten nationalstaatliche Rechtfertigungsnarrative unter wachsenden Druck, was umso vehementer mit Abwehr beantwortet wird. Damit sind (extrem) rechte, klimaschutzregressive Narrative nicht nur bei Menschen anschlussfähig, die den Klimawandel und dessen Ursachen und Folgen abstreiten, sondern auch bei jenen, die die Position vertreten, dass wir dagegen nichts ausrichten können.

Bezüglich der breiten Anschlussfähigkeit konnte gezeigt werden, dass besonders (extrem) rechte Einstellungsmuster und solche, die damit in enger ideologischer Beziehung stehen, klimaschutzregressive Einstellungen verstärken.⁶⁰ Dazu zählen nationalistische, chauvinistische⁶¹, populistische, insbesondere aber rechtspopulistische⁶² verschwörungsideologische und rechtsextreme

58 Bauman, *Retrotopia*.

59 Ebd.

60 Reusswig u. a., »Propagandafeld: Klima«.

61 Kulin u. a., »Nationalist ideology«.

62 Lockwood, »Right-wing populism«; Huber, »The role of populist attitudes«.

Einstellungsmuster⁶³, geringes Institutionenvertrauen⁶⁴ sowie Skeptizismus gegenüber transnationalen Institutionen, etwa der EU.⁶⁵

Die erhöhte gesellschaftliche Nachfrage nach Entlastungsstrategien, Verantwortungsabwehr und Status quo-Erhalt trifft auf eine politische Performanz- und Steuerungskrise, die sich zu einer Legitimitätskrise der Demokratie ausweiten könnte. Die begrenzten Möglichkeiten nationaler Regierungen, dem Klimawandel effektive Handlungsstrategien entgegenzusetzen, und eine als ineffizient wahrgenommene Transformationspolitik vergrößern die Kluft zwischen behaupteter und tatsächlicher politischer Gestaltungsfähigkeit, zwischen erwarteter und wahrgenommener Responsivität. Sie lassen das Vertrauen in die Demokratie weiter erodieren. Während sich die Gelegenheitsfenster für die Abmilderung des industriegemachten Klimawandels und seiner Folgen immer weiter schließen, werden sich Versprechen der »Bewahrung unseres Wohlstands« zunehmend als substanzlose Beschwichtigungsversuche bzw. als kontrafaktische politische Propaganda entlarven lassen. Gleichzeitig steigen Verunsicherung, Zukunftssorgen, die Furcht vor Statusverlust und existentielle Bedrohungsängste in der Bevölkerung. Das erweitert den Raum für Versuche, die Demokratie insgesamt zu delegitimieren, und nährt die antidemokratische Kernerzählung, politische Eliten ließen »das Volk« im Stich.⁶⁶

Die zurückliegenden und aktuellen Krisen haben die Kontinuität aufgezeigt, mit der (extrem) rechte Akteur:innen ihre Mobilisierungsstrategien verfolgen und themenübergreifend ein demokratiegefährdendes Potenzial entfalten. Relevant sind dabei die Erfolge der AfD, die ganz prominent Klimaschutzregressive Positionen vertritt und den Einfluss der Menschen auf den Klimawandel leugnet. Klimaschutzpolitik verunglimpft sie antisemitisch, verschwörungsideologisch als »Morgenthau-Plan« zur »Deindustrialisierung Deutschlands«. ⁶⁷ Ihrer selbstviktimisierenden Propaganda nach drohe der nationale Wohlstand einer »links-grünen Klimadiktatur« zum Opfer zu fallen. Unbequeme Wahrheiten werden hingegen ausgeblendet: Zum Beispiel, dass der »Wohlstand der Deutschen« durch kapitalistischen, industriellen Raubbau an Menschen und Umwelt hervorgebracht wurde und keineswegs gleich und gerecht verteilt ist.

Der diskursiv-normative Aushandlungsprozess um die Hintergründe, Umgangsstrategien und Fragen von Verantwortung und Schuld bietet mit Blick auf die Klimakrise ein beträchtliches Reservoir individueller und kollektiver Reaktionsmuster vom »Nichtsehenwollen«, über Formen der Projektion, Verantwor-

63 Reusswig u.a., »Propagandafeld: Klima«.

64 Ebd.

65 Gemenis u.a., *The politics of antienvironmentalism*.

66 Mudde, *Populist radical right parties*.

67 Rafael, »Alexander Gauland wittert Morgenthau«.

tungsauslagerung und Schuldumkehr bis hin zur Abwertung, Ausgrenzung und Dehumanisierung. »Korruption«, »Überbevölkerung«, »Misswirtschaft«, »Gier«, »Ineffizienz« und »Unterentwicklung« sind in dieser Pauschalität immer wieder genutzte Begriffe, wenn es darum geht, aus Perspektive der wohlhabenden Demokratien Interessen der globalen »Peripherie« abzuwehren. (Extrem) rechte Ideolog:innen radikalisieren diese Narrative, indem sie die eigene Überlegenheit aus der »Minderwertigkeit« der »Anderen« konstruieren und so die Ausbeutung, schlimmstenfalls auch die Eliminierung anderer Bevölkerungsgruppen rechtfertigen. Die Externalisierungslogik, die auf Vorstellungen von Ungleichheit, teils auch Ungleichwertigkeit basiert, ist jedoch kein Alleinstellungsmerkmal (extrem) rechter Milieus. Die Forderung von Clemens Tönnies – Inhaber des zweitgrößten europäischen Fleischproduzenten – am »Tag des Handwerks« in Paderborn vor 1.600 Gästen, »Kraftwerke in Afrika zu finanzieren«, damit »die Afrikaner aufhören, Bäume zu fällen, und [...] wenn's dunkel ist, Kinder zu produzieren«,⁶⁸ kann als ein Prototyp rassistischer, klimaschutzregressiver Verantwortungsabwehr und Schuldumkehr betrachtet werden. Gleichzeitig zeigt diese Äußerung nicht nur exemplarisch, wie anschlussfähig, sondern auch wie sagbar (extrem) rechte Rechtfertigungsstrategien bereits heute sind.

6. Klimaschutzregression als Gefahr für den demokratischen Zusammenhalt

Die Klimakrise und die Ausgestaltung der sozial-ökologischen Transformation stellen die größte Herausforderung unserer Gegenwart dar und bergen ein außerordentlich hohes politisches und soziales Konfliktpotenzial, das den gesellschaftlichen Zusammenhalt herausfordert. Der Klimawandel resultiert aus der industriellen Ausbeutung auf Kosten der Umwelt und der Auslagerung der Wohlstandsrisiken auf Gesellschaften vorrangig im Globalen Süden. Die Klimakrise konfrontiert die Menschheit unausweichlich mit den Folgen der fossilen Wohlstandsproduktion und stellt den Status quo der Ressourcen- und Machtverteilung zwischen und innerhalb der Gesellschaften verstärkt infrage. Die Situation bietet Potenzial für weitgehende individuelle und kollektive Verunsicherungen und steigert das Risiko wachsender gesellschaftlicher Polarisierung. Sie erhöht die Nachfrage nach Entlastungsstrategien und eröffnet ein Gelegenheitsfenster für klimaschutzregressive, autoritäre und nationalistische Positionen. Diese ge-

⁶⁸ *Neue Westfälische*, »Clemens Tönnies sorgt beim Tag des Handwerks für Kopfschütteln«.

ben vor, die Konfliktkonstellationen über eine Rückkehr zum Status quo im Sinne eines nationalen exkludierenden Zusammenhalts aufzulösen.

(Extrem) rechte Akteur:innen, die Klimaschutzregressive Narrative verbreiten, machen Alternativangebote zu demokratischer Politik, die je nach Interessenlagen und Wertorientierungen auf fruchtbaren Boden fallen können. Doch gerade im »Propagandafeld Klima«⁶⁹ geht es nicht ausschließlich um eine populistische Fundamentalopposition gegen die vorherrschende Regierungspolitik, sondern um die Abwehr von Verantwortung und Handlungsnotwendigkeiten sowie um die Aufrechterhaltung sozialer und rassistischer Ungleichheitsstrukturen, die sich über lange historische Zeiträume herausbildeten und daher in der Breite der Gesellschaft bis heute zu wenig hinterfragt und problematisiert werden. Klimaschutzregressive Positionen stoßen bei steigenden Klimakrisenkosten auf eine zunehmende Nachfrage nach Entlastungsstrategien und resonieren voraussichtlich umso stärker, je stärker Transformationskonflikte zu eskalieren drohen.

Das demokratiegefährdende Potential erhöht sich zusätzlich, da Akteur:innen des (extrem) rechten Spektrums die Klimapolitik nicht nur als ideologisch-programmatisches, sondern auch als strategisches Handlungsfeld erschlossen haben. Die anschlussfähige Klimaschutzregression fungiert als Brückennarrativ, mit dem sie ihre antidemokratische Eliten- und Institutionenkritik in weite Teile der Gesellschaft tragen. Während ihr Handlungsspielraum wächst, wird gleichzeitig der Möglichkeitsraum eingeschränkt, effiziente Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen und die notwendige sozioökonomisch-ökologische Transformation der Gesellschaft einzuleiten. Die rechte Klimaschutzregression bedroht demnach den demokratischen Zusammenhalt im doppelten Sinn.

Verdrängung, Leugnung und Schuldumkehr sind selbstverständlich nur einige der möglichen Verarbeitungsstrategien. Es stehen zahlreiche Optionen bis zur Änderung von Handlungsroutrinen zur Auswahl, um kognitive Dissonanzen zu kompensieren.⁷⁰ Auch Änderungen im Konsumverhalten, Spenden, politischer Protest u.v.m. sind Mechanismen der Verarbeitung dieser Widersprüche. Die Unterstützung des Klimaschutzes war und ist in Deutschland mit rund 70 Prozent hoch, lediglich neun Prozent lehnen ihn ab. Zufrieden mit der Umsetzung konkreter Maßnahmen, z.B. der Energiewende, sind dagegen nur zehn Prozent.⁷¹ Kritisiert werden mangelnde Bürger:innenbeteiligung und soziale Gerechtigkeit.⁷² Diese Sorgen markieren mögliche zukünftige Sollbruchstellen in

69 Reusswig u.a., »Propagandafeld: Klima«.

70 Festinger, *Cognitive Dissonance*.

71 Teune u.a., *Energiewende?*.

72 Ebd.

der gesellschaftlichen Zustimmung zur Energiewende insbesondere dann, wenn die Kosten der Transformation steigen und unzureichende soziale Ausgleichsmaßnahmen zu einem weiteren Anstieg sozialer Ungleichheit führen werden. Im Kontext des Klimawandels rücken Prozesse der gesellschaftlichen Polarisierung und Spaltung in den Fokus, die eine normativ konnotierte »Vorstellung eines Auseinanderfallens der Gesellschaft in unterschiedliche Gruppen«⁷³ zu verstärken drohen. Ein Beurteilungsmaßstab für den Grad gesellschaftlicher Desintegration ist auch aus funktionalistischer Perspektive geboten. Die Intensivierung von Interessen- und Verteilungskonflikten erschwert deren institutionelle Einhegung und Bewältigung und zieht damit politische Legitimations- und Steuerungskrisen nach sich, die eine Transformationsgesellschaft zu destabilisieren drohen. In der demokratischen Praxis von Politik und Zivilgesellschaft muss die Aufmerksamkeit für klimawandelbezogene Desinformation und antidemokratische Agitation gesteigert werden. Höchste Priorität muss die Förderung demokratischer Kultur haben, die möglichst günstige Rahmenbedingungen für einen kontroversen, gleichwohl inklusiven und fairen Aushandlungsprozess über die Weiterentwicklung der Gesellschaft und Fragen der Klimagerechtigkeit bietet.

Literatur

- Abimbola, Olumide/Aikins, Joshua Kwesi/Makhesi-Wilkinson, Tselane/Roberts, Erin (2021), *Racism and Climate (In)Justice: How Racism and Colonialism shape the Climate Crisis and Climate Action*, Washington D.C.
- Bauman, Zygmunt (2017), *Retrotopia*, Frankfurt am Main.
- Beck, Ulrich (1986), *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main.
- Boykoff, Maxwell T. (2011), *Who Speaks for the Climate? Making Sense of Media Reporting on Climate Change*, Cambridge.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017), *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, München.
- Bullard, Robert (1994), »Environmental Racism and Invisible Communities«, *West Virginia Law Review*, Jg. 96, H. 4, Artikel 9.
- Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (2020) (Hg.), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*, Frankfurt am Main.
- Deutsch, Morton (1990), »Psychological Roots of Moral Exclusion«, *Journal of Social Issues*, Jg. 46, H. 1, S. 21–25.

⁷³ FGZ-Taskforce 2022.

- Dunlap, Riley E./McCright, A. M. (2011), »Organized climate change denial«, in: Dryzek, John S./Norgaard, Richard B./Schlosberg, David (Hg.), *Oxford Handbook of Climate Change and Society*, Cambridge, S. 144–160.
- Dunlap, Riley E./Brulle, Robert J. (2020), »Sources and amplifiers of climate change denial«, in: *Research Handbook on Communicating Climate Change*, Cheltenham, S. 49–61.
- Eversberg, Dennis (2020), *Bioökonomie als Einsatz polarisierter sozialer Konflikte? Zur Verteilung sozial-ökologischer Mentalitäten in der deutschen Bevölkerung 2018 und möglichen Unterstützungs- und Widerstandspotentialen gegenüber bio-basierten Transformationen*, Jena.
- (2022), »Klimarassismus – neue Polarisierung oder ›innerimperiale Kämpfe reloaded?«, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt & Rassismus. Wissen schafft Demokratie*, Bd. 11, Jena, S. 70–79.
- Festinger, Leon (1962), *A Theory of Cognitive Dissonance*, Stanford.
- Forchtner, Bernhard (2020), *The Far Right and the Environment: Politics, Discourse and Communication*, New York.
- Forst, Rainer (2015), *Normativität und Macht. Zur Analyse sozialer Rechtfertigungsordnungen*, Berlin.
- Gemenis, K./Katsanidou, Alexia/Vasilopoulou, Sofia (2012), *The politics of antienvironmentalism: positional issue framing by the European radical right* [online]. Paper prepared for the MPSA Annual Conference, 12–15 April 2012, Chicago.
- Götze, Susanne/Joeres, Annika (2020), *Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen*, München.
- Heath, Yuko/Gifford, Robert (2006), »Free-Market Ideology and Environmental Degradation«, *Environment and Behavior*, Jg. 38, H. 1, S. 48–71.
- Hellwig, Marcel (2018), »Naturschutz ist Heimatschutz« – völkischer Rechtsextremismus im Naturschutz«, in: FARN (Hg.), *Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz*, Berlin, S. 6–8.
- Huber, Robert A. (2020), »The role of populist attitudes in explaining climate change skepticism and support for environmental protection«, *Environmental Politics*, Jg. 29, H. 6, S. 959–982.
- Kulin, Joakim/Sevä, Ingemar J./Dunlap, Riley E. (2021), »Nationalist ideology, rightwing populism, and public views about climate change in Europe«, *Environmental politics*, Jg. 30, H. 4, S. 1–24.
- Lessenich, Stephan (2018), *Neben uns die Sintflut*, München.
- Lewandowsky, Stephan (2013), »NASA faked the Moon landing – Therefore, (climate) science is a hoax. An anatomy of the motivated rejection of science«, *Psychological Science* Jg. 24, H. 5, S. 622–633.
- Lewandowsky, Stephan/Gignac, Gilles E./Oberauer, Klaus (2013), »The role of conspiracist ideation and worldviews in predicting rejection of science«, *PloS*, Jg. 8, H. 10, e0134773.
- Lockwood, Ben/Lockwood, Matthew (2022), »How Do Right-Wing Populist Parties Influence Climate and Renewable Energy Policies? Evidence from OECD Countries«, *Global Environmental Politics*, Jg. 22, H. 3, S. 12–37.
- Lockwood, Matthew (2018), »Right-wing populism and the climate change agenda: exploring the linkages«, *Environmental Politics*, Jg. 27, H. 4, S. 712–732.
- Mann, Michael E. (2012), *The Hockey Stick and the Climate Wars: Dispatches from the Front Lines*, New York.
- Mudde, Cas (2007), *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge/New York.

- Neue Westfälische (2019), »Clemens Tönnies sorgt beim Tag des Handwerks für Kopfschütteln«, 10.01.2023, https://www.nw.de/lokal/kreis_paderborn/paderborn/22523960_Clemens-Toennies-sorgt-beim-Tag-des-Handwerks-fuer-Kopfschuetteln.html.
- Olsen, Niklas/Andersen, Rasmus Skov (2022), »Shielding the Market from the Masses: The Origins of Libertarian Anti-environmentalism in the 1960s and 1970s«, *Journal of Modern European History*, Jg. 20, H. 3, S. 304–310.
- Opatow, Susan/Weiss, Leah (2002), »New Ways of Thinking about Environmentalism: Denial and the Process of Moral Exclusion in Environmental Conflict«, *Journal of Social Issues*, Jg. 56, H. 3, S. 475–490.
- Patz, Janine/Marschner, Noah/Richter, Christoph/Salheiser, Axel (2023), »Feindliches Klima. Die Gefährdung des demokratischen Zusammenhalts am Beispiel des Anti-Windkraft Diskurses«, in: Maria Alexopoulou/Christian Meier zu Verl/Alexander Yendell/Axel Salheiser (Hg.), *Gefährdeter Zusammenhalt? Interdisziplinäre Befunde zu multiplen Inklusions- und Exklusionsprozessen*, Frankfurt am Main und New York (im Erscheinen).
- Phlewe, Dieter (2020), »EIKE: Global-Warming Denial Repertoires in Action«, 03.03.2023, http://thinktanknetworkresearch.net/blog_ttni_en/denial-repertoires-the-roles-of-germanys-man-made-global-warming-denial-think-tank-eike/.
- Quent, Matthias/Richter, Christoph/Salheiser, Axel (2022), *Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende*, München.
- Rafael, Simone (2019), »Alexander Gauland wittert Morgenthau«, *Belltower.News*, Jg. 12, November 2019, <https://www.belltower.news/rechte-verschwuerungsideologien-und-afd-alexander-gauland-wittert-morgenthau-92931/>.
- Rahmstorf, Stefan/Schellnhuber, Hans J. (2014), *Der Klimawandel: Diagnose, Prognose, Therapie*, München.
- Reusswig, Fritz/Küpper, Beate/Rump, Maike (2021), »Propagandafeld: Klima«, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hg.), *Die geforderte Mitte Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, Bonn, S. 262–281.
- Richter, Christoph/Klinker, Fabian/Salheiser, Axel (2022), »Klimadiktatur? Rechte Ideologie und Verschwörungsnarrative zur Klimapolitik in den sozialen Netzwerken«, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt & Rassismus*, Wissen schafft Demokratie, Bd. 11, Jena, S. 80–93.
- RND (2022), »Antonio Guterres bezeichnet neuen Klimabericht als ›Dokument der Schande‹«, 12.01.2023, <https://www.rnd.de/politik/antonio-guterres-bezeichnet-neuen-klimabericht-als-dokument-der-schande-XLA2Z4M2HPT7WCMKNPVAYSNUMM.html>.
- Sandler, Joseph (1989), *Projection, Identification, Projective Identification*, London.
- Schaller, Stella/Carius, Alexander (2019), *Convenient Truths: Mapping Climate Agendas of Right-wing Populist Parties in Europe*, Berlin.
- Task Force FGZ-Datenzentrum (2022), *Gefährdeter Zusammenhalt? Polarisierungs- und Spaltungstendenzen in Deutschland*, Bremen.
- Teune, Simon/Rump, Maike/Küpper, Beate/Schatzschneider, Julia/Reusswig, Fritz/Lass, Wiebke (2021), *Energiewende? – ja! Aber... Kritik und Konflikte um die Energiewende im Spiegel einer Bevölkerungsbefragung*, Potsdam/Mönchengladbach.
- Van Rensburg, Willem (2015), »Climate Change Scepticism: A Conceptual Re-Evaluation«, *SAGE Open*, Jg. 5, H. 2.

Strukturwandel der Öffentlichkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Johannes Gemkow und Sonja Ganguin

Abstract

Der derzeitige Strukturwandel der Öffentlichkeit stellt klassische Massenmedien in Deutschland vor eine Identitätsfrage. Zwar belegen aktuelle Studien zur Nachrichtennutzung, dass professioneller Journalismus höchste Vertrauenswerte genießt,¹ jedoch gewinnen unter den dynamischen Bedingungen ökonomischer Plattformlogik auch weitere Akteure an Bedeutung. Für die Kohäsionsforschung gelten massenmediale Institutionen als ein Garant für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Dieser Beitrag stellt die Frage, inwieweit kommunikationswissenschaftliche Theorien, Konzepte und Evidenzen Antworten zur Rolle des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Kontext des Strukturwandels von Öffentlichkeit aufgreifen. Dazu diskutiert der Beitrag den Wandel von Öffentlichkeit im Kontext des semantischen Wandels von Zusammenhalt.

Im ersten Teil werden die Funktionen der modernen Öffentlichkeit und deren Bezug zum Zusammenhaltsbegriff diskutiert. Im zweiten Teil werden aktuelle Logiken und Konzepte digitaler Öffentlichkeit mit dem dazugehörigen Zusammenhaltsbegriff erörtert. Dabei wird aufgezeigt, dass digitale Öffentlichkeiten kommunikationswissenschaftliche Fragestellungen verändern, da institutionelle Verankerungen von Öffentlichkeit infrage gestellt werden. In den Fokus geraten nun Praktiken der Herstellung von Öffentlichkeit auf partizipativer, sozioökonomischer und kognitiver Ebene, die einer medienkritischen Betrachtung bedürfen.

Keywords: Strukturwandel der Öffentlichkeit; Zusammenhalt; Massenmedien; Digitalisierung; Plattformen

¹ Hölzig/Behre/Schulz, »Reuters Institute Digital News Report 2022«.

1. Öffentlichkeit und Zusammenhalt aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive

Die Kommunikationswissenschaft beschäftigt sich intensiv mit Fragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dies tat sie bisher jedoch weitestgehend ohne die explizite Nennung des Zusammenhaltsbegriffes, wobei neuere Publikationen auch diesen Begriff aufgreifen.² Die klassischen Themen und Forschungsbereiche im Kontext von Zusammenhalt sind in der Kommunikationswissenschaft andere: Integrationsforschung,³ Kohäsionsforschung,⁴ Sozialkapitalforschung,⁵ Agenda-Setting-Forschung,⁶ Fragmentierungsforschung⁷ oder Forschung zum Medienvertrauen⁸, während im englischsprachigen Bereich das Begriffspendant *social cohesion*⁹ eine längere Tradition in der Kommunikationswissenschaft hat.

Sobald sich die Kommunikationswissenschaft im Kontext der Zusammenhaltsforschung bewegt, tritt sie mit einem normativen Impetus auf. Gleichwohl gibt es beschreibende Ergebnisse, wie beispielsweise die Längsschnittstudie zum Medienvertrauen¹⁰ zeigt; dem gegenüber steht jedoch eine Plethora normativer Ansätze.

Die Forschung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt ist ebenfalls normativ aufgeladen. Es gibt eine Reihe von Konzepten, die Zusammenhalt ex positivo bzw. ex negativo auslegen, wobei letztgenannte Form deutlich stärker vertreten ist. Mit ex negativo sind problembehaftete Krisenerscheinungen, die den Zusammenhalt bedrohen, gemeint. Forschungen mit diesem Konzept interessieren sich beispielsweise für Konflikte, Populismus oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Mit dem Zusammenhalt ex positivo wiederum sind wünschenswerte Eigenschaften verbunden, die unter anderem auf solidaristiftende Vergemeinschaftungen wie Jugendmilieus, Nachbarschaft oder Berufsverbände abzielen. Die normativ aufgeladene Unterscheidung in problembehaftete und wünschenswerte Formen des Zusammenhalts zeigt sich auch in der öffentlichen Verwendung des Zusammenhaltsbegriffes. In ihrer quantitativen Inhaltsanalyse zur Begriffsverwendung haben Quent, Salheiser und Weber gezeigt, dass sich

2 Hasebrink u.a., *Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt*; Jandura u.a. (Hg.), *Zwischen Integration und Diversifikation*.

3 Vlašić, *Die Integrationsfunktion der Massenmedien*.

4 Chan/To/Chan, »Reconsidering Social Cohesion«.

5 Beaudoin, »News Effects on Bonding and Bridging Social Capital«.

6 Sarcinelli, *Politische Kommunikation und multikulturelle Gesellschaft*.

7 Begenat, *Öffentlichkeit – für alle?*.

8 Jakob u.a., »Medienvertrauen im Zeitalter der Polarisierung«.

9 Maht, »Beyond Filter Bubbles and Echo Chambers«.

10 Jakobs u.a., »Welche Personenmerkmale sagen Medienvertrauen voraus?«.

der Diskurs in ausgewählten Zeitungsartikeln in ein wünschenswertes »politisches top-down-framing« und ein konfliktbehaftetes »bottom-up-framing«¹¹ von sozialen Bewegungen aufteilt.

Im Kontext eines normativen Öffentlichkeitskonzeptes, in dem die gesamten publizistischen, insbesondere die öffentlich-rechtlichen Medien, Funktionen zur Herstellung von Zusammenhalt übernehmen, eignet sich die Adaption eines normativen Zusammenhaltsbegriffes. Dieser Brückenschlag, der in der Kommunikationswissenschaft keineswegs unbekannt ist,¹² ermöglicht eine Kausalität zwischen beiden Konzepten. Dahinter liegt die »Annahme, dass Massenmedien eine integrierende Funktion haben [...], die gemeinsame Nutzung bestimmter Medienangebote verbindend wirke [...] [und] Massenmedien zur Vermittlung gemeinsamer Wertvorstellungen und damit der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen«.¹³

Die Diskussion um die Merkmale von Digitalisierung und sozialen Medien als »Neo-Institutionen« ist aktuell und intensiv¹⁴ und auch schon auf die Funktionen von Öffentlichkeit zugeschnitten, jedoch noch nicht im Kontext des Zusammenhaltsbegriffes. Eine solche neo-institutionalistische Perspektive hat ihre Auswirkungen auf das genuin kommunikationswissenschaftliche Thema der Öffentlichkeit. Eisenegger spricht mit Blick auf soziale Medien von einer »Plattformisierung« und in deren Folge vom bereits angesprochen dritten »Strukturwandel der Öffentlichkeit«.¹⁵ Dieser Strukturwandel verschiebt insbesondere die normativen Erwartungen an das Konzept der Öffentlichkeit und damit auch die Fragen nach der Bedeutung von Öffentlichkeit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Mit Blick auf Daten zur Mediennutzung wird eine Ambivalenz des Strukturwandels deutlich. Zum einen gibt es eine Hinwendung zu digitalen Angeboten. 80 Prozent der Menschen ab 14 Jahren nutzen täglich das Internet.¹⁶ Zum anderen ist das Fernsehen immer noch das reichenweitenstärkste Informationsmedium, liegt aber mittlerweile bei den unter 50-Jährigen hinter dem Internet¹⁷.

11 Quent/Salheiser/Weber, *Gesellschaftlicher Zusammenhalt im Blätterwald*, S. 87.

12 Hasebrink u.a., *Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt*; Immler/Hölig, »Mediennutzung und gesellschaftlicher Zusammenhalt«; Vlašić, *Die Integrationsfunktion der Massenmedien*.

13 Vlašić, *Die Integrationsfunktion der Massenmedien*, S. 13.

14 Jarren, »Strukturwandel der Öffentlichkeit unter digitalen Bedingungen«; Eisenegger, *Dritter, digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit*.

15 Eisenegger, *Dritter, digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit*, S. 22.

16 ARD/ZDF-Forschungskommission, »ARD/ZDF-Onlinestudie 2022«.

17 Die Medienanstalten, »Mediengewichtungsstudie 2022-I«.

2. Zum (dritten) Strukturwandel der Öffentlichkeit

Öffentlichkeit ist seit jeher ein sich wandelndes Phänomen. Öffentliche Kommunikation als ein herrschaftsfreier Diskurs ist eine der »wirkmächtigste[n] Utopie[n] der Menschheit«.¹⁸ Sie zeigt sich sowohl in den griechischen Agoren und römischen Foren und wird zu einem Kernelement der Aufklärung. Unter der Bezeichnung des Strukturwandels der Öffentlichkeit sind temporär begrenzte Transformationen öffentlicher Kommunikationsformen gemeint. In der Kommunikationswissenschaft werden bis zum heutigen Tag drei verschiedene Phasen von Öffentlichkeit beschrieben.¹⁹

2.1 Die drei Phasen von Öffentlichkeit

Die erste Phase schließt an die Aufklärung an. Im 18. und 19. Jahrhundert wandelt sich die bürgerliche Versammlungsöffentlichkeit zu einer publizistisch hergestellten Öffentlichkeit. In dieser ersten Phase setzt eine Rationalisierung des öffentlichen Diskurses durch politisch motivierte, publizistische Träger wie Parteien, Kirche und Verbände ein. Die Verbesserung des Druckwesens durch die Zylinderdruckmaschine 1812 und die Rotationsdruckmaschine 1863 ging einher mit einer infrastrukturellen Grundlegung durch die Gründung von Verlagen, aber vor allem durch neue Foren öffentlicher Kommunikation in Theatern, Kaffeehäusern und Clubs.²⁰

In der zweiten Phase der Öffentlichkeit kommt nun eine andere Rationalisierung auf, nämlich eine ökonomisch motivierte. Es entstehen auf der einen Seite privatrechtliche Medienkonzerne, die nach ökonomischer Nutzenmaximierung handeln und auf der anderen Seite ein professionalisierter Journalismus, der als vierte Säule der Demokratie Funktionen einer modernen Öffentlichkeit gewährleisten soll.

Die dritte Phase der Öffentlichkeit wird heute in der Medien- und Kommunikationswissenschaft und anderen angrenzenden Disziplinen wie der Soziologie, der Politikwissenschaft oder der Kulturwissenschaft als Digitalisierung beschrieben. Digitale Plattformen sind nicht auf denselben kulturellen, normativen und rechtstaatlichen Säulen aufgebaut, wie die moderne Öffentlichkeit, tragen jedoch sehr stark zu deren Prägung bei.

18 Imhof, *Die Demokratie, die Medien und das Jahrbuch*, S. 9.

19 Eisenegger, *Dritter, digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit*.

20 Beck, *Kommunikationswissenschaft*, S. 111.

Der aktuelle Strukturwandel, also die gerade beschriebene dritte Phase der Öffentlichkeit, lässt sich exemplarisch anhand von drei verschiedenen Ebenen analysieren: Partizipation, Sozio-Ökonomie und Kognition.

Auf der partizipativen Ebene weicht die Asymmetrie zwischen Kommunikator und Rezipient:in, die charakteristisch für die massenmediale Öffentlichkeit war, einem dynamischeren Verhältnis. Das führt dazu, dass die Grenze zwischen Publikation und Konversation an Trennschärfe verliert.²¹ Ebenso führt es zu einer Abschwächung journalistischen Gatekeepings und zu einer Förderung »pseudo-journalistischer Medien-, Informations- und Öffentlichkeitsanbieter«.²²

Auf der sozio-ökonomischen Ebene zeichnet sich infolge der Entwicklung auf der partizipativen Ebene ein Bedeutungsgewinn von Intermediären (z.B. Soziale Online-Netzwerke, Instant-Messenger, Suchmaschinen oder Videoportale) und deren algorithmischen Selektions-, Aggregations- und Distributionsleistungen ab.²³ Über das Leitprinzip algorithmenbasierter Individualisierung fragmentiert die Medienöffentlichkeit in interessengebundene »Kapillar-Öffentlichkeit[en]«²⁴ bzw. zu »networked publics«, wie Danah Boyd schon 2010 schrieb.²⁵ Diese zeichnen sich u.a. durch eine Entgrenzung von Privatheit und Öffentlichkeit sowie durch die Unmöglichkeit der Einhaltung eines sozialen Kontexts aus.

Dies kann sich schließlich auf der kognitiven Ebene zu einer Stärkung gruppenbasierter Kontrolle²⁶ durch milieuspezifische Informationsrepertoires entwickeln, wie es die Diskussionen um Filterblasen oder Echokammern zeigen.

Bevor die Bedeutung des Strukturwandels für den gesellschaftlichen Zusammenhalt explizierbar sind, wird im Folgenden auf die grundlegenden Funktionen einer modernen, auf klassischen Massenmedien beruhenden Öffentlichkeit eingegangen.

3. Funktionaler Ansatz der Öffentlichkeit

Der funktionale, moderne Ansatz von Öffentlichkeit beschreibt verschiedene Funktionen (Forum, Legitimation, Integration), die Öffentlichkeit für deliberative Demokratien haben. Historische Evidenz erfährt die Funktionsbeschreibung durch die Tatsache, dass in England, später in den USA, Frankreich und anderen Ländern Europas die Entstehung liberaler Demokratien mit dem ersten Struk-

21 Hasebrink u.a., *Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt*, S. 337.

22 Eisenegger, *Dritter, digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit*, S. 31.

23 Neuberger, *Journalismus in der Netzwerköffentlichkeit*, S. 33.

24 Eisenegger, *Dritter, digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit*, S. 33.

25 Boyd, *Social Network Sites as Networked Publics*.

26 Pickel u.a., *Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Rechtspopulismus*, S. 235.

turwandel der Öffentlichkeit einhergingen.²⁷ Sie bilden gewissermaßen den heuristischen Beitrag öffentlicher Kommunikation für demokratische Prozesse und Legitimation, aber auch für gesellschaftliche Selbstverständigung.

3.1 Forumsfunktion

Moderne Öffentlichkeit als Forum bildet in liberalen Demokratien drei wesentliche Merkmale aus, die hier mit den Begriffen Themenagenda, Räson und Selbstbeobachtung beschrieben werden.

Auf einer Sachebene werden thematisch wichtige Ereignisse verhandelt. Es entsteht eine massenmedial gerahmte Agenda gesellschaftlich wichtiger Themen.²⁸ Diese Themenagenda dient als gemeinsamer Orientierungsrahmen für u. a. politische Entscheidungen und Entscheidungsprozesse. Mit Rückführung auf die Agenda-Setting-Wirkungen kann ebenfalls konstatiert werden, dass »die Medienberichterstattung einen insgesamt starken Einfluß auf die Wahrnehmung von Themen«²⁹ hat. Dazu gehören neben der politischen Agenda auch kollektive Mediennutzungsformen, wie beispielsweise die Hinwendung zu kollektiv zugeschnittenen Themenangeboten, die Befunde zur Mediennutzung von Migranten zeigen.³⁰

Ein zweites wesentliches und prozedurales Merkmal politischer Kommunikation in der Öffentlichkeit ist die Räson. Räson meint dabei gerade nicht Rationalisierung, also einen Prozess, bei dem sich ein Diskurs von einer emotionsgetriebenen Aushandlung hin zu einem »zwanglosen Zwang des besseren Arguments«³¹ wandelt. Ob moderne Öffentlichkeiten einen solchen Wandel überhaupt anstoßen können, ist schon fraglich. Räson meint daher viel mehr den Anspruch moderner Öffentlichkeit als einen »offenen Marktplatz der Ideen«,³² auf dem verschiedene Themen und Meinungen miteinander um Relevanz verhandeln. Mit hin entscheidet der Anspruch auf Räson zum einen über die Themenagenda, die sich auf Basis einer auszuhandelnden Relevanz ordnet. Zum anderen wird der Anspruch auf Räson auch für die Gültigkeit verschiedener Sichtweisen auf ein Thema eingesetzt.

Als drittes Merkmal bildet die Forumsfunktion einen gesellschaftlichen Zugang zur Selbstbeobachtung. Wenngleich im Forum Themen und Entscheidun-

27 Habermas, *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit*, S. 22.

28 Peeters/d'Haenens, »Bridging or bonding?«, S. 226.

29 Sarcinelli, *Politische Kommunikation und multikulturelle Gesellschaft*, S. 416.

30 Simon/Neuwöhner, »Medien und Migranten«, S. 467.

31 Habermas, *Theorie des kommunikativen Handelns*, S. 47.

32 Weiß/Jandura, *Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt*, S. 17.

gen um Relevanz und Gültigkeit ringen, bildet sich auf einer beobachtenden Ebene eine Sphäre der Selbstbeobachtung von Gesellschaft heraus, da moderne Öffentlichkeit ja gerade den Anspruch einer gesellschaftsrelevanten Themenagenda hegt. Dieses Merkmal wird beispielhaft im Spiegelmodell von Jürgen Gerhards vertreten, der die »zentrale Funktion von Öffentlichkeit [...] in der Ermöglichung der Beobachtung der Gesamtgesellschaft durch die Gesellschaft, in der Ermöglichung von Selbstbeobachtung«³³ sieht. Über diesen Spiegel wird die Gesellschaft als System für sich selbst sichtbar und kann sich zu ihrer eigenen Beobachtung in Beziehung setzen, worin die Voraussetzung für das Entstehen und die Pflege kultureller Werte, moralischer Normen und nationalstaatlicher Gesetze liegt.

3.2 Legitimationsfunktion

Während Themen und Meinungen in einem selbstbeobachteten Prozess verhandelt werden, beschreibt die Legitimationsfunktion, inwieweit politische Entscheidungen (de-)legitimiert werden können. Dazu sind zwei wesentliche Merkmale vonnöten: Vermittlung und Transparenz.

Mit Vermittlung ist gemeint, dass zwischen ausübenden politischen Entscheidungsträgern und Bürger:innen innerhalb moderner Öffentlichkeit Kommunikation ermöglicht wird. Dabei bildet das Forum moderner Öffentlichkeit mit seinen Themenagenden und miteinander konkurrierenden Meinungen eine deliberative Entscheidungsressource für Politiker:innen. Gleichzeitig eröffnen diese Ressourcen Kommunikationspotentiale zwischen Repräsentanten und Souverän.

Transparenz wiederum ist gewissermaßen eine Voraussetzung zur funktionalen Umsetzung von Legitimation. Für die Sicherstellung von Transparenz müssen regierende Repräsentant:innen ihre Entscheidungen und die dahinterliegenden Prozesse argumentativ vorstellen. Dazu bedarf es aus Perspektive der modernen Öffentlichkeit massenmedialer Medien, die die Entscheidungen und Entscheidungsprozesse für Bürger:innen erst sichtbar machen.³⁴

Die Funktion der Legitimität geht jedoch über die politische Kommunikation hinaus. Der Journalismus fungiert gewissermaßen als legitimierte »zentrale Beobachtungsinstanz«³⁵ aller gesellschaftlichen Bereiche. Das betrifft neben

³³ Gerhards, »Politische Öffentlichkeit«, S. 87.

³⁴ Ferree u.a., »Four Models of the Public Sphere in Modern Democracies«, S. 292. In Bezug auf das Zusammenspiel von politischen Repräsentanten und Meinungen von Bürger:innen siehe Lorenz u.a. in diesem Band.

³⁵ Prinzing, *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit*, S. 455–456.

der Politik auch Wirtschaft, Kultur, Sport und auch die Medien selbst. Über die Beobachtung vermittelt journalistische Berichterstattung Normalitätserwartungen handelnder Akteure aus diesen Bereichen. Dazu gehören stereotype Bilder wie den ehrgeizigen Sportler, der über allen stehen will oder den extrovertierten Künstler, der den Status quo infrage stellt. Solche Stereotype haben eine langfristige Habitualisierung, denn sie schaffen »Vorstellungen über die gemeinsame Lebenswelt (Kultivierung)«³⁶ und bieten damit einen kollektiven, kulturell geformten Orientierungsrahmen. Damit kommen Gespräche über diese gemeinsamen Orientierungen in den Blick, die als Anschlussgespräche wiederum zur sozialen Integration beitragen.³⁷

Die Legitimität journalistischer Medien zeigte der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2021, der auf die fehlende Zustimmung Sachsen-Anhalts zur Erhöhung des Rundfunkbeitrags folgte:

Freie Meinungsbildung als Voraussetzung [...] der demokratischen Ordnung [...] in einem Prozess der Kommunikation [...], der ohne Medien, die Informationen und Meinungen verbreiten und selbst Meinungen äußern, nicht aufrechterhalten werden könnte. Unter den Medien kommt dem Rundfunk wegen seiner Breitenwirkung, Aktualität und Suggestivkraft besondere Bedeutung zu.³⁸

Auch im Hinblick auf den Strukturwandel der Öffentlichkeit untermauerte das Bundesverfassungsgericht die institutionelle Legitimationsfunktion modernen Öffentlichkeit.

3.3 Integrationsfunktion

Die Integrationsfunktion moderner Öffentlichkeit zielt auf die liberale Idee einer prinzipiellen Teilnahme des Souveräns bei der Konstituierung von öffentlichen Themen und Entscheidungen ab. Dazu bedarf es insbesondere Vielfalt im dreifachen Sinne: Vielfalt von Positionen, von gesellschaftlichen Milieus und von Kommunikationsströmen.

Im ersten Sinne bezieht sich Vielfalt auf verschiedene Positionen. Allein die Integration verschiedener Positionen in den öffentlichen Entscheidungsprozess legitimiert diesen.³⁹ Darüber hinaus stellen publizistische Erzeugnisse grund-

36 Vlašić, »Medien und Integration«, S. 428.

37 Hess, »Making Connections«, S. 488; Mahrt, »Soziale Integration durch Mediennutzung«, S. 19.

38 Bundesverfassungsgericht, 1 BvR 2756/20 (2021), zuletzt geprüft am 31.05.2022. https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/07/rs20210720_1bvr275620.html, Abs. 77.

39 Weiß/Jandura, *Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt*, S. 19.

sätzlich Wissen über andere soziale Gruppen bereit, was zur Verringerung sozialer Distanz – unabhängig von der inhaltlichen Berichterstattung – führen kann.⁴⁰

Im zweiten Sinne bezieht sich Vielfalt auf den Zugang verschiedener gesellschaftlicher Milieus. Für liberale Demokratien ist es unabdingbar, dass der Zugang zur Öffentlichkeit keine milieuspezifischen Schranken aufweist, da sonst politische Partizipationsrechte verletzt wären.⁴¹

Schließlich bedeutet Integration im dritten Sinne, dass publizistische Medien zur (Mit-)Konstituierung moderner Öffentlichkeit gezielt verschiedene Kommunikationsströme aus unterschiedlichen Arenen zusammenführen müssen. Damit sind verschiedene Quellen politischer Relevanz von Repräsentanten und Souverän gemeint, die durchaus auch von Encounter-Ebene, also jener Ebene spontaner und alltäglicher Kommunikation, über die Themenöffentlichkeitsebene, also jener Ebene organisationaler Partizipation (Demonstrationen, Vereinstreffen, Parteitage etc.), bis zur Selektion auf der Ebene von Medienöffentlichkeit reicht, also einer Aufbereitung journalistischer Leistungen.

Die Integrationsfunktion erfüllt damit den Grundsatz für die Legitimität von Entscheidungen, die nicht von allen Akteuren geteilt werden müssen. Sie fördert also »Verständigungsprozesse über Bestand und Veränderung vorgegebener bzw. neuer Wert- und Normstrukturen«.⁴²

Im Folgenden wird erörtert, welche Bedeutung Zusammenhalt auf Grundlage eines modernen Öffentlichkeitskonzeptes haben kann.

4. Die Semantik des Zusammenhaltsbegriffs im Kontext einer funktionalen Öffentlichkeit

Die Institutionalisierung der Massenmedien mit dem Kulminationspunkt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist ein langer und von »staatlichen (Rechts-, Infrastruktur-, Frequenz- und Lizenz-)Entscheidungen maßgeblich geprägt(er)«⁴³ Prozess. Mit der Forums-, Legitimations- und Integrationsfunktion wird ein spezifischer Begriff von Zusammenhalt konstruiert, der insbesondere zwei Dimensionen aufweist.

Zum einen ist dies eine institutionelle Qualität von journalistischen Standards, durch die die Erfüllung der dargebotenen Funktionen gewährleistet werden und gleichzeitig eben jene journalistischen Standards auch evaluier-

40 Hess, »Making Connections«, S. 489.

41 Merkel, »Die »eingebettete« Demokratie«, S. 8.

42 Heitmeyer, *Gibt es eine Radikalisierung des Integrationsproblems?*, S. 24.

43 Jarren, »Strukturwandel der Öffentlichkeit unter digitalen Bedingungen«, S. 47.

bar gemacht werden sollen. Journalistische Qualität wird dabei auch immer als Variable aufgefasst, »die vom jeweiligen Medium, seiner Periodizität, dem journalistischen Genre, der anvisierten Zielgruppe, der Funktion des Mediums und dem Selbstverständnis der Medienschaffenden abhängt«. ⁴⁴ Daher muss der grundsätzliche Maßstab in der Qualitätsbestimmung, vor allem beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk, normative Aspekte beinhalten, die sich wiederum aus den Funktionen ableiten. ⁴⁵ Das heißt beispielsweise, dass Qualität zur Integrationsfunktion über die journalistische Darstellung verschiedener Akteure messbar ist und somit in einer linearen Kausalität zu mehr oder weniger gesellschaftlichem Zusammenhalt führen kann.

Zum anderen geht es um eine Vermessung der wahrgenommenen Leistung publizistischer Medien auf der Publikumsebene. Mit der Differenzierung von Leistungs- und Publikumsrollen wird eine deliberative öffentliche Kommunikation mit politisch-rechtlichem Anspruch und integrativer Funktion zu einem Gerüst moderner Gesellschaften. Modelliert wird die Publikumsebene über Konzepte wie Medienvertrauen, Wahrnehmung journalistischer Qualität oder Glaubwürdigkeit. ⁴⁶

Bezogen auf den Zusammenhalt gibt es hierbei diffuse Ergebnisse. Auf der einen Seite wird eine Fragmentierung öffentlicher Kommunikation durch die Abstinenz einer gemeinsamen, medienvermittelten politischen Agenda unterschiedlicher politischer Milieus beschrieben. ⁴⁷ Politische Milieus haben darüber hinaus eine verzerrte Wahrnehmung divergierender Meinungen in Massenmedien. ⁴⁸ Unterstützt wird diese These durch den Hostile-Media-Effekt, der eine Wirkungsweise unterstellt, bei der Rezipienten mit selektiven Erinnerungen und Kategorisierungen sowie verschiedenen Standards massenmedialer Berichterstattung gegenüberstehen, womit auch der Vorwurf der Lügenpresse erklärt werden kann. ⁴⁹

Dem gegenüber stehen Ergebnisse, die eine Fragmentierung auf Nutzerseite negieren ⁵⁰ und ein hohes Vertrauen in die massenmedialen Institutionen öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Tagespresse nachweisen. ⁵¹ Konsens besteht darin, dass Vertrauen in Massenmedien mit deren Nutzung korreliert ⁵² und von persön-

44 Sehl/Eder/Kretzschmar, *Journalismus auf Instagram*, S. 47.

45 Schatz/Schulz, »Qualität von Fernsehprogrammen«, S. 704.

46 Prochazka, *Vertrauen in Journalismus*, S. 34.

47 Begenat, *Öffentlichkeit – für alle?*

48 Bennett/Iyengar, »A New Era of Minimal Effects?«.

49 Holtz/Kimmerle, »Lügenpresse«, S. 24.

50 Webster/Ksiazek, »The Dynamics of Audience Fragmentation«.

51 Jakob u.a., »Medienvertrauen im Zeitalter der Polarisierung« S. 210.

52 Schranz/Schneider/Eisenegger, *Medienvertrauen – eine vergleichende Perspektive*, S. 15.

lichen Einstellungen abhängt.⁵³ Ebenso spiegelt sich eine gesellschaftliche Polarisierung im Medienvertrauen wider: Die Anzahl der Menschen, die massenmedialer Berichterstattung vertrauen, steigt ebenso wie jene, die diesen nicht vertrauen. Normativ gesprochen ließe sich Zusammenhalt so als Addition von Qualitätsmessungen der Kommunikatoren und Rezipienten auffassen.

Wenn mit dieser Normativität politisch-rechtliche Rahmen adressiert werden, unter denen sich Zusammenhalt erst entwickeln kann, dann sprechen wir hier auch von Infrastrukturen des Zusammenhalts. In einer einfachen Kausalität kommt Öffentlichkeit die Rolle einer unabhängigen Variable zu. Öffentlichkeit ermöglicht, dass Bürger:innen, »obwohl sie sich nicht kennen, eine Rechtsgemeinschaft«⁵⁴ bilden. Dahinter liegt vor allem die Annahme eines integrativen Forums, welches Kontrolle auf die Repräsentant:innen ausübt und sich dabei selbst wahrnehmen und als kollektiv handelnde Entität bewusst werden kann. Dabei bleibt der Bezug zur »Gemeinschaft« theoretisch wie empirisch vage. Gibt es doch im Tönnies'schen Sinne eine Dialektik zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft,⁵⁵ in der die institutionalisierten Infrastrukturen moderner Öffentlichkeit eher einem gesellschaftlichen Aspekt entsprechen. Gesellschaft ist für Tönnies ein »Kreis von Menschen, welche, wie in Gemeinschaft, auf friedliche Art nebeneinander leben und wohnen, aber nicht wesentlich verbunden [...]. Keiner wird für den anderen etwas leisten, keiner dem anderen etwas gönnen und geben wollen, es sei denn um einer Gegenleistung oder Gegengabe willen.«⁵⁶ Kohäsive Elemente einer solchen Gesellschaft, die z.B. das Wohlergehen ihrer Mitglieder sichert, sind dann rechtliche, ökonomische und kulturelle Vereinbarungen des Zusammenlebens, die in den Funktionen moderner Öffentlichkeit aufgehen. Damit wird eine Gesellschaft institutionell definiert und über die Selbstbeobachtung kollektiv wahrgenommen. Zusammenhalt geht mithin im Gesellschaftsbegriff auf und funktionale Öffentlichkeit ist nunmehr nicht einfach kausal dem Zusammenhalt vorge-lagert, sondern eine Ausdrucksform dessen.

Mithin kann die funktionale Öffentlichkeit als Praxis der subjektiven Aneignung und kollektiven Selbstvergewisserung gelesen werden. Für die funktionale Öffentlichkeit ist die vornehmliche Form hierfür die Nachrichtenrezeption »als kulturelle Alltagspraktik der Bürgerschaft und (wenn auch schwache) Form der politischen Partizipation, die daraus besteht, dass die Bürger:innen allgemeine Nachrichtenmedien nutzen und sich darüber ein Bewusstsein für die politi-

53 Jakob u.a., »Medienvertrauen im Zeitalter der Polarisierung«.

54 Imhof, *Die Demokratie, die Medien und das Jahrbuch*, S. 10.

55 Tönnies, *Gemeinschaft und Gesellschaft*.

56 Ebd., S. 40.

sche Gemeinschaft und ihrer Zugehörigkeit zu dieser erhalten.«⁵⁷ Hier zeigt die kommunikationswissenschaftliche Integrationsforschung, dass es durchaus einen Zusammenhang zwischen regionalem Zusammenhalt und Mediennutzung gibt.⁵⁸ Diese Form des Zusammenhalts zeichnet sich durch ein Geflecht von Praktiken, Handlungs- und Interaktionszusammenhängen aus. In der kollektiven Ausführung des kritischen Beobachters bilden sich enorme Potentiale für Anschlusskommunikation zwischen Bürger:innen, welche auf einen geteilten Orientierungsrahmen zurückgreifen bzw. diesen – praxeologisch gesprochen – erst herstellen. Die Annahme dabei ist, dass Praktiken als »geregelte, eingeübte, typisierte sowie routinisierte Formen körperlicher Darstellungen«⁵⁹ individuell und kollektiv Orientierung bieten und alltägliche Handlungen als praktische Muster statt als explizites und unmittelbar zugängliches Wissen gesehen werden müssen.

5. Öffentlichkeitstheorie des Digitalen

Wenn hier von »digital« und »Digitalisierung« die Rede ist, wird damit ein Metaprozess verstanden, der Medien als technische Kommunikationsinstrumente definiert, die auf der Mikroebene von Subjekten angeeignet werden, auf der Mesoebene kollektive Akteure verändern oder deren Anpassung fordern und auf der Makroebene kulturelle Transformationen bedingen. Damit »agieren« digitale Medien gleichsam auf allen Ebenen in je unterschiedlicher Einbettung (z.B. subjektive Kontexte, institutionelle Rahmen oder kulturelle Werte). Digitalisierung ist in diesem Sinne auch weit mehr als eine informationstheoretische Gegebenheit. Der Metaprozess Digitalisierung umfasst quantitativ die zunehmend zeitliche, räumliche, soziale und immer ausdifferenzierte Kommunikation mit digitalen Medien. Der Mediatisierungsansatz geht über die quantitative Zunahme digitaler Medien hinaus. Denn

wichtiger jedoch ist, dass es dabei um qualitative Aspekte des Wandels geht. Solche qualitativen Aspekte von Mediatisierung werden fassbar, wenn man näher betrachtet, wie technische Medien die Art und Weise, in der wir kommunizieren, »strukturieren« bzw. umgekehrt, wie die Art und Weise, in der wir kommunizieren, den technischen Wandel von Medien »bedingt«.⁶⁰

57 Kleinen-von Königslöw, *Die Anbindung an die politische Öffentlichkeit*, S. 96; Shah/McLeod/Yoon, »Communication, Context, and Community«.

58 Norris, »Does Television Erode Social Capital?«, S. 476.

59 Moebius, *Strukturalismus/Poststrukturalismus*, S. 435.

60 Hepp, *Medienkultur*, S. 49.

Für die Kommunikationswissenschaft bedeutet die Digitalisierung einen veränderten Blick auf Öffentlichkeit, denn sie verändert, evoziert und konstruiert Öffentlichkeit, indem sie institutionelle Verankerungen von Öffentlichkeit infrage stellt – wohlgermerkt »infrage stellt« und nicht ersetzt. In diesem Duktus schreibt Jarren, dass »Öffentlichkeit unter digitalen Bedingungen [...] anders als die traditionelle Öffentlichkeit«⁶¹ ist. Auch Hepp schlägt in diese Kerbe, wenn er fordert, dass es »eine falsche Antwort [wäre] zu sagen, die Kommunikations- und Medienwissenschaft solle sich primär mit öffentlicher Kommunikation als Gegenstandsbereich beschäftigen. Damit bleiben wir sowohl hinter den Möglichkeiten als auch hinter den Herausforderungen der Gegenwart zurück.«⁶²

Um die Logik einer digitalen Öffentlichkeit zu analysieren, wird wiederholt auf den Begriff der Plattform zurückgegriffen⁶³. Van Dijck und Kollegen definieren diese Plattformen als »programmable architecture designed to organize interactions between users«.⁶⁴ Mit »architecture« wird zum einen eine bestimmte Anatomie dieser Plattformen angesprochen. Diese Anatomie ist und wird gefüllt mit Daten, die über meist intransparente Algorithmen gefiltert werden. Die Plattformen betreiben ein ökonomisch motiviertes Geschäftsmodell, das auf Wertschöpfung unterschiedlicher Güter wie Geld, Aufmerksamkeit oder Daten ausgelegt ist. Teil des Geschäftsmodell ist es auch, diese Wertschöpfung über gemeinschaftliche Leitbilder (»Sharing«, »Community«, »Freunde«, »Netzwerke«) und individualisierte Profile mit spezifischen Ausdrucks- und Gestaltungsvermögen zu verschleiern.⁶⁵ Mit der erfolgreichen Umsetzung dieses Geschäftsmodell haben sich einige wenige, transnational agierende Unternehmen (Microsoft, Apple, Google, Meta Platforms, Amazon) ein »platform ecosystem«⁶⁶ aufgebaut. Das bedeutet, dass diese Unternehmen den Großteil des Datenflusses kontrollieren. Ein Einstieg anderer, auch öffentlicher Unternehmen ist ohne ein Andocken an die Angebote dieser Plattformen nahezu ausgeschlossen, da sonst keine Netzwerkeffekte eintreten würden.

Die digitale Öffentlichkeit erlangt ihren Neuigkeitswert vor allem durch die niedrigschwelligen Gestaltungs- und Eingriffsmöglichkeiten ihrer Nutzer:innen. Mit der entstehenden »participatory culture«⁶⁷ werden medieneuphorische Positionen assoziiert, die die Teilnahme an politischer Öffentlichkeit durch Kommentierungen, Verlinkungen oder auch Mobilisierung und Gemeinschaftsbildung er-

61 Jarren, »Strukturwandel der Öffentlichkeit unter digitalen Bedingungen«, S. 50.

62 Hepp, »Kommunikations- und Medienwissenschaft in datengetriebenen Zeiten«, S. 240.

63 Van Dijck/Poell/Waal, *The platform society*; Jarren, *Öffentlichkeitswandel durch Social Media*.

64 Van Dijck/Poell/Waal, *The platform society*, S. 9.

65 Jarren, *Öffentlichkeitswandel durch Social Media*, S. 53.

66 Van Dijck/Poell/Waal, *The platform society*, S. 12.

67 Jenkins u. a., *Confronting the Challenges of Participatory Culture*.

möglichen. Nüchtern betrachtet, kann unter Wiederaufnahme des stark konzentrierten »platform ecosystem« jedoch auch von einem Partizipationsparadox gesprochen werden.⁶⁸ Gestaltungsmöglichkeiten bezüglich der Strukturen und Regeln der Plattformen sind nahezu ausgeschlossen. Dies betrifft auch offene Plattformen wie Wikipedia.⁶⁹ Darüber hinaus führt das mit Datafizierung und Algorithmisierung von Kommunikation realisierte Geschäftsmodell zu einer Bündelung von Information und deren personalisierter Zusammenstellung.⁷⁰ Mit permanentem quantitativem Feedback (Likes, Kommentare, Shares) verfügen Plattformen über Belohnungsstrategien. Wer mit einer breiteren Öffentlichkeit kommuniziert und wessen Nachrichten besonders häufig in Anschlusskonversation eine Rolle spielen, bleibt länger sichtbar.

Die digitale Öffentlichkeit hat mit der Zunahme an dezentralisierten Botenschaften den Journalismus einer funktionalen Öffentlichkeit in ein grundlegendes Identitätsproblem manövriert. Fragen nach Quellensicherheit und Recherchefähigkeit verschwimmen mit sozialen Polarisierungsphänomenen.⁷¹ Ein Kristallisationspunkt dieser Entwicklung zeigt sich in der Ausbildung einer »Long Tail«-Öffentlichkeit.⁷² Die »Long Tail«-Öffentlichkeit besitzt im vorderen Bereich (des »Tail«) eine starke Reichweite bei gleichzeitig schrumpfender Angebotsvielfalt und im hinteren Bereich eine Zunahme reichweitschwacher Informationsangebote.⁷³ Dadurch verlieren Nutzer:innen im langen Schweif der neuen digitalen Öffentlichkeit den Zugang zu gesellschaftlich relevanten und professionell-standardisierten Informationsangeboten. Die Zunahme von pseudojournalistischen Informationen wird durch die Peer-to-Peer-Politics auf sozialen Medien gestützt.⁷⁴ Dabei greifen keine journalistischen Qualitätsstandards.⁷⁵ Journalistische Gatekeeper verschwinden, womit Narrative des Skandals und der Empörung ohne Filterung kursieren können.⁷⁶ Davon profitieren beispielsweise populistische Bewegungen mit ihrer Kommunikation in sozialen Medien.⁷⁷ Negativ-personalisierte, schnelllebige und vereinfachende Politikberichterstattung verstärkt bereits vorhandenes Misstrauen gegenüber der Politik.⁷⁸ In diesem

68 Schmidt, *Social Media*, S. 97–109.

69 Gemkow, »Die Mediatisierung des Wissens«, S. 320–329.

70 Van Dijck/ Poell, »Understanding Social Media Logic«.

71 Mancini, »Media Fragmentation«, S. 56.

72 Anderson, *The Long Tail*; Neuberger/Nuernbergk/Rischke, »Journalismus im Internet«.

73 Eisenegger, Vorwort: *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit*, S. 8.

74 Dittrich, »Social Networks and Populism in the EU«, S. 17; Enli/Rosenberg, »Trust in the Age of Social Media«.

75 Rußmann, *Social Media – neue Räume für Populismus*, S. 136.

76 Emmer, *Soziale Medien in der politischen Kommunikation*, S. 85.

77 Schemer u.a., »Wirkung populistischer Kommunikation«, S. 120.

78 Haschke, *Von der Lügenpresse und den Volksverrättern*, S. 211.

Sinne kann das Internet zu einer Segregation von Öffentlichkeit beitragen, bei der »bestimmte Nutzergruppen solche Netzwerköffentlichkeiten eher als Ort für die Schaffung von Gegenöffentlichkeit verstehen«. ⁷⁹

6. Die Semantik des Zusammenhaltsbegriffs im Kontext einer digitalen Öffentlichkeit

Die semantische Aufladung von Zusammenhalt einer digitalen Öffentlichkeit lässt sich auf allen Ebenen durch unterschiedlich normative Themensetzungen ablesen. Nun steht insbesondere die Individualkommunikation als neue Form politischer und gesellschaftlicher Partizipation im Fokus. Partizipation erfolgt mikrosoziologisch durch Medienhandelnde, indem diese »über Praktiken verfügen, die ihnen die Teilnahme an den jeweiligen Interaktionsgemeinschaften ermöglich[t]«. ⁸⁰ Die Bedeutung prinzipieller Partizipation lässt sich am Ressourcenkampf um digitale Infrastruktur wie Glasfaserkabel in ländlichen Gebieten oder Geräteausstattung in öffentlichen Schulen ebenso ablesen wie an rechtlichen Fragen zum Datenhandel und an praktischen Fragen zur sozialen Handhabung der Partizipationsmöglichkeiten in Form von Medienkompetenz. Zusammenhaltsaspekte werden somit stärker auf Praktiken des Individuums verlagert. Diese Praktiken sind aber nicht losgelöst, sondern verflochten mit der digitalen Infrastruktur. Der Modus der algorithmisch belohnten Skandalisierung und Emotionalisierung lässt sich mittlerweile nicht mehr nur an Mobbing, Hate-Speech oder Challenges ablesen. Vielmehr sind dies Symptome, an denen sich Polarisierungstendenzen zeigen, die durch die digitale Öffentlichkeit verstärkt werden. Wenn die gemeinsame politische Agenda moderner Öffentlichkeit fragmentierenden Social Media Agenden weicht, stellt sich nicht nur die Frage nach der Legitimität der Forumsfunktion, sondern generell nach der Bedeutung von Vermittlung und Transparenz. Denn der fehlende Einblick in gemeinsamen Öffentlichkeitsforen geht mit einer gleichzeitigen Negierung der Vermittlungsfunktion von Öffentlichkeit einher und führt zu einer Polarisierung von scheinbar unversöhnlichen Kollektiven: »Weil Polarisierung auf Meinungen und die wachsende Extremität von Meinungslagern fokussiert, ist sie stärker mit Echokammern und sozialen Medien als mit Filterblasen, Suchmaschinen und Nachrichtenaggregatoren verbunden.« ⁸¹

⁷⁹ Emmer, *Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit*, S. 14; Thimm, *Soziale Medien und Partizipation*, S. 204.

⁸⁰ Bettmann, *Der Kommunikative Konstruktivismus*, S. 407.

⁸¹ Stark/Magin/Jürgens, *Maßlos überschätzt*, S. 308.

Hinzuzufügen ist aber auch, dass die Konzepte von Echokammer und Filterblase selbst einen simplifizierenden Impetus in sich tragen, der auch als »ill-defined ideas«⁸² beschrieben wird. Dahinter liegt die Annahme, dass die beiden Konzepte selbst nicht trennscharf definiert sind und die menschliche Informationsaneignung zu stark verkürzen. Bisher sind keine empirischen Evidenzen für die Existenz von sich bestätigenden Informationsumgebungen auszumachen.⁸³ Viel eher scheint die Nutzung von sozialen Medien zur Zunahme von konfrontierenden Meinungen zu führen. Damit einher geht nun aber gerade kein deliberativer Aushandlungsprozess, sondern eine Verzerrung des Meinungsklimas in polarisierte Fronten, die wiederum eine Schwächung universellen Zusammenhalts bei gleichzeitiger Stärkung von »Binnen-Zusammenhalt« mit sich bringt.

Für den Zusammenhaltsbegriff bedeutet das prinzipiell keine semantische Verschiebung, jedoch eine analytische. Mit dem Verlust staatlicher Autorität und dem Zugewinn transnationaler Akteure wie den intermediären Plattformbetreibern wandelt sich die Bedeutung von einem institutionell-deliberativen Zusammenhalt hin zu einem individuell-partizipatorischen Verständnis von Zusammenhalt.

Der wesentliche Treiber auf der Meso-Ebene sind die Plattformbetreiber (»Intermediäre«). Für die politische Kommunikation hat das sichtbare Folgen, die sich beispielhaft an der Zunahme populistischer Kommunikationsstile zeigen lässt. Dabei scheinen die Synergieeffekte zwischen Populismus und digitaler Öffentlichkeit einerseits in der Umgehung der journalistischen Pfadabhängigkeit zu liegen und andererseits in den algorithmisierten Belohnungsstrategien und fehlendem Kuratieren der Plattformen. Darüber hinaus profitieren populistische Bewegungen vor allem durch ihre verstärkende Thematisierung in klassischen Medien. Negativ-personalisierte, schnellebige und vereinfachende Politikberichterstattung verstärkt das Misstrauen gegenüber der Politik und ist damit ein versteckter Helfer von Extremismus und Populismus.⁸⁴

Die Intermediäre reproduzieren damit die dringliche Frage nach der Kontrolle privatwirtschaftlicher Medienorganisationen. Diese Frage, die sich auch auf funktionale Öffentlichkeit übertragen lässt, stellt sich aus folgenden Gründen nunmehr wesentlich umfassender:

- Die Intermediäre haben bereits einen marktdominanten Anteil, an dem sich andere Akteure der Öffentlichkeit orientieren und orientieren müssen. US-Präsidenten, die twittern, sind dafür ebenso ein Indiz wie klassische

82 Bruns, *Are filter bubbles real?*, S. 117.

83 Begenat, *Öffentlichkeit – für alle?*, S. 260; Stark/Magin/Jürgens, *Maßlos überschätzt*, S. 315.

84 Haschke, *Von der Lügenpresse und den Volksverrättern*, S. 211.

Medienhäuser, die aufgrund von Reichweite über intermediäre Plattformen kommunizieren müssen.

- Mit der Logik der Intermediäre konvergieren nicht nur Technologien, sondern es vermischen sich systematisch verschiedene Teilbereiche und Nutzungsformen wie Politik, Unterhaltung oder Kultur. Eine Politisierung von Geschlecht, Sprache oder Humor wird von einer Kommodifizierung begleitet. Die Kommodifizierung geht dabei zu Lasten des politisch relevanten deliberativen Prozesses. Die Intermediäre sind sicher nicht die einzigen Treiber dieser Entwicklung, wirken aber mit ihrer algorithmischen Selektions-, Aggregations- und Distributionsleistungen daran mit.
- Die Intermediäre regulieren indirekt die Partizipationsmöglichkeiten an einer digitalen Öffentlichkeit durch ihre datenökonomische Subjektorientierung. Die datenökonomische Subjektorientierung verschränkt die erweiterte Handlungsfähigkeit mit dem ökonomischen Ökosystem der Intermediäre. Beispielsweise treffen digitale Partizipationsmöglichkeiten auf datengeteilte Profilbildungen, zu denen auch politische Einstellungen gehören.⁸⁵ Darin tritt eine Auflösung des reinen Werkzeugverständnisses von Medien als Mittel zur Kommunikation zutage. Insofern Medien »digitalisiert sind und in umfassende Kommunikationsinfrastrukturen eingebunden werden, sind sie zusätzlich Mittel einer algorithmisierten Wirklichkeitskonstruktion«,⁸⁶ welche sich z.B. in den Suchergebnissen von Google, dem Newsfeed von Facebook oder den Einkaufsempfehlungen von Amazon widerspiegelt.
- Die Hybridität der intermediären Plattformen zeigt sich auch in der normativen Frage nach Unterscheidung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit. Teilöffentliche Kommunikationsumgebungen sind nicht mehr inklusiv, da sie neben technischen Zugangsschranken, die sich über die individuelle Mediennutzung ableiten, auch ideologische Zugangsschranken aufweisen. Mit dem Zurückdrängen journalistischen Gatekeepings fehlt eine Moderationsinstanz zwischen privat und öffentlich. Entscheidend ist dabei nicht die räumliche Dimension beider Begriffspaare, sondern »die Wahrnehmung der (selbst politisch) umkämpften Schwelle zwischen privaten und öffentlichen Angelegenheiten«.⁸⁷

Mit dem Bedeutungsgewinn plattformbasierter Öffentlichkeit wird eine Krise des liberalen Konzeptes deutlich.⁸⁸ Nicht nur, dass die liberalen und deliberativen Funktionen einer modernen Öffentlichkeit durch den Wandel hin zu einer

⁸⁵ Youyou/Kosinski/Stillwell, »Computer-based personality judgments«.

⁸⁶ Hepp, »Kommunikations- und Medienwissenschaft in datengetriebenen Zeiten«, S. 230.

⁸⁷ Habermas, *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*, S. 60.

⁸⁸ Siehe Middell, »Einleitung«, in diesem Band.

individuell-partizipatorischen, von wenigen profitorientierten Intermediären gestalteten Öffentlichkeit sich krisenhaft zeigen. Auch die digitale Öffentlichkeit, die mit dem Versprechen der Verfügbarkeit von enthierarchisierten und freien, niedrighschwelligigen Foren in den 1990er Jahren ein Modell für die Öffentlichkeit liberaler Demokratien war, steht nach dem heutigen Abgleich mit früheren Vorstellungen in der Krise.

7. Fazit

Der Beitrag hat einen Zugang zum Begriff des Zusammenhalts beginnend bei den Funktionen moderner Öffentlichkeit aufgezeigt. In einer modernen Öffentlichkeit wird Zusammenhalt liberal über eine kollektive Selbstbeobachtung wirksam, partizipatorisch über eine subjektive Aneignung moderner Öffentlichkeit und kollektiven Selbstvergewisserung und deliberativ über den öffentlich wahrnehmbaren Beitrag über den Zusammenhalt selbst. Digitale Öffentlichkeiten verändern Fragestellungen der Kommunikationswissenschaft, da institutionelle Verankerungen von Öffentlichkeit infrage gestellt werden. In den Fokus geraten nun Praktiken der Herstellung von Öffentlichkeit auf partizipativer, sozioökonomischer und kognitiver Ebene.

Im Vergleich beider Öffentlichkeitsansätze werden überdauernde und evolvierte Fragen sichtbar. Die Frage nach Integration, Exklusion und Inklusion sind überdauernder Natur. Sowohl für Massenmedien als auch intermediäre Plattformen stellt sich die Frage nach dem Zugang, wenn auch abgewandelt. Will man den Wandel der Öffentlichkeit im Vergleich begreifen, ist die mit der Digitalisierung verstärkte Ausdifferenzierung öffentlicher Kommunikation zu nennen, die sich »ohne Bezüge zu Identitäten, Wir-Gefühlen, gemeinsamen Normen und Werten nicht beschreiben«⁸⁹ lässt. Die Digitalisierung verschränkt, über die Entgrenzung von Privatheit und Öffentlichkeit, Alltagspraktiken mit subjektiven Einstellungen zu einer zum Teil widersprüchlichen Melange kommunikativer Handlungen. Zusammenhalt wird mithin einem subjektbezogenen Bedeutungswandel unterzogen, weg von journalistischer bis institutioneller Bereitstellung, Deliberation und Professionalität hin zu affektiver Wahrnehmung von Gemeinschaft, Partizipation und Integration.⁹⁰ Die ökonomisch regulierte Partizipation an der digitalen Öffentlichkeit auf intermediären Plattformen begleitet diese Entwicklung, indem algorithmische Wirklichkeitskonstruktionen, an journalistischer Öffentlichkeit vorbei, demokratisch entfremdete Orientierungen für

89 Donges, *Die Rückkehr der Gemeinschaft im digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit*, S. 129.

90 Wimmer, *Die Integrationsfunktion öffentlicher Kommunikation im Kontext*, S. 97.

Bevölkerungsgruppen bereitstellen. Dies ändert nicht nur die Integrationsleistung der Öffentlichkeit, sondern auch die gemeinschaftlichen Themen, die für Zusammenhalt in einer Gesellschaft unabdingbar sind. Deutlich wird das an gesellschaftlichen Konflikten, die »nicht nur aus objektiven Problemlagen, sondern auch aus dem medienvermittelten Bild tatsächlicher oder vermeintlicher Konfliktanlässe sowie aus der subjektiven Verarbeitung des mittelbar oder unmittelbar Wahrgenommenen«⁹¹ konstruiert werden.

Für die Forschung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bedeutet diese Verschiebung, einerseits die Bedingungen der Wahrnehmung antidemokratischer Wirklichkeitskonstruktionen gerade auch in Abhängigkeit der jeweiligen Medienutzung zu untersuchen und andererseits, allgemein nach dem Anteil öffentlicher Medien an Polarisierung, Medienvertrauen und Gemeinschaftsformen zu fragen.

Literatur

- Anderson, Chris (2007), *The Long Tail: Der lange Schwanz. Nischenprodukte statt Massenmarkt. Das Geschäft der Zukunft* [Nachdr.], München.
- ARD/ZDF-Forschungskommission (2022), »ARD/ZDF-Onlinestudie 2022: Mediale Inhalte verstärken Internetnutzung«, Pressemitteilung. 10.11.2022. <https://www.ard-zdf-onlinestudie.de/ardzdf-onlinestudie/pressemitteilung/>.
- Beaudoin, Christopher E. (2011), »News Effects on Bonding and Bridging Social Capital: An Empirical Study Relevant to Ethnicity in the United States«, *Communication Research*, Jg. 38, H. 2, S. 155–178. <https://doi.org/10.1177/0093650210381598>.
- Beck, Klaus (2015), *Kommunikationswissenschaft*, 4. Aufl., Stuttgart.
- Begenat, Matthias (2016), *Öffentlichkeit – für alle?*, Wiesbaden.
- Bennett, W. Lance/Iyengar, Shanto (2008), »A New Era of Minimal Effects? The Changing Foundations of Political Communication«, *Journal of Communication*, Jg. 58, H. 4, S. 707–731, <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.2008.00410.x>.
- Bettmann, Richard (2016), »Der Kommunikative Konstruktivismus: Von der Analyse des Wissens zur Analyse der Ko-Konstruktion von Situationen«, in: Raab, Jürgen/Keller, Reiner (Hg.), *Wissensforschung – Forschungswissen: Beiträge und Debatten zum 1. Sektionskongress der Wissenssoziologie*, Weinheim/Basel, S. 404–411.
- Boyd, Danah (2010), »Social Network Sites as Networked Publics: Affordances, Dynamics, and Implications«, in: Papacharissi, Zizi (Hg.), *The Networked Self: Identity, Community, and Culture on Social Network Sites*, London, S. 39–58.
- Bruns, Axel (2019), *Are filter bubbles real?*, Cambridge. <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=5887595>.

91 Sarcinelli, *Politische Kommunikation und multikulturelle Gesellschaft*, S. 403.

- Bundesverfassungsgericht, 1 BvR 2756/20, 2021. https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/07/rs20210720_1bvr275620.html (letzter Zugriff 31.05.2022).
- Chan, Joseph/Ho-Pong To/Elaine Chan (2006), »Reconsidering Social Cohesion: Developing a Definition and Analytical Framework for Empirical Research«, *Social Indicators Research*, Jg. 75, H. 2, S. 273–302. <https://doi.org/10.1007/s11205-005-2118-1>.
- Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (Hg.) (2020), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Ein interdisziplinärer Dialog*, Frankfurt am Main.
- Die Medienanstalten (2022), »Mediengewichtungsstudie 2022-I: Relevanz der Medien für die Meinungsbildung in Deutschland«. https://www.lfk.de/fileadmin/PDFs/Publikationen/Studien/Gewichtungsstudie/gewichtungsstudie_2022-I.pdf.
- Dittrich, Paul-Jasper (2017), »Social Networks and Populism in the EU: Four Things you should know«, *Policy paper*, Jg. 19, H. 2, S. 1–20. <https://institutdelors.eu/wp-content/uploads/2018/01/socialnetworksandpopulism-dittrich-jdib-april17.pdf> (letzter Zugriff 15.10.2020).
- Donges, Patrick (2021), »Die Rückkehr der Gemeinschaft im digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit«, in: Eisenegger, Mark/Prinzing, Marlis/Ettinger, Patrik/Blum, Roger (Hg.), *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Wiesbaden, S. 121–131.
- Eisenegger, Mark (2021), »Dritter, digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit als Folge der Plattformisierung« in: Eisenegger, Mark/Prinzing, Marlis/Ettinger, Patrik/Blum, Roger (Hg.), *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Wiesbaden, S. 17–39.
- (2017), »Vorwort: Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit – professionelle Informationsmedien nötiger denn je!«, in: Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) (Hg.), *Qualität der Medien. Schweiz – Suisse – Svizzera* (Jahrbuch 2017), Basel, S. 7–16.
- Eisenegger, Mark/Prinzing, Marlis/Ettinger, Patrik/Blum, Roger (Hg.) (2021), *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Wiesbaden.
- Emmer, Martin (2020), »Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit«, in: Apelt, Maja/Bode, Ingo/Hasse, Raimund/Meyer, Uli/Grodeck, Victoria V./Wilkesmann, Maximiliane/Windeler, Arnold (Hg.), *Handbuch Organisationssoziologie*, Wiesbaden, S. 1–23.
- (2017), »Soziale Medien in der politischen Kommunikation«, in: Schmidt, Jan-Hinrik/Taddicken, Monika, *Handbuch soziale Medien*, Wiesbaden, S. 81–100.
- Enli, Gunn/Rosenberg, Linda Therese (2018), »Trust in the Age of Social Media: Populist Politicians Seem More Authentic«, *Social Media + Society* 4, Nr. 1, S. 205630511876443. <https://doi.org/10.1177/2056305118764430>.
- Freee, Myra Marx/Gamson, William A./Gerhards, Jürgen/Rucht, Dieter (2002), »Four Models of the Public Sphere in Modern Democracies«, *Theory and Society*, Jg. 31, H. 3, S. 289–324. <https://doi.org/10.1023/A:1016284431021>.
- Gemkow, Johannes (2021), »Die Mediatisierung des Wissens«, Wiesbaden.
- Gerhards, Jürgen (1994), »Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch: Öffentlichkeit und soziale Bewegungen«, *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 34, S. 77–105.
- Habermas, Jürgen (2022), *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*, Berlin.
- (1999), *Theorie des kommunikativen Handelns: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*, Frankfurt am Main.

- Haschke, Josef (2017), »Von der Lügenpresse und den Volksverrättern: Medien als Intermediäre für Vertrauens- und Misstrauensurteile gegenüber Politikern«, in: Jandura, Olaf/Wendelin, Manuel/Adolf, Marian/Wimmer, Jeffrey (Hg.), *Zwischen Integration und Diversifikation: Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt im digitalen Zeitalter. Medien – Kultur – Kommunikation*, Wiesbaden, S. 207–228.
- Hasebrink, Uwe/Jan-Hinrik Schmidt/Wiebke Loosen/Wolfgang Schulz (2020), »Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt«, in: Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (Hg.), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Ein interdisziplinärer Dialog*, Frankfurt am Main, S. 333–348.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2015), *Was hält die Gesellschaft zusammen?*, 4. Aufl., Frankfurt am Main.
- (2015), »Gibt es eine Radikalisierung des Integrationsproblems?«, in: Ders., *Was hält die Gesellschaft zusammen?*, S. 23–65.
- Hepp, Andreas (2016), »Kommunikations- und Medienwissenschaft in datengetriebenen Zeiten«, *Publizistik* 61, Nr. 3, S. 225–246. <https://doi.org/10.1007/s11616-016-0263-y>.
- (2013), *Medienkultur: Die Kultur mediatisierter Welten*, 2., erw. Aufl., Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-19933-7>.
- Hess, Kristy (2015), »Making Connections: ›Mediated‹ social capital and the small-town press«, *Journalism Studies*, Jg. 16, H. 4, S. 482–496. <https://doi.org/10.1080/1461670X.2014.922293>.
- Hölig, Sascha/Behre, Julia/Schulz, Wolfgang (2022), *Reuters Institute Digital News Report 2022: Ergebnisse für Deutschland* (Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts | Projektergebnisse Nr. 63), Hamburg. <https://doi.org/10.21241/ssoar.79565>.
- Holtz, Peter/Kimmerle, Joachim (2020), »›Lügenpresse‹ und der Hostile-Media-Effekt«, in: Appel, Markus (Hg.), *Die Psychologie des Postfaktischen: Über Fake News, ›Lügenpresse‹, Clickbait & Co*, Berlin/Heidelberg, S. 21–31.
- Imhof, Kurt (2013), »Präambel. Die Demokratie, die Medien und das Jahrbuch«, in: Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) (Hg.), *Qualität der Medien. Schweiz – Suisse – Svizzera* (Jahrbuch 2012), Basel, S. 9–11.
- Immler, Hannah/Hölig, Sascha (2021), »Mediennutzung und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Zur Rolle von Mediennutzung für das sozialräumliche Verbundenheitsempfinden entlang sozialer Lagen«, *Communicatio Socialis*, Jg. 54, H. 4, S. 513–525. <https://doi.org/10.5771/0010-3497-2021-4-513>.
- Jackob, Nikolaus/Schultz, Tanjev/Jakobs, Ilka/Ziegele, Marc/Quiring, Oliver/Schemer, Christian (2019), »Medienvertrauen im Zeitalter der Polarisierung«, *Media Perspektiven*, H. 5, S. 210–220.
- Jakobs, Ilka/Jackob, Nikolaus/Schultz, Tanjev/Ziegele, Marc/Schemer, Christian/Quiring, Oliver (2021), »Welche Personenmerkmale sagen Medienvertrauen voraus?«, *Publizistik*, Jg. 66, H. 3–4, S. 463–487. <https://doi.org/10.1007/s11616-021-00668-x>.
- Jandura, Olaf/Wendelin, Manuel/Adolf, Marian/Wimmer, Jeffrey (Hg.) (2017), *Zwischen Integration und Diversifikation: Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt im digitalen Zeitalter. Medien – Kultur – Kommunikation*, Wiesbaden.
- Jarren, Otfried (2021), »Öffentlichkeitswandel durch Social Media – Auswirkungen der Plattformisierung auf die gesellschaftliche Vermittlungsstruktur«, in: Eisenegger, Mark/Prinzing, Marlis/Ettinger, Patrik/Blum, Roger (Hg.), *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Wiesbaden, S. 41–63.

- (2017), »Strukturwandel der Öffentlichkeit unter digitalen Bedingungen«, *Frankfurter Hefte*, H. 9, S. 46–50.
- Jenkins, Henry/Clinton, Katie/Purushotma, Ravi/Robison, Alice J./Weigel, Margaret (2009), *Confronting the Challenges of Participatory Culture: Media Education for the 21st Century* (The John D. and Catherine T. MacArthur Foundation Reports on Digital Media and Learning), Cambridge. <https://doi.org/10.7551/mitpress/8435.001.0001>.
- Kleinen-von KönigsLöw, Katharina (2014), »Die Anbindung an die politische Öffentlichkeit in der multimedialen Informationsumgebung«, in: Kleinen-von KönigsLöw, Katharina/Förster, Kati (Hg.), *Medienkonvergenz und Medienkomplementarität aus Rezeptions- und Wirkungsperspektive*, Baden-Baden, S. 93–108.
- Mahrt, Merja (2019), »Beyond Filter Bubbles and Echo Chambers: The Integrative Potential of the Internet«. Digital Communication Research 5. Habilitationsschrift, Berlin, 2019. https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/61606/ssoar-2019-mahrt-Beyond_Filter_Bubbles_and_Echo.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2019-mahrt-Beyond_Filter_Bubbles_and_Echo.pdf.
- (2006), »Soziale Integration durch Mediennutzung und durch Gespräche über Medien: Ein Feldexperiment auf lokaler Ebene«, *Kommunikationswissenschaft. Massenkommunikation – Medien – Sprache*, H. 2, S. 9–21.
- Mancini, Paolo (2013), »Media Fragmentation, Party System, and Democracy«, *The international journal of press/politics*, Jg. 18, H. 1, S. 43–60. <https://doi.org/10.1177/1940161212458200>.
- Merkel, Wolfgang (2004), »Die »eingebettete« Demokratie – Ein analytisches Konzept«, *WZB-Mitteilungen*, H. 106, S. 7–10.
- Moebius, Stephan (2009), »Strukturalismus/Poststrukturalismus«, in: Kneer, Georg/Schroer, Markus (Hg.), *Handbuch Soziologische Theorien*, Wiesbaden, S. 419–444.
- Neuberger, Christoph (2018), »Journalismus in der Netzwerköffentlichkeit«, in: Nuernbergk, Christian/Neuberger, Christoph (Hg.), *Journalismus im Internet*, Wiesbaden, S. 11–80.
- Neuberger, Christoph/Nuernbergk, Christian/Rischke, Melanie (2009), »Journalismus im Internet: Zwischen Profession, Partizipation und Technik: Ergebnisse eines DFG-Forschungsprojekts«, *Media Perspektiven*, H. 4, S. 174–188.
- Norris, Pippa (1996), »Does Television Erode Social Capital? A Reply to Putnam«, *PS: Political Science and Politics*, Jg. 29, H. 3, S. 474. <https://doi.org/10.2307/420827>.
- Peeters, Allerd L./d'Haenens, Leen (2005), »Bridging or bonding? Relationships between integration and media use among ethnic minorities in the Netherlands«, *Communications*, Jg. 30, H. 2. <https://doi.org/10.1515/comm.2005.30.2.201>.
- Pickel, Gert/Fritsche, Immo/Lengfeld, Holger/Decker, Oliver/Hoppe, Annedore/Yendell, Andreas (2020), »Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Rechtspopulismus in der empirischen Forschung«, in: Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (Hg.), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Ein interdisziplinärer Dialog*, Frankfurt am Main, S. 218–245.
- Prinzing, Marlis (2021), »Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit in einer »liquid society««, in: Eisenegger, Mark/Prinzing, Marlis/Ettinger, Patrik/Blum, Roger (Hg.), *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Wiesbaden, S. 447–468.
- Prochazka, Fabian (2020), »Vertrauen in Journalismus«, in: Prochazka, Fabian (Hg.), *Vertrauen in Journalismus unter Online-Bedingungen*, Wiesbaden, S. 33–55.
- Quent, Matthias/Salheiser, Axel/Weber, Dagmar (2020), »Gesellschaftlicher Zusammenhalt im Blätterwald: Auswertung und kritische Einordnung der Begriffsverwendung in Zeitungs-

- artikeln (2014–2019)«, in: Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (Hg.), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Ein interdisziplinärer Dialog*, Frankfurt am Main, S. 73–88.
- Rußmann, Uta (2019), »Social Media – neue Räume für Populismus«, in: Buchberger, Wolfgang/Mittnik, Philipp (Hg.), *Herausforderung Populismus: Multidisziplinäre Zugänge für die Politische Bildung*, Frankfurt am Main, S. 131–149.
- Sarcinelli, Ulrich (2015), »Politische Kommunikation und multikulturelle Gesellschaft: Kann die öffentliche Kommunikation die Konfliktlatenz begrenzen?«, in: Heitmeyer, *Was hält die Gesellschaft zusammen?*, S. 403–424.
- Schatz, Heribert/Schulz, Winfried (1992), »Qualität von Fernsehprogrammen. Kriterien und Methoden zur Beurteilung von Programmqualität im dualen Fernsehsystem«, *Media Perspektiven*, H. 11, S. 690–712.
- Schmer, Christian/Wirth, Werner/Wettstein, Martin/Müller, Philipp/Schulz, Anne/Wirz, Dominique (2018), »Wirkung populistischer Kommunikation. Populismus in den Medien, Wirkungen und deren Randbedingungen«, *Communicatio Socialis*, Jg. 51, H. 2, S. 118–130. <https://doi.org/10.5771/0010-3497-2018-2-118>.
- Schmidt, Jan-Hinrik (2018), *Social Media*, 2., akt. und erw. Aufl., Wiesbaden.
- Schmidt, Jan-Hinrik/Taddicken, Monika (Hg.) (2017), *Handbuch soziale Medien*, Wiesbaden.
- Schranz, Mario/Schneider, Jörg/Eisenegger, Mark (2016), *Medienvertrauen – eine vergleichende Perspektive*, Basel.
- Sehl, Annika/Eder, Maximilian/Kretzschmar, Sonja (2022), »Journalismus auf Instagram: Qualität neu definiert?«, in Schützeneder, Jonas/Graßl, Michael (Hg.), *Journalismus und Instagram. Analysen, Strategien, Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis*, Wiesbaden, S. 45–58. https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-34603-4_4.
- Shah, Dhavan V./McLeod, Jack M./Yoon, So-Hyang (2001), »Communication, Context, and Community«, *Communication Research*, Jg. 28, H. 4, S. 464–506. <https://doi.org/10.1177/009365001028004005>.
- Simon, Erk/Neuwöhner, Ulrich (2011), »Medien und Migranten. Zielsetzung, Konzeption und Basisdaten einer repräsentativen Untersuchung der ARD/ZDF-Medienkommission«, *Media Perspektiven*, H. 10, S. 458–470.
- Stark, Birgit/Magin, Melanie/Jürgens, Pascal (2021), »Maßlos überschätzt. Ein Überblick über theoretische Annahmen und empirische Befunde zu Filterblasen und Echokammern«, in: Eisenegger, Mark/Prinzing, Marlis/Ettinger, Patrik/Blum, Roger (Hg.), *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Wiesbaden, S. 303–321.
- Thimm, Caja (2017), »Soziale Medien und Partizipation«, in: Schmidt, Jan-Hinrik/Taddicken, Monika (Hg.), *Handbuch soziale Medien*, Wiesbaden, S. 191–210.
- Tönnies, Ferdinand (2005 [1887]), *Gemeinschaft und Gesellschaft: Grundbegriffe der reinen Soziologie*, 4. unveränderte Aufl., Darmstadt.
- van Dijck, José/Poell, Thomas (2014), »Understanding Social Media Logic«, *Media and Communication*, Jg. 1, H. 1, S. 2–14. <https://doi.org/10.17645/mac.v1i1.70>.
- van Dijck, José/Poell, Thomas/de Waal, Martijn (2018), *The Platform Society: Public Values in a Connective World*, New York. <https://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&scope=site&db=nlebk&db=nlabk&AN=1901418>.
- Vlašić, Andreas (2012), »Medien und Integration«, *Publizistik*, Jg. 57, H. 4, S. 419–444. <https://doi.org/10.1007/s11616-012-0159-4>.

- Vlašić, Andreas (2004), *Die Integrationsfunktion der Massenmedien: Begriffsgeschichte, Modelle, Operationalisierung*, Wiesbaden. <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=6438402>.
- Webster, James G./Ksiazek, Thomas B. (2012), »The Dynamics of Audience Fragmentation: Public Attention in an Age of Digital Media«, *Journal of Communication*, Jg. 62, H. 1, S. 39–56. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.2011.01616.x>.
- Weiß, Ralph/Jandura, Olaf (2017), »Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt«, in: Jandura, Olaf/Wendelin, Manuel/Adolf, Marian/Wimmer, Jeffrey (Hg.), *Zwischen Integration und Diversifikation: Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt im digitalen Zeitalter. Medien – Kultur – Kommunikation*, Wiesbaden, S. 11–31.
- Wimmer, Jeffrey (2017), »Die Integrationsfunktion öffentlicher Kommunikation im Kontext«, in: Jandura, Olaf/Wendelin, Manuel/Adolf, Marian/Wimmer, Jeffrey (Hg.), *Zwischen Integration und Diversifikation: Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt im digitalen Zeitalter. Medien – Kultur – Kommunikation*, Wiesbaden, S. 83–102.
- Youyou, Wu/Kosinski, Michal/Stillwell, David (2015), »Computer-based personality judgments are more accurate than those made by humans«, *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*, Jg. 112, H. 4, S. 1036–1040. <https://doi.org/10.1073/pnas.1418680112>.

Ungleichwertige Lebensverhältnisse als Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts? Eine vergleichende Untersuchung von Interviews mit kommunalen Entscheider:innen und lokalen Gruppendiskussionen in Deutschland

Astrid Lorenz, Luisa Pischtschan, Katharina Kolb, Mario Hesse und Thomas Lenk

Abstract

Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist in Deutschland ein politisches Ziel, dessen Umsetzung hauptsächlich mit objektivierbaren Indikatoren gemessen wird, jedoch auch von subjektiven Wahrnehmungen der Lage vor Ort geprägt ist. Dies liegt der Einschätzung zugrunde, dass regionale Disparitäten Druck ausüben auf gesellschaftliche Verhältnisse und den sozialen Zusammenhalt herausfordern. Der vorliegende Beitrag vergleicht Aussagen von Entscheidungsträger:innen aus kommunaler Politik sowie Ausführungen in 24 lokalen Gruppendiskussionen in verschiedenen räumlichen Kontexten der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die beschriebenen Vorstellungen von guten Lebensverhältnissen und vom Maßstab für gleichwertige Lebensverhältnisse. Die Wahrnehmungen wurden auch verglichen nach raumstrukturellen Kategorien – nach Größe einer Kommune und nach der Lage in den Teilregionen West- und Ostdeutschland. Die Auswertung ergab, dass die berichteten Sichtweisen sich überregional durchaus ähneln und die Aussagen aus den communities of place in vielen Punkten denen der lokalen Entscheidungsträger:innen entsprechen. Für die Bewertung der Lebensverhältnisse waren wirtschaftliche und infrastrukturelle Aspekte von besonderer Bedeutung.

Keywords: Lebensverhältnisse; gesellschaftlicher Zusammenhalt; Daseinsvorsorge; Deutschland; kommunale Ebene

In den europäischen Wohlfahrtsstaaten der Gegenwart wird der gesellschaftliche Zusammenhalt in einen engen Zusammenhang mit guten Lebensverhältnissen und der Verpflichtung der Politik auf räumliche Kohäsionsbemühungen gebracht. »Gleichwertige Lebensverhältnisse sind die Basis für Vertrauen in unsere Demokratie und halten unser Land zusammen«, heißt es in der Koalitionsvereinbarung der deutschen Bundesregierung 2021 bis 2025,¹ und der Europäische Ausschuss der Regionen, die Versammlung der Kommunal- und Regionalpolitiker:innen in der EU, argumentiert: »Sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhalt steht auf dem Spiel, wenn die EU abgelegene Gebiete vernachlässigt«.² Auch in den europäischen Sozialwissenschaften gelten Formen von Ungleichheit als »Fliehkräfte« gesellschaftlichen Zusammenhalts.³ Und in Meinungsumfragen für Deutschland ist das Gefühl der relativen Deprivation, d.h., nicht den angemessenen Anteil zu erhalten, der mit Abstand wichtigste (erhobene) Faktor für die Erklärung der geäußerten Demokratiezufriedenheit.⁴ Demnach wird Zusammenhalt herausgefordert, wenn Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen besteht oder einzelne Gebiete nicht adäquat versorgt sind.

Wie der gesellschaftliche Zusammenhalt, so entziehen sich auch die (gleichwertigen) Lebensverhältnisse einer eindeutigen Messbarkeit; vielmehr beruht die Bewertung auf subjektiven Setzungen, Idealvorstellungen oder Machbarkeitsüberlegungen.⁵ Sie erfolgt außerdem unter dem Eindruck von Großprozessen wie der Globalisierung und transnationaler Verflechtungen, verstärkter Bemühungen um eine sozial-ökologische Transformation und neuer Widerstände gegen die liberale Demokratie. Entscheidungsträger und Entscheidungsadressaten, aber auch Menschen in unterschiedlichen Siedlungskontexten können daher zu verschiedenen Vorstellungen und Bewertungen kommen, was den Zusammenhalt latent unter Druck setzt.

Mit dem Ziel zu verstehen, wie groß dieser Druck auf den Zusammenhalt ist, analysiert die vorliegende Vergleichsstudie für Deutschland Vorstellungen von guten Lebensverhältnissen und dem Maßstab für gleichwertige Lebensverhältnisse. Sie prüft erstens mögliche Disparitäten zwischen Kommunen unterschied-

1 SPD, Grüne und FDP, Koalitionsvertrag 2021–2025, S. 101. Ferner heißt es: »Mehr als 30 Jahre nach der Deutschen Einheit bleibt es unsere Aufgabe, die innere Einheit sozial und wirtschaftlich zu vollenden. Die Lebensverhältnisse in unseren Regionen, in Städten und dem ländlichen Raum sind nicht gleich, aber sie sollten gleichwertig sein. Zu guten Lebensbedingungen gehören bezahlbares Wohnen, schnelles Internet, eine erreichbare Gesundheitsversorgung und alltagstaugliche, nachhaltige Mobilitätsangebote« (S. 5).

2 Ausschuss der Regionen der EU (2022).

3 Lux/Mau/Jacobi, »Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages?«, S. 175.

4 Pickel/Pickel, »Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall«.

5 Vgl. Lorenz u.a., »Gesellschaftlicher Zusammenhalt«.

licher Größe und knüpft damit an aktuelle Diskussionen um eine wieder erstarrende Konfliktlinie Stadt vs. Land an.⁶ Zweitens untersucht sie, ob die Wahrnehmungen der lokalen Verwaltung und Politik von denen der lokalen Bevölkerung abweichen, was Hinweise für eine fehlende Responsivität gegenüber Bürgerwünschen setzen würde. Der Fall Deutschland ermöglicht es aber darüber hinaus, – drittens – zu prüfen, ob Verflechtungsprozesse, wie sie die Globalisierung mit sich bringt, langfristig in gleichen Wahrnehmungen und Bewertungsmaßstäben münden. Immerhin war der Staat ab 1949 vier Jahrzehnte geteilt und nach der deutschen Einheit 1990 kamen zwei Gesellschaften mit unterschiedlichen Funktionslogiken, Problemlagen und politischen Kulturen zusammen.⁷

Die Studie basiert auf 16 qualitativen Einzelinterviews mit Personen aus der lokalen Politik und Verwaltung sowie Kommunalverbänden in zwei Bundesländern und auf Gruppendiskussionen mit lokalen *communities of place* in zwölf Kommunen. Die beiden qualitativen Studien wurden im Zeitraum 2021 bis 2023 im Rahmen zweier Teilprojekte am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt durchgeführt und ausgewertet.⁸ Wir zeigen, dass die Narrative zu Lebensbedingungen und ihrer Gleichwertigkeit überwiegend ähnlich ausfallen, sich aber spezifische Stadt-Land-Muster finden und in Ostdeutschland das Narrativ des Abgehängtseins präsent ist, v.a. in kleinen Kommunen, was mit spezifischen Vergleichsmaßstäben einhergeht. Dies setzt den gesellschaftlichen Zusammenhalt unter Druck und verweist darauf, dass Entgrenzungsprozesse nicht ohne Spannungen verlaufen.

Im Folgenden stellen wir zunächst theoretisch-konzeptionelle Vorüberlegungen des Beitrags genauer dar. Danach erläutern wir Methodik und Daten. Es folgen eine Darstellung der Daten und ihre Analyse. Hieran schließt sich eine Zusammenfassung der wichtigsten Befunde mit Ausblick auf die weitere Forschung an.

1. Theoretisch-konzeptionelle Überlegungen

Laut dem Grundgesetz und einigen Landesverfassungen soll die Politik auf gleichwertige Lebensverhältnisse hinwirken. Darauf sind beispielsweise Vorga-

6 Ursprünglich formuliert von Lipset/Rokkan, »Cleavage structures«. Zur aktuellen Diskussion etwa Lorenz/Träger, »Die Landtagswahlen 2019 in der Lausitz«.

7 Siehe dazu die nach wie vor eingängige Darstellung in Glaesner, *Demokratie und Politik*, S. 572.

8 »Die gesellschaftliche Wahrnehmung und politische Verhandlung des Ziels gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ländern und Kommunen« (FGZ_LEI_F_04, Astrid Lorenz, Luisa Pischtschan). »Öffentliche Leistungen und gleichwertige Lebensverhältnisse« (FGZ_LEI_F_05: Thomas Lenk, Mario Hesse, Katharina Kolb).

ben zu Gesetzgebungskompetenzen, zur Steuergesetzgebung, zur Raumplanung sowie zum Bund-Länder-Finanzausgleich und Finanzausgleichssystemen innerhalb der Bundesländer ausgelegt.⁹ Auch die Europäische Union verfolgt eine umfassende Struktur- bzw. Kohäsionspolitik,¹⁰ um u.a. regionale Ungleichheit zu reduzieren.¹¹ Sie umfasst Zahlungen an Regionen in Deutschland, insbesondere Ostdeutschland, um dort positive Wachstumsimpulse zu setzen,¹² während Deutschland insgesamt als Nettozahler zum EU-Haushalt beiträgt.

Hintergrund dieser Politik waren deutliche Unterschiede in den Regionen, die überwunden werden sollten, damit alle Menschen ähnliche Lebenschancen haben. Die objektiven Daten¹³ zu Lebensverhältnissen in Deutschland verweisen darauf, dass trotz Ausgleichspolitiken räumliche Unterschiede hinsichtlich der Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Hinblick auf die Lage in Ost- oder Westdeutschland, das Bundesland, die raumstrukturelle Einordnung (Stadt-Land bzw. Zentren-Peripherie) und die Größe der Kommune weiterhin bestehen. Ostdeutschland schneidet dabei im Vergleich mit Westdeutschland trotz einiger prosperierender Wachstumskerne insgesamt schlechter ab. Auch kleinere Orte, die sich nicht im Speckgürtel urbaner Verdichtungsräume befinden, weisen gegenüber anderen (vor allem ländlich geprägten) Siedlungstypen schlechtere Werte auf.¹⁴

Daneben variieren die subjektiven Einschätzungen der Lebenssituation vor Ort. Sie können durchaus besser ausfallen als die nach »objektiven Faktoren« ausgewiesene Lage,¹⁵ aber auch schlechter. Dies korrespondiert mit der Beobachtung, dass in Meinungsumfragen für Deutschland Aussagen zur relativen Deprivation ebenso wie die Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung nicht mit der individuellen wirtschaftlichen Lage korrelieren.¹⁶ Die Ursachen sind bislang noch nicht systematisch erforscht. Einen moderierenden Effekt auf die subjektiven Einschätzungen könnten beispielsweise in rezipierten Medien berichtete »Wahrheiten« oder auch Fremdzuschreibungen bestimmter Räume als »Innovationszentrum« oder aber »abgehängte Region« über öffentliche Dis-

9 Lorenz u.a., »Gesellschaftlicher Zusammenhalt«.

10 Bachtler/Berkowitz/Hardy/Muravska (Hg.), *EU Cohesion Policy*.

11 Europäisches Parlament (2023), »Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt«.

12 Crescenzi/Giua, »One or many Cohesion Policies«.

13 Besonders in der Geographie und Raumplanung wird hinsichtlich gleichwertiger Lebensverhältnisse zwischen objektiven und subjektiven Daten unterschieden. Objektive Daten beinhalten unstrittig messbare Informationen, beispielsweise die Ärztedichte, subjektive Daten hingegen evaluative Angaben wie die Zufriedenheit mit den Lebensumständen.

14 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), *Atlas*.

15 Küpper/Steinführer, »Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen«, S. 52.

16 Pickel/Pickel, »Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall«.

kurse spielen.¹⁷ Insofern ist es notwendig, für Analysen zu Lebensverhältnissen, die sich auf die Auswertung statistischer Kennzahlen zu objektiven Faktoren (etwa Wirtschaftskraft oder Erreichbarkeit) stützen, auch die Wahrnehmungen der lokalen Bevölkerung hinzuzuziehen.¹⁸

Wie sich bereits andeutet, scheinen gemäß dem Stand der Forschung drei Vergleichsdimensionen besonders relevant für die Untersuchung der Beurteilung von gleichwertigen Lebensverhältnissen – *Stadt vs. Land*, *Entscheidungssträger vs. Bevölkerung* und *West- vs. Ostdeutschland*.

Die erste Vergleichsdimension, *Stadt vs. Land*, wird mit Blick auf die Peripherie- bzw. Peripherisierungsforschung und raumgeografische Analysen sowie ebenfalls mit Blick auf die Forschung zu politischen Einstellungen (*cleavages*) plausibel. Erstere vermittelt zwischen der Idee der Stadt-Land-Dichotomie und einer Konfliktlinie zwischen Zentrum/Zentren und Peripherie(n). Während sowohl mit theoretischen Argumenten als auch unter Verweis auf empirische Daten darauf hingewiesen wurde, dass Stadt vs. Land zu undifferenziert sei und mindestens suburbane oder zentrumsnahe Randgebiete als eigene Einheit zu unterscheiden seien, wird doch insgesamt angenommen, dass ländliche Räume außerhalb der Zentrumsregionen durch bestimmte Problemlagen gekennzeichnet sind, die zu negativen Abwärtsspiralen führen können.¹⁹ Auch die Territoriale Agenda 2030 der EU, die von den für Raumplanung, territoriale Entwicklung und Kohäsion zuständigen Minister:innen entwickelt wurde, betrachtet Peripherien als abgelegene und oft ländliche Gebiete, die sozioökonomisch zurückgeblieben sind.²⁰ In Gebieten, die nicht in Speckgürteln von Großstädten liegen, scheinen somit abweichende Vorstellungen von Lebensverhältnissen und politischem Handeln in Bezug auf die Lebensverhältnisse im Bereich des Möglichen zu liegen.

Die zweite Vergleichsdimension *Entscheidungssträger vs. Bevölkerung* ist unter Rückgriff auf die Demokratieforschung relevant. Danach beeinträchtigen Unterschiede der Wahrnehmungen zwischen diesen beiden Gruppen die Responsivität von Politik und Verwaltung gegenüber dem *demos*. Dass in Demokratien die Politik responsiv gegenüber den gesellschaftlichen Wünschen ist, stellt eine Grundannahme der Demokratieforschung dar.²¹ In dieser Perspektive wird angenommen, dass es die repräsentative Demokratie gefährdet, wenn sich die Einstellungen politischer Eliten von denen der Bevölkerung zu sehr unterscheiden. Die besonders ausgeprägte Distanz der Einstellungen von Eliten und

17 U.a. Kühn/Lang, *Metropolisierung und Peripherisierung*, S. 4; Sørensen/Pless, *»Living on the Periphery of Youth«*, S. 4S.

18 Siehe auch Kupper/Steinführer, *»Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen«*.

19 Damsgaard u.a., *»The Territorial State«*, S. 57.

20 EU 2020, *»Territorial Agenda 2030«*.

21 Dahl, *Polyarchy*, S. 1; Lijphart, *Patterns of Democracy*, S. 1.

Bevölkerung der östlichen Bundesländer wurde daher als »eine untergründige Spannungslinie im politischen Handlungsraum des vereinten Deutschlands« bezeichnet.²² Sie wird dadurch abgeschwächt, dass auf lokaler und regionaler Ebene ein höherer Grad an ideeller Kohäsion festgestellt wurde als auf der Bundesebene.²³ Wenn normative Grundvorstellungen hinsichtlich gleichwertiger Lebensverhältnisse sich ähneln sollten, so sollte auch Unzufriedenheit von den Entscheider:innen besser aufgenommen und in die Verhandlungskanäle des jeweiligen Landes und des Bundes eingespeist werden. Zugleich kann eine hohe Deckung der Sichtweisen dazu führen, dass die Entscheider:innen diese immer wieder öffentlich adressieren und damit dazu beitragen, dass sie ungeachtet der Rahmenbedingungen im Diskurs wiederholt gefestigt und damit aufrechterhalten werden.

Die dritte Vergleichsdimension *Ost- vs. Westdeutschland* wird durch die politische-Kultur-Forschung und Analysen der Raumplanung und Wirtschaftsgeographie plausibilisiert. In der politische-Kultur-Forschung gründet die Beobachtung von Ost-West-Unterschieden auf zwei Argumentationssträngen. Ein Strang sieht Effekte der Sozialisation auf normative Vorstellungen. Sie unterschied sich während der Jahrzehnte der deutschen Zweiteilung und wirkte auch nach ihrem Ende in den Familien und im persönlichen Umfeld weiter. Während in der westdeutschen Teilgesellschaft vor 1989 im Zuge gesellschaftlicher Emanzipation und Individualisierung und der Auflösung traditioneller Bindungen und Werte »Legitimitätszweifel« gegenüber staatlicher Steuerung auftraten, hatte die sozialistische Politik in der DDR »eine weitgehend nivellierte Sozialstruktur hervorgebracht«, die mit der Erwartung einherging (auch innerhalb der politischen Opposition), dass der Staat individuelle und kollektive Wohlfahrt bereitstellt.²⁴ Ein anderer Erklärungsansatz argumentiert, dass sich (erst) nach 1989 spezifische ostdeutsche Wertvorstellungen und Haltungen gegenüber der Politik herausbildeten – durch die Erfahrungen von Massenentlassungen, des Rückbaus öffentlicher Einrichtungen, enttäuschter Erwartungen aufgrund sozio-ökonomischer Abstiegs- und teils sozialer Abwertungserfahrungen und erlebten Fremdzuschreibungen an »die Ostdeutschen«.²⁵

Trotz Annäherungen zwischen West- und Ostdeutschland (je nach Thema in beide Richtungen) scheinen im Aggregat weiter Unterschiede in der politischen Kultur zu bestehen, auch wenn sich die Ursachen möglicher Einstellungs-

22 Best/Vogel, »Politische Eliten«, S. 120–152.

23 Ebd.

24 Glaeßner, *Demokratie und Politik*, S. 574.

25 Siehe Pickel/Pickel, »Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall«. Für die Erfahrungshorizonte siehe eindrücklich die Einleitung in Mau, *Lütten Klein*. Zur westdeutsch geprägten Medienberichterstattung und Diskursen u.a. Kollmorgen/Hans, »Der verlorene Osten«, S. 107–165.

und Meinungsunterschiede nicht zweifelsfrei bestimmen lassen. Die meisten Ostdeutschen benennen die geringere soziale Ungleichheit als verlorene Errungenschaft der DDR.²⁶ Zugleich war die Annäherung Ostdeutschlands an das als Zielmarke definierte Westdeutschland erklärtes Ziel der Politik nach 1989 (repräsentiert etwa in den regelmäßigen Berichten zum Stand der deutschen Einheit), korrespondierte mit der Wahrnehmung vieler Ostdeutscher, dass die Lebensverhältnisse in Westdeutschland erstrebenswert sind, und galt auch in der wissenschaftlichen Perspektive als Norm.²⁷ Daher ist nicht ganz klar, welche Bewertungs- und Vergleichsmaßstäbe Ostdeutsche in Bezug auf die gleichwertigen Lebensverhältnisse wählen. Sind es etwa die Wirtschaftsindikatoren, so ist die Lage zwar wesentlich besser als zur Zeit der DDR, im Aggregat in Ostdeutschland aber auch 30 Jahre nach der Einheit schlechter ausgeprägt als in Westdeutschland.²⁸

2. Methodischer Rahmen und Daten

Die aufgeworfenen Forschungsfragen wurden mittels eines qualitativen Untersuchungsdesigns untersucht. Im Mittelpunkt der Forschung steht damit nicht die Repräsentativität der Aussagen, sondern eine vertiefte Erfassung von Sinnzusammenhängen in bestimmten Funktions- oder Raumkontexten und von Aussagen, die bislang noch nicht in der Forschung thematisiert wurden. Dies macht eine offenere Herangehensweise an die Datenerhebung und weniger Fälle notwendig. Wir wählten als Erhebungsmethode *Einzelinterviews* mit Personen aus der lokalen Politik und Verwaltung sowie aus Kommunalverbänden. Weiterhin wurden lokal zusammengesetzte *Gruppendiskussionen* mit je acht Teilnehmenden durchgeführt. Damit untersuchen wir Wahrnehmungen über Äußerungen in geschützten oder kleinen Räumen und erfassen gestaltungsrelevantes Hintergrundwissen der lokalen und regionalen Politik und Bevölkerung.

Räumlich berücksichtigen wir Kommunen in Sachsen (als Fälle in Ostdeutschland) und Niedersachsen (als Fälle in Westdeutschland), und zwar sowohl im urban verdichteten als auch im ländlichen Raumkontext. Das Design erlaubt somit eine Analyse nach Ost und West bzw. Stadt und Land. Die räumliche Fallauswahl beider Teilerhebungen (Einzelinterviews, Gruppendiskussionen) überschneidet sich in einigen Fällen, sodass Verbindungen und Vergleiche hinsichtlich der aufgeworfenen Fragestellungen möglich werden.

²⁶ Mau, *Lütten Klein*, S. 43.

²⁷ Enders/Kollmorgen/Kowalczyk, »Revolution, Vereinigung, Transformation«, S. 39.

²⁸ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), *Atlas*, insbesondere S. 33 ff.

In den 16 Einzelinterviews wurden Bürgermeister:innen, Landräte, Vertreter:innen der Gemeinde- und Stadträte sowie Vertreter:innen der Kommunalverbände²⁹ auf der jeweiligen Landesebene befragt. Letztere ergänzen eine überörtliche Perspektive auf die Situation in den Kommunen. Um Rückschlüsse auf die Einzel-Interviewpartner:innen zu vermeiden, wird von einer Aufführung der Kommunen abgesehen. Zusätzlich werten wir aus dem Datenmaterial von insgesamt 24 Gruppendiskussionen, die wir in unterschiedlich großen Kommunen in vier Bundesländern durchführten, je sechs in Niedersachsen und in Sachsen aus.³⁰ Die Kommunen bilden *typische* Lebens- und Rahmenbedingungen in den Ländern in ihrer Varianz ab und nicht die maximale Bandbreite. Wir berücksichtigten bei der Auswahl die Siedlungsstruktur und die allgemeine sozioökonomische Lage im jeweiligen Land.³¹

Für die Einzelinterviews wurden jeweils in den relevanten »Funktionskontext eingebundene Akteur[e]«³² ausgewählt, d.h., deren fachlicher, institutioneller bzw. organisatorischer Kontext und nicht die Person steht im Vordergrund.³³ Die zwischen Juli und Dezember 2021 i.d.R. per Videokonferenz geführten Interviews basierten auf Leitfäden. Für die nachfolgende Analyse der Muster von Wahrnehmungen werteten wir die Interviewteile aus, die sich mit der Beschreibung der Lebensverhältnisse und der diesbezüglichen Defizite vor Ort, der Auslegung des Begriffs der Gleichwertigkeit sowie der Relevanz des Gleichwertigkeitspostulats für die lokalen Verwaltungs- und Politikprozesse befassten. Die Interviews wurden transkribiert und mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet, wobei als Interpretationsform die inhaltliche Strukturierung angewandt und punktuell um die Explikation ergänzt wurde.³⁴

Gruppendiskussionen ermöglichen es, komplexe Wahrnehmungsgeflechte von »Gruppen aus bestimmten sozialen Kontexten zu explorieren«³⁵ bzw. »kollektive Orientierungen« zu rekonstruieren.³⁶ Dabei können lokale diskursive

29 Die Verbände repräsentierten dabei sowohl die Ebene der kreisfreien und kreisangehörigen Gemeinden als auch die der Landkreise. In den Kommunen wurde jeweils die Perspektive der Räte und der Verwaltung erhoben.

30 Niedersachsen: Hannover, Osnabrück, Cloppenburg, Bevensen-Ebstorf, Zeven, Apen; Sachsen: Leipzig, Chemnitz, Reichenbach im Landkreis Görlitz, Auerbach im Vogtlandkreis, Kamenz, Mulda.

31 <https://karten.landatlas.de/app/landatlas/> In den heterogenen Großstädten wählten wir Stadtteile aus, die die Gesamtstruktur der Stadt hinsichtlich der genannten Kriterien gut wiedergeben.

32 Meuser/Nagel, »Das Experteninterview«, S. 469.

33 Meuser/Nagel, »ExpertInneninterviews«, S. 441 f.; Bogner/Littig/Menz, *Interviews mit Experten*, S. 11–14.

34 Vgl. Mayring, *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 65–68. Die Strukturierung erfolgte über ein Kategorienschema, welches verschiedene Aspekte der Lebensverhältnisse, die Einstellung zur Gleichwertigkeit und deren Herstellung umfasst.

35 Kühn/Koschel, *Gruppendiskussionen*, S. 22.

36 Bohnsack u.a., »Einleitung«, S. 7.

Interaktionen beobachtet werden, um zu erfassen, was kommunikativ-generalisierte Aussagen des Kollektivs sind und was nicht. Was die Teilnehmer:innen äußerten, entspricht vermutlich lokal eingeübten Aussagen bzw. vor Ort mehrheitsfähigen kollektiven Sichtweisen. Gemäß üblicher Empfehlung kamen je acht Teilnehmer:innen zusammen, die sich im Alltag treffen können, jedoch nicht in enger persönlicher Beziehung zueinander stehen. Die geschlechterparitätischen Gruppen bildeten die Altersstruktur in Deutschland³⁷ ab. Um möglichst Personen aus unterschiedlichen sozialen Kontexten zu gewinnen, kooperierten wir überwiegend mit lokalen Sportvereinen, der größten Vereinssparte in Deutschland. Die Zusammensetzung der Diskussionsrunden spiegelt die Einkommens- und teils Bildungsstruktur in Deutschland bzw. den jeweiligen Räumen wider.³⁸

Auch die 90-minütigen Gruppendiskussionen, die in Präsenz stattfanden, basierten auf einem Leitfaden.³⁹ Für die vorliegende Analyse wurden aus den Diskussionsrunden neben dem einleitenden ersten Diskussionsteil v.a. folgende Teile analysiert:

- Ein einleitender Part, in dem danach gefragt wurde, wie die Menschen insgesamt auf ihr Leben und die Politik schauen, um ihre Sichtweisen auf Lebensverhältnisse allgemein zu erfassen.⁴⁰
- Eine Aufgabe an die Teilnehmer:innen, als Gruppe aus 15 auf Bildern visualisierten Aspekten wie z.B. Gesundheit, Jobs oder Verkehr⁴¹ diejenigen fünf zu

37 Es sollten je eine männliche und eine weibliche Person in den Altersklassen 16 bis 29 Jahre, 30 bis 49 Jahre, 50 bis 69 Jahre und 70+ vertreten sein.

38 Der Gesamtdurchschnitt des Netto-Haushaltseinkommens (abgefragt in Einzelfragebögen) von 3.248 Euro lag etwas unter dem Mittelwert für Deutschland von 3.661 Euro im Jahr der Gruppendiskussionen (Statistisches Bundesamt 2022). In beiden Ländern hatte in vier von sechs lokalen Gruppendiskussionen die Hälfte der Teilnehmer jeweils Abitur und die andere Hälfte Real-/Hauptschulabschluss. In Chemnitz und Hannover gab es mehr Menschen mit Abitur, in Reichenbach dominierte der Realschulabschluss bei nur einer Person mit Abitur, auch in Bevensen-Ebstorf gab es mehr Realschulabschlüsse als Abitur.

39 Lamnek, *Qualitative Sozialforschung*, S. 27; Przyborski/Wohlrab-Sahr, *Qualitative Sozialforschung*, S. 90 f.

40 »So, dann fangen wir einmal an. Sie haben ja schon gehört, ich bin nicht hier aus [Ort], aber mich würde sehr interessieren, wie Sie Ihr Leben in [Ort] so sehen. Wie lebt es sich hier so? Was sind hier wichtige Orte, an denen man sich trifft? Wer sind hier die wichtigen Leute? Wer macht etwas für den Ort? Und zusammenfassend: Einigen Sie sich bitte einmal als Gruppe auf fünf Eigenschaften, die den Ort ausmachen. Wenn ich zurück nach Hause fahre, was kann ich dann meiner Familie berichten, welche Eigenschaften [Ort] ausmachen?«

41 Dazu wurden folgende Bereiche den Teilnehmern zur Auswahl als Bildkarten vorgelegt: Sportmöglichkeiten (Schwimmbad, Fußballplatz), Kulturangebote (Kino, Theater), Gute Umwelt (Garten, Park), Bildung/Soziale Dienste (Schule, Seniorenresidenz), Sicherheit (Polizisten, Feuerwehrauto), Gute Jobs (Büroangestellte, Handwerker), Politische Beteiligung (Wahlurne, Protest), Einkaufsmöglichkeiten (Supermarkt, Bäcker), Öffentliche Verkehrsanbindung (Bahnhof, Bus), Gesundheit (Arzt), Öffentliche Orte für Geselligkeit (Soziokulturelles Zentrum, Weihnachtsmarkt), Gutes und bezahlbares Wohnen (Haus,

- priorisieren, die sie v.a. bearbeiten und finanzieren würden, wenn sie selbst politisch entscheiden könnten. Dies sind Aspekte, die in der Forschung für die Messung gleichwertiger Lebensverhältnisse verwendet werden. Gezielt wurden statt Definitionen dieser Aspekte Bilder verwendet, um sie leicht zugänglich zu machen und Assoziationen der Teilnehmenden⁴² erfassen zu können. Ebenso sollten die Gruppen fünf Bilder als besonders unwichtig aussortieren.
- Eine dritte Frage zielt konkret auf die Vorstellungen von gleichwertigen Lebensverhältnissen ab und fragt die Teilnehmer:innen danach, ob das, was auf den zuvor in Form von Bildkarten vorgelegten Aspekten abgebildet ist, das ist, woran sie bei »gleichwertigen Lebensverhältnissen« denken, und ob ggf. etwas fehlt.

Hinzu kam eine standardisierte schriftliche Einzelbefragung aller Diskussions Teilnehmer:innen, die dazu dient, die Daten der Gruppendiskussionen zu validieren und zu ergänzen, um beispielsweise die Relevanz des Vergleichs der Lebensverhältnisse im Gesamtzusammenhang der Aussagen einzuschätzen. Auch die Gruppendiskussionen wurden transkribiert und mithilfe der Software MAX-QDA vollständig qualitativ ausgewertet. Dabei wurde unter anderem geprüft, inwiefern Aussagen tatsächlich lokale Sichtweisen im Sinne relativ unkontroverser Statements darstellten.

Für die nachfolgende Vergleichsanalyse werteten wir die Daten entlang der folgenden Fragen aus:

- Stellen die Befragten bei ihren Ausführungen zu guten Lebensverhältnissen explizit oder implizit räumliche Bezüge her?
- Welche Vergleichsobjekte oder -gruppen sind für sie explizit oder implizit relevant?
- Ergeben sich unabhängig von den Ausführungen der Befragten räumliche Muster bzw. implizite nach Stadt vs. Land und/oder West- vs. Ostdeutschland?
- Ähneln die Narrative in den Gruppendiskussionen denen der befragten Entscheidungsträger:innen oder sind Diskrepanzen erkennbar?

Wohnung mit Fernseher), Digitale Anbindung (Handy, Netflix), Einfacher Zugang zur Verwaltung (Landratsamt/Rathaus) sowie Möglichkeit der Religionsausübung (Gotteshaus).

⁴² Auf diese Weise kann beispielsweise offen erfasst werden, ob die Diskussionen in den Gruppen sich eher auf ökonomische oder kulturelle Argumente und Deutungen stützen.

3. Bewertung der Lebensverhältnisse durch Entscheidungsträger:innen aus der Kommunalpolitik und -verwaltung

3.1 Einschätzung und Einordnung der Lebensverhältnisse

Der Einstieg in das Interview erfolgte losgelöst von der Rahmung des Gleichwertigkeitspostulats. Die Entscheidungsträger:innen wurden zunächst gebeten, die Entwicklung der lokalen Lebensverhältnisse in den letzten zehn bis 15 Jahren zu beschreiben; erst im Anschluss richteten sich die Fragen auch gezielt auf den begrifflichen Zusammenhang »gleichwertige Lebensverhältnisse«.

Unter dem Begriff Lebensverhältnisse subsumierten die Interviewpartner:innen in der Regel sowohl Faktoren der äußeren Lebensumstände, wie Mobilitäts- und Gesundheitsangebote, als auch auf das Individuum bezogene Faktoren, wie Lebensstandard, Einkommen oder Sozialleistungsabhängigkeit. Es stellte sich dabei heraus, dass die Einordnung der Lebensverhältnisse primär entlang der wirtschaftlichen und infrastrukturellen Verhältnisse erfolgte, ergänzt um soziale und demografische Aspekte. Kulturelle und ökologische Faktoren spielten demgegenüber eine deutlich untergeordnete Rolle. Dies ist insofern für die Untersuchungsfrage interessant, als sich insbesondere bei wirtschaftlichen, sozialen und infrastrukturellen Indikatoren objektive Unterschiede sowohl entlang der Stadt-Land- als auch der Ost-West-Trennlinie festmachen lassen (siehe Abschnitt 3), die sich damit auf die Wahrnehmung und Bewertung der Lebensverhältnisse auswirken dürften.⁴³

Lebensverhältnisse wurden von den befragten Entscheidungsträger:innen vorrangig in ihrer räumlichen Ausprägung verstanden, d.h., die Bewertung erfolgt nicht vorrangig anhand personenbezogener bzw. interpersoneller Merkmale (z.B. individuelles Einkommen, soziale oder berufliche Stellung), sondern anhand räumlicher Aspekte.⁴⁴ Damit erscheint die räumliche Zuordnung (z.B.

43 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), *Atlas*.

44 »Ähm, was jetzt so die Lebensverhältnisse der Menschen hier angeht, ist es so, dass es so ein bisschen zweigeteilt ist. Wir haben einmal die [Stadt] und dann die umliegenden anderen zwölf Gemeinden und in den zwölf Gemeinden würde ich jetzt einfach mal sagen, ging es vom Lebensstandard her, eigentlich in den letzten zehn Jahren aufwärts, [...]« (Niedersachsen, Verwaltung, Gemeinde). »Ja, also ich denke schon wir haben natürlich auch klar das ist natürlich auch etwas, was ich in den letzten, aber nicht zehn Jahren, sondern erst in den letzten 20, 30 Jahren entwickelt hat, dass es reichere Stadtviertel gibt und ärmere Stadtviertel. [...]« (Sachsen, Politik, Stadt). »Straßen, Autobahnanbindungen, allgemein öffentliche Infrastruktur, kann man [Stadt] auch nicht als das Muster heranziehen. Weil [Stadt] ist eine Stadt, der geht es relativ gut, wirtschaftlich, aber sobald man dann, sage ich mal, ins flache Land kommt, in die Dörfer und Gemeinden, wird es schwierig.« (Sachsen, Politik, Landkreis).

zu *Stadt vs. Land* oder *Ost vs. West*) in der Beurteilung der Lebensverhältnisse bedeutsamer zu sein als die Einordnung persönlicher Biografien.

Die initiale, ungestützte Beschreibung der Lebensverhältnisse vor Ort (ohne vorgegebene Kriterien der Interviewer) erfolgte zunächst in vielen Fällen überwiegend positiv bzw. differenziert. Eine ausschließlich negative Einordnung der Lebensverhältnisse erfolgte dagegen kaum. Unterschiede entlang der Vergleichsdimensionen *Stadt vs. Land* oder *Ost vs. West* waren zunächst nicht feststellbar. Innerhalb derselben Kommunen waren die Einschätzungen vonseiten der Politik und Verwaltung in aller Regel deckungsgleich. Damit herrschen ähnliche Diskursräume, in denen die Vertreter:innen der Kommunen über die Lebensverhältnisse nachdenken.

Über die Gesprächsverläufe hinweg zeichneten die Interviewpartner:innen allerdings ein differenzierteres Bild der Lebensverhältnisse, wobei zunehmend Defizite thematisiert wurden. Desiderate wurden überwiegend im infrastrukturellen sowie wirtschaftlichen Bereich gesehen, wobei räumliche Muster erkennbar hervortraten. Es dominierte eine raumbezogene (und nicht an Individuen gemessene) Defizitorientierung, bezogen etwa auf das lokale/regionale Einkommensniveau, den wirtschaftlichen Strukturwandel oder die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur.

Die Vergleichsdimensionen, an denen die Lebensverhältnisse festgemacht und in denen relevante Defizite wahrgenommen werden, waren in Ost und West weitgehend homogen: vorrangig wirtschaftlich und infrastrukturell.⁴⁵ Lediglich die Relevanz demografischer Bedingungen wurde sehr unterschiedlich wahrgenommen. In Westdeutschland wurden sie kaum thematisiert, in Ostdeutschland spielten sie für die Einordnung der Lebensverhältnisse dagegen eine wichtigere Rolle. Umgekehrt waren in Westdeutschland soziale Faktoren, wie die Wohnraumversorgung oder Kinderarmut, präsenter. Die befragten Entscheidungsträger:innen in Sachsen benannten wirtschaftliche Defizite häufiger als ihre Pendants in Niedersachsen, während dort Aspekte der Versorgung mit Infrastruktur stärker im Fokus standen. Unterschiede in der Einordnung und Defizitwahrnehmung der infrastrukturellen Verhältnisse ließen sich sehr deut-

45 »Also der nördliche Landkreis Richtung [Stadt], die sind natürlich autobahn technisch nicht schlecht angebunden. [Städtenamen] und so weiter, die haben alle unmittelbare Autobahnanschlüsse, [...] [Stadt], da brauchst du im Normalfall mit dem Auto bis zur Autobahn 35 Minuten auf einer Bundesstraße [...]. Und das ist schon auch gerade für die Wirtschaft, auch was ich so höre, für die großen Unternehmen, Transport und so weiter, ist es schon ein echtes Problem.« (Sachsen, Politik, Landkreis). »Wenn man da die Leute fragt, kann man dann die gleichen Löhne wie in München erwarten, unter Inkaufnahme unseres, zwar steigen, aber doch im Vergleich zu München noch relativ moderaten Mietniveaus.« (Sachsen, Verwaltung, Stadt).

lich an der Trennlinie Stadt vs. Land, aber weniger stark im Ost-West-Vergleich festmachen.

3.2 Gleichwertigkeit und Maßstäbe

In einem weiteren Schritt sollten die Befragten sich mit dem Aspekt der *Gleichwertigkeit* der Lebensverhältnisse auseinandersetzen. In den Gesprächen spannten die Interviewpersonen durchgehend einen Bezugsrahmen für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse auf. Sie definierten diesen überwiegend räumlich und vorrangig im Kontext von *Stadt-Land-* oder *Ost-West-Dualismen*.⁴⁶ Gleichwertigkeit zwischen Individuen spielte dagegen eine weniger herausgehobene Rolle. In den Interviews bestand Einigkeit darüber, dass der Begriff der *Gleichwertigkeit* eine subjektive Wertung einschließt und dass ein Bedeutungsunterschied zum Begriff der *Gleichheit* besteht. Dies wurde vor allem daran deutlich, dass in keinem Interview Gleichheit als undifferenziertes Ziel ausgegeben wurde, sondern höchstens sehr gezielt mit Bezug auf sehr konkrete Aspekte (z.B. Breitbandausbau). Eine absolute Angleichung der Lebensverhältnisse ist demnach weder in Ost- noch in Westdeutschland aus der Sicht der Entscheidungsträger:innen ein relevantes bzw. erstrebenswertes Ziel.

In den Interviews werden prinzipiell zwei Auslegungsmöglichkeiten aufgeworfen, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu beurteilen. Die Hälfte der Entscheidungsträger:innen legte *Chancengleichheit* zugrunde, d.h. nicht das Ergebnis sollte gleich sein, wohl aber die Möglichkeiten, bestimmte Entwicklungspfade zu beschreiten. Vier Entscheidungsträger:innen sehen gleichwertige

46 »Zum Zweiten gibt es demographisch und auch wirtschaftlich eine deutlich auseinanderlaufende Entwicklung [...], generell zwischen dem kreisfreien Bereich, [...] und dem ländlichen Bereich.« (Sachsen, Verwaltung, Gemeinden).

»Was wir auch nicht im Griff haben, ist, sage ich mal, gewisse Konkurrenzen mit dem Umland. Also wir haben ein relativ kleines Stadtgebiet. [...] Wir konkurrieren da sehr stark mit unseren Umlandgemeinden und merken dann auch natürlich, dass insbesondere finanzstarke Haushalte, Familien in der Gründungsphase, Leute die irgendwie einen eher prestigeträchtigeres Haus mit Garten suchen oder so was, dann in den Landkreis gehen und wir dann tatsächlich irgendwie bei, ich will nicht sagen Reste-Rampe, das hört sich irgendwie so böse an irgendwie, aber es ist schon deutlich, dass es die Sozialstrukturen in Stadt und Landkreis Gemeinden sehr, sehr unterschiedlich sind.« (Niedersachsen, Verwaltung, Stadt).

»Ich glaube schon, dass es auch ein Unterschied ist, ob man im westdeutschen Dorf wohnt oder in einem ostdeutschen Dorf. Da sind auch nochmal Unterschiede. Als ich glaube da ist viel mehr Infrastruktur und den Dörfern drüben und den kleinen Städten geht es wesentlich besser als den Kleinstädten in Ostdeutschland.« (Sachsen, Politik Stadt).

»Die Löhne sind noch niedrig, im Durchschnitt niedriger als in den alten Bundesländern, auch im Durchschnitt niedriger natürlich als in den großen Zentren [...], ja?« (Sachsen, Politik, Gemeinde).

Lebensverhältnisse bereits erreicht, sofern gewisse *Mindeststandards* bzw. eine Grundausrüstung gegeben ist. Auffällig ist, dass diese vier Personen dem ländlichen Raum zuzuordnen sind.⁴⁷

In den Gesprächen dominierte insgesamt ein räumlicher Bezugsrahmen. Die genauere Ausformung verdeutlicht jedoch, dass die Ableitung des Anspruchs auf gleichwertige Lebensverhältnisse nicht aus den Unterschieden zwischen den Räumen selbst, sondern durch die Wirkung der räumlichen Bedingungen auf die Chancengleichheit der Individuen erfolgt. Räumliche Gleichwertigkeit wurde weniger als primäres Ziel an sich, sondern vorrangig als Mittel zum Zweck interpretiert. Sie sollten dazu dienen, dass die Individuen gleiche Chancen zur Existenzsicherung und Verwirklichung ihrer Bedürfnisse haben. Dies entspricht der in der Bundes- und Landespolitik üblichen Argumentation für gleichwertige Lebensverhältnisse und Raumordnungsmaßnahmen des Staates und eröffnet die Sichtweise, dass auch *objektiv unterschiedliche* Ausprägungen als *gleichwertig* eingestuft werden können.

Vor diesem Hintergrund kristallisierten sich Dualismen heraus, die mit dem Stand des wissenschaftlichen Diskurses (siehe Abschnitt 3) korrespondieren: *Stadt vs. Land*, *Ost vs. West*, teilweise auch *Nord vs. Süd*. Der Stadt-Land-Vergleich, besonders mit Blick auf die Unterschiede in der Infrastrukturausstattung, ist dabei in Ost und West gleichermaßen festzustellen. Markant tritt jedoch hervor, dass der Ost-West-Vergleich dabei vorrangig aus der ostdeutschen Perspektive thematisiert wird. Westdeutsche Entscheidungsträger:innen wandten ihn weniger an – möglicherweise auch, da sie in diesem Falle zu den wirtschaftlich und infrastrukturell Bessergestellten zählen.

Ein weiterer Unterschied zeigte sich mit Blick auf die konkreten räumlichen Bezugsrahmen, d.h., mit *welcher konkreten* Referenz (Region, Personengruppe) der Vergleich angestellt wird. Die Mehrzahl der Interviewpartner:innen zog in ihren Schilderungen erneut *räumliche* Referenzgruppen heran, sowohl explizit als auch implizit. Dabei überwogen intrakommunale (innerhalb der Gebietskörperschaft)⁴⁸ und nahräumliche Vergleiche. Überregionale Vergleiche wurden insge-

47 Darunter sind zwei Vertreter:innen der Kreisebene und zwei der Verbandsebene (Gemeinden im ländlichen Raum).

»Äh, Fakt ist eins, es müssen natürlich die Grundangebote, die müssen überall vorhanden sein. Das heißt also Möglichkeiten erst mal, angefangen über die Kindererziehung, Schule, Bildung, Versorgung und natürlich auch Gesundheitssystem und auch Pflegebereiche, das sind alles so Dinge, die die Menschen urpersönlich auch betreffen. Dort muss schon eine gewisse Gleichwertigkeit entstehen und man kann das nicht nur an den Bedürfnissen großer Städte ausrichten, sondern darf den ländlichen Raum dort nicht abhängen.« (Sachsen, Verwaltung, Landkreis).

48 Dies betrifft vorrangig Vertreter:innen der Kreisebene, die die Ausführungen auf ihr jeweiliges Kreisgebiet bezogen.

samt deutlich seltener angestellt. In Sachsen waren hingegen häufiger Vergleiche mit überregionalen Referenzgrößen von Bedeutung, vor allem zu westdeutschen Regionen. Sowohl bei nahräumlichen als auch bei überregionalen Vergleichen wurden über alle Interviews hinweg Raumtypen herangezogen, die aus der Sicht der wissenschaftlichen Beobachtung nicht als besonders ähnlich klassifiziert werden können (z.B. ländliche Kommune vs. urbanes Zentrum, landwirtschaftlich geprägte Region vs. Industriestandort). In Sachsen wurden allerdings auch bei nahräumlichen Vergleichen erkennbar häufiger Vergleiche mit unähnlichen Standorten, in Niedersachsen dagegen häufiger Vergleiche mit ähnlichen Standorten (ähnliche Position im Stadt-Land-Verhältnis, ähnliche Wirtschaftsstruktur) angestellt.

Sächsische Entscheidungsträger:innen stellten insgesamt häufiger zeitliche Vergleiche und räumliche Vergleiche im überregionalen Kontext bzw. nahräumlich abseits ihres eigenen Raumtypus an (*Vergleiche mit dem Unähnlichen*).⁴⁹ In Niedersachsen wurden räumliche Vergleiche eher intrakommunal sowie im nahräumlichen Kontext mit ähnlichen Raumtypen angestellt (*Vergleiche mit dem Ähnlichen*).⁵⁰ Im Verweis auf nahräumliche Kontexte spiegelt sich womöglich eine realistische Sichtweise auf das Gleichwertigkeitspostulat wider, d.h., den kommunalen Vertreter:innen aus Niedersachsen und Sachsen ist durchaus bewusst, dass sich ein Anspruch auf Lebensverhältnisse wie z.B. in prosperierende Kommunen in Süddeutschland kaum unmittelbar befriedigen lässt. In Niedersachsen ist dies durch den Fokus auf die Verhältnisse innerhalb der eigenen Gemeinde sowie auf ähnliche Raumtypen im nahräumlichen Umfeld stärker eingeeht. Für Sachsen liefern die Erhebungsergebnisse dagegen einen Erklärungsansatz für persistent wahrgenommene Defizite in der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Sie kommen nicht nur durch eine materielle Ungleichheit zustande, für die durchaus ein gewisses Verständnis besteht, sondern auch durch die unterschiedlichen Referenzpunkte bzw. Zielvorstellungen, wann die Gleichwertigkeit erreicht ist. Vergleiche mit unähnlichen Raumtypen bedingen, dass eine Angleichung stets größere Defizite überwinden muss und dies ggf.

49 »Was heißt denn gleichwertig? Ich brauche eine Bezugsgröße. Und wenn ich es mit [Großstadt] oder [Großstadt] vergleiche, dann ist es definitiv nicht so.« (Sachsen, Verwaltung, Gemeinde).

»Das ist halt zum Teil auch Image, wenn man dann genau sich die Zahlen anguckt, dann sieht man eben das bei uns trotz alledem das Einkommen natürlich noch viel, viel, viel geringer ist im Durchschnitt als in westdeutschen Städten oder insgesamt in Westdeutschland.« (Sachsen, Politik, Stadt).

50 »Ja gut, wir vergleichen uns natürlich sehr gerne mit den Landkreisen hier in der Region. Also es würde überhaupt keinen Sinn machen sich mit einem 400.000-Einwohner-Landkreis irgendwo im Ruhrgebiet zu vergleichen, das sind völlig andere Strukturen.« (Niedersachsen, Verwaltung, Landkreis).

»Ich glaube, man guckt erstmal zuerst hier ein Stück weit hin: Was ist in NRW und Schleswig-Holstein? Das ist so das unmittelbare, wo man/ wo eben auch viele Beziehungen bestehen.« (Niedersachsen, Verwaltung, Landkreis).

überhaupt nicht möglich ist, was eine Quelle für persistente relative Deprivation darstellt.

3.3 Das Narrativ des Abgehängtseins als ostdeutsches Phänomen?

In etwas mehr als der Hälfte der Interviews brachten die lokalen Entscheidungsträger:innen den Begriff des *Abgehängtseins* in das Gespräch ein, obwohl vonseiten der Interviewer:innen bewusst auf die Verwendung des Begriffs in den Fragestellungen sowie in den Interviewverläufen verzichtet wurde.

Das Abgehängtsein tritt vorwiegend als Gefühl, d.h. subjektiviert in Erscheinung. Besonders der ländliche Raum wird als abgekoppelt wahrgenommen, v.a. aufgrund mangelnder infrastruktureller Gegebenheiten (weniger Versorgungseinrichtungen und -leistungen bzw. deren unzureichender Erreichbarkeit). Zum Teil wird das Abgehängtsein auch an demografischen und gesellschaftlichen Entwicklungen festgemacht, zum Teil auch an einem schwächeren Arbeitsmarkt. Der ländliche Raum wird dabei in den Narrativen von den Zentren, sprich von (Groß-)Städten bzw. Stadtzentren abgehängt. Ostdeutschland, welches als Großregion ebenfalls häufig mit dem Narrativ des Abgehängtseins verbunden wird, tritt zunächst weniger dominant hervor. Erst bei Betrachtung, *wer* über das Abgehängtsein spricht, fällt auf, dass das Thema in sämtlichen in Sachsen geführten Interviews zur Sprache kam, und nur einmal in Niedersachsen.

Das Phänomen scheint stark vom demografischen Wandel in Kombination mit Abwanderung geprägt zu sein, was sich mit der hohen Bedeutung der Infrastruktur für die Bewertung der Lebensverhältnisse koppelt. Mit dem starken Rückgang der Bevölkerung steigen die Fixkosten der Versorgung für die übrig gebliebenen Nutzer:innen (sog. Kostenremanenzen), sodass auch die Qualität des Angebots zurückgefahren und letztlich die Infrastruktur ausgedünnt wird (These des »Rückzugs des Staates aus der Fläche«). Als Leuchttürme bleiben vor allem in Ostdeutschland die (wenigen) Städte bestehen, die positive Entwicklungen entgegensetzen und eine gewisse Sehnsucht auszulösen scheinen.

Fraglich ist, inwieweit das Abgehängtsein den objektivierbaren Tatsachen entspricht oder ob sich der Diskurs nicht stärker um ein subjektives *sich abgehängt fühlen* dreht. In den Interviews gab es durchaus Verweise auf entsprechende Entwicklungstendenzen im objektiven Angebot, insbesondere im Bereich Öffentlicher Personennahverkehr und Arbeitsmarkt. Das subjektive Gefühl des Abgehängtseins hängt letztlich maßgeblich an dem Referenzpunkt, an dem eine *allgemeine Entwicklung* oder ein *allgemeiner Zustand* definiert wird. Eine Fremdzuschreibung kann dieses Gefühl weiter verstärken, z.B. wenn Förderpolitik

übergeordneter Ebenen unter den Slogans des »Aufholens« und der »Angleichung« (Konvergenz) laufen.

Die Feststellung, dass auch in ostdeutschen Wahrnehmungen das Zurückbleiben ländlicher Regionen gegenüber den Zentren dominant ist, ist interessant, da Lebensverhältnisse in verschiedenen Raumtypen unterschiedlich ausfallen. Mit den charakteristischen Ballungseffekten in Zentren gehen auch spezifische urbane Defizite einher, z. B. höhere Wohnkosten und Gebühren sowie geringere naturräumlich (Erholungs-)flächen. Diese wurden von den Entscheidungsträger:innen in Ostdeutschland weniger benannt. Die Abwägung der raumspezifischen Vor- und Nachteile scheint in Niedersachsen differenzierter zu erfolgen. Womöglich sind in Ostdeutschland die Zentren eher eine allgemeine Projektionsfläche für eine erfolgreiche Entwicklung als in Westdeutschland? Es besteht in jedem Fall noch erheblicher Forschungsbedarf, um die These des Abgehängtseins in Verbindung mit der Rückzugsthese näher zu untersuchen.

Ein weiteres Charakteristikum des Narrativs des Abgehängtseins scheint ein gewisses Maß an Fremdzuschreibung zu sein. Die Interviewpersonen berichteten im Interviewkontext durchaus davon, dass die als abgehängt klassifizierte Region eine akzeptable Lebensqualität aufweise und keinesfalls eine akute Prekariät der Lebensverhältnisse herrsche.⁵¹ Die Zuschreibung als abgehängte Region wird dem ländlichen Raum auch von städtisch geprägten Interviewpartner:innen zugeordnet. Folglich weisen die Interviewergebnisse in die Richtung der eingangs formulierten These, wonach die Fremdzuschreibung einen Einfluss auf die Eigenwahrnehmung im ländlichen Raum hat und damit Gefühle der relativen Deprivation verstärken kann.

4. Sichtweisen der lokalen Bevölkerung

4.1 Einschätzung und Einordnung von Lebensverhältnissen

In den Gruppendiskussionen wurden die ausgewählten Bewohner:innen der jeweiligen Kommune (bzw. bei Großstädten eines in Bezug auf lokale Kenndaten »durchschnittlichen« Stadtteils) zunächst nach allgemeinen Einschätzungen der

51 »Da kommen Journalisten und der Bundespräsident [...] und fragen jemanden im ländlichen Raum, ›Naja, Sie sind Sie jetzt hier abgehängt?‹ [...] [U]nd dann kriegen sie oft die Antwort, dass man eigentlich so sich überlegt: ›Ja, bin ich eigentlich abgehängt?‹, die meisten leben ja ganz gerne im ländlichen Raum, ›Nein, eigentlich bin ich gar nicht so abgehängt.‹ Aber das will man ja nicht sagen, dann wird wieder gefragt: ›Sie sind doch abgehängt?‹, und dann irgendwann sagt man: ›Ja ja, wir sind abgehängt.‹ (Sachsen, Landkreis, Verwaltung).

Lebenssituation vor Ort gefragt; der Begriff der Lebensverhältnisse – der eine eher technisch-akademische Anmutung hat – wurde gezielt nicht als Formulierung genutzt. In den Statements gab es zunächst in allen Gruppendiskussionen ein positives Framing der jeweiligen Situation vor Ort, unabhängig von der Größe der Gemeinde oder ihrer Lage in Ost- oder Westdeutschland.

Die Teilnehmer:innen hoben in diesem Zusammenhang Dinge hervor, die den Ort oder die Gemeinde lebenswert machen. Dazu zählten vor allem Aspekte wie die Umwelt oder Landschaft oder im Allgemeinen das Leben oder die Anbindung an »das Grüne« – ein Punkt, der in den Interviews mit den Entscheidungsträger:innen nur recht nachrangig als relevant beschrieben wurde. Er wurde mit Möglichkeiten zur Erholung und Freizeitaktivitäten (z.B. Sport) verbunden. Dies traf in den städtischen wie auch ländlichen Räumen gleichermaßen zu.⁵² Ein weiterer Punkt, der in vielen Diskussionen zur Sprache kam, war die Wahrnehmung der allgemeinen Situation rund um das Wohnen. In den Großstädten wurden dabei häufiger Mietpreise, die Auslastung der Wohnungen bzw. Leerstand thematisiert sowie die Perspektive der Stadtentwicklung im Hinblick auf Wohnraumangebot angesprochen. In den Gemeinden, die sich im ländlichen Raum befinden, waren häufiger die Baugrundstücke sowie deren Verfügbarkeit ein Gesprächsthema.⁵³

Ein weiterer Diskussionspunkt, der auch regionenübergreifend in den Diskussionen von Relevanz war, ist die lokale Struktur der Gesellschaft. Damit sind zum einen Assoziationen gemeint, die mit Worten wie »Heimat« und einem »verwurzelt sein« beschrieben werden, zum anderen soziodemografische Aspekte. Heimat- und Verwurzelungsaspekte werden als wichtig für die eigene Lebenssituation erachtet, weil damit soziale Verbindungen und Strukturen wie Freundeskreis, Familie, nachbarschaftliche Kontakte sowie die Verknüpfung mit Aktivitä-

52 Z.B. »[...] Hannover ist für mich eine Großstadt, aber doch noch sehr grün [...] man kommt überall schnell ins Grüne rein, die [...], der Maschsee. Ich hab ganz früher mal in der Altstadt direkt gewohnt und war eigentlich innerhalb von fünf bis zehn Minuten immer im Grünen und das fand ich an Hannover ganz toll [...]« (Hannover, Frau, 50–69 Jahre). »Also wir leben im Grünen. Weil wir sind quasi, ich weiß nicht, ob Sie es gesehen haben, wenn Sie mit dem Auto hierherkommen, mitten im Wald, ja. Egal, in welche Richtung man rausfährt, man ist immer im Wald« (Auerbach, Mann, 30–49 Jahre).

53 Z.B. »Die Mieten sind günstig, keine Frage. Also wahrscheinlich wie nirgendwo sonst in Deutschland. Das ist ein Riesenvorteil. Man kriegt wahnsinnig hohe Standards bei Wohnungen geboten für verhältnismäßig wenig Geld. Und das interessiert alle, die Wohnraum brauchen und gerade auch Kinder haben und ein bisschen mehr als vielleicht nur 30 Quadratmeter mieten wollen, ist das eine super Sache. Und das ist wirklich ein Riesenvorteil, den man nicht unterschätzen darf« (Chemnitz, Frau, 30–49 Jahre). »Und vor allen Dingen auch die Grundstückspreise und Hauspreise. Wenn man, wenn ich in meinem Heimatland erzähle, was hier ein Haus kostet, dann sagen die, was hierfür kriegt man bei uns ein Grundstück und das Haus muss man da noch dazu bauen, ne, weil das einfach hier noch ziemlich günstig ist« (Bevensen-Ebstorf, Frau, 70+ Jahre).

ten in Vereinen und die daraus entstandenen Beziehungen einhergehen. Anders als in urbanen Gebieten standen in Gruppendiskussionen in ländlichen Kommunen vor allem die informelle Unterstützung in Nachbarschaften, die Unterstützung durch Familie z.B. im Rahmen von Kindererziehung sowie das Bekanntsein mit Menschen im Vordergrund, die sozialen Zusammenhalt begünstigen. Ein prägnantes Beispiel dafür ist folgendes:

Also für mich ist Heimatverbundenheit sehr wichtig. Man ist hier aufgewachsen, man hat seine Freunde, zumindest die, die noch da sind. Der Rest kommt nach und nach sowieso wieder, ist halt wirklich so, durch die Heimatverbundenheit. Man hat den Sport, Spaß jetzt, den man als Hobby hat, seinen Verein, seine zweite Familie sag' ich mal. Ja und wie gesagt, im Gegensatz zu ner Großstadt isses wirklich ruhig, familiär alles. Jeder schaut auf jeden und nicht jeder geradeaus. (Kamenz, Mann, 30–49 Jahre)

Häufig wurde in ländlichen Räumen mit dieser Charakterisierung eine Art von Sicherheitsgefühl beschrieben, weil Menschen nicht anonym vor Ort leben und jeder »nach dem anderen schaut«. ⁵⁴ Die soziodemografischen Aspekte waren für eine Einschätzung der Lebensverhältnisse regionen- und raumstrukturübergreifend wichtig. Sowohl in den ländlichen als auch urban verdichteten Räumen rekurrierten die Runden auf die Entwicklung des Ortes und Veränderungen des sozialen Miteinanders, beispielsweise im Hinblick auf die Altersstruktur und damit einhergehende fehlende Angebote für bestimmte Altersgruppen (z.B. Spielplätze, Angebote für Senioren, medizinische Versorgung). ⁵⁵

Ein weiterer Aspekt, der für die Einschätzung der Lebensverhältnisse vor Ort als relevant angesprochen wurde, war die jeweilige Lage und Anbindung eines Ortes und die damit einhergehende individuelle Mobilität. In Ortschaften in ländlichen Gebieten verglichen die Gruppen die Lage häufig mit Großstädten, wobei sie die Fortbewegung in ländlichen Räumen mittels motorisiertem Individualverkehr als gesetzt betrachten. Dies wurde besonders im Hinblick auf altersspezifische Bedürfnisse und Möglichkeiten wie etwa die von Jugendlichen, Auszubildenden und Hochbetagten problematisiert. Diese Gesellschaftsgruppen seien weniger mobil als andere und damit individuell benachteiligt. Wenn in den Groß-

54 Z. B. »Also jetzt auch in den Corona-Zeiten, da hat man das halt auch bei uns in den Siedlungen gemerkt. Wir haben auch so einen Garten zu unseren Nachbarn und da haben wir auch so einen Tisch rübergebaut, dass zwei Beine halt in deren Garten sind und zwei Beine bei uns und dann war das dann so unser Corona-Tisch und da haben wir dann auch, äh ja, Ostern zusammen gefeiert [...] also wir haben so einen Corona-Tisch. Und man hat sich da immer noch getroffen und das war auch ganz wichtig« (Apen, Frau, 16–29 Jahre).

55 Z. B. »Also könnte für Kinder mehr gemacht werden. [...] Weil ich, wenn ich auf diesen Spielplatz gucke, es sind wenig Kinder da. Das ist eben aufgrund der Altersstruktur. Dagegen haben wir auch kleine Kinder, die dann auf dem Spielplatz sind. Also es gibt Zeiten, da sieht man weit und breit kein Kind« (Chemnitz, Mann, 30–49 Jahre).

städten über Mobilitätsaspekte gesprochen wurde, dann eher im Hinblick auf die Strukturen für Fahrradfahrer oder Fußgänger oder Stau- und Verkehrssituation.

Als allgemein relevant für ein gutes Leben thematisierten die Gruppen ortsunabhängig v.a. Versorgungsmöglichkeiten für Grundbedarfe wie Lebensmittel sowie das Wohnen. Häufig angesprochen hinsichtlich der Grundbedarfe wurde die Gewährleistung von Sicherheit, die klassisch mit Polizei und Wehren, aber auch mit weiterem assoziiert wurde. Dabei wurden Probleme mit Kriminalität eher im Kontext von Großstädten benannt.⁵⁶ Als wichtig für ein gutes Leben – ebenfalls unabhängig von Raumstruktur und Lage des Ortes – wurden ferner Gesundheit, soziale Kontakte sowie eine Umgebung mit guter Umwelt und naturnahen Ruhe- und Erholungsmöglichkeiten. Auch diese Aspekte wurden nicht nur mit einschlägigen Infrastrukturangeboten wie medizinische Versorgung assoziiert, sondern durchaus breiter. Beispielsweise wurde das ruhigere und grünere Leben in kleinen Kommunen als günstig für die Gesundheit bewertet.⁵⁷

Hier zeigen sich Bezüge zum einführenden Diskussionsabschnitt. Wenn die Naturnähe ein wichtiger Referenzpunkt für gute Lebensverhältnisse ist, muss der Wohnort in einer ländlich gelegenen Kommune nicht per se als nachteilig wahrgenommen werden – trotz etwa einer im Vergleich zu Großstädten dünneren Verkehrsinfrastruktur. Während wirtschaftliche und infrastrukturelle Aspekte der Lebensverhältnisse in den Interviews mit den Entscheider:innen dominant waren, relativierte sich ihre Bedeutung im offenen Teil der Gruppendiskussionen zunächst.

In der Gruppenaufgabe, gemeinsam fünf Themenfelder zu priorisieren, die für die Sicherung eines guten Lebens wichtig sind und von der Politik finanziert werden sollten, bewegte sich die Diskussion dagegen mehr in Richtung traditio-

56 Z.B. »Ich finde auch Sicherheit ganz, sehr wichtig, weil einfach die, also was für Leute in den Parks rumlaufen, da kannst du wirklich nur laufen [...] Wenn dir dann so Zwanziger Gruppen entgegenkommen, die irgendwie alle mit der Hand in der Arschtasche, du das Gefühl hast, alle holen gleich ein Messer raus, wenn du dich nicht bis auf die Unterhose ausziehst, was auch schon passiert ist so, finde ich halt, ist Sicherheit relativ wichtig« (Leipzig, Mann, 16–29 Jahre). »Also, ich finde für ein gutes Leben wichtig, einerseits finanzielle Sicherheit, [...] dass man einfach gut leben kann« (Osnabrück, Mann, 30–49 Jahre). »Ich bin nicht so der Stadtmensch und ich weiß, wenn meine Kinder jetzt durchs Dorf laufen, wüsste ich im Zweifelsfall, gucken die Nachbarn mit drauf, wenn irgendwas komisch ist [...] Da kann man sich im Dorf noch drauf verlassen, dass diese Sicherheit auch so gegeben ist und das ist für mich eigentlich ein wichtiger Punkt« (Mulda, Frau, 30–49 Jahre). »Aber ich denke mal, Sicherheit ist fast bei uns für alle Selbstverständlichkeit, oder? [...] Brauchen wir die Polizei? Also ich brauche die in der Nacht halb zwei nicht«, »Zumindest nicht so wie in der Großstadt« (Kamenz, Mann 50–69 Jahre und Frau, 50–69 Jahre).

57 Z.B. »Und Gesundheit, denk' ich, bringt vielleicht die Natur, auch wenn man es nicht mehr so wahrnimmt, und das alles. Gott sei Dank ist das ja hier ein Bonus so jetzt hier. Man hat vielleicht die ein oder andere Möglichkeit weniger irgendwo reinzugucken, aber man hat den Natur-Bonus dazu und bekommt vielleicht ein kleines bisschen mehr Gesundheitssachen mit rein« (Reichenbach, Mann, 30–49 Jahre).

neller Infrastrukturversorgung im Bereich der Daseinsvorsorge. Dabei wurden sowohl in Sachsen (Ost) als auch Niedersachsen (West) Sicherheit, Bildung/soziale Dienste, Gesundheit sowie gutes und bezahlbares Wohnen ausgewählt. Zusätzlich wurde in Sachsen mehrheitlich (in vier von sechs Kommunen) die öffentliche Verkehrsanbindung als wichtiger Bereich ausgewählt, wohingegen in Niedersachsen neben dem Infrastrukturbereich auch die digitale Infrastruktur mehrheitlich als wichtig ausgewählt wurde. Es sind also im Rahmen dieser Fälle nur marginale Unterschiede zwischen Ost und West zu erkennen.

In der Analyse nach Gemeindegrößen⁵⁸ gibt es drei Dinge, die regionenübergreifend als wichtig für die Lebensverhältnisse beurteilt wurden: Gesundheit,⁵⁹ Sicherheit sowie soziale Infrastrukturen für Bildung/soziale Dienste.⁶⁰ In Großstädten – Hannover, Osnabrück, Leipzig, Chemnitz – wurden noch Aspekte wie gute Umwelt sowie (gutes und bezahlbares) Wohnen als wichtig für Lebensverhältnisse erachtet, in kleinen Ortschaften unterschied sich die Auswahl dadurch, dass die öffentliche Verkehrsanbindung wichtig ist. In den mittelgroßen Orten – hierzu zählen jedoch nur zwei Orte in Niedersachsen (Bevensen-Ebstorf und Cloppenburg) – wurden neben den drei wichtigsten Dingen für Lebensverhältnisse (s.o.) gute Jobs und Sportmöglichkeiten als wichtig ausgewählt. Während in der Eingangsphase der Gruppendiskussionen auch Umwelt- bzw. Naturaspekte angesprochen worden waren, so erwiesen sich in der Diskussion über das politische Handeln hinsichtlich der Lebensverhältnisse der bereits oben in den Entscheider:inneninterviews beobachtete Unterschied zwischen den Raumstrukturen von Stadt und Land und damit verbundene Anbindungen an den Fernverkehr bzw. den öffentlichen Personennahverkehr als bedeutsam für die lokale Wahr-

58 Es gibt drei Gemeindegrößen, nach denen die Aufgabe 3 u.a. ausgewertet wurde: 1. Kleine Orte mit unter 25.000 Einwohnern, 2. Mitttelgroße Orte mit zwischen 25.000 und 99.999 Einwohnern; 3. Städte mit jeweils ab 100.000 Einwohnern.

59 Z.B. »Na Gesundheit ist ja das Wichtigste überhaupt«, »Na vor allem ärztliche Versorgung, für jeden, ne« (Zeven, Frau 1, 30–49 Jahre; Frau 2, 70+ Jahre).

60 »[...] und die jungen Menschen, die wir da haben, also die nach der zehnten Klasse einen Beruf lernen wollen, denen wird es dahingehend erschwert, dass wir keine Berufsausbildung am Ort mehr haben. Also die müssen immer irgendwo hinfahren an eine Berufsschule. Und gerade in diese Berufsschulen, Schneeberg ist noch so ein Ort, wo sie viel reingesteckt haben, kommt man ganz schwer mit öffentlichen Verkehrsmitteln« (Auerbach, Mann, 30–49 Jahre). »Genau, so sieht das aus. Also, ich meine, wenn das so weitergeht, können sich wahrscheinlich ältere Leute irgendwann auch noch nicht mal einen Platz im Altersheim holen, weil das einfach zu teuer wird, ne... Ja. Bildung und soziale Dienste, ganz wichtig« (Zeven, Frau, 70+ Jahre). »Bildung auch. Dass man in der Stadt die gleichen Bildungschancen hat, wie... Also da darf, da darf es keine Unterschiede geben. Die müssen eigentlich überall gleich sein« (Apen, Mann, 30–49 Jahre). »Und dass deswegen würde ich sagen, da ist massive Arbeit in Chemnitz nötig im Bildungsbereich, damit wir hier keine Klassengesellschaft entwickeln, die es schon gibt, aber nicht noch stärker, was. [...] Das ist, finde ich, ein Grundbedürfnis, das es auf jeden Fall und dazu zählen« (Chemnitz, Mann, 50–69 Jahre).

nehmung von Lebensverhältnissen und deren Einschätzung. Sie wurden auch in einen Zusammenhang mit der sozialen Dimension bzw. als Voraussetzung für individuelle Chancengleichheit gebracht.

4.2 Maßstäbe und Vergleichsdimensionen zu Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Anders als in den Interviews mit den Entscheidungsträger:innen (die als Funktionsträger befragt wurden) stellten die Bürger:innen in den Gruppendiskussionen neben räumlichen auch interpersonelle Vergleiche bei der Besprechung gleichwertiger Lebensverhältnisse an. Der Begriff der gleichwertigen Lebensverhältnisse – nach der Frage zu gleichwertigen Lebensverhältnissen – wurde mit der sprachlichen Assoziation »gleich« interpretiert und eingeordnet. Zugleich wurden in einigen Gruppendiskussionen direkt die subjektive Wahrnehmung auf die Auslegung dieses Begriffs reflektiert und daraus entstehende individuelle Ansprüche an das Lebensumfeld thematisiert. So wurden beispielsweise in den ländlichen Räumen die ruhige Umgebung und naturnahe Anbindung, wie erwähnt, häufig als lebenswert eingeordnet. Unabhängig von den Gemeindegroßen und der Lage des Ortes wurde in diesem Zusammenhang in vielen Gruppendiskussionen auch resümiert, dass man von der Politik nicht erwarten könne, Stadt und Land »gleichzumachen« und individuelle Unterschiede gänzlich zu nivellieren. Dies korrespondiert mit den Befunden aus den Interviews mit den Entscheidungsträger:innen.

In nahezu allen Gruppendiskussionen in Sachsen und Niedersachsen wurde der Zugang zu Bildungseinrichtungen in einen Zusammenhang mit gleichwertigen Lebensverhältnissen gebracht. Dies wurde regionenübergreifend und auch unabhängig von Stadt und Land besprochen. Die Teilnahme bzw. Wahrnehmung von Bildungschancen wurde dabei vorrangig als Voraussetzung betrachtet, um ein nach individuellen Vorstellungen und Wünschen gestaltetes Leben zu führen. Dies deutet an, dass Menschen die Ausprägung gleichwertiger Lebensverhältnisse subjektiv auch anhand individueller Chancengleichheit bewerten. In dieser Hinsicht decken sich die Ausführungen und Einschätzungen in den Gruppendiskussionen mit denjenigen der Entscheidungsträger:innen. In Gruppendiskussionen in großen Städten wurden innerstädtische Vergleiche mit anderen Stadtteilen und deren Bevölkerungsstruktur angestellt. In kleinen Gemeinden, die sich im ländlichen Raum befinden, war der Zugang zu Bildung im Allgemeinen (Anzahl der Schulen) ein Thema. Problematisiert wurde er dabei vor allem im Hinblick auf den demografischen Wandel, etwa den Zusammenhang

zwischen fehlenden Angeboten weiterführender Bildung und Berufsausbildung und dem Wegzug von jüngeren Menschen.⁶¹

Ein ebenfalls mit individueller Chancengleichheit verknüpfter Aspekt, der mit einem räumlichen Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland verbunden war, ist die Angleichung der Renten und Löhne im Osten an das Westniveau.⁶² In den sächsischen Ortschaften wurde dies in jeder Gruppendiskussion angesprochen, in den niedersächsischen Orten in nur einer von sechs lokalen Diskussionsrunden. Hervorzuheben ist, dass entsprechende Hinweise in den genannten Fällen jedoch nicht widerspruchsfrei stehen blieben; vielmehr wurden sie diskutiert – sowohl im Sinne einer Reflexion der Lebenshaltungskosten in den jeweiligen Regionen bzw. Städten als auch bezüglich der Förderpolitiken für Ostdeutschland und eventuell entstehende Nachteile für westdeutsche Gemeinden. Hier ist ebenfalls eine inhaltliche Deckung mit den Interviews der Entscheidungsträger:innen festzustellen, die gleichermaßen die wirtschaftlichen Verhältnisse auf der Makroebene (Lohnniveau, Rentenniveau) als wichtiges Charakteristikum der Lebensverhältnisse identifizierten.

Als konkreter Vergleichsmaßstab bzw. Aspekt für die Wahrnehmung gleichwertiger Lebensverhältnisse erwies sich in den Gruppendiskussionen die Anbindung an das öffentliche Personennahverkehrsnetz. Dieses Thema wurde in den Großstädten nicht beleuchtet, wohingegen es in kleinen Gemeinden im ländlichen Raum präsenter war. Häufig wird in diesen Raumstrukturen der Vergleich mit ÖPNV-Zugängen und Möglichkeiten in größeren bzw. Großstädten verglichen. Durch diesen räumlichen Vergleich gab es in einigen Gruppendiskussionen im ländlichen Raum (wie auch in den Interviews mit den Entscheidungsträger:innen) die Wahrnehmung, dass ländliche Gebiete »abgeschnitten« sind oder weniger von der Politik gefördert werden. Dies traf aber nur auf eine Minderheit der Gruppendiskussionen zu. Wie bereits erwähnt, wurde auch angemerkt, dass auf dem Land eine Motorisierung wichtig sei und dass dies beispielsweise Nachteile auf individueller Ebene mit sich bringe, wenn man nicht motorisiert ist.

Ein weiterer räumlicher Vergleich zwischen Stadt und Land fand in Bezug auf die Ansiedlung von Unternehmen bzw. allgemein die wirtschaftliche Struktur statt – wiederum in Übereinstimmung mit den Interviews mit Entscheidungs-

61 Eine ähnliche Vergleichsdimension, die auch auf individuelle Chancengleichheit abzielt, waren die Lohnunterschiede zwischen verschiedenen Berufsgruppen wie etwa Pflegekräfte und Menschen, die im sozialen Bereich arbeiten, und etwa akademisch ausgebildete Personen und deren Gehalt. In diesem Zusammenhang wurde unabhängig von Raumstruktur und Bundesland-Zugehörigkeit der Fachkräftemangel thematisiert.

62 Arbeitnehmer in Ostdeutschland verdienen durchschnittlich 13,7 Prozent weniger als in Westdeutschland, wenn man Beschäftigte gleichen Geschlechts, im gleichen Beruf und mit vergleichbarer Berufserfahrung miteinander vergleicht. Pusch/Seils, »Mindestlohn 12 Euro«.

träger:innen. In sächsischen Kommunen wurde dieser Unterschied häufiger als in niedersächsischen Orten als problematisch empfunden und ein Ungleichgewicht festgestellt, das sich auf die individuellen Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt auswirkt. Dabei wurde ähnlich wie bei den Interviews mit Entscheidungsträger:innen (siehe Abschnitt 4.2) in den sächsischen Kommunen auch ein zeitlicher Maßstab angelegt, der auf die Zeit nach der Wiedervereinigung rekurriert.

Die hier herausgearbeiteten Maßstäbe zeigen – ähnlich wie in Abschnitt 4 –, dass das Verständnis gleichwertiger Lebensverhältnisse einerseits mit der Wahrnehmung *räumlicher* Unterschiede einhergeht, andererseits aber auf deren Auswirkungen auf die individuelle Gestaltung des Lebens und damit *Chancengleichheit* abzielt. Bestätigt wird diese übereinstimmende Interpretation durch die am Anfang dieses Abschnitts geschilderten Eindrücke zum Verständnis gleichwertiger Lebensverhältnisse im Hinblick auf Bildung und Einkommensniveaus. Zu erwähnen ist weiterhin der Unterschied bzw. Vergleichsmaßstab, der neben zeitlich ungebundenen Ost-West- und teils Land-Stadt-Vergleichen auch eine intertemporale Dimension aufweist im Sinne einer Bewertung langfristiger Entwicklungen (sowohl in der Vergangenheit als auch im Sinne der Abschätzung lokaler Zukunftsperspektiven). Ein zeitlicher Vergleich der Lebensverhältnisse fand indes vorrangig in den Ostkommunen statt.

5. Resümee und Ausblick

Ausgehend von der Beobachtung, dass in Deutschland und in Europa der gesellschaftliche Zusammenhalt in einen engen Zusammenhang mit gleichwertigen Lebensverhältnissen gebracht wird und der Schlussfolgerung, dass ungleiche Lebensverhältnisse die Wahrnehmung des Zusammenhalts unter Druck setzen, untersuchte der vorliegende Beitrag Vorstellungen von guten Lebensverhältnissen und den Maßstäben für gleichwertige Lebensverhältnisse. Zugleich verglich der Beitrag ebendiese Vorstellungen und Maßstäbe für Kommunen verschiedener Größe, Personen aus der lokalen/regionalen Politik und Verwaltung mit den Wahrnehmungen der lokalen Bevölkerung sowie für West- und Ostdeutschland. Damit sollte auch analysiert werden, ob Verflechtungsprozesse, wie wir sie mit der Globalisierung erleben, in gleichen oder zumindest ähnlichen Wahrnehmungen bzw. Narrativen münden. Die Datenerhebung erfolgte über Einzelinterviews mit lokalen bzw. regionalen Entscheidungsträger:innen und lokale Gruppendiskussionen in Sachsen und Niedersachsen.

Die Datenauswertung ergab, dass die berichteten Sichtweisen sich überregional durchaus ähneln und die Aussagen in den Gruppendiskussionen in vielen Punkten denen der lokalen Entscheidungsträger:innen entsprechen. Für die

Bewertung der Lebensverhältnisse sind wirtschaftliche und infrastrukturelle Aspekte von besonderer Bedeutung, insbesondere aus Sicht der befragten Entscheidungsträger:innen. Aus Sicht der Bevölkerung wurde raumübergreifend eine ausreichende Versorgung mit sozialer Infrastruktur (z.B. Bildungs-, Kinder- und Pflegeeinrichtungen; allgemein Gesundheitsversorgung) und technischer Infrastruktur (z.B. Anbindung an den ÖPNV, Autobahnanbindungen) als wichtig für die Lebensverhältnisse erachtet. Übergreifend wurde auch Sicherheit als wichtig für die Lebensverhältnisse artikuliert, und zwar in einem umfassenden Verständnis. Sie wurde als Versorgung mit Feuerwehr und Polizei und medizinischen Einrichtungen adressiert. Im Gegensatz zu den Entscheidungsträger:innen benannten die lokalen *communities of place* auch die Natur bzw. eine gute Umwelt als wichtig für die Lebensverhältnisse, die sie überwiegend auf die örtlichen Umstände bezogen (also nicht im Sinne Klimaschutz). Zudem thematisierten die Gruppen stärker individuelle Voraussetzungen für den Zugang zu bestimmten Leistungen und deren Relevanz für die Lebensverhältnisse, hier mit Fokus auf ausreichende finanzielle Basis zur eigenen Gestaltung des Lebens.

Die Bewertung der Lebensverhältnisse, einschließlich Defiziten, unterschied sich nicht grundsätzlich. Eindeutig erwarteten sowohl Politik/Verwaltung als auch Bevölkerung keine *gleichen* Lebensverhältnisse an jedem Ort, aber *gleichwertige Angebote*. Regelmäßig wurden Stadt-Land-Dualismen bedient, v.a. von Entscheidungsträger:innen und Bewohner:innen kleiner Kommunen. Ein großer räumlicher Unterschied zeigte sich hinsichtlich des Verweises auf Ost-West-Unterschiede. Diese scheinen vor allem in den in Ostdeutschland gelegenen Kommunen präsent. Häufig geht der Verweis mit Ausführungen zu Defiziten bzw. einer Schlechterstellung Ostdeutschlands insgesamt einher und verbindet sich teilweise mit Ausführungen zu »abgehängten« Kommunen in ländlichen Räumen. Generell neigten die Entscheidungsträger:innen in Ostdeutschland häufiger zu einem Vergleich mit strukturell unähnlichen Einheiten und Gruppen an als in Westdeutschland (*Vergleich mit dem Unähnlichen*). In den Gruppendiskussionen wurden in Ostdeutschland v.a. ein niedrigeres Einkommens- und Rentenniveau als in Westdeutschland angesprochen.

Daraus lässt sich schlussfolgern, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt durch überregional wahrgenommene Unterschiede der Lebensverhältnisse in den Städten und auf dem Land herausgefordert wird, aber dieses schwächer ausfällt, als objektive Indikatoren nahelegen würde, da es ein grundsätzliches Verständnis für Angebotsunterschiede in diesen unterschiedlichen räumlichen Kontexten gibt. Einen stärkeren Druck erzeugen Narrative der relativen Deprivation in Ostdeutschland, wobei sich diese in der Bevölkerung weniger auf die Daseinsvorsorge als auf die finanzielle Gleichstellung stützte, durchaus auch kritisch kontextualisiert wurde und in hohem Maße den Aussagen der lokalen

Entscheidungsträger:innen entsprach. Die Ähnlichkeit der Äußerungen könnte zum dauerhaften Fortbestand beitragen. Als Hypothese lässt sich formulieren, dass solcher Druck auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt sich reduzieren ließe, wenn in Verflechtungsprozessen die Diversität von räumlichen und ideellen Kontexten der Lebensumstände stärker in öffentlichen Diskursen abgebildet wird und dadurch nicht die Umstände in einem bestimmten Teilgebiet zur allgemeinen Norm werden.

Die Analyse verweist aber darauf, dass weiterer Forschungsbedarf besteht. Erstens sollte untersucht werden, ob es wirklich die öffentlich-medialen Diskurse sind, die dazu führen, dass in Ostdeutschland der Vergleich mit »dem Westen« so stark im Sprechen über gleichwertige Lebensverhältnisse präsent ist und durch die lokalen Entscheider immer wieder auch reflektiert und verstetigt werden? Zweitens ist zu analysieren, ob die Wahl der Vergleichsindikatoren eine Defizitwahrnehmung, etwa das Narrativ des Abgehängtseins ländlicher Kommunen gegenüber städtischen Räumen (das in Ostdeutschland sehr präsent ist), automatisch befördert, weil unabhängig von den objektiven Gegebenheiten genau jene Aspekte in den Mittelpunkt gerückt werden, bei denen es Unterschiede gibt. Drittens wäre es lohnenswert, noch genauer zu vergleichen, welche Assoziationen Entscheidungsträger:innen und Befragte mit den Vergleichsindikatoren verbinden und wie ähnlich sich diese Assoziationen sind. Dadurch würde geklärt, ob eine ähnliche Fokussierung etwa auf Sicherheitsfragen mit gleichen Vorstellungen von deren Gewährleistung einhergehen (z.B. öffentliche Sicherheitsgewährleistung, soziale Sicherheit und Familien- und Freundesnetzwerke) und ob es hier je nach räumlichem Kontext funktionale Äquivalente gibt. Dadurch ließe sich der von Ungleichheitsperzeptionen erzeugte Druck auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie noch besser einordnen.

Literatur

- Ausschuss der Regionen der EU (2022). »Sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhalt steht auf dem Spiel, wenn die EU abgelegene Gebiete vernachlässigt«, <https://cor.europa.eu/de/news/Pages/social-cohesion-risks.aspx> (Zugriff 13.01.2023).
- Bachtler, John/Berkowitz, Peter/Hardy, Sally/Muravska, Tatjana (Hg.) (2017), *EU Cohesion Policy. Reassessing performance and direction*, London/New York.
- Best, Heinrich/Vogel, Lars (2011), »Politische Eliten im vereinten Deutschland. Strukturen – Einstellungen – Handlungsbedingungen«, in: Lorenz, Astrid (Hg.), *Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften*, Opladen, S. 120–152.
- Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (2014), *Interviews mit Experten: Eine praxisorientierte Einführung*, Wiesbaden.

- Bohnsack, Ralf/Przyborski, Aglaja/Schäffer, Burkhard (2006), »Einleitung: Gruppendiskussionen als Methode rekonstruktiver Sozialforschung«, in: dies. (Hg.), *Das Gruppendiskussionsverfahren in der Forschungspraxis*, Opladen, S. 7–22.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), *Atlas der Stadt- und Regionalentwicklung unter besonderer Berücksichtigung von COVID-19*, 2022, <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2022/atlas-der-stadt-und-regionalentwicklung-dl.pdf>; jsessionid=B62D66A8A44860075B2F689DA5F15379.live11292?_blob=publicationFile&v=5.
- Crescenzi, Riccardo/Giua, Mara (2020), »One or many Cohesion Policies of the European Union? On the differential economic impacts of Cohesion Policy across member states«, *Regional Studies*, Jg. 54, H. 1, S. 10–20.
- Dahl, Robert A. (1971), *Polyarchy: Participation and Opposition*, New Haven.
- Damsgaard, Ole u.a., »The Territorial State and Perspectives of the European Union. 2011 update. Background document for the Territorial Agenda of the European Union 2020«, https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/policy/what/territorial-cohesion/territorial_state_and_perspective_2011.pdf (Zugriff 05.01.2021).
- Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (Hg.) (2020), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*, Frankfurt am Main.
- Enders, Judith C./Kollmorgen, Raj/Kowalczyk, Ilko-Sascha (2021), »Revolution, Vereinigung, Transformation – Wege ihrer Erforschung und Reflexion«, in: dies. (Hg.), *Deutschland ist eins: vieles. Bilanz und Perspektiven von Transformation und Vereinigung*, Frankfurt am Main, S. 15–75.
- EU (2020): »Territorial Agenda 2030. A future for all places, Informal meeting of Ministers responsible for spatial planning, territorial development and/or territorial cohesion«, 1 December 2020, <https://territorialagenda.eu/library/>.
- Europäisches Parlament (2023), *Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt*, <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/93/wirtschaftlicher-sozialer-und-territorialer-zusammenhalt>.
- Glaesner, Gert-Joachim (1999), *Demokratie und Politik in Deutschland*, Opladen.
- Kollmorgen, Raj/Hans, Torsten (2011), »Der verlorene Osten. Massenmediale Diskurse über den Osten und die deutsche Einheit«, in: Kollmorgen, Raj/Koch, Frank Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hg.), *Diskurse der deutschen Einheit*, Wiesbaden, S. 107–165.
- Kühn, Manfred/Lang, Thilo (2015), »Metropolisierung und Peripherisierung in Europa: eine Einführung«, *Europa Regional*, Jg. 23, H. 4, S. 2–14.
- Kühn, Thomas/Koschel, Kay-Volker (2018). *Gruppendiskussionen. Ein Praxis-Handbuch*, Wiesbaden.
- Küpper, Patrick/Steinführer, Annett (2015), »Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen zwischen Ausdünnung und Erweiterung: ein Beitrag zur Peripherisierungsdebatte«, *Europa Regional*, Jg. 23, H. 4, S. 44–60.
- Lamne, Siegfried (2005), *Qualitative Sozialforschung: Lehrbuch*, Basel.
- Lijphart, Arend (2012), *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven/London.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (1967), »Cleavage structures, party systems and voter alignments: an introduction«, in: Dies. (Hg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-national perspectives*, New York, S. 1–64.

- Lorenz, Astrid (Hg.) (2011), *Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften*, Opladen.
- Lorenz, Astrid/Lenk, Thomas/Hesse, Mario/Kolb, Katharina B. (2020), »Gesellschaftlicher Zusammenhalt und gleichwertige Lebensverhältnisse im bundesdeutschen Mehrebenensystem – Politische Weichenstellungen und Instrumente«, in: Deitelhoff u. a. (Hg.), *Gesellschaftlicher Zusammenhalt*, S. 246–272.
- Lorenz, Astrid/Träger, Hendrik (2021), »Die Landtagswahlen 2019 in der Lausitz. Ausdruck eines neuen Zentrum-Peripherie-Konflikts?«, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), *Abschied von der Kohle. Struktur- und Kulturwandel im Ruhrgebiet und in der Lausitz*, Bonn, S. 200–214.
- Lux, Thomas/Mau, Steffen/Jacobi, Aljoscha (2022), »Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages? Ein internationaler Vergleich der Einstellungen in vier Ungleichheitsfeldern«, *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 32, S. 173–212.
- Mau, Steffen (2019), *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*, Berlin.
- Mayring, Philipp (2015), *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*, Weinheim.
- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (1991), »ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig beachtet: ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion«, in: Garz, Detlef/Kraimer, Klaus (Hg.), *Qualitativ-empirische Sozialforschung: Konzepte, Methoden, Analysen*, Opladen, S. 441–471.
- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (2009), »Das Experteninterview – konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage«, in: Pickel, Susanne/Pickel, Gert/Lauth, Hans-Joachim/Jahn, Detlef (Hg.): *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft: Neue Entwicklungen und Anwendungen*, Wiesbaden, S. 465–479.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2020), »Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall – eine gemeinsame demokratische politische Kultur oder immer noch eine Mauer in den Köpfen?«, *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Jg. 30, S. 483–491.
- Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (2014), *Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch*, München.
- Pusch, Toralf/Seils, Eric (2022), »Mindestlohn 12 Euro. Auswirkungen in den Kreisen«, *WSI Policy Brief* Nr. 72.
- Sørensen, Niels Ulrik/Pless, Mette (2017), »Living on the Periphery of Youth: Young People's Narratives of Youth Life in Rural Areas«, *Young*, Jg. 25, H. 45, S. 1S–17S.
- Statistisches Bundesamt (2022), <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Einkommen-Einnahmen-Ausgaben/Tabellen/liste-gebietsstaende.html#115612> (Zugriff 14.2.2023).

»Fürsorge, Nachbarschaftshilfe, Stalking – eine Interpretationssache?« – Zusammenhalt und Antifeminismus am Fallbeispiel Erzgebirge

Henriette Rodemerk, Tabea Falk, Charlotte Höcker, Johanna Niendorf und Oliver Decker

Abstract

Das Projekt »Geschlechterdemokratie im Erzgebirge« nähert sich den gesellschaftlichen Konfliktlinien des Sozialraumes durch eine psychoanalytisch orientierte Auswertung von Gruppendiskussionen. Im vorliegenden Artikel widmen wir uns den darin ausgeworfenen Vorstellungen von Zusammenhalt mit einer geschlechtsreflektierten Perspektive und fragen nach dem Zusammenhang dieser Vorstellungen mit Antifeminismus. Es ist dabei zu beobachten, dass sich in den Gruppendiskussionen häufig und positiv auf Zusammenhalt und Verbundenheit bezogen wird, diese Gemeinschaftsvorstellungen jedoch durch Exklusionsdynamiken wie starke Grenzziehungen zwischen Zugehörig und Nicht-Zugehörig sowie externalisierende Projektion gesellschaftlicher Probleme auf Randgruppen oder großstädtische Lebenswelten begleitet werden. Die Starrheit der Zuschreibungen einer erzgebirgischen Identität sowie die kontrollierende Rolle von Familienstrukturen und nachbarschaftlicher Zuwendungen verhindern pluralistische Entfaltungsmöglichkeiten und erschweren politisches Engagement und die Inanspruchnahme wichtiger Institutionen, wie Einrichtungen des Gewaltschutzes. Das Austreten aus der als homogen beschriebenen Gemeinschaft beispielsweise durch demokratisches politisches Engagement kann zum Ausschluss aus selbiger führen. In der Dynamik des repressiven Zusammenhalts finden sich Fragmente antifeministischer Ideologien und somit ein Nährboden für antidemokratische Mobilisierungen.

Keywords: Antifeminismus; Zusammenhaltskonzeptionen; Geschlechterdemokratie; ländlicher Raum; psychoanalytische Sozialpsychologie

Das Erzgebirge ist für viele seiner Bewohner:innen nicht irgendeine Gegend. Vielmehr ist es eine Region, mit der sie hoch identifiziert sind. Thorsten Mayer, ein Teilnehmer unserer Gruppendiskussionsstudie, beschreibt beispielsweise: »meine Muttersprache ist Erzgebirgisch, Erste Fremdsprache Deutsch« (GD1, Z. 362 f).¹ Juliane Renner, eine Mitdiskutant:in von Thorsten, bekräftigt, es gibt »wirklich ne enge Menschenverbundenheit untereinander« (GD1, Z. 286), geprägt von gegenseitiger Fürsorge und Nachbarschaftshilfe. Immer wieder betonen unsere Gesprächspartner:innen ihre Verbundenheit mit der Region, deren Schönheit, Lebensqualität und den Zusammenhalt untereinander. Verweise auf eine idyllische Landschaft, Familien-, Traditions- und Heimatgefühle, gegenseitige Unterstützung in Dörfern, aber auch eine lebendige Vereinslandschaft, Weihnachtsbräuche, Bergmannsgeschichten, der erzgebirgische Sprachdialekt und Kunsthandwerk erscheinen in diesem Zusammenhang nicht nur als Schlagworte, sondern als bedeutsame Lebensbezüge.²

Gleichzeitig tritt der Landkreis Erzgebirge immer wieder durch extrem rechte Netzwerke und antidemokratische Entwicklungen in Erscheinung, die Kontinuitäten in die frühen 1990er Jahre aufweisen. Die Region wird von Grunert/Lang als »Experimentierfeld« der extremen Rechten analysiert,³ in welchem diese beträchtliche »Normalisierungsgewinne«⁴ verzeichnen können. Der starke Zulauf zu Querdenkenprotesten und die einhergehende Gründung der rechten Partei *Freie Sachsen* im erzgebirgischen Schwarzenberg,⁵ die jüngsten Festnahmen zweier Unternehmer und ehemaliger Stadträte im Rahmen der Razzia gegen die sogenannte Reichsbürger-Szene,⁶ aber auch der brutale Mord am homosexuellen Christopher W. 2018 in Aue durch Rechtsextreme⁷ verdeutlichen das Gewaltpotenzial menschenverachtender Ideologien der Ungleichwertigkeit in der Region und die Demokratiegefährdung durch autoritäre Einstellungen und gesellschaftliche Dynamiken.⁸ Aktuelle Untersuchungen zeigen bundesweit eine konstant hohe Verbreitung antidemokratischer Orientierungen, bei der eine Verschiebung autoritärer Motive unter anderem im Anstieg der Zu-

1 Zitate und Nachweise aus dem Untersuchungsmaterial sind in dieser Form gekennzeichnet: ggf. »Zitat«; (Gruppendiskussion [GD] und Nummer der Gruppendiskussion im Forschungsprojekt; Position im Originaltranskript mit Zeilenangabe, ggf. einschließlich unmittelbar folgender oder aufeinanderfolgender Zeilennummern), Umgangssprache ist leicht geglättet.

2 Höcker/Falk/Niendorf/Rodemer, »Hoffnungsschimmer im Erzgebirge«.

3 Grunert/Lang, »Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen«.

4 Ebd., S. 29.

5 Ebd., S. 8.

6 Lauer, »Razzia«; Böckmann/Datt, »Der sächsische Arm der Reichsbürger-Truppe«.

7 Grunert/Lang, »Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen«.

8 Decker/Brähler, *Autoritäre Dynamiken*.

stimmung zu antifeministischen Aussagen erkennbar wird.⁹ Der Niederschlag des international beobachtbaren Kampfes gegen Selbstbestimmungsrechte von Frauen, welcher in den vergangenen Jahren beispielsweise in den USA und Polen zur Abschaffung des allgemeinen Rechtes auf Schwangerschaftsabbrüche führte,¹⁰ findet sich auch im Erzgebirge wieder. Der durch Gegnerschaft zu Schwangerschaftsabbrüchen motivierte *Schweigemarsch für das Leben* christlich-fundamentalistischer Prägung im erzgebirgischen Annaberg-Buchholz erlangt auch überregionale Mobilisierungskraft und Bekanntheit in konservativen bis hin zu rechten Gruppierungen. Bei der fast jährlich veranstalteten Demonstration werden neben der Agitation gegen reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung immer wieder geschichtsrevisionistische und holocaustrelativierende Aussagen öffentlich getätigt.¹¹

Vor dem Hintergrund dieser Bewegungen und Netzwerke sind wir im Rahmen des Forschungsprojekts *Geschlechterdemokratie im Erzgebirge*¹² am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung in Sachsen (EFBI)¹³ der Frage nachgegangen, welche Bedingungen wir für die Freiheit und Auspluralisierung von Lebensentwürfen und für emanzipatorische Handlungsräume der lokalen Zivilgesellschaft vorfinden und welche Funktion Antifeminismus als Hemmnis von Demokratisierung dabei zukommt. Erweitert wird diese Perspektive durch den Bezug auf gesellschaftliche Inklusions- und Exklusionsdynamiken.

In diesem Beitrag möchten wir anhand von Material unserer empirischen Fallstudie die Erkenntnisse zum Sozialraum im Hinblick darauf vorstellen, auf welche Zusammenhaltskonzeptionen und Narrative der Gemeinschaft wir vor Ort stoßen. Folgende Fragen sind dabei leitend: Welche Zusammenhaltserfahrungen und -vorstellungen lassen sich aus den Diskussionen rekonstruieren? Auf welche Funktionen der Vergemeinschaftung verweisen diese und wie ist Antifeminismus darin eingebettet?

9 Decker/Kiess/Heller/Brähler, »Autoritäre Dynamiken«; Kalkstein/Pickel/Niendorf/Höcker/Decker, »Antifeminismus und Geschlechterdemokratie«; Höcker/Pickel/Decker, »Antifeminismus«; Niendorf/Rodemer, »Antifeminismus als autoritäre Krisenreaktion?«

10 van Elten, »Die Abschaffung des Abtreibungsrechts«.

11 Grunert/Lang, »Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen«; Höcker/Niendorf, »Feminismus ein Fremdwort?«.

12 Mit Bendkowski (»Test the West!«) verstehen wir die Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse in Bezug auf Rechte und Chancen, politische Partizipation und Ressourcenverteilung als politisches Ziel und gesellschaftliche Vision.

13 An dieser Stelle sei dem Projektteam, neben den Autor:innen bestehend aus Fiona Kalkstein, Nina Scherrer und Dorothea Föcking, für die wertvolle Vor- und Zusammenarbeit im Rahmen des ganzen Projekts wie für den gemeinsamen Erkenntnistransfer sowie der psychoanalytischen Supervision durch Maria Johnne für die Impulse und Diskussionen gedankt.

In der Darstellung folgt einer Einführung zum Phänomenbereich Antifeminismus die Beschreibung des Erzgebirges hinsichtlich seiner soziostrukturellen Merkmale in Bezug auf die Forschungsfragen. Daran anschließend wird der methodische Ansatz vorgestellt, mit welchem der Zugang zum Forschungsfeld sowie die dargestellten Ergebnisse gewonnen werden konnten, um schließlich das empirische Material zu präsentieren und diskutieren.

Für diesen Beitrag arbeiten wir zunächst mit einem sozialraumnahen Begriff von Zusammenhalt. In einem nächsten Schritt lassen sich die lokalen Beispiele in einen gesamtgesellschaftlichen und internationalen Kontext einordnen. Mit Sozialraum bezeichnen wir im Anschluss an Gittner u.a. einen Ort, den seine Bewohner:innen aktiv gestalten, interpretieren und mit Bedeutung versehen.¹⁴ »Gleichzeitig ist er Produkt sozio-ökonomischer Entwicklungen«¹⁵ und struktureller Bedingungen, die auf die Bewohnenden wirken und ist somit ein Ort der Widersprüche und Konflikte, sowie deren Aushandlung und Bearbeitung.¹⁶ Der sozialraumnahe Fokus des Projektes ermöglicht einen genauen Blick auf Konfliktlinien vor Ort, die in ihrer gesellschaftlichen Dynamik über ihre lokalen Bezüge hinausweisen, unter geschlechtsreflektierter Perspektive betrachtet werden und paradigmatisch für eine regionale Aushandlung der gesamtgesellschaftlichen Debatte über Zusammenhalt stehen.¹⁷

1. Antifeminismus

Nach Lang/Peters ist Antifeminismus als (organisierte) Gegenwehr zu feministischen Emanzipationsanliegen, -bestrebungen und Errungenschaften¹⁸ zu verstehen und verweist auf eine lange Tradition, die feministischen Kämpfen seit ihren Anfängen anhaftet.¹⁹ In Anbetracht der Ausrichtung antifeministischer Positionen wird deutlich, dass die Emanzipationsbewegungen und ihre Gegnerschaft in einer politischen Konfliktodynamik inhaltlich und zeithistorisch in engem Bezug zueinander stehen.²⁰ War im deutschen Kaiserreich noch die

¹⁴ Gittner/Schmidt/Schuler, »Zivilgesellschaft«.

¹⁵ Ebd., S. 67.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Vgl. die Einleitung von Middell in diesen Band.

¹⁸ In Anbetracht der Vielseitigkeit feministischer Kämpfe lässt sich in Anschluss an Höcker/Pickel/Decker (»Antifeminismus«) Feminismus kurz als »[e]manzipatorische Bewegung zur Aufhebung der Marginalisierung und Unterdrückung von Frauen, zur Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse und zur Kritik männlicher Herrschaft« (S. 255) fassen.

¹⁹ Lang/Peters, *Antifeminismus in Bewegung*.

²⁰ Fritzsche, »Antifeminismus«.

Gegenwehr zu den Kernforderungen der ersten Frauenbewegung in Bezug auf demokratische Beteiligung Hauptbestandteil antifeministischer Bestrebungen,²¹ findet sich aktuell insbesondere in den Agitationen gegen Gender eine moderne Spielart des Antifeminismus. Diese formuliert sich meist als heteronormativ und in unmittelbarer Reaktion gegen Ansprüche zur Auspluralisierung sexueller, geschlechtlicher und familiärer Lebensformen.²² Antifeminismus ist dennoch nicht nur bei einzelnen Akteur:innen, Parteien und Gruppen auszumachen, sondern zeigt sich als geteiltes Phänomen in der gesamten Bevölkerung.²³ In der aktuellen Leipziger Autoritarismus Studie 2022 ist nicht nur ein Anstieg entsprechender Vorstellungen zu erkennen, darüber hinaus lässt sich eine deutliche Verbindung antifeministischer Einstellungen zu Merkmalen rechtsautoritärer Dynamik feststellen.²⁴ Kernbestand dessen ist das Festhalten an einer auf Basis von Ungleichwertigkeitsvorstellungen und Dominanz organisierten Gesellschaft und damit verbunden die Fixierung auf ein grundlegend hierarchisches Geschlechterverhältnis im Zusammenhang mit der aggressiven Abwertung vermeintlicher Widersacher:innen, Schwächerer und Abweichender.²⁵ Durch einen gesellschaftlichen Wandel und die Infragestellung von (Geschlechter)rollen einhergehend mit emanzipatorischen Errungenschaften auf Kosten männlicher Hegemonieansprüche, aber auch durch die einseitige Projektion von verunsichernden Elementen gesellschaftlicher Transformationen auf feministische Bewegungen, wird innerhalb antifeministischer Ideologie die scheinbar harmonische, da »natürliche« Geschlechter- und Gesellschaftsordnung durch »den Feminismus« als bedroht imaginiert.²⁶ Aus Repräsentativbefragungen ist weiterhin bekannt, dass antifeministische Vorstellungen auch dann wirken, wenn sie noch nicht bewegungsförmig manifestiert sind und eine Brückenfunktion zwischen antidemokratischen, extrem rechten und konservativen Positionen einnehmen.²⁷ Antifeminismus kann somit sowohl als Ideologie oder Weltanschauung und als Ressentiment im Sinne einer emotionsgeladenen Vorurteilsstruktur verstanden werden, in der Kränkungen und Neid in einer Veräußerung innerer Konflikte auf ein Feindbild projiziert werden.²⁸

21 Dohm, *Die Antifeministen*.

22 Lang/Peters, *Antifeminismus in Bewegung*; Maihofer/Schutzbach, »Vom Antifeminismus zum Anti-Genderismus«; Höcker/Pickel/Decker, »Antifeminismus«.

23 Höcker/Pickel/Decker, »Antifeminismus«.

24 Kalkstein u.a., »Antifeminismus und Geschlechterdemokratie«.

25 Ebd.; Höcker/Pickel/Decker, »Antifeminismus«; Niendorf/Rodemer, »Antifeminismus als autoritäre Krisenreaktion?«.

26 Veit, »Gender-Ideologie«; Höcker/Pickel/Decker, »Antifeminismus«.

27 Ebd.

28 Ebd.; Kalkstein u.a., »Antifeminismus und Geschlechterdemokratie«; Niendorf/Rodemer, »Antifeminismus als autoritäre Krisenreaktion?«.

2. Der Sozialraum Erzgebirge

Der Erzgebirgskreis erstreckt sich über 1828 km² auf sächsischer Seite des gleichlautenden Mittelgebirges in der deutsch-tschechischen Grenzregion und ist der bevölkerungsreichste Landkreis in Sachsen.²⁹ Seinen heutigen Namen erhielt die Gegend durch die reichen Erzvorkommen, die seit dem späten Mittelalter zu verstärkter Besiedelung und Bewirtschaftung führten. Seit Beginn des Silberabbaus hat dieser die Landschaft stark geprägt und verwandelt, aber auch in Handwerk, Industrie, Kunst, Kultur, Alltagssprache und -Praxis bietet der Bergbau bis in die Gegenwart einen wichtigen Bezugsrahmen.³⁰

Trotz der hohen Industriedichte durch die Entwicklung des Bergbaus schneidet das Erzgebirge aus heutiger ökonomischer Perspektive im bundesweiten Vergleich eher schlecht ab und rangiert mit Bezug auf das Durchschnittsgehalt auf dem niedrigsten Platz, unter anderem da ein Großteil der Vollbeschäftigten im Niedriglohnsektor arbeitet.³¹ In unseren Gesprächen wird die Infrastruktur, insbesondere im Hinblick auf die Breitbandabdeckung und Verbindungen des öffentlichen Nahverkehrs, als mangelhaft wahrgenommen und mit eingeschränkter Mobilität assoziiert.³² Auch wenn der infrastrukturelle Ausbau des Landkreises im bundesweiten Vergleich ländlicher Regionen gut vorankommt, verweisen diese Schilderungen auf ein Gefühl des Abgehängtseins. Der Erzgebirgskreis ist zudem durch einen hohen Altersdurchschnitt und verstärkten Wegzug junger und gut ausgebildeter Personen gekennzeichnet. Durch die Tendenzen in der Bevölkerungsentwicklung und der sozioökonomischen Situation entstehen in der Folge Probleme in regionalen Versorgungsstrukturen.³³

Häufig werden diese Standortfaktoren und ihre Interaktion mit lokalpolitischen Gegebenheiten im Zusammenhang mit der Entwicklung antidemokratischer Strukturen im Erzgebirge diskutiert.³⁴ Seit Beginn der 1990er Jahre konnten sich im Landkreis rechtsextreme Netzwerke etablieren. Gruppierungen wie *Brigade Ost* standen in direkter Verbindung zum *Nationalsozialistischen Untergrund* (NSU), einigen Akteur:innen konnte die aktive Unterstützung der Terrorgruppe nachgewiesen werden.³⁵ Die rassistische Mobilisierung gegen Geflüchtete im Erzgebirge ab 2013, zunächst unter dem Namen *Schneeberg wehrt sich* wurde vom extrem rechten *Freigeist e.V.* initiiert und lässt sich als bedeutende Vorläuferbe-

29 Erzgebirgskreis, *Landkreisprofil*.

30 Sächsische Staatskanzlei, »Erzgebirge«.

31 Grunert/Lang, »Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen«.

32 Höcker/Niendorf, »Feminismus ein Fremdwort?«.

33 Statistisches Landesamt Sachsen, »Kreisstatistik 2022«.

34 Grunert/Lang, »Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen«.

35 Ebd., S. 3.

wegung der späteren PEGIDA und als Blaupause für die Proteste gegen die Coronaschutzmaßnahmen ab Frühjahr 2020 im Erzgebirge interpretieren.³⁶ Über rechte Heimatvereine wie den bereits benannten *Freigeist e.V.* oder *Haamitleit e.V.* wird unter dem Label der Traditionspflege und mittels Tarnlisten bei Kommunalwahlen extrem rechte Ideologie in bürgerlichen Kreisen anschlussfähig gemacht und normalisiert. Wurde das Problem rechter Gewalt im Erzgebirgskreis nach dem Mord am homosexuellen Christopher W. in Aue kurzzeitig auch überregional beachtet,³⁷ verzeichnet die Initiative Spektrum 360° in ihrer Chronik allein für 2020 mehr als 100 rechtsextreme Vorfälle³⁸ in der einstigen Schwerpunktregion rechtmotivierter Gewalt.³⁹ Da Beratungsangebote für Betroffene und die Kapazitäten für ein Monitoring rechter Aktivitäten im Landkreis rar sind, ist von einer hohen Dunkelziffer im Bereich rechter Gewalt auszugehen.⁴⁰ Gleichzeitig kann der Rückgang von Meldungen über tätliche Angriffe mit extrem rechten Hintergrund auch als Indikator für Normalisierungsgewinne der extremen Rechten in der Region gewertet werden, da diese nun um gesellschaftliche Annäherung und den Erhalt ihrer Hegemonie statt um Provokation und offene Gewaltakte bemüht sind.⁴¹

Neben diesen antidemokratischen Gefährdungen ist die Region durch eine christliche Prägung gekennzeichnet. Etwa 40 Prozent der Bewohner:innen im Erzgebirge geben eine religiöse Zugehörigkeit zu protestantischen Glaubensgemeinschaften an,⁴² während dies im gesamten Bundesland auf etwa 20 Prozent der Bevölkerung zutrifft.⁴³ Verhältnismäßig oft werden im Landkreis evangelikale und fundamentalistische Positionen vertreten und in weiten Teilen akzeptiert.⁴⁴ Auch wenn Personen mit einer christlich-fundamentalistischen Orientierung im Erzgebirgskreis nicht die Mehrheit der Gläubigen darstellen, so handelt es sich bei ihnen häufig um sehr aktive Gemeindemitglieder. In der aktuellen Leipziger Autoritarismus Studie zeigen Kalkstein u. a., dass dogmatisch-religiöse Überzeugungen in enger Verbindung zu antifeministischen Einstellungen stehen.⁴⁵ Christlicher Fundamentalismus ist zudem eng mit antimodernen und antidemokratischen Einstellungen verknüpft.⁴⁶

36 Ebd., S. 29.

37 Unsleber, »Warum musste er sterben?«.

38 Spektrum 360°, »Chronik über rechtsradikale Aktivitäten«.

39 Grunert/Lang, »Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen«, S. 23.

40 Ebd.

41 Zschocke, »Leipzig-Grünau«, S. 150.

42 Regionalmanagement Erzgebirge 2023.

43 Statista 2023, »Religionszugehörigkeit«.

44 Grunert/Lang, »Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen«, S. 22.

45 Kalkstein u. a., »Antifeminismus und Geschlechterdemokratie«.

46 Sanders/Jentsch/Hansen, »Deutschland treibt sich ab«.

Als prominentestes Beispiel im Erzgebirge dürfte der bereits erwähnte *Schweigemarsch für das Leben* in der Kreisstadt Annaberg-Buchholz gelten. Seit 2010 treffen sich dort fast jährlich mehrere Hundert sogenannter Lebensschützer:innen.⁴⁷ Anfangs von den *Christdemokraten für das Leben* (CDL) ins Leben gerufen und unter anderem auch von Neonazis unterstützt, hat mittlerweile der Verein *Lebensrecht Sachsen e.V.* die Organisation der Veranstaltung übernommen.⁴⁸ Trotz Abgrenzungsversuchen zur extremen Rechten pflegen Exponent:innen der sächsischen Lebensschutzbewegung enge Kontakte u.a. zu CEGIDA (dem Chemnitzer Ableger der rechtsextremen Organisation PEGIDA), propagieren öffentlich die Unvereinbarkeit von Homosexualität mit der Bibel und Kirche oder vergleichen Abtreibungen mit dem Holocaust.⁴⁹ Nach Achtelik zeichnet sich die Lebensschutzbewegung durch ihre christlich-fundamentalistische Ideologie aus, welche Positionen in der Opposition zu Schwangerschaftsabbrüchen, sexuellen Selbstbestimmungsrechten, Freiheiten und vielfältigem sexuellen Begehren verbindet.⁵⁰ Ideologisch und politisch wirken sie daher in die Themenfelder Familie, Ehe, reproduktive Rechte und Sexualität und bieten gemeinsame Anknüpfungspunkte zu rechten und antidemokratischen Positionen.⁵¹ Wie bereits die Situationsanalyse unseres Forschungsprojekts gezeigt hat,⁵² materialisieren sich die Konsequenzen politischer und kultureller Hegemonieprojekte unter konservativ-traditionellen und religiösen Vorzeichen im Erzgebirgskreis auch in Bezug auf Fragen der Geschlechterdemokratie. Vor Ort zeigt sich dies unter anderem im Bereich des Gewaltschutzes von Frauen und LSBTIQ, dem Zugang zu Beratungsangeboten, in der (Jugend-)Sozialarbeit und der Wahrnehmung von Partizipationsmöglichkeiten für Frauen und LSBTIQ.⁵³ Durch ein geringes Angebot und einen erschwerten Zugang zu Beratungen und Gleichstellungsinstitutionen ist basale demokratische Teilhabe, der Schutz vor Gewalt als auch die Wahrnehmung reproduktiver Rechte für Frauen und LSBTIQ stark eingeschränkt. Weiterhin kommt es zu Unsichtbarkeit und Bedrohung geschlechtlicher Vielfalt abseits heteronormativer Lebensentwürfe.⁵⁴ Setzt man im Sinne einer Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse *Geschlechterdemokratie* als politisches Ziel, wobei gleiche Rechte und Chancen, politische Partizipation

47 Höcker/Niendorf, »Feminismus ein Fremdwort?«.

48 Grunert/Lang, »Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen«.

49 Mönch, »Holocaustrelativierungen«; Grunert/Lang, »Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen«.

50 Achtelik, *Selbstbestimmte Norm*.

51 Gehrman u.a., »Familie, Ehe, Sexualität und Abtreibung«.

52 Höcker/Niendorf, »Feminismus ein Fremdwort?«.

53 Ebd.

54 Ebd., S. 113.

und Ressourcenverteilung im Fokus stehen,⁵⁵ so lässt sich konstatieren, dass die Aushandlung geschlechterdemokratischer Problemstellungen in der Region durch gesellschaftliche Spannungen und Tabus erschwert werden.⁵⁶ Auffallend im Sozialraum scheint eine erzgebirgische »repressive Harmonie«,⁵⁷ die sich in konformistischen Vorstellungen der erzgebirgischen Identität, Heimat und Tradition ausdrückt. Darin angelegte und als unveränderbar erlebte Geschlechter- und Familienvorstellungen stehen im Widerspruch zu Demokratisierungs- und Emanzipationsbegehren.⁵⁸ Der Phänomenbereich Antifeminismus stellt in diesem Sozialraum ein Demokratiehemmnis dar, welches sich auf die gesellschaftliche Berücksichtigung der Themen der geschlechtsspezifischen Gewalt, reproduktiver Rechte und der Auspluralisierung und Gleichstellung von Lebensentwürfen auswirkt.

3. Methode und Vorstellung des Materials

Das sozialraumnahe Projekt »Geschlechterdemokratie am Fallbeispiel Erzgebirge« verfolgte methodisch und methodologisch verschiedene Ansätze, um Fragestellungen zur Bedeutung geschlechterdemokratischer Aushandlungsprozesse und Antifeminismus im Erzgebirge für die Freiheit von Lebensentwürfen und das gesellschaftliche Miteinander in der Region und darüber hinaus zu konkretisieren und zu beantworten. Nach der Situationsanalyse der Gegebenheiten im Erzgebirge, für die beispielsweise Expert:inneninterviews durchgeführt und ausgewertet wurden,⁵⁹ wurde eine psychoanalytisch-sozialpsychologische Vertiefung angestrebt, aus der die im Folgenden dargestellten Ergebnisse stammen. Um Reflexionsprozesse anstoßen, Denkräume zu erweitern und Wahrnehmung und Integration von Ambiguitäten zu fördern, fokussiert die psychoanalytische Sozialforschung vor Ort offene und verdeckte Konfliktlinien sowie ihre Aushandlung und untersucht, wie kollektive Vorstellungen von (un)bewussten Wünschen und Tabus geprägt sind.⁶⁰ Im Rahmen dieses Zugangs führten wir im ersten Halbjahr 2022 fünf Gruppendiskussionen (GD) mit Menschen aus dem Erzgebirge.⁶¹ Gruppendiskussionen stellen eine Methode der qualitativen

55 Bendkowski, »Test the West!«.

56 Höcker u.a., »Hoffnungsschimmer im Erzgebirge«.

57 Mense, »Repressive Harmonie«.

58 Höcker u.a., »Hoffnungsschimmer im Erzgebirge«.

59 Höcker/Niendorf, »Feminismus ein Fremdwort?«.

60 Vgl. Höcker u.a., »Hoffnungsschimmer im Erzgebirge«.

61 Vgl. Lorenz u.a. in diesem Band.

Sozialforschung dar,⁶² die durch ihre geringe inhaltliche Vorstrukturierung den Beteiligten ermöglicht, über ihre Erfahrungen ins Gespräch zu kommen und liefern weiterhin »Antworten auf Fragen, die wir nicht gestellt haben«.⁶³ Auf Grundlage der vorhergehenden Situations- und Bedarfsanalyse und der Forschungsfragestellungen zu Geschlechterdemokratie und Antifeminismus konnten Mitarbeiter:innen von sozialen Trägern aus der Beratungsarbeit und dem Gewaltschutz, politische engagierte Frauen und Mitglieder einer kirchlichen Jugendgruppe als relevante Teilnehmende für die Gruppendiskussionsstudie identifiziert werden. Sie wurden zu einem etwa 90-minütigen Gespräch eingeladen. Je zwei Forscherinnen aus dem Projektteam moderierten gemeinsam die Diskussionen, in denen jeweils offene Nachfragen zum Alltag, bedeutsamen Themen in Beruf und Zusammenleben, Konflikten und der Wahrnehmung des Geschlechterverhältnis innerhalb des meist selbstlaufenden Gesprächs gestellt wurden.⁶⁴ Die Untersuchung so gewonnener qualitativer Daten erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität, sondern sie dienen als Fallbeispiele, die hermeneutisch erschlossen werden. Die im Anschluss erstellten Transkripte der aufgenommenen Gespräche wurden korrekturgelesen und pseudonymisiert. Die Auswertung des Materials fand innerhalb von tiefenhermeneutischer Interpretationsgruppen statt.⁶⁵ Die Tiefenhermeneutik ist eine psychoanalytisch orientierte Auswertungsmethode der empirischen Sozialforschung nach Lorenzer⁶⁶ mit dem Ziel, unter anderem für relevante sozialpsychologische Bereiche »wissenschaftliche Einsicht in unbewusste Prozesse«⁶⁷ zu gewinnen⁶⁸. Angesiedelt innerhalb des interpretativen Paradigmas⁶⁹ zielt die Tiefenhermeneutik auf die Sinnrekonstruktion von manifesten und latenten Bedeutungen im Text ab. Das bedeutet, dass die Methode auf Bedeutungszusammenhänge fokussiert, die »im Bereich des Tabuisierten, Verdrängten oder einfach Unbemerkten« liegen⁷⁰ und den emotionalen Gehalt, Motive, Bedürfnisse, Wünsche und Überzeugungen in die Wirkungsanalyse einbezieht.⁷¹

62 Mangold, *Gegenstand und Methode*; Pollock, *Gruppenexperiment*.

63 Decker u. a., *Ein Blick in die Mitte*.

64 Vgl. Höcker u. a., »Hoffnungsschimmer im Erzgebirge«.

65 Siehe Höcker/Schuler/Decker, »Berlin verstehen«, Höcker u. a., »Hoffnungsschimmer im Erzgebirge«.

66 Lorenzer, »Tiefenhermeneutische Kulturanalyse«.

67 Haubl/Lohl, »Tiefenhermeneutik«, S. 556.

68 Weitere methodische Überblicke zu Gruppendiskussionen und Tiefenhermeneutik findet sich bei Decker u. a., *Ein Blick in die Mitte*; Haubl/Lohl, »Tiefenhermeneutik«, sowie ihre Anwendung in Sozialraumstudien bei Höcker/Schuler/Decker, »Berlin verstehen«.

69 Vgl. Meyer zu Verl u. a. in diesem Band.

70 Höcker/Schuler/Decker, »Berlin verstehen«, S. 12.

71 Haubl/Lohl, »Tiefenhermeneutik«.

Für den vorliegenden Artikel werden drei der Gespräche herangezogen, dabei stellen unsere Ausführungen nur einen Ausschnitt der Ergebnisse aus Projekt- und Interpretationsarbeit dar. In GD1 und GD2 diskutieren jeweils Mitarbeitende sozialer Träger, in GD3 hingegen begegnen sich politisch aktive Frauen in der Diskussion. Die erste Prämisse der Untersuchung des Forschungsmaterials liegt darauf, die geteilten Erfahrungen und kollektiven Vorstellungen von Zusammenhalt aus den Gesprächen zu rekonstruieren. Ausgangspunkt bildet hier die Annahme, dass die Thematisierung von Zusammenhalt und semantisch assoziierten Bezügen (wie Zugehörigkeit, Verbundenheit, Nachbarschaften) auf bedeutsame soziale Bindungen und Bezüge in der Region des Erzgebirgskreises verweisen. Zweitens legen wir unter geschlechtsreflektierter Perspektive den Fokus auf die psychosozialen Funktionen der Vergemeinschaftung und wie sich ein Potential für antifeministische Einstellungen darin äußert.

4. Empirische Erkenntnisse zu Zusammenhalt und Antifeminismus

4.1 Verbundenheit und *Uhies'sche*

Die Gesprächsgruppe der Gruppendiskussion 1 (im Folgenden GD1), Mitarbeiter:innen eines lokalen sozialen Trägers mit unterschiedlichen Aufgabenbereichen, ist sich einig in ihrem positiven Bezug auf die enge Verbundenheit der Menschen im Erzgebirge untereinander:

Juliane Renner: »Ja, also was ich finde, was uns sehr ausmacht als Landstrich ist, jeder kennt jeden ne. In den Orten, jeder kennt jeden, also grad (.) ich bin jetzt nicht hier ausm Ort, aber vor unserer Straße kennt jeder jeden und ich weiß da die Frau Mhmhmhm, die wohnt nebenan und [ist] grad mit ihrem Rollator unterwegs [...] und man sieht, sie geht einkaufen, dann geht sie einkaufen und man tut die Sachen ins Auto laden und nimmt die mit. Also es gibt eine enge Verbundenheit« (GD1, Z. 273–279).

Am Beispiel einer alltäglichen Nachbarschaftshilfe beschreibt Juliane Renner hier die starke Verbundenheit, die sie im Erzgebirge wahrnimmt. Anja Wesslinger, eine Sozialarbeiterin aus GD2 zeichnet ein ganz ähnliches Bild, wenn sie von einem Fest erzählt, das sie organisiert habe, wobei sie in letzter Minute 20 Männer habe gewinnen können, um ihr spontan beim Aufbau eines Festzeltes zu helfen (GD2, Z. 1114–1175). Ihre Kollegin Ines Leimbach schlussfolgert: »Aber das ist halt Zusammenhalt, na das ist halt das, was uns glaub ich auch ausmacht« (GD2, Z. 1177 f). Unsere Gesprächsteilnehmer:innen in GD1 und GD2 betonten an vielen Stellen diese starke Verbundenheit. Es lohnt ein genauerer Blick, welche Vorstellungen sich darunter verbergen. Assoziativ nah daran ist das Thema der Zugehörigkeit. Spätestens hier werden zwei zunächst distinkte Gruppen aufgemacht:

Die Erzgebirger auf der einen, die sogenannten *Uhies'schen* (erzgebirgische Bezeichnung für alle Personen, die nicht in der Region ansässig oder geboren sind⁷²) auf der anderen Seite. Uhies'sche sind die Anderen, die Außenstehenden, die die Gepflogenheiten nicht kennen. Diese Beschreibung, die die Fremdheit sprachlich markiert, verweist auf einen »eigenen, äußeren Platz«⁷³ für Nicht-Zugehörige. Thorsten Mayer bringt ein Beispiel von öffentlichen Veranstaltungen: »dann wird irgendwann das Steigerlied gesungen, dann steht man auf wie bei der Nationalhymne. Ne, wer das nicht macht, ist Uhies'scher. Die anderen, die wissen des, die stehen, ja« (GD1, Z. 495–497)⁷⁴. Die Kenntnis um die Traditionen und deren Befolgen ermöglicht es den Eingeweihten, eine Person als zugehörig oder fremd zu kategorisieren.

Die Teilnehmer:innen aus GD1 und GD2 betonen, es sei durchaus möglich, sich ins Erzgebirge zu integrieren. Juliane Renner beschreibt zwar: »Es dauert lange ne, wenn jemand neues dazu kommt, da wird erstmal beschnuppert und geguckt, wie ist denn der?« (GD1, Z. 279–281). Die Zugehörigkeit zu erwerben ist aber langfristig möglich, allem voran durch harte Arbeit. Thorsten Mayer bemüht ein an die Untersuchungen Max Webers⁷⁵ erinnerndes protestantisches Pflichtgefühl »intensiver Frömmigkeit« (GD1, Z. 261 f) durch die Bergbautradition und betont:

Thorsten Mayer: »[D]u musst auch jede Arbeit bereit sein zu machen, also wer da net mitmacht.« / Susanne Braun: »Des ist aber net böse gemeint.« / Thorsten Mayer: »Nee, ist net bös gemeint.« / Janina Welcher: »Es ist einfach so was, wo man durch muss und dann« / Susanne Braun: »Wie ne Prüfung.« / Janina Welcher: »Und wenn man dann da durch ist, dann Best friends so nach dem Motto (lacht)« (GD1, Z. 723–727).

Diese akzentuierte Arbeitsmentalität erinnert auch an die Beschreibung des *Arbeitsspartaners*,⁷⁶ die Arbeitnehmer:innen in Ostdeutschland nach der Wende charakterisiert, welche sich durch Flexibilität und Leidensbereitschaft auszeichneten, um in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit ihren Arbeitsplatz zu erhalten. Einem Initiationsritual gleichend scheinen diese Jahre oder Jahrzehnte harter Arbeit im Erzgebirge als »Prüfung« (GD1, Z. 726) gefordert zu werden, in denen »so bisschen geäugt« (GD1, Z. 289) wird. Dann jedoch winkt das Versprechen der Eingebundenheit (»Best friends so nach dem Motto«, GD1, Z. 727). Doch Anita Bauermann warnt: »Denk dran, 15 Jahr[e] brauchst, dann bist du eingebürgert« (GD1,

72 Vgl. Göbel, *Interaktives Wörterbuch*.

73 Höcker u.a., »Hoffnungsschimmer im Erzgebirge«, S. 220.

74 Beim sogenannten Steigerlied handelt es sich um ein erzgebirgisches Volkslied über die Bergbautradition (Regionalmanagement Erzgebirge 2023).

75 Weber, *Protestantische Ethik*.

76 Behr, »Ostdeutsche Arbeitsspartaner«.

Z. 293)«, und Ines Leimbach geht noch weiter, wenn sie bemerkt, ein Uhies'scher »kann man auch nach 20 Jahren noch sein« (GD2, Z. 477 f). Auch wenn die Zugehörigkeit erfolgreich erworben ist, gesteht Thorsten Mayer zu, gibt es »so einen ganz feinen Unterschied zwischen welchen, die hier geboren sind und welchen, die nun jetzt fast fuffzig Jahre [...] hier mit leb[en] das ist immer noch ein feiner Unterschied ne, weil irgendwas an der Sprache verrät einen« (GD1, Z. 375–361). Die an das Hauptwerk des Soziologen Pierre Bourdieu erinnernde Aussage der feinen Unterschiede, die durch einen aus Sozialisierungsprozessen resultierenden spezifischen Habitus entstehen⁷⁷ relativiert die Möglichkeit, komplett dazuzugehören. Die Sprache, spezifischer der Dialekt und Soziolekt, werden als Merkmal der Unterscheidung von Zugehörig und Nicht-Zugehörig identifiziert. Juliane Renner erzählt von ihrem Besuch in entlegene Gebiete des Erzgebirges mit stärkerem Dialekt, in denen ihre Sprachfärbung vergleichsweise hochdeutsch klinge, da »muss man schon gucken, dass man sich *outet* als jemand, der von hier kommt« (GD1, Z. 372 f). Anita Baumann steigert dies und wendet es nach außen, wenn sie sagt: »Hochdeutsch [...] klingt in den Ohren so grausam« (GD1, Z. 388).

Wie weit die Forderung nach Anpassung gegenüber denjenigen, die dazugehören wollen, geht, illustriert wiederum Thorsten Mayer, erneut in Bezug auf Sprache:

Thorsten Mayer: »Wenn (Anita Baumann: Ja!) jemand Fremdes kommt und anders spricht, das ist keine Hürde für den Erzgebirger, überhaupt nicht. Aber wenn jemand, der hier wohnt dann sag ich mal so, seinen Sprachstil in der Nachbarschaft und so, beibehält naja (alle lachen), da gibts so das oder von man zieht sich zurück und ich sag es mal erzgebirgisch: Die is ja eingebildet, sagen wir dann« (GD1, Z. 393–398).

Anpassung ist somit erwünscht, aber eine komplette Angleichung unrealistisch, wodurch somit ein »Outing« (GD1, Z. 373) als uhies'sch immer möglich ist. In GD1 und GD2 findet sich eine starke Betonung von Zugehörigkeit und eine Vorstellung von Zusammenhalt, die immer von Grenzziehungen eines Innen und Außen begleitet ist. Nur die komplette Übernahme der Lebensweise, Sprache und Gepflogenheiten schafft für Uhies'sche die Möglichkeit der Zugehörigkeit. Die Zugehörigkeit präsentiert sich somit durchaus als eine, die sich erwerben lässt, wenn auch nie in der Gänze, gibt es doch den »feinen Unterschied« (GD1, Z. 375). Die Forderungen an Anpassung erscheinen hoch, doch als Gewinn winkt die Verbundenheit.

77 Bourdieu, *Die feinen Unterschiede*.

4.2 Der Erzgebirger: Engel und Bergmänner im Kreis der Familie

Stärker noch als Deutsche oder Ostdeutsche identifizieren sich die Teilnehmer:innen als Erzgebirger:innen, überregionale Bezüge finden sich selten. Bemerkenswert in der Beschreibung des Erzgebirges und seiner Bewohner:innen ist eine in beiden Gesprächen, wenn auch unterschiedlich häufig auftauchende Figur *des Erzgebirgers* als einer singulären Einheit. Der Erzgebirger wird mit einer gewissen Leidenschaft charakterisiert und mit verallgemeinerbaren Merkmalen beschrieben: er sei unter anderem »stur« (GD1, Z. 559), »hart im Nehmen« (GD1, Z. 529), »ne fleißige Biene« (GD1, Z. 649), »skeptisch« (GD2, Z. 452), »traditionell« (GD2, Z. 502) und »verwurzelt« (GD1, Z. 545). In der vorgenommenen Charakterisierung im generischen maskulinen Singular wird aus der männlichen Subjektkonstruktion des Erzgebirgers der Repräsentant einer Region mit 334.948 Einwohner:innen,⁷⁸ die er alle zu verkörpern scheint. Damit entsteht eine starre Identitätsfestschreibung der Gemeinschaft in der regressiven Unterscheidung von Eigen und Fremd, die in der Vorstellung von Zusammenhalt mit Bedeutung versehen ist. In den Beschreibungen scheint zum Teil auch ein völkisches Moment der Homogenisierung und auf Abstammung basierender Zugehörigkeit auf, beispielsweise wenn Thorsten Mayer in Bezug auf den Erzgebirger beschreibt, er sei: »so ein zänkisches Bergvölkchen ist er (Juliane Renner lacht leise) schon manchmal, aber das ist kein Kriegsvölkchen« (GD1, Z. 560–562). Eine andere Teilnehmerin, Susanne Braun ihrerseits stellt sich bereits am Anfang als »Erzgebirger mit Leib und Seele und Blut« (GD1, Z. 124) vor.

Während bei den Beschreibungen der Zugehörigkeit zum Erzgebirge die Option des Erwerbes ebendieser Zugehörigkeit um den Preis der Unterwerfung unter die Regeln vor Ort und Anpassung an die Gepflogenheiten noch in Aussicht gestellt wird, bricht sich spätestens hier diese Erzählung. Die Eigenschaften des Erzgebirgers werden zwar historisch begründet: »Das kommt sicher bisschen vom Bergbau her, auch von der Härte des Lebens hier. Man braucht sich gegenseitig, über Jahrhunderte weg« (GD1, Z. 250 f). Gleichzeitig steckt hierin auch eine ahistorisierende, da essentialisierende und beinahe unveränderbar anmutende Beschreibung einer allgemeinen erzgebirgischen Identität, die ein pluralistisches demokratisches Verständnis von Subjektivität irritiert. Ergänzt wird dies von vergeschlechtlichten Identitätskonstruktionen und Zuschreibungen, die sich zum Beispiel im Motiv der Holzfiguren antreffen lassen, die Kindern zur Geburt geschenkt werden:

Susanne Braun: »Was hat der Engel für eine Bedeutung und der Bergmann? Wenn es im Fenster steht?«

⁷⁸ Erzgebirgskreis, *Landkreisprofil*.

Janina Welcher: »Na die Kinder, die im Haushalt sind, ne? Engel für« / Thorsten Mayer: »Da kann man zählen.« / Janina Welcher: »Mädchen.« / Susanne Braun: »Die Mädchen und die Jungs.« / Janina Welcher: »Und Bergmann für die Jungs, genau.«

Susanne Braun: »Genau, also wenn ein Kind ankommt, war so Tradition, der Junge kriegt einen Bergmann geschnitzt (Janina Welcher: Genau) oder ein Geschenk irgendwie« (GD1, Z. 428–436).

Die Schilderung vom Beschenken eines Neugeborenen mit einer vergeschlechtlichten Holzfigur –Engel oder Bergmann je nach biologischen Geschlechtsmerkmalen– wirft aufgrund verschiedener darin enthaltener Implikationen Fragen auf. Im Motiv des Bergmanns als hart arbeitend und autonom und des Engels als immateriell und bedürfnislos, deuten sich die starren Geschlechterbilder an, die Kindern quasi in »die Wiege gelegt«⁷⁹ werden. Mit der Ausstellung der Figuren im heimischen Fenster, auch von außen sichtbar, wird der Umgebung nicht nur die Geburt eines Kindes, sondern auch dessen hier nur binär vorstellbare Geschlechtsidentität, verkündet.

Einen hohen Stellenwert nimmt zudem die Familie ein, insbesondere dann, wenn sich Probleme oder Brüche andeuten.

Thorsten Mayer: »Das hängt dann auch wieder zum Teil mit Kirchengemeinden zusammen und so weiter, also da gibts ganz beeindruckende Beispiele, dass sozusagen Leute wieder Eltern bekommen, die keene mehr haben oder Schwiegereltern bekommen haben [...], die eigentlich gar nicht Schwiegereltern sind (schmunzelt), aber die sich halt so lieb kümmern und so« (GD1, Z. 809–814).

Die Familie erscheint hier als Auffangbecken für Konflikte, es könne zwar »vielleicht über Jahre mal ein bisschen eisiger [werden], aber irgendwann wird es wieder« (GD1, Z. 799 f). Die ergänzende Erklärung, deswegen gäbe es keine (häusliche) Gewalt (s.u., GD1, Z. 890 ff), erscheint unplausibel und mutet seltsam an, verdeutlicht aber die Bedeutung von Familie und die Vorstellung einer Einhegung von Konflikten darin. Diese apolitische Idee von Familie als Leitform der lokalen Sozialstruktur trägt familistische Züge.⁸⁰ Die Familie übernimmt neben Schutz und Existenzsicherung der Einzelnen eine zusammenhaltsstiftende und die Gemeinschaft stabilisierende Funktion. Das Verhältnis von Familie und Gemeinschaft erscheint hier nahezu deckungsgleich. Nicht selten führt die zentrale Funktion der Familie bei der sozialen Organisation zum Rückzug aus einer demokratisch bestimmten gesellschaftlichen Öffentlichkeit in »den Kreis der Familie« zum Preis der Aufgabe eigener Individualität.⁸¹ Sowohl die Gestalt des arbeitssamen Erzgebirgers, als auch die vergeschlechtlichten Figuren der Bergmänner und

79 Höcker u.a., »Hoffnungsschimmer im Erzgebirge«, S. 223.

80 Notz, *Kritik des Familismus*.

81 Ebd., S. 17–19.

Engel mit ihren familienbezogenen Implikationen sind starr und verweisen auf rigide Vorstellungen, innerhalb derer sich die Menschen im Erzgebirge bewegen.

4.3 Die Blicke der Anderen vs. die Einsamkeit der Großstadt

Wie zeichnet sich die Verbundenheit im Inneren der Region aus? Vielfach wird betont, man kenne sich, »Es ist einfach so, dass grade in den kleinen Orten, man kennt sich. Die Nachbarschaft guckt« (GD1, Juliane Renner, Z. 896 f.). Während die Bezüge darauf in GD1 durchweg positiv sind, finden sich in GD2 auch Beschreibungen, wo der Blick der anderen zum Problem wird und Konflikte einem »auch Jahre später immer nochmal um die Ohren fliegen« können (GD2, Z. 893). Die Forderungen, die gestellt werden, um Zugehörigkeit zu erlangen, können auch als Forderungen verstanden werden, diese Zugehörigkeit zu erhalten. Wenn Ines Leimbach pointiert formuliert: »Verkriechen ist net. Also verkriechen (.) funktioniert nicht« (GD2, Z. 820), so schwingt hier ein starker Zugriff der Gemeinschaft auf das Individuum mit. Die Blicke der Anderen und die starke soziale Kontrolle, die damit einherzugehen scheint, werden in der Interpretationsgruppe mit Unbehagen erlebt. Deutlich wird auch eine erneute eine Grenzziehung, in der die Stadt zur Kontrastfolie des Erzgebirges wird:

Janina Welcher: »Ja, das ist dann schon so ein Stück weit auch Interpretationssache. Also jetzt im städtischen Raum würde man das vermutlich primär erstmal so als Neugier«/Thorsten Mayer: »Stalking.«/Janina Welcher: »Oder Stalking auslegen. Jetzt so bei uns im ländlichen Raum ist das eher was relativ Normales, dass man sich so nach seinen Nachbarn erkundigt und diese Nachbarschaftshilfe halt praktiziert, ne« (GD1, Z. 344–348).

Das Gegensatzpaar Fürsorge vs. Stalking, das hier eröffnet wird, wird als »Interpretationssache« (GD1, Z. 342) beschrieben. Mindestens irritierend ist an dieser Stelle, dass hier Mitarbeitende aus der Sozialen Arbeit mit Stalking eine Praxis geschlechtsspezifischer Gewalt ansprechen, von der zumeist Frauen bedroht sind. Im Zusammenhang mit Nachbarschaftshilfe wird hier der Bezug Stalking allerdings relativiert und ins Positive verkehrt. Gleichzeitig wird den Interviewenden als Großstädterinnen signalisiert, das Erzgebirge und seine Sozialstruktur gar nicht verstehen zu können, sondern als »Stalking« (GD1, Z. 344) etwas kolossal fehlzuinterpretieren, das eigentlich was »Normales« (GD1, Z. 345) sei. Hier verstärkt sich der Eindruck einer repressiven und kontrollierenden Fürsorge.⁸²

Das Bild der gegenseitigen Fürsorge kulminiert in der Aussage Juliane Renner, »dass man da ein halbes Jahr verwesene Leichen findet oder so, das ist jetzt

⁸² Vgl. Höcker u.a., »Hoffnungsschimmer im Erzgebirge«.

bei uns nicht so krass häufig« (GD1, Z. 326 f), da es auffalle, »wenn da ne Frau mal einen Tag nicht aus ihrer Wohnung gekommen ist« (GD1, Z. 324 f). Das Bild einer Leiche, die in der Großstadt unentdeckt verweise, im Erzgebirge aber durch die nachbarschaftliche Zugewandtheit gefunden würde, begegnet uns auch in der Aussage von Anja Wesslinger: »Die müssen dann halt nicht vier oder acht Wochen dort liegen, bis vielleicht irgendjemand mal sagt, hier riecht es aber ganz komisch, was ist denn hier los?« (GD2, Z. 424). In der externalisierenden Projektion der Angst vor Einsamkeit in die Großstadt, deutet sich eine weitere Funktion eines durch enge Bindungen und gegenseitige Fürsorge, aber auch Kontrolle geprägten Zusammenhalts an. Mit dem Bild der urbanen Anonymität und Haltlosigkeit lässt sich die Furcht vor dem Abbruch von Bindungen, im düsteren Bild des einsamen Tods in der Stadt zumindest teilweise abwehren. Dem möglichen Wunsch, sich den einengenden Dynamiken des Zusammenhalts beispielsweise durch einen Umzug in die Großstadt zu entziehen wird die »brutale Mahnung vor der Einsamkeit und Ignoranz der städtischen Lebenswelt«⁸³ entgegengestellt.

Zudem findet eine Verschiebung von Konflikten und Gewalt nach außen statt.⁸⁴ Ähnlich wie die Uhies'schen erfüllt auch die Großstadt die Funktion der Anderen, des Außen, wo Dinge vorstellbar sind, die im Inneren unaushaltbar erscheinen und abgewehrt werden müssen. Doch nicht nur zum geographischen »Außen«, auch im Sozialraum Erzgebirge selbst werden Grenzen gezogen. Darin ist nicht jede:r zugehörig und erhält gleichberechtigte Zuwendung. Am deutlichsten geschieht dies in GD1, insbesondere, wenn Thorsten Mayer in Bezug auf Gewalt an Frauen von »importierten Problemen« (GD1, Z. 790 f) spricht und bemerkt, »ich glaube wir haben net so ne ganze typische erzgebirgische Ehe bei uns im- Frauenwohnung gehabt ne?« (GD1, Z. 815 f). Juliane Renner identifiziert die Menschen, die stattdessen in den Gewaltschutzwohnungen landen: »schon (.) mehr, deutlich mehr als 50 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund« (GD1, Z. 823 f), und ansonsten »in der Regel welche, die (..) ja, wie du schon sagtest, aus nem Umfeld kommen, wo Drogen und Alkoholmissbrauch ne große Rolle spielen.« (GD1, Z. 831 f), also Menschen, die »schon sozial so ein bisschen am Rand stehen« (GD1, Z. 901 f). Gewalt wird externalisiert und bei Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen aus randständigen Gruppen verortet, die beide augenscheinlich nicht gleichberechtigt zur erzgebirgischen Gemeinschaft zugehörig sind. Diese rassistische und klassistische Externalisierung von gesellschaftlichen Problemen schützt das Innen des Erzgebirges als geborgenen Ort, in dem Gewalt nicht vorkommt oder vorkommen darf. Denn »um die repressive Harmonie und damit das idyllische Bild des Erzgebirges zu schützen, müssen

83 Ebd., S. 224.

84 Ebd.

nicht alleine ›fremde‹ Menschen, sondern auch moderne Diskurse ferngehalten werden«. ⁸⁵

In GD2 beschreiben Anja Wesslinger und Ines Leimbach die Situation des es »kennt auch wieder jeder jeden« (GD2, Z. 1038 f) differenzierter, wenn sie die Schwierigkeiten betroffener Frauen ausführen.

Anja Wesslinger: »Möglichkeiten [zu] nutzen, das selber (Ines Leimbach: Genau!) zu klären, dass eben vielleicht auch der Nachbar XY das jetzt nicht unbedingt (Ines Leimbach: Ja) mitkriegt weil (Ines Leimbach: Genau) es ist ja trotzdem- wie soll ich mich ausdrücken- es ist ja schon ein sehr schambehaftetes Thema (Ines Leimbach: Ja! Genau!), wer will das ja gerne zugeben, wer will sich gerne (Ines Leimbach: Genau!) ich sag jetzt mal in Anführungsstrichen der Öffentlichkeit preisgeben?« (GD2, Z. 1257–1263).

Hier wird der Blick der Anderen, das Auf-einander-achten, zuvor als schützend beschrieben, ins Negative verkehrt: er erscheint bedrohlich und erschwert den Zugang zu Hilfe. Im weiteren Verlauf beschreiben die beiden häufiges Victim Blaming im Fall häuslicher Gewalt.

Ines Leimbach: »öfters mal auch dem Opfer, egal ob jetzt Mann oder Frau die Schuld gegeben wird, Na was hat denn-, hast du denn gemacht, dass der-« (GD2, Z. 1314–1316).

Auch Verleugnung (»Was nicht sein darf«; GD3, Z. 943), Bagatellisierung und vorherrschende Zweifel an Aussagen der Betroffenen wie »Hä, kann das sein, hab ich noch nie so erlebt« (GD2, Z. 1327) seien Hemmnisse, die Gewalt zu thematisieren und Hilfe zu suchen. Vielfältige politische Hindernisse, wie beispielsweise begrenzte Kapazitäten, die niedrigschwellige und langfristige Beratungsarbeit erschweren und nur »vorrangige Feuerwehraktion« (GD2, Z. 1458) ermöglichen, erschweren die Situation von Menschen, insbesondere Frauen, die Gewalt erleben. Hinzu kommen Regularien, die keine Öffentlichkeitsarbeit erlauben (GD2, Z. 1293–1297). Es findet sich somit ein stark kontrollierender Blick innerhalb einer engen Gemeinschaft, der vom Schreckbild der einsamen Großstadtbewohner:innen begleitet, gesellschaftliche Probleme externalisiert und damit ein Hindernis für eine gezielte Adressierung beispielsweise geschlechtsspezifischer Gewalt darstellt. ⁸⁶

4.4 Zur Einzelkämpferin werden

Eine weitere Gruppe, mit der im Rahmen des Projekts eine Gruppendiskussion geführt wurde, besteht aus verschiedenen, politisch aktiven Frauen aus dem Erzgebirge (GD3). Das Bild von Zusammenhalt im Erzgebirge, welches sich im Ge-

⁸⁵ Ebd., S. 225.

⁸⁶ Vgl. Höcker u.a., »Hoffnungsschimmer im Erzgebirge«.

sprach dieser Teilnehmerinnen abzeichnet, steht teilweise im starken Kontrast zu GD1 und GD2. Alle vier Gesprächspartnerinnen dieser Diskussion teilen ambivalente Erfahrungen in Bezug auf den Zusammenhalt vor Ort, die sie machen, wenn sie sich im Erzgebirge als Frau politisch positionieren und engagieren. Martina Allender beispielsweise beschreibt eindrücklich und beunruhigend, in welche Position sie geraten ist, als sie die Unterstützung für eine Initiative gegen Rechts in ihrer Kirchgemeinde vorschlug:

Martina Allender: »So ich war so euphorisch, ne, hab des gleich im nächsten Kirchenvorstandssitzung ja, wir müssen alle hier uns engagieren und jaja. Und hab das natürlich auch begründet warum das so ist, hab nochmal meine Meinung dazu gesagt. Und plötzlich war ich- ich war erst vorher mit zwei anderen Frauen, die mich unterstützen wollten. Plötzlich zogen sich alle zurück, es wurde immer stiller und ich war allein mit meiner Meinung. Und dann kam doch der Shitstorm« (GD3, Z. 436–442).

Alex Schmidt, die jüngste Teilnehmerin in der Gruppe, berichtet im Anschluss daran von Bekannten, die auch im Erzgebirge kirchlich aktiv seien und von denen sich niemand öffentlich trauere zu sagen, er sei gegen rechts oder gegen Homophobie. In Bezug auf progressiv-demokratische und emanzipatorische Positionen sei es in der Gegend wie im »Mittelalter« (GD3, Z. 498). So gäbe es zwar soziale Bereiche wie Familie und Kinder, für die in der Kommunalpolitik großes Investitionsinteresse bestehe (GD3, Z. 695), die Bedarfe für weniger beliebte Themen wie Gleichstellung, Gewaltschutz oder eine soziale Drogenpolitik würden ignoriert oder verleugnet (GD3, Z. 595 ff). Auch wenn es in Teilen Versuche der Auseinandersetzung gäbe, wie die Runde anerkennt (GD3, Z. 504 ff), kommt die Benennung von gesellschaftlichen Problemlagen, wie beispielsweise lokalen rechten Strukturen, dennoch einem Tabubruch gleich und kann zum Ausschluss der kritisierenden Personen führen.

Von wiederholter Ablehnung erzählt auch Nadja Sommer, eine weitere Gesprächspartnerin in der Diskussion und beschreibt, wie sie zur »Einzelkämpferin« (GD3, Z. 102) wurde: »seit ich mich engagier merk ich das selber im Bekanntenkreis, teilweise ja auch in der Familie, dass ich einfach abgelehnt werde. Also alte Freundinnen und Freunde grüßen mich nicht mehr« (GD3, Z. 755–757). Weiterhin berichtet sie, dass sie als junge aber vor allem politisch engagierte Frau nicht ernst genommen und »einfach abgeschmettert« (GD3, Z. 552 f.) würde. Aufgrund männlicher Dominanz in der Lokalpolitik würde bei ihren Anliegen besserwisserisch und »mansplaining mäßig« (GD3, Z. 551) mit dem Finger auf sie gezeigt. Die Übernahme von Aufgaben in kommunalpolitischen Gremien sei mit Angst verbunden, da männliche Kollegen immer wieder versuchen, sie gezielt und respektlos zu verunsichern (GD3, Z. 558 ff). Dass aufgrund ihres demokratischen Engagements ihre Familie bedroht würde, führt zu Überlegungen des Rückzugs aus der Lokalpolitik trotz der Relevanz demo-

kratischer und sozialer politischer Alternativen im Erzgebirge (GD3, Z. 395 ff). Als erkennbare Person einer jüngeren und aktivistischen politischen Generation berichtet auch Alex Schmidt von den Stressproben und Abwertungen im Alltag, die sie erlebt, wenn sie ihre politischen Zusammenhänge verlässt. Dann gehöre es für die junge Frau beim Einkaufen dazu, »angestarrt« (GD3, Z. 821) zu werden und Übergriffen ausgesetzt zu sein (GD3, Z. 822 ff).

Petra Heinig, die vierte Teilnehmerin der Gesprächsrunde, die sich seit Jahren zivilgesellschaftlich und demokratisch engagiert, teilt die Bedrohungserfahrung durch die extreme Rechte im Landkreis und ergänzt nahezu pragmatisch, sie habe eine extra »Glasbruchversicherung« (GD3, Z. 412) für ihr Büro abgeschlossen. Fast beiläufig und selbstverständlich erwähnt sie ihre Erfahrungen mit männlichen Entscheidungsträgern in lokalpolitischen Gremien:

Petra Heinig: *»Da war ich die einzige Frau drin [...] und das ist auch in anderen Gremien, anderen Zusammenkünften so, ich bin oft diejenige, die sich dann immer am meisten meldet, Nachfragen hat, Einwürfe hat, was auch immer. Also wenn ich mich melde, dann verdreht [...] [Name eines Kommunalpolitikers (A.d.V.)] immer ganz sichtbar für alle die Augen und bittet mich dann ganz freundlich ums Wort«* (GD3, Z. 583–594).

Die berichteten Formen der Abwertung, Einschüchterung und Bedrohung lassen sich als antifeministische Vorgehensweisen einordnen, welche versuchen Frauen, die sich öffentlich und politisch äußern und Positionen einnehmen, aus diesem Raum zu verdrängen und zu isolieren.⁸⁷ Auffallend an den Schilderungen in dieser Gruppendiskussion ist, wie stark verwoben und geteilt die Erfahrung sexistischer Angriffe und antifeministischer Positionen mit dem politischen Engagement aber auch mit dem Alltag der Frauen ist. Weiterhin kontrastieren sie die Geborgenheit und Eingebundenheit, auf die sich die anderen Diskutierenden so positiv beziehen. Das Verständnis für das Erlebte der jeweils Anderen und im gemeinsamen Sprechen deutet sich an, dass in den subjektiven Erfahrungen der Gruppe eine kollektive Vorstellung davon aufbewahrt ist, was es bedeutet, Widersprüche und Probleme demokratisch aufzuzeigen und sich der homogenisierenden Gemeinschaft entgegenzustellen. Die Drohung eines Ausschlusses bleibt keine leere, sondern findet sich in den Beschreibungen der Teilnehmerinnen von GD3 als erlebte Realität und bricht erheblich mit dem harmonischen Bild, das die anderen beiden Gruppen zeichnen.

⁸⁷ Höcker/Pickel/Decker, »Antifeminismus«; Höcker/Niendorf, »Feminismus ein Fremdwort?«; Kalkstein u. a., »Antifeminismus und Geschlechterdemokratie«; Niendorf/Rodemer, »Antifeminismus als autoritäre Krisenreaktion?«.

5. Fazit

In diesem Beitrag fragen wir nach Zusammenhaltserfahrungen und -vorstellungen in unseren Gruppendiskussionen und inwiefern diese auf Antifeminismus verweisen. Dabei haben wir mit einem stark sozialräumlich begrenzten Begriff von Zusammenhalt gearbeitet, der sich induktiv aus dem aus den geteilten Vorstellungen unserer Gesprächspartner:innen rekonstruieren ließ. Die Menschen, mit denen wir im Erzgebirge sprachen, haben unterschiedliche Arbeitskontexte und politische Ansichten. Ihnen gemein ist (mit Ausnahme der GD3) ein positiver Bezug auf die Verbundenheit, Nachbarschaftshilfe und Eingebundenheit im Erzgebirge. Diese Zusammenhaltsvorstellungen kulminieren im Bild des Erzgebirgers als einer monolithischen Identität, die geborgen in der Familie, sich unter anderem durch Sturheit und Arbeitsmoral auszeichnet. Zweifelsohne ließen sich die integrativen Funktionen des erzgebirgischen Zusammenhalts herausarbeiten, die Zugehörigkeit, Unterstützung und Schutz vor Einsamkeit versprechen und Ängste binden. Zwar werden Möglichkeiten der Integration angeboten, an welche aber hohe Anpassungsforderungen gestellt und regressive Unterscheidungen vorgenommen werden. Es findet sich die Vorstellung einer homogenen Gemeinschaft, die zugleich zu Exklusionsdynamiken führt. Der identitäre und homogenisierende Zusammenhalt ist mit scharfen Grenzziehungen zwischen Innen und Außen, Eigen und Fremd verbunden und auf externalisierende Projektionen von Aggressionen, starke Anforderungen und Zugriffsforderungen der Gemeinschaft angewiesen. Auch droht ein Ausschluss aus derselben, wenn tabuisierte Themen zu entschieden benannt werden.

Auffallend ist, dass in den Gruppendiskussionen kaum historische Einschnitte und gesamtgesellschaftliche Konfliktlinien thematisiert werden, die auf eine beinahe vollständige Negation transnationaler und transregionaler Verflochtenheiten in den Narrativen von Zusammenhalt verweisen.⁸⁸ In der homogenisierenden und ahistorischen Vorstellung einer erzgebirgischen Identität und eines erzgebirgischen Zusammenhaltes taucht das Außen vorwiegend als düsterer, aber klar abgegrenzter Ort auf, dem wenig Einfluss auf das Innenleben zugestanden wird. Konflikthafes innerhalb dieses sozialen Zusammenhangs lässt sich abwehren, indem es stattdessen in die Großstadt projiziert oder als importiertes Problem betitelt und damit rassistisch als fremd markiert wird. Gefragt nach Konflikten werden von den Diskussionsrunden statt gesellschaftlicher Problemlagen immer wieder mikrosoziale Verwerfungen thematisiert (z.B. GD2, Z. 900–934; GD1, Z. 522–527), häufig einhergehend mit essentialisierenden Zuschreibungen über die erzgebirgische Mentalität. Konflikte, Gewalt

⁸⁸ Vgl. Middell in diesem Band.

und Widersprüche finden wir somit vielfach nur im Außen thematisierbar – in der Großstadt oder bei randständigen Gruppen. Insbesondere für Frauen, die Gewalt erleben, stellt diese Dethematisierung ein großes Hindernis dar und die Gemeinschaft kann statt als schützend als bedrohlich beäugend erlebt werden. Die Leugnung von gesellschaftlichen Konflikten, die mit dem Kitt der beschworenen Verbundenheit geglättet und in der Familie oder der erzgebirgischen Gemeinschaft eingehegt werden, weist auf ahistorische und apolitische Konzeptionen von gesellschaftlichen Dynamiken hin, in denen somit demokratische Aushandlungen erschwert und Hegemonieprojekte christlich-fundamentalistischer aber auch extrem rechter Akteure begünstigt werden.⁸⁹

Die homogenisierende Zusammenhaltsvorstellung ist, auch wenn sie anhand starrer Identitätskonstruktionen eingebracht wird, als Reaktion auf gesellschaftliche Entwicklung und deren psychosozialer Verarbeitung zu verstehen, von denen das Erzgebirge betroffen war und ist. Die massiven Transformationserfahrungen ab 1989 mit deren Auswirkungen auf gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben, und den damit einhergehenden Desintegrationserfahrungen⁹⁰ werden in den Gesprächen kaum benannt. Dennoch ist anzunehmen, dass die Zusammenhaltskonzeption eine kollektive psychische Funktion übernimmt: Angstbindung, Integration und Zugehörigkeit durch essentialisierende Bestimmungen und eine exklusive Solidarität. Gleichzeitig findet sich eine Entlastung durch Projektion eigener Verantwortungen und Ohnmachtsgefühle in ein gesellschaftliches Außen.

Hier lässt sich auch die Verbindungslinie von Zusammenhalt und Antifeminismus nochmals herausstellen. Antifeminismus geht »einher mit dem Festhalten an üblichen, tradierten Verhaltensregeln sowie einer Abneigung gegenüber Veränderungen – also einer starken Betonung von Konventionen«⁹¹ und kann somit als Konfliktabwehr verstanden werden. Die rigiden Geschlechterverhältnisse, verkörpert durch Engel- und Bergmann-Figuren, versinnbildlichen dies anschaulich. Gesellschaftliche Konfliktlinien werden dadurch verdeckt und gleichzeitig wird die Freiheit und Pluralität von Lebensentwürfen jenseits von traditionellen Geschlechterrollen eingeschränkt und Demokratisierungsprozesse in der lokalen Zivilgesellschaft verhindert.⁹² In Anlehnung an Thorsten Menses Kritik an der Romantisierung des Provinziellen im Gegensatz zur Urbanität⁹³ unter dem Stichwort *repressive Harmonie* lässt sich im Fall der Sinnrekonstruktionen unse-

89 Vgl. Höcker/Niendorf, »Feminismus ein Fremdwort?«; Höcker u.a., »Hoffnungsschimmer im Erzgebirge«.

90 Goes u.a., »Gewerkschaften im Aufwind?«.

91 Höcker/Niendorf, »Antifeminismus als autoritäre Konfliktabwehr«.

92 Höcker u.a., »Hoffnungsschimmer im Erzgebirge«; Höcker/Niendorf, »Feminismus ein Fremdwort?«.

93 Mense, »Repressive Harmonie«.

res Forschungsmaterials von einer Form *repressiven Zusammenhalts* sprechen, dessen psychosoziale Funktionen wir im Hinblick auf die Verbindung zu antifeministischen Strukturen, sexistischen Übergriffen, traditionellen Geschlechterrollen und den Umgang bzw. die Verleugnung von geschlechtsspezifischer Gewalt darstellten.

Wenngleich wir einen spezifischen, klar umgrenzten Sozialraum mit einem sinnrekonstruierenden, qualitativen Blick betrachtet haben, verweisen einige Dynamiken über den Sozialraum hinaus. Christlich-fundamentalistische und familistisch-homogenisierende Konzeptionen von Gemeinschaft und Zusammenhalt einhergehend mit einer Dethematisierung von transregionalen und transnationalen Zusammenhängen finden sich keineswegs ausschließlich im Erzgebirge. Eine erweiterte Diskussion von Antifeminismus und Geschlechterdemokratie vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Zusammenhalts könnte ergänzende Perspektiven auf beide Phänomene eröffnen. Im Kontext gesellschaftlicher Integrations- und Exklusionsdynamiken wird insbesondere mit geschlechtsreflektierter Perspektive deutlich, dass Antifeminismus als Mobilisierungsstrategie, antimoderne Brückenideologie und Demokratiebedrohung verstanden werden kann.⁹⁴

Literatur

- Achtelik, Kirsten (2015), *Selbstbestimmte Norm. Feminismus, Pränataldiagnostik, Abtreibung*, Berlin.
- Behr, Michael (2000), »Ostdeutsche Arbeitsspartaner. Der positive Trend in der ostdeutschen Industrie führt zu neuen Herausforderungen«, *Die politische Meinung*, Jg. 45, H. 369, S. 27–38.
- Bendkowski, Halina (1992), »Test the West! Geschlechterdemokratie und Gewalt«, in: *taz. Die Tageszeitung*, 13. 11. 1992, <https://taz.de/!1643780/>.
- Böckmann, Nina/Datt, Thomas (2023): »Der sächsische Arm der Reichsbürger-Truppe« *MDR.DE*, 19.01.2023, <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/brand-erbisdorf-marien-berg/reichsbuerger-erzgebirge-razzia-100.html>.
- Bourdieu, Pierre (1987), *Die feinen Unterschiede*, Frankfurt am Main.
- Decker, Oliver/Rothe, Katharina/Weißmann, Marliese/Geißler, Norman/Brähler, Elmar/Göpner, Franziska/Pöge, Kathleen (2008), *Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland*, Berlin.

94 Höcker/Pickel/Decker, »Antifeminismus«; Höcker/Niendorf, »Feminismus ein Fremdwort?«; Kalkstein u. a., »Antifeminismus und Geschlechterdemokratie«; Niendorf/Rodemer, »Antifeminismus als autoritäre Krisenreaktion?«.

- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2020) (Hg.), *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020*, Gießen.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (2022), »Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?«, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?*, Gießen, S. 11–28.
- Dohm, Hedwig (1902), *Die Antifeministen: Ein Buch der Verteidigung*, Berlin.
- Fritzsche, Christopher (2022), »Antifeminismus und Autoritärer Charakter«, *Psychologie und Gesellschaftskritik* Jg. 46, H. 1/2, S. 39–60.
- Gehrmann, Anne/Klose, Lisa-Marie/Kula, Elisabeth/Schäder, Lisa (2017), »Familie, Ehe, Sexualität und Abtreibung – ein Hegemonieprojekt von rechts«, in: Forschungsgruppe »Religiöse Rechte« (Hg.): »*Im Namen Gottes...? Zur säkularen und religiösen Rechten in Deutschland*«, S. 48–80.
- Gittner, Natalie/Schmidt, Andre/Schuler, Julia (2022), »Zivilgesellschaft als ›Bollwerk gegen Rechts‹? Potenziale und Schwierigkeiten von Engagement und Gegenwehr am Beispiel der Stadt Wurzen«, in: Decker, Oliver/Kalkstein, Fiona/Kiess, Johannes (Hg.): *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021*, Leipzig, S. 67–86.
- Grunert, Johannes/Lang, Anna-Louise (2022), »Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen im Erzgebirgskreis«, *EFBI Policy Paper 2022*, Bd. 3, Leipzig.
- Göbel, Andreas (2018), *Interaktives Wörterbuch der erzgebirgischen Mundart. Erzgebirgisch – Deutsch, erzgebirgisch.de* (letzter Zugriff 20.12.2022).
- Goes, Thomas/Schmalz, Stefan/Thiel, Marcel/Dörre, Klaus (2015), »Gewerkschaften im Aufwind? Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland«, *OBS-Arbeitsheft*, H. 83, Frankfurt am Main.
- Haubl, Rolf/Lohl, Jan (2020), »Tiefenhermeneutik«, in: Günter, Mey/Mruck, Katja (Hg.), *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Band 2: Designs und Verfahren*, Wiesbaden, S. 555–577.
- Höcker, Charlotte/Pickel, Gert/Decker, Oliver (2020), »Antifeminismus – Das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene«, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – Neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020*, Gießen, S. 249–282.
- Höcker, Charlotte/Niendorf, Johanna (2022a), »Feminismus ein Fremdwort? Geschlechterdemokratie und Antifeminismus im Erzgebirge – eine Bestandsaufnahme« in: Decker, Oliver/Kalkstein, Fiona/ Kiess, Johannes (Hg.): *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021*, Leipzig, S. 103–118.
- Höcker, Charlotte/Niendorf, Johanna (2022b), »Antifeminismus als autoritäre Konfliktabwehr«, in: *blog interdisziplinäre geschlechterforschung*, 14.06.2022, www.gender-blog.de/beitrag/antifeminismusals-autoritaere-konfliktabwehr.
- Höcker, Charlotte/Schuler, Julia/Decker, Oliver (2022), »Berlin verstehen. Einleitung in die Ergebnisse der Gruppendiskussionsstudie im Rahmen des Berlin-Monitors«, in: Decker, Oliver/Höcker, Charlotte/Schuler, Julia (Hg.), »*Ich hab noch nie auf einer ruhigen Insel gelebt*«, Springe, S. 8–26.
- Höcker, Charlotte/Falk, Tabea/Niendorf, Johanna/Rodemer, Henriette (2023), »Hoffnungsschimmer im Erzgebirge. Einblicke in das Forschungsprojekt Geschlechterdemokratie im

- Erzgebirge« in: Decker, Oliver/Kalkstein, Fiona/Kiess, Johannes (Hg.): *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022*, Leipzig, S. 215–232.
- Kalkstein, Fiona/Pickel, Gert/Niendorf, Johanna/Höcker, Charlotte/Decker, Oliver (2022), »Antifeminismus und Geschlechterdemokratie«, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylaine/Brähler, Elmar (Hg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, Gießen, S. 245–270.
- Erzgebirgskreis (2023), *Landkreisprofil*, <https://www.erzgebirgskreis.de/landkreis/der-erzgebirgskreis/landkreisprofil> (letzter Zugriff 07.04.2023).
- Lang, Juliane/Peters, Ulrich (2018), »Antifeminismus in Deutschland. Einführung und Einordnung des Phänomens«, in: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hg.), *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt*, Hamburg, S. 13–35.
- Lauer, Stefan (2022): »Razzia: Das sind die AfD-Helfer beim Reichsbürger-Umsturzversuch« in: *Belltower.News*, 07.12.2022, <https://www.belltower.news/razzia-das-sind-die-afd-helfer-beim-reichsbuerger-umsturzversuch-143929/>.
- Lorenzer, Alfred (1986), »Tiefenhermeneutische Kulturanalyse«, in: Ders. (Hg.), *Kultur-Analysen*, Frankfurt am Main.
- Mangold, Werner (1960), *Gegenstand und Methode des Gruppendiskussionsverfahrens*, Frankfurt am Main.
- Maihofer, Andrea/Schutzbach, Franziska (2015), »Vom Antifeminismus zum Anti-Genderismus. Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz«, in: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.), *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzung*, Bielefeld, S. 201–218.
- Mense, Thorsten (2022), »Repressive Harmonie. Das Lob der Provinz als regressive Antwort auf die Zumutungen der Moderne«, in *Freie Assoziation. Landlust*, Gießen, S. 11–28.
- Mönch, Tim (2019), »Holocaustrelativierungen bei Marsch von christlichen Fundamentalisten in Annaberg-Buchholz«, in: *Belltower.News*, 27.5.2019, <https://www.bell-tower.news/sachsen-holocaustrelativierung-bei-marsch-von-christlichen-fundamentalisten-in-annaberg-buchholz-85617/>.
- Niendorf, Johanna/Rodemerk, Henriette (2023), »Antifeminismus als autoritäre Krisenreaktion? Sozialpsychologische Perspektiven auf die Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studie 2022«, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antifeminismus & Hasskriminalität*, Bd. 13, Jena, S. 86–99.
- Notz, Gisela (2015), *Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gebäudes*, Stuttgart.
- Pollock, Friedrich (Hg.) (1955), *Gruppenexperiment – Ein Studienbericht. Frankfurter Beiträge zur Soziologie*, Bd. 2, Frankfurt am Main.
- Regionalmanagement Erzgebirge (2023), »Das Erzgebirge«, in: *Erzgebirge – gedachtgemacht*, <https://www.erzgebirge-gedachtgemacht.de> (letzter Zugriff 07.04.2023).
- Sächsische Staatskanzlei (2017), »Erzgebirge«, in: *Land, Leute und Regionen. Kreisregionen in Sachsen*, <https://www.regionen.sachsen.de/erzgebirge-3974.html> (letzter Zugriff 07.04.2023).
- Statistisches Landesamt Sachsen (2023), »Kreisstatistik 2022 für Erzgebirgskreis«, in: *Regionaldaten Kreisstatistik Sachsen*, <https://www.statistik.sachsen.de/Kreistabelle/> (letzter Zugriff 07.04.2023).
- Sanders, Eike/Jentsch, Ulli/Hansen, Felix (2014), »Deutschland treibt sich ab«. *Organisierter Lebensschutz, christlicher Fundamentalismus und Antifeminismus*, Münster.

- Spektrum 360° (2021), »Chronik über rechtsradikale Aktivitäten im Erzgebirgskreis 2020«, in: *Chronik 2020*, <https://spektrum360.noblogs.org/files/2021/03/Chronik2020.cleaned.pdf> (letzter Zugriff 03.02.2023).
- Statista (2023), »Religionszugehörigkeit der Deutschen nach Bundesländern im Jahr 2011«, in: *Statista Research Department*, 17.09.2011, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/201622/umfrage/religionszugehoerigkeit-der-deutschen-nach-bundeslaendern/>.
- Unsleber, Steffi (2019), »Warum musste er sterben?«, *tazonline*, 10.09.2019, <https://taz.de/Ho-mofeindliche-Gewalt-in-Aue/!5621565/>.
- Weber, Max (2009 [1904]). *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*, Köln.
- van Elten, Katharina (2022), »Die Abschaffung des Abtreibungsrechts als antifeministisches Projekt«, in: *blog interdisziplinäre geschlechterforschung*, 05.07.2022, www.gender-blog.de/beitrag/abtreibungsrecht-antifeministisches-projekt-supreme-court/.
- Veit, Konstantin (2022), »»Gender-Ideologie« und »Klimahysterie«. Der Natur-Geschlechter-Nexus im rechten und extrem rechten Denken«, *ZRex-Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*, Jg. 2, H. 1, S. 141–158.
- Zschocke, Paul (2022), »Leipzig-Grünau: Wie die Baseballschlägerjahre zum heutigen Erfolg der AfD beitragen«, in: Mullis, Daniel/Miggelbrink, Judith (Hg.), *Lokal extrem rechts*, Bielefeld, S. 145–164.

Hermeneutiken des Verdachts: Institutionelle Diskriminierungspraktiken und Rassismus in öffentlichen und privaten Räumen der post-migrantischen Gesellschaft. Eine videoanalytische Untersuchung

Christian Meier zu Verl, Christian Meyer und Hanna Grauert

Abstract

Die Beobachtung kultureller Differenzen ist für die post-migrantische Gesellschaft konstitutiv. Mit der Perspektive des Post-migrantischen wird ein Horizont sozialer Wirklichkeit zunehmend sichtbar, mit dem Differenzbeobachtungen nicht mehr zwangsläufig zu Diskriminierungspraktiken und Rassismus führen. Diese Utopie einer post-migrantischen Gesellschaft, in der kulturelle Differenz unter den Mitgliedern der Gesellschaft anerkannt und geschätzt wird und doppelte Vollmitgliedschaften möglich sind, steht gegenwärtig gesellschaftlich zur Debatte. Dieser Beitrag zeigt auf der Grundlage einer vergleichenden videoanalytischen Untersuchung sozialer Situationen in öffentlichen und privaten Räumen, wie unterschiedliche Repräsentant:innen gesellschaftlicher Institutionen durch ihre Praktiken, in denen eine Hermeneutik des Verdachts zur Anwendung kommt, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der post-migrantischen Gesellschaft situativ und nachhaltig gefährden. In detaillierten Interaktionsanalysen wird der Vollzug dieser institutionellen Praktiken der Diskriminierung beobachtet, die ihr Gegenüber auf diskriminierende Art und Weise alterisieren, es durch Formen performativer Gewalt zum Objekt ihrer Überwachung und Kontrolle machen und jede Praxis und Handlung ihres Gegenübers als Akt der Eskalation und Bedrohung der unterstellten sozialen Ordnung deuten. Diese Arten der Deutung bezeichnen wir in diesem Beitrag als Hermeneutiken des Verdachts.

Keywords: post-migrantische Gesellschaft; Diskriminierung; Rassismus; Praktiken; Hermeneutik des Verdachts

Für die post-migrantische Gesellschaft ist die Beobachtung kultureller Differenzen konstitutiv, die auf spezifische Art und Weise durch ihre Mitglieder praktisch relevant gemacht werden. Nicht nur hybride Praktiken des Postmigrantischen,¹ die den *Common Sense* einer projizierten Mehrheitsgesellschaft hinterfragen, sondern auch diskriminierende und rassifizierende Praktiken, die den Zusammenhalt einer post-migrantischen Gesellschaft gefährden, können aus einer soziologischen Perspektive als Teil post-migrantischer Wirklichkeit untersucht werden.² Als eine Konsequenz kultureller Pluralisierung werden kulturelle Inhalte auch gesellschaftsweit nicht mehr als ein geteiltes Wissen verstanden, sondern allenfalls als vorläufige und stets prekäre wechselseitige Unterstellung. In Missverständnissen, Konflikten und Krisen werden derartige implizite Unterstellungen oft explizit und aus unterschiedlichen Perspektiven als Gefährdungen des Zusammenhalts beobachtet. Derartige Unterstellungen umfassen solche einer gesellschaftlichen Mehrheit, die diese Unterstellungen teilt, anderen vorgibt und sich in Abgrenzung zu anderen Personen und Kollektiven definiert. Phänomene der *Differenzmarkierung*, des *Othering*, der *Alienisierung* oder auch *Alterisierung* machen so durch kulturalisierende Fremdzuschreibungen aus Mitgliedern der Gesellschaft (unbestimmte) *Andere*, deren Status als Mitglieder der Gesellschaft durch Zuschreibungen zur Disposition gestellt wird. Die Praxis der kulturalisierenden Alterisierung auf der Basis von Majoritätsunterstellungen diskriminiert daher innerhalb der post-migrantischen Gesellschaft systematisch einen Teil ihrer Mitglieder. Sie stellt paradoxerweise mit der Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt den gesellschaftlichen Zusammenhalt selbst in Frage, indem sie ihre eigenen, spezifischen Bedingungen des Zusammenhalts auch denjenigen vorschreiben möchte, die diese nicht teilen.

Kulturelle Pluralisierung heißt aber auch, dass Gesellschaft aufgrund der Pluralität ihrer Mitglieder nicht mehr ohne weiteres wie *von außen* als eine Einheit wahrgenommen werden kann. Die plurale und widersprüchliche Kultur verliert endgültig ihre gesellschaftsweite Orientierungsfunktion, sollte sie sie jemals besitzen haben. Durch den Kontakt mit Institutionen bzw. Organisationen der Gesellschaft (z.B. Schule, Polizei oder Stadtverwaltung) werden für die Mitglieder aber hegemoniale, normalisierte und naturalisierte Wissensordnungen als stellvertretend für die Gesellschaft als Ganze erfahren. Institutionen und Organisationen haben daher eine *doppelte Relevanz* für den Zusammenhalt von Gesellschaft: erstens zur Stabilisierung und Kontinuierung und zweitens zur Beobachtung von Gesellschaft.

1 Vgl. u.a. Yildiz, »Ideen zum Postmigrantischen«.

2 Vgl. Foroutan, »Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft«.

Mit diesem Beitrag wenden wir uns Kontinuierungs- und Beobachtungspraktiken in Institutionen und Organisationen zu, mit denen diskriminierende Alterisierung in öffentlichen, aber auch privaten Bereichen der Gesellschaft vollzogen wird. Unsere Fragen lauten: Wie vollziehen sich diese institutionellen Praktiken diskriminierender Alterisierung in konkreten Interaktionen und wie verfertigen Interaktionsteilnehmende auf performative Weise Differenz, Alterität, Diskriminierung und Rassismus in öffentlichen und privaten Räumen?

Der gesellschaftliche Zusammenhalt der kulturell pluralisierten, post-migrantischen Gesellschaft wird aus unserer interaktionssoziologischen Perspektive in Begegnungen mit staatlichen Organisationen und Institutionen verhandelt. Als gesellschaftliche Konsequenz diskriminierender Praktiken der Alterisierung in solchen staatlichen Organisationen und Institutionen, die bestimmte Mitglieder der Gesellschaft zu *Anderen* machen und ausgrenzen, lernen Mitglieder, nicht nur diesen Stellen im Besonderen, sondern – stellvertretend durch sie – der Gesellschaft als Ganzer im Allgemeinen zu misstrauen.

1. Institutionelle Praktiken: Differenz, Alterisierung, Diskriminierung und Rassismus

Diskriminierende, insbesondere rassifizierende Praktiken erzeugen durch direkte, aber auch indirekte Selbst- und Fremdzuschreibungen Differenz und machen damit Mitglieder der Gesellschaft zu *Anderen*. Diese Differenzmarkierungen sind freilich nicht wertneutral und deskriptiv, sondern beruhen auf asymmetrischen und stigmatisierend wertenden Kategorisierungen. Entsprechende Praktiken können auch sozialstrukturell beobachtet werden, indem Gesellschaft und die Zugänglichkeit zu bestimmten Bereichen soziologisch erforscht werden. Wird z.B. im Bildungssystem systematisch Ungleichheit zwischen Schüler:innen entlang der Differenz *mit und ohne Migrationsgeschichte* erzeugt, findet Diskriminierung statt.³ Die subjektive Wahrnehmung von Diskriminierung kann aber auch in Interviews erfragt werden, in denen Erfahrungen diskriminierender und rassifizierender Situationen geschildert und so wissenschaftlich analysierbar werden.⁴ Beide Ansätze betrachten die *Effekte* von Diskriminierung und Rassismus, ohne die subtilen, impliziten, aber manchmal auch expliziten Praktiken selbst zu untersuchen, die sie *ex post* thematisieren. Ein weiterer Ansatz versucht, solche diskriminierenden und rassifizierenden Praktiken methodologisch und

3 Vgl. u.a. Gomolla/Radtke, *Institutionelle Diskriminierung*.

4 Vgl. u.a. Leiprecht, *Alltagsrassismus*.

methodisch in ihrem Vollzug direkt zugänglich zu machen. Ausgangspunkt für diese Betrachtungen sind nicht die Effekte aggregierter Praktiken innerhalb einer Gesellschaft oder die erinnerte Wahrnehmung dieser Praktiken durch Forschungsteilnehmer:innen, sondern Situationen, in denen sich Interaktionsteilnehmer:innen wechselseitig durch implizite, verkörperte, aber auch explizite, sprachliche Selbst- und Fremdzuschreibungen als in einem wertenden und diskriminierenden Sinne different entwerfen. Dieser Aufsatz folgt methodologisch diesem dritten Forschungsansatz und betrachtet dabei entsprechende Praktiken in Institutionen und Organisationen.

Institutionen und Organisationen können nicht nur als konstitutive Bestandteile von Gesellschaft beschrieben werden, die zugleich den Fortbestand und Wandel von Gesellschaft ermöglichen,⁵ sondern auch als *Begegnungsräume*, in denen Gesellschaft und Formen ihrer institutionellen Ordnung als solche erfahren werden können⁶ sowie institutionelles Wissen angeeignet werden kann.⁷ Mit Blick auf Diskriminierung und Rassismus kann also im Kontakt mit Institutionen und Organisationen wie der Stadtverwaltung, Bildungseinrichtungen oder auch der Polizei nicht nur Wissen über deren gesellschaftliche Aufgaben, sondern immer auch über die in ihnen praktizierten diskriminierenden und rassifizierenden Ordnungen als *pars pro toto* für Gesellschaft angeeignet werden. Institutionen und Organisationen sind Orte, in denen Gesellschaft von denjenigen, die alterisiert und diskriminiert werden, in synekdochischer Weise als majoritär-normal und alterisierend-diskriminierend erfahren wird.

Die sozialwissenschaftliche Forschung zur institutionellen Diskriminierung und zum institutionellen Rassismus nimmt bislang v.a. den organisatorischen Kontext einzelner Institutionen oder den gesellschaftlichen Diskurs über diese Institutionen in den Blick.⁸ Diskriminierende und rassifizierende Praktiken der Polizei und Justiz werden selten direkt beobachtet und analysiert. Goodwin untersucht, wie die Polizei von Los Angeles vor Gericht ihren Überfall auf Rodney King als einen normalen, nicht-rassifizierenden und legitimen Polizeieinsatz darstellt.⁹ Er zeigt, wie die Polizei ihre Sichtweise im Verlauf der Gerichtsverhandlung praktisch als »professionell« ausweist, indem sie versucht, das Opfer zu einem unberechenbaren Akteur zu machen, der die Situation eskaliert, so dass die Polizeibeamten ihrerseits nur mit eigenen eskalierenden Praktiken auf seine Eskalation reagieren konnten. Whitehead und Lerner untersuchen

5 Gukelberger/Meyer, »Time, Affect, Knowledge«.

6 Kaufmann, »Normen und Institutionen«.

7 Berger/Luckmann, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*.

8 Vgl. u.a. Bergmann/Jacobsen, »Diskriminierung und Rassismus der Polizei als Forschungsfeld«; Embrick, »Two Nations, Revisited«.

9 Goodwin, »Professional Vision«.

Praktiken der Zuschreibung der Kategorie »weiß«, die in Gesprächen oft implizit und »unsichtbar« bleibt, aber in bestimmten Momenten expliziert wird.¹⁰ Mit ihrer Untersuchung machen sie die subtilen Praktiken einer *alltäglichen Unsichtbarkeit des Weißseins* sowie deren Thematisierung als ein interaktionales Phänomen soziologisch beobachtbar. Interaktionssoziologische Arbeiten zum Thema Diskriminierung und Rassismus untersuchen diese emergenten und inkrementellen Phänomene und machen sie auf der empirischen Grundlage technisch-registrierter Interaktionen wissenschaftlich beschreibbar.¹¹

2. Videoanalytische Untersuchung diskriminierender Praktiken

Die hier untersuchten videoethnografischen Daten über Interaktionen in privaten und öffentlichen Räumen sind Teil des Forschungsprojekts »Bürokratische Praktiken und Differenzmarkierung«.¹² Mit den Videoaufzeichnungen wird die flüchtige, situativ verankerte Vollzugswirklichkeit der Praxis zugänglich, indem sie technisch-registrierend konserviert wird.¹³ Eine derartige Datengrundlage ermöglicht es, einzelne verkörperte und sprachliche Praktiken und deren sequenzielle Organisation detailliert zu untersuchen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Praktiken durch die Interaktionsteilnehmer:innen selbst auf eine Weise hervorgebracht werden, die »seen but unnoticed«¹⁴ ist. Die Praktiken werden also zwar *gesehen* und in das fortlaufende Interaktionsgeschehen integriert, bleiben aber dennoch *unbemerkt*. Vielmehr bilden sie implizite Ressourcen für die verbale und visuelle Thematisierung anderer Gegenstände.¹⁵

Um diese Praktiken soziologisch verstehen und adäquat beschreiben zu können, ist nicht nur das *persönliche Aufsuchen* und *videografische Aufzeichnen* der zu untersuchenden Situationen und Interaktionen, sondern auch der *Erwerb von Teilnehmer:innenwissen* notwendig.¹⁶ Dieses Wissen versetzt den bzw. die Ethnograph:in in die Lage, die praktischen Ressourcen, mit denen die teil-

10 Whitehead/Lerner, »When are persons ›white‹?«.

11 Vgl. u. a. Meier zu Verl, »(Re)Konstruktionen des Tathergangs«; Meyer, »Racialization in Action«; Rawls/Duck, *Tacit Racism*; Robles, »Extreme case (re)formulation«; Xie u. a., »Racism and misrecognition«.

12 Das Forschungsprojekt »Bürokratische Praktiken und Differenzmarkierung« (BO2) ist Teil der vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (HBMI) geförderten Studie »Institutionen & Rassismus« (InRa, 2022–2024).

13 Bergmann, »Flüchtigkeit und methodische Fixierung sozialer Wirklichkeit«.

14 Garfinkel, *Studies in Ethnomethodology*.

15 Meier zu Verl/Meyer/Oberzaucher, »Alltagssprache, Beschreibungssprache und praxeologische Validität«.

16 Meier zu Verl, *Daten-Karrieren und epistemische Materialität*; Meier zu Verl/Meyer, »Ethnomethodological ethnography«.

nehmend beobachteten Interaktionsteilnehmer:innen soziale Ordnung unter Bedingungen kultureller Pluralität praktisch und situativ verfertigen, nicht nur praktisch zu verstehen, sondern zugleich auch für eine reflexive Produktion von Beschreibungen zu nutzen.¹⁷

Die erste Videoaufnahme, die wir analysieren werden, ist Teil einer Videoethnografie öffentlicher Räume innerhalb der post-migrantischen Gesellschaft (öffentlicher Nahverkehr, öffentliche Plätze, Schwimmbäder usw.), die Phänomene kultureller Pluralisierung zum Gegenstand hat.¹⁸ Die Ethnografie erforscht v.a. Konflikte, dokumentiert diese videoethnografisch und untersucht sie interaktionsanalytisch, um die expliziten und impliziten Praktiken beobachtbar zu machen, mit denen sich fremde Akteure in der Öffentlichkeit wechselseitig durch Selbst- und Fremdzuschreibungen als *Andere* hervorbringen. Die erste Aufnahme zeigt, wie ein Vater und seine Kinder in einem öffentlichen Strandbad durch den Bademeister ein Hausverbot erteilt bekommen. Die zweite Videoaufnahme¹⁹ wurde von der Familie R. selbst erstellt. Sie dokumentiert einen Polizeieinsatz in ihrer privaten Wohnung, in dessen Verlauf es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen zwei Polizisten auf der einen Seite und den anwesenden Familienmitgliedern auf der anderen Seite kam. Mit dieser Videoaufnahme, die der Abgeordnete des Abgeordnetenhauses von Berlin Ferat Koçak in Auszügen über die Plattform Twitter veröffentlicht hat, wurde nach dem Vorfall eine mediale Öffentlichkeit erzeugt.²⁰

2.1 Diskriminierende Alterisierungspraktiken in öffentlichen Räumen

Zunächst wenden wir uns der auf diskriminierende Weise alterisierenden Praxis in öffentlich zugänglichen Räumen zu. Im Beispiel erteilt ein Bademeister einem Vater und seinen beiden Kindern sowie einer begleitenden Person am 4. Juni 2022 ein temporäres Hausverbot. Der Ethnograf Christian Meier zu Verl war selbst mit seiner Frau und seinen beiden Töchtern in einem Strandbad anwesend und wurde zuvor vom Bademeister daraufhingewiesen, seine Kinder nicht *unbeaufsichtigt*

17 Gukelberger/Meier zu Verl/Meyer, »Die dreifache Prozessualität des Körpergedächtnisses«.

18 Diese Ethnografie wird von Christian Meier zu Verl in Konstanz und Umgebung durchgeführt und ist nicht Teil der vom BMI geförderten Studie »Institutionen & Rassismus« (InRa, 2022–2024).

19 Die Videoaufnahme wurde uns freundlicherweise durch den Anwalt der Familie R. für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt (vgl. u.a. auch die Dokumentation *Umstrittener Polizeieinsatz* von STRG_F: <https://youtu.be/bZgfbkxyrII>, abgerufen am 1.3.2023). Wir danken Julian Gerblisch für seine Unterstützung bei der Transkription der Videoaufnahmen und Nino Karalashvili für die gezeichneten Abbildungen.

20 Vgl. *Tagesspiegel*, 14.9.2022; 21.9.2022.

ins Wasser zu lassen. Dabei war die Definition, was beaufsichtigt und was unbeaufsichtigt ist, keineswegs klar und noch weniger konsensuell. Der Bademeister war z.B. im Gespräch mit dem Ethnografen der Ansicht, dass Eltern direkt neben den Kindern im Wasser zu stehen haben, auch wenn diese Kinder bereits das »Seepferdchen« besitzen und das Wasser nicht besonders tief ist, so dass es den Kindern bis zur Hüfte geht. Nicht nur der Ethnograf, sondern auch viele andere Eltern wurden vom Bademeister darauf hingewiesen, sich an diese Baderegeln im Strandbad zu halten. Jedoch wurde an diesem Tag nur ein einziges Mal ein Hausverbot aufgrund der *Missachtung* dieser Baderegeln ausgesprochen. Diese Situation wurde teilweise videoethnografisch dokumentiert und wird im Folgenden interaktionsanalytisch untersucht.

2.1.1 Die praktische Erzeugung von Öffentlichkeit in öffentlich zugänglichen Räumen

Die Videoaufnahme startet, als das Gespräch zwischen dem Besucher und Vater der beiden Töchter und dem Bademeister lauter wird und die Aufmerksamkeit der anderen Anwesenden auf sich lenkt. Nicht alle Begegnungen in öffentlichen Räumen erzeugen auch eine ko-präsente, diese Begegnung beobachtende Öffentlichkeit. Im nachfolgenden Transkript der Videoaufnahme ist zu sehen, wie der Konflikt zwischen dem Bademeister und dem Besucher, Herrn A., zu einem öffentlichen Konflikt wird, in dessen Verlauf der Bademeister Herrn A. und seine beiden Töchter auffordert, das Strandbad zu verlassen.

Im Ausschnitt des Transkripts 1 ist der Konflikt zwischen Herrn A. und Bademeister bereits *sozial*, d.h. die beiden Interaktionsteilnehmer haben ihre Positionen in eigenen Redezügen artikuliert und deren Unterschiedlichkeit in einem nachfolgenden dritten Redezug als Konflikt praktisch ratifiziert.²¹ Die unterschiedlichen Situationsverständnisse der beiden Kontrahenten sind ausgesprochen worden, der Konflikt konnte von ihnen bislang aber nicht durch einen Kompromiss entschärft werden. Das Video beginnt mitten im Gespräch der beiden. Herr A. artikuliert gegenüber dem Bademeister lautstark seine Position, so dass auch die anderen Besucher des Strandbads den Konflikt mitbekommen. Er macht damit den Konflikt zwischen den beiden performativ zu einem öffentlichen Konflikt, was die anderen Besucher:innen zu Zeug:innen macht. Er betont, dass es seine Kinder sind (Z. 1) und macht damit gegenüber dem Bademeister indirekt seine Verantwortlichkeit für das Wohl der Kinder deutlich. Dabei zeigt der Bademeister bereits mit seinem ausgestreckten Arm und Zeigefinger in Richtung Ausgang des Strandbads (Abb. 1). Herr A. wiederum fordert den Bademeister auf, sich zu entfernen. Er kehrt damit das Verhältnis um: nicht er solle das Strandband

21 Vgl. Messmer, »Konflikt und Konfliktepisode«.

- 01 **Herr A.** <<ff>es sind meine kinder
 02 ich [sag geh weg von mir>
 03 **B.meister** [gehen sie jetzt () (--)

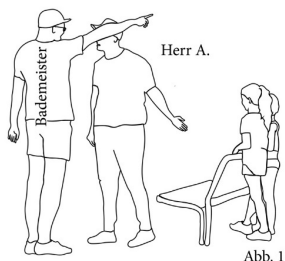


Abb. 1

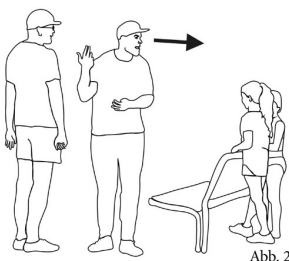


Abb. 2

- 04 **Herr A.** <<ff>mach mich
 05 wahnsinnig man
 06 die hat mich
 07 tausendmal gesagt
 08 die gleiche
 09 thema (.)
 10 ich sag alles gut
 11 wo meine kinder
 12 danke schön
 13 geh weg von mir
 14 °h alles okay (.)
 15 und DER
 16 insistiert>

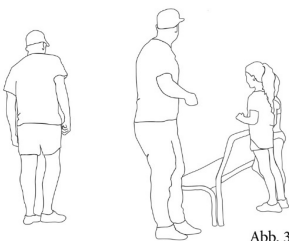


Abb. 3

Transkript 1: Die praktische Erzeugung von Öffentlichkeit (12 Sek.)

verlassen, sondern der Bademeister solle sich von ihm entfernen (Z. 2). Überlappend zu dieser Gegenaufforderung wiederholt der Bademeister verbal seine gestische Aufforderung gegenüber Herrn A. (Z. 3). Er erhöht die Lautstärke seiner Äußerung nicht, so dass er die anderen Besucher:innen des Strandbads nicht in gleicher Weise daran teilhaben lässt. Dabei »recycelt« der Bademeister den vorherigen Beitrag Herrn A.s, indem er das Verb *gehen* für seine Aufforderung gegenüber dem Besucher Herr A. spiegelt.²² Um Aufmerksamkeit bei den anderen Badegästen zu erzeugen und damit eine bisher nur potentielle Öffentlichkeit in eine aktuelle Öffentlichkeit zu transformieren, wendet sich Herr A. vom Bademeister ab und spricht in Richtung der anderen Gäste (Abb. 2, Z. 4–11). Dabei beschreibt er zunächst seinen aktuellen emotionalen Zustand (Z. 4), den er als Konsequenz der Handlungen des Bademeisters entwirft (Z. 5). Seine performative Darstellung reinszeniert die Situation, die zum Konflikt geführt hat. Sie wird in direkter Rede artikuliert und stellt dabei die eigenen Handlungen als vernünftig dar.²³ Er stellt sich dar als *Vater, der sich um das Wohlbefinden und die Sicherheit seiner Kinder sorgt und sich beim Bademeister für dessen Arbeit bedankt*. Allerdings kritisiert er die Wiederholung (Z. 5) und das »Insistieren« seitens des Bademeisters (Z. 11) als unverhältnismäßig und übergriffig. Die Kontrahenten trennen sich da-

²² Vgl. Goodwin, *Co-Operative Action*, S. 2–3.

²³ Vgl. Goffman, »Footing«.

nach räumlich voneinander. Der Bademeister läuft in Richtung Infozentrale und Herr A. und seine Kinder sowie eine weitere begleitende Person bewegen sich in Richtung Ausgang (Abb. 3).

Der Konflikt zwischen dem Bademeister und Herr A. wird zwar benannt, kann aber nicht als für beide Seiten *zufriedenstellend* gelöst werden. Vielmehr endet er damit, dass der Bademeister Herrn A. des Platzes verweist. Dabei fällt die performative Praxis von Herrn A. auf, eine Öffentlichkeit unter den anderen anwesenden Gästen des Strandbads herzustellen, indem er den Konflikt durch narrative, aber auch performative Elemente rekonstruiert und die aus seiner Sicht übergriffigen Handlungen des Bademeisters explizit benennt.

2.1.2 Praktiken der räumlichen Reorganisation als Teil des Konflikts

Herr A. und der Bademeister treffen anschließend wieder aufeinander. Nachdem der Bademeister sich zunächst entfernt hatte, bewegt er sich erneut auf Herrn A. zu, beobachtet, wie dieser mit seinen Kindern Richtung Ausgang geht und begleitet sie dann bis zum Ausgang des Strandbads. Im folgenden Transkript reorganisieren Herr A. wie auch der Bademeister ihre räumlichen Positionierungen. Herr A. und seine Kinder sind zwar sichtbar auf dem Weg zum Ausgang, werden aber dennoch vom Bademeister begleitet, was den Konflikt über die praktische Organisation des öffentlichen Raums weiter *verschärft*, da Herr A. auf Abstand zum Bademeister gehen wollte, dieser ihn aber durch seine erneute Präsenz vor sich *herreibt*.

Am Anfang des Transkripts 2 treffen die beiden Kontrahenten auf dem Weg zum Ausgang wieder aufeinander und schauen sich – während des Gehens – zunächst gegenseitig an. Sie beobachten dabei die Beobachtung des jeweils anderen, ohne verbal zu interagieren (Abb. 4). Der Bademeister steht zunächst am Rand und schaut den vier Personen nach, während sich Herr A. umdreht und in seine Richtung schaut. Kurz danach läuft der Bademeister ihnen hinterher (Abb. 5) und artikuliert mit lauter Stimme erneut die Aufforderung, das Strandbad zu verlassen (»ich erteile ihnen jetzt hiermit hausverbot ja«, Z. 1). Nach einer kurzen Redepause dreht sich Herr A. um und gibt dem Bademeister verbal zu verstehen, dass seine Anwesenheit aus seiner Sicht unerwünscht ist (Z. 2). Mit dem »verpiss dich« (Z. 2, 3) wählt er einen vulgären sprachlichen Ausdruck. Dabei zeigt Herr A. auch mit seinem rechten Zeigefinger und ausgestrecktem Arm auf den Bademeister und adressiert ihn auch gestisch, während ihn seine Tochter, deren Hand er mit seiner linken Hand festhält, weiter in Richtung Ausgang zieht (Abb. 6). Danach präzisiert Herr A. sein Ansinnen: Er fordert den Bademeister auf, sich auch von seinen Kindern fernzuhalten (»verpiss dich von meine kinder und mein-«, Z. 3) sowie von sich selbst (»und geh weg von mir«, Z. 3). Danach verschärft er seine



Abb. 4



Abb. 5

- 01 **B.meister** <<f>ich erteile ihnen jetzt hiermit
hausverbot ja> (---)
02 **Herr A.** () verpiss dich man
(--)
03 verpiss dich von
meine kinder und mein-
und geh weg von mir
(--)
04 ich mach dich fertig



Abb. 7

- 05 **Herr A.** ich schick meine
zuhause und ich
komme zu dir

Abb. 6

- 06 (4.5)
07 **B.meister** sie haben jetzt
hausverbot (.)
08 **Herr A.** angelini komm
(-)

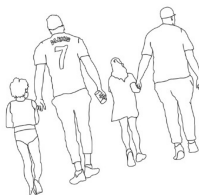


Abb. 8

Transkript 2: Praktiken der räumlichen Reorganisation als Teil des Konflikts (21 Sek.)

Aufforderung zu einer Drohung (Z. 4–5), die er erneut mit erhobenem Zeigefinger in Richtung des Bademeisters, der nun fast parallel zu ihnen läuft, ausspricht (Abb. 7). In einem anschließenden Moment gehen die beiden Kontrahenten parallel nebeneinander in Richtung Ausgang und sagen nichts zueinander (Abb. 8, Z. 6), bis der Bademeister sein Hausverbot erneut ausspricht (Z. 7). Herr A. fordert seine Tochter auf, die hinter ihm den Weg entlanggeht, zu ihm aufzuschließen (Z. 8) und in seiner unmittelbaren körperlichen Nähe zu bleiben.

Der Konflikt wird von den beiden Kontrahenten räumlich reorganisiert, indem sich Herr A. mit seinen Kindern zwar auf den Weg zum Ausgang des Strandbads begibt. Dies ist aber nicht ohne die Beobachtung und Begleitung des Bademeisters möglich, der ihnen keinen eigenständigen Raum überlässt, sondern sie begleitet und erneut das Hausverbot ausspricht. Bereits durch seine Anwesenheit

verstärkt er den Konflikt mit Herrn A., der durch diese räumliche Praktik der *mitlaufenden* Beobachtung nicht auf Distanz zum Bademeister gehen kann.

2.1.3 Diskriminierende Praktiken doppelter Alterisierung

Nicht nur Praktiken der Positionierung im öffentlichen Raum werden durch Herrn A. und den Bademeister wechselseitig als konflikthaft entworfen. Im folgenden Transkript wird Herr A. durch die Fremdzuschreibungen des Bademeisters auf doppelte Weise zum *Anderen* gemacht: Erstens aufgrund der Bewertung der vulgär-affektiven Wortwahl Herrn A.s durch den Bademeister als nicht *richtig* und *unangemessen*. Zweitens aufgrund der Bewertung von Herrn A.s Verhaltens als Vater, der einerseits seine Kinder im Strandbad zu beaufsichtigen habe und andererseits den Aufforderungen des Bademeisters nachkommen müsse, wenn dieser sich *Sorgen* um dessen Kinder macht.

- 09 **B.meister** woher [ich komme redet man [nicht so
 10 **Herr A.** [verpiss dich jetzt [verpiss dich (.)
 11 **B.meister** ich rede deutsch [mit ihnen
 12 **Herr A.** [verpiss dich von meine
 gesicht
 13 erzähl mir nichts vor meine kinder (--)



Abb. 9



Abb. 10



- 14 **B.meister** sie sollten sich schämen vor ihren kin(dern
 15 **Herr A.** [ich

dürfen deutschland [man

- 16 **B.meister** [ich hab-
 17 **Herr A.** ich bin frei und ich sag dir was ich denke
 18 **B.meister** ja aber nicht beleidigen und nicht bedrohen
 19 **Herr A.** ich habe dich nicht beleidigt
 20 **B.meister** [doch
 21 **Herr A.** [du hast- hast du mich
 (ge[kluppt) vor meine kinder man

- 22 **B.meister** [()
 23 **Herr A.** ich würde dir
 [()
 24 **B.meister** [glaub schon (.)
 25 und vor ihren
 kindern sollten
 sie sich was
 schämen (---)



Abb. 11

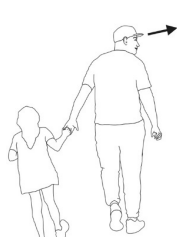


Abb. 12

- 26 **B.meister** weißte andere
 eltern sagen
 einfach
 in ordnung danke
 dass ich ihnen
 bescheid sage

27 **Herr A.** <<ff>hab ich
[dich doch geSAGT (.)]>
28 **B.meister** [dass ich mir jetzt
sorgen mache

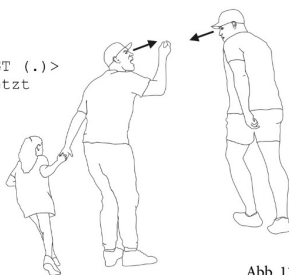


Abb. 13

29 **Herr A.** <<f>hab ich dich
doch gesagt
(di como)>

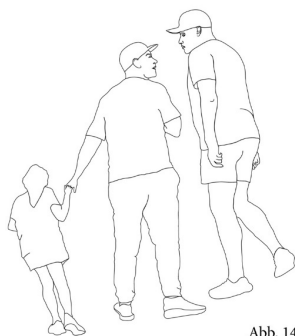


Abb. 14

30 (2.1)
31 **B.meister** eine woche ja
32 **Herr A.** ()

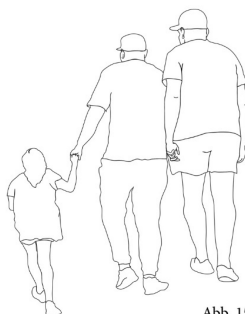


Abb. 15

Transkript 3: Diskriminierende Praktiken doppelter Alterisierung
(35 Sek.)

Im Transkript 3 beginnt der Bademeister, der bislang nur sein Hausverbot wiederholt ausgesprochen hat, Herrn A. auf die aus seiner Sicht lokal geltenden Regeln des Sprechens aufmerksam zu machen (»woher ich komme redet man nicht so«, Z. 9). Überlappend dazu fordert Herr A. den Bademeister auf, sich räumlich zu entfernen (Z. 10). Mit seiner anschließenden Aussage kulturalisiert der Bademeister den Konflikt, indem er sein eigenes Sprechen mit Herrn A. als »deutsch« bezeichnet (»ich rede deutsch mit ihnen«, Z. 11). Dies weist Herr A. zurück, indem er ihn erneut auffordert, sich räumlich zu distanzieren (Z. 12), und auf die Unangemessenheit der Zurechtweisung vor seinen anwesenden und zuhörenden Kindern hinweist (Z. 13).

Diesen Einwand – dass dieses Ereignis in Anwesenheit von Kindern stattfindet – greift der Bademeister thematisch direkt auf: Er weist Herrn A. zurecht, indem er dessen Verhalten als normativ unangemessen und gegenüber Kindern wenig vorbildlich kritisiert (»sie sollten sich schämen vor ihren kindern«, Z. 14). Dabei schaut er in Richtung von Herrn A. (Abb. 9). Teilweise überlappend reagiert

Herr A. auf diesen Akt der Kulturalisierung, indem er darauf verweist, dass er sich legal in Deutschland (Z. 15) aufhalte und ein Recht auf freie Meinungsäußerung habe (Z. 17). Herr A. schaut dabei auf den Weg vor sich und nicht in Richtung des Bademeisters (Abb. 10). Der Bademeister weist Herrn A. erneut zurecht, indem er zwar dessen Recht auf freie Meinungsäußerung ratifiziert, aber gleichzeitig die Grenzen dieses Rechts benennt (»ja aber nicht beleidigen und nicht bedrohen«, Z. 18). Den darin implizierten Vorwurf der Beleidigung weist Herr A. explizit zurück (Z. 19). Dem wiederum widerspricht der Bademeister (Z. 20), und ein weiterer Konflikt zwischen den beiden entsteht. Herr A. hält dem Bademeister vor, ihn unter Anwesenheit seiner Kinder zurechtgewiesen zu haben (Z. 21). Dabei schaut Herr A. demonstrativ in die entgegengesetzte Richtung zu seinen Kindern (Abb. 11). Die beiden nachfolgenden Äußerungen bleiben unverständlich (Z. 22–24).

Anschließend wiederholt der Bademeister seine Zurechtweisung, dass sich Herr A. aufgrund eines *unangemessenen* Verhaltens, das nicht näher beschrieben wird, vor seinen Kindern zu schämen hätte (Z. 25). In der nächsten Äußerung beschreibt der Bademeister eine *angemessene* Reaktion von Eltern, die durch den Bademeister darauf hingewiesen wurden, besser auf ihre Kinder im Wasser zu achten (»weißte andere eltern sagen einfach in ordnung danke dass ich ihnen bescheid sage«, Z. 26; »dass ich mir jetzt sorgen mache«, Z. 28). Er stellt sich dabei als *sorgenden, gewissenhaften und pflichtbewussten* Bademeister dar. Dem widerspricht Herr A. nun lautstark, indem er betont, dass er genau auf diese Weise reagiert habe (Z. 27). Er zeigt dabei mit seinem Zeigefinger auf das Gesicht des Bademeisters. Das Kind an Herrn A.s Hand zieht ihn währenddessen nach links in Richtung Ausgang, während sich sein Oberkörper nach rechts in die andere Richtung neigt (Abb. 13). Herr A. wiederholt seine Äußerung leiser und in anderer Betonung (Z. 29). Währenddessen kommt der Bademeister bis auf wenige Zentimeter an ihn heran und schaut – auch weil sie an einem leichten Abhang stehen – auf ihn herab (Abb. 14). Das Kind an Herrn A.s Hand zieht ihn weiter in die andere Richtung. Beide Körper re-orientieren sich im öffentlichen Raum und gehen parallel während einer kurzen Redepause (Z. 30) weiter in Richtung Ausgang (Abb. 15). Kurz vor dem Ausgang kommt der Bademeister auf das Hausverbot zurück, indem er dessen Dauer nennt (»eine woche ja«, Z. 31). Er hat jedoch nicht das letzte Wort, weil Herr A. noch etwas erwidert, das jedoch unverständlich bleibt (Z. 32).

Herr A. wird vom Bademeister auf eine doppelte Weise zu einem Anderen gemacht. Er wird als jemand beschrieben, der sich erstens nicht an die normativen Regeln des Sprechens unter Erwachsenen hält und sich zweitens nicht *richtig* vor und gegenüber seinen Kindern verhält. So wird Herrn A. durch die Fremdschreibungen und erzieherischen Disziplinarmaßnahmen des Bademeisters indirekt sein Status als *vollwertiges* Mitglied der Gesellschaft abgesprochen. Er wird als zu disziplinierend, zu erziehend und noch nicht vollwertig bzw. deutsch be-

handelt. Diese Disziplinierungsmaßnahme und Fremdzuschreibung durch den Bademeister wird von Herrn A. jedoch zurückgewiesen, wobei es zu affektiven Reaktionen kommt. Erst der sich an das Hausverbot anschließende Interaktionsverlauf und Konflikt ermöglicht die doppelte Alterisierung durch den Bademeister, indem sie ihm überhaupt erst die dazu verwendbaren Gründe bereitstellt. Der Bademeister legitimiert mit ihnen *ex post* das von ihm zuvor verhängte temporäre Hausverbot und vollendet so die von ihm selbst initiierte *self-fulfilling prophecy*.

2.2 Diskriminierende Alterisierungspraktiken in privaten Räumen

Diskriminierende Praktiken der Alterisierung finden auch in privaten Räumen statt. Die im zweiten Video festgehaltene soziale Situation, die wir analysieren, unterscheidet sich von der ersten in fünf wesentlichen Punkten. Erstens handelt es sich bei der gefilmten Situation um einen Polizeieinsatz. Polizist:innen sind mit anderen Rechten und Pflichten ausgestattet als Bademeister in öffentlichen Badeanstalten. Zweitens findet dieser Einsatz in der Privatwohnung der Familie R. statt, also unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Drittens wurde der Einsatz durch die Familie videografisch dokumentiert, um die Geschehnisse zu konservieren und Beschreibungen mit anderen epistemischen Erkenntnispotentialen zu ermöglichen als es durch mündliche Rekonstruktionen möglich wäre. Viertens können diese Videos im Falle einer Strafanzeige zu Beweismitteln werden. Fünftens wird damit die Möglichkeit geschaffen, die Situation in ihrem Vollzug öffentlich zu machen, so dass eine mediale Öffentlichkeit die Geschehnisse ebenfalls beobachten und diskutieren kann.

Am 9. September 2022 gegen 9 Uhr suchten zwei Polizisten die Familie R. in ihrer Wohnung auf. Die Familie R. kam aus Syrien und lebte zu diesem Zeitpunkt in Berlin. Die beiden Polizisten sollten einen Haftbefehl gegen Herrn R. vollstrecken, da Herr R. eine Geldstrafe in Höhe von 750 Euro für dreimaliges Nutzen öffentlicher Verkehrsmittel ohne Fahrschein zu diesem Zeitpunkt nicht gezahlt hatte. Frau R. sowie zwischendurch auch eines ihrer Kinder filmten die Situation mit einer Handykamera. Sie filmten nicht den gesamten Polizeieinsatz und das erste von insgesamt fünf Videos beginnt, als die beiden Polizisten versuchten Herr R. festzunehmen. In diesem ersten Video wird die Genese eines Konflikts zwischen der Familie R. und den beiden Polizisten sichtbar, die von uns interaktionsanalytisch rekonstruiert wird. Dieser Konflikt wurde mit dem Eintreffen weiterer Polizist:innen soweit *deeskaliert*, dass Frau R. zusammen mit einem weiteren Polizisten den *Bezahlvorgang* durchführen konnte und die Polizei anschließend die Wohnung der Familie R. verließ.

2.2.1 Diskriminierende Alterisierung durch Praktiken des Zeitdrucks

Das folgende Transkript beginnt zum Zeitpunkt, als die Polizisten A und B Herrn R. festnehmen wollen. Herr R. kommt den Befehlen der Polizisten vorerst nach und macht sprachlich deutlich, dass er anstelle einer Verhaftung den ausstehenden Betrag von 750 Euro bezahlen möchte. Dies wiederum ignorieren die Polizisten zunächst und halten daran fest, Herrn R. zu verhaften.

01	Kind	[ma::ma:]	
02	Polizist B	[mach die [hände mal auf_n [rücken	
03	Polizist A	[mach die hände [auf_n rücken=	
04	Herr R.	[ich bezahle	
05	Polizist B	=mach die hände auf den rücken	Polizist B
06	Herr R.	[nein	
07	Kind	[(weint)	Polizist A
08	Kind	[(weint)	
09	Frau R.	[hat geld [er will bezahlen	
10	Polizist B	[<<ff>jetzt	
11	Herr R.	[geh zurü::ck>	
12	Kind	[(weint)	
13	Frau R.	[warum [schreien	
14	Polizist B	[<<ff>geh zurück>	
15	Polizist A	so mach runter oder ich leg dich auf den [boden	Herr R.
16	Kind	[(weint)	Abb. 16
17	Herr R.	nein	
18	Polizist A	ja [doch	
19	Herr R.	[ich habe geld	
20		warum gehen	
21		ich habe geld	
22		ich bezahle	
23	Polizist A	hast du die siebenhundertfünfzig	
24		alles	Abb. 17
25	Herr R.	ja [ja::	
26	Polizist A	[das ganze geld	
27	Herr R.	ja=	
28	Polizist B	=<<f>was lügst du uns an=>	
29		=<<f>was lügst du uns an=>	
30		=<<f>hol das geld=>	
31	Herr R.	=warte ja warte=	
32	Polizist B	=ick komme mit (.)	
33	Herr R.	ja warte (.)	Abb. 18

Transkript 4: Diskriminierende Alterisierung durch Praktiken des Zeitdrucks (23 Sek.)

Zum Beginn des Transkripts 4 halten die beiden Polizisten Herrn R. an dessen Armen fest, die er vor sich verschränkt hat. Er steht mit dem Rücken zur Wand und die beiden Polizisten jeweils seitlich vor ihm (Abb. 16). Polizist B fordert ihn auf, seine Hände auf den Rücken zu nehmen (Z. 2). Teilweise überlappend dazu fordert auch sein Kollege Polizist A ihn dazu auf, indem er die Forderung wiederholt (Z. 3). Die Hände auf dem Rücken in diesem Fall von Herrn R. zu fixieren, ist Teil einer solchen Verhaftung. Währenddessen ruft ein anwesendes Kind nach seiner Mutter (Z. 1). Zugleich zur Aufforderung der beiden Polizisten erklärt ihnen Herr R., dass er die geforderte Summe in bar im Haus hat und begleichen

möchte (Z. 4). Er müsse daher nicht von ihnen aus seiner Wohnung abgeführt und verhaftet werden. Polizist B wiederholt seine Aufforderung (Z. 5), die Hände auf den Rücken zu nehmen, die Herr R. erneut ablehnt (Z. 6), während ein Kind beginnt, im Hintergrund über einen längeren Zeitraum zu weinen (Z. 7, 8, 12).

Frau R. stimmt der vorherigen Äußerung ihres Mannes (Z. 4) zu: Sie bestätigt zum einen, dass die geforderte Geldsumme vorhanden ist, und bekräftigt zum anderen, dass ihr Mann auch gewillt ist, diese Summe zu bezahlen (Z. 9). Während sie dies sagt, geht sie auf ihren Mann und die beiden Polizisten zu. Polizist B fordert sie daraufhin sehr laut dazu auf, sich wieder zu entfernen (Z. 10). Im selben Augenblick artikuliert Herr R. ein fragendes »warum« (Z. 11), das nachfolgend von Frau R. in ein »warum schreien« (Z. 13) überführt wird und die Angemessenheit der lauten Diktion der Aufforderung des Polizisten B in Frage stellt. Polizist B wiederholt daraufhin seine Aufforderung erneut sehr laut (Z. 14) und zeigt dieses Mal mit dem rechten Zeigefinger in die Richtung von Frau R. Dabei bewegt Frau R. ihre linke Hand auf die Arme der beiden Polizisten, die die Hände ihres Mannes fixieren, zu (Abb. 17).

Polizist A schließt nicht an die Äußerungen seines Kollegen, von Herrn R. oder Frau R. an, sondern stellt Herrn R. vor die Wahl, entweder freiwillig oder unter Zwang fixiert zu werden (»so mach runter oder ich leg dich auf den boden«, Z. 15). Währenddessen beginnt wieder ein Kind im Hintergrund zu weinen (Z. 16). Herr R. verneint (Z. 17) und der Polizist A bekräftigt mit einem »ja doch« (Z. 18), die zuvor artikulierten beiden Handlungsoptionen.

Teilweise parallel dazu bekräftigt Herr R. erneut die von ihm und seiner Frau mehrfach angesprochene Option, das Geld direkt bar zu bezahlen (Z. 19–22). Bislang hatten die beiden Polizisten diese von Herrn und Frau R. thematisierte Option unkommentiert gelassen und ignoriert. Polizist A fragt anschließend dreimal mit unterschiedlichen Formulierungen nach, ob das Geld wirklich vorhanden ist (Z. 23, 24, 26). Bereits nach der zweiten Nachfrage bejaht Herr R. und auch auf die dritte reformulierte Frage reagiert er zustimmend (Z. 25, 27). Polizist B stellt anschließend die Glaubwürdigkeit von Herrn R. in Zweifel, indem er ihm in lautem Ton unterstellt, zu lügen (Z. 28, 29). Dabei wiederholt er seine Äußerung »was lügst du uns an« (Z. 28) schnell hintereinander, ohne dass Herr R. ihm widersprechen könnte, und fordert ihn dann mit einer weiteren schnell angeschlossenen und laut artikulierten Äußerung dazu auf, das Geld zu holen (Z. 30). Er zeigt dabei in Richtung des Schlafzimmers (Abb. 18). Polizist B setzt Herrn R. unter Zeit- und Handlungsdruck, der ihm zu verstehen gibt, etwas mehr Zeit zu benötigen und daher den Polizisten indirekt *um etwas mehr Geduld bittet* (Z. 31, 33). Der stößt ihn jedoch in Richtung des Schlafzimmers und gibt ihm zu verstehen, dass er das Geld mit ihm zusammen holen wird, er also dabei unter seiner Bewachung stehen

wird (Z. 32). Herr R. wiederholt daraufhin seine Bitte um mehr Zeit und Geduld seitens des Polizisten.

Die beiden Polizisten A und B nutzen die Performativität ihrer Praktiken und deren temporales Zusammenspiel, um Zeit- und Handlungsdruck während des aus ihrer Sicht *problematischen* Vollzugs der Verhaftung herzustellen, die Herr R. verbal und nonverbal zu verhindern versucht. Die Polizisten nutzen schnelle Anschlüsse zwischen einzelnen Äußerungen, mehrfache Wiederholungen von Äußerungen sowie überlappendes und sehr lautes Sprechen, um den Widerstand Herrn R.s durch die Performativität des Sprechens zu brechen. Daneben versuchen sie aber auch, die Arme von Herrn R. mit körperlicher Gewalt auf den Rücken zu bewegen, um sie anschließend mit Handschellen fixieren zu können. Dabei entwerfen die Polizisten Herrn R. durch Fremdzuschreibungen als *unglaublich*, dem daher das Recht abgesprochen wird, *eigenständig* und ohne Überwachung zu handeln. Er wird zum Objekt polizeilicher Handlungen und Praktiken gemacht, indem Herr R. von einem polizeilich *unberechenbaren Subjekt* performativ und durch Zwang in ein *berechenbares Objekt* transformiert wird.

2.2.2 Diskriminierende Alterisierung durch Praktiken der Eskalation

Ein institutionalisiertes Handlungsschema der Polizei besteht darin, auf als eskalierend wahrgenommene Handlungen und Praktiken eines Gegenübers mit eigenen, weiter eskalierenden Handlungen und Praktiken zu reagieren, bis deeskalierende Handlungen und Praktiken des Gegenübers wahrnehmbar werden. Welche Äußerungen und Handlungen bei wem in welcher Situation als eskalierend und als deeskalierend wahrgenommen bzw. interpretierbar werden, ist Teil des impliziten institutionalisierten Wissens von Polizist:innen. Ein solches Wissen kann auch durch diskriminierende und rassifizierende Vorstellungen geprägt sein.

01 **Frau R.** aber hat sch- kinder schlafen=
 02 **Polizist B** =ver[piss dich
 03 **Herr R.** [guck mal was machen
 04 guckt mal (--)
 05 guck mal (.)

Polizist B

Herr R.



Abb. 19



Abb. 20



Abb. 21

06 **Polizist B** hol das geld
 07 **Herr R.** und- und dann- dann-

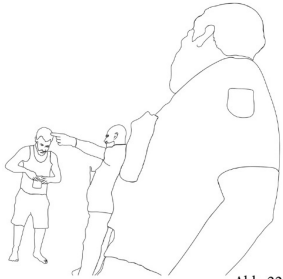
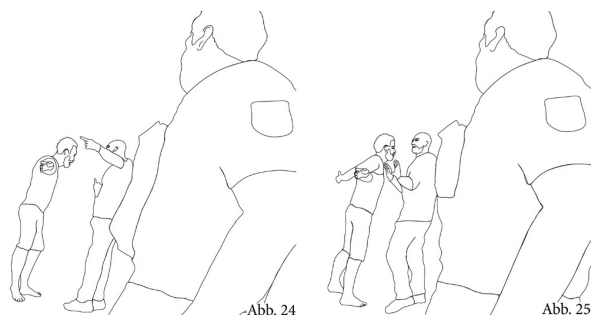


Abb. 22



Abb. 23

08 **Polizist B** hol das geld (-)
 09 **Kind** (weint)
 10 **Herr R.** [geld gegeben
 11 **Kind** [(weint)

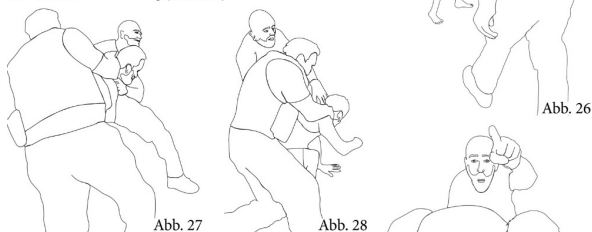


12 **Herr R.** [**<<ff>lässt du mich in ruhe> (.)**
 13 **Kind** [(weint)]

14 **Herr R.** [**<<ff>bitte>**
 15 **Kind** [(weint)]

16 [(---)]
 17 **Kind** [(weint)]

18 **Herr R.** [()]
 19 **Frau R.** [() schaue
 20 **Kind** [(weint)]



21 **Kind** (weint)
 22 **Polizist B** [**<<f>geh zurück>=**
 23 **Kind** [(weint)]

24 **Polizist B** [= [**<<ff>geh zurück>**
 25 **Kind** [(weint)]
 26 [(---)]
 27 **Polizist B** geh zurück

Transkript 5: Diskriminierende Alterisierung durch Praktiken der Eskalation (25 Sek.)

Im Transkript 5 versucht Frau R. den Polizisten B daran zu hindern, ins Schlafzimmer zu gehen, in dem zwei ihrer Kinder im Bett liegen und (versuchen zu) schlafen (Z. 1). Polizist B reagiert auf diesen Versuch von Frau R. mit einer vulgärsprachlichen Aufforderung, sich räumlich zu distanzieren (»verpiss dich«, Z. 2). Auch Herr R. weist den Polizisten B darauf hin, dass seine Kinder im Raum sind und im Bett der Eltern liegen (Z. 3). Auf diesen Hinweis reagiert Polizist B nicht. Herr R. wiederholt diesen Hinweis noch weitere zwei Male (Z. 4, 5) und zeigt dabei auch mit seiner rechten ausgestreckten Hand in Richtung der im Bett liegenden Kinder (Abb. 19). Polizist B reagiert nicht auf diese Hinweise und ist daher

sowohl normativ als auch interaktional *unkooperativ*.²⁴ Polizist A versperrt Frau R. sogar den Zugang zum Schlafzimmer, indem er im Türbereich stehen bleibt (Abb. 19) und in diesem Sinne die vorherige vulgär-sprachlich geäußerte Aufforderung seines Kollegen unterstützt. Damit verhindert Polizist A zugleich, dass die beiden Kinder das Schlafzimmer verlassen können und zwingt sie auf diese Weise, zu Zeug:innen der Vorgänge zu werden.

Polizist B wiederholt seinen vorherigen Befehl (»hol das geld«, Z. 6) und zeigt dabei in Richtung des Schanks (Abb. 20). Er insistiert auf dem Vorrang seiner Handlungsrelevanz und macht Herrn R. zum Objekt, das seine Befehle auszuführen hat. Herrn R. wird durch die Art und Weise der Äußerungen performativ eine eigene subjektive Perspektive auf die Vorgänge und Relevanzsetzung abgesprochen. In seiner anschließenden Äußerung fragt Herr R., ob die Polizisten nach der Geldübergabe dann die Wohnung verlassen: »und- und dann- dann- geld gegeben lässt du mich in ruhe bitte« (Z. 7, 10, 12, 14). Der letzte Teil der Äußerung ist laut artikuliert. Dabei zeigt er mit seinem linken Arm und Zeigefinger in Richtung Wohnungstür (Abb. 21). Auch diese Äußerung ignoriert Polizist B. Stattdessen wiederholt er seinen Befehl (Z. 8) und zeigt auf den Schrank (Abb. 22, 23), während Herr R. eine kleine Umhängetasche öffnet. Erneut beginnen Kinder zu weinen (Z. 9, 11, 15, 17, 20). Dabei kommt Herr R. mit niedrig nach außen ausgestreckten Armen auf den Polizisten zu (Abb. 24), der ihn zurück in Richtung des Schanks stößt (Abb. 25). Während des laut artikulierten »bitte« (Z. 14) geht Herr R. erneut mit niedrig nach außen ausgestreckten Armen auf den Polizisten B zu, während Polizist A sich den beiden nähert (Abb. 26).

Die nachfolgenden Äußerungen von Herrn und Frau R. sind unverständlich (Z. 18, 19). Frau R. betritt jetzt das Schlafzimmer und filmt, wie die beiden Polizisten ihren Mann zu Boden bringen (Abb. 27, 28). Sie machen dadurch ihre Interpretation von Herrn R.s Körperhaltung mit niedrig nach außen ausgestreckten Armen als eskalierend und bedrohlich öffentlich. Frau R. positioniert sich schützend zwischen den drei Männern und ihren Kindern, die das Bett in Richtung Zimmersausgang weinend verlassen (Z. 21). Darauf, dass Frau R. nun doch entgegen seiner Anweisung in den Raum gekommen ist, reagiert Polizist B, indem er ihr dreimal sehr laut befiehlt, sich räumlich zu entfernen (Z. 22, 24, 27). Beim dritten Mal zeigt er zudem in Richtung der Zimmertür (Abb. 29), während Polizist A Herrn R. mit einer Hand, einem Arm und dem Gewicht seines Oberkörpers auf den Boden drückt (Abb. 29).

Frau R. wird durch die indirekten Fremdzuschreibungen in Form von Anweisungen, Aufforderungen und Befehlen durch die Polizisten als eine permanente und die Situation eskalierende Bedrohung wahrgenommen, auf die die Polizisten

24 Vgl. Goodwin, *Co-Operative Action*.

mit von ihnen als legitim erachteten weiter eskalierenden Maßnahmen reagieren. Daneben wird auch das Verhalten von Herrn R. durch die Polizisten praktisch als Eskalation verstanden. Polizist B hatte Herrn R. in dieser Situation mit dem Befehl »hol das geld« (Z. 6, 8) und entsprechender Geste (Abb. 22, 24) eine einzige zeitlich begrenzte Handlungsmöglichkeit gelassen. Dass Herr R. aber zugleich seine Frage äußerte und eine als Konfrontation interpretierbare Körpergeste mit niedrig nach außen ausgestreckten Armen sowie eine Bewegung nach vorne vollzog, wurde durch die Polizisten als (weitere) Eskalation interpretiert und entsprechend beantwortet.

2.2.3 Diskriminierende Alterisierung durch Praktiken der Fremdzuschreibung

Für die Praxis der diskriminierenden Alterisierung sind Praktiken der Fremdzuschreibung konstitutiv, die implizit oder explizit wertend sind und Interaktionsteilnehmer:innen nicht nur als Andere entwerfen, sondern zugleich auch als spezifische, nicht vollwertige Andere abwerten. Im folgenden Transkript finden gleich zwei Fremdzuschreibungen durch den Polizisten B statt, die nicht nur Herrn R. kriminalisieren, sondern auch den gesellschaftlichen Status der ganzen Familie als *vorläufig* und *unvollkommen* in Frage stellen. Dabei werden die nicht unmittelbar an der Interaktion beteiligten Kinder der Familie R. zu *unfreiwilligen* Zeug:innen der Eskalation und des gewaltvollen sprachlichen und körperlichen Übergriffs seitens der beiden Polizisten.

Nachdem Herr R. wehrlos mit durch Handschellen auf den Rücken fixierten Händen auf dem Bett liegt, fordert ihn der halb auf ihn liegende Polizist B im Transkript 6 auf, sich auf das Bett zu setzen (Z. 1). Währenddessen weint ein Kind im Hintergrund (Z. 2). Frau R. fragt die beiden Polizisten nach den Gründen für ihre Handlungen (Z. 4), was von ihnen ignoriert wird. Sie rechtfertigen sich nicht gegenüber Frau R. für ihre Handlungen. Vielmehr fordert Polizist B teilweise überlappend zu Frau R.s Frage Herrn R. erneut zweimal auf, sich hinzusetzen (Z. 5, 6). Dabei drückt er den Oberarm von Herrn R. von oben herunter und zeigt dabei mit dem linken Zeigefinger auf das Gesicht von Herrn R. (Abb. 30).

Als Herr R. auf dem Bett sitzt und die beiden Polizisten vor ihm stehen, ist immer noch Kinderweinen im Hintergrund zu hören (Z. 3, 7). Nach einer kurzen Redepause macht Herr R. die beiden Polizisten auf die anwesenden weinenden Kinder aufmerksam (Z. 9, 12). Währenddessen wird er erneut von Polizist B aufgefordert sich hinzusetzen (Z. 11), obwohl er seine sitzende Position nicht verändert hat. Nun fragt Herr R. den Polizisten B ebenfalls nach einer Begründung für seine Handlungen (Z. 13). Nach einer Redepause (Z. 14) stellt Polizist B ihm eine rhetorische, abwertende Gegenfrage, während weiterhin ein Kind im Hintergrund weint (Z. 15, 16).

01 **Polizist B** [hinsetzen
02 **Kind** [(weint)

03 **Kind** [(weint)
04 **Frau R.** [warum machen [das
05 **Polizist B** [hin
setzen
06 [hinsetzen
07 **Kind** [(weint)
08 (-)
09 **Herr R.** guck mal meine-
(.) meine-
(-)
10 **Kind** [(weint)
11 **Polizist B** [hinsetz[en
12 **Herr R.** [ja
guck mal meine kind (.)
warum machen das
13 (2.1)
14
15 **Polizist B** [bin ich der verbrecher oder du (-)
16 **Kind** [(weint)
17 **Frau R.** <<f>habt drei kinder [gesehen je[tzt>
18 **Kind** [(weint)
19 **Polizist B** [hinsetzen
[()
20 **Frau R.** [<<f>die polizei schlägts>
21 [(-)
22 **Kind** [(weint)
23 **Polizist B** geh raus (.)
24 **Frau R.** <<ff>nicht raus> (.)
25 <<ff>das meine haus>
26 [(1.1)
27 **Kind** [(weint
28 **Polizist B** <<f>das ist mein land und du bist hier gast>
29 **Frau R.** [<<f>wa::s>
30 **Herr R.** [ja das ist meine hei- ma- das is meine hei-
(.) das ist meine haus=
31 =nicht mein- deine land (-) okay (-)
32 **Polizist A** willst du jetzt wasser haben oder nicht
33 der kollege gibts dir an

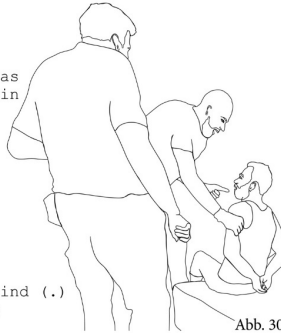


Abb. 30

Transkript 6: Diskriminierende Alterisierung durch Praktiken der Fremdzuschreibung (28 Sek.)

Frau R. beschreibt die vorherige Situation mit Blick auf ihre Kinder und die Handlungen der Polizisten (»habt drei kinder gesehen jetzt«, Z. 17, »die polizei schlägts«, Z. 20), während ein Kind weint (Z. 18) und Polizist B Herrn R. dazu auffordert, sich hinzusetzen (Z. 19). Nach der kurzen Redepause (Z. 21) fordert Polizist B Frau R. dazu auf, rauszugehen (Z. 23). Dem widerspricht sie lautstark und betont ihr Recht, sich – egal an welchem Punkt – in der Wohnung aufzuhalten (»das meine haus«, Z. 25). Nach einer weiteren Redepause (Z. 26), in der weiter das Weinen eines Kindes zu hören ist (Z. 27), entgegnet Polizist B im lauten Ton »das ist mein land und du bist hier gast« (Z. 28). Ihre Bestürzung über die Aussage des Polizisten macht Frau R. anschließend durch ein ebenso lautes »wa::s« (Z. 29) kenntlich, während Herr R. teilweise überlappend versucht, die vorherige Äußerung (Z. 25) seiner Frau zu reformulieren und mit der Äußerung des Polizisten (Z. 28) zu verbinden (Z. 30, 31). Polizist A wechselt anschließend das Thema (Z. 32, 33), da Herr R. zuvor die Polizisten nach Wasser gefragt hatte.

In der Sequenz kehrt Polizist B durch seine Äußerungen das in der Situation hervorgebrachte Täter-Opfer-Verhältnis sprachlich um. Während Herr R. die beiden Polizisten auf die anwesenden weinenden Kinder hinweist, die zu *traumatisierten* Zeug:innen der Übergriffe durch die Polizisten wurden, und nach einer Begründung und der Verhältnismäßigkeit der polizeilichen Handlungsweisen fragt, artikuliert Polizist B die rhetorische Frage »bin ich der verbrecher oder du« (Z. 15), die Herrn R. – ohne es selbst direkt zu benennen – kriminalisiert und zum Täter und Aggressor macht, dagegen seine eigenen Handlungen pauschal legitimieren soll und jede Kritik für illegitim erklärt.

2.2.4 Diskriminierende Alterisierung und Praktiken des Beleidigens und Drohens

Abwertungen vollziehen sich jedoch nicht allein durch implizite Praktiken der Fremdzuschreibung, sondern auch durch explizite Praktiken des Beleidigens und Drohens. Hier kann eine menschenverachtende Dimension diskriminierender Alterisierung zutage treten, wie im folgenden Transkript.

Zum Beginn des Transkripts 7 beschuldigt Frau R. zunächst den einen, nach Selbstkorrektur beide Polizisten, ihren Mann geschlagen zu haben (Z. 1). Dabei macht Frau R. mit dem linken Arm Schlagbewegungen (Abb. 31). Die Anschuldigung weist Polizist A zurück, während Polizist B Frau R. direkt anblickt, die neben ihm steht. Dabei widerspricht Frau R. mit »ja:« (*doch*, Z. 3) der Zurückweisung des Polizisten. Polizist A benennt die Handlungen der beiden Polizisten formal mit »zu boden bringen« (Z. 4). Nahezu zeitgleich zu dieser legitimierenden, formalen Beschreibung fordert Polizist B auf beleidigende Art und Weise Frau R. zum Schweigen auf (»halt die fresse«, Z. 5). Dabei zeigt er mit dem Zeigefinger auf Frau R. (Abb. 32) und fordert sie auf, ihn nicht erneut zu berühren (Z. 6), gefolgt von einer Drohung, sie festzunehmen (Z. 7). Herr R., der entfernt von den beiden immer noch auf dem Bett sitzt (Abb. 32), verlangt mit lauter werdendem Ton, dass der Polizist nicht mit seiner Frau sprechen soll (Z. 8). Ungefähr zur gleichen Zeit wiederholt der Polizist B seine Drohung (Z. 9). Anschließend reformuliert Herr R. seine Forderung von »nicht sprechen« (Z. 8) zu »nicht so sprechen« (Z. 10).

Polizist B wendet sich Herrn R. zu (Abb. 33), deutet mit dem Zeigefinger auf ihn und dreht dessen Aufforderung und damit die moralische Schuldzuweisung um (»deine frau hat nicht so mit mir zu sprechen«, Z. 11). Er weist Herrn R. zu-recht, indem er eine Differenz zwischen diesem (»du«, Z. 12) und sich selbst (»unserem land«, Z. 12) aufbaut. Er macht damit Herrn R. und indirekt auch dessen Familie zu *Anderen*, die nicht zum legitimen »Wir« gehören (Z. 12). Diese alterisierende Äußerung verbindet er mit der normativen Forderung, sich an »unsere gesetze« (Z. 13) zu halten. Dabei muss sich der Polizist B nach einem ersten Anlauf selbst korrigieren, da er zunächst ein aus seiner Sicht *falsches* Pronomen gewählt

- 01 **Frau R.** aber du- du- ih- (.)
mu- mu- musstest
schlagen (--)
- 02 **Polizist A** hier hat keiner
ge[schlagen=
- 03 **Frau R.** [ja:
- 04 **Polizist A** =wir haben ihn zu
boden ge[bracht
- 05 **Polizist B** [halt die
fresse=
=fass mich nicht
nochmal an (-)
- 06
07 [ich stecke dich in den knast
08 **Herr R.** [<acc>nicht äh sprechen mit
- [meiner frau> (.)
09 **Polizist B** [ich stecke dich in
den knast
10 **Herr R.** <<ff>nicht so
sprechen mit meiner
frau> (.)
- 11 **Polizist B** deine frau hat nicht
so mit mir zu
sprechen (.)
12 du bist hier in
unserem land (.)
13 habt uns nach
un- nach ä:h
[unsern gesetzen habt ihr euch zu verhalten
14 **Frau R.** [ja unseren anderen land
- Abb. 31
- Abb. 32
- Abb. 33
- Abb. 34
- 15 **Polizist B** aber wir- äh [wir-
[du schrei mich nicht so an und
16 **Polizist B** fass mich nie wieder an (.)
17 **Frau R.** [ich bringe dich ins gefängnis=
[(nicht so verhalten)
- 18 **Polizist B** [=ich bringe DICH ins gefängnis
19 **Frau R.** [du nicht wieder an-

Transkript 7: Diskriminierende Alterisierung und Praktiken des Beleidigens und Drohens (23 Sek.)

hat (»habt uns nach un-«, Z. 13). Es gelingt ihm erst im zweiten Anlauf, seine normative Forderung mit dem aus seiner Sicht *richtigen* Pronomen (»ihr«, Z. 13) zu artikulieren (»nach äh unsern gesetzen habt ihr euch zu verhalten«, Z. 13).

Dieser Äußerung des Polizisten versucht Frau R. etwas zu entgegnen (Z. 14), wird dabei aber von Polizist B unterbrochen. Frau R. und Polizist B zeigen dabei mit ihren rechten Zeigefingern aufeinander (Abb. 34). Polizist B weist Frau R. zurecht, indem er ihr Verhalten als unangemessen bezeichnet (»du schrei mich nicht so an«, Z. 15) und nachfolgend Frau R. auffordert, ihn nicht noch einmal zu berühren (Z. 15). Anschließend droht er Frau R. zweimal, sie festzunehmen (Z. 16, 18), während Frau R. versucht, überlappend zu dieser Drohung das Verhalten des

Polizisten entlang der Differenz von »wir« (Z. 14) und »du« (Z. 17, 19) zu beschreiben.

Im Vollzug der Praktiken des Beleidigens und Drohens durch Polizist B ist nicht nur die *Unverhältnismäßigkeit* der polizeilichen Praktiken zu beobachten – wie sowohl von Herrn R. als auch von Frau R. hervorgehoben wird –, sondern auch die rhetorisch-performative Verdopplung des Raums in den geteilten materiellen Raum der Privatwohnung der Familie R. und den symbolischen Raum Deutschland. Der Polizist B versucht (neben seinen expliziten verbalen Drohungen und Beleidigungen), den ersten Raum körperlich-performativ und den zweiten Raum sprachlich-symbolisch auf eine Weise zu besetzen, die der Familie R. keine Möglichkeit für eigenständige Positionierungen lässt, und sie dadurch nur noch fremdbestimmt werden.

2.2.5 Diskriminierende Alterisierung im ambivalenten Zusammenspiel von Eskalation und Deeskalation

Die analysierten Praktiken der beiden Polizisten können als eskalierend in einem doppelten Sinn verstanden werden. Erstens interpretieren die Polizisten die Praktiken von Herrn und Frau R. systematisch und ohne Zweifel als eskalierend, ohne Spielraum für unterschiedliche Bedeutungen oder entlastende Faktoren zuzulassen (etwa die Anwesenheit der Kinder oder mangelnde Sprachkompetenzen). Zweitens eskalieren die beiden Polizisten durch ihre eigenen Praktiken die Situation ständig, indem sie den Eheleuten keinen eigenen Handlungsspielraum zugestehen, sondern nur die von ihnen vorgegebenen Handlungsweisen als zulässig akzeptieren. Im folgenden Transkript kommt der Polizist C hinzu. Er wird von seinem Kollegen Polizist B instruiert, sich mit Frau R. zu befassen. Dadurch werden die nachfolgenden deeskalierenden Praktiken des Polizisten C in ein ambivalentes Verhältnis zur vorherigen Eskalation durch die Polizisten A und B gesetzt.

Am Anfang des Transkripts 8 läutet die Türklingel (Z. 1) und Frau R. begibt sich zur Wohnungstür (Z. 2), um zu öffnen. Polizist C steht vor der Tür und fragt als erstes, ob (bereits) Polizisten in der Wohnung sind (Z. 3), was Frau R. mit einem »ja« (Z. 4) beantwortet. Auch Polizist B, der ebenfalls in Richtung der Wohnungstür geht, bejaht die Frage und fordert seinen Kollegen auf, hereinzukommen (Z. 5). Anschließend weist Polizist B seinen Kollegen C an, Frau R. »hier im Flur der Wohnung festzuhalten« (Z. 6) und damit von ihrem Mann räumlich zu trennen. Währenddessen weint eines der Kinder. Der Anweisung folgt Polizist C: Er weist Frau R. an, sich an eine bestimmte Stelle im Flur zu stellen (Z. 8). Dem verweigert sich Frau R. (Z. 10). Polizist B (Z. 11, 13) insistiert, und nach einer kurzen Redepause (Z. 14) fordert Polizist C Frau R. auf, bei ihm im Flur zu bleiben (Z. 15).

01 (klingeln)
 02 (2.2)
 03 **Polizist C** polizei hier=
 04 **Frau R.** =ja
 05 **Polizist B** ja hier (.) komm rinn
 06 [so die hier festhalten
 07 **Kind** [(weint)
 08 **Polizist C** [also komm mal hier-
 09 **Kind** [(weint)
 10 **Frau R.** ne nicht festhalten
 11 **Polizist B** doch
 12 **Polizist C** () (.)
 13 **Polizist B** du bleibst da
 14 (--)
 15 **Polizist C** jetzt bleiben [sie hier
 16 **Polizist B** [die flippt hier
 die ganze zeit aus (.)
 die flippt die [ganze zeit aus
 [(arabisch)
 17 **Frau R.** (weint)
 18 **Kind** ganz entspannt [alles gut
 19 **Polizist C** [(weint)
 20 **Kind** <<f>ne[::>
 21 **Frau R.** [(weint)
 22 **Kind** [wie ()
 23 **Polizist C** hat [schreienden kinder
 24 **Frau R.** [komm_s mal ein bisschen
 zur seite da
 (weint)
 25 **Kind** und kinder schlafen halt
 26 **Frau R.** oben
 27 **Kind** die- [die-
 28 **Frau R.** [<<f>psst>
 29 **Polizist C** können sie mal kurz-
 30 **Frau R.** ja moment

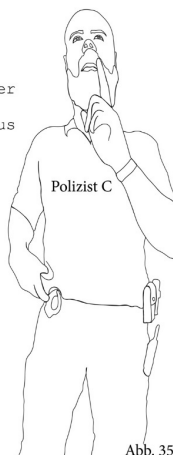


Abb. 35

Transkript 8: Diskriminierende Alterisierung im ambivalenten Zusammenspiel von Eskalation und Deeskalation (23 Sek.)

Im Anschluss beschreibt Polizist B das Verhalten von Frau R. als emotional und irrational (Z. 16), redet über sie in ihrer Anwesenheit in der dritten Person und schließt sie damit als *vollwertige* Sprecherin aus dem Gespräch aus. Um seiner Beschreibung rhetorisches Gewicht zu verleihen, wiederholt er seine Beschreibung (Z. 17). Frau R. sagt parallel zur Äußerung von Polizist B etwas zu einem ihrer weinenden Kinder auf arabisch (Z. 18). Polizist C versucht Frau R. mit den Redewendungen »ganz entspannt alles gut« (Z. 20) zu beruhigen und entspricht damit der Kategorisierung von Frau R. durch seinen Kollegen B als emotional und irrational sowie als *zu Unrecht* aufgebracht und daher in der Pflicht, sich zu beruhigen. Dieser impliziten Zuschreibung widerspricht Frau R. (Z. 22), die auf die für sie und ihre Kinder belastende Anwesenheit und Handlungen der Polizei hinweist (Z. 25, 28). Dabei fordert Polizist C Frau R. wieder dazu auf, sich an eine bestimmte Stelle im Flur zu begeben (Z. 26). Währenddessen weint eines der Kinder im Hintergrund (Z. 21, 23, 27). Frau R. möchte ihre Beschwerde weiter äußern (Z. 29), wird aber von Polizist C unterbrochen, der ihr mit dem Zeigefinger vor seinen Lippen (Abb. 35) und einem lauten »psst« (Z. 30) signalisiert, leiser zu sprechen oder zu schweigen. Dem stimmt Frau R. schließlich zu (Z. 32).

Die Praktiken durch Polizist C wirken zwar in ihrer zeitlichen Abfolge nach den eskalierenden Praktiken der Polizisten A und B deeskalierend, aber auch Polizist C macht Frau R. zu einem Objekt, indem er den Situationsdefinitionen seines Kollegen Polizist B folgt und – wenn auch auf eine höflichere Art und Weise – Frau R. ein bestimmtes Verhalten vorschreibt. Auch mit diesen Praktiken wird Frau R. zu einer *Anderen* gemacht, deren Beschwerde grundsätzlich irrational und illegitim ist. Die mit den Praktiken des vermeintlich als neutraler Dritter auftretenden Polizisten C entstehende neue Situationsdefinition führt dazu, dass die diskriminierende Praxis der Alterisierung seitens der Polizisten insgesamt auf subtile Weise *hegemonial* und *normalisiert* wird.

3. Fazit

Die vergleichende videoanalytische Untersuchung diskriminierender Praktiken institutioneller Alterisierung von Interaktionen in öffentlichen und privaten Räumen konnte unterschiedliche Phänomene herausarbeiten.

Erstens wird der Raum, ob öffentlich oder privat, materiell oder symbolisch, der den einzelnen Interaktionsteilnehmer:innen als legitimerweise einnehmbar zugestanden wird, in den analysierten Interaktionen durch körperliche und sprachlich-reflexive Praktiken immer wieder in Frage gestellt und neu ausgerichtet. Sowohl der Bademeister als auch die Polizisten lassen ihre Interaktionsteilnehmer:innen nicht unüberwacht und unkontrolliert durch den Raum gehen. Dabei wird der zu kontrollierende Raum in der Interaktion mit den Polizisten sogar auf den Körper von Herrn R. ausgeweitet, der zum Objekt gemacht wird, das durch die Polizisten in seinen Relationen zum räumlichen Setting und dessen Gegenständen kontrolliert wird.

Zweitens reagieren bestimmte Praktiken auf diese Form der institutionellen Überwachung und Kontrolle, indem Herr A. im öffentlichen Strandbad und Frau R. in ihrer privaten Wohnung unterschiedliche Formen von Öffentlichkeit herstellen, die es situativ *Außenstehenden* – die zunächst nicht involviert sind – ermöglicht, als Öffentlichkeit die Überwachung zu überwachen und die Kontrolle zu kontrollieren. Herr A. spricht die ko-präsenten Besucher im Strandbad direkt an, um eine situative Öffentlichkeit zu erzeugen. Frau R. dokumentiert den Polizeieinsatz in ihrer Wohnung mit einer Handykamera, um eine medial vermittelte Öffentlichkeit z. B. im Rechtssystem oder in den Massenmedien wenigstens im Nachhinein erzeugen zu können.

Drittens initiieren der Bademeister und die Polizisten normative Differenzbeobachtungen, denen implizite und explizite negative Wertungen eingeschrieben sind. Der Bademeister vollzieht eine *doppelte Alterisierung* von Herrn A., der sich

aus seiner Sicht nicht konversationalen Regeln konform verhält und nicht seinen Erwartungen an einen *guten* oder *richtigen* Vater entsprechend handelt. Die Polizisten beschreiben Herrn R. als *Lügner* und *Verbrecher* und sie beschreiben Frau R. als *Gast* und auch indirekt als *Verbrecherin*. Diese Fremdzuschreibungen werden von allen Fremdbeschriebenen vehement abgelehnt und zurückgewiesen, wenngleich sie sich letztlich der Dominanz der Institutionen fügen müssen.

Viertens konnten unterschiedliche Dimensionen der interaktionalen und körperlichen Gewalt beobachtet werden. Mit bestimmten performativen Praktiken der institutionellen Gesprächsorganisation dominieren die Polizisten das Gespräch zwischen ihnen und Herrn und Frau R. Sie sprechen laut, überlappend, mit schnellen Anschlüssen an vorherige Äußerungen und mit mehrfachen Wiederholungen und erzeugen so eine Dominanz im Gespräch, die auch als Zeit- und Handlungsdruck für Herrn und Frau R. erfahrbar wird.

Fünftens werden in beiden analysierten Interaktionen die anwesenden Kindern zu Zeug:innen der diskriminierenden Praxis der Alterisierung gemacht. In beiden Interaktionen wird diese Situation durch die Eltern reflexiv thematisiert und durch die institutionellen Repräsentanten rhetorisch verkehrt: Die Eltern seien für die situative Eskalation des Konflikts verantwortlich und nicht sie selbst. Daher seien auch die Eltern selbst dafür verantwortlich, dass ihre Kinder zu unfreiwilligen Zeug:innen der Situation werden. Die Kinder sind jedoch nicht nur passive Zeug:innen der Geschehnisse. Sie greifen durch affektive Praktiken direkt in die Interaktion ein, etwa indem sie weinen, nach ihrer Mutter rufen oder ihren Vater vom Bademeister wegziehen.

Sechstens ist eine starre und unkooperative, formalisierende und jeden Deutungsanspruch eingrenzende Interaktionsform auf Seiten der institutionellen Repräsentanten zu beobachten. Ihre Antworten und Reaktionen gestehen den Äußerungen und Handlungen der Alterisierten keinerlei wohlwollenden Interpretationsspielraum zu, sondern akzeptieren allein die komplette Fügung als Handlungsoption. Dies de-subjektiviert die anderen und macht sie via Alterisierung zum Objekt. Dabei wird auch ihre Nicht-Zugehörigkeit betont. Beschwerden werden im Interaktionsverlauf als Bestätigung der Alterität und Nicht-Zugehörigkeit interpretiert.

Was also ist das für eine Gesellschaft, die durch die analysierten institutionellen Praktiken aus der Perspektive der von Alterisierung Betroffenen stellvertreten wird? Auffällig ist v.a. die permanente Unterstellung ihrer Unvollkommenheit und ihrer (räumlich, moralisch) zu disziplinierenden und reglementierenden Devianz, die jedoch nicht objektiv feststeht, sondern durch die stets kleinliche und formalistische Interpretation ihrer Handlungen und Äußerungen erzeugt wird. Von Seiten der Institutionen und ihrer Vertreter herrscht eine praktische »Her-

meneutik des Verdachts«²⁵ vor, die stets von versteckten niederen Motiven des Gegenübers ausgeht. Damit wird das Gegenüber kriminalisiert, alterisiert und diskriminiert und zum Objekt gemacht, das sich zu unterwerfen hat. In unseren empirischen Beispielen wird die Hermeneutik des Verdachts flankiert von einer die Körper im Raum wie auch die Zuerkennung von Legitimität und Moralität betreffenden, überaus gewaltförmigen Manipulation und Regulierung des alterisierten und objektifizierten Gegenübers.

Eine *Hermeneutik des Verdachts*, wie wir sie empirisch beobachtet haben, ist das exakte Gegenteil einer *Hermeneutik des Vertrauens*,²⁶ die das Gegenüber auf eine wohlwollende, ambiguitätstolerante und großzügige Weise als kooperatives, kollaboratives und gleichberechtigtes Subjekt anerkennt. Aus sozialtheoretischer Perspektive ist der in einer solchen Hermeneutik des Vertrauens enthaltene *Vertrauensvorschluss* eine konstitutive Kooperationsbedingung zur Herstellung von Vergemeinschaftung und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Denn Vertrauen und guter Wille sind Teil der vorvertraglichen Voraussetzungen aller Sozialverträge, die, wie Durkheim gezeigt hat,²⁷ jeder Zuerkennung von Rechtsfähigkeit des Gegenübers zugrunde liegen und vorausgehen. Eine Hermeneutik des Verdachts, wie sie in unseren empirischen Beispielen zum Vorschein kam, impliziert also auf sehr grundlegende Weise, das Gegenüber gar nicht erst als vertragsfähiges Rechtssubjekt anzuerkennen. Wie Garfinkel und Goffman gezeigt haben,²⁸ gehen diese vorvertraglichen Voraussetzungen weit über das Rechtliche und Vertragliche hinaus und betreffen grundlegende Größen der Sozialität. Nicht nur die Vertragsfähigkeit des Gegenübers wird über eine Hermeneutik des Vertrauens unterstellt und mithin verfertigt und ratifiziert (und über eine Hermeneutik des Verdachts angezweifelt und verwehrt), sondern dessen Kooperativitäts- und letztlich intersubjektivitätsfähigkeit als eines *alter*, das mit *ego* prinzipiell gleichrangig ist und in Analogie steht. Wie wir gezeigt haben, wird dies im inkrementellen Verlauf von Interaktionen mit institutionellen Repräsentant:innen den alterisierten Gegenübern auch in der post-migrantischen Gesellschaft noch immer angezweifelt, aberkannt und rückgängig gemacht. Die mögliche Existenz einer post-migrantischen Gesellschaft, in der doppelte Vollmitgliedschaften als Standard unterstellt werden können, erscheint mit Blick auf die Praxis der Repräsentant:innen gesellschaftlicher Institutionen noch fern.

25 Ricoeur, *De l'interprétation*, S. 40–49.

26 Ebd., S. 36–40.

27 Durkheim, *Physik der Sitten und des Rechts*.

28 Garfinkel, »A Conception of, and Experiments with, ›Trust‹«; Goffman, *Asylums*.

Literatur

- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1969), *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, Frankfurt am Main.
- Bergmann, Jens/Jacobsen, Astrid (2021), »Diskriminierung und Rassismus der Polizei als Forschungsfeld«, *Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis*, Jg. 18, H. 4, S. 45–57.
- Bergmann, Jörg (1985), »Flüchtigkeit und methodische Fixierung sozialer Wirklichkeit. Aufzeichnungen als Daten der interpretativen Soziologie«, in: Bonß, Wolfgang/Hartmann, Heinz (Hg.), *Entzauberte Wissenschaft. Zur Relativität und Geltung soziologischer Forschung*, Göttingen, S. 299–320.
- Durkheim, Emile (1991), *Physik der Sitten und des Rechts: Vorlesungen zur Soziologie der Moral*, Frankfurt am Main.
- Embrick, David G. (2015), »Two Nations, Revisited: The Lynching of Black and Brown Bodies, Police Brutality, and Racial Control in ›Post-Racial‹ Amerikkka«, *Critical Sociology*, Jg. 41, H. 6, S. 835–843.
- Foroutan, Naika (2020), »Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft«, *APuZ*, Jg. 70, H. 42–44, S. 12–18.
- Garfinkel, Harold (1963), »A Conception of, and Experiments with, ›Trust‹ as a Condition of Stable Concerted Actions«, in: Harvey, O. J. (Hg.), *Motivation and Social Interaction*, New York, S. 187–238.
- (1967), *Studies in Ethnomethodology*, Englewood Cliffs, NJ.
- Goffman, Erving (1961), *Asylums. Essays on the Condition of the Social Situation of Mental Patients and Other Inmates*, Chicago.
- (1979), »Footing«, *Semiotica*, Jg. 25, H. 1/2, S. 1–29.
- Gomolla, Mechtild/Radtke, Frank-Olaf (2009), *Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule*, Wiesbaden.
- Goodwin, Charles (1994), »Professional Vision«, *American Anthropologist*, Jg. 96, H. 3, S. 606–633.
- (2017), *Co-Operative Action*, New York.
- Gukelberger, Sandrine/Meier zu Verl, Christian/Meyer, Christian (2023), »Die dreifache Prozessualität des Körpergedächtnisses. Methodologische Implikationen videoethnografischer Forschungen zu verkörperten Erinnerungen und epistemischen Praktiken«, in: Sebald, Gerd/Dimbath, Oliver/Heinlein, Michael/Haag, Hanna (Hg.), *Zeitliche Bezüge – Prozessorientierung – Gedächtnis. Temporalität in sozialwissenschaftlichen Method(ologi)en*, Wiesbaden, S. 1–25.
- Gukelberger, Sandrine/Meyer, Christian (2022), »Time, Affect, Knowledge: The Embodied Institution of Social Protest Movements«, in: Porsché, Yannik/Scholz, Ronny/Singh, Jaspal Naveel (Hg.), *Institutionality. Studies of Discursive and Material (Re-)ordering*, Cham, S. 209–231.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1987), »Normen und Institutionen als Mittel zur Bewältigung von Unsicherheit: Die Sicht der Soziologie«, in: Holzheu, Franz (Hg.), *Gesellschaft und Unsicherheit*, Karlsruhe, S. 37–48.
- Leiprecht, Rudolf (2001), *Alltagsrassismus. Eine Untersuchung bei Jugendlichen in Deutschland und in den Niederlanden*, Münster.
- Meier zu Verl, Christian (2016), »(Re)Konstruktionen des Tathergangs. Reenactments als epistemische Körperpraktiken der Strafverfolgung und -verhandlung«, in: Dreschke, Anja/

- Huynh, Ilham/Knipp, Raphaela/Sittler, David (Hg.), *Reenactments. Medienpraktiken zwischen Wiederholung und kreativer Aneignung*, Bielefeld, S. 297–326.
- (2018), *Daten-Karrieren und epistemische Materialität. Eine wissenschaftssoziologische Studie zur methodologischen Praxis der Ethnografie*, Stuttgart.
- Meier zu Verl, Christian/Meyer, Christian (2024), »Ethnomethodological ethnography. Historical, conceptual, and methodological foundations«, *Qualitative Research*, Jg. 24, H. 1, S. 1–21.
- Meier zu Verl, Christian/Meyer, Christian/Oberzaucher, Frank (2023), »Alltagssprache, Beschreibungssprache und praxeologische Validität. Aspekte sozialwissenschaftlicher Güte aus der Perspektive des interpretativen Paradigmas und der Ethnomethodologie«, *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 52, H. 1, S. 1–17.
- Messmer, Heinz (2003), »Konflikt und Konfliktepisode. Prozesse, Strukturen und Funktionen einer sozialen Form«, *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 32, H. 2, S. 98–122.
- Meyer, Christian (2022), »Racialization in Action: The Ethnomethodological Perspective on Race and Racism«, *Zeitschrift für Kulturwissenschaften*, Jg. 15, H. 2, S. 237–239.
- Rawls, Anne Warfield/Duck, Waverly (2020), *Tacit Racism*, Chicago.
- Ricoeur, Paul (1965), *De l'interprétation. Essai sur Freud*, Paris.
- Robles, Jessica S (2015), »Extreme case (re)formulation as a practice for making hearably racist talk repairable«, *Journal of Language and Social Psychology*, Jg. 34, H. 4, S. 390–409.
- Whitehead, Kevin A./Lerner, Gene H. (2009), »When are persons ›white‹?: On some practical asymmetries of racial reference in talk-in-interaction«, *Discourse & Society*, Jg. 20, H. 5, S. 613–641.
- Xie, Yarong/Kirkwood, Steve/Laurier, Eric/Widdicombe, Sue (2021), »Racism and misrecognition«, *British Journal of Social Psychology*, Jg. 60, H. 4, S. 1177–1195.
- Yildiz, Erol (2018), »Ideen zum Postmigrantischen«, in: Foroutan, Naika/Karakayali, Juliane/Spielhaus, Riem (Hg.), *Postmigrantische Perspektiven. Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik*, Frankfurt am Main, S. 19–34.

Autorinnen und Autoren

Dr. Constanze Blum (FGZ Leipzig) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt »Political Populism in Southern Africa«. Sie forscht zu transnationalen Austausch- und Lernprozessen zwischen Regierungs-, Oppositionsparteien und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie zu Diskursen und Praktiken mit Bezug auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Region des südlichen Afrikas.

Prof. Dr. phil. Oliver Decker (FGZ Leipzig) ist Gründungsdirektor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung (EFBI) und Professor für Sozialpsychologie und interkulturelle Praxis an der Sigmund-Freud-Universität Berlin.

Tabea Falk, B.Sc. (EFBI, Uni Leipzig) ist Psychologin und forscht zu Differenz und antifeministischen Dynamiken.

Prof. Dr. Sonja Ganguin (FGZ Leipzig) ist Professorin für Medienkompetenz- und Aneignungsforschung am Institut der Kommunikations- und Medienwissenschaft sowie Direktorin des Zentrums für Medien und Kommunikation (ZMK) an der Universität Leipzig.

Dr. Johannes Gemkow (FGZ Leipzig) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und forscht zu Jugend, sozialen Medien, Populismus und Medienkompetenz. Seit 2015 ist er am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig tätig.

Hanna Grauert, M.A. (FGZ Konstanz) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt »Bürokratische Praktiken und Differenzmarkierung« der vom BMI geförderten Studie »Institutionen & Rassismus« (InRa), Mitglied des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) und Doktorandin in der AG Allgemeine Soziologie mit Schwerpunkt Kulturosoziologie an der Univer-

sität Konstanz. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Methoden der qualitativen Sozialforschung, Organisations- und Bürokratieforschung sowie Migrations- und Rassismusforschung.

Dr. Mario Hesse (FGZ Leipzig) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur Finanzwissenschaft an der Universität Leipzig.

Charlotte Höcker, M. Sc. (EFBI, Uni Leipzig) ist Psychologin und forscht in der Sozialraumforschung, sowie in den Leipziger Autoritarismus Studien zu gesellschaftlichen und psychodynamischen Konflikten rund um die Themen Antifeminismus, Geschlechterdemokratie und Emanzipation.

Katharina Kolb, M.A. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Ökonometrie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und assoziierte Wissenschaftlerin am FGZ Leipzig.

Prof. Dr. Ursula Lehmkuhl ist Professorin für Internationale Geschichte an der Universität Trier. Sie ist Spezialistin für die Geschichte Kanadas und hat 2018 den Länderbericht Kanada herausgegeben. Zusammen mit der Université de Montréal hat sie von 2013 bis 2022 das deutsch-kanadische Graduiertenkolleg »Diversity: Mediating Difference in Transcultural Spaces« geleitet. Ihre Theoriebeiträge umfassen u.a. Überlegungen zur Bedeutung kultureller und konzeptueller Übersetzung als soziale Praxis in durch Pluralität und Diversität gekennzeichneten Interaktionssituationen.

Prof. Dr. Thomas Lenk (FGZ Leipzig) ist Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Leipzig.

Prof. Dr. Astrid Lorenz (FGZ Leipzig) ist Professorin für das politische System Deutschlands und Politik in Europa an der Universität Leipzig.

PD Dr. Barbara Lüthi (FGZ Leipzig) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt zu »Integrationsdispositiven in transnationaler Perspektive«. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der Migrationsgeschichte und Mobility Studies, der Globalgeschichte, den Postcolonial Studies, der Geschichte von sozialen Bewegungen und der Geschichte der Gewalt.

Therese Mager, M.A. (FGZ Leipzig) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt »Rechtspopulismus und rechtsextreme politische Bewegungen in Frankreich und

ihr Zusammenhang mit Entwicklungen im Maghreb und im östlichen Europa« am Research Centre Global Dynamics (ReCentGlobe) der Universität Leipzig.

Dr. Christian Meier zu Verl ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Professur für Allgemeine Soziologie mit Schwerpunkt Kulturosoziologie an der Universität Konstanz. Er ist assoziiertes Mitglied des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Seine Forschungsschwerpunkte sind Migrationsforschung, Medienforschung, Dis-/Ability Studies, Wissenschafts- und Technikforschung, Methodologie qualitativer Forschung sowie Kultur- und Sozialtheorie.

Prof. Dr. Christian Meyer (FGZ Konstanz) ist Professor für Allgemeine Soziologie mit Schwerpunkt Kulturosoziologie an der Universität Konstanz, Vorsitzender des dortigen Sozialwissenschaftlichen Archivs (Alfred Schütz-Gedächtnisarchiv) und Direktor des Binationalen Zentrums für Qualitative Methoden (BZQM) der Universität Konstanz und Pädagogischen Hochschule Thurgau. Seine Forschungsschwerpunkte sind Kultur- und Sozialtheorie, Interaktionssoziologie sowie die Methodologie qualitativer Sozialforschung.

Prof. Dr. Matthias Middell (FGZ Leipzig) ist Direktor des Research Centre Global Dynamics (ReCentGlobe) der Universität Leipzig und Co-Sprecher des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Prof. Dr. Maren Möhring (FGZ Leipzig) ist Professorin für Vergleichende Kultur- und Gesellschaftsgeschichte des modernen Europa am Institut für Kulturwissenschaften, Universität Leipzig.

Johanna Niendorf, M.A. (EFBI, Uni Leipzig) arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut mit den Forschungsschwerpunkten Geschlechterdemokratie, Antifeminismus, Adoleszenz und Körper, tiefenhermeneutische Analyse in verschiedenen Sozialräumen.

Michael Papendick (FGZ Bielefeld) ist Psychologe und Psychologischer Psychotherapeut und koordiniert als wissenschaftlicher Mitarbeiter seit 2018 das MEMO-Projekt am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld.

Prof. Dr. Gert Pickel (FGZ Leipzig) ist Professor für Religions- und Kirchensoziologie an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig und Co-Sprecher des Teilinstitutes Leipzig im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Luisa Pischtschan (FGZ Leipzig) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie an der Universität Leipzig.

Prof. Dr. Jonas Rees (FGZ Bielefeld) ist Professor für Politische Psychologie an der Universität Bielefeld und Sprecher des Teilinstituts Bielefeld. Er forscht und arbeitet am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld.

Prof. Dr. Christiane Reinecke ist Professorin für Neuere und Neueste Europäische Geschichte an der Europa-Universität Flensburg.

Henriette Rodemerk, M.Sc. (FGZ Leipzig) ist Psychologin und forscht zu sozialen Konflikten, Geschlechterdemokratie und Antifeminismus in Verbindung mit autoritären Orientierungen in verschiedenen Sozialräumen.

Leon Walter (FGZ Bielefeld) forscht als Psychologe in einem Projekt zu gemeinsamer Erinnerung und Erinnerungskultur am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld.

Dr. Alexander Yendell (FGZ Leipzig) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt »Politischer Kulturwandel? Legitimität der Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten verstärkten Populismus und steigender Islamablehnung«.

Paolo Zucconi (FGZ Leipzig) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) im Projekt »Die neue Affinität zu Putins Russland in Ostmitteleuropa«.